The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205101130/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

Mai 1968

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin, 8.5.2018

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der Mai 1968 wird hier im Spiegel der oppositionellen und studentischen Gruppierungen sowie ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

Der Mai 1968 begann zunächst durch die Demonstrationen zum 1. Mai, an denen sich auch in der Bundesrepublik und Westberlin zahlreiche Linke beteiligten bzw. wie in Westberlin eigene Demonstrationen organisierten.

Während in der linken Presse noch die Osterunruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke ausgewertet und an der Basis neue Gruppen gebildet wurden spitzte sich im Mai auch der bereits seit langem geführte Widerstand gegen die Notstandsgesetze zu, erst wurde ein Sternmarsch nach Bonn durchgeführt, gegen die zweite aber auch erneut gegen die dritte und abschließende Lesung wurde bundesweit gestreikt (vgl. 15.5.1968, 27.5.1968, 28.5.1968, 29.5.1968, 30.5.1968), außer in einigen Betrieben auch in zahlreichen Hochschulen bzw. ihren Fachbereichen und an zahlreichen Schulen.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) wurde gegründet (vgl. 4.5.1968), beteiligen wollten sich an dieser auch Trotzkisten (vgl. 13.5.1968, 23.5.1968), allerdings mit geringem Erfolg, da die SDAJ alsbald für die DKP Position bezieht.

International war der Mai 1968 vor allem durch den Pariser Mai bestimmt, von dem in dieser Darstellung zuerst und dann auch weiterhin intensiv in Tübingen berichtet wird (vgl. 11.5.1968, 13.5.1968, 24.5.1968), während uns von anderswo bisher nur wenige Berichte bekannt wurden, wie aus Frankfurt (vgl. 20.5.1968, 27.5.1968).

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

Mai 1968:
In Indonesien werden, laut Einar Schlereth, britischen und belgischen, einstmals nationalisierten, Gesellschaften, Pflanzungen im Umfang von 50 000 Hektar zurückgegeben (vgl. 1.9.1967).
Quelle: SC: Info Nr. 3, Frankfurt 13.5.1969

Mai 1968:
Das ZK der PCMLB Belgien (vgl. 29.6.1970), berichtet über die Universitäten-Fabriken-Union (UUU - vgl. 19.11.1967) u.a. aus dem Mai:"
Zunächst wurde eine Gruppe gebildet, die sich 'marxistisch-leninistische Gruppe' nannte, die eine Zeitung herausbrachte, von der nur eine Nummer erschienen ist. Im Verlauf der freien Versammlungen im Mai 1968 in der Universität von Brüssel sind die Widersprüche zwischen den Führern der Gruppe, die nicht weiterbestand, offen zu Tage getreten. Im Kampf vom Mai 1968 ist die sehr aktive Bewegung UUU entstanden, die verschiedene Linien beherbergte. In der Folge der inneren Kämpfe sind verschiedene Tendenzen eliminiert worden und die Aktivisten der ehemaligen marxistisch-leninistischen Gruppe übernahmen schließlich wieder die Führung."
Q: KSB/ML Freiburg: Zur Einheit aller Revolutionäre, besonders der Marxisten-Leninisten, Freiburg O. J. (1970), S. 10

Mai 1968:
In Frankreich werden, laut KPD/ML-ZK, die Maiunruhen von der KPF/ML unterstützt, während über die Union des Jeunesses Communistes/ML (UJC/ML) (vgl. 11.4.1968, Juni 1968) gesagt wird, sie habe die Möglichkeit des Bündnisses zwischen Studenten und Arbeiterklasse nicht verstanden:"
Ein Musterbeispiel für ein solches objektives Bündnis stellte bald darauf der Kampf der Pariser Studenten im Mai 1968 dar, der vom Generalstreik der Arbeiter beantwortet wurde, obwohl sich die Pariser

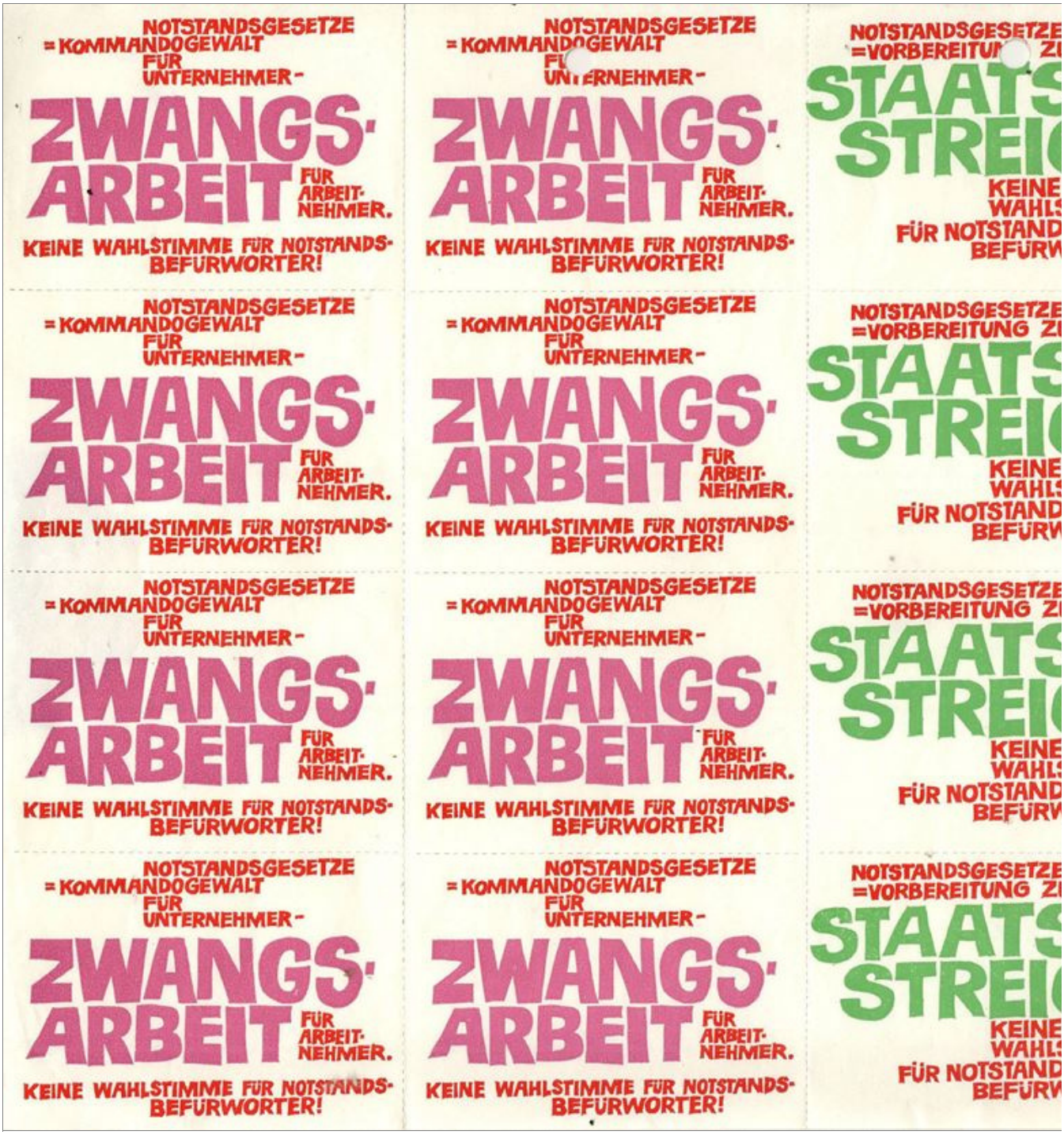
Studenten und die Arbeiter von Nantes niemals persönlich und individuell begegnet waren. Trotzdem bestand objektiv ein Bündnis zwischen ihnen. Die UJC/ML hat das nie verstanden, weshalb sie auch auf den Barrikaden im Mai durch Abwesenheit glänzte. Das bürgerliche Verständnis vom Bündnis mit der Arbeiterklasse muß also narodnikihaft sein. Die UJC/ML zog die Folgerung und ging 1967/68 zum großen Teil in die Fabriken. … Während dieser zweiten, narodnikihaften Phase gab die UJC/ML die Zeitung 'Dem Volke dienen' heraus. … Die UJC/ML sagte: 'Wir müssen zu den Arbeitern gehen.' Sie fragte dann: 'Wo sind die Arbeiter?' und gab sich selbst die Antwort: 'In der Gewerkschaft CGT' Daraus folgerten sie nun, man dürfe die Gewerkschaft nicht offen attackieren, man müsse die CGT wieder zu einer Kampforganisation machen. …

Hier zeigte sich nun der Rechtsopportunismus der UJC/ML in äußerst fataler Weise. Sie lehnte die Aktionen der Studenten. … in Bausch und Bogen als kleinbürgerlich ab. Sie selbst beteiligte sich nicht an den Barrikadenkämpfen."
Q: Roter Morgen Nr. 7, Hamburg Aug. 1970

Mai 1968:
Im Mai 1968 übernehmen, laut "Über die Unione Dei Communisti Italiani (Marxisti-Leninisti)" in dieser Organisation vor allem Trotzkisten um Aldo Brandirali, Luca, Nicoletta, Stame und der Studentenführer Meldolesi die Führung der Unione.
Q: Über die Unione Dei Communisti Italiani (Marxisti-Leninisti), o.O. O. J.

Mai 1968:
Vermutlich im Mai werden gegen die Notstandsgesetze (NSG) Aufkleber verbreitet, die in Farbe und Format an de späteren ADF-Werbeaufkleber erinnern. Die Texte der Aufkleber lauten:
- "Notstandsplaner in feiner Gesellschaft. Auch NPD für Notstandsgesetze. Keine Wahlstimme für Notstandsbefürworter!";
- " An die SPD: Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber! Keine Wahlstimme für Notstandsbefürworter!";
- "Notstandsgesetze = Kommandogewalt für Unternehmer - Zwangsarbeit für Arbeitnehmer. Keine Wahlstimme für Notstandsbefürworter!"; sowie
- "Notstandsgesetze = Vorbereitung zum Staatsstreich - Keine Wahlstimme für Notstandsbefürworter!".
Q: N. N.: Vier Aufkleber, O. O. O. J. (1968)

NOTSTANDSPLANER IN FEINER GESELLSCHAFT.
AUCH NPD FÜR NOTSTANDS-GESETZE.
KEINE WAHL-STIMME FÜR NOTSTANDS-BEFÜRWORTER!
AN DIE SPD: NUR DI
KÄLBER
WÄHLEN IHRE METZ
KEINE WAHLSTI
FÜR NOTSTANDS-BEFÜRWO



Mai 1968:
Es erscheint ein Sonderdruck der 'Was tun' (vgl. Juli 1968) für Mai unter der Schlagzeile "Vom Vietnamkongreß zu den Osterdemonstrationen".

Enthalten sind auch die Artikel:
- "'Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft' - 1. Mai in Berlin";
- "Hamburger Ostern. Wenn Springer Widerstand leistet…" zu den Springerblockaden;
- "Was tun"; sowie
- ein Aufruf zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze (NSG) am 30.5.1968 in Bonn.

Q: Was tun Sonderdruck "Vom Vietnamkongreß zu den Osterdemonstrationen, Mannheim Mai 1968

WAS TUN

Monatszeitung Mai 1968

sonder-druck

10 PFENNIG

Vom Vietnamkongreß zu den Osterdemonstrationen

Auf dem Vietnamkongreß in Westberlin am 18. Februar 1968 stellte der sozialistische Kern der außerparlamentarischen Opposition die Losung des Übergangs "Vom Protest zum Widerstand" auf. Damit wurde der bisherigen Bewegung die politische Reife unterstellt, diesen Schritt aus eigener Initiative zu tun. Obwohl die außerparlamentarische Opposition immer wieder die Grenzen des Protests, der symbolischen Aktion vor Konsulaten usw. erfahren hatte, blieb ihr Selbstverständnis hinter diesen praktischen Erfahrungen zurück. Tatsächlich vollzog die außerparlamentarische Opposition den Schritt zum Widerstand als Massenaktion erstmals in ihrer Reaktion auf das Attentat auf Rudi Dutschke.

Vom Protest...

Die theoretische Einsicht, daß Gewaltakte wie die Schüsse auf Rudi Dutschke als Konsequenz des psychischen Terrors gegen die außerparlamentarische Opposition und besonders gegen die Studentenbewegung begriffen werden müssen, entstand nicht erst nach dem Attentat, sondern war spätestens seit dem 2. Juni 67 in der außerparlamentarischen Opposition vorhanden. Die daraus hervorgegangene Parole "Enteignet Springer" und die im September 67 vom SDS auf seiner Delegiertenkonferenz vorgeschlagene demonstrative Verhinderung der Auslieferung der BILD-Zeitung blieb weitgehend unverbindlich. Andererseits führte der Schock durch das Attentat, die schlagartige Versinnbildlichung des theoretisch schon Begriffenen, nicht unmittelbar dazu, daß die außerparlamentarische Aktion zur Widerstandsaktion wurde. Den ersten spontanen Reaktionen am Gründonnerstag war gemeinsam, daß sie letztlich im Rahmen der bisherigen Aktionsformen blieben.

In Köln ziehen Demonstranten ins Stadtzentrum, halten eine kurze Kundgebung ab und erzwingen eine Verkehrsunruhe.
In Hamburg bildete sich am Gründonnerstag, kurz nach Bekanntwerden des Mordanschlages auf Rudi Dutschke, spontan ein Demonstrationszug, der bald eine Stärke von über 700 erreichte. Diszipliniert marschierte er zur fast ungeschützten Springer-Zentrale, die mit Leichtigkeit hätte gestürmt werden können - wenn das jemand gewollt hätte. Nach Meinung der Polizei wurde das "nur vergessen". Am Ende stand eine Kundgebung im Hauptbahnhof. Die Polizei reagierte teils kop teils provozierend. Die ersten Verhaftungen trafen meist beteiligte.

Diesem mehr oder minder aktionslosen Protest ähnelt die direkten Aktion drängende Aggressivität der ersten spont Demonstrationen insofern, als sie, wie in Westberlin, Erfolge nur aus den Aktionen einiger weniger beziehen.
In München ziehen die Demonstranten zur Springer-Druck ohne ein Konzept dafür zu haben, was sie dort tun wollen ist für sie selber die größte Überraschung, daß sie ohne teres das Tor eindrücken und in das Gebäude eindringen nen.

In dieser Phase waren die Demonstranten noch nicht zur so rischen Massenaktion fähig, in der ein gemeinsamer Lernpr jeden Erfolg zum Ausgangspunkt weiterer zielbewußter A macht.

...zum Widerstand

Die für Karfreitag in Angriff genommene Verhinderung der lieferung der Springer-Erzeugnisse bedeutet schon vom Ko her Widerstand und Massenaktion. Das Entscheidende un den Auslieferungsblockaden in verschiedenen Städten (1) Ge same war jedoch, daß sich der Widerstand aus der Tätigkei Beteiligten selber entwickelte, daß erste Erfolge wie z. B. Besetzen von Toren zu weiterer alle Beteiligten erfassender ttivität führten. Das Verbarrikadieren der Tore, die Errich immer neuer Barrikaden gegen die vorrückende Polizei, Herbeischaffen des entsprechenden Materials, die selbst Bildung von beweglichen Gruppen waren nicht nur der Ausd massenweiser Spontanität. In der Spontanität bilden sich mehr Ansätze von selbstgeschaffener Organisation heraus sich in den aus den Aktionen hervorgehenden Initiativ- und sisgruppen für die Aufklärungsarbeit etc. fortsetzen. Die stenziell-sinnliche Erfahrung der Beteiligten schufen die aussetzungen für das Einmünden der außerparlamentaris Massenaktionen in die demokratische Gegenöffentlichkeit sich mit den Aktions- und Widerstandszentren konstituierte

Die massenweise Tätigkeit der Beteiligten entwickelte den derstand nicht nur als Praxis gegen die Auslieferung, son durch ihre eigene Tätigkeit begannen die Beteiligten eine de wußtseinsmäßigen Grundlagen des kapitalistischen Systems überwinden, nämlich die unbedingte Respektierung des Pr eigentums. Der unverhältnismäßig harte Polizeieinsatz am O

montag muß letztlich darauf zurückgeführt werden, daß mit den Karfreitagsaktionen der direkte Angriff gegen die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht mehr nur die Sache von Analysen und Willenskundgebungen einiger Sozialisten blieb, sondern viele tausend Menschen Widerstand gegen die ungehinderte Entfaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln leisteten.

In allen Städten, in denen am Ostermontag wieder die Blockade der Auslieferung der Springer-Erzeugnisse versucht wurde, hatte die Polizei nicht vornehmlich die Auslieferung zu gewährleisten, sondern sie hatte zu beweisen, daß an die Grundlagen des kapitalistischen Systems gehender Widerstand nicht praktizierbar ist.

Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück ...

Es war sehr schnell klar, daß es unmöglich ist, als politische Minderheit den Widerstand gegen die Springerpresse durchzuhalten. Die Bewegung mußte zurückweichen. Weniger vor dem Polizeiterror, als vielmehr vor dem sehr niedrigen Stand des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse.

Die entstandenen Basis- und Initiativgruppen versuchen, die Schranke zwischen der außerparlamentarischen und studentischen Bewegung einerseits und der Arbeiterklasse andererseits zu durchbrechen, um die Voraussetzungen für künftige Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse zu schaffen. Die organisatorischen Ansätze der Initiativgruppen werden sich andererseits aber auch nicht als Selbstzweck, als nur diskutierende oder allenfalls nach außen aufklärerisch arbeitende Zirkel erhalten können. Ein erster Schritt wird es sein, daß die aus dem Osteraufstand hervorgegangenen Komitees und Gruppen ihre eigene Dynamik, ihre Erfahrungen und das erreichte Bewußtsein in neue praktische Aufgaben umsetzen. Der zweite Schritt wäre, die Organisierung in noch von den Notwendigkeiten des Osteraufstands bestimmten Gruppen zu erweitern durch die Organisierung der Beteiligten in Basisgruppen auf Schul-, Wohngebiets- und Betriebsebene. Es gilt den Kapitalismus an einer, zwei, an vielen Fronten anzugreifen !

Hamburger Ostern

Wenn Springer Widerstand leistet...

Wir haben eine freie Presse. Sie kann schreiben, was sie will und sie kann tun, was sie will. Sie wird immer gedeckt. Wenn Springer die Auslieferung einer Zeitung verhindert, dann setzt er sich nicht vor einen Lieferwagen. Ihm genügt ein Rundschreiben an die Zeitungshändler und das auf dem Springer-Index stehende Organ wird an keinem Kiosk mehr verkauft. Das widerfuhr zum Beispiel dem Hamburger "Blinkfüer" vor einigen Jahren. Der Bundesgerichtshof hielt das für richtig. Der Boykott sei "ausschließlich politischer Natur und lag jenseits wettbewerblicher Überlegungen." Das Vorgehen sei durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt.

Als junge Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten das gleiche Recht beanspruchten, da tanzte der Gummiknüppel, da erfuhr die Jugend, daß das Recht in unserem Lande immer das des wirtschaftlich Stärkeren ist.

„Klassenkampf statt Sozialpartnerscha – 1. Mai in Berlin

Der sozialistische Erste Mai in Westberlin hatte exempla Wert für die gesamte außerparlamentarische Opposition i deutschland. Er war der lebendige Test dafür, in wie v mit dem rechten Fuß noch auf dem wackligen ideologisc den des Liberalismus stehenden Gewaltlosigkeitsapost hatten, die nach den Ostertagen Kassandrasprüche über d men Schaden murmelten, den uns unsere sogenannte G tigkeit im Ansehen einer sogenannten Öffentlichkeit hätte. Die offizielle Presse schätzt die Zahl der Teilne der sozialistischen Demonstration auf dreißigtausend, kann nicht behaupten, daß sie bei linken Veranstaltungen treiben pflegt. Was hat der Senat dagegen auf die Beine g Hunderfünfzigtausend - sagt er. Seit dem 21. Februar wir, was sich hinter dieser magischen Zahl verbirgt. wirklich mehr als achtzigtausend zusammenbekomme sollten, darf man anerkennend feststellen, daß sie die mit ihren Lügen zurückhaltend gewesen sind. Sie hab die wirklichen Zahlen nur verdoppelt !

Bei der Demonstration der Außerparlamentarischen Oppo APO - waren also mindestens dreißigtausend. Das hei sich die aktive Anhängerschaft der Linken seit dem Vietn groß v e r d o p p e l t hat ! Und das trotz der Barrik Springer-Hochaus, trotz der brennenden Lieferwagen.

Springers "B. Z." tröstet sich damit, daß die Zahl dre send just dem Stimmanteil der SED-W bei der letzten W spricht. Aber die Parteien der "Ordnung" hatten doch wo als "hunderfünfzigtausend" Stimmen?

Es ist ein bißchen grotesk, wenn die Springer-Journa Erfolg der APO aus der Unterstützung der SED erklär Die SED-W kann samt FDJ in Westberlin höchstens 50 Leute mobilisieren. Aber es ist verständlich, daß man dem Wunschbild tröstet, die antiautoritäre Bewegung Schlepptau der bürokratischen Spießer von der SED-W die den Schütz und Co. seelenverwandt und deshalb hal heimlich sind wie jene, die "zwei, drei, viele Vietnam

WAS TUN

Wenn die Osterereignisse etwas bewiesen haben dies: Die außerparlamentarische Bewegung hat es nötig, auf die von ihrem Gegner jeweils neu ge Situationen immer nur zu r e a g i e r e n. Si mehr nur ein Objekt der Politik der etablierten ist in eine neue Entwicklungsphase getreten, in de ist, die Initiative an sich zu reißen. Die Ostert damit ein Wendepunkt für die antiautoritäre Be Deutschland.

Diese neue Situation schafft der Bewegung neue Reichten in einer Phase, da sie auf den Protest u fensiven Widerstand gegen die Politik der "Ordnu beschränkt war, Spontaneität und abstrakte Negat litisches Programm aus, so ist sie nun genötig längerfristiges Programm, eine konkrete Pers geben. Wir reagieren nicht mehr nur taktisch auf zifische Situation, sozusagen von der Hand in den dern müssen unsere Diskussionen auf die Ebene de t e g i s c h e n Reflexion heben.

Unsere Aktionen haben die Herrschaftsinstitutione kapitalistischen Systems in eine Krise gebrac westdeutsche Kapitalismus im Moment nicht zu mag. Auf der anderen Seite hat sich die außerp rische Opposition bereits als die im Augenblick ei dargestellt, die eine - wenn auch noch so versch Alternative zum sich abzeichnenden Zerfallspro pitalistischen Ordnung aufzuzeigen imstande ist allerdings unsere augenblicklichen Erfolge zu e losen Optimismus verleiten, so kann es uns gesc das System dadurch eine Atempause gewinnt, in ne Führungskrise auf technokratischem Weg in de ten Gesellschaft löst.

Hat doch diese Partei gerade in der Kampagne für den 1. Mai der APO gegenüber bewiesen, wie wenig sie sich von ihrer stalinistischen Vergangenheit gelöst hat. Darauf sollte man im Übrigen in der nächsten Nummer von "Was tun ?" ausführlicher eingehen...

Die Gründe für die so rasch angewachsene Basis der APO dürften anderswo liegen.

WAS TUN erscheint ab Juni 1968
monatlich - 24-seitig
-Werben-Abonnieren-Spenden-

Unsere Alternative muß daher konkret werden, wenn sie auf absehbare Zeit gesellschaftliche Relevanz gewinnen will. Solange sich die Notwendigkeit einer programmatischen und strategischen Perspektive hinter der vordergründigen, unmittelbar-taktischen Handwerkelei verstecken konnte, konnte auch kein subjektives Bedürfnis nach der Organisierung unserer strategischen und programmatischen Reflexion entwickeln. Die Ostertage haben uns nun in eine Situation gebracht, in der die Organisation unserer theoretischen Diskussion eine unmittelbare und notwendige Bedingung sind für die Erhaltung einer langandauernden Dynamik und für die Sicherung der historischen Relevanz der Bewegung.

Die Organisation der strategisch-theoretischen Diskussion - das ist das Programm dieser neuen Zeitschrift, zusammengefaßt in der Frage: "WAS TUN ?"

Es ist anscheinend eine ästhetische Pflichtübung für neue Zeitschriften, sich als "Diskussionsforum" anzubiedern, wo nicht "fertige Ergebnisse an den Mann gebracht" werden, sondern wo "divergierende sozialistische Meinungen zu Wort kommen". Nun wird gewiß auch gerade in "Was tun?" diskutiert werden. Allerdings nicht, um die mehr oder minder unerheblichen M e i n u n g e n von Individuen zu Markt zu tragen, denn die sind immer "fertig". Das Ziel unseres Blattes ist nämlich durchaus, zu brauchbaren E r g e b n i s s e n zu kommen, und unsere Diskussionen werden daher stets auf die konkreten Erfordernisse unserer Diskussionen bezogen bleiben. Sie werden die permanente Kritik eines jeden praktischen Schrittes unserer Bewegung zu leisten haben, um der antiautoritären Bewegung aus der Aufdeckung ihrer untergründigen Bewegungsgesetze ein Bild von ihrer Zukunft zu entwerfen.

J. E.

Zum Ersten wurde diesmal ernst gemacht mit dem Vorsatz, "zu den Arbeitern" zu gehen. Nicht allein, daß der Demonstrationszug durch eine ausgesprochene Arbeitergegend geführt hat - Neukölln und Kreuzberg. Die Kampagne für den 1. Mai hat sich auf Themen konzentriert, die aus dem unmittelbaren Erfahrungsbereich der Arbeiterklasse stammen. Allgemeine Lohn- und Betriebsprobleme und die Strukturkrise der berliner Wirtschaft konnten zwar nur abstrakt angesprochen werden. Aber die Kampagne gegen den "Weißen Kreis" scheint doch ganz unmittelbare Resonanz gefunden zu haben. Die Agitation gegen die Mieterhöhungen könnte sich als der Hebel erweisen, den die westberliner Linke ansetzen muß, um den entscheidenden Druchgruch zur Arbeiterklasse zu schaffen. Die berliner Bürokratie kann sich in ihrer prekären Lage eine offene Kollision mit den unmittelbaren Interessen der Arbeiter kaum leisten. Gelingt es der APO, den Senat mit dem Gespenst der Einheitsfront Arbeiter-Studenten dermaßen einzuschüchtern, daß er den "Weißen Kreis" verschieben muß, so haben wir erstmals den sinnlich erfahrbaren Beweis geliefert, daß nur die außerparlamentarische Linke die Interessen der Arbeiter wirksam vertritt. Und dann werden die frohen Tage der Schütz-Sickert-Neubauer-Clique gezählt sein.

Erstmals nach dem Krieg wurde am Vorabend des 1. Mai in Hamburg eine sozialistische Mai-Demonstration durch das Arbeiterviertel Barmbek mit einer Beteiligung von 2000 durchgeführt. Im Anschluß an die DGB-Kundgebung in Planten un Blomen mit ihrem volksfesthaften Charakter hatten Studenten- und Schülerverbände eine kritische Versammlung organisiert. Sie brachte eine aktive Solidarisierung durch Arbeiter und Angestellte. Vor über 5000 sprachen neben Studenten erstmals auch Betriebsräte.

Ob das gelingt, hängt davon ab, ob wir jene zweite - die organisatorische - Vorbedingung für den Erfolg des 1. Mai zu stabilisieren und auszubauen verstehen: die sogenannten Basisgruppen, d.h. den Versuch, die Anhänger der Außerparlamentarischen Opposition an der Basis, in ihren Wohngebieten zu organisieren, wo sie einen direkten Kontakt zu den Arbeitern haben. Diese in den Ostertagen entstandenen Basisgruppen entsprechen gewiß noch lange nicht den Vorstellungen, unter denen sie geschaffen wurden. Doch dieses Problem kann nur im Rahmen der allgemeinen Organisationsfrage gelöst werden, die sich der gesamten antiautoritären Bewegung stellt. Sie wird einen beträchtlichen Raum in den Seiten von "Was tun ?" einnehmen.

Bei all unseren Fehlern und Schwächen ist jedenfalls eines klar: Die Massenbasis der "Ordnungspartei" bröckelt ab. Seit der Wahl in Baden-Württemberg dürfen wir wohl einen besonders prominenten Überläufer endgültig in unsern Reihen begrüßen: Der Genosse T r e n d scheint sich aus dem sozialdemokratischen Morast ins außerparlamentarische Lager herübergerettet zu haben...

J. E.

Die Zeit der Aufklärungskundgebungen ist vorbei. Seit Jahren haben die Gewerkschaften, Teile der Sozialdemokratischen Partei und die außerparlamentarische Opposition die Gefahren der Notstandsgesetzgebung aufgezeigt. Ohne Konsequenz.

Am 15. Mai und 19. Juni soll die zweite und dritte Lesung dieser Gesetze stattfinden.

Die außerparlamentarische Opposition kann diese Gesetze allein nicht verhindern. Sie werden nur aus der Welt geräumt, wenn auch die organisierte Arbeiterklasse übergeht vom Protest zum Widerstand gegen diese Gesetze.

DIE ERHALTUNG DER POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN BEWEGUNGSFREIHEIT DER ARBEITERKLASSE IST VORRANGIG !

Nur der Widerstand gegen ein Parlament, das grob gegen die Interessen der größten Bevölkerungsgruppe - der Arbeiterklasse - handelt, kann dieses Ziel erreichen.

Arbeiter
Gewerkschafte
Schüler
Studenten
organisiert
den
Werktags
marsch
auf
Bonn

REDAKTION:	Bernhard Achterberg - Richard Albrecht - Günther Amendt - Lothar Boepple - Peter Brandt - Peter Brockhaus - Rudi Dutschke - Jochen Ebmeier - Lothar Menne - Gaston Salvatore - Christian Semmler - Thomas Schmitz-Bender - Arno Schuh - Hans-Jürgen Schulz - Wolfgang Zeller
ANSCHRIFT:	WAS TUN - 68 Mannheim 31, Nauheimerstraße 19
BANK:	Dresdner Bank - Mannheim, Sonderkonto WAS TUN Nr. 2191

Verantwortlich für den Inhalt: Lothar Boepple

Mai 1968:
Die Maiausgabe des 'Roten Morgen' (vgl. Apr. 1968, Juni 1968) berichtet außer von dem Treffen verschiedener ML-Gruppen (vgl. 27.4.1968), dem sich auch der Leitartikel ("Vorwärts auf dem Weg zu einem einigen sozialistischen Deutschland") widmet, und den Maidemonstrationen in Hamburg, Mannheim, München und Berlin auch noch von den Bauern in Darmstadt-St. Stephan und im Kreis Pinneberg, sowie aus Kolumbien.

Weitere Artikel sind:
- Wie Revisionisten Demokratie praktizieren,
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend gegründet,
- Die Methoden der Agenten der Bourgeoisie in den Gewerkschaften.
Letzteren Artikel übernimmt der 'Rote Morgen' aus der 'Roten Gewerkschaftspost', die in Mannheim erscheint. Der Artikel ist mit Emil Ludwig unterzeichnet.
Q: Roter Morgen, Hamburg Mai 1968

Mai 1968:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 62 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. April 1968, Juni 1968). Er enthält die Artikel:
- Siegfried Markowski: Parlamentarischer Kampf oder revolutionäre Aktion?
- Friedrich Zimmermann: Die Verfolgung und Misshandlung von Demonstranten, dargestellt und verübt durch deutsche Polizei in West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland vor und während der Osterfeiertage 1968
- Die Redaktion: Spätzünder [zum Artikel "Fragen an den Roten Morgen"]
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 62, Bergisch-Gladbach Mai 1968

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 62 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto Mai 1968

Parlamentarischer Kampf oder revolutionäre Aktion?

Auf der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, die Ende März in Frankfurt tagte, kam es zu heftigen Kontroversen über die Frage einer Beteiligung der westdeutschen Linken an den Wahlen. "Antiautoritäre" und "Traditionalisten" bildeten die zwei Hauptrichtungen, deren Meinungen hart aufeinanderprallten.

Bisher hatten gemeinsame Aktionen den scharfen Gegensatz kaschiert, der in den geführten Diskussionen zutage trat und den SDS an den Rand einer Spaltung führte. Nun aber wurden die Grenzen sichtbar, die auch jeder außerparlamentarischen Aktion gesetzt sind, weil sie nur eine der möglichen Kampfformen der Arbeiterbewegung darstellt.

Da wir in der Frage der Beteiligung an Wahlen in wesentlichen Punkten mit den sogenannten "Traditionalisten" übereinstimmen, diese Frage aber von prinzipieller Bedeutung für jede sozialistische Bewegung ist, wird im folgenden eine kritische Auseinandersetzung mit den Argumenten der "Antiautoritären" geführt werden müssen, ohne allerdings die Berechtigung außerparlamentarischer Aktionen in Zweifel zu ziehen.

Die Ansicht dieser Tendenz kam auf dem SDS-Kongreß vor allem in den Referaten Gäng/Lefèvre zum Ausdruck, die deshalb hier Gegenstand unserer Untersuchung sein sollen.

Fassen wir zunächst die hauptsächlichen Thesen der "Antiautoritären" kurz zusammen (wörtlich zitiert):

1. Die antiautoritäre Rebellion ist gekennzeichnet von dem richtigen Bewußtsein, daß es für die Rebellierenden eben keine andere Möglichkeit gibt, als die Rebellion, um etwas bestimmtes durchzusetzen.
2. Dieses Bewußtsein ist erfüllt von einem richtigen Mißtrauen gegen alle Institutionen, soweit sie nicht die Institutionen der Rebellierenden selbst und von ihnen unmittelbar kontrollierbar sind.
3. Daß es sehr großer Manipulationsanstrengungen bedürfte, um die linke Bewegung von dem Widersinn zu überzeugen, daß das Parlament im Spätkapitalismus zwar weitgehend funktionslos geworden sei, daß man aber daher Anstrengungen übernehmen müsse, um ein paar Abgeordnete oder Protestabgeordnete in dieses Parlament zu bringen, ohne an diesem Parlament qualita-

tive Veränderungen vornehmen zu können.

4. Antiparlamentarischer Parlamentarismus, und darauf lassen sich alle "kritischen" Wahlbeteiligungskonzepte bringen, verrät nichts als die kurzschlüssige Flucht aus der Schwierigkeit, daß die "außerparlamentarische Opposition" noch nicht weit genug ist, auf den Wahlrummel des Systems adäquat zu antworten, nämlich mit der Eröffnung des Klassenkampfs von unten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.
5. Die "außerparlamentarische Opposition" kann ihre Struktur nur in der massenhaften, und d.h. antiinstitutionellen sozialistischen Praxis, also der Praxis der Massen, nicht in der Praxis von Repräsentanten mit Massenzustimmung, finden und entwickeln.
6. Es ist daher konsequent, jedes Verhalten zu vermeiden respektive zu bekämpfen, das geeignet wäre, die alte Illusion von der Interessendelegation an geschickte Interessenvertreter wieder aufzubauen (Unterstreichungen v. Verf.).

Die "Antiautoritären" gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Gewalt der Herrschenden letztlich nur durch revolutionäre Gewalt gebrochen werden kann, nicht aber auf parlamentarischem Wege, weil auch Verfassungsfragen Machtfragen sind. Unverkennbar ist auch ein weitverbreitetes Mißtrauen und Unbehagen gegen alle Institutionen sowie die Einsicht über das Versagen der bestehenden Parteien.

Doch diese Einsichten lassen nicht den zwingenden Schluß zu, daß damit von der überwiegenden Mehrheit der Anhänger des revolutionären Sozialismus ein Votum gegen das Parlament, gegen die Parteien und gegen die Institutionen erteilt wird bzw. worden ist!

Die Abneigung der "Massen" richtet sich ja nicht gegen anonyme, abstrakte, sondern gegen konkrete, existierende Parteien und Institutionen, welche die bestehenden politischen Machtverhältnisse ausdrücken. Dies umso mehr, als es eben keine politische Kraft gibt, die eine gesellschaftspolitische Alternative aufzeigt. Daraus wäre eher zu schließen, daß die Massen nach neuen Parteien verlangen, damit ihre Interessen auch parlamentarisch wieder vertreten werden, daß Institutionen gefordert werden, die nicht den Menschen verwalten, sondern die von Menschen verwaltet werden! Bedarf es für diese These eines Beweises? Für den, der die politische Entwicklung der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat und sich mit den Ursachen, nicht aber den Erscheinungen des jetzigen Standes der Dinge befaßt, sicherlich nicht. Rekonstruieren wir schlagwortartig:

Die SPD schwört allen sozialistischen Zielvorstellungen auch programmatisch ab und beschließt das "Godesberger Programm", mit dem sich diese Partei fest auf den Boden der bürgerlichen Ordnung stellt. Die Arbeiterschaft ist ohne politische Führung. In der Mitgliedschaft brodelt es, in der SPD-Wählerschaft breitet sich Unbehagen und Resignation aus. Diese werden im Zaum gehalten und beschwichtigt durch das Versprechen der SPD-Führer, auf diesem Wege zur Regierung zu gelangen. Die von uns geforderte logische Konsequenz, Bildung einer neuen sozialistischen Partei, bleibt aus. Schwere Niederlage der SPD bei den letzten Bundestagswahlen. Die Resignation wird größer, die Erkenntnis wächst, daß die SPD nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse

vertritt. Noch immer etabliert sich keine neue Führung. Die auf dem Wege über riesige Staatsverschuldungen angeheizte Konjunktur verlagert die ökonomischen Krisen in den monetären Sektor und schlägt auf den Produktionsbereich zurück. Der finanzielle Bankrott steht vor der Tür. Selbst die Unternehmer verlieren das Vertrauen in die politische Führung, es folgt der wirtschaftliche Rückschlag. Die "Große Koalition" als Folge dieser Entwicklung - nicht etwa der des "Godesberger Programms"!! - bringt weithin sichtbar zum Ausdruck, daß die SPD nicht einmal mehr die Rolle der Opposition mit der Anprangerung vieler Mißstände etc. übernehmen, sondern ebenfalls an den Pfründen dieses Systems teilhaben will. Einheits- und Volksgemeinschaftsparolen verwischen bei vielen Menschen die längst nicht mehr existierenden Unterschiede zwischen den bestehenden Parteien und damit die Erstarrung auch des Parlaments! Die SPD verliert bei einigen Landtagswahlen Hunderttausende von Stimmen. Da es auf der Linken keine Alternative gibt, votiert ein Teil von ihnen für die NPD; die anderen enthalten sich der Stimme. Soweit der kurze Abriß des Geschehens.

Es gehört schon viel Phantasie dazu, aus diesem Entwicklungsprozeß auf ein "richtiges antiparlamentarisches, antiinstitutionelles, antiparlamentarisches Bewußtsein der Massen" zu schließen! Wer erlebt hat, wie gerade im "für uns funktionslos gewordenen Parlament des Spätkapitalismus" (s.Punkt 3) der politische Niedergang des Systems erkennbar wurde, der bekommt doch starke Zweifel an der These, daß der parlamentarische Kampf der Arbeiterklasse völlig bedeutungslos geworden sei und daher abzulehnen ist.

Unverständlich ist uns die mangelnde Fähigkeit unserer sozialistischen Studenten, zwischen richtigem oder falschem Bewußtsein einerseits und einer erreichten Stufe des Klassenbewußtseins andererseits zu unterscheiden. Selbst wenn der außerparlamentarische Kampf als eine der möglichen Kampfformen der Arbeiterbewegung noch nicht die Höhe revolutionären Bewußtseins erreicht hat - was nicht immer zutrifft -, ist es absurd, ihn als falsches Bewußtsein zu kennzeichnen! Er wäre nur eine niedere Form des Bewußtseins, von falschem Bewußtsein könnte man nur sprechen, wenn davon ausgegangen würde, daß die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse lediglich auf parlamentarischem Wege zu ändern sind!

Derart mangelhafte Unterscheidungen lassen sich unsere "Antiautoritären" mehr als einmal zu schulden kommen. So, wenn sie von "richtigem Mißtrauen gegen Institutionen" sprechen, obgleich es sich allenfalls um berechtigtes Mißtrauen handeln kann. Bleiben wir aber beim Parlament.

Es ist hier nicht möglich, einen Abriß über seine historische Entwicklung zu geben. Tatsache ist jedoch, daß die bürgerliche Demokratie der Boden ist, auf dem allein die Arbeiterbewegung arbeiten, sich organisieren und kämpfen kann. Das Bewußtsein, auch und gerade das sozialistische, muß durch diese Phase hindurch, wenn nicht ein evtl. revolutionärer Sieg entarten soll, wie es in der Periode des Stalinismus zweifellos geschah. Mangelnde demokratische Tradition war neben der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, der Konterrevolution einschließlich der ausländischen Intervention sowie fehlender Unterstützung durch das internationale Proletariat einer der Hauptgründe für die Entartung der KPdSU. Man denke weiter an die barbarischen Formen des Faschismus, die in dieser Brutalität ausschließlich in Deutschland möglich waren, einem Land mit nur kurzlebigen

demokratischen Traditionen.

Wir haben also den Massen zu erklären, warum dieses Parlament, warum diese Form der Demokratie immer wieder von Krisen zerrissen und seiner ursprünglichen Bedeutung entfremdet wird, was scheinbar vielen "antiautoritären" Genossen nicht einmal klar ist! Wir haben zu zeigen, daß wir eben nicht einfach das Parlament und die Demokratie abschaffen, sondern im Gegenteil eine wesentliche Erweiterung des politischen Mitbestimmungsrechtes, daß wir eine höhere Form der Demokratie erkämpfen wollen, weil nur eine solche den Hauptwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und damit alle diesem System immanenten Widersprüche aufheben wird!

Die "Antiautoritären" liefern uns unter Punkt 2 unbeabsichtigt den Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht, wenn sie sagen: "Dieses Bewußtsein ist erfüllt von einem richtigen (muß heißen: berechtigten - S.M.) Mißtrauen gegen alle Institutionen, soweit sie nicht die Institutionen der Rebellierenden selbst und von ihnen unmittelbar kontrollierbar sind". (Unterstr. v. Verf.).

Das Mißtrauen der Massen richtet sich also nicht gegen die Institutionen schlechthin, sondern nur gegen die von ihnen nicht kontrollierbaren! Es geht den Massen also nicht um die Institutionen, sondern um die Kontrolle derselben, worunter auch das Parlament und die Parteien fallen. Aber um dies zu erreichen, braucht die Arbeiterklasse eben eine eigene Partei, die von ihr selbst kontrollierbar ist und die gleichzeitig auch das Parlament kontrolliert!

Mit ihrem eigenen Eingeständnis müßte ja eigentlich die Aversion der "Antiautoritären" gegen die Gründung einer sozialistischen Partei entfallen; denn eine solche Partei kann und muß aufgebaut werden nach dem Prinzip der Kontrollierbarkeit, der jederzeitigen Absetzbarkeit von Funktionären usw. Wer das ABC des Marxismus kennt - und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt dies -, der weiß, daß Parteien politischer Ausdruck von Klassen sind und daß sie existieren, solange es Klassen gibt. Darüber hinaus bildet die Arbeiterklasse nur dann eine Klasse für sich und kann den Vorteil der ungeheueren Mehrzahl nur dann wirkungsvoll ausnutzen, wenn sie sich politisch organisiert!! Tut sie dies nicht, dann ist und bleibt sie ein Spielball in den Händen der Herrschenden. Denken wir nur an die großartigen Siege kommunistischer und sozialistischer Parteien. Die revolutionären Umwälzungen wären ohne sie weder in Rußland noch in China möglich gewesen!

Man komme uns nicht mit dem merkwürdigen Hinweis von der "alten Illusion der Interessendelegation an geschickte Interessenvertreter" (s. Punkt 6). Die Delegierung von Interessen, Entscheidungen und selbst von Rechten ist keine Illusion, sondern eine historische Entwicklung vom Niedern zum Höheren. Wir leben doch nicht in der Urgesellschaft und wer sich einbildet, daß eine solche Delegierung im Sozialismus entfällt, der hat keine Ahnung von den komplizierten Vorgängen innerhalb einer leistungsfähigen Industriegesellschaft sowohl im Produktions- als auch im Verwaltungsbereich. Wir denken da nur an Beratungen in den Finanzausschüssen zur Erstellung des Etats u.s., mit ihrer schwierigen Materie, wo nicht nur Interessen, sondern auch Verantwortungs- und Entscheidungsfreiheit delegiert werden müssen an Leute mit gründlicher Fachkenntnis. Die von den "Antiautoritären" schon jetzt geforderte "direkte Demokratie" setzt nicht nur ein noch lange nicht erreichtes politisches Bewußtsein, sondern allumfassendes Wissen voraus. Einen solchen Zustand werden wir erst nach

einer langen Entwicklungsperiode im Sozialismus erreichen.

Die vollendete sozialistische Demokratie aber kann sich erst nach dem Umsturz aller jetzigen Verhältnisse frei entfalten, wenn, lange nach der Basis, auch die Reste der bürgerlichen Ideologie in den Köpfen der Menschen umgestürzt worden, also verschwunden sind. Wie frei sie sich entfalten, das hängt ab von dem Grad der erlangten Reife, der Höhe des Bewußtseins, dem objektiven und subjektiven Stand der Produktivkräfte. Es ist relativ leicht, eine Ordnung zu zerstören, aber sehr kompliziert und schwierig, eine neue und bessere aufzubauen und zu erhalten.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt. Unter 1. heißt es:

"Die antiautoritäre Rebellion ist gekennzeichnet von dem richtigen Bewußtsein, daß es für die Rebellierenden eben keine andere Möglichkeit gibt, als die Rebellion, um etwas bestimmtes durchzusetzen".

Dies ist ein Schluß, der auf irrigen Voraussetzungen beruht! Da die Rebellierenden in der SPD nicht mehr die Bereitschaft vorfinden, ihre berechtigten Interessen und Forderungen zu vertreten, sehen sie keine andere Möglichkeit als die "Rebellion". Wir sehen eine andere Möglichkeit! Die Gründung einer sozialistischen Partei wird nicht nur bewirken, daß die Interessen und Forderungen der Rebellierenden, sondern die der gesamten Arbeiterschaft konsequent vertreten und durchgesetzt werden! Daß eine Arbeiterpartei sich nicht auf parlamentarischen Kampf beschränkt, sondern diesem mittels außerparlamentarischer Aktionen die entsprechende Unterstützung verleihen wird, versteht sich von selbst. Es sei in diesem Zusammenhang die Frage gestattet, wer denn die Interessen der Arbeiterschaft an die Rebellierenden delegiert hat, da sie mit dem Anspruch auftreten, auch die Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten und zu realisieren? In Wirklichkeit aber handelt es sich nur um die Interessen der Studenten selbst. Wer immer wieder beobachtet, wie viele der "Rebellierenden" lediglich rebellieren, um von den Führern der bestehenden Parteien gehört zu werden, um mit ihnen ihre Anliegen zu diskutieren, der sieht die ganze Schwäche der "Rebellionstheorie" unserer "Antiautoritären"!

Sie wenden sich einerseits scharf gegen eine Parteigründung, weil dies zu einer neuen Elite führen würde. Dabei setzen sie ein elitäres Bewußtsein voraus, das noch nicht einmal der weitaus größte Teil der Rebellierenden selbst aufweist. Ein derart hohes Maß an revolutionärem Bewußtsein kann auch nur das Produkt langwieriger politischer, ökonomischer und ideologischer Kämpfe sein.

Sagen wir es einmal ohne Umschweife: Dadurch, daß die "Antiautoritären" auch den Fehler begehen, die objektiven Bedingungen für revolutionäre Aktionen mit den Bedingungen für die Führung des sozialistischen Kampfes mittels einer Klassenpartei zu verwechseln, tragen sie mit ihrer Konzeption unbeabsichtigt dazu bei, die Reaktion zu stärken. Wer permanent auf Teilbereichen die Staatsgewalt provoziert, verspielt bei den Massen den Kredit und bringt sich selbst in die Isolation. Der feige Mordanschlag auf Rudi Dutschke hätte die Brücke bilden können, die zur Einheit zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und den studentischen Interessen führt. Aber die Praxis der "antiautoritären Rebellion" hat die Pfeiler wieder eingerissen, die auf den Wellen des Mitgefühls und der Sympathie zum Tragen kamen. Partielle Interessen werden als Gesamtinteresse ausgegeben und bleiben deshalb ohne die notwendige Massenbasis. Der Vorwurf

bleibt an den Urhebern der "Rebellionstheorie" haften, sie wollten mit einer winzigen Minderheit die Mehrheit terrorisieren, was bedeutet, daß die vorgegebene "antiautoritäre" Rebellion selbst autoritär wird.

Sicherlich bilden auch die bestehenden Parteien eine winzige Minderheit, wenn man bedenkt, daß nur etwa 7 % aller Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert sind. Aber es ist nicht zu leugnen, daß diese Minderheit durch die Wähler ein Mandat erhält, also formal berechtigt ist, in deren Namen zu sprechen und zu handeln.

Der Hauptmangel der "Rebellionstheorie" aber liegt in der Unkenntnis über den Inhalt sozialistischer Politik! Sozialistische Politik ist immer revolutionär, während revolutionäre Aktionen nicht unbedingt das Attribut "sozialistisch" verdienen. Aber revolutionäre sozialistische Politik läßt sich nicht auf Demonstrationen, Provokationen der Staatsgewalt und Straßenkämpfe reduzieren! Sie ist nicht auf Augenblicks- oder Teilerfolge beschränkt; denn dann wäre sie nur eine andere Variante des Opportunismus. Sozialistische Politik ist eine Lebensaufgabe!

Sie ist die Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Entlarvung der Klassenherrschaft, zur Aufdeckung der Klassengegensätze, zur Anprangerung der von diesem System fortlaufend erzeugten Mißstände!

Wir haben uns als Sozialisten bewußt zu machen, daß revolutionäre Situationen nur einmal in hundert Jahren innerhalb eines Landes vorkommen, wo sie als gesamtnationale Krise in Erscheinung treten. Infolgedessen ist und bleibt der Kampf von Sozialisten ein zäher, langwieriger, differenzierter, von Siegen und Niederlagen gezeichneter Weg. Sozialistische Revolution, das bedeutet die Revolution der ungeheueren Mehrzahl im Interesse der ungeheueren Mehrzahl! Jede andere Auslegung ist Putschismus, von dem wir uns klar distanzieren müssen.

In sogenannten "friedlichen Epochen", also Perioden wirtschaftlicher Stabilität des Kapitalismus, in denen offensichtlich sowohl die objektiven revolutionären Bedingungen als auch der subjektive Faktor noch nicht die notwendige Reife erlangt haben, besteht die Hauptaufgabe der sozialistischen Linken im Kampf gegen die verheerende bürgerliche Ideologie. Dabei haben die Kampfformen zu wechseln, je nach der Tiefe der Widersprüche des Systems und dem jeweiligen Stand des Klassenbewußtseins. Sie sind dann zugleich defensiver wie offensiver Natur. Defensiv im Hinblick auf die Aufweichungstendenzen des Klassenbewußtseins durch eine lang anhaltende Konjunkturphase, offensiv in Bezug auf die Anprangerung aller diesem System immanenten Widersprüche und Mißstände.

Die Arbeiterbewegung bedient sich der Mittel des parlamentarischen Kampfes aus mannigfachen Gründen; wobei es völlig nebensächlich ist, ob sie "ein paar Abgeordnete ins Parlament bringt" oder nicht. Die Beteiligung am Wahlkampf stellt zweifellos einen beachtlichen, politisierenden, kritisches Bewußtsein bildenden Faktor dar. Eine Arbeiterpartei erhält darin wesentlich größere Möglichkeiten, den Massen ihre Zielvorstellungen zu entwickeln, als dies bei Demonstrationen mit partiellem Charakter geschieht. Jedermann weiß, daß gerade die Wahlbeteiligung der NPD die Massen wachgerüttelt hat, pro und contra. Da diese Partei den Anschein erwecken kann, sich völlig im Rahmen bestehender Gesetze zu halten, absorbiert sie einen Teil des vorhandenen Unbehagens und profitiert selbst von dem durch die "antiautoritäre" Linke er-

zeugten kritischen Bewußtsein umso mehr, je weniger die Linke bereit ist, sich als Partei zu konstituieren.

Insofern gestalten sich die "antiautoritären" Aktionen zu einem Manipulationsmittel für die rechte SPD-Führung, die das Unbehagen ihrer Anhängerschaft mit der Parole "der Feind steht rechts" auffangen und somit die weitere Loslösung der Massen von der SPD verhindern kann!

Der parlamentarische Kampf der Linken ist weiterhin wichtig für die eigene Heerschau! Nur so sind wir in der Lage, die Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen und diesen entsprechend außerparlamentarische Aktionen zu organisieren, ohne das dieselben in Unbehagen gegen die Rebellierenden selbst umschlagen. Außerparlamentarische Aktionen erscheinen nur dann als sinnvoll und erfolgversprechend, wenn sie von Wellen der Sympathie wenigstens eines Teils der Arbeiterschaft getragen werden und deren Unterstützung finden. Es muß also gelingen, die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen, um diese Kampfesweise zu legitimieren. Ansonsten ist scharf zu unterscheiden zwischen den berechtigten Forderungen und Interessen der allgemeinen Studentenbewegung und den Anliegen sozialistischer Studentenorganisationen an die Gesamtgesellschaft! Wenn die Formen des Kampfes mit seinem Inhalt und den sozialen Kräften kollidieren, auf den er sich bezieht, bewirken sie das Gegenteil dessen, was er erreichen bzw. verhindern soll. Das ist ein allgemeingültiges Gesetz!

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte ist es evident, daß sich die Parole: "Enteignet Springer" verselbständigt hat. Sie ist damit geeignet, Illusionen zu erwecken und falsches Bewußtsein zu erzeugen. Als Marxisten geht es uns nicht um die Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern um die Vergesellschaftung von Produktions- und Eigentumsverhältnissen! Die Enteignet-Springer-These übersieht ferner, daß die Konzentration der Presse und der Mißbrauch der Pressefreiheit nur Produkte der sozialen Verhältnisse sind, nicht aber umgekehrt. Es geht folglich nicht um den Nachweis, daß der einzelne Kapitalist, der einzelne Betrieb zu bekämpfen und zu enteignen ist, sondern die herrschende Klasse, das kapitalistische Eigentum überhaupt.

Desgleichen ist die Forderung nach Übernahme zur Stillegung bestimmter Betriebe politisch irreal und praktisch undurchführbar. Die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise zwingen jeden Kapitalisten bei Strafe des Untergangs, sich gesamtkapitalistisch zu verhalten! Das Beispiel Robert Owens sollte zum Nachdenken Anlaß geben.

Der Vorwurf der "Antiautoritären", daß die Gründung einer sozialistischen Partei oder die Beteiligung an Wahlen nur eine neue Institution, neue Bürokratien, eine neue Ordnung schafft und damit eine Anpassung an das bestehende Establishment vollzogen wird, muß scharf zurückgewiesen werden. Wer die permanente Integration in das bürgerliche Establishment verhindern will, müßte konsequenterweise alle Arbeiter auffordern, bei keinem Kapitalisten zu arbeiten. Der ständige Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten, also die Notwendigkeit, zu leben, zwingt den Arbeiter täglich neu in den Prozeß der Integration, der die bestehenden Machtverhältnisse zementiert. Man müßte also die Arbeiter auffordern, nicht mehr leben zu wollen, wenn wir unsere "Rebellionstheoretiker" beim Wort

nehmen würden.

Natürlich sind wir, wie wohl die meisten Angehörigen der Arbeiterklasse, für eine neue Ordnung, nämlich für ordentliche und geordnete menschliche wie auch zwischenmenschliche Verhältnisse und Beziehungen. Wir sind als Sozialisten für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, falls das noch nicht bekannt sein sollte! Diese neue, bessere Ordnung menschenwürdigen Produzierens, Austauschs und Verkehrs wird es dem einzelnen Individuum erst gestatten, seine Tätigkeiten und Freiheiten innerhalb einer geordneten, aber jederzeit kontrollierbaren und kontrollierten Gemeinschaft voll zu entfalten.

Anarchische Zustände lehnen wir allerdings ab, weil sie dem erreichten Stand der Produktivkräfte widersprechen, weil sie die Menschheit zurückwerfen würden in das Reich der Tierheit, dem sie noch nicht ganz enteilt ist. Rousseau's "Zurück zur Natur" ist zwar menschlich verständlich, aber verständlicherweise nicht mehr menschlich.

Die "Rebellionstheorie" der "Antiautoritären" erweckt den Anschein, als ob sie das Problem des allumfassenden revolutionären Kampfes auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit allen möglichen Kampfformen verdrängen wollen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden mittels einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Wenn das Feuer der "Rebellionslust" in den Köpfen der "Rebellierenden" erlischt, wird es ein böses Erwachen geben. Wir können nur hoffen - und werden alles in unseren Kräften stehende tun -, daß dieses Erwachen zu der richtigen Erkenntnis führt, die da lautet, nicht parlamentarischer Kampf oder außerparlamentarische Aktionen, sondern

parlamentarischer Kampf und außerparlamentarische Aktion!

Siegfried Markowski

- - - - - - - - - - - - -

DIE VERFOLGUNG UND MISSHANDLUNG VON DEMONSTRANTEN, DARGESTELLT UND VERÜBT DURCH DEUTSCHE POLIZEI IN WEST-BERLIN UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND VOR UND WÄHREND DER OSTERFEIERTAGE 1968

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die Demonstrationen während der Ostertage liegen einige Wochen zurück. Daß sich in dem Mordanschlag auf Dutschke die in der Bundesrepublik und West-Berlin zigfach gesteigerte, gewalttätige Atmosphäre der politischen Praxis der Herrschenden manifestierte, braucht hier nicht mehr besonders betont und erläutert zu werden. Wir wollen und können auch nicht all jene mit erhobenem Zeigefinger belehren, die mehr oder weniger spontan und aktiv an Demonstrationen vor allem gegen den Springer-Konzern teilgenommen haben.

Die Beteiligten wissen selbst am besten und werden entsprechende Konsequenzen aus dem Geschehen der Ostertage ziehen, daß in einigen Fällen, vor allem in München, von Demonstranten aus Dummheit und Führungslosigkeit Gewalt in Form von Steinwürfen angewendet wurde, die nur dazu führte, daß relativ unbeteiligte Menschen verletzt wurden und starben.

Angesichts des Trommelfeuers aus allen verfügbaren Rohren der Massenbeeinflussung seitens der Herrschenden kommt es uns darauf

an, in die verstärkt ausgelöste Diskussion über die Rolle und Funktion der Gewalt einige Akzente zu setzen, ohne uns anmaßen zu wollen, dieses Thema gründlich und umfassend zu durchleuchten.

Als selbstverständlich setzen wir voraus, daß die Leser dieser Zeilen sich umfassend darüber informierten, sei es durch persönliche Teilnahme an den Demonstrationen, durch Gespräche mit Demonstrationsteilnehmern oder durch die Berichte von Publikationsorganen wie der ZEIT, dem SPIEGEL oder des Berliner EXTRA-BLATTES, mit welcher Infamie, Brutalität und Bestialität die Polizei vor allem in West-Berlin, Hamburg, Frankfurt, Hannover usw. gegen die Demonstranten vorging.

Wer über die tatsächlichen Vorgänge informiert ist, weiß, daß das landauf, landab ertönende Gezeter über den angeblich zügellosen Terror der Demonstranten eine ungeheuere und miese Gegenpropaganda ist, die es erreicht hat, daß selbst fortschrittliche Bürger in ihrer Einschätzung der Funktion von Demonstrationen wie an Ostern schwankend geworden sind und Pauschalurteile abgeben, die nur Zeugnis davon ablegen, wie wirksam die Lügen und Manipulationen der Herrschenden zeitweilig sind.

Die Gewalt ist eine gesellschaftliche Kategorie. Als solche besitzt sie im Bestehenden selbst das Monopol der Legalität, der Wahrheit und des Rechts, wobei das Recht und sein Gewaltcharakter verschwunden ist, um in den sogenannten "Ausnahmezuständen" furchtbar zu Tage zu treten. Es trat zu Tage, daß die Herrschenden jedes Aufmucken gegen sie, das nicht mehr als demokratisches Feigenblatt mißbraucht werden kann, schlicht als Terror denunzieren. Ausgerechnet der deutsche Imperialismus, der in zwei Weltkriegen die deutsche Jugend für seine Raubkriege mißbraucht und verheizt hat, jammert über ein paar angezündete Lastwagen des Springerkonzerns und einige eingeschlagene Fensterscheiben, als sei das Land vom schlimmsten Terror des "Pöbels" heimgesucht worden. In den Brutalitäten der Polizei offenbart sich die faschistische Mentalität der Herrschenden dieses Landes, eine Mentalität, die seit dem "Dritten Reich" ungebrochen zu sein scheint.

Wie demokratisch ein System oder eine gesellschaftliche Formation wirklich ist, das zeigt sich genau darin, in welchem Maße es fähig und willens ist, politische Minderheiten zu tolerieren und zu ertragen (Faschisten als Negation menschlicher Zivilisation und Kultur sind von dieser Betrachtungsweise ausgeschlossen).

Die Logik der Herrschenden, die über den angeblichen Terror der Studenten jammern, offenbart sich anhand der tatsächlichen Vorfälle der letzten Wochen als die Logik von Gangstern, die Logik von Parteiführern und Gewerkschaftsbossen, die ein gleiches tun, ist die Logik von Gangstern - dem Profit- und Selbsterhaltungswillen der Bourgeoisie liegt eben sehr oft ebenfalls die Logik von Gangstern zugrunde. (Wie wiederum die Gangsterlogik die auf die Spitze getriebene und brutalste bürgerliche Logik ist).

Hält man sich bezüglich der Informationstätigkeit von Leuten wie Augstein usw. über die Demonstrationen vor Augen, daß "BILD am Montag" breite Schichten anspricht, die sich "liberal" dünken und den Studenten "verständnisvoll" gegenüberzustehen vorgeben, so erweist sich bei näherem Zusehen, daß die Leser des Herrn Augstein und der ZEIT zwar scheinbar objektiv z.B. über die Brutalität des polizeilichen Einsatzes gegen die Demonstranten informiert werden, daß aber eine Bewußtseinsänderung der Leser durch scheinbar nebensächliche Bemerkungen weiterhin verhindert werden soll, wie die von Augstein im SPIEGEL Nr. 17 v. 22.4.68.

Augstein schreibt dort:

> "Was die revolutionär Gesonnenen der Studenten angefangen haben, hätte nur einen Sinn, wenn sie sich eingestehen wollten, daß ein neuer "Faschismus" erstens nicht zwangsläufig, zweitens aber noch am ehesten kommt, wenn zunehmende "Unordnung" den Ruf nach dem starken Mann anschwellen läßt. Erst im Rückschlag gegen einen mittels Unruhen etablierten Faschismus könnte dann das Reich der Freiheit anbrechen - eine abenteuerliche Prozedur."

Augstein unterstellt also nicht mehr und nicht weniger, und das beleuchtet sein Denken und seine Funktion in dieser Ordnung mehr als dickleibige Untersuchungen über den SPIEGEL:

1. Die Demonstrationen an Ostern vor Springers Druckereien hatten keinen Sinn oder nur dann, wenn
2. die Studenten und Demonstranten "bewußt" in Kauf nehmen würden, daß durch ihre "Unordnung" der Ruf nach dem starken Mann anschwellen wird und
3. der "Faschismus" (warum eigentlich in Anführungsstrichen, Herr Augstein?) mittels "Unruhen" von den Studenten und Demonstranten "etabliert" wird.

Bei Lichte betrachtet ist das ein "dicker Hund" und eine bornierte Unverschämtheit des Hamburger Magazin-Zars. Man wird an den ironischen Ausspruch erinnert: Der Rechtsradikalismus ist nur eine Erfindung des Linksradikalismus!

Die liberalen Zuhälter des Systems merken anscheinend gar nicht, wie sehr sie sich durch solche Zugaben und Belehrungen demaskieren. Sie meinen zwar, der Faschismus sei im Kapitalismus nicht "zwangsläufig", geben jedoch zu, daß die Antwort des Systems auf seine wirkliche oder eingebildete Bedrohung in der Mobilisierung und Installierung des Faschismus liegt. Wenn dies aber geschieht, dann ist nicht etwa das System schuld, das den Faschismus strukturell und immanent in sich birgt, sondern die Linken, die durch ihre "Unruhen" den Faschismus "etablieren"!

Dieser pervertierten und im Grunde doch "ehrlichen" Denkweise der liberalen Spießer kann man nur entgegenhalten: wenn der Faschismus die Antwort des kapitalistischen Systems darauf darstellt, daß die politische Aktivität der Massen die Erringung ihrer Selbstbestimmung in allen Bereichen zum Ziel hat, dann ist das ein Grund mehr, dieses System mit allen Mitteln zu bekämpfen!

Ob sie Augstein auf der publizistischen oder Dahrendorf auf der politischen Seite heißen mögen und ihre Funktionen in dieser Gesellschaft erfüllen, sie legen ihre Charaktermaske ab, wenn sie gezwungen werden, über ihre Gesinnung hinaus Farbe zu bekennen und wenn sie glauben, daß das System, (das ihr eigenes ist,) und sei es nur theoretisch, bedroht wird.

Es sollte nicht übersehen werden, daß dadurch, daß die Herrschenden so sehr betonen, wie sehr sie gegen alle Gewalt bei innenpolitischen Auseinandersetzungen seien, sie jenen Narren gleichen, die die Äste ansägen, auf denen sie sitzen. Denn durch die Praxis des brutalen Polizeieinsatzes, der den propagandistischen Postulaten der Herrschenden ins Gesicht schlägt, werden mehr Menschen zum Denken angeregt und für die außerparlamentarische Opposition ansprechbar, als diese selbst je in absehbarer Zeit bewirken könnte. Die Dialektik menschlicher Geschichte bringt es mit sich, daß die Demonstranten umso mehr

auf Gewalt verzichten können (Demonstrantengewalt ist hier definiert als Eindringen in Gebäude, Durchbrechen von Polizeiketten usw.), je mehr Gewalt die Polizeibüttel anwenden, da diese sich gegen sie selbst kehrt.

Der Einsatz von Gewalt in nichtrevolutionären Situationen verbietet sich von selbst, wiewohl allein taktische Erwägungen bestimmen dürfen, inwieweit Gegengewalt gerechtfertigt ist. Bei der gegenwärtigen Breite der Anti-Springer-Bewegung muß also darauf verzichtet werden, mit anderer als mit passiver Gewalt (Sitzstreiks u.ä.) gegen die Institutionen des Verlags vorzugehen. Gelingt es, die Bewegung zu verbreitern, die primär nur Aufklärungsbewegung im momentanen Zeitpunkt sein kann, so stellt sich die Frage nach der Anwendung wirksamerer Aktionen gegen den Springer-Verlag erneut.

Springer, der die Aktionen während der Osterfeiertage gegen sein Unternehmen als Anschlag auf die Pressefreiheit und das Privateigentum wertete, hat so unrecht nicht, berücksichtigt man, daß er konsequent in kapitalistischen Kategorien denkt. Springer machte deutlich, was er und seinesgleichen unter Freiheit, also auch Pressefreiheit, verstehen: die rücksichtslose Anwendung publizistischer und finanzieller Macht zugunsten des eigenen Konzerns und der herrschenden Klasse, die Schurigelung, Manipulierung und Verdummung breitester Volksschichten, von denen alsbald behauptet wird, diese "verlangten" nach ihrer eigenen Verblödung. Wobei nicht übersehen werden soll, daß die letztere Behauptung einen Kern Wahrheit in sich birgt. Denn, nicht wahr, gerade in der Bundesrepublik ist es doch so, daß die Barbarei und Intoleranz des deutschen Kapitalismus seit Jahrzehnten sich wesentlich in der immer noch faschistoiden Einstellung der Massen entäußert, die nach einer BILD-Zeitung verlangen, die ihr Fühlen, Wollen und Denken artikuliert.

Die Bedeutung der Ideologie im negativen Sinne des Wortes zeigt sich eben gerade darin, daß, unter spezifischen historischen und gesellschaftlichen Umständen die Massen dazu gebracht werden können, ihre eigenen Interessen zu verleugnen und diejenigen, die sie dennoch vertreten, als Feinde zu verketzern. Die Unterdrückung von oben trifft sich mit der Unterdrückung von unten. Die Beherrschten tendieren nicht nur dazu, sich den Herrschenden zu unterwerfen, sondern sind auch geneigt, in sich ihr Unterordnung zu reproduzieren.

Die Aussage von Marx in dem oft zitierten Satz aus der 6. These über Feuerbach vom Wesen des Menschen als dem Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse, oder jener andere aus dem Vorwort zur "Kritik der politischen Ökonomie", daß das gesellschaftliche Sein des Menschen sein Bewußtsein bestimme, bedeutet heute mehr wie je zuvor eben auch, daß die Herrschenden, mit und durch ihr gesellschaftliches Sein alle Mittel in der Hand haben, das Bewußtsein der Beherrschten zu manipulieren und umzukehren. Dies gilt heute, bei den ungeheueren Möglichkeiten der Massenbeeinflussung in ungleich stärkerem Maße als zu Zeiten Marxens.

Wie enorm gefährlich der Faschismus ist, weil er Generationen von Menschen ideologisch im wahrsten Sinne des Wortes vergiftet (daß er das kann, hat eben wiederum systemimmanente Ursachen, die die Menschen zur psychischen Bereitschaft, faschistisches Gedankengut aufzunehmen, "vorbereiten") zeigt sich nicht zuletzt in der Bundesrepublik und West-Berlin. Aufgrund der kapitalistischen Restauration und der militärischen Zerschlagung des Faschismus von außen konnte die Vergangenheit nicht bewä-

tigt, sondern nur verdrängt und verschleiert werden. Das faschistoide Bewußtsein der Massen konnte nicht eliminiert, sondern nur teilweise in den Bewußtseinsuntergrund gedrängt und "demokratisch" übertüncht werden. Die Folgen dieser Erscheinung sind verheerend. Es ist nun einmal so, daß das Verhältnis des Menschen zur Gesellschaft ein reziprokes ist: Nicht nur ist der Mensch durch die Gesellschaft bestimmt, sondern umgekehrt diese auch durch ihn: "Wie die Gesellschaft den Menschen als Menschen produziert, so ist sie durch ihn produziert". (Nationalökonomie und Philosophie", Seite 237).

Es ist eine logische Notwendigkeit, daß jene, die man unter dem Sammelbegriff der "außerparlamentarischen Opposition" zu erfassen pflegt, bei ihren Aktionen nicht zu sehr auf die Zustimmung oder Ablehnung der Bevölkerung schielen dürfen. Die aktivistische Taktik darf sich lediglich daran orientieren, wie sie durch Aktion und Propaganda die im fortschrittlichen Sinne bewußtesten Teile aller Bevölkerungsschichten mobilisieren und die Opposition ihre Basis verbreitern kann, soweit es sich um Aktionen gegen Springer, gegen die Notstandsgesetze usw. handelt. Die Zustimmung oder Ablehnung seitens der Bevölkerung zur Politik einer Gruppe muß im konkreten Einzelfall untersucht und bewertet werden.

Auf die lohnabhängigen Massen angewandt heißt das: Obgleich sie "in Wirklichkeit" die Negation des kapitalistischen Systems sind, wird diese objektive Wirklichkeit nicht unmittelbar in ihrem Bewußtsein "durchschlagen" und erscheinen - die "Klasse an sich" ist nicht notwendigerweise die "Klasse für sich". Unsere Arbeit, d.h. die politische Arbeit von Sozialisten kann nur der theoretische Ausdruck dessen sein, was die Arbeiterklasse selbst ist, auch wenn sie nicht ein Bewußtsein dessen hat, was sie wirklich ist. Die Führung des Klassenkampfes von unten muß vor allem darin bestehen, den subjektiven Faktor zu befreien, den Determinismus der Manipulation zu durchbrechen, d.h. der Arbeiterschaft das Bewußtsein ihres eigenen Wesens zu vermitteln, als objektiver Schranke gegen den Einfluß kapitalistischer Ideen.

Diese Aufgabe kann nur eine proletarische Partei in Verbindung mit fortschrittlichen Intellektuellen übernehmen. Und es stimmt uns hoffnungsvoll, wenn das Sprachrohr der Berliner außerparlamentarischen Opposition, der Berliner EXTRA-Dienst v. 16.4. 1968 in einer Betrachtung zu den ereignissen der Ostertage schreibt:

> "Es reicht nicht mehr aus, den anti-institutionellen Fetisch hochzuhalten und sich den Institutionen damit hilflos auszuliefern. Die Aktionskomitees der Arbeiter, Angestellten, Studenten und Schüler können den Kampf um die Verbreiterung der demokratischen Basis nur führen, wenn sie erkennen, daß antiautoritäres Denken auch revolutionäre Disziplin einschließt.... Den Gewalten und der durch sie manipulierten Öffentlichkeit muß die organisierte permanente Aufklärung über ein fest umrissenes Aktionsprogramm gegenübergestellt werden" (S. 3

Das ist im wesentlichen das, was wir schon seit Jahren propagieren. Revolutionäre Disziplin bedeutet nicht nur organisierte und damit bereits parteilich gewordene Aufklärung und ein Aktionsprogramm, sondern eben auch den Zusammenschluß in einer linkssozialistischen Partei als Mittel und Instrument des Klassenkampfs. Diese Einsicht wird sich verbreitern und die sich erneut bietende Chance, die außerparlamentarische Opposition auf

breitester Grundlage zu organisieren, sollte genutzt werden.

Friedrich Zimmermann

- -

S p ä t z ü n d e r

Zu unserem Artikel "Fragen an den "ROTEN MORGEN" " (s. IB Nr. 60 v. März 1968) erhielten wir verschiedene Zuschriften. Da wir der Ansicht sind, daß eine sinnvolle Diskussion erst möglich ist, wenn der Genosse Aust als Herausgeber des "ROTEN MORGEN" auf unseren Artikel geantwortet hat, was bis jetzt noch nicht geschehen ist, sahen wir davon ab, bereits in diesem IB auf diese Zuschriften einzugehen.

Die Redaktion

Mai 1968:
In Tübingen finden ebenso wie in anderen westdeutschen Universitätsstädten Aktivitäten gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze (NSG - vgl. 30.5.1968) statt. Die Aktionen werden, laut Modau, zum Auslöser für einen Teil der SDSler, sich dem Aufbau von Betriebsgruppen zu widmen.

Während der Notstandsdemonstration werden, nach eigenen Angaben, Flugblätter vor den Betrieben verteilt und ein Marsch mit ca. 100 Arbeitern zum DGB-Haus organisiert. Ein paar Lehrlinge kommen zu den Betriebsgruppensitzungen, jedoch gab es keine Perspektive für die Betriebsarbeit. Nach den Springer-Blockaden traten einzelne Gruppen aus Tübingen, Esslingen etc. an die Tübinger Gruppe mit der Aufforderung heran, ein Informations- und Koordinationsgremium zu schaffen, das gemeinsame Aktionen leitet. So kam das ZAK (Zentrale Aktionskomitee) zustande.
Q: SDS: Info Nr. 20, Frankfurt 1969; H.Modau: Zur Geschichte der KPD/ML und des KABD, o.O. 1979, S. 9

Mai 1968:
Laut 'apo press' München wird in München ein Politisches Forum bekannt. Es begreift sich "als Sprachrohr der politisch und wirtschaftlich abhängigen Schichten". Ziel ist, ein politisches Theater aufzubauen, daß "Veränderungen der Gesellschaft durch die Aktivierung des Publikums leistet".
Q: apo press Nr. 6, München 7.7.1968, S. 11

Mai 1968:
An der LMU München erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung, im Mai der Antrag von Hans-Wolf Jäger an die Assistentenvollversammlung (AVV) der Philosophischen Fakultät für eine Resolution zur Hochschuldidaktik, der uns als Kopie aus dessen Privatbesitz vorlag.
Q: Jäger, H.-W.: Resolution der AVV der Phil. Fak., O. O. (München) O. J. (1968)

Mai 68

Antrag Jäger

Resolution der AVV der Phil.Fak.

Die Vollversammlung der Assistenten der Philosophischen Fakultät begrüßt es, daß die Fakultät sich mit den Fragen der Lehre, der Lehrbefähigung und der Lehraufträge (inhaltliche und formal-organisatorische Definition) intensiv befassen will.
Sie glaubt, daß den Problemen der Hochschuldidaktik bisher zuwenig Beachtung geschenkt wurde und neuzeitliche Methoden des Lehrens und Lernens, die teils schon in Schulen praktiziert werden, an der Universität ebenfalls erprobt werden sollten.
Sie spricht sich daher grundsätzlich für experimentelle Seminarformen neben den traditionellen aus und befürwortet die Bildung einer Kommission aus Professoren, Assistenten (evtl.auch Studenten), die die wissenschaftliche und pädagogische Effizienz der verschiedenen Lehrformen untersuchen, vergleichen und darüber ein Gutachten erstellen soll.
Sie ist der Meinung, daß so für die geplante Definition des Lehrauftrags die notwendige empirische Basis zustandekommt.
Als Versammlung der Betroffenen hält sie die Mitbeteiligung bei der Bestimmung des Lehrauftrags für selbstverständlich.

Mai 1968:
An der LMU München gibt Aktionsgemeinschaft demokratische Universität (ADU) vermutlich im Mai eine "Presseerklärung zum Verhalten des AStA der Universität München auf der 20. o. MV des VDS" vom Mai 1968 heraus, in der betont wird, dass die MSU und der von ihr gestellte AStA "in keine Weise mehr die Münchner Studentenschaft" vertrete.
Q: ADU: Presseerklärung zum Verhalten des AStA der Universität München auf der 20. o. MV des VDS, München O. J. (1968)

AKTIONSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHE UNIVERSITÄT A D U

PRESSERKLÄRUNG zum Verhalten des AStA der Universität München auf der 20. o. MV des VDS

Die ADU wendet sich scharf gegen das Verhalten des AStA der Univer= sität München auf der 20.o.MV des VDS.
Die ADU sieht damit ihre Erwartungen bestätigt,daß der MSU-AStA nicht in der Lage ist,etwas darüber auszusagen,wie er sich studen= tische Interessenvertretung vorstellt.

+ Der MSU-AStA wußte zum Selbstverständnis der Studentenvertretung nur zu sagen,daß er für eine "stärkere Reglementierung und eine gewisse Verschulung und einen sicheren Studienabschluß" wäre, weil angeblich 85 %der Studenten dieses wünschten.Gleichzeitig wird jede Situationsanalyse abgelehnt und das alte konservative Schlagwort aufgewärmt,daß man "für die Studenten das in der kon= kreten Situation Mögliche an sozialen und hochschulpolitischen Verbesserungen"erreichen wolle.
Der MSU-AStA will nicht sehen,daß man seine Interessen nur gegen diejenigen durchsetzen kann,die jetzt den Studenten jegliches Mitspracherecht verweigern.
+ Der MSU-AStA glaubt immer noch nicht ,daß die sogenannte wertfreie,herr= schende Wissenschaft,nicht wertfrei ist,sondern daß in ihr die Interessen der Herrschenden scheinobjektiviert werden.
Jede Wissenschaft ist in ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen interessenmäßig vorbestimmt,die in unserer Gesellschaft sich ideologisch als Werte darstellen ! Dieser Interessenvorbestim= mung muß sich die Wissenschaft nur bewußt werden, um die gesell= schaftlichen Voraussetzungen und Folgen demokratisch planen zu können .
+ Die Brüchigkeit dieses MSU-Konzepts zeigte sich auf der MV darin, daß der MSU-AStA nicht in der Lage war,seine Position gegen den Vietnambeschluß der VDS-MV zu artikulieren, und lieber der Debatte fernblieb oder schwieg, und am Ende sich der Stimme enthielt.
+ Die ADU spricht diesem AStA das Recht ab, im Namen der Münchner Studenten zu sprechen, nachdem er nicht in der Lage war,zum Sozialprogramm irgend etwas beizutragen, aber am Ende gegen das Sozialprogramm stimmte.
≠ Die ADU ist der Auffassung,daß die Münchner Studenten eine Vertre= tung brauchen, die in der Lage ist, über die wichtigen studenti= schen Probleme Vorstellungen zu entwickeln und sie in die De= batte zu werfen.Der MSU-AStA ist nur in der Lage,im Interesse der bestehenden Verhältnisse an der Universität München und im VDS gegen alle sachlichen Vorschläge und Entschließungen mit dem Stimmzettel anzugehen.
+ Das klägliche Bild, das der Münchner Uni-AStA auf der VDS-MV machte,bestärkt die ADU in ihrem Selbstverständnis, die einzige wirksame Interessenvertretung der Studenten der Universität München zu sein.
+ Wenn jetzt neben anderen wenigen Hochschulen, auch vom Münchner MSU-AStA erwogen wird,im Namen der 23000 Münchner Studenten den Verband Deutscher Studentenschaften zu verlassen ,so protestiert die ADU aufs schärfste gegen den Versuch,die Münchner Studenten im Interesse der Kultusminister und der CSU von den übrigen deutschen Studenten durch Austritt aus dem VDS zu isolieren.

Die MSU vertritt damit in keiner Weise mehr die Münchner Studenten schaft sondernnur ihre eigenen,nämlich die von CSU,RCDS,kath. und schlagenden Korporationen !

Verantw.: ADU,Zentraler Auschuß,8.M 13,Barerstr.46/Rgb.

Mai 1968:
Laut Igor Preiss konstituieren sich in München unter der Führung Helge Sommerrocks und Thomas Schmitz-Bender, die Arbeiterbasisgruppen (ABG). Sie verstehen sich als Teil der außerparlamentarischen Opposition und werden zur Vorläuferorganisation des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB) (vgl. 28.5.1968). Laut ABG finden zum 1. Mai 1968 erste Aktionen statt. Es folgen Aktionen zu den Bundestagswahlen, die unter der Parole "Klassenkampf statt Wahlkampf" stehen.
Q: Kommunistische Arbeiter Zeitung Nr. 36, München Juni 1973, S. 6; Preiss, Igor: Zur gegenwärtigen Situation des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB), in: Aufsätze zur Diskussion Nr. 5/6, Frankfurt 1980, S. 124

Mai 1968:
Im Berliner Aktionsrat zur Befreiung der Frau kristallisiert sich, laut 'RPK', erst nach vielen Diskussionen das Kinderladenmodell heraus. Im Mai 1968 entstehen drei Kinderläden (Neukölln, Schöneberg und ein weiterer). Im Laufe des Sommers kommen Charlottenburg I, Friedenau und Steglitz dazu (vgl. Aug. 1968).
*Q: Rote Presse Korrespondenz Nr. 2, Berlin ***1969, S. 6ff*

Mai 1968:
Anfang Mai erscheint in Berlin die Nr. 1 von 'Guernica' (Zeitschrift für Politik und Kunst). Guernica war ein Gemälde von Pablo Picasso aus dem Spanischen Bürgerkrieg.
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 35, Berlin ***1968, S. 6*

Mai 1968:
Aus dem Berliner Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit (gegründet von der Basisgruppe Kreuzberg) geht, laut 'RPK', Anfang Mai eine Berufsbasisgruppe Regionalplanung im RC Berlin hervor. Es wird dazu aufgerufen, ein Büro für Stadtsanierung und Soziale Arbeit in Kreuzberg zu gründen, um "Ansätze zur Formulierung von Gegenstrategien in der Regionalplanung zu koordinieren". Das Büro für Stadtplanung und Soziale Arbeit weist u. a. darauf hin, daß der Abriß des Krankenhauses Bethanien für Juni 1970 vorgesehen ist. Die Berufsbasisgruppe Regionalplanung fordert zur Unterstützung des Büros für Stadtsanierung und Soziale Arbeit auf und gründet zu diesem Zweck eine Fördergesellschaft Regionalplanung.
*Q: Rote Presse Korrespondenz Nr. 4, Berlin ****1969, S. 9*

Mai 1968:
Mitte Mai konstituieren sich, laut 'BED', die Berliner Basisgruppe Märkisches Viertel und die Aktionsgruppe Gropiusstadt.
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 42, Berlin ****1968, S. 2*

Mai 1968:
An den Westberliner Universitäten entstehen, laut Stefan Aust, Justizreferate und Ermittlungsausschüsse (EA), aus denen später die Rote-Hilfe-Gruppen (RH) hervorgehen.
Q: Aust, Stefan: Der Baader-Meinhof-Komplex, Hamburg 1985, S. 77

Mai 1968:
In Berlin erscheint ein Flugblatt des Aktionskreis Schülerselbsthilfe (ASH) als Information Nr. 5 zur Gesamtschule.
Q: ASH: Information Nr. 5, Berlin Mai 1968

ASH

AKTIONSKREIS SCHÜLERSELBSTHILF

MAI 68

I)Schüler und Lehrer, unzufrieden mit der gegenwärtigen Hierarchie an den Oberschulen und unzufrieden mit den Unterrichtsformen und -zielen, haben sich im letzten Sommer zu einem Arbeitskreis zusammengefunden.
Wir beschäftigen uns bis jetzt in einzelnen Gruppen mit Disziplinarfragen, Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalten (wie z.B. sexualpädagogischen Fragen und Fragen des Deutschunterrichts, zu denen jeweils Fragebogen herausgegeben wurden und deren Ergebnisse wir veröffentlichen werden!)
mit dem Ziel uns: erstens über Mißstände klarzuwerden und Änderungs- und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten; zweitens konkrete Wege zur Verwirklichung dieser Vorschläge zu finden und drittens diese Punkt für Punkt durchzusetzen!
Autoritäres Verhalten, auf welcher Seite auch immer, werden wir bekämpfen.

INFORMATION 5

Warum Gesamtschule ?

Das System der Jahrgangsklassen ist das Organisationsprinzip aller Schularten (Haupt,-Realschule und Gymnasium) seit dem vorigen Jahrhundert. Dieses System ist heute nicht mehr Zeitgemäß, weil es schwerwiegende Nachteile enthält:

"Jahrgangsklassen umfassen in jedem Fall Schüler sehr unterschiedlicher Befähigung und zwingen die Lehrer, ihren Unterricht auf einen fiktiven Klassendurchschnitt einzustellen. Dadurch werden gute Schüler unterfordert, schwache Schüler in einzelnen Fächern überfordert. Sie gehen von der Auffassung aus, daß alle Fächer eine Gesamtheit bilden, nämlich das Klassenpensum, das jeder Schüler innerhalb eines Jahres bewältigen muß - ohne Rücksicht auf seine eventuell unterschiedliche Leistungsfähigkeit auf verschiedenen Gebieten.
Versagt ein Schüler in zwei Schulfächern, ohne eine anerkannten Ausgleich zu haben, muß er alle Fächer auf der betreffenden Klassenstufe wiederholen.
Den besten Schulerfolg haben diejenigen Schüler, die in allen Fächern wenigstens durchschnittliche Leistungen erzielen, wohingegen spezifische

Sonderbegabungen oft früher oder später zu "Schulversagern" abgestempelt werden."(H. Magdeburg:"Gesamtschule",Pädagogisches Zentrum, Berlin)

Diese Nachteile werden in der Gesamtschule aufgehoben:

+ Die Einheit der Jahrgangsklassen wird in den 7. bis 1o. Klassen, außer im Kernunterricht, durch ein Kurssystem ersetzt(siehe Schema)
+ Dieses Kurssystem ist so gestaffelt, daß es die individuellen Begabungen aller Schüler fördert, und ihren Neigungen entgegenkommt.
+ Es gibt kein Sitzenbleiben mehr. In den leistungsintensiven Fächern (siehe Schema Niveauunterricht) werden die Schüler nach ihren Fähigkeiten in drei

oder vier Niveaukurse pro Klassenstufe (7-1o) eingestuft (Aufbau-, Grund-, Erweiterter-, Fortgeschrittenen-Kurs). bei schwachen Leistungen in einzelnen Fächern, wechselt der Schüler nur in diesen Fächern - entweder in einen Kurs mit niedrigerem Niveau, oder er besucht einen Förderkurs im Rahmen des Wahlfreien Unterrichts.

Spezifischen Sonderbegabungen kann erstens durch Überwechseln in Kurse mit höherem Leistungsniveau und zweitens in besonderen Förderkursen entsprochen werden.

KERN-UNTERRICHT	NIVEAU-UNTERRICHT	WAHLPFLICHT-UNTERRICHT	WAHLFREIER UNTERRICHT
Sozialkunde	Deutsch	2.+3. Fremdsprache	Neigungsgruppen
Kunst	Englisch	technische -	Förderkurse
Musik	Mathematik	naturwissenschaftli-	
Sport	Biologie/Chemie	wirtschaftliche -	
	Geschichte/Erd-Kunde	pflegerische Kurse	

Schema der Unterrichtsfächer der 7. - 10. Klassenstufen

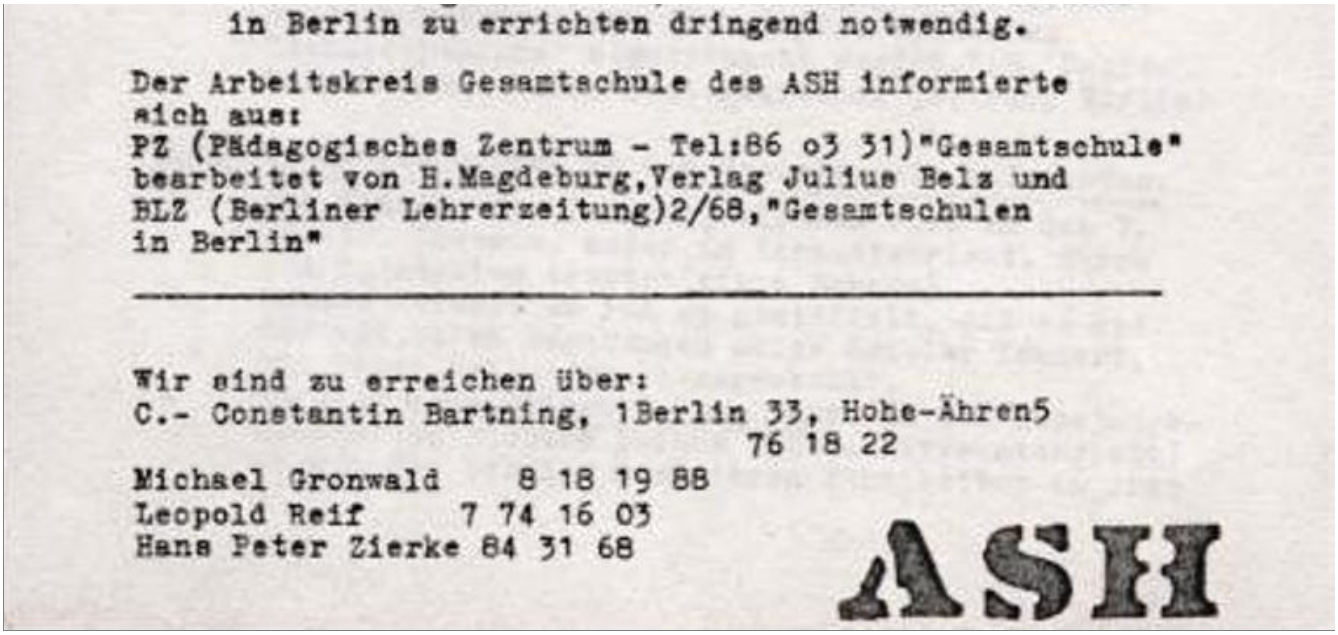
Das traditionelle Schulsystem ist heute auch und vor allem wegen der sozialen Nachteile, die es mit sich bringt, nicht mehr zeitgemäß

Es konserviert durch die frühe Trennung in drei Schularten die bestehende soziale Schichtung. So gegen Ostern 1967 über 5o% der Schüler der 6 Grundschulklassen auf das Gymnasium über, während es in Arbeiterbezirken wie z.B. Tiergarten weniger als 2o% waren.

+ Auch diese Nachteile werden in der Gesamtschule aufgehoben. Dadurch, daß Entscheidungen über den weiteren Bildungsweg erst nach Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres getroffen werden und

+ durch den längeren gemeinsamen Bildungsweg ist in der Gesamtschule Chancengleichheit für Schüler aller sozialen Schichten gewährleistet.

Die augenblickliche ungerechtfertigte Auslese in unserem Schulsystem und auch die Furcht vor dem "Wagnis Bildung" darum fordern wir die Einrichtung von Gesamtschulen auch in herkömmlichen Schulgebäuden. Dazu ist die Aufhebung eines Abgeordnetenhausbeschlusses von 1965 der es unmöglich macht, mehr als 4 Gesamtschulen



in Berlin zu errichten dringend notwendig.

Der Arbeitskreis Gesamtschule des ASH informierte sich aus:
PZ (Pädagogisches Zentrum - Tel:86 03 31)"Gesamtschule" bearbeitet von H.Magdeburg,Verlag Julius Belz und
BLZ (Berliner Lehrerzeitung)2/68,"Gesamtschulen in Berlin"

Wir sind zu erreichen über:
C.- Constantin Bartning, 1Berlin 33, Hohe-Ähren5
76 18 22
Michael Gronwald 8 18 19 88
Leopold Reif 7 74 16 03
Hans Peter Zierke 84 31 68

ASH

Mai 1968:
An der FU Berlin riefen Gerhard Armanski und Ulrich Jürgens vermutlich im Mai auf zur Unterschriftensammlung gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: Armanski, G.; Jürgens, U.: Kommilitonen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Mai 1968

Kommilitonen,

Die Notstandsgesetze stehen vor der Verabschiedung. Angesich dieser Situation halten wir Protest und Widerstand sowohl innerhalb wie außerhalb der Institutionen für notwendig. Wir fordern daher

ALLE ANGEHÖRIGEN DER BUNDESWEHR an der FU

auf, den folgenden Offenen Brief zu unterschreiben und damit den Widerstand anzukündigen.
(Unterschriftenliste heute vor der Mensa)

.-.-.-.-

OFFENER BRIEF

An das Bundesministerium für Verteidigung
An den Bundestagsausschuß für Verteidigung

Als ehemalige Angehörige der Bundeswehr fordern wir Sie auf, gegen die zur Verabschiedung stehenden Notstandsgesetze Einspruch zu erheben.
Wir halten den darin vorgesehenen Einsatz der Bundeswehr im Innern (Art.87 a, 3 u.4) für einen fatalen Rückschritt in der Entwicklung unserer Demokratie.
Aus dem Bürger in Uniform, der auch noch heute Zielbild der militärischen Ausbildung ist, darf nicht der Polizist in Uniform werden. Die Bundeswehr ist für den Einsatz im Innern nicht ausgerüstet und ausgebildet und darf es auch nicht sein.
Das Grundgesetz von 1949, auf das wir unseren Eid geschworen haben, wird durch die Notstandsgesetze derart deformiert, daß dieser Eid uns nicht mehr binden kann.
Wir fordern daher alle Angehörigen der Bundeswehr und alle in Reserve Stehenden auf, nachdrücklich und unmißverständlich Protest und Widerstand anzusagen gegen alle Pläne, ihre Pflichten in einer für die Demokratie derart verhängnisvollen Weise auszuweiten.

Gerhard Amanski
Ulrich Jürgens

Mai 1968:
In Berlin gibt der Ostpolitische deutsche Studentenverband (ODS) vermutlich im Mai das Flugblatt "Haut den Roten auf die Pfoten ???" heraus.
Q: ODS: Haut den Roten auf die Pfoten ???, Berlin O. J. (1968)

n Mai 68

Haut den Roten auf die Pfoten ???

Der Senat fördert seit Jahren die Zulassung westdeutscher Kommilitonen. Berlin-West braucht unstreitig frisches Blut. Die besondere Lage Berlins macht diese Stadt gerade für abenteuerlustige, intelligentere Studenten aus allen Bundesländern attraktiv. Ergebnis: Nur 49,2 % der Studentenschaft stammt aus Berlin. Mehr als die Hälfte aller an der FU immatrikulierten sind damit - überwiegend zum ersten Mal - von den dämpfenden Einflüssen des Elternhauses und der Nachbarschaft "befreit". Diese Studenten leben in Buden, deren Gastlichkeit sie auf die Straße treibt. Die Universität wird in Berlin mehr als anderswo zur Kindertagesstätte für anghanglose Erstsemester, denen vier triste Budenwände auf den Kopf fallen, neugierig auf das, was der ASTA ihnen bietet.

Ohne eine geistige Gesamtkonzeption, hineingeboren in eine zerbrochene Gesellschaftsordnung, aufgewachsen in einer hastig aufgepfropften, unverstandenen Demokratie, versucht sich unsere Generation im trägen Wohlstandsbrei freizuschwimmen. Ihre Energien werden nur teilweise vom unnötig durch Bürokratie und überkommene Strukturen gehemmten Studium absorbiert. Unter Berlinern finden sie wegen ihrer SPIEGEL-genährten Berlin-Feindlichkeit ("Wir zahlen das hier ja alles") schwer Anschluß. So werden sie in ihrem Zynismus gegenüber dieser Stadt bestärkt, der schon drüben unter den offiziellen Lobeshymnen auf den Freiheitswillen der Berliner aus pubertärem Trotz zu wuchern begann.

Es ist chic, sich mit Che Guevara zu identifizieren. Es ist herrlich, sich mißverstanden zu fühlen, als Minderheit terrorisiert zu werden - das bestärkt angesichts der jüngsten Widerstandsgeschichte das Gefühl, richtig zu liegen. Ein Jugendstil in neuer Auflage.

Jagten gestern die fanatisch verklärten Gesichter der Hitlerjungen der Welt Angst und Schrecken ein, so sind es heute die milieugestörten Agitatoren kommunarder Prägung nebst Mitläufern, die sich mit den im Namen des Proletariats angerichteten Blutbädern in Rußland, Ungarn, Tibet oder Vietnam solidarisch erklären. Ihr Banner ist nicht ohne Grund blutrot. Die Monturen wechseln, der deutsche Fanatismus bleibt. Weltverbessernd, ob links, ob rechts - germans are germans are germans.

Diese Fäfte weiß nichts von der lähmenden Angst des Berlin-Ultimatums, den Maschinengewehrgarben auf Arbeiter (1953) und Flüchtlinge (1968), von heruntergeschluckter Verzweiflung und Wut über "die andere Seite". Sie weiß nichts von knirschend hingenommenen Autobahnkontrollen, dem ständigen Bewußtsein, hilflos in der Falle zu sitzen. Unsere westdeutschen Kommilitonen haben nicht wie wir das Jaulen der manövermäßig im Tiefflug Berlin-West bombardierenden roten Jets von 1965 in den Ohren. Sie wissen nichts von Panikkäufen, verhafteten Klassenkameraden und ohnmächtigen Ventilkundgebungen. Sie kennen nicht das verzweifelt-befreite Aufatmen der gepeinigten Bevölkerung beim Anblick einiger rostender US-Paradepanzer.

Unsere westdeutschen Kommilitionen werfen Berlin mit Bonn in einen Topf. Weil ihnen die Bonner Republik das Gruseln beibrachte, wollen sie die Berliner Demokratie zu Tode schützen. Weil sie an der Teilung Deutschlands nichts ändern können, weil der Weg nach Europa zu fern und steinig erscheint, verdrängen sie mit "neuen" Idealen die harte politische Wirklichkeit des Jahres 1968. Sie unterschätzen - so wie manche Frontstadtpsychopathen ihn überschätzen - den Einfluß einer agitatorisch bestens geschulten Gruppe von heimatlosen Intelligenzlern, die aus dem stalinistischen Gewitter Ulbrichts in die schale Wohlstandstraufe Bonns flüchteten und einen demagogischen Brei aus hohem IQ, marxistischen Schlagworten und niederen Instinktappellen zusammenmischen.

Wer wird ihnen sagen, daß ihre Götter Götzen sind? daß sie von einer vergangenheitsorientierten, durch die Praxis seit langem tausendfach widerlegten Ideologie zu manipulierten Ameisen "umfunktioniert" werden?
Sie sind immun gegen den politischen Anschauungsunterricht der so oft beschworenen "Realpolitik": Was mein ist, ist mein, und was Dein ist, darüber können wir reden - ob in Berlin oder Laos, Vietnam oder Korea. Sie weigern sich, eine Pickordnung anzuerkennen und setzen doch ihre Autorität an die Stelle der bekämpften.

WER ABER WIRD SIE DARAUF HINWEISEN? Der Senat dieser Stadt, selbst mit Genossen durchsetzt, die in ihrer Jugend des Denken ebenfalls durch Straßenschlachten ersetzten. Die inzwischen auf fetten Parteipfründen träge und kleinbürgerlich geworden sind, sie werden der Geister nicht mehr Herr, die sie selbst erzogen. Die CDU, die ihre Glaubwürdigkeit schon vor Jahren im Bonner Koalitionsgeschacher verlor? Die FDP. die sich in der Metamorphose vom Unternehmersprachrohr zum Forum liberaler Wirrköpfe befindet?

Was tun? Wollte man die Auswärtigen nach Hause schicken, gibts Ärger mit deren einflußreichen Vätern, und wir würden in Berlin endgültig zur Provinz. Bleiben sie, gibt es Krawalle, Schlagzeilen, Tote und einen händereibenden Ulbricht, dem sich über dem dann unausbleiblichen Anwachsen der NPD die Gelegenheit bietet, die Daumenschrauben anzuziehen.

BERLINER KOMMILITONEN !
Wir müssen endlich wach werden. Für uns ist das Geläut der Freiheitsglocke kein "Gebimmel", der Gründergeist keineswegs "mythologisch" (so der Hamburger Nevermann), wir wissen, was ein bißchen persönliche Freiheit bedeutet. Überreden wir deshalb nicht, sondern überzeugen wir unsere Kommilitonen aus Mainz und Mannheim, aus Hamburg und Hannover, aus Zwickau und Leipzig, daß es größere Ideale als Marx und Mao, als Wohlstand und materiellen Besitz gibt.

FINDET GLEICHGESINNTE! Versucht, sie mit besseren Argumenten aus dem Schlepptau verkorkster Ideologen zu lösen - in der Mensa, vor der Vorlesung, bei der Pausentasse Kaffee. Laßt unsere Kommilitonen an unseren Erfahrungen teilhaben, zeigt ihnen, daß Pankow noch lange nicht Prag ist.

Unsere Aufgabe muß es sein, dieser unserer Heimatstadt, deren Aufbau wir Stein um Stein miterlebten, neuen Lebenswillen zu geben. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Welt auf Berlin mit Ekel statt mit Achtung schaut. Wir dürfen nicht zulassen, daß Berlin vor die Hunde geht, während sich radikale Wirrköpfe gegenseitig an die Gurgel gehen.
Wir dürfen nicht nach beendetem Studium in den besseren Posten westlich von Helmstedt resignierend flüchten, weil wir meinen, in einigen Jahren sei hier doch sowieso der Ofen aus.
Darum.- laßt uns die Stacheldrahtverhaue politischen Unwissens, die von Marx und Marcuse gepflügten Minenfelder satten Protests im Gespräch mit unseren auswärtigen Mitkommilitonen abbauen, damit sich die verzweifelte Parole in die Ecke getriebener Aktionsgruppen

H a u t d e n R o t e n a u f d i e P f o t e n !!!
nie bewahrheiten muß.

Verantwortlich: drei Berliner Studenten, die es sich nicht leisten können, über die schwarzen Listen in Babelsberg hinwegzufliegen.

- -

Vorstehender Text ist im Auszug aus einem Flugblatt, das an der Freien Universität verbreitet wurde. Die darin geäußerten Gedanken halten wir für so wichtig, daß wir sie hiermit einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ostpolitischer Deutscher Studentenverband (ODS) Berlin

Wrase
(1. Vorsitzender)

Hanke
(2. Vorsitzender)

Der Ostpolitische Deutsche Studentenverband trifft sich jeden Dienstag, 20 Uhr in der Schillerstraße 40 (Charlottenburg an der Wilmersdorfer Straße)

Mai 1968:
In Berlin verfasst Solveig Ehrler vermutlich im Mai das Papier "Die Rolle der SPD in der Strategie der Außerparlamentarischen Opposition".
Q: Ehrler, S.: Die Rolle der SPD in der Strategie der Außerparlamentarischen Opposition, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Solveig Ehrler

~ 1. Mai 68

Die Rolle der SPD in der Strategie der Außerparlamentarischen Opposition

Es ist ein historisch bemerkenswertes Faktum, daß erst der Schritt der SPD zur Bildung einer Großen Koalition mit der CDU bei aktiven oppositionellen Gruppen den Entschluß gefördert hat, mit der Organisierung einer außerparlamentarischen Opposition zu beginnen (so z.B. die Gründung des RC in Berlin). Die Bildung der Großen Koalition durch die SPD hat nicht nur die letzten Illusionen in die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems zerstört, sondern zugleich deutlich gemacht, daß die SPD ihren Anspruch aufgegeben hat, die herrschenden Machtstrukturen mit dem Ziel der Herstellung einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft zu verändern. Sie hat zum wiederholten Male deutliche gemacht daß die Funktion der SPD in der Aufgabe der Integration der Lohnabhängigen in das herrschende kapitalistische System besteht.

Ohne auf die historischen Ursachen hier einzugehen, sind wir in Deutschland außerdem mit dem Tatbestand konfrontiert, daß es der SPD gelungen ist, eine Monopolstellung in der politischen Organisierung und Vertretung der Arbeiterschaft zu erlangen und nirgendwo ist es den Herrschenden gelungen, mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei, den Kommunismus, d.h. die revolutionäre Praxis gesellschaftlicher Veränderung in der Arbeiterschaft so zu diskreditieren und zu verdrängen wie in Deutschland.

Aus der politischen Monopolstellung der SPD als Vertreterin der Lohnabhängigen und der von ihr gewählten und ausgeführten Funktion ihrer Integration in das kapitalistische Herrschaftssystem ergeben sich Konsequenzen I. für die innerparteiliche politische Praxis
II. für die Strategie der außerhalb der Partei befindlichen antikapitalistischen Opposition.

I. Die Doppelfunktion der Vertretung und der Integration ist für die innere Situation der Partei solange unproblematisch, wie es den Herrschenden gelingt, die Abhängigen sozial-ökonomisch zu befriedigen und mit dem herrschenden gesellschaftlichen Ungleichgewicht zu versöhnen. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, in denen die SPD regelmäßig zur "Erhaltung des Staates", d.h. konkret zur Abedeckung von Maßnahmen zu Lasten der Abhängigen (Steuererhöhungen, Abbau der Sozialleistungen etc.) mit in die Regierung hineingenommen wird, brechen die inneren Widersprüche der Partei auf. Der Parteikrise geht zugleich ein Verlust der sog. Stammwählerschaft einher. Die innere Parteiopposition formiert sich aus Mitgliedern, die den Anspruch der Partei auf Interessenvertretung ernstnehmen, gegen die Parteioligarchie, die an der Integration der Partei in den Regierungsapparat auch personell teilhat. Es ist klar, daß die innerparteiliche Auseinandersetzung in Westberlin härter geführt wird, weil hier die soz.-ökonomischen Widersprüche des Systems größer sind und die SPD faktisch alleine deren Verschleierung und Erhaltung zu verantworten hat. Dieser Umstand hat zu einer bes. tiefen Deformation des politischen Bewußtseins in der Arbeiterschaft geführt, die wiederum der rechten Parteiführung eine stärkere politische Basis gewährleistet, trotz der objektiv günstigeren Voraussetzungen für die linke Opposition.

Zwei mögliche Reaktionen auf die wachsende Polarisierung in der Partei sollen hier kurz erläutert und kritisiert werden: Der erste Versuch, der von dem sog. "linken establishment" neuerdings propagiert wird, ist das Konzept einer "linken Volkspartei". Analog zur CDU, di den Mittelstand, d.h. ökonomisch und bewußtseinsmäßig bürgerliche Gruppen zu integrieren hat, soll die SPD so weit wie möglich nach links offen sein, alle "dialogfähigen" und "integrierwilligen" linke Gruppen integrieren. Dieser Versuch will die inneren Widersprüche entschärfen, sie unterlaufen ohne sie aufzuheben.

Nicht minder gefährlich ist aber auch das Konzept einiger Linker, die Gruppe derer, die "nichts zu verlieren hat", die Partei zu verlassen, um eine neue linke SPD zu gründen (analog der USPD). Dieses

politische Konzept ist nicht deshalb gefährlich, weil eine neue linke SPD innerhalb des bestehenden Wahlsystems und angesichts der Bestrebungen, das Wahlsystem durch Einführung eines Mehrheitswahlrechts zu verändern, keine Chancen mehr hätte, ins Parlament zu gelangen. Folge eines solchen Schrittes wäre aber, daß die austretenden Gruppen sofort der Denunziation des Radikalismus, des Revoluzzertums, der Gegnerschaft zur "freiheitlich demokratischen Grundordnung" verfielen und politisch ausgeschaltet wären. Gleichzeitig gelänge damit der Parteiführung erneut die Stabilisierung des politischen Bewußtseins ihrer Mitglieder und Wähler, die Stabilisierung der von der SPD geschaffenen und gestützten falschen Alternative zwischen radikalem Revoluzzertum und legalem Reformismus. Der Anspruch der SPD, einzig wirksame linke Reformpartei zu sein u. ihre gleichzeitige Integrationsfunktion blieben von einer derartigen Parteigründung kaum berührt.
Es kommt aber gerade darauf an, die politische Möglichkeit dieser Doppelfunktion im Bewußtsein der Mitglieder und Wähler zu zerstören.
Es gilt, durch Aufklärung und konkrete politische Kampagnen innerhalb der SPD ein Bewußtsein darüber herzustellen, daß

a) eine Partei, die die Interessen der Lohnabhängigen vertritt, zwangsläufig antikapitalistisch sein muß, daß
b) Antikapitalismus und Integration in das herrschende kapitalistische System einander ausschließen. Die Integration (Beispiel Große Koalition) liquidiert zugleich die Möglichkeit, die Macht des herrschenden Kapitals zugunsten der Beherrschten einzuschränken oder gar auf lange Sicht zu überwinden. Es gilt
c) die falsche Alternative von Reform und Revolution zu überwinden und sie durch die Alternative von Systemüberwindung und Systemintegration zu ersetzen. Erst die politische Verpflichtung auf Systemüberwindung ermöglicht eine Diskussionsbasis über die Strategie und politische Praxis der Systemveränderung.

Eine auf Zerstörung der Integrationsfunktion gerichtete politische Opposition in der Partei verlangt

1. die Kritik und Überwindung der sog. Parteimoral, d.h. Aufkündigung der Parteidisziplin, die nichts weiter als ein Hilfsmittel der wirksamen Manipulation der Opposition darstellt,
2. Öffentlichkeit der Kritik
3. Organisierung der innerparteilichen Opposition
4. Beteiligung an soz.-ökonomischen Kampagnen der außerhalb der Partei agierenden antikapitalistischen Gruppen.

Eine derartige politische Praxis der innerparteilichen Opposition bedarf aber auch der Unterstützung der außerhalb der Partei befindlichen antikapitalistischen Opposition. Der ausschl. antiautoritär und antiinstitutionell geführt Kampf gegen die SPD und ihre pauschale Diffamierung als "Arbeiter-Verräter-Partei" fördert nicht den Bewußtseinsprozeß der linken Opposition, sondern führt zu bewußtseinshemmenden Trotzreaktionen.

Stattdessen müßten die Gruppen außerhalb der Partei im konkreten Einzelfall (Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik etc.) der innerparteilichen Opposition helfen, die Diskrepanz von Anspruch und politischer Praxis zu verdeutlichen. Die politische Stärkung und innere Profilierung der linken Opposition in der Partei dient nicht der Stärkung der SPD allgemein, sondern hilft mit, die Doppelrolle der SPD zu zerstören, eine notwendige Voraussetzung, um langfristig eine wirksame antikapitalistische Basis in der Wählerschaft der SPD, der Arbeiterschaft, zu erreichen.

Mai 1968:
Die Vollversammlung des Westberliner Studentenverbandes deutscher Sozialschulen (SVS) versteht sich als Teil der außerparlamentarischen Opposition.
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 43, Berlin ****1968, S. 3*

Mai 1968:
In Berlin veröffentlicht die Kommune Eins ihre "Quellen zur Kommuneforschung" mit zahlreichen ihrer Veröffentlichungen und Presseartikeln sowie Fotos zur Kommune I und ihren Aktionen.

Enthalten sind im Teil "I Vorgeschichte" die Abschnitte:
- Februar 66, Plakataktion";
- "Info 1";
- "Zirkular I";
- "Lieberaktion, Fachidiotenflugblatt";
- "Dezemberdemonstrationen (10. und 17. Dezember 1966); und
- "Zirkular II".

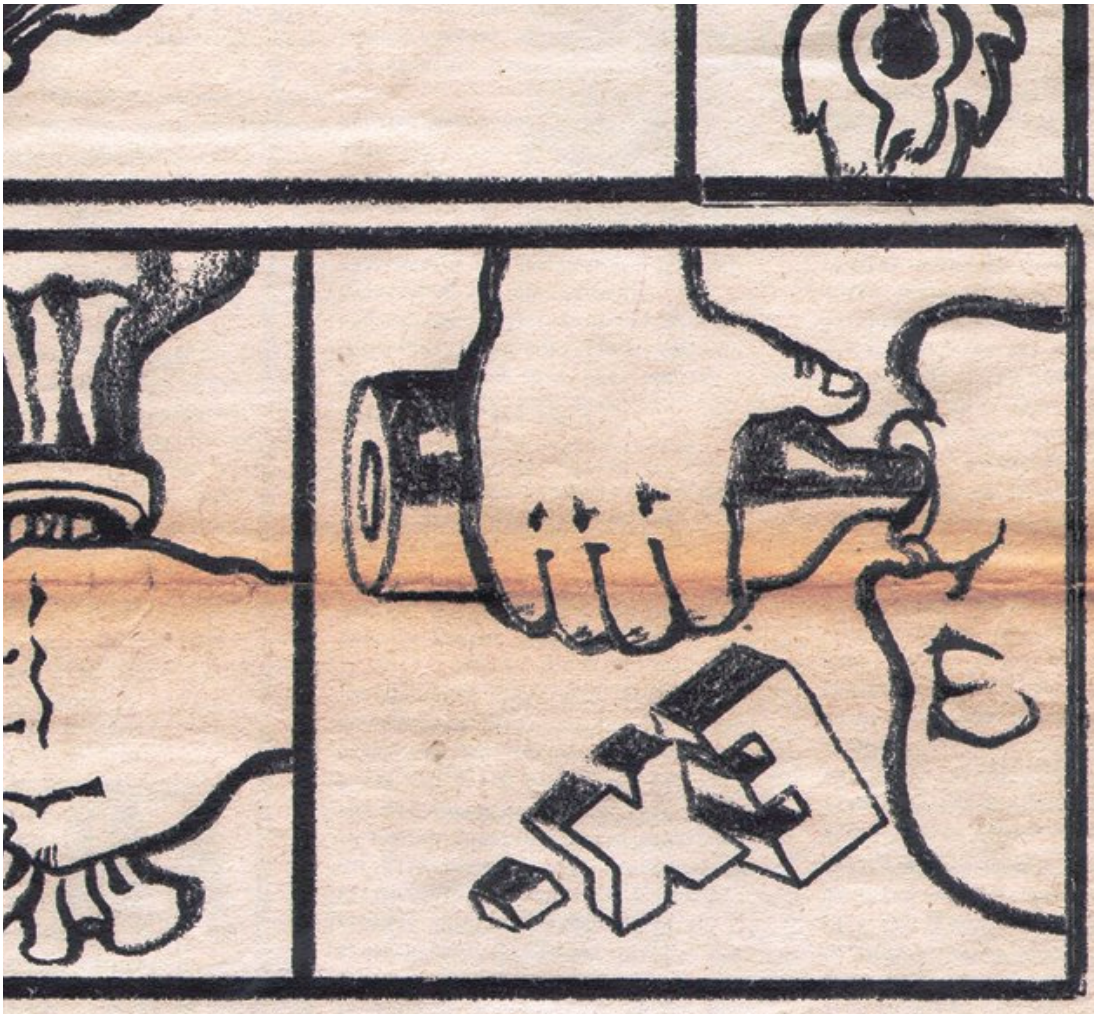
Im Teil "II Kommune bis Schahbesuch" erscheinen die Abschnitte:
- "Ostermarsch";
- "Humphreyaktion";
- "FU-Spiegel Selbstdarstellung";
- "Urabstimmung - Flugblätter 1- 5";
- "SDS-Ausschlussflugblatt";
- "Kaufhausbrand - Flugblätter 6 - 10";
- "Förderungsantrag - Flugblatt 14"; sowie
- "Hurra, der Schah kommt! - Flugblätter 11 - 13, Fotos".

Im Teil "III K I hat einen sitzen" erscheinen die Abschnitte:
- "Teufel im Knast - Flugblatt 16";
- "Brandprozeß - Flugblatt 17 - 20";
- "Freiheit für Teufel - Geständnis (Flugblatt 23), Flugblatt 24, Kuntze-Anklageschrift, Dehnicke-Steckbrief";
- "Löbe-Aktion - Rundbrief, Fotos, Pressemitteilung";
- "Fotos von weiteren Aktionen";
- "Freilassung - Kudammfest - Flugblatt 25"
- "K I und Mao";
- "Teufel-Ablieferung"
- "1. Versuch (mißglückt) Moabit - Flugblätter, Fotos";
- "2. Versuch (mißglückt) Frankfurt - Fotos";
- "3. Versuch (geglückt) Go-In ins Rathaus Schöneberg, Rundbriefe (Wir für den SDS!), Fotos";
- "Festwochen - Eröffnungsflugblatt, Flugblatt 'Verdammt noch mal', Flugblatt 26 (Teufel ins Rathaus)";
- "Vietnam-Demonstration - Foto, KIRL-Rundbrief";
- "Tegelflugblatt";
- "Konventswahl"; und
- "Bruchprozeß".

Im Teil "IV Nach dem Freispruch bis Ostern 1968" erscheinen die Abschnitte:
- "Schütz an der FU";
- "Knast-Aktionen";
- "Gedächtniskirche";
- "Foto Boltzmannstraße";
- "Weltschau-Artikel";
- "Juristenball";
- "Afrika-Addio-Prozess-Flugblatt";
- "BZ-Schlagzeile";
- "FU-Spiegel - Schütz-Leserbrief";
- "Spiegel - Stellungnahme zum Frankfurter Kaufhausbrand";
- "King-Flugblatt"; und
- "Ostern 68, Fotos".
Q: Kommune Eins: Quellen zur Kommuneforschung, Berlin Mai 1968

Mai 1968:
In Berlin erscheint 'Charlie kaputt' Nr. 1 (vgl. 24.6.1968) für Mai. Herausgeber sind: Blößer, Buchloh, Gebbert, Homann, Heike, Schmitz und Tomayer.

Enthalten sind die Artikel:
- "Tagesspitzel Interview" zum Interview des 'Tagesspiegel' vom 5.5.1968 mit dem Republikanischen Club (RC);
- "APO & SED?" zur SEW;
- "Ex- und hopp" zur Kaufhausbrandstiftung in Frankfurt mit der 'Bild'-Schlagzeile "Und morgen das VW-Werk?";
- "Black Power now" zu Martin Luther King bzw. zur revolutionären Gewalt;
- "Putschistenpech" zu den Auseinandersetzungen vom 11. bis 13.4.1968 in der Folge des Anschlags auf Rudi Dutschke;
- "U-Haft" zur Gründung eines zentralen fonds für U-Häftlinge bzw. einer Rechtshilfe;
- "Nie mehr allein" zu den Polizeieinsätzen;
- "2 Tote schaffen mehr als 20 000 Polizisten?" zu Ohnesorg, Frings und Schreck;
- "Rocker raus…" u.a. zu den Springerkrawallen in Hamburg;
- "Soll man mit Pulver oder?" zu den Brandstiftungen;
- "1 Tag aus dem Leben des Klaus Schütz", ein Comic;
- "Wer kann mehr?" zu den drei Typen von Demonstranten;
- "Die Notstandsübung", ein Comic; sowie
- "Zwölf Gebote für Demonstranten".
Q: Charlie Kaputt Nr. 1, Berlin Mai 1968



Wer heute

rt weiß, daß die Notstandsgesetze friedlich verabschiedet werden.

in Bonn friedlich gegen die Notstandsgesetze

demonstriert weiß, daß die Notstandsgesetze friedlich verabschiede

TAGESSPITZEL INTERVIEW

Auf ein paar Jahre Revisionismus
müssen wir uns jetzt gefaßt machen. (Harry Ristock, im Mai 68)

Sobald die Außerparlamentarische Opposition mit notdürftig behandelten Schlagstockverletzungen die Gefängnisse der herrschenden Klasse verlassen hat, und in ihre Zirkel und Clubs zurückgekehrt ist, bricht bei der Außerparlamentarischen Opposition der Wahnsinn aus.
Neuerdings lassen sich die Spitzen der APO von der kapitalistischen Tagespresse über ihr Verhältnis zur SED-W aushorchen. Das geht dann (wie im "Tagesspiegel" vom 5.Mai nachzulesen ist) ungefähr so:

TAGESSPITZEL: "Es geht das Gerücht, Herr Gäng, Sie waren bei Walter Ulbricht und haben sich die Zusage für eine Blockade der Zufahrtswege von und nach West-Berlin durch Einheiten der Nationalen Volksarmee geholt. Stimmt das Gerücht?"

GÄNG (SDS): "Aber ich bitte Sie, ich war das letzte Mal vor acht, nein, warten Sie, vor neun Monaten drüben und habe mir da lediglich ein paar marxistische Schriften gekauft (u. a. den "Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie" von Fritz Engels)."

TAGESSPITZEL: "Herr Meschkat, wieviele Zentralausschußsitzungen, an denen zwei kooptierte Vertreter des Vorstandes der SED-W teilgenommen haben, hat es insgesamt gegeben?"

DR. MESCHKAT: (Republ. Club) "Also wissen Sie, so aus der lameng kann ich Ihnen das garnicht so genau sagen. Eins weiß ich aber sicher: Kooptiert waren sie nie. Das weiß ich hundertprozentig!"

TAGESSPITZEL: "Herr Nevermann, haben denn wenigstens Sie die Gefahr erkannt, daß die Hinzuziehung der SED-Mitglieder in der Öffentlichkeit auf starke Kritik stoßen könnte?"

NEVERMANN: (Linke SPD) "Freilich, natürlich, selbstverständlich. Aber wissen Sie, dagegen können wir einfach nichts machen, ich meine gegen Mißverständnisse, auch absichtliche, wie sie z.B. von der Springerpresse begangen werden. Daß wir als innerer Feind mit dem äußeren Feind quasi kooptieren, also das sind Sachen, die müssen wir so oder so entscheiden, ob wir es für sinnvoll halten oder nicht. Als innerer Feind müssen wir gegenüber dem äußeren Feind selbstverständlich ein abgewogenes Verhältnis ..."

TAGESSPITZEL: "Waren Sie auch in Ost-Berlin, Herr Nevermann?"

NEVERMANN: (Linke SPD) "Selbstverständlich. Häufig. Mehr als einmal. Aber personalisieren Sie doch bitte nicht das sachliche Problem des Verhältnisses von innerem Feind zu äußerem Feind. Das Verhältnis von innerem Feind zu äußerem ..."

TAGESSPITZEL: "Waren Sie auch in Ost-Berlin, Herr Rechtsanwalt Mahler?"

RA MAHLER: "Ich habe einfach keine Lust, Ihnen zu verschweigen, daß ich drüben war. Schauen Sie, Sie werden der Springer-Presse sicher entnommen haben, daß ich von drüben komme, ehemals FDJ-Mitglied war und natürlich noch Freunde da habe. Von früher. An dem Tag, an dem im Audimax der TU über die mögliche Blockade West-Berlins diskutiert wurde, war ich zufällig in Ost-Berlin. Ich habe mir den "Brotladen" von Brecht im Ensemble angeschaut. Das Stück war 22 Uhr 1o aus, 22 Uhr 4o war ich bereits wieder in West-Berlin. 3o Minuten Fahrzeit, das kommt genau hin. Da bleibt nicht eine Sekunde für ein Gespräch mit dem Armeeminister der DDR, wie mir immer unterstellt wird."

TAGESSPITZEL: "Wer von Ihnen hat eigentlich die Kasse? Wieviel ist

NOTSTANDSGESETZE SIND KEINE GESETZE, sondern NOTSTAND. NOTSTANDSGESETZE SIND KEINE GESETZE, sondern NOTSTAND. und keine Gesetze, sondern NOTSTAND.

APO &

AKTIONSEINHEIT ?
ANTIFASCHISTISCHE EINHEI

Begriffe, nach dem Atten
von der SED aufs Tapet g
stimmen zur Zeit die Dis
dieser Partei, greifen a
die Außerparlamentarisch

Ohne Vorbedingungen, sag
vorsitzende Danelius (vo
gliedern liebevoll antis
'Vater Dan'genannt), wil
Uhr aufziehen.Welche Bed
te er denn stellen könne
steinerne Argumente in d
die politischen Aktivitä
tenn beiden Jahre ginge
schließlich von einer ne
danden Linken aus, die g
die alten, aus der klass
beiterbewegung übernomme
versen ein Sammelbecken
gressiven, auf gesellsch
Veränderungen dringender
den konnte.Die SED hatte
Entwicklungen keinerlei
plattes Selbstverständni
beiterpartei erlaubte e
gar nicht, ihre Vorurte
se ganzen intellektuell
ßer mit ihrem Mao und M
Freud und Reich und Bre
stellungen von Studente
Kommunarden waren von d
bürgerlichen nicht sehr

Doch je weiter sich die
wagten, immer häufiger
und Wasserwerfer geriet
sich vergrößerte, sie a
tische Kraft unübersehb
den, desto mehr mußte a
auf sie eingehen.

Aber wie tat sie das ?

Sie beschränkte sich,mi
schon gesetzmäßiger Ver
eine ausführlicher werd
erstattung in der 'WAHR
analysierte jedoch niem
entstandene Situation,
mer weiter mit ihren vo
Begriffen, die dann man
Aktionen von Senat und
den Tatsachen deckungsg

Sie verhielt sich jedoc
kommentierend, an diese
Demonstrationen und Akt

... die CHARLIE KAPUTT machen, sind :

BLÖSER, BUCHLOH, GEBBERT, HOMANN, HEIKE, SCHMITZ, TOMAYER.

CHARLIE KAPUTT kommt unregelmäßig aus
1 BERLIN 30 Potsdamerstrasse 156
c/o BUCHLOH und kostet 50 Pfennig.

reproduktion + druck: ZAHL-WIENEN
Berlin 61, Urbanstr. 169, tel. 668887

momentan drin? Kriegen Sie auch Geld von der "DDR" ?"

SIGRID FRONIUS (SDS):
"Der Kassenmensch ist momentan nicht da. Aber ich glaube, so wie ich die Sache überschaue, ich glaube, von der DDR kriegen wir nichts, oder Horst, was meinst DU?"

RA MAHLER:
"Glaub ich nicht".

TAGESSPITZEL:
"Ich danke Ihnen für die Information".

APO (alle zusammen):
"Gern geschehen!"

Heute vor dem Notstandshearing, morgen vor dem Volksgericht.

NOTSTANDSGESETZE SIND KEINE GESETZE, sondern NOTSTANDsgesetze si

möglichst unauffällig b
Die Struktur der Partei
solch sanfte Praxis una
Unübersehbar wurde auch
rekte Abhängigkeit von
Bruder-, besser Vaterpa
joviale 'Laß die mal ma
großen Gelder waren da,
nen Parteiapparat auf,
nem Verhältnis zu seine
keit steht, sich als he
Suche nach neuen Organi
erweist: die autoritäre
tische, nicht von der S
sation vieler Einzelner
Struktur wird weiter au
halten.So erweist sich
sche Abhängigkeit des P
von der DDR zugleich al
xierung an deren Politi
tik, die undialektisch
größer werdende ökonomi
sozialistischen Staaten
ner Politik, die an der
Definition von Lohnarbe
tal festhält (Dritte We
auch zu einer falschen

Ex und hopp

In Frankfurt brannten zwei Kaufhäuser nachts, das Feuer war schön zu sehen, dem Nachtwächter wurde nicht einmal die Jacke angesengt. Aber kaum waren die Spritzen der Feuerwehr wieder trokken, machte sich der SDS in Frankfurt die Hosen naß. Man hatte vier Personen verhaftet, in deren Auto man einige Gegenstände zum Zündeln sicherstellte. Einen Benzinkanister, Streichhölzer, Teile von Gasanzündern sowie Flugblätter der APO. Das alles reichte der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die vier der Presse als Täter vorzustellen.

Sechts hatten sich dabei Interessenverbände beim Staatsanwalt eingehakt, mit 50.000 Mark Belohnung fingernd, und rasch hing am linken Arm SDS Reiche. Mit denen dort wollte er nichts zu tun haben, den Kopf nur redet er sich heiß, Teewasser kocht er sich auf kleiner Flamme, mehr Hitze ist zuviel, mit Feuerlegern hat er nichts im Sinn. Wie befreit man sich davon, wenn der Benda das dem SDS anhängen will?

Man machts ganz einfach so wie Axel Cäsar Springer mit Bachmann. Genosse Reiche erklärt sie zu neurotischen Einzelgängern, was bei vier Leuten schon etwas schwierig scheint. Gerade in einem Augenblick, als in den Staaten ganze Städte brannten, denen er aus der Ferne recht gönnerhaft applaudierte. Doch als in seinem Kaufhaus in Frankfurt ein guter Liter Benzin unter das Kissen der Bettenabteilung geschoben wurde, die Interessenverbände an zu kreischen fingen, ein paar Etagen brannten, ging den Genossen noch immer nicht ein Licht auf, wußten sie immer noch nicht, wo es lang geht.

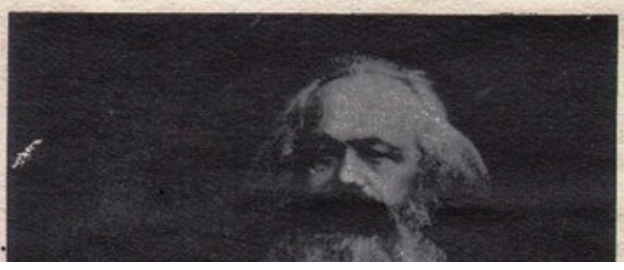
Acht Tage später - nach dem Attentat - brennt einiges mehr, aber die begabte Vorwegnahme in Frankfurt wird vergessen, mit der Ungeduld und dem Mut von einigen, denen es nicht mehr genügte, einen Film über Molotow Cocktails genüßlich zu begaffen, denen es nicht genügte, nur an Benzin und Petroleum zu riechen, sie werden, weil sie einen Augenblick zu früh zündeten, wie immer von der Linken isoliert, die sie am liebsten ins Asoziale oder Kriminelle abgedrängt wissen möchte, als hätte auch das getreu bürgerlicher Überlieferung, nichts mehr mit Politik zu tun.

Wenn Springer so schlau ist, dem Bachmann keine Blumen zu schicken, sollten wir schon etwas weniger schlau sein und uns endlich mit den Brandstiftern in Frankfurt solidarisieren, um so mehr, als noch nicht einmal sicher ist, daß sie die Täter waren, doch ganz sicher, daß sie sich an vielen unserer Aktionen beteiligten. (Wie schon Genosse Lefevre sagte: Das hätte jedem von uns passieren können.)

Aber wer weiß, wenn die Genossen in Frankfurt so leicht der Staatsanwaltschaft aufsitzen, vielleicht dann auch der Werbung, die da meint, ex und hopp sei alles, was mit einer Falsche zu machen sei.

Wir meinen: ex schon und dann und dann hopp.

NOTSTANDSGESETZE SIND KEINE GESETZE, SONDERN NOTSTAND



BLACK

Man muß nicht Marx gelesen ha
wissen, daß es in der Geschicht
heit immer wieder Figuren gibt
iektive Wohlanständigkeit niema
fel ziehen würde, deren objektiv
nichts desto trotz eine verbrech
ist. Sie von Schuld freizusprec
dings hieße, einer unhistorische
se zu verfallen, die ihrerseits
cherisch genannt werden kann.
Auf kaum eine Figur trifft das
auf Martin Luther King. An sei
grität wird wohl kaum einer ern
zweifeln wollen. Um so mehr al
an seiner Fähigkeit, die Welt,
lebte, zu begreifen!
Denn der, der sich als ein Vork
für die Rechte der unterdrückte
zen verstand, war ihr größter
Der, der sein Leben für die Gle
rechtigung seiner schwarzen Br
riskiert und schließlich sogar v
der hat wesentlich dazu beigetr
Gleichberechtigung zu verhinde
Der andere, der ihn erschossen

Und n
VW-

Heute kommen wir endlich zu
schen Brandstiftung.
Wir fangen mit einem einfach
rungsbeispiel an: was ist d
schied zwischen Springer und
Im Kaufhaus Schneider brauch
wir gesehen haben, normalerw
MCZ (alle zusammen: Molotow
Zeitzünder), im Verlagshaus
genügt manchmal, wie wir eb
sehen haben, ein einfacher
sammen: Molotow Cocktail).

Merke: ob du einen MC benutz
MCZ, richtet sich nach den U
dem Risiko. Freilich, das Pa
dem "Bild" gedruckt wird, br
lichterloh wie die Damenkonf
Stange, und die Autos, mit d
ausgefahren wird, brennen ge
Schaukelpferde in der Spielw

Achten wir aber auf den Unte
Wirkung: das Feuer im Presse

Wer sich heute an die Gesetze hält, muß sich morgen an die Notstands-gesetze halten.

den Widerstand, das Feuer im
befeuert den Konsum. Die Auß
Kaufhaus Schneider ziert jet
Schild: "Jetzt erst recht Ka
der".

Berliner und Frankfurter Zün
lasst uns aber nicht vergess
nicht in Detroit sind und da
bei uns immer noch Sache der
mögen wir bei solchen Nachri
schon von der Nationalgarde
(Alle zusammen: die Feuerwehr
her!)

Welche Bedeutung kann also fü
MC-Praxis haben?
Wir haben gesehen, daß ein ei
MC (Herstellungskosten einzel
nig) Autos im Wert von 7000 M
lich machen kann und daß ein
stellungskosten 1 Mark 70 bis
führung 3 Mark 50) Warenhause
Wert von 2 Millionen einäsche
In welchem freien Gewerbe gib
solches Verhältnis von Mittel
Erste Bedeutung also: Mininal

PotSchistenpech

Am Abend des Gründonnerstag hatten wir in der Kochstraße die Scheiben ziemlich schnell ausdiskutiert, weil die Polizei mit unserer Argumentation völlig übereinstimmte. Mehrere Versuche, im Foyer des Springerhauses, vielleicht sogar in der Druckerei, weiterzureden, scheiterten, weil es unmöglich war, die dichten Reihen der Gewalttheoretiker zu durchbrechen. So zogen wir uns zunächst schweigend zurück. Uns war klar geworden, daß Axel Springer und der Senat nicht kleinlich sein wollten und uns für diesen Tag einen Polterabend zugestanden hatten. Sie schenkten uns einige Hektar Glas. Wir begriffen: wir hatten Fehler gemacht. Einem geschenkten Glas wirft man nicht in die Scheiben. Die Theoretiker der Gewalt diskutierten mit den Polizisten, ob es berechtigt sei, auf Grund der unveränderten historischen Situation die Steine aus den Morgenpost-Filialen der Vororte in die Springer-Metropole in der Kochstraße zu tragen.

Verärgert darüber, daß Springer uns aufs Glas geführt hatte, gingen wir auf seinen Parkplatz. Wir borgten uns von den Gewalttheoretikern ihre seit Monaten vorbereiteten, minutiös ausgearbeiteten Pläne für die demonstrative Verhinderung der Auslieferung von Springerzeitungen. Auf Seite 19, Kapitel IV, zum Thema "Sabotage der Fahrzeuge" fanden wir nur die Anweisung: "Den Morgenpostboten ist möglichst noch in der Nacht die Luft aus den Fahrradreifen zu lassen." Auf dem Parkplatz standen aber nur BZ-Autos und ein großes gelbes mit der Aufschrift "BRAVO". Das feuerte mich an und ich es. Dann griff das Feuer auch auf andere über, und sie kippten die weißen BZ-Kisten um und zündeten sie an, weil sie senen wollten, ob die BZ auch brennt, wenn sie aus Blech ist. Die Theoretiker der Gewalt standen hinter dem Zaun des Parkplatzes und hinderten sich und andere daran, nach all den Kranzler-Wasserspielen an den ersten Springer-Feuerspielen teilzunehmen. Überdies hatten wir ja ihre strategischen Pläne in die Tasche gesteckt. So waren sie rat- und hilflose Zaungäste, entschlossen sich dann aber spontan, aus Theoretikern der Gewalt wenigstens zu Konsumenten der Gewalt zu werden und applaudierten jubelnd unserem Feuereifer und später auch dem Eifer der Feuerwehr, die sie auf den Platz einwinkten.

Als uns am nächsten Tag vor dem Schöneberger Rathaus von der Polizei wieder einmal das Freischwimmer-Zeugnis ausgestellt worden war, rannten wir zum Rias, um mit der freien Stimme der freien Welt zu reden. Einige Teststeine, die - um unnötiges Werfen zu verhindern- prüfen sollten, ob die Riasscheiben auch geschenktes Glas waren, wurden von gelangweilten Rias-Angestellten, die am Karfreitag arbeiten mußten, erfreut und dankbar hinter den Scheiben aufgefangen

und als Souvenir an die
oder mit der Aufforder
auch anderen Redaktion
eines Treffers zu mach
plötzlich die Gewaltkon
schlugen uns die Steine
argumentierten, sie fi
langweilig, uns immer
zuzusehen, und das noc
Eine Stimme im Megap
bekannt vorkam, forder
Rias nicht zu nahe zu t
Portaltreppe zu räume
anrückenden Wasserwe
hatten.
Es war die Stimme von
mir eine Woche vorher

NOTSTANDSGESETZE SIND KEINE GESETZE, SONDERN NOTSTAND.

IN MEMORIAM
JOSEPH BACHMANN

Blumenspenden und Genesungswünsche im Westend-Krankenhaus wollen nicht enden. Empfänger: der heimliche Held von Berlin, der einer Stadt aus der Seele schoß, der Wunsch- und Traumtäter einer ganzen Nation: Josef Bachmann aus Peine. Er vollendete den 21. Februar am Gründonnerstag. Bachmann wußte, was Berliner wünschen.
Die Polizei versagte. Den Auftrag, den Mann nach getaner Arbeit umzulegen, wie in Chikago eigentlich üblich, erfüllte sie nur unvollkommen, eine Stadt litt unter Verdrängungsstörungen. Der Senat fürchtete Solidaritätskundgebungen und Unterschriftensammlungen zur Umbenennung des Kaiserdamms in Bachmanndamm. Springer hat geholfen. In großen Lettern stands geschrieben, Millionen lasen: der Attentäter in Euch ist ein kleiner asozialer Sonderling. Springer half, den Schuldstau in seiner Familie abzuführen: der kleine

U-HAFT

viele Freunde was für ihn
nur Briefe, schrieben, nic
schickten. Da konnte er ni
bleiben. Dazu kam ein echt

kriminelle Anstreicher aus Peine mit dem selbstgemalten Bild des großen kriminellen Anstreichers von gestern ließ die Angeschmierten den großen Anstreicher von heute aus Hamburg schnell vergessen. Hat auch mancher enttäuscht die Schlagzeilen zunächst heruntergewürgt und schnell noch Blumen und Wünsche nach Westend gebracht, waren Schütz und Neubauer auch gezwungen, sich in der Zimmernummer zu irren, bald wars verdrängt.
Die Gesellschaft wirft demnächst ihren eigenen Kadaver vors Gericht, man reibt sich die Hände und Augen in Unschuld. Der kriminelle Sonderling ist der Denunziant der Verhältnisse, er muß geopfert werden, deshalb wird er den Rest seines Lebens im Zuchthaus verbringen. Eigentlich sollte Horst Mahler seine Verteidung übernehmen. Rudi Dutschke sollte mal mit Josef Bachmann darüber reden.

U-HAFT

Fast alle haben schon irgendwann einmal einen Polizisten gesehen. Einige hatten schon mal einen allzu engen Kontakt zu ihnen. Andere wurden vorläufig festgenommen, bis zu 24 Stunden, in Berlin warens über Ostern 28o, und die saßen gleich ganze 48 Stunden, dabei hatten sie noch das Glück und blieben zusammen, gemeinsam konnten sie dort weiter demonstrieren.

Richtige U-Haft ist da schon was anderes. Da sitzt Du nämlich ganz allein in einem Loch, kennst noch nicht die Bedingungen im Knast, der Kontakt zur Außenwelt kann vom Staatsanwalt fast beliebig gesteuert werden, Du bist also erst einmal auf Dich selbst angewiesen, und dann, das ist das Wichtigste für Dich, auf Deine Freunde. Wenn Du allein bleibst, bist Du wirklich verloren, der Zellenfunk genügt nicht. Als der Fritz in Moabit saß, konnte er ne Menge guter Aktionen starten! Flugblätter und so. Ganz allein? Er wußte daß

skandal, die ganze liberal
te ihr Gerechtigkeitsgesei
ren.

Heute sieht es schon ganz
Steine werden wirklich gew
chen in Brand gesteckt. Ei
sie hatten sich, wie viele
weit vorgewagt. In Berlin
mi fest, den 19 jährigen R
zer vom Wedding. Er hat al
tiert, ihm war nichts Bess
fallen. Und überall in Deu
zen zur Zeit welche. Schul
schuldig, niemand von uns
Zeit übersehen, in München
furt, Hamburg und Berlin.
uns was zu tun, egal, ob w
schissen finden oder nicht
ten, wir kümmern uns auch
juristische Palaver, wir h
erst einmal was mit ihnen

Die Hippies in London und
finden das selbstverständl
wenn einer von ihnen so bl
direkt vor dem Polizeirevi
oken Joint pafft, sodaß di
riechen und ihn gleich kum

Die Berliner Brandstifter

Fritz Feuerteufel, Roter Langh

und Frieder Zundelmann.

NIE mehr allein

1968 .....
1969: Ein junger Mann, irgendwo in Westdeutschland zuhause, hat Rechtsanwalt Mahler erschossen! Die Berliner Studenten gehen auf die Straße!
Der Regierende Bürgermeister Neubauer (zugleich Innensenator) setzt seine Truppe ein, es fließt Blut, es brennt!
Hauptquartier der Demonstranten ist die TU. Das Gerücht geht um: Neubauer will das Audimax mit Tränengas ausräuchern.
Die versammelten Studenten und Arbeiter sind ratlos vor Angst. Einige wollen zwar nun endlich ernst machen und sich im Untergrund organisieren, wollen mit adäquaten Mitteln sich wehren, doch die meisten haben einfach Angst. Da bietet sich jemand an zu diskutieren. Jemand aus dem Senat, ein ehemaliger Bürgermeister warnt vor dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt! Er will vermitteln und einen neuen Anfang zu machen helfen. Mit Applaus empfängt ein verängstigtes Auditorium den ehemaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz. Mit von der Partie ist wie immer Harry Ristock und Bischof Scharf. Ein Aufatmen geht durch das Auditorium. Die Isolation, die alle so verängstigte, ist vorbei. Ein ehemaliger Regierender und ein Bischof sind zu den Demonstranten gekommen, wollen mit ihnen reden. Sie sind nicht länger allein!
Schütz sagt: "Ich spreche als einer, der viele Erfahrungen und viele Fehler gemacht hat. Ich spreche als einer, der versucht hat, aus seinen Erfahrungen und aus seinen Fehlern zu lernen. Ich spreche als einer, der, wenn er an das entsetzliche Attentat denkt, auch an einen denken muß, der am Gründonnerstag letzten Jahres von einem Attentäter angeschossen wurde und für den er Mitverantwortung trägt. Ich spreche als einer, der viel bittere Enttäuschungen mit sich selbst und mit anderen erlebt hat und der trotzdem glaubt, daß noch nicht alles verloren ist."

Solche Worte aus solchem Munde! Hier hat uns jemand verstanden, hat aus seinen Fehlern gelernt, bekennt sich! Welch ein Kontrast zu den Worten Neubauers, der weiterhetzt: "Die Geduld der Stadt ist am Ende. Auf ihr (der Demonstranten) Konto geht ein Toter und zahlreiche Verletzte. Ich sage ausdrücklich und mit Nachdruck, daß ich das Verhalten der Polizei billige!" Ja, denken da die Demonstranten im Auditorium wehmütig, wenn der Schütz heute noch Bürgermeister wäre, dann wäre alles anders, denn der hat uns verstanden! Der ist ja hier, um uns zu helfen.

1970: Lefèvre ist tot. Einer hat ihn erschossen. Der Regierende Bürgermeister Prill hat unsere Protestdemonstrationen im Keim erstickt. Die Polizei war so brutal wie nie. Wir haben uns im Grunewald versammelt... sind völlig hilflos... haben Angst. Jeden Moment kann schreckliches geschehen. Prill ist zu allem fähig! Ist denn keiner da, der uns hilft, der vermitteln könnte ... Hurra, wir sind nicht mehr allein; der ehemalige Bürgermeister Neubauer will mit uns diskutieren. Er kommt mit Ristock. Sie sagen, wir sollen einen neuen Anfang machen! Wir sind nicht mehr allein!

Heute vor dem Notstandsgesetze halten, morgen vor dem Volksgericht.

Wer sich heute an die Gesetze hält, muß sich morgen an die Notstandsgesetze halten.

2 TOT

Die Toten häufen sich. Di
schon zwei Leute auf der
und Schreck. Der eine gab
zu Protokoll, daß er "nur
wollte, wie es bei Demons
geht", der andere war ein
ler Zuseher, Fotograf für
Ohnesorg wollte nicht mit
nur "sich ein Bild machen
selbst zum Schreckbild ge
Wir hören, viele Apos sch
ganz fürchterlich mit den
den beiden Opfern zu Ehre
tionen überhaupt abschaffe
noch Trauermärsche disku
eher ihren Astavorsitz als
Gewissen.
Aber wer Demonstrationen
unbeteiligtes Herumstehen
stört, wer bei Prügeleien
zei und Demonstranten sic
zwischen den Fronten heru
wer dort immer noch nich
sucht als Befriedigung vor
beruflicher Neugier, wer
nichts riskieren will, wer
nicht weiß, daß Polizisten
schlagen mit ihren Dinger
monstranten dann wirklich
und zurückschmeißen, der
wundern, wenn seine Unpa
den Parteien mit Pistole u
auf die Probe gestellt wird
Kein Zufall, daß es schon
beteiligte Unschuld erwisc
ihrem Unbeteiligtsein steh
überall im Weg und mit ih
können sie sich nirgendwo
den. Auch King wollte bis
schen den Fronten und ü be
herumträumen, auch ihn h
schönsten Träumen erwisc
Der Schreck der APO über
gen Opfer, die ihr plötzlic

Wieder einmal hat ein Asta-Scheff seinen Rücktritt erklärt. Wieder war es ein politisch motivierter Rücktritt. Nichts neues an der FU. Wer von den letzten Asta-Scheffs ist nicht irgendwann zurückgetreten? Landsbergs Rücktritt aber ist eine neue Variante. Denn er ist nicht zurückgetreten, um auf diesem Weg zu dokumentieren, daß eine Arbeit mit den etablierten Universitätsorganen nicht mehr möglich ist, sondern Asta-Scheff Landsberg hat sich was neues einfallen lassen. Er ist nicht zurückgetreten, um zu demonstrieren, daß etwas nicht geht, sondern er ist zurückgetreten, um etwas zum Gehen zu bringen. Er ist zurückgetreten, um eine Diskussion in Gang zu setzen. Das ist neu! Wer eine Diskussion will, der tritt zurück.
Wer über das Problem der Gewalt diskutieren will, trete zurück!
Wer über die Funktion des Astas in der APO diskutieren will, trete zurück!
Wer über Manipulationen im Zentralausschuß der APO diskutieren will, der trete zurück!
Wenn dann alle zurückgetreten sind, kann die Diskussion nicht mehr ausbleiben!

ROCKER RAUS...

Also erst einmal die akademische Würde.
Die man schon beim Schahbesuch vermiß-

gangen, hatten die Auslieferung bis morgens zwei Uhr verhindert, mit den Rockern gemeinsam Barrikaden gebaut, dann kam die Polizei, aber wie schon gesagt, die Problematik, Gewalt und Gegengewalt,

Soll ma
mit Pulver

holz plötzlich in den
und der entlassene
dem zehnten Korn eben-
das raus, was er in
h hineingefressen hat.
genannten politi-
sind da in einer
er Neger in einem
tädten der USA hat
Schrotflinte schon

te. Ging also verschütt. Und die Osterfeiertage vor Springer in Hamburg zum Beispiel. Da gabs Leute, denen die garnicht verschütt gegangen war, hatten sie nämlich nie. Da gabs nämlich Rocker, die mit Rabbatz machen wollten, und z. B. vor Polizisten nicht die notwendige Angst hatten, die unsereins erst überwinden muß, da hatten sie nämlich seit Jahren Erfahrungen gesammelt, so einem Typ knallten sie genauso leicht einen vor den Latz wie einem mit ner Lederjacke und noch lieber. Also die wollten mitmischen, doch da das Verschüttete ihnen so ganz fehlte, wurde ihnen, den ungebetenen Mitkämpfern, in die Arme gegriffen und mehr als das: sie wurden von den revoltierenden Studenten der Polizei übergeben. Gut so, applaudierte die hanseatische liberale Presse ihren ziemlich stürmische Kindern, lasst euch nicht von Proletenkindern zu Handlungen provozieren, gegen Menschen und so, auch wenn ein SDSler vom Auto überfahren wird, hinterm Steuer sitzt der Fahrer. Die kalkulierte Gewalt reflektieren. Dabei waren die Demonstranten ziemlich weit ge-

Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Menschen, sind Polizisten unter Umständen Sachen, das war natürlich bei den Rockern nicht drin, die waren ja einfach nur sauer auf die Bullen, von Hause aus, und wollten sich da abreagieren, also ab in die Zelle, die Polizei wird dann nicht kleinlich gewesen sein, kann man sich vorstellen.

Mir fällt da noch was ein. In Prag neulich, da waren unter den Studenten auch einige, die unheimlich sauer waren, bißchen anders vielleicht, die die amerikanische Flagge herunterholten und in die Moldau warfen, das waren Nordvietnamesen, die irgendwie was gegen die Amerikaner hatten, das Sternenbanner drum nicht gern sahen. Da lagen sie aber ganz schön quer, die Prager Komilitonen droschen auf sie ein, so sauer darf man eben nicht sein, immer reflektieren. Flaggenschändung. Sie gaben eine neue zurück, hatten wohl heimlich unheimlich viele auf der Bude. Immer wieder reflektieren. Das Problem der Gewalt. Anstand selbst beim Protest. Nevermann. Keine revolutionäre Situation.

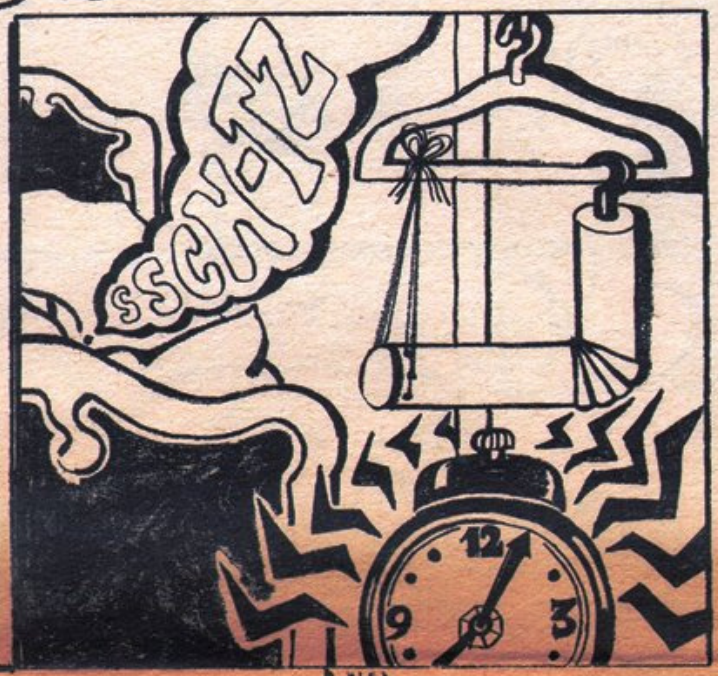
angeratschte Streich
zitternden Fingern,
Angestellte ist nach
soweit und läßt all
vielen Jahren in sic
Die anderen, die so
schen Brandstifter,
anderen Situation. I
der Ghettos in den S
seinen MC und seine

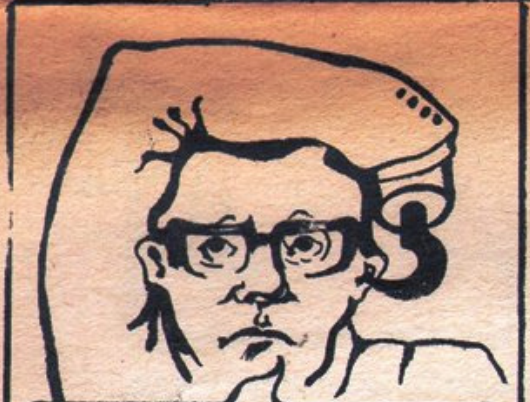
In Berlin brennen Beatlokale, Laubenwohnungen, Haustüren, Zeitungskioske und Springerautos. In Brüssel und Frankfurt brannten Kaufhäuser und in den USA ganze Stadtteile!

Sind Brandstifter verrückte Pyromanen? Sind es Irre? Feuerteufel? Was haben sie alle gemeinsam und was un-

CHARLIE KAPUTT

1 TAG AUS DEM LEBEN DES KLAUS G.





ICH HABE EINMAL GESAGT- POLITIK MUSS SPAß MACHEN.. ICH GESTEHE, DIES

MACHT KEINEN SPAß!
ACH - einer MANN
MUß IMMER AUS DER REIHE TANZEN

Wer kann mehr?

Im großen und ganzen gibt es drei Sorten von Demonstranten. Die erste und wenig wichtige ist die der Typen wie Ohnesorg und Schreck. Sie kommen um zu glotzen, stehen überall im Weg, und es werden mehr von ihrer Sorte sein, die in Zukunft was abkriegen. Sie sind Gaffer und eigentlich gar keine Demonstranten.

Die zweite Kategorie macht mehr Schwierigkeiten. Schon deshalb, weil zu ihr die meisten zu zählen sind. Es ist sozusagen der Normaldemonstrant. Meistens hat er den Kopf zu voll und die Hände zu leer. Fast immer ist er Student (meist ein guter dazu), und sein Problem ist: all das, was er weiß, auch umzusetzen. Er will die Welt verändern, ist ein guter Sozialist geworden, aber seine letzte Klopperei hatte er mit sechzehn Jahren, als er zum ersten Male seinen großen Bruder untergekriegt hat. Von Hause aus hat er was gegen rohe Gewalt. Er ist für fair play, und selbst wenn der Knüppel bereits über ihm ist, hält er noch mehr vom Diskutieren als vom Zurückschlagen oder wenigstens vom Davonlaufen. Ist er nicht feige, was gar nicht so schlecht wäre, wenn man es sich eingesteht, dann beweist er seinen Mut fast immer an der falschen Stelle. Er haut dann noch um sich, wenn bereits fünf Polizisten über ihm sind, oder er rennt sogar mitten in die Polizeikette hinein, um sich von irgendeinem Polizeischwein die Nummer geben zu lassen. Er ist immer aufgeregt oder empört und tut deshalb immer das Falsche. Er ist verkrampft, deshalb fällt ihm

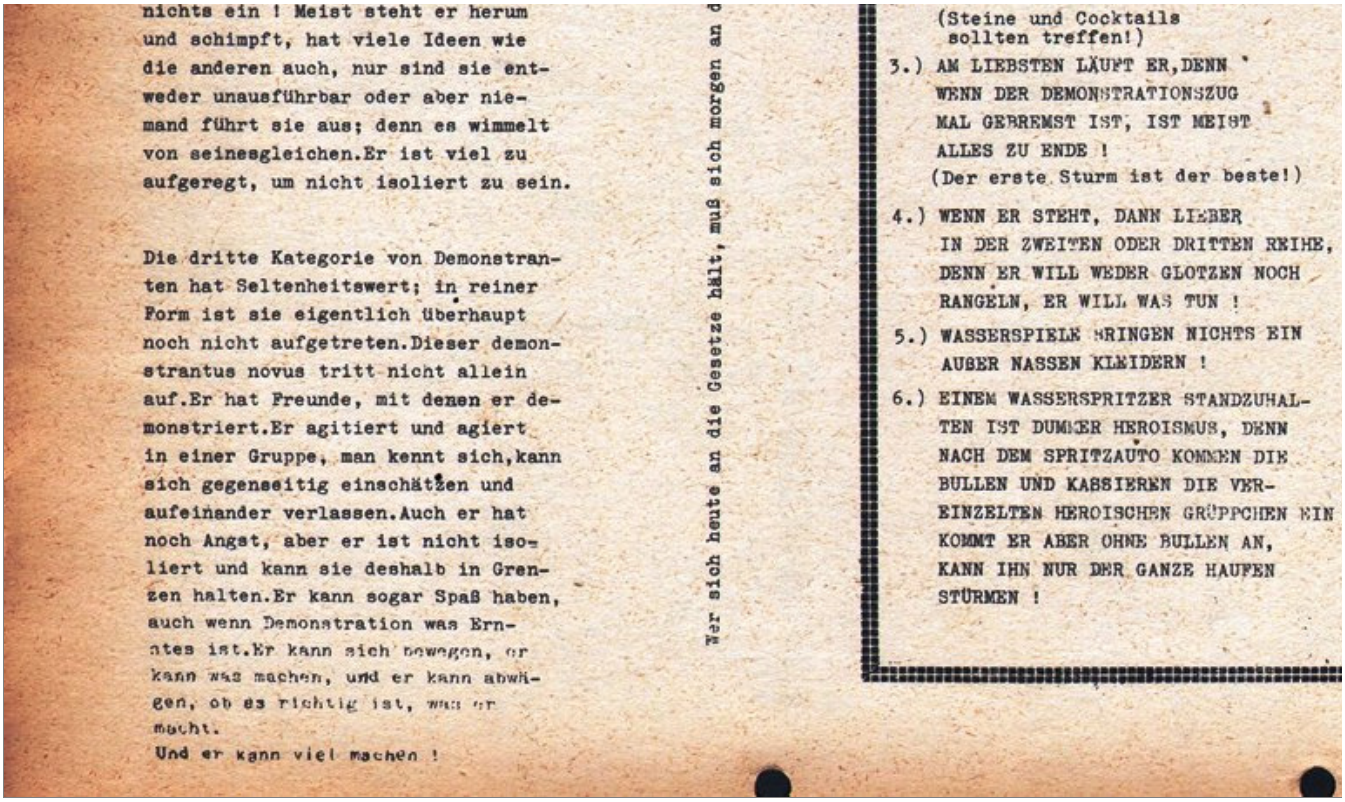
Heute vor dem Notstandshearing, morgen vor dem Volksgericht.

Die No

ZWÖLF GEBOTE

1.) ER ENGAGIERT SICH, ABER ER REGT SICH NICHT AUF !
2.) ER MUß IMMER WISSEN? WAS ER TUT!

ie Notstands gesetze halten.



nichts ein ! Meist steht er herum und schimpft, hat viele Ideen wie die anderen auch, nur sind sie entweder unausführbar oder aber niemand führt sie aus; denn es wimmelt von seinesgleichen.Er ist viel zu aufgeregt, um nicht isoliert zu sein.

Die dritte Kategorie von Demonstranten hat Seltenheitswert; in reiner Form ist sie eigentlich überhaupt noch nicht aufgetreten.Dieser demonstrantus novus tritt nicht allein auf.Er hat Freunde, mit denen er demonstriert.Er agitiert und agiert in einer Gruppe, man kennt sich,kann sich gegenseitig einschätzen und aufeinander verlassen.Auch er hat noch Angst, aber er ist nicht isoliert und kann sie deshalb in Grenzen halten.Er kann sogar Spaß haben, auch wenn Demonstration was Ernstes ist.Er kann sich bewegen, er kann was machen, und er kann abwägen, ob es richtig ist, was er macht.
Und er kann viel machen !

Wer sich heute an die Gesetze hält, muß sich morgen an d

(Steine und Cocktails sollten treffen!)

3.) AM LIEBSTEN LÄUFT ER,DENN WENN DER DEMONSTRATIONSZUG MAL GEBREMST IST, IST MEIST ALLES ZU ENDE !
(Der erste Sturm ist der beste!)

4.) WENN ER STEHT, DANN LIEBER IN DER ZWEITEN ODER DRITTEN REIHE, DENN ER WILL WEDER GLOTZEN NOCH RANGELN, ER WILL WAS TUN !

5.) WASSERSPIELE BRINGEN NICHTS EIN AUßER NASSEN KLEIDERN !

6.) EINEM WASSERSPRITZER STANDZUHALTEN IST DUMMER HEROISMUS, DENN NACH DEM SPRITZAUTO KOMMEN DIE BULLEN UND KASSIEREN DIE VEREINZELTEN HEROISCHEN GRÜPPCHEN EIN KOMMT ER ABER OHNE BULLEN AN, KANN IHN NUR DER GANZE HAUFEN STÜRMEN !

Mai 1968:
In Hessen erscheinen, laut Haug/Maessen, die "Richtlinien zur Schülermitverantwortung", die 'SMV-Richtlinien'.
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 134

Mai 1968:
In Darmstadt entstehen, laut IKD, während der Notstandskampagne aus dem Arbeiter-, Schüler- und Studentenkomitee die Sozialistischen Arbeitergruppen (SAG).
Q: IKD: Internes Bulletin Nr. 1 Teil B, o.O. März 1970

Mai 1968:
In Frankfurt beteiligen sich, nach Angaben von Schülern der Wöhlerschule, 2 000 Schüler am Streik gegen die Notstandsgesetze, darunter 100 Schüler der Wöhlerschule.
Q: SC: Info Nr. 5, Frankfurt 7.6.1969

Mai 1968:
Laut KB findet in Frankfurt die letzte Veranstaltung der Literarischen Presse (vgl. 1963, Mai 1968) statt.
Q: Arbeiterkampf Nr. 186, Hamburg 7.10.1980, S. 46

Mai 1968:
Über den USSB (AUSS) an der Mittelschule Walldorf in Hessen (vgl. Juli 1967, Dez. 1969) berichtete die RJ/ML des KAB/ML, daß er ideologisch uneinheitlich sei:"
Dazu kam noch, daß die Gruppe nach einem mißlungenen Schulstreik von der Schuladministration und der SMV zerschlagen wurde. Ein Genosse flog von der Schule. In Mörfelden gründete sich zur gleichen Zeit eine SDAJ. Die von den Studentenunruhen mobilisierten Jungarbeiter und Lehrlinge überlegten sich, ob sie sich der SDAJ anschließen sollten. Viele von ihnen taten das. Die restlichen nahmen Kontakt mit dem Rest-USSB auf. Diese gründeten in Walldorf eine Stadtbasisgruppe. Innerhalb der SDAJ kam es zu harten ideologischen Auseinandersetzungen. Diese führten dazu, daß zwei Genossen austraten und sich der Stadtbasisgruppe anschlossen." Nach einer anderen Quelle handelte es sich um "einige vom Versuch, die SDAJ Mörfelden zu einer marxistisch-leninistischen Organisation zu machen, enttäuschte Genossen".
Q: RJ/ML-X.X.: An ZK der RJ/ML, Tübingen O. J. (Juni 1970); RJ/ML-X.X.: An Y.Y., Walldorf O. J. (Juli 1970)

Mai 1968:
Bei Klöckner Bremen finden, laut IMSF, betriebliche Aktionen gegen die Notstandsgesetze (NSG) statt, wegen denen das Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Bonno

Schütter wegen Verletzung des Paragraphen 49 des BVG entlassen wird, was von dem SPD-Betriebsratsvorsitzenden Heinz Prott begrüßt wird.
Q: IMSF: Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt Nov. 1969

Mai 1968:
In Hannover zieht, laut 'RPK', eine radikale Minderheit von Hanomag-Arbeitern sehr zum Ärger des DGB am Vorabend der dritten Notstandslesung mit roten Fahnen in die Hannoversche Sporthalle ein.
Q: SC: Info Nr. 7, Frankfurt 5.7.1969

Mai 1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'Auditorium - Hamburger Studentenzeitung' Nr. 54 (vgl. 22.4.1968, 24.6.1968) für Mai in einer Auflage von 10 000 heraus. Beilagen gibt es u.a. von Procter & Gamble sowie, uns nicht vorliegend, zu den politischen Schriften von Günter Grass und von der Burschenschaft Hansea.
Leserbriefe behandeln u.a. die nur von 60 der ca. 1 800 Immatrikulierten Vollversammlung der Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultät am 8.5.1968. Unter News & Curiosa wird von der Einladung des Justizsenators Schulz zur Diskussion an die Mitglieder des Studentenparlaments am 16.5.1968 berichtet, zu der nur 14 von 80 Mitgliedern erschienen. Vorgestellt werden die AStA-Referenten für Finanzen, Alexander von Fircks vom RCDS, für Sport, Claus Hollmann, für Soziales, Wolfgang Peiner vom RCDS, und für Hochschulpolitik, Jochen Grote vom RCDS. Rektor und AStA laden zum sommerfest am 15.6.1968.
Die Fachschaft Romanistik beklagt den Rasierzwang für Examenskandidaten.

Aus Bochum wird berichtet von der Gründung der Kritischen Universität (KU).

Zu den Notstandsgesetzen (NSG) äußert sich Wolfgang Krohn in "DEMOKRATUR in Deutschland". Berichtet wird durch Peter Schütt von den Notstandsprotesten am 11.5.1968 in "Lob der Straße", und von Holger Rust in einem weiteren Artikel über "Frankreich - De Gaulle und der Notstand". Verfügbar sind die Dokumente des Internationalen Berliner Vietnamkongresses. Adolf Hartmann fragt: "Amerika - hast du es besser?" und befasst sich mit den Studienbedingungen dort. Peter Münder berichtet aus Großbritannien in "Dreaming of a white Christmas. England am Vorabend der studentischen Revolte?".

Uwe Wandrey erläutert: "Die politische Potenz des Sex. Auf dem Weg zu einer sexuell befreiten Gesellschaft". Von Stefan Leibfried erscheint der Teil 1 von "Autonomie und Anpassung. Notizen zur Steuerung von überregionalen Wissenschaftsorganisationen".

Rezensiert werden Hans Albert: "Marktsoziologie und Entscheidungslogik", Theodor Ebert: "Gewaltfreier Aufstand", Fritz Vilmar: "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus", H.-E. Bahr (Hrg.):"Weltfrieden und Revolution" sowie E. Nolte (Hrg.):"Theorien über den Faschismus"."
Q: Auditorium Nr. 54, Hamburg Mai 1968

Mai 1968:
An der HBK Hamburg verfasst Uwe Kutzner für die Fachschaft Architektur vermutlich im Mai den "Diskussionsbeitrag zum Thema: Demokratisierung der Hochschule für bildende Künste".
Q: Kutzner, U.: Diskussionsbeitrag zum Thema: Demokratisierung der Hochschule für bildende Künste, Hamburg O. J. (1968)

Diskussionsbeitrag zum Thema:

DEMOKRATISIERUNG DER HOCHSCHULE FÜR BILDENDE KÜNSTE

Die politische Entwicklung seit Gründung der westdeutschen Bundesrepublik zeigt auf den Widerspruch zwischen den Interessen einer herrschenden Minderheit und den Interessen einer sich entwickelnden demokratischen Gesellschaft.

Die Hochschulen in ihrer Abhängigkeit zur bestehenden gesellschaftlichen Situation reproduzieren diesen Widerspruch.

Kritik am Hochschulsystem bedeutet folglich Kritik am Gesellschaftssystem, welches diese Entwicklung begünstigt; beide Systeme stehen zueinander in einem dialektischen Zusammenhang.

Progressive Kräfte an den Universitäten haben das erkannt; die Reaktion der herrschenden Minderheit beweist diesen Zusammenhang. Kritik aus der Praxis entwickelt wird so durch die Praxis gerechtfertigt.

Zu glauben, die HBK - Hamburg existiere ohne gesellschaftliche Bindungen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Auch an unserer Hochschule werden die Widersprüche der Gesellschaft reproduziert.
Das Maß demokratischer Substanz in der Gesellschaft läßt sich an dem Bemühen ablesen, die Ursachen der Widersprüche in eben dieser Gesellschaft beseitigen zu wollen.

UND
Die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins läßt sich am Grad der Öffentlichkeit ablesen, mit dem die Widersprüche in der Gesellschaft erörtert werden.

Beides gilt auch für den Bereich der Hochschule.

So verstehe ich die Veröffentlichung dieser Arbeitsgrundlage als Diskussionsbasis und Möglichkeit, im Bereich der HBK - Hamburg ein Maß von Problembewußtsein zu schaffen, welches den Demokratisierungsproßes von unten her einleiten hilft.

Auf diese Weise schaffen wir uns die Chance an der HBK - Hamburg den Prozeß einer immerwährenden Beseitigung von Widersprüchen in gangzusetzen, die permanente Revolution zu praktizieren, als Voraussetzung für die Funktion einer demokratischen Gesellschaft.

Zum Arbeitspapier

Das dialektische Verhältnis Gesellschaft - Hochschule wird anhand einer Geschichts- und Gegenwartsanalyse kontrolliert + erläutert. Widersprüche zwischen den Forderungen einer sich entwickelnden demokratischen Gesellschaft und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation werden aufgedeckt. Aus dem dialektischen Verhältnis Gesellschaft - Hochschule läßt sich ein möglicher Demokratisierungsprozeß von unten nach oben ableiten.
Voraussetzung für diesen Prozeß ist die Umfunktionierung der bisherigen systemimmanenten Hochschule in eine demokratische Hochschule.

Das Modell der Umfunktionierung soll gezeigt werden am Beispiel der Fachrichtung Architektur. Stichwortartig werden Gesichtspunkte genannt, die bei diesem Demokratisierungsprozeß diskutiert werden sollten.

Studenten und Dozenten sind aufgerufen sich durch Diskussionen und eigene Beiträge an der Demokratisierung unserer Hochschule auf dem Wege zu einer Demokratisierung unserer Gesellschaft zu beteiligen.

Graphische Darstellung der Arbeitsmethodik

I) Gesellschaft ... A) Analyse
... B) Kritik durch entdecken von Widersprüchen
... C) Reformvorschläge

Demokratisierung der Gesellschaft durch die Hochschule

II) Hochschule ... A) Analyse
... B) Kritik durch entdecken von Widersprüchen
... C) Reformvorschläge

Demokratisierung der Hochschule durch die Hochschulabteilungen

III) Abteilung ... A) Analyse
... B) Kritik durch entdecken von Widersprüchen
... C) Reformvorschläge

Demokratisierung der Hochschulabteilungen durch kritisches Engagement der Studenten und Dozenten.

I) Gesellschaft

A.1 Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaft und ihrer Herrschaftsform in dem hochentwickelten Industriestaat BRD.

A.2 Über die Identität zwischen Herrschaftsform und Öffentlichkeit.

A.3 Über die Funktion der Hochschulen in der spätkapitalistischen Industriegesellschaft.

B.1 Über den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer Demokratisierung der Gesellschaft einerseits und der Möglichkeit Demokratie zu praktizieren andererseits.

B.2 Über den Widerspruch zwischen der Zahl der Informationstechniken einerseits und dem Mangel an Information andererseits.

C.1 Über die Notwendigkeit die Widersprüche in der Gesellschaft zu beseitigen.

C.2 Über den Demokratisierungsprozess von oben.

C.3 Über den Demokratisierungsprozess von unten.

C.4 Über die Notwendigkeit einer Gegenöffentlichkeit.

C.5 Der Demokratisierungsprozess im Hochschulwesen
oder
Die Hochschule als Institution zur Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit.

II) Hochschule

A.1 Über die Funktion der Kunsthochschule in der bürgerlichen Gesellschaft.

A.2 Über die Funktion der Kunsthochschule in der spätkapitalistischen Industriegesellschaft.

B.1 Über den Widerspruch zwischen der Funktion der Kunsthochschule einerseits und den Forderungen einer sich entwickelnden demokratischen Gesellschaft an eine Kunsthochschule andererseits.

B.2 Über den Widerspruch zwischen der bestehenden administrativ- juristischen Organisation der Hochschule einerseits und den Forderungen an eine demokratische Hochschule andererseits.

C.1 Die theoretische Basis einer kritischen Kunsthochschule am Beispiel der HBK-Hamburg erläutert.

C.2 Die Kunsthochschule als Teil einer kritischen Gegenöffentlichkeit.

C.3 Über die Notwendigkeit, die administrativ-juristische Organisation der HBK-Hamburg neu zu formulieren.

C.4 Über die generelle technische Organisation der HBK.

C.5 Über eine generelle räumliche Disposition in der HBK.

C.6 Über die Notwendigkeit auf dem Weg über die Arbeit in den Abteilungen die Demokratisierung in der Hochschule einzuleiten.

Hier hat meiner Meinung nach einzusetzen die Diskussion innerhalb der jeweiligen Fachschaft über die Funktionen und Aktionen der zukünftigen ...

a) Maler
b) Graphiker
c) Bildhauer
d) Gebrauchsgraphiker
e) Architekten
f) Raumgestalter
g) Fotografen
h) Filmer
i) Bühnenbildner
k) Schriftgraphiker
l) Typographen
m) Textildrucker
n) Weber
o) Formgeber
p) Goldschmiede
q) Keramiker

... in einer kritischen Gegenöffentlichkeit, um entsprechend dem Diskussionsergebnis, die Arbeit in der jeweiligen Abteilung umfunktionieren zu können.

III)e) Fachrichtung Architektur

A.1 Die historische Funktion des Architekten in der Gesellschaft.

A.2 Die gegenwärtige Funktion des Architekten in der Gesellschaft.

A.3 Über die Bedeutung der Umweltgestaltung für das Verhalten der Gesellschaft.

A.4 Die Entwicklung der Umwelt in Abhängigkeit zur ökonomischen Basis.

A.5 Über die gegenwärtige Ausbildungsmethodik in der Abteilung Architektur der HBK-Hamburg.

B.1 Über den Widerspruch zwischen den objektiven Interessen der Gesellschaft und den subjektiven Interessen einer kleinen herrschenden Minderheit.

B.2 Über den Widerspruch zwischen den Erkenntnissen der Wissenschaft und der gebauten Umwelt.

B.3 Über den Widerspruch zwischen den technischen Möglichkeiten und der gebauten Umwelt.

B.4 Über den Widerspruch zwischen der Bevölkerungszunahme einerseits und der Eigenheimideologie andererseits.

B.5 Über den Widerspruch zwischen den objektiven Aufgaben des Architekten in der Gesellschaft und seiner immer währenden Prostitution im Interesse einer herrschenden Minderheit.

B.6 Über den Widerspruch zwischen den objektiven Aufgaben des Architekten in der Gesellschaft und seiner Ausbildung an der HBK-Hamburg.

C.1 Über die Notwendigkeit, das Studium in der Architekturabteilung der HBK-Hamburg umzufunktionieren.

C.2 Über die generelle Organisation der Architekturabteilung der HBK-Hamburg.

C.3 Über die Notwendigkeiteines flexiblen Organisationsschema

C.4 Über die Notwendigkeit einer vorbereitenden Ausbildung, i Hinblick auf eine spätere wissenschaftliche Arbeitsweise, in der organisierten Form einer Unterstufe.

C.5 Über die Notwendigkeit, folgende Grundlagen und Themen zu vermitteln und zu behandeln ...

a) Praktische Arbeitsgrundlagen
b) Theoretische Arbeitsgrundlagen
c) Arbeitsmethodik
d) Forschungsmethodik
e) Kommunikationstechnik
f) Logik
g) Kontakte zu Nachbardiziplinen aufnehmen und ausbauen.
h) Gesellschaftskritik
i) Tagespolitik

C.6 Über die notwendigen Räumlichkeiten in der Unterstufe.

C.7 Über die notwendigen technischen Einrichtungen in der Unterstufe.

C.8 Über die Notwendigkeit, die Studiendauer in der Unterstufe neu zu regeln.

C.9 Über die Funktion der Dozenten in der Unterstufe.

C.1o Über die Notwendigkeit einer wissenschaftsbezogenen Arbeitsweise in der organisierten Form einer Oberstufe.

C.11 Über die Notwendigkeit, die Analyse oder die Hypothese als die Grundlage jeglicher Arbeit zu betrachten.

C.12 Über die Notwendigkeit des experimentellen Arbeitens in der Oberstufe.

C.13 Über die Notwendigkeit, die Studiendauer in der Oberstufe neu zu regeln.

C.14 Über notwendige Räumlichkeiten in der Oberstufe.

C.15 Über notwendige technische Einrichtungen in der Oberstufe

C.16 Über die Funktion der Dozenten in der Oberstufe.

C.17 Über die Notwendigkeit, Gastdozenten und Referenten einzuladen.

C.18 Über die Notwendigkeit einer Öffentlichkeitsarbeit.

C.19 Über die Notwendigkeit, folgende Verfahren neu zu regeln...

a) Aufnahmeverfahren
b) Prüfungsverfahren
c) Ausschluszverfahren für Studenten
d) Berufungsverfahren für Dozenten
e) Ausschluszverfahren für Dozenten
f) Berufungsverfahren für Assistenten
g) Ausschluszverfahren für Assistenten

D.1 Vorschlag zur Umfunktionierung der Architekturabteilung der HBK-Hamburg auf der Grundlage der gegebenen Situation unter Berücksichtigung der unter A - C entwickelten Ergebnisse.

Verantwortlich: Uwe Kutzner, 2ooo HH 6, Weidenallee 23
Druck : Eigendruck

Mai 1968:
Während der Aktionen gegen die Notstandsgesetze bildet sich, laut MLPD (2) in Bochum ab Mai das Komitee Sozialistischer Arbeiter und Studenten. Die Gruppe konzentriert sich in der Folge auf die Betriebe im IGM-Bereich, Krupp Bochumer Verein, Opel Bochum und Henrichshütte Hattingen. Die stärkste Gruppe (Bochumer Verein) nennt sich Betriebsgruppe 1 (B1). Sie gibt die 'Bochumer Arbeiter Zeitung' heraus.
Q: MLPD-ZK: Geschichte der MLPD, I.Teil, Stuttgart 1985, S. 125

Mai 1968:
Vermutlich im Mai finden bei Opel Bochum die Betriebsratswahlen (BRW) statt. Laut KPD/ML-ZB "hatten schon 1968 bei den Opelwerken in Bochum fortschrittliche Kollegen eine Oppositionsliste aufgestellt, die auf Anhieb 45% der Stimmen erhalten hatte" (vgl. Apr. 1968).

Laut Erwin Bawulski ziehen Rudi Wischnewski, Piotrowski und Markgraf in den Betriebsrat ein.

Die Rote Opel-Betriebsgruppe (RBG) der KPD/ML-ZK berichtet (vgl. 15.4.1970):"
Auch bei Opel wurde vor zwei Jahren der Versuch unternommen, eine Gegenliste aufzustellen. Wir erinnern uns vielleicht noch, wie der bestehende Betriebsrat daraufhin die Kandidaten der Gegenliste so lange 'bearbeitete', bis von den ursprünglich acht Kandidaten nur noch drei ihre Kandidatur aufrechterhielten.

Aus dem Wahlergebnis kann man ablesen, da` die Belegschaft mit dem alten Betriebsrat sehr unzufrieden war. Damals erhielt die Liste der IG Metall 6 725 Stimmen gleich 19 Sitze, die Arbeitervorschlagsliste: 3 145 Stimmen gleich 3 Sitze."

Auf der Arbeitervorschlagsliste kandidiert Rudi Wischnewski, der in den Betriebsrat einzieht.
Q: Zündkerze Nr. 2, Bochum 1970, S. 4; Roter Kadett Nr. 4 und Extrablatt, Bochum Apr. 1970 bzw. Sept. 1972, S. 6 bzw. S.1f;Rote Fahne Nr. 6, Bochum 20.3.1972, S. 5;Erwin Bawulski: Die Septemberstreiks 1969 und ihre Folgen unter besonderer Berücksichtigung der Adam Opel AG in Bochum, Dortmund 1974

Mai 1968:
Im SDS Bochum wird von der Schülerarbeit (vgl. Apr. 1969) berichtet:"
Während der Notstandsaktionen im SS 68 waren kurzfristig ohne weitere Konsequenzen ca. 2 000 Schüler mobilisiert worden."
Q: N.N.: Protokoll des SDS-Seminars vom 19.9.69, o.O. (Bochum) O. J. (1969), S. 1

Mai 1968:
In Dortmund will die NPD, laut Demokratischer Aktion, einen Tag der NPD durchführen, wogegen die Demokratische Aktion gegen den Nazismus eine mächtige Demonstration durchgeführt habe.
Q: Demokratische Aktion gegen Neonazismus: Protest und Kampfbereitschaft gegen Thadden-Kundgebung, Dortmund 5.9.1969, S. 1

01.05.1968:
In Schweden beteiligen sich an den Demonstrationen der KFML, nach eigenen Angaben, in Malmö, Örebrö, Göteborg, Stockholm und Lulea zusammen über 6 000 Personen.
Q: KPD/ML-KV München: Parteiaufbau-Schulung-Klassenanalyse Eine Stellungnahme der KFML, o.O. O. J.

01.05.1968:
In Heidelberg erscheint ein Flugblatt "An die Teilnehmer der Kundgebung zum 1. Mai in Heidelberg", das unterzeichnet ist vom Landesbezirksjugendleiter der HBV, den Jugendleitern von IG Druck und Papier, IGM und ÖTV, dem stellvertretenden Jugendleiter der ÖTV, dem AStA-Vorsitzenden der Universität, dem Gewerkschaftlichen Arbeitskreis Heidelberg (GAG), Vertretern von SHB und SDS sowie der spanischen Arbeiter. Gefordert wird, dass der DGB die spanischen Arbeiter auf der Kundgebung reden lassen solle.

Die Rede lag uns auch als Flugblatt vor, das vermutlich ebenfalls am 1. Mai verbreitet wurde.
Q: Holl, H.-D. u.a.: An die Teilnehmer der Kundgebung zum 1. Mai in Heidelberg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1.5.1968); N. N.: Rede der spanischen Arbeiter, O. O. (Heidelberg) O. J. (1.5.1968)

An die Teilnehmer der Kundgebung zum 1. Mai in Heidelberg

Am 30.4., dem Vorabend des 1. Mai, trafen sich Studenten und die Gewerkschaftsjugend des DGB zu einem Gespräch über gemeinsame Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Der Beschluß des DGB, auf der Kundgebung zum 1. Mai keine Studenten sprechen zu lassen, die darauffolgende Zurücknahme einer Vereinbarung, einen Vertreter der Studentenschaft sprechen zu lassen und die Verweigerung, einen Vertreter der spanischen Arbeiter reden zu lassen, veranlassten die Versammelten zur Verabschiedung der folgenden Resolution. Die Versammelten verfaßten diese Resolution in persönlicher politischer Verantwortung und nicht als Vorsitzende oder Vertreter ihrer Organisation .

1. Die Versammelten weisen den Beschluß des DGB-BV zurück, keine Studenten auf den Kundgebungen des 1. Mai sprechen zu lassen. Sie sind der Meinung, daß der DGB damit den Vorurteilen der öffentlichen Meinung nachgibt, die von der Springer-Presse dund von den Vertretern der herrschenden Parteien in undemokratischer Weise geschaffen wurde. Besonders die Arbeitgeber haben ein Interesse, die Solidarisierung von Arbeitern und Studenten zu verhindern. Das Deutsche Industrieinstitut hatte einen Appell an die Gewerkschaften gerichtet, gemeinsam mit den Arbeitgebern zu verhindern, daß die Studenten und die Arbeiter zusammenfinden.

2. Wir bedauern, daß der DGB Heidelberg den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes hingenommen hat, obwohl vorher vereinbart worden war, daß ein studentischer Vertreter eine Solidaritätserklärung verlesen dürfe.

3. Wir haben kein Verständnis dafür, daß nun auch die spanischen Arbeiter nicht sprechen dürfen. Diese Maßnahme erinnert an die Situation in Spanien selbsts, wo den Arbeitern keinerlei Möglichkeit gegeben ist, ihre Interessen öffentlich zu vertreten. In Spanien kämpfen Studenten ubd Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus .

Der 1. Mai war stets ein Kampftag der internationalen Solidarität der Arbeiter in aller Welt. Die Tatsachen, daß ausländische Arbeiter am 1. Mai nicht sprechen dürfen verrät die Interessen der Arbeiter und die Traditionen ihres gemeinsamen Kampfes.

4. Wir fordern deshalb, daß der Beschluß des DGB Heidelberg auf der Kundgebung selbst aufgehoben wird, und einem Vertreter der spanischen Arbeiter das Wort erteilt wird. Wir fordern, daß einem Studenten Gelegenheit gegeben wird, die Solidaritätserklärung der Studenten selbst zu verlesen.
Wir erwarten von der Vessammlungsleitung, in ihrer Begründung die Entscheidung über unsere Forderung mitzuteilen.
Sollten unsere Forderungen abgelehnt werden, so werden wir in schweigendem Protest den Saal verlassen. Wir fordern die Anwesenden auf, unserem Beispiel gegebenenfalls zu folgen.
Wir werden anschließend eine Versammlung in der Universität abhalten und über die Situation diskutieren.

Hans-Dieter Holl (Landesbezirksjugendleiter HBV)
Christel Reis (Jugendleiterin IG Druck und Papier)
Hans Schindler (Jugendleiter IG Metall)
Raimund Huber (Stellvertretender Jugendleiter ÖTV)
Gerd-Holger Schmalz (Jugendleiter ÖTV)
Meinhard Schröder (ASTA - Vorsitzender)
Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Heidelberg (GAG)
Hans-Gerhard Schmierer (SDS-Vorstand)
Fernando Gomez (im Namen der spanischen Arbeiter)
Axel Hodok (SHB)

Lassen wir uns nicht länger voneinander isolieren!
Wir werden weiter für eine demokratische Universität kämpfen, denn nur sie bietet die Garantie dafür, daß das faktische Bildungsmonopol der bürgerlichen Klasse abgeschafft wird, daß also endlich mehr als nur 5 % Arbeiterkinder an deutschen Universitäten studieren können.

Wir unterstützen gleichzeitig die Forderung der Arbeiter nach Mitbestimmung, denn nur so kann die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet werden.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen am 11. Mai am Sternmarsch der Notstandsgegner teilnehmen, denn nur der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Studenten kann die Verabschiedung der Notstandsgesetze verhindern!

gez. Meinhard Schröder
(1. AStA-Vorsitzender)

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! Das Recht wie Glut im Kraterherde nun mit Macht zum Durchbruch dringt. Reinen Tisch macht mit dem Bedränger! Heer der Sklaven, wache auf! Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger, alles zu werden, strömt zuhauf! Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht! Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun! Leeres Wort: des Armen Rechte! Leeres Wort: des Reichen Pflicht! Unmündig nennt man uns und Knechte, duldet die Schmach nun länger nicht! /: Völker, hört ... :/

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n. Die Müßiggänger schiebt beiseite! Diese Welt muß unser sein; unser Blut sei nicht mehr der Raben und der nächt'gen Geier Fraß! Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß! /:Völker, hört ... :/

An diesem 1. Mai, dem Kampftag des Weltproletariats,diesem Wahrzeichen der heroischen Geschichte der Arbeiterklasse,bekräftigen wir unseren unerschütterlichen Willen, den Kampf fortzusetzen bis zur vollständigen Befreiung unserer Klasse. Wir bekunden mit Nachdruck und voller Bewunderung unsere Solidarität mit dem heldenhaften Kampf der Arbeiter und Bauern Vietnams,d Führer unserer Arbeiterkommissionen in Spanien und aller fortschrittlich Kräfte der Welt.An diesem 1. Mai bitten wir Euch, deutsche Kollegen, erne um Eure Solidarität für das spanische Volk, das vor der schweren Aufgabe ein Land zu schaffen, in dem jeder Spanier frei leben kann.

Die Führer unserer Arbeiterkommissionen , der demokratischen Studentengew schaft. und der Bauernbewegung werden verfolgt, weil sie selbstlos die In essen und Anliegen des Volkes und der Jugend verteidigen. Das gleiche Sc sal erfahren Intellektuelle und fortschrittliche Demokraten. Die Presse, die es wagt, abweichende Meinungen zu veröffentlichen, wird verboten und mit skandalösen Geldstrafen belegt; hinzu kommt heute die Drohung durch d Gesetz. zum Schutze von Staatsgeheimnissen.

Jeder denkende Spanier sollte den Beweis für die Redlichkeit unserer Bemü ung darin sehen, daß die Arbeiterkommissionen in aller Öffentlichkeit arbeiten wollen,daß sie sich nicht zum Komplott, zur Verschwörung abstempeln lassen. Ein Land kann sich ja nur dann fortschrittlich entwickeln wenn es nicht in Ketten liegt und zum Schweigen verurteilt ist, wenn es nicht zur Verschwörung gezwungen ist, sondern wenn die verschiedenen Strömungen und Interessen sich in voller Öffentlichkeit kundtun können.

Und was tut eine bewußte Arbeiterschaft ? Sie verteidigt ihre Führer und kämpft für deren Befreiung aus den Gefängnissen.Sie tut das aus Solidarit weil sie weiß, daß jeder Schlag gegen ihre Führer auch ein Schlag gegen d arbeitenden Massen ist. Denn man will ihnen die Kraft nehmen, gegen die Ausbeutung Widerstand zu leisten und neue Forderungen durchzusetzen.

01.05.1968:
In Heidelberg wird erscheint ein Flugblatt "Grußadresse des Heidelberger AStA", das sich an die Teilnehmer der DGB-Kundgebung richtet und ankündigt, dass die Studenten der Universität gemeinsam am 11.5.1968 mit den Arbeitern gegen die Notstandsgesetze (NSG) demonstrieren wollen.

Abgedruckt wird der Text der "Internationale".
Q: Grußadresse des Heidelberger AStA, O. O. (Heidelberg) O. J. (1.5.1968)

Grußadresse des Heidelberger AStA

zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse

Zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse möchte ich Ihnen die solidarischen Grüße der Heidelberger Studenten überbringen.

In der deutschen Geschichte standen sich Arbeiterschaft und Studentenschaft als zwei getrennte Welten gegenüber. Nachdem der Kapp-Putsch von den Arbeitern abgewehrt worden war, erschossen im März 1920 bei Mechterstädt Mitglieder eines Studentencorps 15 Proletarier; sie wurden von einem bürgerlichen Gericht freigesprochen.

Studium war und ist das Privileg der herrschenden bürgerlichen Klasse und der Weg zu den Positionen, durch die Herrschaft ausgeübt wird.

Aber in den letzten Jahren hat sich an den Universitäten einiges geändert:

Die Studenten begannen, sich kritisch mit den Verhältnissen an ihren Arbeitsplätzen auseinanderzusetzen, mit den feudalen Zuständen in der Universität. Sie erhoben die Forderung nach Hochschulreform, nach Mitbestimmung.

Sie begannen, eine eigentlich selbstverständliche Sache ernstzunehmen: daß Wissenschaft den Menschen zu dienen habe. Sie forderten daher nicht nur eine politische Verantwortung, sondern praktizierten sie auch, obwohl sie ihnen heute von Gerichten entzogen werden soll.

Die Studenten lernten, daß ihr Kampf für die Demokratisierung der Universität nicht unabhängig geführt werden kann vom Kampf für die Demokratisierung in den Betrieben und in der ganzen Gesellschaft.

Deshalb schließen sich die Studenten der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung in den Betrieben und dem Kampf gegen die Notstandsgesetze an, die unmittelbar Freiheiten und Interessen der Arbeiter gefährden; deshalb haben Studenten Ostern gezeigt, daß sie einer weiteren Aushöhlung der Demokratie durch den Springer-Konzern nicht tatenlos zusehen oder sich mit verbalen Protesten begnügen werden.

Die Studenten haben aber auch am 2. Juni 1967 durch einen Toten erfahren, daß sie dem Bündnis von staatlicher und universitärer Bürokratie nicht allein entgegentreten können, daß sie von der staatlichen Gewalt geschlagen werden, wenn sie isoliert bleiben.

Es liegt im Interesse der Herrschenden, die kritischen Erkenntnisse der Studenten über diese Gesellschaft fernzuhalten von den arbeitenden Massen und die arbeitenden Massen fernzuhalten von der Erkenntnis ihrer Lage. Deshalb werden Studenten und Arbeiter gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt. Das deutsche Industrieinstitut zeigte in der vergangenen Woche seine Angst vor Gesprächen der radikalen Studenten in den Betrieben und forderte Unternehmer und Gewerkschaften zur gemeinsamen Abwehr auf. Umso mehr bedauern wir den Entschluß des DGB, keine studentischen Redner auf den 1. Mai-Kundgebungen zuzulassen und dem Sternmarsch der Notstandsgegner auf Bonn am 11. Mai fernzubleiben.

Lassen wir uns nicht länger voneinander isolieren!
Wir werden weiter für eine demokratische Universität kämpfen, denn nur sie bietet die Garantie dafür, daß das faktische Bildungsmonopol der bürgerlichen Klasse abgeschafft wird, daß also endlich mehr als nur 5 % Arbeiterkinder an deutschen Universitäten studieren können.

Wir unterstützen gleichzeitig die Forderung der Arbeiter nach Mitbestimmung, denn nur so kann die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet werden.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen am 11. Mai am Sternmarsch der Notstandsgegner teilnehmen, denn nur der gemeinsame Kampf von Arbeitern und Studenten kann die Verabschiedung der Notstandsgesetze verhindern!

gez. Meinhard Schröder
(1. AStA-Vorsitzender)

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! Das Recht wie Glut im Kraterherde nun mit Macht zum Durchbruch dringt. Reinen Tisch macht mit dem Bedränger! Heer der Sklaven, wache auf! Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger, alles zu werden, strömt zuhauf! Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht! Völker, hört die Signale! Auf, zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun! Leeres Wort: des Armen Rechte! Leeres Wort: des Reichen Pflicht! Unmündig nennt man uns und Knechte, duldet die Schmach nun länger nicht! /: Völker, hört ... :/

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n. Die Müßiggänger schiebt beiseite! Diese Welt muß unser sein; unser Blut sei nicht mehr der Raben und der nächt'gen Geier Fraß! Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß! /:Völker, hört ... :/

01.05.1968:
Laut 'Roter Morgen' demonstrieren "mit einem eigenen Marschblock in Mannheim revolutionäre Arbeiter und Studenten zur Mai-Kundgebung des DGB. Dutzende rote Fahnen wurden im Zug mitgeführt. … Als der Zug den Kundgebungsplatz erreichte, bildeten die dort bereits versammelten Arbeiter Spalier und stimmten in die Internationale ein".
Q: Roter Morgen, Hamburg Mai 1968, S. 7

01.05.1968:
Laut 'Roter Morgen' nehmen in München "mehr als 30 000 Menschen an der Kundgebung des DGB teil. Es wurden Bilder von Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung, Ho Tschi-minh und Rudi Dutschke mitgeführt." Laut MSB Spartakus beteiligen sich auch Studenten. Laut AB führen bereits die Arbeiterbasisgruppen (ABG) erste Aktionen zum 1. Mai durch, gegründet werden sie allerdings erst am 5.6.1968.
Q: Roter Morgen, Hamburg Mai 1968, S. 7; Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 36, München Juni 1973, S. 6;MSB-Spartakus: 500 Jahre Klassenuniversität München - 500 Jahre Kampf gegen die Reaktion, München O. J., S. 79

01.05.1968:
In Berlin erscheint das Flugblatt 'Außerparlamentarische Opposition Extra' Nr. 7 (vgl. 16.12.1967) unter der Überschrift "Ausgerechnet in Westberlin eine oppositionelle Mai-Kundgebung?".
Q: Außerparlamentarische Opposition Extra Nr. 7, Berlin 1. Mai 1968

Außerparlamentarische
OPPOSITION
EXTRA
Flugblatt Nr. 7
1. Mai 1968
Ausgerechnet in Westberlin eine oppositionelle Mai-Kundgebung?

Wir demonstrieren am 1. Mai:

- **Für eine demokratische, für eine sozialistische Alternative in Westberlin, denn das System der privaten Konzerne und Spekulanten hat hier eher als anderswo sein Unvermögen bewiesen, die Lebensfähigkeit der Gesellschaft zu sichern.**

- **Gegen den weiteren Mißbrauch Westberlins im Rahmen der Bonner Politik.**

- **Für normale Beziehungen Westberlins mit der DDR. Für die dadurch mögliche Herstellung eines normalen Reiseverkehrs der Westberliner in das Gebiet der DDR.**

- **Für wirtschaftliche Kooperation mit West u n d Ost.**

- **Für eine Garantie der Sicherheit Westberlins durch die beiden deutschen Staaten, die vier Siegermächte und die UNO.**

- **Für eine qualifizierte Mitbestimmung der Betriebsräte. Sie soll sicherstellen:**
  Daß ein genügend großer Anteil der Unternehmergewinne für den Ausbau und die Modernisierung der Westberliner Betriebe verwandt wird. Daß kein in Westberlin erwirtschaftetes Kapital die Stadt verläßt. Daß die staatlichen Vergünstigungen nur der Industrie in Westberlin zugute kommen und nicht durch Spekulationskanäle abfließen. Daß die Produktionseinrichtungen in Westberlin auf den modernsten Weltstandard gebracht werden. Daß keine Betriebsanlagen und Fertigungszweige nach dem Westen verlagert werden.
  Kurzum: Die Westberliner Arbeitnehmer sollen durch ihre Betriebsräte selbst dafür sorgen, daß ihre Arbeitsplätze in dieser Stadt gesichert werden. Damit werden sie den ersten großen Schritt zu ihrer Selbstbestimmung tun.

- **Für den Aufbau einer modernen Wachstumsindustrie in Gemeineigentum. Hierfür soll ein wachsender Anteil der staatlichen Subventionen eingesetzt werden.**

- **Für eine strenge Staatskontrolle aller Wohnungsmieten. Für eine staatliche Festsetzung aller Mieten. Gegen die Einführung des „Weißen Kreises".**

- **Für die Enteignung des Springer-Konzerns. Für eine volle öffentliche Kontrolle aller Westberliner Rundfunk- und Fernsehsender.**

Beginnen wir die allgemeine, öffentliche Diskussion darüber, ob das jetzige Parteiensystem und der in Westberlin praktizierte Parlamentarismus noch einer demokratischen Willensbildung gerecht werden können.

Mittwoch, 1. Mai, 9.30 Uhr
Beginn der Demonstration:
KARL-MARX-PLATZ
(Neukölln, U-Bahnhof Karl-Marx-Straße)
Abschlußkundgebung gegen 11 Uhr:
HOHENSTAUFENPLATZ
(Kreuzberg, am Kottbusser Damm)

Regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition erhalten Sie durch den zweimal wöchentlich erscheinenden „Berliner EXTRA-Dienst" über seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon: 883 40 74. Verantwortl.: Carl L. Guggomos

01.05.1968:
In Berlin wird, laut einer handschriftlichen Datierung heute, der Handzettel "Knock-out" der Gruppe Faust I verteilt, welches fordert: "Linke raus - Rechte rein!".
Q: Faust I: Knock-out, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

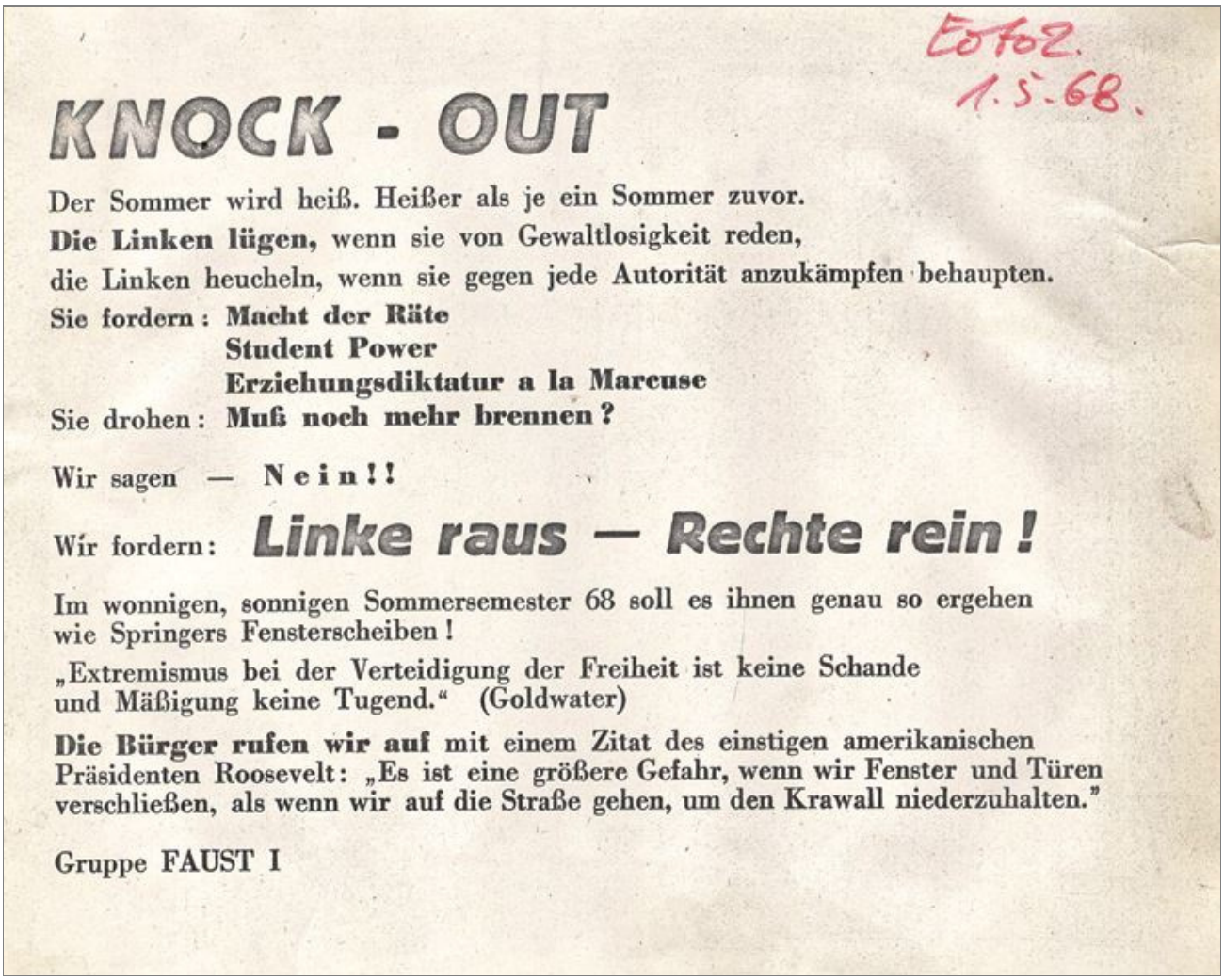


Foto 2.
1.5.68.

KNOCK - OUT

Der Sommer wird heiß. Heißer als je ein Sommer zuvor.
Die Linken lügen, wenn sie von Gewaltlosigkeit reden,
die Linken heucheln, wenn sie gegen jede Autorität anzukämpfen behaupten.
Sie fordern: **Macht der Räte**
Student Power
Erziehungsdiktatur a la Marcuse
Sie drohen: **Muß noch mehr brennen?**

Wir sagen — **N e i n ! !**

Wir fordern: **Linke raus — Rechte rein!**

Im wonnigen, sonnigen Sommersemester 68 soll es ihnen genau so ergehen wie Springers Fensterscheiben!

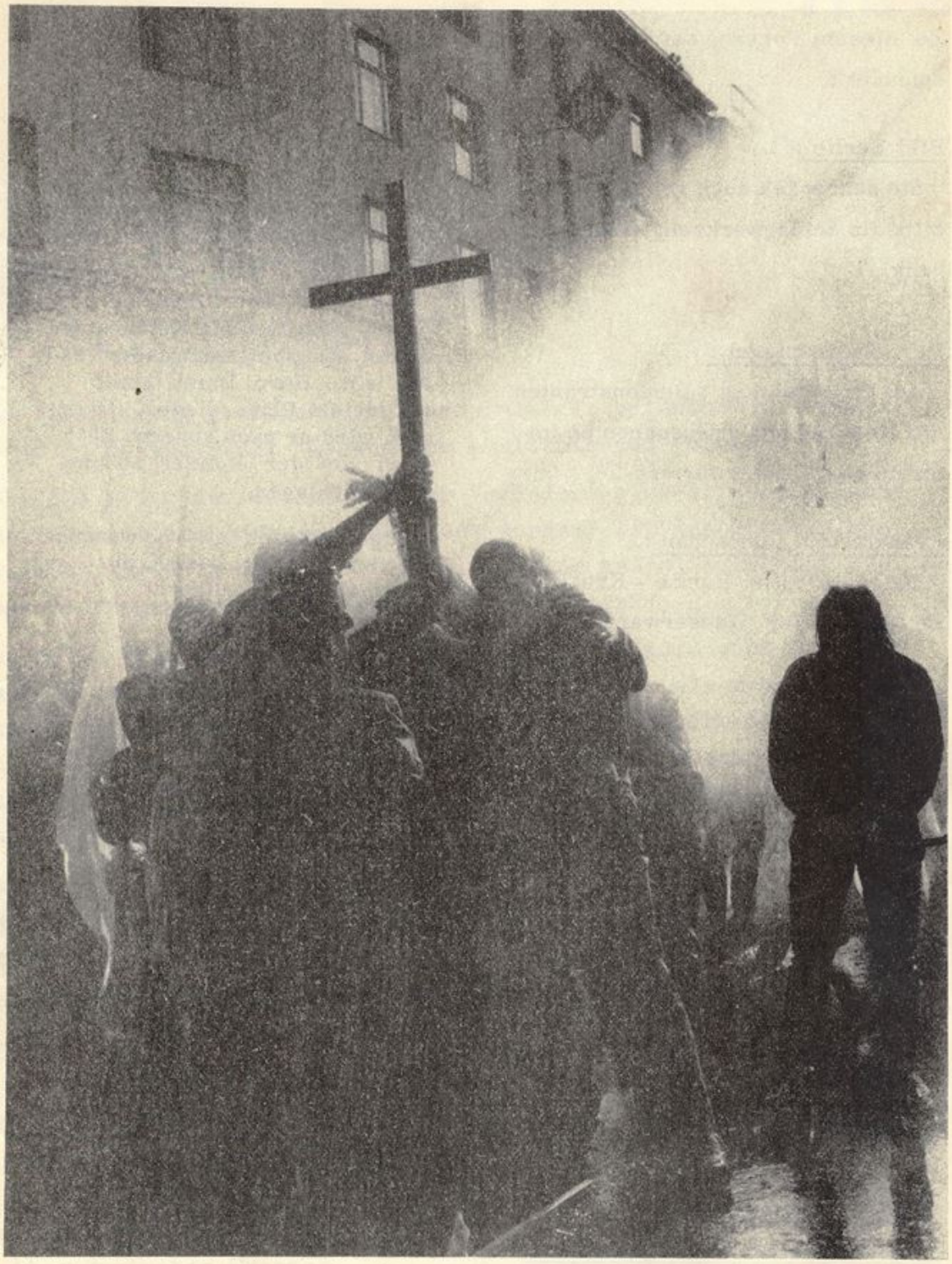
„Extremismus bei der Verteidigung der Freiheit ist keine Schande und Mäßigung keine Tugend." (Goldwater)

Die Bürger rufen wir auf mit einem Zitat des einstigen amerikanischen Präsidenten Roosevelt: „Es ist eine größere Gefahr, wenn wir Fenster und Türen verschließen, als wenn wir auf die Straße gehen, um den Krawall niederzuhalten."

Gruppe FAUST I

01.05.1968:
In Berlin rief die Arbeitsgruppe Politische Aufklärung und gewaltlose Aktion mit einem Flugblatt "Schauen Sie auf dieses Bild - Was sehen Sie?", welches das Kreuz von der Demonstration am Ostersonntag zeigt, auf zur Maifeier in der Hasenheide am 30.4.1968 und zur Demonstration am 1. Mai ab Karl-Marx-Platz.
Q: Arbeitsgruppe Politische Aufklärung und gewaltlose Aktion: Schauen Sie auf dieses Bild - Was sehen Sie?, Berlin O. J. (1968)

1.5.68



Schauen Sie auf dieses
Bild – Was sehen Sie ?

Zu diesem Vorgang auf dem Foto schreibt :

Bild Berlin :

" Sie schrecken auch vor dem Kruzifix als Schlagwerkzeug nicht zurück. "

Der Tagesspiegel :

" Am Ostersonntag : Demonstranten mit Kreuzen und Transparenten im Strahl des Wasserwerfers. "

Frankfurter Rundschau :

" Ostern 1968 in Berlin - Kruzifix im Strahl der Wasserwerfer. "

Merken Sie was ?
Haben diese Zeitungen alle recht ?
Wurde hier das Kreuz als Schlagwerkzeug benutzt ?

Betrachten Sie das Foto noch einmal !

Tatsachenbericht :

Ein Christ unserer Stadt, Hans-Martin Barth, der im Sinne Martin Luther Kings gewaltlos demonstriert, trägt am Ostersonntag inmitten von Demonstranten ein selbstgezimmertes Kreuz.

Die Polizei setzt vor dem Cafe - Kranzler am Kurfürstendamm Knüppel und Wasserwerfer ein. Herr Barth kniet auf freiem Platz nieder. Trotzdem wird er nach kurzem Zögern von der Polizei zusammengeschlagen.

Einige scharen sich schützend um ihn und um das Kreuz und halten es aufrecht.

Urteilen Sie selbst !

Welche unserer Zeitungen verfälscht hier die Wahrheit ?
Warum tat sie das ?
Wer soll hier aufgehetzt werden und gegen wen ?

Liebe Mitbürger, liebe Bildleser!
Achten Sie in Zukunft auf Verfälschungen in der Springerpresse (Bild, BZ, Morgenpost, Welt, u. a.) - falls Sie diese Zeitungen immer noch kaufen wollen !

Kommen Sie zu den Maifeiern am 30. April 1968 um 18 Uhr in die Hasenheide / Neue Welt und am 1. Mai 1968 um 10 Uhr zur Kundgebung und Demonstration ab Karl-Marx-Platz in Neukölln !

Hrsg.: Arbeitsgruppe "Politische Aufklärung und gewaltlose Aktion"
Verantwortlich : Gerd-Peter Mix, 1/ 45, Kyllmannstr. 22

01.05.1968:
In Berlin rief die Basisgruppe Kreuzberg mit einem Flugblatt "Am 1. Mai in die Deutschlandhalle auf zur Diskussion über die seit einem Jahr demonstrierenden Studenten, Arbeiter und Schüler.
Q: Basisgruppe Kreuzberg: Am 1. Mai in die Deutschlandhalle, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

AM 1. MAI IN DIE DEUTSCHLANDHALLE

Seit einem Jahr demonstrieren Studenten, Arbeiter und Schüler in Westberlin und anderswo.

Seit einem Jahr bezeichnet man sie deshalb als Krawallmacher und Randalierer.

WARUM? weil es e i n f a c h e r ist, uns als Krawallmacher zu beschimpfen, als unsere Argumente zu widerlegen!

Denn das sind die TATSACHEN

- Kein Neuaufbau moderner Industrie seit Jahren
- Auflösung von Betrieben, ihre Verlegung oder Teilverlegung in die Bundesrepublik, so z. B.: AEG und Telefunken, Pintsch-Bamag, Riedel de Haen, Arendt Junge Mode usw. usf.
- Abwanderung von jungen Arbeitskräften nach Westdeutschland
- 1966: Mieterhöhung - Juli 1968: weitere Mieterhöhungen - 1970: Berlin: Weißer Kreis
- Geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Verteuerung von Gas, Strom, Lebensmitteln und Fahrpreisen
- Erhöhung der Sozialbeiträge - geht zu Lasten der Arbeiter und Angestellten

Das ist die "Politik" des Senats von Berlin.
Das ist aber keine Politik für die Berliner Bevölkerung!

Wessen Interessen vertritt also der Senat?

Wessen Interessen vertritt Axel C. S p r i n g e r, wenn er s t r e i k e n d e A r b e i t e r, Angestellte und Gewerkschaftler als "unverantwortliche Elemente" bezeichnet?

Über diese Fragen wollen wir* mit Ihnen diskutieren!

AM 1. MAI IN DER DEUTSCHLANDHALLE

* Aktionskomitee der Schüler, Arbeiter und Studenten
---Basisgruppe Kreuzberg---

01.05.1968:
Auf der Mai-Demonstration des Sozialistischen Mai-Komitees 1968 Westberlin sprechen u.a. auf der Abschlußkundgebung: Giacomo Feltrinelli (Mailand), Bernd Rabehl (SDS), Heinz Beinert (Falken). Getragen wird die Demonstration u.a. auch von der Basisgruppe Spandau. Der 'Rote Morgen' berichtet:" Während sich vor dem alten Reichstag Ausbeuter und Ausgebeutete zu einer regierungsoffiziellen Mai-Feier vereinten, demonstrierten mehr als 30 000 Menschen mit hundert roten Fahnen sowie Bildern von Lenin und Mao Tsetung durch die Straßen der Arbeiterviertel Neukölln und Kreuzberg. Immer wieder stimmten die Zehntausende die Internationale an."

Auch laut deutscher Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale, beteiligen sich 30 000 an der Demonstration des durch die eigenen Initiative gebildeten Sozialistischen Maikomitees 1968. Alle drei Gewerkschaftsredner seien von der Sektion gestellt worden. Das Maikomitee ging dann in ein APO-ZK auf.

Von den SJD Die Falken wird der Text der 'Internationale' verbreitet.
*Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief Nr. 5, o.O. Nov. 1968; KPD-ZK: Vorwärts im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten, Köln 1975, S. 233;Roter Morgen, Hamburg Mai 1968, S. 7;Berliner Extra Dienst Nr. 35, Berlin ***1968, S. 1;Der lange Marsch Nr. 11, Berlin 1974, S. 14;N. N. (SJD): Die Internationale, O. O. (Berlin) o. J. (1968)*

1.5.68 EOF2

DIE INTERNATIONALE

Antiautoritär, wie sie ist, hat die Außerparlamentarische Opposition in den letzten Wochen eine Fülle von Versionen der "Internationale" in Umlauf gesetzt. Trotz aller Hochachtung vor so viel Spontaneität geben wir Euch folgende "autorisierte" Fassung zur Kenntnis:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht, wie Glut im Kraterherde,
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger,
Heer der Sklaven, wachet auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
Alles zu werden, strömt zu Hauf!

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun.
Leeres Wort: der Armen Rechte.
Leeres Wort: der Reichen Pflicht.
Unmündig nennt man uns und Knechte.
Duldet die Schmach nun länger nicht!

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite,
diese Welt muß unser sein!
Unser Blut sei nicht der Raben
und der mächt'gen Geier Fraß:
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß.

Wer in Zukunft Einladungen der Außerparlamentarischen Opposition bekommen möchte, schicke den Abschnitt an:
Die Falken, 1 Berlin 65, Müllerstr. 32

.....

Name:..... Beruf:.....

Adresse:..... Betrieb:.....

01.05.1968:
In Berlin verteilt das Sozialistische Maikomitee Friedenau vermutlich heute seinen 'Kommentar zu BZ & Bild Zeitung von Dienstag, den 30. April 1968' (vgl. 30.4.1968, 4.5.1968) als Flugblatt.
Q: Sozialistisches Maikomitee Friedenau: Kommentar zu BZ & Bild Zeitung von Dienstag, den 30. April 1968, Berlin O. J. (1968)

KOMMENTAR zu

B.Z.

vom
Dienstag, den
30. April 1968

BILD ZEITUNG

Seite 1: "Wir werden mit allem fertig!"

"Wir werden mit allem fertig!" So prahlt die BZ. Erstens: Wer ist hier eigentlich "wir"? Die arbeitende Bevölkerung Westberlins? Die weder Stimme im Senat noch Mitbestimmung im Betrieb hat? Wer ist also "wir"? "Wir", das sind die Unternehmer, ihre Interessenvertretung, der Senat und ihre Erfüllungsgehilfen, die Gewerkschaftsbonzen Sickert und Co. Sickert Schütz und die Unternehmer warten auf Euch. Mit Sonderbussen und Blasmusik. Was haben sie Euch außerdem zu bieten? Womit werden sie, die sich unverschämterweise "wir" nennen, eigentlich fertig? Mit der Kapitalflucht? Mit der Verlagerung ganzer Betriebe? Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit? Mit der Erhaltung des gegewärtigen Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung (Löhne)? Mit den großen Mieterhöhungen(Weißer Kreis!)? Werden sie damit fertig? Seit Jahren werden sie damit nicht fertig. Und sie werden euch in Zukunft damit nicht fertig! Sonderbusse und Blasmusik bieten sie an! Den Kampftag der Arbeiter machen sie zum Feiertag der Unternehmer! W a r u m ? Weil sie Angst haben. Sie haben Angst, daß Ihr nicht kommt - zur Unternehmermaifeier. Sie haben Angst, daß Ihr wie die Studenten für Eure Rechte auf die Straße geht. Daß Ihr streikt. Daß Ihr verändert, daß Eure Betriebe stillgelegt werden.

Bei der Maifeier des Unternehmeragenten Sickert gibt es unter anderem: Zur Eröffnung Pauken und Trompeten. Danach Ansprachen. Hinterher Knabenchor. Wieder Ansprachen. Und zum Schluß: Geläut der Freiheitsglocke. Diesen Klimbim können wir Euch nicht bieten!

HEUTE 18 Uhr - NEUE WELT - Hasenheide

MORGEN 11 Uhr - HOHENSTAUFENPLATZ/ Kreuzberg

Sozialistisches Maikomitee Friedenau
Verantwortl.:Nebendahl, Bln41, Niedstr.19

Seite 1: "Habt Vertrauen..."

Die Große Koalition sagt: Soziale Symmetrie. Sie meint: Lohnstopp bei den Arbeitern, damit die Unternehmer dickere Gewinne einstreichen können. BILD fordert alle Demokraten auf (CDU und die Unternehmer in der SPD) "zusammenzuarbeiten". Das heißt: keine Opposition, keiner soll mehr die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach sozialer Sicherung und höherem Lohn vertreten. Kein Wunder, daß sich die verratenen SPD-Wähler einer Partei in die Arme werfen, die ihnen vorlügt, ihre Interessen zu vertreten. Schuld am Stimmenzuwachs der NPD ist die Große Koalition und nichts sonst!
Jetzt die Studenten zum Sündenbock zu machen heißt, die Wahrheit böswillig zu verdrehen. Und vom Versagen der "Demokratischen"Parteien abzulenken.
Die Studenten fordern doch grade, daß die Arbeiter sich selbst aus der Misere helfen, und die Große Koalition zerschlagen, die die Zechenstillegungen und die Auflösung von Arbeitsplätzen noch mit Prämien belohnt. Habt ihr Vertrauen zu diesen "Demokraten"?

Letzte Seite: "Metallverhandlungen gescheitert"

3,6 Millionen bedrohten Metallarbeitern widmet BILD ganze 36 Worte und verschweigt: Während die Entlassungen weitergehen, torpediert "Gesamtmetall" Verhandlungen:

- Kein Rationalisierungsschutz
- Keine Umschulungsbeihilfe
- Keine Mitbestimmung

Also immer noch Entscheidungen gegen die Arbeiter. Zuguterletzt wollen sich die Unternehmer von ihren Verpflichtungen gegenüber den älteren Arbeitern freikaufen. :Über 40-Jährige bekommen eine "Treueprämie" von lumpigen sechs Monatsgehältern.
Schütz wird auf der Maifeier der Unternehmer noch weniger als 36 Worte finden. Nämlich garkeins! Wetten?

01.05.1968:
In Berlin, vermutlich an der Fakultät für Architektur der TU, gibt K.-H. Wolf das Flugblatt "Architekten! Hört auf ortsgebunden zu bauen!", in dem eine humanistische Architektur gefordert wird.
Q: Wolf, K.-H.: Architekten! Hört auf ortsgebunden zu bauen!, Berlin 1.5.1968

A R C H I T E K T E N !

H Ö R T A U F O R T S G E B U N D E N Z U B A U E N !

ORTSGEBUNDENE ARCHITEKTUR IST INHUMAN-.

WER ORTSGEBUNDENE ARCHITEKTUR PLANT ODER VERWIRKLICHT
DIENT DER UNTERDRÜCKUNG DER FREIHEIT DES EINZELNEN !

H U M A N I S T I S C H E A R C H I T E K T U R

IST DIE BEFREIUNG DES MENSCHEN !
SIE IST DIE EINSICHT IN DIE NOTWENDIGKEIT DER FREIHEIT
DES MENSCHEN !

HUMANISTISCHE ARCHITEKTUR IST MOBIL UND FLEXIBEL

RAUM IST ERWEITERUNGSFÄHIG UND ZU JEDER ZEIT AUF DAS
MATERIALVOLUMEN REDUZIERBAR - MOBIL .

SIE NUTZT DIE NEUESTEN WISSENSCHAFTLICHEN ERKENNTNISSE
UND ALLE MATERIALIEN DIE DER INDIVIDUELLEN ENTFALTUNG
DES MENSCHEN DIENEN !

ARCHITEKTUR IST DIE KÜNSTLERISCHE AUSSAGE DURCH
LICHT ,RAUM ,FLÄCHE ,STRUKTUR ,FARBE ,DIKTION
- ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN ,
  ZUR OPTIMALEN ENTFALTUNGSMÖGLICHKEIT DES LEIB-SEELISCHEN
  ORGANISMUS DES MENSCHEN .

SIE GIBT DEM MENSCHEN DIE VORAUSSETZUNG NACH SEINEN
BEDÜRFNISSEN ZU LEBEN .

SIE NUTZT ALLE KÜNSTLERISCHEN AUSDRUCKSMÖGLICHKEITEN
UM GEGEN DEN UNIVERSALISMUS IN DER KUNST ZU KÄMPFEN !

BERLIN , 1. MAI 1968 K.-H. WOLF

01.05.1968:
Laut 'Roter Morgen' nehmen in Hamburg "etwa 4 000 Menschen an der Kundgebung des DGB teil. … Nach Schluß der offiziellen Kundgebung zogen etwa 2 500 bis 3 000 Menschen zur Moorweide, wo eine sozialistische Maikundgebung durchgeführt wurde. Ein anschließender Demonstrationszug von 300 Lehrlingen und jungen Arbeitern wurde wenig später durch die Polizei zerschlagen".
Q: Roter Morgen, Hamburg Mai 1968, S. 7

03.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt " 'Ich bin ein Mann …' Kiesinger 25.4.68" zu dessen Auftritt auf der CDU-Wahlkampfveranstaltung am 25.4.1968, auf der er von Studenten konfrontiert wurde. Berichtet wird auch von Kiesingers Darstellung der Vorfälle in Kirchheim am 26.4.1968.
Q: AStA: 'Ich bin ein Mann …' Kiesinger 25.4.68, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

3.5

AStA-Flugblatt AStA-Flugblatt AStA-Flugblatt AStA-Flugblatt

"Ich bin ein Mann ..." Kiesinger 25.4.68

1. Ahlers:
"Der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Conrad Ahlers, erklärte der dpa, der Kanzler sei von den Studenten in Heidelberg nicht zur Diskussion gezwungen worden."
Heidelberger Tageblatt, 27.4.68

2. Kiesinger laut Tonbandprotokoll:
"So wie sich diese Gruppe benimmt, benimmt man sich in einem anständigen deutschen Lande nicht. Ich bin gerne bereit, mich auch mit radikalen Ansichten auseinanderzusetzen - die gehören in eine Demokratie.

Ich bin gerne bereit ...

N e i n , ich diskutiere jetzt nicht mit Ihnen in dieser Versammlung! (Lautes Geschrei und Buhen)

Ich bin bereit, mit Innen ... das könnte Ihnen so passen, hier diese Versammlung als Forum zu benützen und Ihre Meinungen vorzutragen. Ich diskutiere mit Studenten, wenn sie wollen - hier ist eine allgemeine öffentliche Versammlung, und die Teilnehmer haben das Recht ..." (Der Rest geht unter in Protestgeschrei und den Zurufen: "Feigling! Feigling!").

Es dauerte von jetzt an genau zwei Minuten und zwanzig Sekunden, bis sich der Bundeskanzler doch zu einer Diskussion bereit erklärte.

Heidelberger Tageblatt, 27.4.68

3. Kiesinger (in Kirchheim/Teck am 26.4.68) in eigener Darstellung:
"Mit Erstaunen habe er (Kiesinger) gelesen, daß er zu dieser Diskussion (mit Studenten) gezwungen worden sei. Dem sei jedoch wahrhaftig nicht so. Er lasse sich nicht zum Diskutieren zwingen, sondern tue es freiwillig. Außerdem sei der jeweilige Redekampf stets zu seinen Gunsten ausgegangen, was er eigentlich betrüblich finde, da er von den militanten Studenten mehr, vor allem Argumente, erwartet habe. Eine echte Kritik habe er leider nicht gefunden, sondern nur Schlagworte wie Springer, Notstand usw. Er habe daraufhin seine Gesprächspartner bewußt provoziert, sie aufgefordert, vom Rednerpult aus ihre Anliegen vorzutragen. Doch sie hätten nicht gewagt zu reden, weil sie nur Schlagworte gekannt hätten."

Teckbote, 27.4.68

4. AStA:
Der AStA wendet sich schärfstens gegen die Verleumdung Heidelberger Studenten durch Bundeskanzler Kiesinger und den stellv. Regierungssprecher Ahlers. Das Vorgehen Kiesingers ist besonders empörend, da er offensichtlich die mangelnde Informiertheit der Kirchheimer Bevölkerung über die Heidelberger Wahlkampfveranstaltung vom 25.4.68 ausnutzte und den Sachverhalt zu seinen Gunsten ins Gegenteil verkehrte.

Hätten Studenten tatsächlich nicht gewagt zu reden und Argumente zu liefern, so bestände der Vorwurf des Randalierens wegen der lautstarken Sprechchöre zu recht.

b.w.

Kiesinger benutzt also das nicht nur von der Springer-Presse seit Jahren geprägte Schema von Studenten als Randalierern, Störern und Rahauken. Was verständlich wird, wenn man bedenkt, daß er sich nicht gern bei seinen Showveranstaltungen, bei denen die politische Situation mit schönen Worten verschleiert wird, stören läßt.

Verständlich auch, daß ein Landesherr ungnädig wird, wenn seine Untertanen zu wissen begehren, was er eigentlich getan habe.

Wahlkampfveranstaltungen, die durch Verweigerung von Diskussion und durch politische Landschaftsmalerei die Bevölkerung von ihren wahren Interessen ablenken sollen, wurden von Studenten gestört, um eine Diskussion zu erzwingen, um aufzuzeigen, wie wenig sich die Repräsentanten des gegenwärtigen Parlamentarismus noch als Demokraten verstehen, indem sie nicht einmal mehr die mindeste demokratische Kontrolle durch die Wähler alle vier Jahre bei Wahlveranstaltungen zulassen. Störung manipulativer Wahlveranstaltungen ist demokratisch, zeigt sie doch auf, wieweit der Abbau von Demokratie bereits gediehen ist.

Die Methode der Verfälschung, die Kiesinger zur Diffamierung demokratischer studentischer Aktionen benutzt, sind wir vom Springer-Konzern gewohnt. Wenn sich Bundesregierung und Springer-Konzern der gleichen Mittel bedienen, wird die Interessensidentität sichtbar, werden aber auch Illusionen unsererseits darüber ausgeräumt, daß diese Regierung je mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Macht A.C. Springers auch nur eindämmen wird. Kiesinger kuscht vor Springer und er lernt von Springer, wie man das Volk für dumm verkauft.

- Wer das Opfer (Dutschke) mit seinem Täter identifiziert, um von den wahren Schuldigen abzulenken,
- wer das brutale Vorgehen durch Androhung noch schärferer Gewaltmaßnahmen faktisch billigt und rechtfertigt,
- wer die Stimmung in der Bevölkerung anheizt, statt über Ursachen zu informieren,
- wer erst durch Sprechchöre und ohrenbetäubenden Lärm daran gehindert werden kann, die Bevölkerung durch Phrasen weiter entpolitisieren zu wollen, und gezwungen werden muß, sich zur Rechenschaft ziehen zu lassen und auf die berechtigten Fragen und Forderungen eine Antwort zu geben,

der sollte nicht erstaunt sein, wenn bei den Wahlen aus einem Mißverständnis heraus der vorgezeigte Weg konsequent nach rechts weiter eingeschlagen wird.

Es bleibt festzuhalten, daß man in der Bundesrepublik den Kanzler öffentlich zu recht einen Lügner nennen darf.

03.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SDS-Flugblatt "Die Lügen, die sie verbreiten, werden auf sie selbst zurückfallen! Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg Nr. 1. Hat die studentische Opposition die 9,8 % produziert?" zum Ergebnis der NPD bei den LTW, für das die anderen Parteien die studentische Bewegung verantwortlich machten.
Q: SDS: Die Lügen, die sie verbreiten, werden auf sie selbst zurückfallen! Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg Nr. 1. Hat die studentische Opposition die 9,8 % produziert?, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

3.5.

DIE LÜGEN, DIE SIE VERBREITEN, WERDEN AUF SIE SELBST ZURÜCKFALLEN !
ZUR LANDTAGSWAHL IN BAYERN - WÜRTTEMBERG NR.1
HAT DIE STUDENTISCHE OPPOSITION DIE 9,8% PRODUZIERT ?

1.

CDU, SPD, FDP und ein Teil der in- und ausländischen Presse nannten die Studentenunruhen " als Ursache (oder als eine der Ursachen) für den Wahlerfolg der NPD. Dem ist zunächst schlicht empirisch entgegenzuhalten : Eine am Mittwoch vor Ostern abgeschlossene Umfragedes Kölner Soziologen Schenck sagte den Stimmenanteil der NPD exakt voraus. (Information von Jens litten, [illegible] vom 3o. April 1968)
Dies bedeutet, daß die Aktionen gegen Springer, wenn überhaupt, nur äußerst geringfügig den Stimmanteil der NPD beeinflußt haben. Da die großen Parteien eigene Umfragen zur Verfügung hatten, die beim hochentwickelten Stand der Umfragenforschung annähernd die gleichen Resultate wie die Schenck Untersuchung ermittelt haben dürften, lügen sie, wenn sie den Wahlerfolg der NPD den studentischen Aktionen zur Last legen. Aber,- wenn es nicht die Aktionen gegen Springer waren, waren es dann nicht die"studentischen Unruhen" insgesamt, die den Wahlerfolg der NPD herbeigeführt haben? Ohne einer soziologischen Analyse vorzugreifen, darf daran erinnert werden, daß die studentische Opposition allererst seit dem 2. Juni breiteren Schichten der Bevölkerung als politische Opposition bekannt geworden sein dürfte. Bereits im Oktober 1966 zog die NPD jedoch mit 7,9% in den Hessischen Landtag ein, im November 66 mit 7,4% in den Bayrischen Landtag. Mit mehr Recht könnte man behaupten, daß die Erweiterung und Verschärfung des Kampfes der außerparlamentarischen Opposition eine Antwort auf das Anwachsen des neuen Faschismus in der BRD ist als das Umgekehrte.

2. NPD und CDU

Wir müssen uns nun fragen, ob es genügt, das was die herrschenden Parteien zum NPD Wahlerfolg sagen, als schlichte Lüge zu entlarven? Es ist hier zu begründen, weshalb die herrschenden Parteien den Aufstieg der NPD nicht analysieren k ö n n e n. Die CDU veröffentlichte im Heidelberger Tageblatt vom 19. 4. 68 folgende Wahlkampfanzeige: " CDU. Es geht um Ordnung und Freiheit!- Krieg in Vietnam, Massenkämpfe in USA, Unfreiheit im Osten, Terror in China. - Straßenkämpfe und Gewalttaten nun auch in Deutschland- dazu wird es die CDU nicht kommen lassen! Unsere Heimat darf nicht zum Tummelplatz radikaler Kräfte werden. Dieses Land hat heute mehr Freiheit, wirtschaftliche und soziale Sicherheit, mehr Recht und größere Zukunftxchancen als jemals zuvor. - Wir lassen Demokratie nicht zusammenschlagen - Toleranz und Verständnis für jede freie Meinung. Mut zu Reformen, Bereitschaft zu Gesprächen. Aber: Die Strenge des Gesetztes gegen Umsturz, Gewalttat und Terror. Darum am 28. April Sicherheit, Ordnung Fortschritt CDU."
Die Intervention der USA in Vietnam, die Unterdrückung der Aframerikaner, und die Kulturrevolution in der VR China geraten unter der Hand der CDU zu einem drohenden und giftigen Gemisch, das überall im Ausland gerinnt. Der heile Gegensatz dazu ist "unsere Heimat". Aber auch hier drohen bereits "Straßenkämpe und Gewalttat". Und wissen wir nicht alle, daß die Anhänger Mao's und Ho Chi Min's dahinterstecken? Indem die CDU die suggestiv zu vermuten gibt, hat sie die innere Opposition in Verschwörer und Agenten äußerer, unheimlicher Mächte der Unordnung verwandelt und verteufelt. Eine Methode, die Göbbels zwar nicht erfunden, aber wohl am erfolgreichsten angewendet hat. Der Toleranzbegriff, der dann eingeführt wird, ist somit bereits derart verfälscht und eingeschränkt, daß die "freie Meinung" der CDU und Springer's und nichts darüber hinaus geschützt werden. Was darüber hinaus sich regt wird mit der" Strnge des Gesetzes"bedroht.
Die Verschwörer Theorie der CDU , die sich notwendig in einer Gesellschaft einstellt die systematisch die sozialen Konflikte zugunsten einer fiktiven Volksgemeinschaft verdrängt, ist mit pathologischen Elementen des Verfolgungswahns durchsetzt. Damit die reale Unordnung, die gesellschaftlichen Antagonismen, verdrängt werden kann, muß sie auf eine Minderheit zurückgeführt werden, die von ausländischen Mächten gesteuert wird. Politik und Propaganda der CDU stehen in der Tradition der Gegenaufklärung. Sie liefern den irrationalen Bedürfnissen der Einzelnen in einer irrational gehalteben Gesellschaft ein Objekt der Agression, Die Agressionen werden von der CDU auf genau diejenigen gelenkt, die die Alternative einer von falschen Bedürfnissen und tödlichen Agressionen freien Gesellschaft zu formulieren versuchen. Am 3o. April warnte Bundeskanzler Kiesinger (CDU) davor, die NPD "in schrecklicher Vereinfachung" als nationalsozialistische Gruppe zu bezeichnen. Er sagte, "daß diese globale Feststellung einfach nicht richtig ist". (FR, 1.5.68)
SDS

03.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SDS-Flugblatt "Disziplinarrecht und wie der AStA damit fertig zu werden versucht", in dem die Beteiligung des AStA an einer Disziplinarkommission kritisiert und ein Teach-in am 10.5.1968, auf dem der AStA Selbstkritik üben könne, angekündigt wird.
Q: SDS: Disziplinarrecht und wie der AStA damit fertig zu werden versucht, O. O. (Heidelberg) 3.5.1968

3.5.68

Disziplinarrecht und wie der Asta damit fertig zu werden versucht

Der Asta wurde nicht einfach als das bessere zur Wahl stehende Funktionärsgremium gewählt, sondern als eine gerade unter poli - tischen Aspekten zu wirkungsvoller Zusammenarbeit befähigter Studentenausschuß, als ein Asta mit einem konkret auf den zu diesem Semester bevorstehenden Kampf an der Hochschule eingestelltem Programm. Das schließt zum Beispiel eine wirkunfsvolle Vertretung der bereits vom letzten StP verabschiedeten Forderung nach Öffentlichkeit ein. Dazu bedarf es einerseits der Aufgabe jener bis dahin geübten Praxis der interinstitutionellen Ver - Händel hinter verschlossenen Türen, einer selbst neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit suchenden Politik des Asta andererseits.
Es war daher durchaus richtig, in den Semesterferien ein teach - in einzuberufen, auf dem die anwesenden Studenten das gebotene Verhalten gegenüber einem Senat diskutieren sollten, der bezüglich der Disziplinarordnung ein weiteres Mal bewies, welche beschränkten Möglichkeiten herkömmlicher Verhandlungspraxis die Studenten überhaupt haben.
Völlig zu recht wurde auf diesem teach - in kritisiert, daß eine Woche vor Inkrafttreten des neuen Hochschulgesetzes der Senat der Universitöt Heidelberg eine eigene Interimslösung, die noch nicht einmal allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien, dafür aber den Intentionen des Hochschulgesetzes genügte, durchpeitschen wollte, während der Abwesenheit des Großteils der Studenten und ihrer gewählten Vertreter Paragraphen zu ihrer Aburteilung verabschieden. Angesichts der zu erwartenden Kampfsituation bereitet die Interpretation solchen Verhaltens keine große Mühe.
Um so erstaunlicher, daß der Asta, diese Kritik übergehend, ohne demokratische Wahl von Vertretern das ihnen (auf grund der auf dem teach - in vorgetragenen Forderungen !)vor die Füße geworfene Angebot einer Kommission mit Beteiligung der Studenten (4 - 2 - 4) gedankenlos mit den Zähnen vom Boden auflas
Seine Pflicht wäre es gewesen, in jener Kommission lediglich darauf hinzuweisen, daß er vor der nächstmöglichen Sitzung des StP jeder Legitimation zu solcher Beteiligung entbehrte, daß er vor einer Entscheidung die Bedeutung eines Disziplinarrechts und das daraus resultierende Vorgehen der Studentenvertreter zunächst mit der Gesamtstudentenschaft zu diskutieren hätte.

Mit seinem Vorgehen - nicht gewählte Vertreter in nicht öffentliche Sitzungen zu entsenden - hat der Asta das studentenfeindliche Ver - halten des Senats durch eigene Beteiligung gebilligt und darüber - hinaus seine eigenen Prinzipien verletzt, ohne Zwang und ohne da - für eine rationale Begründung liefern zu können.

Gelegenheit zur Selbstkritik hat der Asta auf dem von ihm geplanten teach - in am 10.5..

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Anmerkung : Das oben erwähnte teach - in wurde Ende März einberufen, als das Vorhaben bekannt wurde, unter Tagesordnungspunkt x, ohne In - formation oder gar Konsultation der Studenten, eine Disziplinarordnun zu verabschieden.

04.05.1968:
Ein Gründungsausschuß (vgl. Feb. 1968) konstituiert am 4./5. Mai die SDAJ in Essen. Verabschiedet wird ein "Aktionsprogramm der SDAJ". Unmittelbar nach der Gründung der SDAJ geben westdeutschen Marxisten-Leninisten die Losung "Revolutionäre Jugend hinein in die SDAJ" aus. U. a. handelt es sich hierbei um die Revolutionäre Jugend/Marxisten-Leninisten (RJ/ML). Mitmachen wollen aber auch Trotzkisten aus Berlin (vgl. 5.4.1968) und Augsburg, die 400 Personen, darunter 215 ordentliche Delegierte ausmachten. Aus Augsburg kommen 3 Personen von KPD und deutscher Sektion des VS (vgl. 23.5.1968).

Die KPD (vgl. 22.10.1971) berichtet anläßlich einer SDAJ-Veranstaltung in Düsseldorf (vgl. 7.10.1971):" Als theoretisches Fundament der sich marxistisch nennenden SDAJ kann man im Aktionsprogramm von 1968 folgende Einleitungssätze finden: 'Die Bundesrepublik ist eine moderne, hochentwickelte Industriemacht. Sie könnte der arbeitenden und lernenden Jugend eine gesicherte Zukunft bieten, wäre sie nicht ein Land voller Widersprüche. Junge Arbeiter, Angestellte und Techniker sollen Automaten und Computer bauen und bedienen, aber auf dem Lande gibt es immer noch Zwergschulen.'

Dieser Lagebericht, der dem CDU-Bildungsprogramm entnommen sein könnte, eröffnet dann folgende 'Kampfperspektive': 'Als junge Sozialisten und Demokraten führen wir unseren Kampf auf dem Boden des Grundgesetzes (GG, d.Vf.) und erstreben eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft.'"
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief, o.O. O. J. (Anfang Aug. 1968); Rote Fahne Nr. 28, Berlin 22.10.1971, S. 5;Rote SDAJ-Opposition Nr. 1, Mannheim 1968;Langguth, Gerd: Protestbewegung., Köln 1983, S. 161;Innenministerium NRW: Extremismusberichte an den Landtag oder Landesbehörden 1969, Düsseldorf 1969, S. 17

04.05.1968:
In Berlin verteilt nicht mehr das Sozialistische Maikomitee Friedenau, sondern nun das Sozialistische Komitee der Arbeiter, Schüler und Studenten vermutlich heute seinen 'Kommentar zu BZ & Bild Zeitung von Freitag, den 3. Mai 1968' (vgl. 1.5.1968) als Flugblatt.
Q: Sozialistisches Komitee der Arbeiter, Schüler und Studenten: Kommentar zu BZ & Bild Zeitung von Freitag, den 3. Mai 1968, Berlin O. J. (1968)

B.Z.

KOMMENTAR zu

von
Freitag, den
3. Mai 1968

Bild ZEITUNG

Seite 6: Sie müssen...

Mieter, verkauft Eure Autos, Kühlschränke und TV-Geräte! Die Wucherer, die sich auch noch stolz "soziale Wohnungsbauer" nennen, haben gesetzliche Mittel, Euch nach allen Regeln der Kunst auszunehmen! Falls man es Euch, wie Herr Springer vorschlägt, gestattet, in 3 Jahren Eure Schuldenlast abzustottern - in Raten von 40,-- DM im Monat, zu denen natürlich jetzt auch noch die 20 %ige Mieterhöhung kommt - dann dürft Ihr 1970 mit abermaligen Mieterhöhungen von 40 - 200 % rechnen, wie es in anderen westdeutschen Großstädten geschehen ist, die "Weißer Kreis" wurden. Herr Springer schreibt zwar "FÜR die Mieter denken", er jedenfalls denkt immer für die Unternehmer, von denen er selbst einer der größten ist!

Seite 2:
Mit einer Kur nach Doktor Eisenbart?

... öfter mal was Neues!?
Heute sind es nicht "die verlausten, langbehaarten Affen", "die radikale Minderheit", "die linken Einpeitscher", die "Berufsrevoluzzer, die unsere Steuergelder verprassen", "die Parasiten im Fell des Berliner Bären, die Ansehen und Wirtschaft der Stadt kaputt machen" nein!"heute sind sie vom Osten ferngesteuert"
...das alte Lied!
Wer kritisiert und den faulen Frieden der"sozialen Harmonie" nicht mehr mitmachen will, ist bei Springer gleich ein Söldner Ulbrichts.
Wenn die APO sagt: Schluß mit den steigenden Mieten! sagt Springer: SED-Propaganda.
Wenn die APO sagt: Arbeiter, bestimmt selbst über die Investitionspolitik, sonst geht Berlin pleite! sagt Springer: linke Spinner.
Wenn die APO sagt: bessere Bildungschancen für alle! sagt Springer: Radi-Kalinskis.
Sind diese Argumente von Herrn Springer wirklich besser?

Seite 1: Sorgen mit den Söhnen?

Bild-Leser machen Brandt senior dafür verantwortlich, daß Brandt junior and denkt als der Vater. Und Springer mac Bild-Leser dafür verantwortlich, daß sie diese Meinung vertreten - eine Meinung, die ihnen Bild aufzwang:
Brandt jr. ist mit 277 Demonstranten festgenommen worden, als er dem Auf der Polizei folgte und sich vom Kudam in die Meinekestraße entfernte.
Wir glauben nicht, daß Peter Brandt mißratener Sohn ist, wir glauben sog daß es richtig ist, wenn er sich eine Meinung nicht aufzwingen läßt, die er nicht vertreten kann - kein Einzelfal Bild fordert mehr Toleranz gegenüber zornigen Söhnen, ruft aber zur Gewal gegen die Söhne auf: "Laßt die Polizei die Dreckarbeit nicht alleine machen."

Seite 1: Sittenstrolche gesucht

Auf wessen Konto gehen die Opfer der Triebverbrecher Faldewerth und ander Die hohe Rückfallquote von Triebverbrechern beweist, daß die Strafe als Sühne nicht nur überholt ist, sonder weiteren Verbrechen Vorschub leistet Die Justiz will sich an den Gedanken der Heilung von Triebverbrechern durc moderne medizinische Methoden nicht gewöhnen.
Wir fordern: Strafe als Erziehung un Heilung!
Mediziner sagen: Die Triebstärke ist durch Anlage bestimmt. Triebverbrech sind nicht kriminell, sie sind krank Sie gehören nicht ins Gefängnis, son müssen geheilt werden!
Wieviele Opfer werden noch auf das K einer blinden Justiz gehen, bevor si sich für einen modernen Strafvollzug entscheidet?

Sozialistisches Komitee der Arbeite Schüler und Studenten
Verantwortl.: Hasselbach, Bln62, Neue Kulmer Str

05.05.1968:
Der RC Hannover konstituiert sich als Club Voltaire. Zu den Initiatoren des Clubs gehören u.a. Peter Brückner, Peter von Oertzen, Werner Vitt und Hinrich Oetjen (IG Chemie Vorstand).
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 35, Berlin 1968, S. 3

06.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den Notstandsgesetzen (NSG) vermutlich aus dieser Woche, u.a. über die vom DGB auf seinem 7. Bundeskongreß (vgl. 1966) gezeigte Entschlossenheit:"
Wie diese 'Entschlossenheit' aussah, zeigte sich im Mai 1968, als die NS-Gesetze kurz vor der Verabschiedung standen. Damals wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des DGB-Bundesvorstandes der Antrag des DGB-Bezirks Hessen auf Ausrufung des Generalstreiks abgelehnt: 'Der Bundesvorstand des DGB lehnt einen allgemeinen Streik (Generalstreik) zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausdrücklich ab, denn er hält es für einen Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, gegen einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundestages zum Streik auszurufen. Der DGB wird aber auch nach einer endgültigen Verabschiedung der Notstandsgesetze in der 3.Lesung mit demokratischer Wachsamkeit darauf achten, daß die NS-Gesetze nicht mißbraucht werden.'

Das Gerede vom 'Mißbrauch' der NS-Gesetze hatte natürlich keinen anderen Sinn, als die Arbeiterklasse über den wahren Charakter der NS-Gesetze zu täuschen, nämlich als einen entscheidenden Schritt zur Vorbereitung der Militärdiktatur."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 9

06.05.1968:
Spätestens in dieser Woche erscheint das RCDS-Flugblatt "Alternative …zum Marsch der Notstandsgegner in Bonn" zum Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze (NSG) am 11.5.1968.

Bekanntgegeben wird der Austritt der Studentenschaft der Uni Bonn aus dem VDS.
Q: RCDS: Alternative …zum Marsch der Notstandsgegner in Bonn, Bonn O. J. (1968)

Berlin — Hamburg — München — Frankfurt — Köln — Bonn — Münster —

Heidelberg — Freiburg — Tübingen — Göttingen —

ALTERNA

. . . zum Marsch der Notstandsg

Notstandsmarsch als revolutionäre Pflichtübung

Die Bundeshauptstadt Bonn erwartet den „heißesten Samstag" nach dem Krieg. Das Kuratorium „Notstand der Demokratie" – Organisator des Sternmarsches von 30 000 Notstandsgegnern und Texter des Slogans „Treibt Bonn den Notstand aus" ahnt bereits die Folgen der militanten Forderung: „Die Jungen sind aggressiv, manche wollen halt was machen." Die Anti-Notstands-Demonstration soll zur linken Notstandsübung werden. „Staatsbürgerlicher Widerstand" heißt die offizielle Begründung für den Protestmarsch.

Hintergründe. Der wahre Zweck der Bonner Anti-Notstands-Demonstration wird deutlich an dem im September 1966 verabschiedeten Anti-Notstandsbeschluß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS).

Danach faßt der SDS die Notstandsgesetze als „eine der wesentlichen Erscheinungen des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft" auf und will im Kampf gegen diese Gesetze „sozialistische Positionen" vertreten.

„Die endgültige Überwindung der Tendenzen, die sich in den Notstandsgesetzen äußern, verlangt die Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie" (SDS, 1966).

Im September 1967 wurde der 66er Notstandsbeschluß bestätigt mit dem Zusatz, daß der SDS **„eine große Demonstration der Notstandsgegner für den Tag der 2. Lesung der Notstandsgesetze zusammen mit der allgemeinen Notstandsopposition vorbereiten werde".**

In seinem Rechenschaftsbericht hatte der Bundesvorsitzende Reiche festgestellt, „... daß der SDS notstandsmüde geworden ist". Es müsse aber verhindert werden, „daß nach der möglichen Verabschiedung der Gesetze die gesamte Notstandsopposition auseinanderfällt. Auf dem universitären Sektor wird das relativ leicht dadurch möglich sein, daß **die Notstandsopposition in eine Anti-Springer-Opposition übergeführt wird."** Einen entsprechenden Antrag nahm die Delegiertenkonferenz des SDS dann auch an.

Bei all diesen Äußerungen und Beschlüssen wird zweierlei deutlich:

1. Das sekundäre Sachinteresse
2. Der voluntaristische Aktivismus des SDS

Die Agitation des SDS zum Vietnamkrieg, den Notstandsgesetzen und gegen den Springer-Konzern sollen dazu dienen, das „antiautoritäre Lager" zu verstärken und eine möglichst große Zahl von Studenten als „Systemopposition" zu mobilisieren.

Revolutionäre Umwälzung nicht die sachliche Auseinandersetzung und systemimmanente Lösung der komplizierten Sachprobleme der Pressekonzentration und Notstandsgesetzgebung ist das Ziel, weil diese Probleme nach Meinung des SDS nur durch den Sturz des „spätkapitalistischen" Systems gelöst werden können, sondern diese Themen benutzt der SDS als Aufhänger zur Verstärkung der antiparlamentarischen Opposition.

Deutschlands Linke „links der SPD" bemüht sich, mit ihrem Sternmarsch auf Bonn den vom SDS längst lahmgerittenen Antinotstandsgaul wieder flott zu machen, zweifellos mit dem Nahziel, die Gesetzgebung für den Notstandsfall zu verhindern. Aber die rote Heerschau am 11. Mai hat weiter gesteckte Ziele als die Ver-

Warum Notsta

Die Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen, praktika
pflichtung, Vorsorge zu treffen für den Fall der ä
demokratische Grundordnung, sowie für den Fall sc

Die Vorsorgeregelung dient nicht dem Zwecke, die
zuheben; sie soll vielmehr ihren Fortbestand auch u

ZIEL DER NOTSTANDSVERFASSUN

— Sicherung der äußeren und inneren Freiheit der
— Schaffung ausreichender Rechtsgrundlagen
Bevölkerung
— Ablösung der alliierten Sicherheitsvorbehalte au

**Zitat: „Man wird um eine Änderung des Grundg
jeden Fall besser zu sein, wir Deutschen bestimmen
dies die Besatzungsmächte tun."**

GRUNDSÄTZE DER NOTSTANDSVE

vorgelegt vom Innen- und Rechtsausschuß Ende Apr

1. Nach Art. 5 II des Deutschlandvertrages sind die
an das Grundgesetz und die Rechtsordnung der

   deshalb:

   Verankerung des Notstandsrechts in der Verfass
   unter Wahrung der freiheitlichen, rechtsstaatliche

2. Es gibt **kein Notverordnungsrecht** der Bundesreg
und Bundesrat ist während des Verteidigungs
Bundestag **nicht** zusammentreten, oder ist er **ni**
schuß die Rechte des Bundestages und des Bu
aus Abgeordneten des Bundestages, zu ⅓ au
werden **entsprechend dem Stärkeverhältnis der**
ment kann der GA Gesetze aller Art erlassen, je
spätestens 6 Monate nach Ende des Verteidigun

   **Eine Möglichkeit, den GA zur Gesetzgebung zu
lungsfähig ist, ist abweichend vom Regierungser**
zeit mit Zustimmung des Bundesrates Gesetze d
verlangen, daß Maßnahmen des GA oder der Bu

   deshalb:

   Uneingeschränkte Kontrollbefugnis des Parlame

3. Einschränkungen der Berufsfreiheit für Verteidi
tungen (Art. 12 a I–V) oder durch Festhalten an

Rückschlag am 11. Mai hat weiter gesteckte Ziele als die Verhinderung der Notstandsgesetzgebung.

Notstand, Vietnam und Springer sind **die Antiparolen,** auf die sich die linksradikalen Gruppen einschwören können. Ein gemeinsames positives Programm haben sie nicht.

Die Anti-Notstandskampagne stellt ein von Linksradikalen organisiertes Unternehmen dar, das auf die Institutionen unseres Staates abzielt: auf die im Bundestag vertretenen politischen Parteien, auf die SPD-Führung, auf die Große Koalition, auf Bonn, auf die pluralistische Gesellschaft, auf den Staat des Grundgesetzes.

Es ist klar: Die revolutionären Demagogen des „Marsches auf Bonn" wollen nichts zur Sicherheit unsres Staates beitragen, weil sie diesen Staat ablehnen. Ihr Ziel ist das von der Weltpolitik und vom modernen Wohlfahrtsstaat längst und eindrucksvoll überwundene alte klassenkämpferische marxistische Ideal des „Arbeiterstaates". Sie wollen die „revolutionäre Transformation der Gesellschaft zur sozialistischen Demokratie", nicht die Verteidigung der im Grundgesetz festgelegten politischen Ordnung.

Der Kampf von SDS, DFU, SED und illegaler KPD gegen die Notstandsverfassung ist daher in Wahrheit ein Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und den sozialen Rechtsstaat.

Dennoch muß man unterscheiden: Viele, die Bedenken gegen die Notstandsgesetze äußern – Gewerkschaftler, Studenten, Professoren, Schriftsteller und Politiker – sind engagierte Demokraten; ihre Argumente und Anliegen müssen gehört werden und sind in den Hearings des letzten Jahres gehört und verarbeitet worden.

Ihre legitime Opposition gegen die Politik der Bundesregierung und der demokratischen Parteien verliert aber an Glaubwürdigkeit, wenn sie sich zu einer „Aktionseinheit" mit den Gegnern der parlamentarischen Demokratie bereit finden.

Denn: **Die außerparlamentarische Opposition treibt längst von einer linksradikalen „Ersatzpartei" zu einer klassenbewußten revolutionären Umsturzorganisation.**

Dienstleistungen in Arbeitsverhältnissen zu erb
dung – gewöhnliches Arbeitsrecht gilt.

**Maßnahmen auf Grund von Notstandsvollmacht
und Aussperrung)** richten, die arbeitspolitische
werden (Art. 9 III). Im übrigen besagt die Notstan

deshalb:

Koalitions- und Arbeitskampffreiheit der Arbeitn

4. Art. 19 a der Notstandsverfassung soll nach de
schen **ein Recht zum Widerstand** gegen die Rech

   — versucht wird, Verfassungsorgane des Bund
   lichen Aufgabe zu hindern oder

   — wenn die freiheitliche demokratische Grundo

   Die bloße Behauptung, eine einzelne Maßnahm
   die freiheitliche demokratische Grundordnung
   solange noch die Gerichtsbarkeit funktioniert.

deshalb:

Verfassungsrechtlich garantiertes Widerstandsre

Zitat: **„Seit 1955 ist die Ergänzung des Grund
gungsfall fällig. Die Notstandsrechte, die sich die früh
sind abzulösen, weil anderenfalls die Gefahr droht
Interessen unberücksichtigt bleiben."**

Lügen - Behauptungen - T

Auf keinem anderen Gebiet der Innenpolitik gibt es eine so verhärtete Frontenstellung wie in Notstandsgesetzgebung. Es ist immer wieder festzustellen, daß Behauptungen, die gegen sie falsch sind.

Nachdem die Gesetzentwürfe vorliegen, kann die Diskussion über die Notstandsverfassung n tigungen bestritten werden. Es gibt keine geheimen Schubladengesetze oder andere finstere Notstandsverfassung werden sich an das, was schwarz auf weiß vorliegt, zu halten haben.

Drei Argumente (vgl. Manifest der Hochschulen zur Notstandsgesetzgebung) seien hier hérausg

Behauptung Nr. 1: Eine künftige Notstandsverfassung bewirkt die Aufhebung der durch die freiheitlichen Rechtsstaates, Willkür und Diktatur.

Tatsache ist:

a) Das Fortbestehen der parlamentarischen Kontroll- und Gesetzgebun

b) Grundrechte dürfen niemals aufgehoben oder in ihrem Wesensgel staates und der Menschenwürde müssen weiterhin beachtet werden.

c) Einschränkungen von Grundrechten sind auch im Notstandsfall immer

d) Die Befugnisse des Bundesverfassungsgerichts bleiben voll bestehen.

e) Die eigentlichen demokratischen Freiheitsrechte, nämlich die Grund nungs- und Pressefreiheit (Art. 5 GG), der Versammlungsfreiheit (Ar werden durch die Notstandsverfassung überhaupt nicht berührt.

Behauptung Nr. 2: Es sind Vorbereitungen getroffen, im Notstandsfall politisch Unzuverlä verdächtige festzunehmen und zu internieren.

Tatsache ist: Der Notstandsverfassungsentwurf ändert nichts am Grundsatz des Art. einer Freiheitsentziehung **allein der Richter** zu entscheiden hat.

Behauptungen anderer Art sind glatte Lügen.

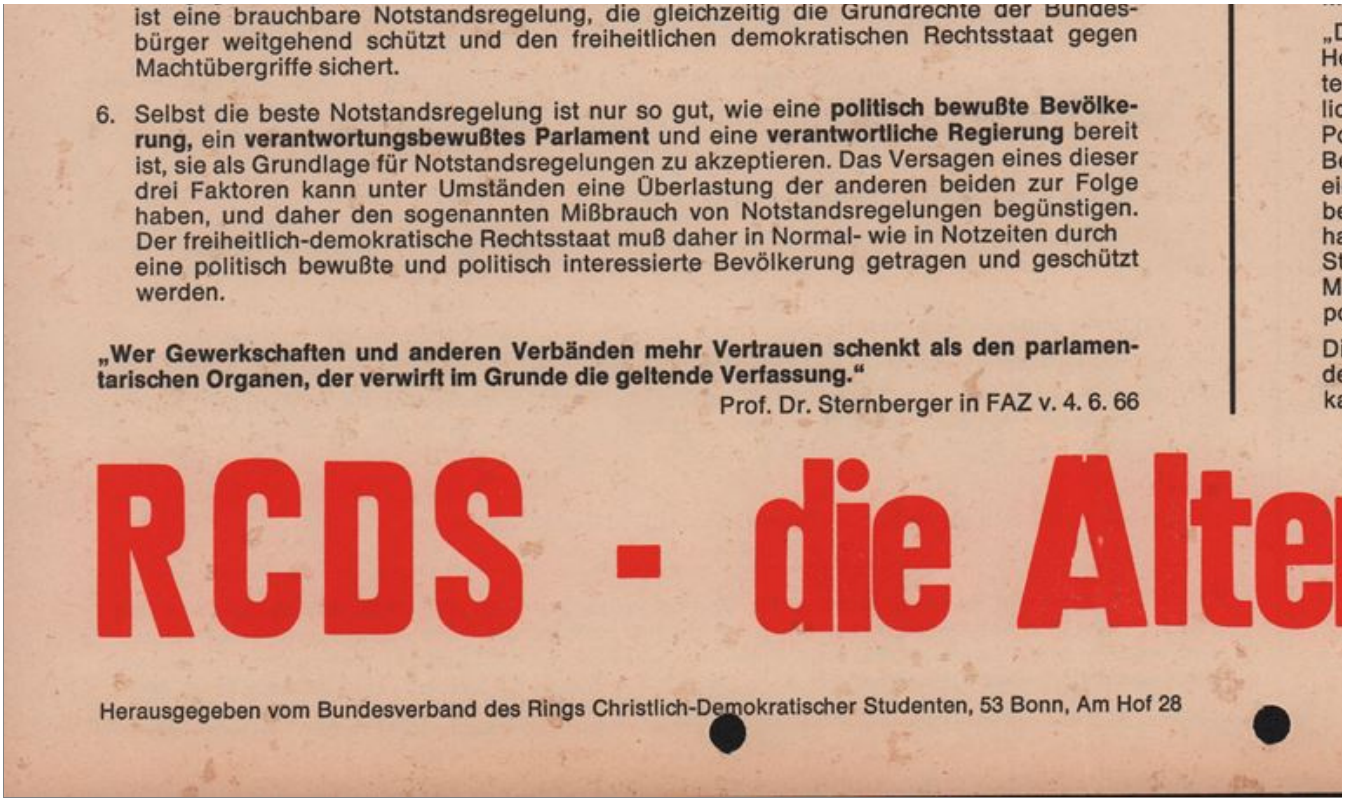
Behauptung Nr. 3: Griechenland zeigt, wohin uns eine Notstandsverfassung führen kann.

Tatsache ist: Die Gegner der Notstandsverfassung schrecken vor keiner Entstellung d land hat mit Notstandsverfassung überhaupt nichts zu tun. In Griechenla sungsbestimmungen allein – und mögen sie noch so gut sein – vermög gelingt oder nicht hängt entscheidend von der Verfassungstreue der Staa richtungen und Organisationen ab. Die geplanten GG-Änderungen sch streiches. Sie verringern sie durch die eindeutige Klarstellung, welche B oder bei einer Bedrohung von außen hat.

RECHTSGUTACHTER DES DGB ZUR NOTSTANDSVERFASSUNG: „Tritt der Fall des äußer Vorkehrungen im Grundgesetz geschaffen sind, so werden unabsehbare Notstandsmaßnahmen ohne R grundgesetzliche Ordnung getroffen werden, sei es auf Grund der westalliierten Vorbehalte, sei es, wei sich einfach zum Handeln gezwungen sehen. Wohin ein solches Notstandsregime führt, vermag niem Garantie, daß das Grundgesetz daraus unversehrt hervorgeht." Prof. Dr. Wer

RCDS zur Notstandsverfassung

1. Eine gesetzliche Regelung für Notstandssituationen ist für **jeden** demokratischen Rechtsstaat notwendig.
2. Das Bestehen einer für den notwendigen Zweck, d. h. Schutz der Bevölkerung und für den Fortbestand des Staates, ausreichenden Notstandsgesetzgebung ist von ausschlaggebender Bedeutung für die gesamte Verteidigungsbereitschaft eines Landes.
3. Das GG ist **nicht** ausreichend für diesen Zweck, auch nicht für den inneren Notstand und den Katastrophennotstand.
4. Die Vorbehaltsrechte der drei westlichen Alliierten nach Artikel 5 des Deutschlandvertrages sind noch in Kraft.
5. Der gegenwärtige Entwurf des Innen- und Rechtsausschusses, der zur Diskussion steht,



ist eine brauchbare Notstandsregelung, die gleichzeitig die Grundrechte der Bundesbürger weitgehend schützt und den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat gegen Machtübergriffe sichert.

6. Selbst die beste Notstandsregelung ist nur so gut, wie eine **politisch bewußte Bevölkerung,** ein **verantwortungsbewußtes Parlament** und eine **verantwortliche Regierung** bereit ist, sie als Grundlage für Notstandsregelungen zu akzeptieren. Das Versagen eines dieser drei Faktoren kann unter Umständen eine Überlastung der anderen beiden zur Folge haben, und daher den sogenannten Mißbrauch von Notstandsregelungen begünstigen. Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat muß daher in Normal- wie in Notzeiten durch eine politisch bewußte und politisch interessierte Bevölkerung getragen und geschützt werden.

„Wer Gewerkschaften und anderen Verbänden mehr Vertrauen schenkt als den parlamentarischen Organen, der verwirft im Grunde die geltende Verfassung."
Prof. Dr. Sternberger in FAZ v. 4. 6. 66

RCDS - die Alte

Herausgegeben vom Bundesverband des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, 53 Bonn, Am Hof 28

06.05.1968:
Vermutlich in dieser Woche erscheint die "Zeitung der Studentenschaften des Landes Baden-Württemberg zum Hochschulgesetz des Landtags vom April 1968" zum HG. Sie wird "herausgegeben in der Erkenntnis, dass dieses Gesetz die Krise des bestehenden Hochschulwesens verlängern wird, mit dem Willen, Widerstand gegen dieses Gesetz zu leisten und die Forderung nach einer neuen Universität zu bekräftigen." Die Auflage von 50 000 Stück werde vertrieben an der Uni Freiburg (10 000), der Uni Heidelberg (10 000), der TU Karlsruhe (6 000), der Uni Mannheim (4 000), der TU Stuttgart (6 0000), der Uni Tübingen (10 000), der PH Heidelberg (500) und der Hochschule für Gestaltung Ulm (300).

Enthalten sind die Artikel:
- "Hochschulgesetz gegen die Studenten. Lehren aus der Behandlung studentischer Vorschläge", mit den Abschnitten "Mußte das Gesetz reaktionär werden?" und "Gute Manieren bringen nichts ein", von Nicolaus Becker, Freiburg;
- "Parlamentarismus am Beispiel der Verabschiedung des Hochschulgesetzes";
- "Natürlicher Anspruch auf Geltung. Interview mit Herrn Dr. Filbinger" mit den Abschnitten "Autoritas muß glaubhaft repräsentiert werden." und "Bereitschaft zur Diskussion vorhanden?" vom 5.3. und 8.4.1968;
- "Reform durch Novellierung. Interview mit Frau Dr. Mugdan, Kandidatin der DL";
- "Der Leidensweg eines Gesetzes. Aus dem Schlußwort von Dr. Vogt (FDP)";
- "Das Todesurteil von Ulm. Bund und Land streichen Zuschüsse. Stiftung gibt HfG preis" von Joachim Heimbacher, Ulm;
- "Vom Hochschulgesetz zur Technokratenuniversität. Perspektiven für die studentische Hochschulpolitik", von Burkhart Braunbehrens, Heidelberg;
- "Die Hierarchie bleibt. Rechte des Mittelbaus werden nur scheinbar verbessert", von Siegfried de Witt, Freiburg;
- "Erst Erfahrungen sammeln. Studentische Aufgaben in der Grundordnungskommission" zur GO, von Bodo Voigt, Heidelberg;
- "Hochschuldemokratie - aus den Münchener Beschlüssen des VDS";
- "'Das Wesen des Assistenten und seine Erscheinungen im Gebiet der Freiheit'", von Dr. Klaus Jürgen Gantzel, Mannheim;
- "Abhängige Universität. Die Fiktion der Autonomie wird durch staatliche Eingriffe zerstört", von Bodo Voigt, Heidelberg;
- "Der autonome Ordinarius. Skurriles Selbstverständnis Freiburger Physikprofessoren";
- "Die Lage in Eßlingen ist ganz ausgezeichnet" zu den Springerunruhen (vgl. 12. und 15.4.1968) mit dem Abschnitt "Schäferhunde gegen Demonstranten";
- "Heidelberger Resolution" von einem Teach-In am 18.4.1968 zum Attentat auf Rudi Dutschke und den

Springerunruhen;
- "Verselbständigte Gewalt" zu den beiden bei den Springerunruhen getöteten Unbeteiligten, Klaus Frings und Rüdiger Schreck, von Eckhard Jaus;
- "Vorsorglicher Austritt. AStA Karlsruhe verläßt VDS wegen 'politischer Agitation'" was gemeinsam mit den Asten der Unis Saarbrücken und Würzburg und der TH Clausthal geschah;
- "Keine Beschränkung mehr auf die Universität. Der Verband Deutscher Studentenschaften emanzipiert sich" zur Politisierung des VDS, mit einem Kasten "Aus dem Vietnam-Beschluß des VDS", von Siegfried de Witt, Freiburg; sowie
- "Disziplinarrecht" von N. Becker, S. de Witt und B. Braunbehrens.
Q: Zeitung der Studentenschaften des Landes Baden-Württemberg zum Hochschulgesetz des Landtags vom April 1968, Mannheim O. J. (1968)

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SAALA-Flugblatt "Frieden in Vietnam" mit dem Aufruf zum Teach-In um 20 Uhr.
Q: SAALA: Frieden in Vietnam, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

6.5.

SAALA Flugblatt
(Sozialistisches Afrika,
Asien, Latein-Amerika)

FRIEDEN IN VIETNAM?

Ein sehr schöner Gedanke, obgleich noch ein Fragezeichen dahinter steht. Hoffnungen auf Frieden in Vietnam sollten aber zu keinen Illusionen in der westlichen Welt führen.

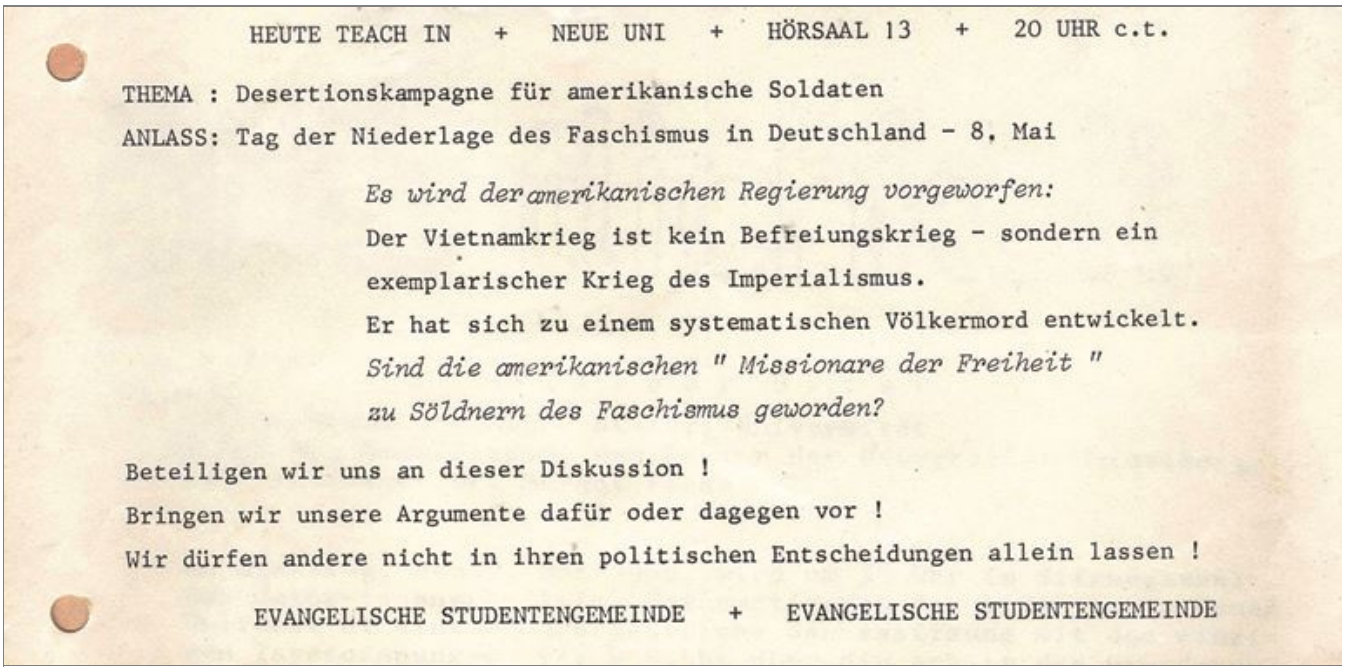
Der Krieg ist mehr als Johnsons Krieg, ja sogar mehr als Amerikas Krieg, obwohl die USA die Hauptverantwortlichenund Hauptträger dieses Kriegs sind. Man darf nicht übersehen oder vergessen, daß in Vietnam ein imperialistischer Krieg geführt wird, mit dem Ziel die armen Länder, die unterdrückten Völker der Welt in Schach zu halten. Daran haben auch Japan und England die BRD und Frankreich ein reeles Interesse. Daß diese Länder jetzt versuchen, Abstand von der barbarischen Kriegsführung der Amerikaner zu nehmen und sich über den Völkermord in Vietnam entsetzen, ändert an dieser Tatsache nichts.

Daß die westlichen Verbündeten Amerikas zum taktischen Rückzug raten, daß die amerikanische Regierung sich selbst zu diesen Rückzug gezwungen sieht ist noch kein Zeichen für den Einbruch einer Aera des WELTFRIEDENS. Die immer breitere Spaltung zwischen arm und reich, die imperialistische Haltung der westlichen Welt, auf die Vietnam ein besonders grelles Licht wirft, bestehen weiterhin. Die kapitalistischen Regierungen sind ebenso wenig bereit die gerechten Forderungen der Entwicklungsländer wahrzunehmen , wie die Regierung der BRD die Forderungen der Studenten auf Hochschulreform. Die WElthandelskonferenz, die in diesem Jahr in New Delhi stattfand, hat in aller Klarheit gezeigt, welches Interesse die Industrienationen den gemässigsten und vernünftigsten Reformplänen entgegenbrachten. Vietnam bleibt eine Warnung an die Imperialisten und ein Vorbild für die Länder der "Dritten Welt". Vietnam beweist, daß weder Napalm noch Blut den Befreiungswillen unterdrückter Völker eindämmen können. Wenn der Westen von Vietnam nicht lernt, und dafür gibt es noch kein Zeichen, dann wird es in der Zukunft noch ein Vietnam geben, und zwei und drei und mehr.

MONTAG DEN 6. 5. 68 , 20 UHR HÖRSAAL 13

Vietnam
Teach-in (Asta)

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint ein Handzettel der ESG mit dem Aufruf zum Teach-In um 20 Uhr zum Thema "Desertionskampagne für amerikanische Soldaten" (GIs) aus Anlaß des 8.5.1945 bzw. zum Vietnam-Krieg.
Q: ESG Heute Teach In, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)



HEUTE TEACH IN + NEUE UNI + HÖRSAAL 13 + 20 UHR c.t.

THEMA : Desertionskampagne für amerikanische Soldaten

ANLASS: Tag der Niederlage des Faschismus in Deutschland - 8. Mai

Es wird der amerikanischen Regierung vorgeworfen:

Der Vietnamkrieg ist kein Befreiungskrieg - sondern ein exemplarischer Krieg des Imperialismus.

Er hat sich zu einem systematischen Völkermord entwickelt.

Sind die amerikanischen " Missionare der Freiheit " zu Söldnern des Faschismus geworden?

Beteiligen wir uns an dieser Diskussion !

Bringen wir unsere Argumente dafür oder dagegen vor !

Wir dürfen andere nicht in ihren politischen Entscheidungen allein lassen !

EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE + EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute ein Flugblatt "Wissenschaft + Vietnamkrieg", herausgegeben von der Fachgruppe Chemie und dem politischen Referat des AStA zum Teach-In am 6.5.1968 und der Demonstration und Kundgebung am 8.5.1968.
Q: AStA, Fachgruppe Chemie: Wissenschaft + Vietnamkrieg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

wissenschaft + vietnamkrieg

Flugblatt der Fachgruppe Chemie und des politischen Referats des AStA

zum teach-in am 6.5./zur Kundgebung und Demonstration am 8.5.

Chemische Stoffe, deren Verwendung in Süd-Vietnam
bewilligt ist.(Aus dem Viet-Report,Juni-Jul

MILITÄRKODEX	CHEMISCHE ZUSAMMENSETZUNG	SOFORTIGE WIR
A)Unkrautvertilgungsmittel 2,4 D	2,4-dichlorophenoxyessigsäure (Flüssigkeit oder Pulver; Spray Aerosol)	Zerstört Pfla breiten Blätt Giftigkeit fü durch Genuss zen.Verletzun dauungstrakte lem bei Geflü Direkte Ausse Menschen: Lun Verdauungsstö Blutungen im hühte Wirkung teren Mensche und Kindern.
B)Tränengas CN (oder CM)	Chloracetophenon (Nebel,Mischung von Dampf und d Brandgranaten versprühte Tröpfchen. Granaten, die Pulver versprühen. Gas; Pulver etc.)	Reizung der o Atmungswege.V nungen der fe Haut."Ausserg setzung" bei tration von 3 m
C)Brechreizerregendes Gas DM	Diphenylaminochloroarsin (oder Phenarsazinchlorat)	Reizungen der und der Schlei Kopfschmerzen. gungsgefühl,Hu Übelkeit,Erbre Außergefechtse eine Dauer vo
D)Reizgas CS (auch brechreizerregendes Gas)	O-chlorobenzalmalononitri (durch Granaten erzeugter Nebel; Spray; Kristalle, die Gase freigeben.)	Tränenfluss, Brennen der Au brennungen de Brechreiz,Aus setzung bei K tionen von 1-6 Unheilbare Ver bei 2o mg/

Seite 2

Am 6.5. findet in der Neuen Uni um 2o Uhr ein teach-in über Vietnam und die Möglichkeiten einer Desertionskampagne unter den amerikanischen GI's statt. Zum teach-in kommt auch J. Horlemann, Autor von "Vietnam-Genesis eines Konflikts" edition suhrkamp, und Mitglied des SDS-Berlin.

Am 8. Mai, dem Tag des alliierten Sieges über den Faschismus des 3. Reiches findet eine Kundgebung auf dem Uniplatz und eine Demonstration zum amerikanischen Headquarter statt.

Chemische Stoffe, die von den USA für die Verwendung [illegible] nicht offiziell bewilligt sind, jedoch nach Angaben Augenzeugenberichten westlicher Journalisten rege

Militärkodex	Chemische Zusammensetzung	Sofortige Wirkun
CNS	Derivat des Chloroforms und des Chlorpikrins. Auf Grund der festgestellten Wirkungen könnte es ein Derivat des Senfgases HN-1 oder HN-2 sein, die jetzt für milit. Gebrauch verfügbar sind. In Brandgran. und Bomben gelagertes Pulver.	Bei geringster K tration: Reizung Augen, Verbrennun Haut, Brechreiz, Diarhoe. HN-Deriv Tränen, husten, V nungs- Verlangsa der Herztät: gkei lust des Geruchs der Empfindlichk Mundschleimhaut.
Agens V. Nervengas	Die Agensien A u. G (Nervengase) beruhen alle auf Phosphorgrundlage. Die Ag. V können auch organische Phosphorverbdg. "Organophosphat" enthalten.	Kann tödlich wi Muskelflimmern, mung Lungenöde Zittern, Atmung schwierigkeiten Krämpfe, Tod.
?	Zyankaliderivat, Gebräuchlichstes Kriegsgas.: Aydvocyan, Blausäure. (Der "Zyklon B", der in Auschwitz verwendet wurde. Aerosol. Spray. Gas leichter als Luft, muss also mit schwereren Teilchen verbunden werden.	Blockiert die atmung. Der Sa stoff kann ni verwertet wer Hat Atemnot u langsamung de Herztätigkeit Folge.

Die Tabellen wurden leicht gekürzt der Broschüre Berlin, Sommersemester 1968 entnommen. Diese hat s entnommen, der umfangreiches Quellenmaterial angib

KU-Broschüre auf dem politischen Referat des AStA.

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute ein Flugblatt "Wissenschaft + Vietnamkrieg", "herausgegeben von Slawisten für Slawisten" zum Teach-In am 6.5.1968 und der Demonstration und Kundgebung am 8.5.1968.
Q: Hopfgarten, Th: Wissenschaft + Vietnamkrieg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

!!!!! Flugblatt zur generativen Grammatik!!!!!

wissenschaft

Herausgegeben für Slawisten von Slawisten in Zusammenarbeit mit dem politischen Referat des AstA zum teach-in am 6.5. sowie zur Kundgebung und Demonstration am 8.5. 1968.

+ vietnamkrieg

Am Slavischen Institut Heidelberg wird im SS 68 ein Hauptseminar mit dem Thema : Einführung in die generative Grammatik (Prof. de Vincenz)stattfinden. Der Begründer dieser Theorie der generativen Grammatik war Noam Chomsky, Professor für Linguistik und moderne Sprachen am Massachusetts Institute of Technology..... Neben seinen zahlreichen Arbeiten zur Entwicklung der Grundlagen einer unfassenden algebraischen Theorie natürlicher Sprachen hat dieser Noam Chomsky einen aufsehenerregenden Artikel verfasst,der in Amerika unter dem Titel " The Responsibility of Intellectuals" erschien.Hier äußert sich Chomsky zum ersten Mal zu aktuellen Fragen der Tagespolitik.
Dieser Artikel ist im KURSBUCH 9,1967 S. 142-167 unter dem Titel " Vietnam und die Redlichkeit des Intellektuellen" abgedruckt.

Darin heißt es unter anderem : "Wir können schwerlich umhin, uns selbst zu fragen, in welchem Ausmaß das amerikanische Volk Verantwortung trägt für den barbarischen Angriff Amerikas auf die weitgehend hilflose Landbevölkerung in Vietnam."..."Nur völlig Abgestumpfte können diesen Fragen ausweichen." (S.143)
"Die Intellektuellen sind in der Lage, die Lügen der Regierung aufzudecken und deren Handlungen auf ihre Ursachen, ihre Motive und ihre oft verborgenen Intentionen hin zu analysieren."...
" Für eine priviligierte Minderheit hält die westliche Demokratie genügend Zeit, Hilfsmittel und Ausbildung bereit, die Wahrheit zu suchen, die hinter einem Schleier von Verzerrung und Verdrehung, Ideologie und Klasseninteressen verborgen ist." (S.142)
"Die Propagandamaschinerie der Regierung übt jedoch eine solche Macht aus, daß ein Bürger, der sich nicht eine genaue Untersuchung des Gegenstandes zum Ziel gesetzt hat, schwerlich hoffen darf, den Regierungserklärungen Tatsachen entgegenstellen zu können." (S.1
" Kehren wir doch zurück zum Krieg in Vietnam und zu der Raaktion, die er unter den amerikanischen Intellektuellen hervorgerufen hat. Ein auffallendes Merkmal der jüngsten Debatte über die Südostasien-Politik ist die Unterscheidung, die gewöhnlich zwischen 'verantwortungsvoller Kritik' auf der einen Seite und 'überempfindlicher', 'gefühlsmäßiger' oder 'hysterischer Kritik' auf der anderen gemacht wird. Dabei ist die Terminologie sehr aufschlußreich, die bei diesen Unterscheidungen angewandt wird. Die 'hysterischen Kritiker' sind offenbar an ihrer unvernünftigen Weigerung zu erkennen, als grundlegendes politisches Axiom zu akzeptieren, daß die Vereinigten Staat das Recht haben, ihre Macht und Kontrolle unbegrenzt auszuweiten, wo es nur möglich erscheint. Verantwortungsvolle Kritik stellt diese Voraussetzung nicht in Frage,.."(S.147ff)

Nachdem Chomsky sich kritisch mit der Rolle der amerikanischen Intellektuellen, der Fachleute und Spezialisten auseinandergesetzt hat, faßt er zusammen:" Intellektuelle Haltungen wie diese sind mitschuldig am der Schlächterei in Vietnam.Wir täten gut daran, ihne offen entgegenzutreten; sonst werden wir erleben, daß uns unsere Regierung einer "Endlösung" in Vietnam - und in den vielen Vietnams die unvermeidlich noch bevorstehen- entgegenführt. (S.164)

stud.phil. Thomar Hopfgarten

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint ein Flugblatt "Wissenschaft + Vietnamkrieg", herausgegeben von Soziologen in Zusammenarbeit mit dem politischen Referat des AStA zum Teach-In am 6.5.1968 und der Demonstration und Kundgebung am 8.5.1968.
Q: AStA, Soziologen: Wissenschaft + Vietnamkrieg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Wissenschaft + Vietnamkrieg

Flugblatt von Soziologen in Zusammenarbeit mit dem politischen Referat des AstA zur teach-in am 6.5. und zur Kundgebung am 8.5.68

!!!! s o f t w a r e !!!!

"Sozialwissenschaftliche Forschung (...) stellte der Gemeinschaft der Nachrichtendienste sowohl wichtige Eingebungsdaten als auch wichtige Informationen über analytische Methoden zur Verfügung. Der CIA sollte, wie sein Name sagt, die zentrale, sozialwissenschaftliche Forschungsorganisation sein, um der Bumdesregierung das Verstehen der Kultur und Gesellschaften der Welt zu ermöglichen.(... sollte man verlangen, daß der CIA unsere besten Sozialwissenschaftler anwirbt und mit ihnen Verträge schließt."
I. de Sola Pool.

Die neopositivistisch orientierte Soziologie (in den USA in unterschiedlichen Naivitätsgraden weithin dominierend) hat es immer mit der Wertfreiheit gehalten. Die Liebe zur angeblichen Neutralität gipfelt in technologischen Hypothesen, d. s. Sätze von der Form "wenn du x willst, tue y", z.B."wenn du Befreiungskämpfe unterdrükken willst, manipuliere die Massen."- Zunächst vorwiegend auf Sozialreformen in den USA angesetzt, waren die Auswirkungen solcherweise verstandener Wissenschaft vergleichsweise harmlos. Unter Kennedy erst sahen die Sozialwissenschaftler im Zeichen der aufsteigenden Intellektuellen-Ideologie die Zeit gekommen, in der auch sie ihr Stückchen von der Macht abbekommen konnten. Dadurch, daß die Forschungsprogramme, die zur Aufstellung der genannten technologischen Hypothesen führen, sehr aufwendig sind, müssen die Sozialwissenschaften aber zwangsläufig unter die Herrschaft der Regierung geraten: nur diese kann sie finanzieren(1961/62 belief sich der Anteil der Regierung auf zwei Drittel, inzwischen dürfte er sehr viel höher sein; Greenfield, Science goes to Washington). Gleich für welche Projekte der Wissenschaftler sich entscheidet, durchführen kann er nur die, die sein Geldgeber durchgeführt haben will. Damit degradieren sich die Sozialwissenschaftler (bei fehlender Grundlagenforschung) selber zu Kettenhunden des staatlichen Machtapparats. Sie liefern software, Spionage und Manipulationsstrategien für Gebiete, in denen US-Offiziere Aufstände befürchten(Atomzeitalter, März 1968, s. 157).

Die amerikanische Abteilung des Thai-US R&D-Centers in Bangkok beschäftigt 157 Anthropologen (und andere Forscher). Diese gehören dem Projekt AGILE an, dem weltweiten Counterinsurgency-Forschungsprogramm von ARPA (Advanced Research Project Agency), das dem Pentagon direkt unterstellt ist. Dieses Forschungszentrum entwickelt sowohl Anti-Guerilla-hardware (Waffen etc.) als auch verschiedene software-Programme. Etwa ein Drittel ihres jährlichen 10 Mill. Budgets gibt die R&D-Station in Bangkok für die sozialwissenschaftliche Erforschung von Thailands Bevölkerung und seinen Minderheiten aus. Zuvor war AGILE hauptsächlich auf die DRV gerichtet, dann versuchte es die Antiguerilla- und Befriedungsprogramme des Diem-Regimes aufzupäppeln. Auch jetzt noch ist ein Drittel des jährlichen Budgets der AGILE (30 Mill. Dollar) für die Unterstützung des Vietnamkrieges bestimmt.

- -

Heute um 2o Uhr im Hörsaal 13

T E A C H ' I N über V I E T N A M
UND DIE ORGANSIATION DES WIDERSTANDES IN DER BUNDESREPUBLIK

'1----------

- 2 -

Aber die Aufmerksamkeit des Pentagons richtet sich mehr und mehr auf die Vietnams der Zukunft. AGILE wird auf Länder ausserhalb S ü d o s t a s i e n s ausgedehnt (Peru, Honduras, Kolumbien, Venezuela, Panama, Guatemala, Ecuador, Bolivien)
Ältere Projekte wie "Camelot" lagen bereits auf dieser Linie. (Auch ein amerikanischer Gastprofessor an der Universität Heidelberg hat solche Forschungen durchgeführt /Politische Meinungen in Kolumbien. Haltung der Bevölkerung zum Kommunismus usw./ In Diskussionen zeigt er sich unreflektiert:"Jede Kritik an der empiris Sozialforschung ist ideologisch.")

Daß deutsche Sozialwissenschaftler bisher nur in geringem Umfang mit der Produktion von softwar beschäftigt sind, dürfte zumindest nicht mehr als ein Anachronismus sein. Es kommt darauf an (nicht zuletzt durch dxn Kampf an den Hochschulen) den Anachronismus in eine bewusste kritische Haltung zu überführen.

'''----------

Heute 2o Uhr im Hörsaal 13

T E A C H - I N über V I E T N A M

UND DIE ORGANISATION DES WIDERSTANDES IN DER BUNDESREPUBLIK

mit jürgen Horlemann (SDS-Berlin) Mitautor der Bücher
vietnam-genesis eines konflikts, ed. suhrkamp
und modelle der kolonialen konterrevolution, ed. suhrkamp

Veranstalter:Politisches Referat des AStA

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute ein Flugblatt "Wissenschaft Vietnamkrieg" als Grundlage für das Teach-In am 6.5.1968 mit der Vietnam-Resolution der 20. o. MV des VDS.
Q: N. N.: Wissenschaft Vietnamkrieg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

wissenschaft

Die 2o.o.MV des Verbandes Deutscher Studentenschaften hat nachstehende Vietnam-Resolution mit der entsprechenden Mehrheit angenommen. Die Studenschaft der Universität Heidelberg wird aufgefordert, diese Resolution zu diskutieren und als Grundlage für das teach-in am Montag, den 6.5. 2o in der Neuen Uni zu verwenden. Das StP ist aufgerufen, diesen Beschluss z unterstützen.

vietnamkrieg

V I E T N A M 2o.O.MV/521a

Die 2o.o.MV stellt fest:

Die Tatsachen des Krieges i Vietnam sind wie in keinem Konfliktfall zuv jedem zugänglich, sie sind klar und erschütternd. Wer auch nur den Wille hät, sich vorurteilsfrei zu informieren, der kann wissen, auf welcher Se te in diesem Krieg Unrecht, auf welcher Seite das Recht ist. Die wichtig sten Tatsachen sind:

1. Der zweite Indochina-Krieg, ein Befreiungskrieg der Völker Indochinas der Kolonialherrschaft Frankreichs, endet 1954 mit einem - der schnellen Verhandlungsbereitschaft der Regierung Mendes-France zu dankenden- militärischen Patt nach dem Schlag von Dien-Bien-Phu. Die Vietminh-Bewegung trotz ihrer militärischen Überlegenheit auf die Genfer Verhandlungen ein

2. Das Genfer Abkommen gibt der ehemaligen Kolonialmacht und der US-Regrung eine zweijährige Chance, das für 1956 vereinbarte Votum des vietnamsischen Volkes über die Zukunft ihrer Nation südlich der Demarkationslin in ihrem Sinne zu beeinflussen.

3. Als sich 1956 herausstellt, dass der von der US-Regierung eingesetzt Diktator Diem trotz oder wegen seiner gewaltsamen Unterdrückung jeder Opsition durch eine Wahl zugunsten Ho Chi Minh's weggespült würde, lässt d US-Regierung Diem, die in Genf vereinbarten Wahlen verhindern.

4. Die US-Regierung gibt dem von ihr eingesetzten und durch nichts legimierten Diem eine Beistandsversprechung, auf die sie sich bis zum heutig Tage beruft, und bezieht Süd-Vietnam entgegen dem Genfer Abkommen wie ei souveränen Staat in den SEATO-Pakt ein.

5. Die Diktatur Diems zeichnet sich nicht nur durch Unterdrückung jeder litischen Opposition aus; sie restauriert die während des zweiten Indoch Krieges unter Führung des Vietminh partiell überwundenen halbfeudalen Ag verhältnisse, die für den überwiegenden Teil der Bevölkerung Süd-Vietnam Hunger und Elend bedeuten. Zudem fördert Diem US-Importe, die auch die e reichten Ansätze einer einheimischen Industrie, besonders auf dem Textil sektor durch Dumping zerstören.

6. Als 1960 der innenpolitische Terror Diems sich immer noch unaufhaltsam steigert und zugleich das Elend auf dem Lande und in den Städten ins Unermeßliche wächst, konstituiert sich eine sämtliche demokratische Parteien und Gruppierungen bis hin zu den Buddhisten umfassende, nationale Befreiungsfront Südvietnams unter der Leitung des bürgerlich-liberalen RA Huu Tho, die den bewaffneten Aufstand gegen die Diktatur Diems beschlie

7. Die FNL (Vietkong) organisiert ab 1960 einen Partisanenkrieg, einen Krieg also, der mit der Unterstützung durch die Bevölkerung steht und fällt. Die Beteiligung nordvietnamesischer Berater oder Kombattanten übersteigt bis 1963 nach amerikanische Angaben nicht die Zahl 200. Die Partisanenstreitkräfte beschaffen sich bis 1964 ihre Waffen fast bis zu 100 % von den Diem-Truppen bzw. von den US-Forces.

8. Im Sommer 1963 ist abzusehen, daß der Sieg der FNL-Streitkräfte von den Diem-Gruppen, deren Desertationsziffern ins Astronomische steigen, nicht mehr zu verhindern ist. Nach amerikanischen Schätzungen wird die FNL von etwa 80 % der Bevölkerung unterstützt, Präsident Kennedy erhöht daraufhin die Zahl der US-"Berater" in Vietnam von 2.000 auf 11.000.

9. 1963 wird der Diktator Diem nach dem Buddhistenaufstand in den Städten gestürzt. Eine Militärjunta, die bald von anderen Militärjunten abgelöst wird, übernimmt die Regierung. Es wird offenes Geheimnis, daß die Regierungen in Saigon vom US-Botschafter ein- und abgesetzt werden. Die US-"Berater"-Stärke wird auf 16.000 Mann erhöht.

10. 1964 verzichtet die US-Regierung unter Präsident Johnson auf den Anschein, daß die südvietnamesischen Regierungstruppen den Krieg gegen kommunistische Rebellen führen; sie lassen die Hauptlast des Kampfes von regulären Einheiten der US-Forces tragen und übernehmen auch formell das Oberkommando. Zugleich beginnt nach den Zwischenfällen im Golf von Tonking das Bombardement auf das nordvietnamesiche Territorium durch die US-Forces. Die Begründung dafür ist eine "Aggression aus dem Norden", die gerade das, zu diesem Gegenstand vom Pentagon herausgegebene Weißbuch, sehr eindruchsvoll als Märchen entlarvt. Ende 1964 stehen 200.000 US-Soldaten in Südvietnam.

11. In den folgenden Jahren - Ende 1967 übersteigt die Stärke der US-Truppen in Südvietnam die Zahl 500.000 - wird der Charakter der "Auseinandersetzung" durch die Art der amerikanischen Kriegsführer unübersehbar deutlich:

    Die Vernichtung von Kindern, Frauen, Greisen und der von Menschen bearbeiteten Natur ist das Eingeständnis der Strategie, daß der Gegner nicht aus Infiltranten oder Terroristen besteht, sondern daß das vietnamesische Volk der Gegner ist. Napalm- und Splitterbomben, Giftgar, Erntevernichtungen und die brutalen Folterungen der Gefangenen und der Zivilisten zeigen deutlich, daß die US-Regierung nicht gegen die Bevölkerung terrorisierend Kommunisten aus dem Norden zu Felde gezogen ist, sondern daß sie Völkermord in Eskalationsstufen begeht.

    Die in Abständen unternommenen "Friedensoffensiven" können nicht verleugnen, daß ihr Ziel nicht die Erreichung des Friednes, sondern die Beruhigung der US- und Weltöffentlichkeit über den Krieg ist. Ebenso wenig überzeugen die Versuche, der Saigoner Militärregierung einen demokratischen Charakter zu verleihen: Im August 1967 durften Südvietnamesen zwischen zwei Angehörigen der gegenwärtig regierenden Militärjunta wählen.

- 3 -

12. Die US-Regierung setzt bis zum heutigen Tage die Eskalation des Krieges fort, obwohl sie weiß, daß jeder weitere Eskalationsschritt die Gefahr in sich birgt, daß aus dem Krieg in Vietnam ein atomarer Weltkrieg wird.

    Die Bombardierung der am stärksten bewohnten Teile Saigons durch die Amerikaner zu Anfang des Jahres 1968, die Ausrottung der Stadt Ben Tre und die Kämpfe in Hue dürften auch die letzten Zweifel an der einzig möglichen Strategie der USA in Vietnam beseitigt haben: Da der Vietkong sich in der Bevölkerung wie ein Fisch im Wasser bewegt, ist die einzige Möglichkeit ihn zu besiegen, die Bevölkerung auszurotten.

Die 20. o. MV möge beschließen:

Bis heute konnte sich die deutsche Studentenschaft nicht entschließen, zu diesen Tatsachen Stellung zu nehmen. Der VDS, das oberste Beschlußorgan der repräsentativen demokratischen Studentenvertretungen, begreift sein politisches Mandat als eine Aufgabe, die nur im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Funktion der Hochschule als Hochschule erfüllt werden kann. Die VDS-Charta umreißt diese Aufgaben der Hochschule.

Die Aufgabe der Wissenschaft kann sich in einer Gesellschaft, die Freiheit des einzelnen Menschen als ihr Ziel deklariert, nicht darauf beschränken, Wissen bereitzustellen, das die ständige Verbesserung der Produktion gewährleisten soll. Wenn Wissenschaft verstanden wird als Mittel zur Selbstbefreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten, so hat sie vor allem emanzipatorische Funktion. Um den einzelnen Menschen immer mehr zum Subjekt seiner Geschichte werden zu lassen, muß die Wissenschaft die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ständig in Frage stellen und auf die politische Wirksamkeit ihrer Kritik drängen. Die universitäre Wissenschaft kann deswegen nur dann über einen Völkermord wie den in Vietnam hinweggehen, wenn sie eine gesellschaftliche Arbeitsteilung akzeptiert hat, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind. Damit hätte sich die Hochschule zum bloßen Lieferanten von Wissen degradiert, die kein Interesse an der tatsächlichen gesellschaftlichen Verwertung dieses Wissens hat und damit die Wissenschaft selbst von ihrer Dimension, aufgeklärte Selbstbestimmung der Menschen zu ermöglichen, zum bloßen Produktionsfaktor verkommen läßt.

Entsprechend dieser verkümmerten Funktionsbestimmung reproduziert die Hochschule in ihrem Inneren eben jene gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind. Sie entwirft unter dem Druck von Ministerialbürokratie und Wirtschaftsverbänden neue Ordnungen der Lehre, die die Studenten fertigem Wissen, vorgegebenen Lehreplänen und irrationalen Prüfungsritualen unterwirft.

Wenn die Studenten entschieden darauf dringen, daß in der Universität zwischen allen Universitätsangehörigen die rationale und vor allem verbindliche Auseinandersetzung über die Aufgabe der Universität beginnt, wenn also die Studenten Subjekt werden wollen, begegnet ihnen die universitäre Administration mit Gewalt.

Der VDS stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner

Hochschulpolitik bekämpft. Die Universitäten glauben sich deswegen zum Schweigen verpflichtet, weil sie ihre gesellschaftliche Funktion im Konformismus und in unpolitischer Wissenschaft sehen. Deswegen ist es ein unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des VDS, durch Parteinahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk dem unpolitischen Selbstverständnis der Universitäten entgegenzutreten und die Universitäten an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben. Der VDS stellt auch fest, daß die Parteien der Bundesrepublik und Westberlins ihren verfassungsmäßigen Auftrag, nachdem sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben, nicht erfüllen. Die Parteien halten die innerparteiliche Diskussion über Vietnam möglichst klein. Durch die kritiklose Wiedergabe amerikanischer Propaganda-Formeln, durch mangelnde und falsche Information der Öffentlichkeit verhindern sie eine notwendige kritische Willensbildung in der Bevölkerung und handeln damit ihren proklamierten Zielen zuwider.

Die Kollaboration der Bundesrepublik beschränkt sich nicht auf die politische Unterstützung der Amerikaner in Vietnam. Da sie es nicht wagen kann, Soldaten zu senden, entlastet sie die finanziellen Ausgaben und das politische Prestige der Amerikaner dadurch, daß sie technische und wirtschaftliche "Hilfe" leistet. Der wesentliche Beitrag der BRD zur Ausrottung des vietnamesischen Volkes besteht jedoch darin, die Deckung der Defizite in der amerikanischen Zahlungsbilanz zu ermöglichen. Dadurch, daß die Bundesregierung die amerikanische Zahlungsbilanz stützt und Waffen und Schatzanweisungen in den USA einkauft, finanziert sie indirekt den Krieg der USA mit.

Der VDS beschließt:

Der VDS ergreift angesichts des opportunistischen Schweigens der Parteien und der Universitäten Partei im Krieg der US-Regierung gegen das Volk Vietnams.

- Er verurteilt die US-Regierung und die von ihr abhängigen Regierungen als Verbrecher am Volk Vietnams und an ihren eigenen Völkern.
- Er fordert die US-Regierung auf, bedingungslos und sofort die Bombardements auf das Territorium Vietnams definitiv einzustellen; er fordert den sofortigen Abzug der US-Truppen mitsamt den Truppen der von der US-Regierung aufgebauten unheiligen Allianz, wodurch auch die sowjetischen Spezialisten Vietnam wieder verlassen können, damit die Vietnamesen ihre Zukunft selbst frei entscheiden können.
- Er sieht in der FNL Süd-Vietnams die derzeit glaubwürdigste Vertretung der Interessen des vietnamesischen Volkes südlich der Demarkationslinie und er begreift den Kampf der Partisanenstreitkräfte der FNL als den z.Z. entscheidensten Beitrag, um sowohl Süd-Vietnam wie die USA von einer demokratiefeindlichen und verbrecherischen Regierung zu befreien. Er erblickt im Ausgang des Krieges in Vietnam genau wie die US-Regierung eine Entscheidung, die für die Befreiung der unterdrückten Völker der "3. Welt" von beispielhafter Bedeutung ist, und unterstützt deswegen die FNL Süd-Vietnams.

- Er erklärt denjenigen Studenten in den USA seine Solidarität und seine Unterstützung, die sich in beispielhafter Weise im innenpolitischen Kampf gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Rassendiskriminierung und für eine demokratische Universität eingesetzt haben.
- Er protestiert gegen die Verfolgung derjenigen, die amerikanischen Soldaten, die eine Teilnahme am Angriffskrieg nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, unterstützen. Er fordert Bundesregierung und Bundestag auf, die Voraussetzung zu schaffen, daß Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte, die sich weigern, in Vietnam zu kämpfen, politisches Asyl gewährt wird. Eine Auslieferung von Desserteuren ist völkerrechtswidrig und verletzt deshalb das Grundgesetz.
- Er verurteilt die Produktion von Kriegsmaterial für Vietnam durch deutsche und amerikanische Firmen als Beihilfe zum Völkermord.

Dem VDS geht es nicht allein um eine Deklaration. Der VDS fordert die Studentenschaften der westdeutschen und westberliner Hochschulen auf:

- Aufklärungskampagnen über den Krieg der USA gegen die Vietnamesen in der Bevölkerung durchzuführen;
- koordinierte Protestaktionen in allen Großstädten der BRD und West-Berlins zu organisieren;
- in Zusammenarbeit mit den Belegschaften gewaltlosen Widerstand (Auslieferungsverhinderung, Streik etc.) gegen deutsche und amerikanische Firmen zu initiieren, die Kriegsmaterial für Vietnam herstellen;
- Dessertationskampagnen in den Städten einzuleiten, in denen amerikanische Garnisonen liegen;
- finanzielle Unterstützung für Deserteure und ihre Organisationen zu leisten.

Der Vorstand wird beauftragt, einen Katalog von weiteren Maßnahmen zusammenzustellen und in engster Zusammenarbeit mit den AStA ein Aktionsprogramm für das gesamte Bundesgebiet aufzustellen und durchzuführen.

Angenommen mit 240 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 72 Enthaltunger

06.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "Öffentlichkeit" mit dem Aufruf zur Herstellung der Öffentlichkeit auf der Sitzung der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät am 7.5.1968, auf der eine Grundordnung beschlossen werden soll.
Q: AStA: Öffentlichkeit, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

6.5

öffentlichkeit

Offener Brief

an den Senat der Ruprecht-Karl-Universität
z.Hd. Sr. Magnifizenz, dem Rektor der Universität Heidelberg,
Frau Professor Dr. Margot Becke

Am Dienstag, dem 7. Mai 1968, wird um 15 Uhr im Sitzungssaal der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät in der Neuen Universität eine außerordentliche Senatssitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Bericht über die Arbeit des Grundordnungsausschusses stattfinden. Gemäß den Beschlüssen der Studentenschaft fordern wir die Öffentlichkeit dieser Sitzung und fordern die Studenten auf, zu dieser Sitzung zu erscheinen, die Berichte anzuhören und zu diskutieren.

Schon gegen Ende des vergangenen Semesters haben die studentischen Vertreter in der Grundordnungskommission die Öffentlichkeit gefordert und ausführlich diese Forderung begründet. Ein Go-in zur Herstellung der verweigerten Öffentlichkeit machte vor dem Sitzungssaal halt und verzichtete darauf, die Öffentlichkeit der Sitzung herzustellen, um den Professoren Zeit und Gelegenheit zu geben, unsere Argumente zu prüfen. Auf den darauffolgenden Teach-ins und Versammlungen der Studenten erschien kaum ein Professor. Auf der Vollversammlung anläßlich des Streiks gegen das Hochschulgesetz ergriff nur einer von den zwei anwesenden Professoren einmal das Wort. Die Kommission zur Vorbereitung der Erstellung* hat sich bisher den Studenten zu keiner Diskussion gestellt. Im letzten Semester wurde die Ablehnung unserer Forderung unter anderem damit begründet, daß die Diskussion noch nicht so weit sei, um der Öffentlichkeit Ergebnisse vorlegen zu können. Jetzt wird ein Bericht über die Arbeit der Grundordnungskommission gegeben, ohne daß von seiten des Senats und der Kommission die Öffentlichkeit gewährt wird. Nachdem die Professoren weder zu den Versammlungen der Studenten kommen, noch die Öffentlichkeit in den Gremien der Universität gewähren, sehen wir uns genötigt, die öffentliche Diskussion über die Probleme der Universität und unsere Forderungen herzustellen.

Abgesehen davon, daß wir prinzipiell die Öffentlichkeit der Beratungen in allen Gremien der Universität fordern, sind wir besonders darüber betroffen, daß in der Frage der Erstellung einer neuen Grundordung der Universität, die alle Mitglieder der Universität entscheidend betrifft, die öffentliche Diskussion bisher systematisch von den Professoren verweigert wurde, obwohl von seiten der Studenten alle Formen und Möglichkeiten einer solchen Diskussion angeboten wurden. Angesichts dieser Situation erscheint es fraglich, ob eine studentische Beteiligung an der Erarbeitung einer neuen Grundordnung in einer Grundordnungskommission sinnvoll ist, in der die Professoren nach dem Hochschulgesetz von vornherein über die absolute Mehrheit verfügen werden.

AStA

*einer Grundordnung

06.05.1968:
An der FU Berlin gibt die Fachschaft des OSI, laut einem Eingangstempel heute, ein Flugblatt "Was heisst hier 'Notstand'…?" gegen die Notstandsgesetze (NSG) heraus.
Q: FU - FS OSI: Was heisst hier 'Notstand'…?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

WAS HEISST HIER " N O T S T A N D "....? 06 MAI 1968

14. Mai 1968: mit der Eile des Bedrängten wird an diesem Tag die Bonner Kartellpartei den Staatsstreich von oben legalisieren.

Das wird geschehen.

trotz Kampfansage der Gewerkschaften
trotz Resolutionen und Hearings
trotz Sternmarsch von 1oo ooo auf Bonn

g e r a d e d e s w e g e n wird es geschehen, überstürzt - und raffinierter denn je zuvor ! Denn auch und gerade die Notstandsgesetze sind notwendiger Bestandteil der Herrschaftssicherung.Niemand, der den Charakter dieser Gesellschaft erkannt hat,verwundert sich lä über die Stoßrichtung dieser Politik:

1. Dieser CDU-Staat ist ein demoautoritärer Besitzverteidigungsstaat kapitalistischer Provenienz.
2. Seine politischen und ökonomischen Machteliten reproduzieren sich selbst;dem Besitzbürgertum verpflichtet sind die "staatstragenden Kräfte" im Bewußtsein dieser Klasse.
3. "Erfolge" des 2o-jährigen Klassenkampfs von oben :
- Entpolitisierung der "Repräsentierten"
- Entsubstantialisierung der parlamentarischen Demokratie und de Föderalismus.
- Verfemung der sozialistischen Alternative
- Militarisierung und Disziplinierung der Lohnabhängigen
- Nationale und internationale Organisierung des Kapitalismus
- Agressives Hegemoniestreben in Westeuropa und der dritten Welt
4. Beispiele...?!
- Bildung der Kapitalistischen Einheitspartei Deutschlands
- MLF,Atomwaffensperrvertrag,"Wierdervereinigungspolitik",NATO, EWG,Volkskapitalismus,"Sozialbudget",Stabilisierungsgesetz, Mehrheitswahlrecht,Notstandsgesetzgebung etc.
- Torpedierung der Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften

Wozu braucht es eigentlich noch eine Kodifizierung des permanenten Klassenkampfs von oben? Hinter dieser Formalität ist das Betreben zu sehen,jedem Exekutor eine präzise Anweisung zum Handeln in die Hand zu geben: Das neue "Mein Kampf" liegt auf dem Tisch,und jeder Sozialist weiß,was ihn erwartet. Der Klassencharakter dieses Gestzes ist offenkundig und jede LEGALISTISCHE ARGUMENTATION VERSCHLEIERT DEN TATBESTAND UNSERER EXISTENTIELLENBEDROHUNG!

DISKUTIEREN WIR INHALTLICH,POLITISCH :

7.Mai 13.3o Uhr OSI Hörsaal A
8.Mai 19.oo Uhr Audi-Max TU (Moneta und Ridder)
9. Mai 19.oo Uhr Audi- Max FU (W.Hofmann)
1o. Mai 11.oo Uhr Audi-Max FU (W.Hofmann:Elend der Nationalökonomie)

DEMONSTRIEREN WIR MASSENHAFT IN BONN : 11. Mai 1968
Fachschaft OSI verantw. Gerd Weghorn

NOTSTANDSGESETZE : KURZLEHRGANG FÜR KONTERREVOLUTIONÄRE

06.05.1968:
An der FU Berlin wird mit einem Flugblatt "Kuhhandel oder Berufung?" aufgerufen zur Vollversammlung am 7.5.1968 im Religionswissenschaftlichen Institut wegen der Besetzung des religionswissenschaftlichen Lehrstuhls von Professor Braune mit einem Islamwissenschaftler und der Zusicherung an den Iranisten Colbe, Institutsdirektor zu werden.
Q: Enderwitz, U., Riedel, D.: Kuhhandel oder Berufung?, Berlin 6.5.1968

6.5.68

K U H H A N D E L O D E R B E R U F U N G ?

Am 3.5.68 protestierte die Vollversammlung aller Fakultäten gegen die Störung des Universitäsbetriebes durch die Privatinteressen der Ordinarien. Am folgenden Tag setzten ordinariale Privatinteressen die Liquidation eines ganzen Faches durch.

Die Professoren Loos und Lieber, die in der Vollversammlung sich in Bekundungen ihres Verständnisses für die mißachteten Interessen der Studenten gefielen, waren an einem Entschluß beteiligt, der folgenden Inhalt hat:

1. Der durch die Emeritierung Professor Braunes frei werdende religionswissenschaftliche Lehrstuhl soll sofort mit einem Islamwissenschaftler besetzt werden.
2. Die Fakultät sichert dem auf den Lehrstuhl für Iranistik berufenen Göttinger Professor Colpe das Direktorium des Religionswissenschaftlichen Institutes zu.

Dieser Beschluß bedeutet:

1. Der bisherige Lehrstuhl für Religionswissenschaft ist abgeschafft. Er wird in einen Lehrstuhl für Islamkunde umgewandelt.
2. Das derart zum Tauschobjekt gemachte Religionswissenschaftliche Institut wird dem Ordinarius für Iranistik, Professor Colpe, zugeschlagen.

Diesem, von professoraler Interessenpolitik bestimmten Kuhhandel droht die nach Begriff und Methode interdisziplinär orientierte Forschungsrichtung Religionsphilosophie zum Opfer zu fallen.

Auf diese Weise werden einer nach Gesichtspunkten der Kooperation und Diskussion orientierten Studienpraxis, wie sie in diesem Institut entwickelt worden ist, die Produktionsmittel entzogen.

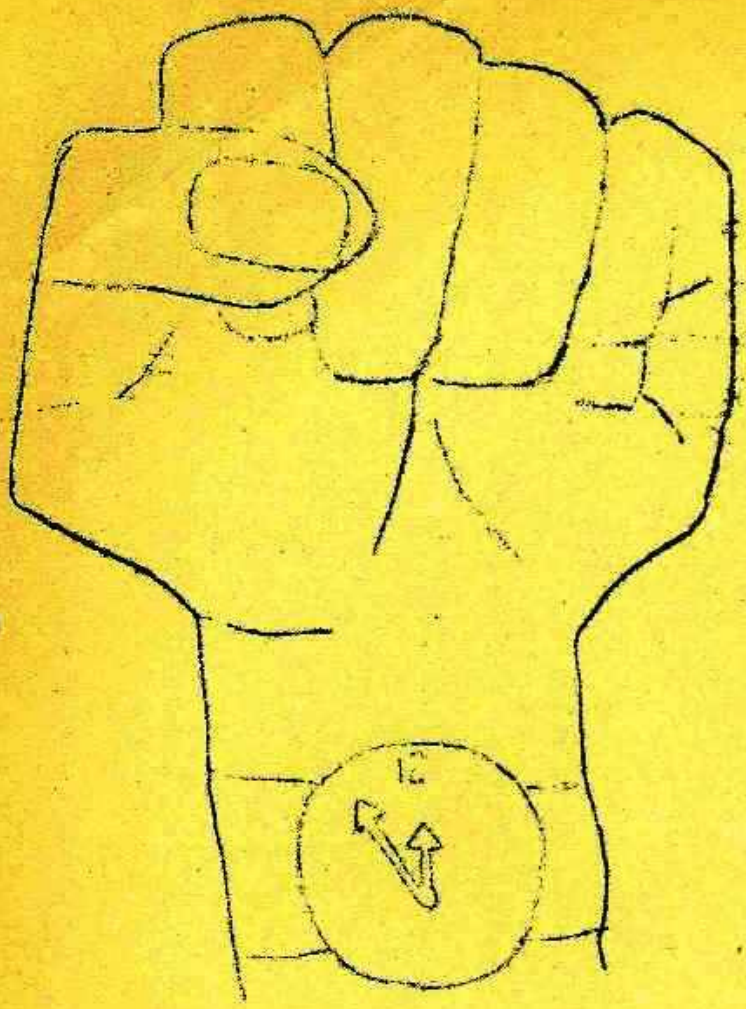
Alle Betroffenen fordern wir auf, am Dienstag, den 7.5.68, 15 Uhr, im Religionswissenschaftliche Institut zu kommen, um dort in einer Vollversammlung über Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu beraten.

Berlin, den 6.5.68

U.Enderwitz D.Riedel

06.05.1968:
In Berlin veröffentlicht die Basisgruppe Friedenau vermutlich frühestens in dieser Woche ihr Arbeitsprogramm. Dieses beinhaltet:"
1. Notstand (konkrete Aktionen zum 29. Mai)
2. Wohnungsfrage (weißer Kreis)
3. Schulen (Schüler)
4. Kaufhäuser (Lohnabhängige)
5. Kontakte zu anderen linken Organisationen
6. Unterleib und Überbau
7. Diskussion mit Polizisten
8. Diskussion von Organisationsformen der APO
9. Internationale Studentenbewegung (Theorie und Praxis)".

Q: Arbeitsprogramm der Basisgruppe Friedenau, Berlin O. J. (1968)



Friedenauer Genossin !

Friedenauer Genosse !

Die Basisgruppe Friedenau braucht auch Dich !

Komm zu uns !

Agitiere mit !

Plane mit !

Verändere mit !

Friedenauer Genossin !

Friedenauer Genosse !

Friedenau muß rot werden !

Arbeitsprogramm der Basisgruppe Friedenau
PLÄNE - PERSPEKTIVEN - PROGNOSE

1. Notstand (konkrete Aktionen zum 29. Mai)
2. Wohnungsfrage (weißer Kreis)
3. Schulen (Schüler)
4. Kaufhäuser (Lohnabhängige)
5. Kontakte zu anderen linken Organisationen
6. Unterleib und Überbau
7. Diskussion mit Polizisten
8. Diskussion von Organisationsformen der APO
9. Internationale Studentenbewegung (Theorie und Praxis)

Friedenauer Genossin ! Friedenauer Genosse !
Komm in unser Lokal (Berlin 41, Görresstraße 9, Keller) !
Dienstag und Freitag, ab 20 Uhr, triffst Du uns immer an !
Buslinien 2, 25, 81, 85, 86, 17 Friedrich-Wilhelm-Platz.
Telefon: 83 74 96(Revolutionsseelsorge). Bier. Schnaps.

06.05.1968:
In Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche die Nr. 3a der 'Linkeck' (vgl. 29.4.1968, 24.6.1968) mit einem Titelbild "Treibt Bonn in den Notstand - macht den Sternmarsch zum Raubzug" und dem Leitartikel "Hammer und Sichel oder Hakenkreuz. Schwierigkeiten bei Linkeck" zum Konflikt mit der Pots-Kommune um das Titelbild der Nr. 3 zum 1. Mai.

Weitere Artikel sind:
- "Streik" der Publizisten an der FU;
- "Theaterpolitik";
- "APO + SED = Schlips und Kragen";
- "Was ein Demonstrant in 30 Stunden Haft alles lernen kann!";
- "Gewalt gegen Sachen";
- "Es ist alles so sinnlos" zu Klaus Frings, der am 17.4.1968 in München bei einer Demonstration nach dem Dutschke-Attentat durch einen Steinwurf starb;
- "Rocker raus. Karrieremacher praktiziert Konterrevolution" zu Jens Litten und den Hamburger Springer-Protesten;
- "Ex und hopp", ein Bericht zur Kaufhausbrandstiftung in Frankfurt;
- ein Bericht zum Rücktritt des AStA-Vorsitzenden der FU, Wolfgang Landsberg;
- "Linkeck-Interview" mit Josef Bachmann;
- "2 Tote schaffen mehr als 20.000 Polizisten" zu Frings und Schreck;
- der Artikel "Schüler" aus dem 'Spiegel' über Linkeck;
- "Putschistenkacke" zu den Berliner Osterunruhen;
- "Brave Linke" zum Buchladen Europäisches Buch, wo tausend Mark aus der Kasse gestohlen wurden und die beiden Angestellten dies nun bezahlen müssen; sowie
Martin L. King in Bonn / by Malcom X", womit Malcolm X gemeint ist.
Q: Linkeck Nr. 3a, Berlin o. J. (1968)

06.05.1968:
Vermutlich an der Universität Frankfurt erscheint, laut einem Eingangstempel heute, ein von Mitgliedern verschiedener Hochschulgruppen unterzeichnetes Flugblatt "Der Faschismus … er sickert … und sickert … und sickert" gegen die Notstandsgesetze (NSG) mit dem Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn am 11.5.1968.
Q: Blank, J.: Der Faschismus … er sickert … und sickert … und sickert O. O. (Frankfurt) O. J. (1968)

DER FASCHISMUS

6. Mai 19

0 7. MAI 19

... er sickert
... und sickert
... und sickert

Die bürgerliche Demokratie - so meinen die Apologeten der Notstandsgesetze - sei eine Staatsform, die für Schönwetterzeiten geschaffen sei. Und in der Ta konnte ja erst in einer Demokratie das Problem auftauchen, wie sich die Herr schenden schützen könnten, wenn die Beherrschten ihnen ihre Zustimmung versa gen. --- Die Notstandsgesetze als Mittel, die bürgerlich-kapitalistische Demokratie auch in Schlechtwetterperioden aufrecht zu erhalten - also dann, wenn größere Teile der Bevölkerung der kapitalistischen Gesellschaft sich verweigern - diese Rückversicherung der Herrschenden hat systemnotwendigen Charakter.

In der Rekonstruktionsphase der Bundesrepublik gelang es mit einigem Erfolg, die Spitzen der Gewerkschaftsbürokratie und Teile der Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren. Massive amerikanische Wirtschaftshil und die Propagierung eines rücksichtslosen Antikommunismus schufen die mate riellen und ideologischen Mittel, um der Arbeiterklasse ihre objektiv unter privilegierte Stellung im Produktionsprozeß und in der Gesellschaft zu ver süßen.

Das Ende des Wirtschaftswunders; die erste größere Rezession und die Aussic auf eine lange Periode der relativen Stagnation mit geringen Wachstumsraten machen es zweifelhaft, ob die Beherrschten auch in Zukunft sich mit ihrem Status zufrieden geben werden. Durch fortwährende starke Lohnerhöhungen sin sie nicht mehr zu befriedigen. Die Arbeiterklasse könnte sich ihrer objekti Klassenlage auch subjektiv bewußt werden. Die Herrschenden sehen das voraus und treffen klugerweise vorsorgliche Maßnahmen.

Zwar sind Teile der Gewerkschaftsbürokratie, besonders in Berlin, derart im System integriert, daß sie zu einen sicheren und unentbehrlichen zweiten Standbein der kapitalistischen Gesellschaft geworden sind. Aber Sickert und Massen wurden schon ausgepfiffen; ihr Thron wackelt. Schon vor der harmlo sen Revolte der Studenten - die bisher nur die fortgleitende Entdemokrati sierung der Gesellschaft aufhalten sollten und noch gar nicht offensiv für sozialistische Demokratie zu arbeiten vermochten - haben die Herrschenden panische Angst bekommen. Diese Debatte ist in der Tat nur ein winziger Vor schmack auf das, was ihnen blühen würde, wenn die Arbeiter gegen die Gewerk schaftsbürokratie sich ihrer eigenen Interessen praktisch bewußt würden.

Das Grundgesetz ist ein politischer Kompromiß gewesen, der die faschistisch Form der Herrschaft des Kapitalismus ersetzte durch eine (nun wieder möglic gewordene) relativ liberale Herrschaft. Die bevorstehende Änderung bedeutet das Ende der relativ liberalen Periode und den Griff zu offen autoritären Herrschaftsformen.

Am Freitag, den 1o.5.68, um 21.26 Uhr fährt ein Sonderzug mit ca. 8oo Plätz nach Bonn. Preis DM 4o,-- hin und zurück (Rückfahrt in der Nacht zu Sonntag Außerdem werden Busse und ein Autokonvoi fahren. Autofahrer bitte anmelden bei K.O. Heise 83.29.o3 Abfahrt: Freitag, 1o.5. ab 22. Uhr, Parkplatz an der Leibnizstraße.. Karten für die Bahnfahrt, Plaketten, Informationsbroschüren und Aufkleber jeden Tag vor der Mensa.

11. Mai Sternmarsch auf BONN

Noch liegt in Diskussionen an Universitäten und Hochschulen eine Möglichkeit darzustellen, wie die Notstandsgesetze aussehen, was sie für die Entwicklung der Bundesrepublik bedeuten, wie man sich ihnen gegenüber verhalten kann.
Diese Diskussionen müssen darauf zielen, eine breitere Öffentlichkeit zu konstituieren, die nicht bereit ist, widerstandslos über sich verfügen zu lassen.

Joachim Blank - Franz Gress - Günter Hack, Mitglied der HSU - Ulrich Hammer, Mitglied des SHB - Joachim Hirsch - Kirsten Klonk, Mitglied des SDS - Karsten Kullmann, Mitglied der DIS - Brita Moritz, Mitglied der Hochschulgruppe Frankfurt der GEW - Rolf Müller, Mitglied der GAG - Carl Nedelmann - Adalbert von Poblotzki - Gert Schäfer - Eckehart Scherzer, Mitglied des SDS - Ursula Stein - Dieter Thelen, Mitglied des LSD - Edgar Weick, Mitglied des SDS - Peter Weigt

Die Verfassungswidrigkeit der "einfachen Notstandsgesetze" ist offenkundig. Sie verstossen zumindest gegen die Art. 1, 2, 8, 9, 11 bis 14, 2o, 8o und 83 des Grundgesetzes.(8).
Trotz dieser offenkundigen Verfassungswidrigkeit, die etwa auch der hessische Ministerpräsident Zinn und der hessische Arbeitsminister Hemsath im Namen der hessischen Landesregierung im Bundesrat feststellten, ist eine Verfassungsklage der schon jetzt klageberechtigten politischen Organe angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse unwahrscheinlich. Der einzelne Bürger kann erst dann klagen, wenn er durch die Anwendung dieser Gesetze unmittelbar betroffen wird.

Die einzige grosse Organisation, die sich ausdrücklich gegen die Notstandgesetze aussprach, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund.
Das geschah nicht zufällig, wie gegen die Arbeitnehmer zu verfahren ist - wie überdies gegen jedermann, der nicht dem Machtapparat angehört -, geht aus den Gesetzestexten hervor (9).
Die Gewerkschaften erreichten es wohl, dass die SPD am Ende der letzten Legislaturperiode noch einmal davon absah, den "verfassungsändernden" Gesetzen sogleich zuzustimmen, jedoch sind die Gewerkschaften nicht so mächtig, jene Gesetze zu verhindern.

Da die bestehenden Organisationen und Institutionen nicht bereit oder nicht in der Lage sind, die Notstandsgesetze zu verhindern, sind die Betroffenen auf sich selbst verwiesen.

Was ist zu tun?
Der bisherige Widerstand gegen die Notstandsgesetze wäre umsonst, wenn er nicht fortgesetzt würde. Der Widerstand wäre zu schwach, wenn er nicht breitere Schichten ergriffe. Es wäre verfehlt, wenn er die inzwischen veränderte Lage nicht berücksichtige: nun geht es nicht nur darum, die noch ausstehenden Gesetze zu verhindern, sondern sich auch auf die Geltung der verabschiedeten einzustellen. Noch gibt es, sofern man die erforderlichen Kenntnisse besitzt, verfassungsmässig garantierte Rechte, die es jedem gestatten, sich zur Wehr zu setzen. Diese Kenntnisse müssen vermittelt werden. Das ist die Aufgabe der Intellektuellen. Naturwissenschaftler und Mediziner, Rechts- und Sozialwissenschaftler, Philosophen und Theologen, deren vernünftige Einwände den Machthabern stets verfehlt und störend erschienen, sind zur Aufklärung verpflichtet.

---

(8) vgl. H. Ridder u. E. Stein: Der permanente Notstand, Memorandum i.A.d. Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1963[2], So jetzt auch R. Augstein: "Notstand-Das Ende aller Sicherheit?" in: Spiegel 1966, Nr. 16, 38: "Der Verfassungsrechtler Professor Dr. Helmut Ridder hält für ausgemacht, dass diese Ermächtigungsgesetze (die im letzten Sommer verabschiedeten "einfachen Notstandsgesetze") einer verfassungsändernden Zwei-Drittel-Mehrheit bedurft hätten, und es fällt schwer, ihm nicht beizupflichten"

(9) Es ist selten so klar formuliert worden,wie von dem ehemaligen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Paulssen: "Ohne Notstandsgesetze und ohne Eingriffsmöglichkeiten des Staates" habe man im Frühjahr 1962 Arbeitskämpfe nicht riskieren können (J. Seifert: Gefahr im Verzuge, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1965[3], 35).

06.05.1968:
In Frankfurt erscheint die 'Arbeiter Schüler Studenten Zeitung' Nr. 2 als Extrablatt des 'Diskus' (vgl. 6.5.1968, 20.5.1968) vermutlich in dieser Woche mit dem Leitartikel "Treibt Bonn den Notstand aus - Sternmarsch auf Bonn am 11. Mai".

Weitere Artikel sind:
- "Wessen Ruhe und Ordnung ist gestört?";
- "Axel Springer ist gegen die Arbeiter";
- "Was wollen die Studenten?";
- "Opposition und Gewalt";
- "So manipuliert Springer";
- "Rechtshilfe", für die es in Frankfurt jetzt einen Fonds gibt;
- "Notstandsgesetze gleich Streikverbot";
- "Die große Koalition fördert die NPD";
- "Helfen Studenten den Arbeitern?";
- "Selbstjustiz im Springer-Konzern" bei den Blockaden in Berlin und Hamburg;
- "Das ist perfekter Terror der Staatsgewalt";
- "Wie Notstand probiert wird";
- "Organisierte Notstandsübung vorwiegend gegen einzelne";
- "Springers Freunde"; sowie
- "Aus deutschen Polizeihandbüchern".

Berichtet wird:"
Die Mächtigen und ihre Büttel

In Oldenburg wurden 400 Exemplare der Nr. 1 der ' Arbeiter Schüler Studenten Zeitung' beschlagnahmt, weil unsere Kritik an Kiesinger und Schütz als 'Verunglimpfung' ausgelegt wird.
Die Mächtigen in Bonn drohen. Ihre Büttel beschlagnahmen."
Q: Diskus Extrablatt Arbeiter Schüler Studenten Zeitung Nr. 2, Frankfurt Mai 1968

06.05.1968:
An der Universität Hamburg findet, laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), eine studentische Vollversammlung (vgl. 28.5.1968) statt, die eine weitere Kundgebung gegen die Notstandsgesetze (NSG - vgl. 9.5.1968) beschließt und einen neuen Aktionsausschuss, nun "unter Federführung des AStA" einsetzt.

Über den Streik am 15.5.1968 findet keine Einigung statt, da SDS und der linke Flügel des SHB für Barrikadenbau und Streikposten sowie Demonstrationen in der Innenstadt sind, während der AStA, die meisten Fachschaften und der restliche SHB lediglich Informationsveranstaltungen durchführen wollen. Es findet keine Entscheidung statt.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 55ff

30.4. von den "antidemokratischen Manipulationskadern des SDS" zu berichten, die "morgen am 1. Mai,... in einzelnen Städten wieder versuchen (werden), Demonstrationen zu inszenieren."

Am 30. 4. abends verschärfte sich der Konflikt innerhalb der Studentenschaft auf der vom Asta einberufenen "Vollversammlung der Immatrikulierten". Die Mehrheit der anwesenden Studenten beschloß, statt der vorgesehenen Referate über die Studiensituation in den einzelnen Fächern sofort selbst über den Ablauf der Demonstration am 1. Mai zu diskutieren; daraufhin verließ der Asta die Versammlung, weil "das legitime Recht einer Minderheit,... daß die Routinearbeit nicht zu kurz kommt", verletzt sei.[27] Allen Warnungen führender Gewerkschaftsfunktionäre zum Trotz, die den Studenten unverhohlen mit der "Arbeiterfaust gegen Radikalinskis" gedroht hatten[28], verlief die AStA-Kundgebung ohne Zwischenfälle; sogar die Hamburger Presse spendete verhalten Beifall und berichtete über "sachlich belegte Stellungnahmen zur Arbeiterbewegung, zu den Themen Pressekonzentration und Springer sowie aufmerksam verfolgte Ausführungen über die Notstandsgesetze."[29] Für eine erneute Verschärfung sorgte erst die willkürliche Verhaftung des SDS-Sprechers Roth, der mit einigen Hundert Demonstranten nach der Kundgebung durch die Innenstadt gezogen war und dann wegen "Verleitung zur Verletzung der Bannmeile" festgenommen wurde.

Der Erfolg der Mai-Kundgebung und die Erregung über Roths Verhaftung führten dann am folgenden Abend zu einer turbulenten Sitzung des Studentenparlaments, das in einen der größeren Hörsäle umziehen mußte, um den Andrang der zuhörenden Studenten aufzunehmen. Jetzt solidarisierte sich auch die offizielle Studentenvertretung mit Roth. Unter dem Eindruck der eindeutigen Meinung in der studentischen Öffentlichkeit wurde ein Antrag angenommen, der die Strategie der Demonstrationspause als eine "Kapitulation vor der Staatsgewalt bezeichnete. Dies blieb jedoch der einzige Anlauf des Parlaments, in die aktuellen Auseinander-

---

27) Presseerklärung, in vollem Wortlaut abgedruckt in "Die Welt" v. 2.5.1968.

28) Ausdruck dieser Situation ist ein Beschluß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg v. 26.4.1968: "Die Hauptversammlung appelliert an den DGB-Vorstand Hamburg, bei Veranstaltungen zum 1. Mai jede kämpferische Haltung gegenüber Studenten und Jugendlichen zu unterlassen."

29) Hamburger Morgenpost, 2. 5. 1968.

setzungen selbst einzu

Die nächsten Tage und
den Sog des schließlic
der Verabschiedung der
ging es um die regiona
weiten Sternmarsches d
am 11. Mai. Eine Stude
6.5. beschlossen, am 9
auf der Moorweide zu v
und Hamburger Bundesta
einen präzise formulie
verlangen. Ein neuer A
Federführung des AStA,
eingesetzt. Er begann
bereitungen, daß er si
holte. Auch sonst gela
mangels eindeutiger Vo
eine einheitliche Stra
nen zu beschließen. Wä
und die meisten Fachsc
mationsveranstaltungen
eine "Vorlesungsnieder
standslesung im Bundes
und "linker SHB" für e
streik ein, der aktive
Streikposten bis zum B
tuten und Hörsälen mit
die "manifeste Verweig
sität" zu erreichen un
durch die Innenstadt v

Da sich die Vollversam
nativen nicht entschei
sich auf die Teilnahme
einen von Fach zu Fach
einmal ohne "technisch
Vorlesungsstreik am Ta
Mittwoch, den 15. 5. A
füllten Auditorium max
veranstaltung" des ASt
werkschaftler ihre Hal
setzen erläutern sollt
Versuch unternommen, d
wenigstens zur 3. Note
Veranstaltungen zwisch
ten festzulegen. Höhne
Unterstützung zu; eine
kommission aus allen 1
einem Vertreter des AS

---

30) Bezeichnend für de
gegenüber einer st
dentischen Öffentl
Parlamentariers, a
beim Ältestenrat d
lamentsnötigung" a

Am 21. 5. kam die studentische Verhandlungskommission zum entscheidenden Gespräch mit Höhne und sämtlichen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften zusammen. Allen vorherigen Zusicherungen zum Trotz verschanzte man sich jetzt hinter einem Beschluß des DGB-Bundesvorstands vom 19. 5., in dem es hieß: "Der DGB wird bis zur 3. Lesung weiterhin die ihm in einer parlamentarischen Demokratie zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen und ... erneut den Bundestagsabgeordneten seine Bedenken vortragen. Wie bisher wird der DGB alle Maßnahmen ausschließlich in eigener Verantwortung durchführen und sich nicht von anderen Gruppen in unkontrollierbare Aktionen drängen lassen." Danach sei selbst eine vom DGB veranstaltete Kundgebung unter Beteiligung der APO ausgeschlossen. Eine eigene Kundgebung wolle man nicht veranstalten, weil nicht genügend Arbeiter kommen würden. 31) Daraufhin beschloß der studentische Ausschuß, sämtliche Aktionen gegen die 3. Notstandslesung selbst in die Hand zu nehmen und alle Vorbereitungen gemeinsam mit den Arbeitern, Betriebsräten und Gewerkschaftlern zu treffen, die dennoch gegen die Notstandsgesetze demonstrieren wollten. An den Beratungen des Hamburger Arbeiter- und Studenten-Ausschusses (HASA), wie er sich jetzt nannte, nahmen bald bis zu 50 Personen und mehr teil, davon fast zwei Drittel Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte.
Schon nach 2 Tagen hatten sich 35 Betriebsräte großer Hamburger Firmen bereiterklärt, den Flugblattaufruf des HASA gegen die Notstandsgesetze zu unterzeichnen. Man tagte im Studentenhaus, mußte vorübergehend umziehen, weil der AStA seine Räume sperrte, blieb dann aber doch in der Mensa. Geplant war ein Demonstrationszug durch die Innenstadt mit einer Schlußkundgebung auf dem Rathausmarkt am Dienstag, dem 28. 5., dem Tag vor der 3. Notstandslesung. Als beides unter dem Vorwand der Bannmeile abgelehnt wurde, beantragten wir für die Kundgebung den Strassenabschnitt vor der SPD-Parteizentrale und die Marschroute dorthin, hart am Rande der Bannmeile, ließen der Polizei gegenüber aber keinen Zweifel daran, daß wir auf dem Rückweg auch quer durch die Bannmeile über den Rathausmarkt ziehen würden. Im HASA kam es zu harten Auseinandersetzungen, ob und wie weit man sich bewußt über ein polizeiliches Verbot hinwegsetzen könne. Erst nach tagelangen Dabatten trat eine klare Mehrheit, auch der neu hinzugekommenen Arbeiter, für die Konfrontation mit der Polizei ein. Bis zuletzt aber war unklar, mit welchem Polizeieinsatz man tatsächlich beim "Einbrechen" in die Bannmeile rechnen mußte.

---

31) Welches Doppelspiel hier getrieben wurde, läßt sich schon aus der Tatsache ablesen, daß die gleichen Gewerkschaftsfunktionäre, die verbal noch gegen die Notstandsgesetze protestierten, einen a.o.SPD-Parteitag hierzu in Hamburg verhinderten.

Die Teilnehmer der K
schätzungen mehr als
genden Teil keine St
einstimmig für den Z
Polizei beschränkte
der BILD-Zeitung erw
zu verhindern. Danac
zur Entfesselung ein
Tausende von Demonst
Staatsoper und ihrem
beizogen und erst di
Besetzungsversuch un
erwarteten Erfolg di
und der verpaßten Ge
telbar fortzusetzen,
füllten Auditorium M
nächsten Tag nachmit
stration zusammenzuk
verfaßte der HASA ne
in den Tagen zuvor d
im Hafen und vor gro
zug, von Barmbeck a
leitet, vergrößerte
lich 2 500 Teilnehme
Demonstration, diesm
ten nur noch 600-800
die Aussichtslosigke
der Akklamationsdeba
wurden auch die Schw
Vorbereitung, die si
völlig andersartige
umstellen konnte. De
Symbol als Repräsent
schaft von Arbeitern
die große Resignatio
Notstandsgesetze, ko
bis heute keine neue
Hamburg entwickeln.

III. Analyse um

Abschließend bleibt
die Vergleichbarkeit
mit dem Rätegedanke
lelen reichen und w
ligen Aktionsausschü
ist vorwegzuschicke
raum in Hamburg von
Nachahmung des Räte
sein kann, so daß b
auf ein verwandtes
Bedürfnis geschloss

---

32) Schlagzeile vom

Natürlich handelt es sich beim Vergleich zwischen den revolutionären Arbeiterräten von 1918 und der Hamburger Studentenschaft von 1968 um prinzipiell verschiedene Größenordnungen. Während die Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte allein aus 1 5oo Mitgliedern bestand, von denen jeder wieder 1 ooo Arbeiter repräsentierte 33), war die Vollversammlung der Hamburger Studentenschaft, an der jeder Student selbst teilnehmen konnte, schon mit 2 ooo Teilnehmern beschlußfähig. In der Größenordnung entsprach also die Versammlung aller g e w ä h l - t e n Arbeiterräte der Versammlung aller Studenten, nur der Vollzugs- oder Exekutivrat der Arbeiterräte den studentischen Aktionsausschüssen. Für alle Vertreter galt jedoch dasselbe Prinzip der jederzeitigen Abwählbarkeit, bei den Studenten sogar das automatische Erlöschen des Mandats mit dem Abschluß der jeweiligen Aktion. Nur ihre geringe Zahl gestattete den Studenten, die Trennung zwischen Vertretern und Vertretenen zu reduzieren und so den Grad unmittelbarer Demokratie noch mehr zu erhöhen als die Arbeiterräte. Konstruktion und Mandat der Aktionsausschüsse entsprachen also durchaus dem der Räte, wobei die Vollversammlung der Studenten mit in diesen Vergleich einzubeziehen sind.

Der Vergleich muß sich außerdem auf die eine Seite jener doppelten Aufgabe der historischen Arbeiterräte beschränken, nämlich "Ziel und Mittel der Revolution" zugleich zu sein, einerseits Kampforgane des Proletariats, andererseits höchste verfassungsmäßige Organe des neuen Staates, aus denen diese alle Staatsgewalt herleitete. Denn die Aufgaben der spontan eingesetzten studentischen Aktionsausschüsse, auch des HSA, waren ja von Anfang an auf die Durchführung einzelner Aktionen und ihre Vorbereitung beschränkt. Sie dienten, wenn man so will, nur als Kampf-organe der Studenten und der APO; zur Entfaltung einer wirklich revolutionären Zielsetzung, etwa die Übernahme der Kompetenzen der offiziellen Studentenvertretung oder gar - über den HASA - der traditionellen Arbeiterorganisationen, konnte es auf diese Weise gar nicht kommen.

Allerdings sind ja selbst die historischen Arbeiterräte, zumindest in Deutschland, vielfach aus informellen Streikkomitees entstanden, die sich schon während des 1. Weltkrieges herausgebildet hatten. 34) Faktisch war auch der Einfluß der Aktionsausschüsse zumindest in der Studentenschaft erheblich größer als ihre offizielle Kompetenz, organisierten sie

---

33) Angaben bei Däumig, a.a.O., S.3
34) Vgl. hierzu Opel, a.a.O., S. 75 ff

doch die wichtigsten
der Studenten, und di
oder für einzelne Hoc
eigenen Anspruch nach
schaft. Nur so läßt s
Reaktion von AStA und
gebrachten alleinigen
Aktionsausschüssen, a
mäßig vorgesehenen st
stehen.

Dieses Verhältnis zwi
und Aktionsausschüsse
allgemeine Wahlen ges
vertretung auf der an
genauer zu untersuche
Ansätze jener "Doppel
tionären Räten und ge
gierungen enthalten,
rischen Revolutionen
Für die Arbeit der Ak
daß sie sofort, wollt
in der meist sehr kur
von organisatorischen
mit anderen Organisat
ihnen jeder andere Ve
zugleich gezwungen, i
blätter, Wandzeitunge
breitete Parolen abzu
besonders höhes Maß a
brachten. Besonders e
sicht der "Aktionsaus
Tagen 9 Mitveranstalt
mit weiteren Organisa
ter über Schüler, die
dentische Aktionen an
teilte und über eine
einige Pressezeilen i
geschlossenen Hamburg
selbstverständliche,
weise der Ausschüsse
ziellen Studentenvert
vielleicht untypische
als Bedrohung erschei

---

35) Um Mißverständni
einmal betont, da
tragungen histor
um den Versuch,
Kategorien der R
einandersetzunge
Sinne einer Reze
lysieren.

36) Es wäre eine eig
wie weit sich di
bei ihrer Gründu
tevorstellungen
Demokratie orien

Das stimmt in auffälliger Weise mit Beobachtungen Gramzeis aus der Turiner Fabrikrätebewegung von 1919/20 überein: "Selbst der allermaßvollste und friedfertigste Rat hat ja mindestens das Ziel, Verwaltungsfunktionen zu erfüllen, die sonst dem überkommenen Staatsapparat (oder der Betriebsleitung) zustünden." 37) Der AStA reagierte auf die unterstellte Herausforderung durch die Ausschüsse, die sich bisher mehr gegen die konkrete Politik dieses AStA als auf eine prinzipielle Infragestellung der bisherigen Studentenvertretung richteten, indem er ihre Aktionen entweder wie am 1. Mai ignorierte oder ihnen, wenn er selbst beteiligt war, nur sehr widerstrebend seinen Verwaltungsapparat zur Verfügung stellte, so beim Ausschuß vom 6. Mai und beim HASA. Daneben aber war er zusammen mit dem größten Teil des Studentenparlaments bemüht, die Gefahr dieser Ausschüsse an der Wurzel zu beseitigen, in den Studentenversammlungen. Das zeigte sich einmal daran, daß AStA und Studentenparlament nur einmal im ganzen Semester zu bewegen waren, das satzungsmäßige Organ der "Studentenvollversammlung" einzuberufen 38), andererseits kam diese Absicht an der verschleppten Behandlung eines durchaus gemäßigten Parlamentsantrags zum Ausdruck, der über eine Satzungsänderung die Rechte der Vollversammlung verstärken wollte - eigene Beschlußkompetenz, geringeres Beschluß-Quorum, kürzere Einberufungsfrist - ohne dabei die Aufgaben des Studentenparlaments anzutasten. Dieser Antrag, obschon zu Beginn des Semesters eingebracht, wurde zwar mehrfach auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt, seine Beratung aber systematisch durch "G.O.(Geschäftsordnungs-)-Tricks" verhindert.

Das alles hatte zur Folge, daß nur der gescheiterte Ausschuß vom 6. Mai auf einer ordentlichen Vollversammlung gewählt werden konnte und daß diese sich streng genommen - nach der geltenden Satzung der Studentenschaft - schon mit der Wahl eines Aktionsausschusses über ihre ausdrücklichen Kompetenzen hinwegsetzen mußte. Die politisch viel wichtigeren Ausschüsse vom 1. Mai und der HASA kamen beide auf vom SDS bzw. AStA einberufenen "Teach-ins" zustande, die allein durch die Zahl der anwesenden Studenten und deren Unterstützung repräsentativ und - wenn auch nur für ein neues, eben unmittelbar demokratisches Selbstverständnis - legitimiert waren. Damit konnte die Legitimation solcher Ausschüsse formal natürlich jederzeit bestritten werden; andererseits standen sie durch die Art ihrer Berufung von vornherein außerhalb und gegen die offizielle Studentenvertretung. In noch stärkerem Maße galt dies für den Arbeiterteil des HASA, der sich überhapt in seiner rätehnlichen

---

37) Philosophie der Praxis, zit.Ebmeier, a.a.O.
38) Am 6.5.68; ein 2. Versuch am 27.5.scheiterte, da das Präsidium des Studentenparlaments nicht für die geringste Ankündigung gesorgt hatte.

Form erst konstituiert
jede Zusammenarbeit al
ist also schon für der
der Aktionsausschüsse
seiten der offiziellen
zustellen, deren Austr
herrschaft" wohl nur d
Ausschüsse verhindert

Daß eine so eindeutig
ziellen Studentenvertr
wurde, trotz zahlreich
erst verständlich, wer
Parlamentarisierung de
in der Studentenschaft
mentarisierung des Bew
Aufbau der Studentenve
Niederschlag findet, i
schriebenen Mentalität
mitgliedern entsprach,
- und das nicht nur ir
das beständigste Hinde
tische oder räteähnlic
Sie zeigte sich in gan
versammlung des Semest
lehnte, die Frage nach
fort zu behandeln, spä
Stimmen-Quorum beschlu

Ein solcher Beschluß,
auf den übrigen plebis
machen deutlich, daß w
bei den linken politis
hinreichende Vertrauth
taner Massenversammlun
fähigkeit allein auf d
und dem Interesse eine
zahl besteht. Allzu of
Zeit gemeinsamer konze
mit nebensächlichen Ve
Anträge wurden erst in
lich nach vorn gereich
Teilnehmerzahl schon v
wieder ab. Die mangeln
auch ideologisch mit e
in die "Spontaneität d
führte oft zu scheinbe
sammenhängenden Beschl
es der Gegenseite leic
weis auf ihren "manipul
zuschieben. Damit soll
lichen Determinierung
geredet werden, wohl a
durch Leichtfertigkeit
bewußter Manipulation
immer unterstellt werd
liefern.

Noch eine andere Gefahr im Verhältnis zwischen den plebiszitären Versammlungen und den linken politischen Hochschulgruppen als den "Vorhuten" der Studentenschaft und der APO sei hier erwähnt. Mehr und mehr spielte es sich ein, die Aktionsausschüsse nach einem bestimmten Proporz unter die infrage kommenden Gruppen aufzuteilen und ihnen die Nominierung der Kandidaten zu überlassen. Dann wurden häufig ganz unbekannte Leute nominiert, die sich nur unzureichend zu ihrem Konzept äußerten und von der Versammlung nur nach dem "Firmenschild" der betreffenden Hochschulgruppe gewählt wurden. Man geriet jedoch in arge Verlegenheit, als sich einmal zwei RCDS-Kandidaten sehr wortreich vorstellten.

Auch diese Erscheinungen bei den Wahlen stehen in beunruhigender Parallele zur Wahl vieler Arbeiterräte in der Novemberrevolution. So schreibt v. Oertzen: "Entweder die Räte wurden von vornherein als ein Kartell der Arbeiter - O r g a n i s a t i o n e n aufgefaßt, und, ohne die Arbeiterschaft näher zu befragen, von den betreffenden Parteien oder Gewerkschaften besetzt, oder die Räte wurden zwar gewählt, aber ebenfalls von vornherein unter reinen Parteigesichtspunkten, sei es paritätisch oder nicht - solche nach Parteigesichtspunkten organisierten Arbeiterräte fühlten sich deshalb mehr als Delegierte ihrer Organisationen denn als Vertreter ihrer Wähler. War aber eine Gruppe von Arbeiterräten vorhanden, die sich der Räteorganisation unmittelbar verpflichtet fühlte, wie es die Gruppe der linken Unabhängigen weitgehend tat, dann war sie angesichts der andersartigen Strömungen in der Arbeiterschaft genötigt, sich, in paradoxem Widerspruch zu ihrer eigentlichen Intention, als Fraktion zu organisieren." 39) Mochte der Zerfall in Fraktionen bei den kurzlebigen Aktionsausschüssen weniger gefährlich sein - schon beim HASA war er allerdings kaum zu übersehen - so stand und fiel doch die Wirksamkeit der Ausschüsse mit dem Rückhalt, den sie in der Studentenschaft selbst fanden. Je mehr aber die Konstituierung der Wahl der Ausschüsse zu einer bloßen Formsache degenerierte, mußte dieser Rückhalt schwinden. Zugleich gerieten die Ausschüsse in die Gefahr, sich im Taktieren mit den bestehenden Organisationen zu verlieren, statt sich bei Konflikten ihr Mandat durch eine erneute plebiszitäre Studentenversammlung bestärken und bestätigen zu lassen. Auch das Wechselspiel zwischen Versammlungen und Ausschüssen, eben mit dem Ziel realisierter unmittelbarer Demokratie und erhöhter Aktionsbereitschaft der Studenten, müßte also bei kommenden Ausschüssen über den einmaligen Wahlakt hinaus intensiviert werden. Das erfordert zugleich

---

39) Betriebsräte in der Novemberrevolution, a.a.O., S.77

die Bereitschaft der poli
stärker als bisher auf bl
und ihre eigenen Aktionen
zitieren Kontrolle zuminde
wußten Teil der Studenten

Zuletzt die Frage nach Ur
und der hinter ihnen ste
Beide haben ein erstaunl
improvisiertem Organisati
unter durchweg sehr schw
von erheblichem Ausmaß e
tischer Apparat kaum ge
ders der Hass der in fast
nach der Abgabe der Gew
eine Ersatz-Repräsentanz
den Arbeitern zu verwirk
schaften werden die Räte
versammlungen auch in Zu
Studentenvertretung über
zusehen, warum nicht in
Studentenschaft - bei de
in allen studentischen A
wie auch die der Univers
organisiert werden sollt
bar aktuelle Modell eine
einer sozialistischen Ge

---

40) Damit wird das Recht
vertretenen Provokat
die letztlich Mahiut
Funktion der politis
system und nach der
läßt sich nach den v
rimenten noch nicht
im Augenblick dazu d
verschiedener Partei

07.05.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 79 (vgl. 26.2.1968, 7.5.1968) in einer Auflage von 8 000 Stück heraus mit dem Leitartikel "Universität am Scheideweg" zum Hochschulgesetz (HG).

Weitere Artikel sind:
- "Dilettanten am Werk? Oder wie man Ballast abwirft" von der Fachschaft Medizin zur Reform des Medizinstudiums;
- ein Beitrag von Dolf Sternberger zur Rezension seiner Veranstaltung im 'Info' Nr. 78;
- "Mitteilung des AStA-Sozialreferates";
- "Dolmetscher streiken";
- eine Berichtigung von Prof. v. Brandt, Dekan der Phil. Fak. zum 'Info' Nr. 78;
- "In eigener Sache";
- "Studentenparlament", eine Einladung zur Sitzung am 8.5.1968;
- "Grosser Gott, wir danken Dir" zum Teach-In der Fachschaft Medizin in der Krehl-Klinik bzw. der Einbeziehung der Scheinprüfungen ins Examen;
- Rezensionen medizinischer Fachbücher; sowie
- "Grussadresse des Heidelberger AStA zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse".

Eine Anzeige "Der Sturm der Studenten" des Piper-Verlags zu den Springer-Unruhen bewirbt Hans Dieter

Müller: Der Springerkonzern. Eine kritische Studie.
Q: AStA Uni: Info Nr. 79, Heidelberg 7.5.1968

07.05.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität vermutlich heute sein 'Info' (vgl. 7.5.1968, 28.5.1968) als Sondernummer "Kritische Universität" zur KU heraus mit dem "Programm der Arbeitskreise für das Sommersemester 1968".

Enthalten sind die Artikel:
- "Warum ist eine Kritische Universität nötig?";
- "Satzungsvorschlag";
- "Programm zur Aufgliederung von Massenseminaren"; sowie
- eine "Anmerkung zu den Arbeitskreisen".

Vorgestellt werden die Arbeitskreise:
- "1. Hochschulpolitik", der schon seit Ende Februar tagt;
- "2. Methodik und Koordination der Vorlesungskritik" mit Vorbesprechung am 9.5.1968;
- "3. "Theorie und Praxis der direkten, gewaltfreien Aktion", der am 10.5.1968 erstmals tagt;
- "4. Politische Ökonomie der Dritten Welt: Unterentwicklung und reformistische und revolutionäre Strategien" mit erster Sitzung am 8.5.1968;
- "5. Die politische Ökonomie des modernen Industriestaates", voraussichtliche erstmals am 10.5.1968;
- "6. Soziale Theorien und Gesellschaftsgestaltung" ab dem 9.5.1968;
- "7. Hierarchie und Herrschaft in der modernen Gesellschaft" ab dem 10.5.1968;
- "8. Demokratie und Technokratie";
- "9. Strukturalistische Literaturtheorie" ab dem 9.5.1968;
- "10. Sexualität und Repression" ab dem 10.5.1968;
- "11. Religionskritik";
- "12. Die Funktionen der Militärseelsorge in der Bundeswehr" mit Vorbesprechung am 8.5.1968;
- "13. Grundlage und Wege einer Gottesdienstreform" ab dem 10.5.1968;
- "14. Kritik am Aufbau der Medizinischen Fakultät und Versuch einer Neuplanung" mit Vorbesprechung am 9.5.1968;
- "15. Das Kolloquium 'Erkenntnis und Methodenprobleme in der Medizin'" ab dem 10.5.1968;
- "16. Krankheit und Gesellschaft" ab dem 7.5.1968; sowie
- "17. Autoritäre Gesellschaft und radikale Studentenbewegung" ab dem 8.5.1968.
Q: AStA Uni: Info Sondernummer Kritische Universität, Heidelberg O. J. (1968)

08.05.1968:
Der AStA der FU gibt vermutlich Mitte dieser Woche seine 'Blätter zur Notstandsgesetzgebung' Nr. 5 (vgl. 29.4.1968, 10.5.1968) zum Thema "Der Gemeinsame Ausschuß" heraus mit dem Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn am 11.5.1968, wozu es in Berlin einen Sonderzug und eine gemeinsame Abfahrt für Autofahrer am 10.5.1968 gibt.
Q: Blätter zur Notstandsgesetzgebung Nr. 5, Berlin O. J. (1968)

BLÄTTER ZUR NOTSTANDSGESETZGEBUNG NR. 5

Der Gemeinsame Ausschuß

Der Gemeinsame Ausschuß, von manchen als "Notparlament" bezeichnet, hat sich - nach den Worten Innenminister Lückes - im Eifelbunker bei den Manövern "Fallex 66" bewährt "als Kontrollorgan der Bundesregierung" und als Organ, das "zugleich die Bundesregierung bei allen wichtigen Entscheidungen wirksam unterstützt hat".

Der Gemeinsame Ausschuß ist ein geplantes Verfassungsorgan, das mit der Änderung des Grundgesetzes durch das Notstandsverfassungsgesetz eingeführt werden soll, bestehend aus 11 Vertretern des Bundesrats (ein Vertreter für jedes Land) und 22 Bundestagsabgeordneten. Er ist ein Beschlußorgan mit zwei Hauptfunktionen.

- 1. soll er im "Zustand der äußeren Gefahr" notfalls Bundestag und Bundesrat voll ersetzen, d.h. für Feststellungen und Gesetzesbeschlüsse zuständig sein.
- 2. soll er bereits in "normalen" Zeiten in die geheimen Verteidigungs- und Zivilschutzplanungen der Bundesregierung eingeweiht werden.

Zur Erfüllung der ersten Funktion muß der Gemeinsame Ausschuß zu jeder Zeit unverzüglich an die Stelle von Bundesrat und Bundestag treten können - deshalb soll für seine Mitglieder die Residenzpflicht gelten, d.h. sie müssen jederzeit in Bonn verfügbar sein; wegen seiner letzteren Funktion soll der Gemeinsame Ausschuß geheim beraten, ohne Rechenschaft gegenüber Parlament und Öffentlichkeit geben zu müssen.

Die Vertreter der Länder

Diese Geheimberatungen sind von besonderer Bedeutung für die Ländervertreter. Die Länder können ihnen nunmehr keinerlei Auftrag mehr erteilen, von ihnen keinerlei Auskünfte mehr fordern, überhaupt mit ihnen - der Residenzpflicht wegen - nur noch in eingeschränktem Maße Kontakt haben. "Vertreter" der Länder heißen sie aus kaum mehr als historischer Berechtigung.

Hinzu kommt das ungleiche Vertretungsverhältnis. Der erste Vorschlag eines "Notparlaments", eingebracht von Hinrich Kopf (SPD) im Januar 1960, hatte noch das Verhältnis 11:11 vorgesehen. Da nach dem neuen Entwurf die Vertreter des zentralistischen Organs, des Bundestags, doppelt so zahlreich sind wie der Länder, können sie im Konfliktfall diese immer überstimmen. Im Normalfall aber entscheiden sie - mangels eigener Macht - nicht nach föderalen, sondern nach Parteigesichtspunkten. Ihre reduzierte Bedeutung integriert sie in die Fraktionen der Bundestagsvertreter. (Vgl. den Fallex 66 - Bericht des Abg. Dorn in der Bundestagssitzung vom 26.10.66).
Man beließ es freilich nicht bei der Änderung des Vertretungsverhältnisses. Man änderte zugleich die Beschlußvoraussetzungen: Hinrich Kopf hatte jeweils eine 3/4 - Mehrheit für notwendig gehalten, - je schwerer staatliche Eingriffe sind, desto allgemeiner sollte die Einsicht in ihre Notwendigkeit sein. - Nunmehr soll jedoch selbst die Verkündung des Notstands mit nur 2/3-Mehrheit möglich sein, und für die Notgesetze soll gar eine e i n f a c h e M e h r h e i t genügen. Die Länder werden im Gemeinsamen Ausschuß nichts mehr zu sagen haben; ihre Vertreter haben nichts mehr gemein mit den Ländervertretungen im Bundesrat.

Die Vertreter des Bundestages

Eine ähnliche Statusveränderung tritt bei den Vertretern des Bundestages ein, bei den - nunmehr mittelbaren - Volksvertretern:

- Auf Grund ihrer Residenzpflicht verlieren sie den Kontakt mit ihren Wahlkreisen und Wählern.
- Sie müssen - es sei denn, sie wären Bonner Bürger - Berufspolitiker sein, um ihrer Residenzpflicht genügen zu können.
- Sie verlieren auch den Kontakt mit der allgemeinen Öffentlichkeit: diese ist zur Kontrolle der g e h e i m e n B e r a t u n g e n u n d B e s c h l ü s s e außerstande; umgekehrt haben unterliegene Minderheiten im Gemeinsamen Ausschuß keine Möglichkeit sich an die Öffentlichkeit zu wenden.
- In entsprechender Weise nimmt der Kontakt mit dem Parteivolk ab: die innerparteilich kontrollierende Demokratie wird insoweit völlig suspendiert;
- Um so intensiver wird der Kontakt mit der Regierung. Als Geheimnisträger wird man zum Vertrauensmann.
- Auch die Zusammenarbeit mit den Partei- und Fraktionsführungen wird um so enger sein. Sie sind diejenigen, die die künftigen Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses dem Parlament vorschlagen. Allein ihnen gegenüber wird das Verschwiegenheitsgebot nichtstrikt gelten. Sie profitieren von der Einrichtung dieses neuen Organs; sie erlangen weitere und fast unkontrollierte Macht, und zwar in dem Maße, in dem es ihnen gelingt, der Fraktionsführung treu ergebene Abgeordnete in den Gemeinsamen Ausschuß zu schicken.

Ein Gremium von Vertrauensleuten

Am schwerwiegendsten für die Funktionsfähigkeit des Gemeinsamen Ausschusses als Kontrollorgan ist seine einseitig nach oben gerichtete Bindung innerhalb der Machthierarchien, die Bindung an die Parteispitzen und an die Regierung. Hinzu kommt jedoch seine spezifische Aufgabe: er wird sich stets mit Notfällen, mit Extremsituationen, mit Megatonnen und Masseneinsätzen, mit Gestellungen von Gütern, Menschen und gefährlichen Personen zu befassen haben; für ihn wird Politik im Notstand kulminieren, in dessen Behebung sich die Souverenität der Staatsgewalt in ihrem ganzen Glanz zu manifestieren hat. Glänzen wird aber nur die konzentrierte Gewalt. Auch dies läßt die Mentalität der Ausschußmitglieder nicht unberührt.

Als drittes bestimmendes Moment und zwar mit genau derselben Tendenz wie die Bindung nach oben und die Orientierung am Notstand, ist der Abbau der Publizität zu denunzieren; man belohnt die Treuen durch Aufnahme in den Kreis der Eingeweihten. Es wird elitäres Bewußtsein vermittelt, das noch jeden (und nicht nur Staats-) Diener geadelt hat.

Der Gemeinsame Ausschuß wird daher nicht der Ort der genauen Beobachtung, sondern der Einmütigkeit von Vertrauensleuten sein. Es werden die Regeln der Dienst- und Beamtentugendengelten; er wird - insofern - untadelig funktionieren.

Er wird alsbald seine Aufgabe darin erkennen, daß durch ihn "die Bundesregierung bei allen wichtigen Entscheidungen wirksam unterstützt" werde.

Was ist also der Gemeinsame Ausschuß ?

Er erweist sich als die Institutionalisierung dessen, was im Bereich des Parlaments bereits heute Verfassungspraxis ist: Er stellt die verfassungsrechtliche Anerkennung der disziplinierenden Machtzentren im Parlament dar und garantiert
- dessen weitere Verknüpfung mit Exekutivorganen,
- die Entmachtung der - potentiell am ehesten noch unverläßlichen - Hinterbänkler
- und die restliche Sekretierung aller elementaren Entscheidungen.

Die Entwicklung des Parlaments zur zuverlässigen Herrschaftsrepräsentanz, zur Versammlung "verstaatlichter" Parteien, hat damit ihre institutionelle Krönung gefunden. Der schon heute im Parlament funktionierende Mechanismus der permanenten Herrschaftsbindung der Parteihierarchien wird mit dem Gemeinsamen Ausschuß verfassungsrechtlich sanktioniert.

STERNFAHRT NACH BONN AM 11. MAI 1968

Am Freitag, 10.5.68, um 21.26 Uhr fährt ein Sonderzug mit ca. 800 Plätzen nach Bonn, Preis DM 40,-- hin und zurück. (Rückfahrt in der Nacht zum Sonntag)
Außerdem werden Busse und Privatautos fahren.
Autofahrer: Bitte anmelden bei K.D. Heiser, Tel.: 83 29 03
Abfahrt (wer es machen kann): Freitag, 10.5., ab 22.oo Uhr
Parkplatz an der Leibnizstraße (Dort: gedruckte Fahrt-Empfehlungen)

Verantwortlich: AStA der Freien Universität, Berlin

08.05.1968:
Die Fachschaft Architektur der TU Berlin lud für heute mit einem Flugblatt "Neuberufungen!" zu einer Vorbesprechung ein.
Q: TU FS Arch: Neuberufungen!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

FS Architektur FS Architektur

NEUBERUFUNGEN !

Die P r o f e s s o r e n
Hammerbacher - Hermkes -. von Lorentz - Pieper
lassen sich demnächst emeritieren (sie scheiden aus dem Lehrbetrieb aus). Damit müssen 4 Lehrstühle n e u bestimmt und besetzt werden.

Die freiwerdenden Lehrstühle mit ihrer Personal- und Finanzkapazität spielen eine große Rolle im Rahmen der inhaltlichen und organisatorischen Neu-Orientierung der Fakultät für Architektur. Die Lehrstühle können und sollen daher umfunktioniert werden.

Die Fakultät wird
- eine inhaltliche Diskussion über diese Lehrstühle führen
- das anschließende Berufungsverfahren verändern: Öffentlichkeit - Ausschreibung - Beteiligung der Studentenschaft.

Damit beginnt eine fakultäts-öffentliche Diskussion über die Definition und Besetzung eines Lehrstuhls für

- Entwerfen einschließlich Planungstheorie
- Baukonstruktion f.d. Ausbildung "Architektur + Herstellungstechn."
- Freizonen- und Landschaftsplanung für die Ausbildung "Stadt- u.Regionalplanung"
- Grundlehre (Zeichnen und Malen).

Wir rufen alle Studenten auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Besonders interessierte und auf den einzelnen Fachgebieten erfahrene Studenten bitten wir zu einer intensiveren Mitarbeit an detailierten Vorschlägen und zu einer Vorbesprechung

am Mittwoch, dem 8.Mai 1968 um 14 Uhr
im Seminarraum der Studentenvertretung H 2129

gez. Klaus Brake
Frank Rinkleff

B e r u f u n g s v o r t r ä g e
Freizonen- und Landschaftsplanung im Rahmen der Vortragsreihe

" D a s G r ü n i m S t ä d t e b a u "
2. und 3. Mai 1968 9,3o Uhr bis 13 Uhr im Ernst-Reuter-Saal

a l l e k o m m e n a l l e k o m m e n a l l e k o m m
a l l e z u h ö r e n a l l e z u h ö r e n a l l e z u
a l l e d i s k u t i e r n a l l e d i s k u t i e r e n a
a l l e p r ü f e n a l l e p r ü f e n a l l e p r ü f

09.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das vermutlich AStA stammende Flugblatt "Kampf um's Disziplinarrecht" mit dem Aufruf zum Teach-in am 10.5.1968.
Q: N. N. (AStA): Kampf um's Disziplinarrecht, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

KAMPF um's DISZIPLINARRECHT

Die alte Disziplinarordnung ist wegen schwerer Formmängel rechtsungültig. Zur Erarbeitung einer neuen vorläufigen Disziplinarordnung hat der Senat im WS 67/68 Vorberatungen führen lassen unter Beteiligung des damaligen Asta und der juristischen Fachschaft.

Am 26.März forderten Studenten bei einem GO-IN anläßlich einer Senatssitzung,daß studentische Vertreter an den weiteren Beratungen über die vorläufige Disziplinarordnung beteiligt werden.Der SEnat bildete gleichzeitig eine gemischte Kommission,in die der Asta vier Vertreter entsandte.Diese Kommission tagte viermal.

Die Ergebnisse der bisherigen Beratungen werden der Studentenschaft und allen anderen Mitgliedern der Universität zur Diskussion vorgelegt auf dem

TEACH-iN FREITAG, 10. MAI
20 c.t. Hörsaal 13 Neue Uni

Senatskommission zur Beratung der vorläufigen Disziplinarordnung

Böckenförde	Adrian Braunbehrens	Faupel
Jauernig	Welp	Köstlin
Lackner		Pfaff
Vogel		Schwab
(Professoren)	(Assistenten)	(Studentenvertreter)

Informationsmaterial auf dem Asta

09.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein SAALA-Flugblatt, in dem die Gruppe ihr Programm und die Themen der Arbeitskreise vorstellt.
Q: SAALA: Programm, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

SAALA- Flugblatt
(Sozialistisches Afrika,
Asien, Lateinamerika)

SAALA-PROGRAMM

95.

Es ist heute nicht mehr möglich, daß sich ein Student ausschließlich seinem Fachstudium widmet und die Situation seiner Umwelt ignoriert. Er muß sich über aktuellen politischen Probleme informieren und sich mit Ideologie rüsten um diese Situation erklären und dazu Stellung nehmen zu können.

SAALA stellt sich die Aufgabe, aktuellen politischen Ereignisse zu diskutieren und ist der Meinung, daß diese nur dann richtigerklärt werden können, wenn sie im Licht des Marxismus gesehen werden; und deshalb wird er sich in seinem Arbeitskreis für das SS 1968 abwechselnd mit der marxistischen Theorie und mit aktuellen Problemen beschäftigen.

Außerdem werden zu der Aktivität des SAALA im SS 68 folgende Punkte zählen:

1. Zusammenarbeit mit Gastarbeitern in der BRDzum Zweck der Diskussion ihrer Probleme;
2. SAALA-Abend;
3. Teach-in über Beziehungen zwschn Akad.Auslandsamt u. Stud.

THEMEN DES ARBEITSKREISES:

I. 1.Grundlagen der marxistischen Philosophie;
2.Die mrxistische Ökonomie- Mehrwertstheorie;
3.Der Kern der marxistische Politik- Staatslehre;
4.Die marxistische Revolution- die russische Revolution.

II. Aktuelle Probleme:
1.Militärregierungen in Afrika (Gahna, Nigeria)
2.Rassenunruhen in den USA und die städtische guerrilla
3.Revolution und Konterrevolution in Südostasien
4.Guerrilla in Lateinamerika nach Cuba (Che, D.Bravo)

Zu den Sitzungen sind alle Studenten (Ausländer und Deutsche)herzlich eingeladen: jeden DONNERSTAG UM 20 UHR IM SAALA-BÜRO
SANDGASSE 11 (neben Universitätsbibliothek)

EINFÜHRUNGSABEND DES SAALA
AM DONNERSTAG (den 9)
um 20 Uhr.

Ausländische Kommilitonen!

Kommt am Donnerstag und informiert Euch über SAALA.

09.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "Sternmarsch auf Bonn" mit dem Aufruf zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze (NSG) am 11.5.1968.
Q: AStA: Sternmarsch auf Bonn, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

9.5.

sternmarsch auf BONN

TREIBT BONN DEN NOTSTAND AUS ! SAMSTAG 11. MAI /Abfahrt 2o Uhr

AStA, Studentenparlament, Kuratorium Notstand der Demokratie, Gewerkschaften, politische Hochschulgruppen, Professoren u.a. haben für Samstag den 11. Mai 1968 zu einem Sternmarsch auf Bonn aufgerufen.

Der Ministerpräsident von Hessen tat ein übriges und hat für Samstag Schulfrei angeordnet, um die Möglichkeit einer Teilnahme an dem Sternmarsch zu geben.

Der VDS , AStA und das Studentenparlament haben sich dieser Aktion angeschlossen und rufen hiermit zur Teilnahme am Sternmarsch auf.

Es werden Busse bereitgestellt, Die Fahrtkosten werden den Betrag von DM 1o.oo für Hin- und Rückfahrt nicht überschreiten.

Interessenten tragen sich bitte in Listen ein, die am Do. und Fr in der Mensa und im AStA ausliegen. Die Eintragung muß als verbindlich gelten, da die niedrige Preiskalkulation nur so möglich ist.

Programm:

8.oo Uhr Abfahrt Uniplatz
12 .oo Uhr Bonn - Sportplatz Friesdorfer Straße
Teach - in
15.oo Uhr Großkundgebung Hofgartenwiese - Uni.
18.oo Uhr Teach-in des SDS mit Herbert Marcuse.
Beethovenhalle
Anschließend Rückfahrt

Wir rufen außerdem alle Privatwagenfahrer auf, sich um 8.00 Uhr auf dem Uniplatz zu sammeln, um evtl. im Konvoi zu fahren.
Wir weisen darauf hin, daß der Sammelplatz für Süddeutschland der Sportplatz Friesdorfer Str. in Bonn ist. (s.o.)

Aufruf zum Marsch auf Bonn gegen die Notstandsgesetze

"Auf einer Sitzung am 22. April in Frankfurt hat der Arbeitsausschuß des Kuratoriums NOTSTAND DER DEMOKRATIE den folgenden Aufruf für den Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai nach Bonn beschlossen:

Seit zehn Jahren verlangen die jeweiligen Bundesregierungen Notstandsgesetze. Seit zehn Jahren ist die Aushöhlung des demokratischen Grundgesetzes durch die Notstandsparagraphen am Widerstand einer kritischen Opposition gescheitert.

Auch die Große Koalition setzt die Notstandsplanung fort. Auch ihre Entwürfe laufen darauf hinaus, die Machtfülle der Exekutive zu steigern, die politischen Rechte der Bürger zu schmälern und die autoritäre Entwicklung zu verschärfen. Die zum Teil bereits verabschiedeten 'einfachen' Gesetze sollen 'verbessert', aber nicht aufgehoben werden. Aber diese 'einfachen' Gesetze geben - auch nach den "Verbesserungen" - der Regierung so weitgehende Ermächtigungen, daß sie das Arbeitsleben autoritär regeln könnte.

Die wirklichen Notstände - wie die Krise im Ruhrgebiet und im Bildungswesen, die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und die Kommandogewalt der Unternehmer in den Betrieben, die Aushöhlung der Pressefreiheit durch Pressemonopole -, werden durch die Politik der Bundesrepublik nicht aus der Welt geschafft, sondern verschärft. Notstandsgesetze verhindern die demokratische Lösung dieser Probleme.

Statt der Kritik der Öffentlichkeit an ihren Notstands- Entwürfen Rechnung zu tragen, haben die Spitzen der Koalitionsparteien in einem Geheimabkommen, das auch dem SPD-Parteitag in Nürnberg vorenthalten wurde, die Bestimmungen noch verschärft, mit denen sie das Grundgesetz umbauen wollen. Die alliierten Vorbehaltsrechte sollen durch unbeschränkte NATO-Rechte abgelöst werden, an denen nur die Regierung unter Ausschluß parlamentarischer Kontrolle beteiligt wird. Perfekte Notstandspläne, nach denen beispielsweise der Staatsstreich in Griechenland organisiert wurde, existieren bereits bei der NATO. In den nächsten Wochen sollen die Notstandsentwürfe im Bundestag durchgepeitscht und die Kritik überfahren werden."

Der AStA unterstützt den Aufruf des "Kuratoriums Notstand der Demokratie" und fordert Sie auf, sich gegebenenfalls in die Listen zur gemeinsamen Busfahrt einzutragen. Näheres über die Fahrt selbst und Information über die neuen Gesetzentwürfe werden noch auf Flugblättern bekannt gegeben.

AStA

09.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Grosse Koalition und Notstandsgesetze oder: Wie man die Demokratie begräbt und das Volk verschaukelt" von SHB und SDS mit dem Aufruf zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze (NSG) am 11.5.1968.
Q: SHB, SDS: Grosse Koalition und Notstandsgesetze oder: Wie man die Demokratie begräbt und das Volk verschaukelt, Heidelberg O. J. (1968)

9.5.

Grosse Koalition und Notstandsgesetze

oder: Wie man die Demokratie begräbt und das Volk verschaukelt

Wann immer in den letzten Jahren über die Problematik der Notstandsgesetze gesprochen wurde, wann immer die Frage nach der Notwendigkeit solcher Einschränkungen der Grundrechte gestellt wurde, hatten unsere Volksvertreter eine passende Antwort parat:

"Die Bundesrepublik ist noch nicht souverän, immer noch gibt es allierte Vorbehaltsrechte (Rechtsgrundlage hierfür ist der Truppenvertrag, der das Besatzungsstatut ablöste). Solange der deutsche Gesetzgeber keine Notstandsgesetze erlässt, kann im Krisenfall jeder allierte Militär-Kommandeur unsere Verfassung ausser Kraft setzen. Und das wollt Ihr doch nicht, oder?"

Gewerkschaften und ausserparlamentarische Opposition - "schlafende Hunde", wie ein MDB sie nannte - sollten mit diesen Phrasen irregeführt werden, ja, man ging so weit, "Hearings" abzuhalten, auf denen die Opposition ihre Meinung sagen durfte, und man versprach immer neue Modifizierungen der Notstandsverfassung. Vor wenigen Wochen einigten sich die Fraktionsvorsitzenden des Regierungskartells auf eine endgültige Fassung, die aber sicherheitshalber vertraulich bleiben sollte, bis man sie durch die der Regierungsbürokratie hörige Abstimmungsmaschine jagen konnte. Peinlich, peinlich, dass doch noch ein einzelner Abgeordneter den Mut fand, diesen Entwurf, dessen Annahme von den Parteien bereits versprochen wurde, in die Öffentlichkeit zu bringen.

Dieser Entwurf - Bundestagsdrucksache V/1879 nach den Beschlüssen des (nicht öffentlich tagenden) Rechtsausschusses, Ausschussdrucksache V/90 vom 4.4.68, - widerlegt eindeutig und ohne Schnörkel jede, aber auch jede Lüge über ein demokratisches rechtsstaatliches und die Souveränität garantierendes Notstandsgesetz.

Die auf der Rückseite zitierten Artikel des Gesetzes zwingen jeden Leser dazu, den Protest der Arbeiter und Studenten gegen diesen Entwurf aktiv zu unterstützen, sie zwingen aber auch dazu, die eigene Position gegenüber der Aufforderung, Vertrauen in Staat und Parteien zu haben, zu revidieren, sie zwingen jeden, der die Entstehung eines neuen Polizeistaates auf deutschem Boden verhindern will, zur klaren Entscheidung gegen diese Parteien, gegen diese Regierung, gegen dies System der Herrschaft autoritärer Bürokraten über eine in Unmündigkeit gehaltene Masse -

Wer das Ermächtigungsgesetz von 1933 am eigenen Leibe erfahren will als zweite vermehrte und verbesserte Auflage 1968, der darf weiterhin darauf vertrauen, dass wir gerecht und gut verwaltet und regiert werden.

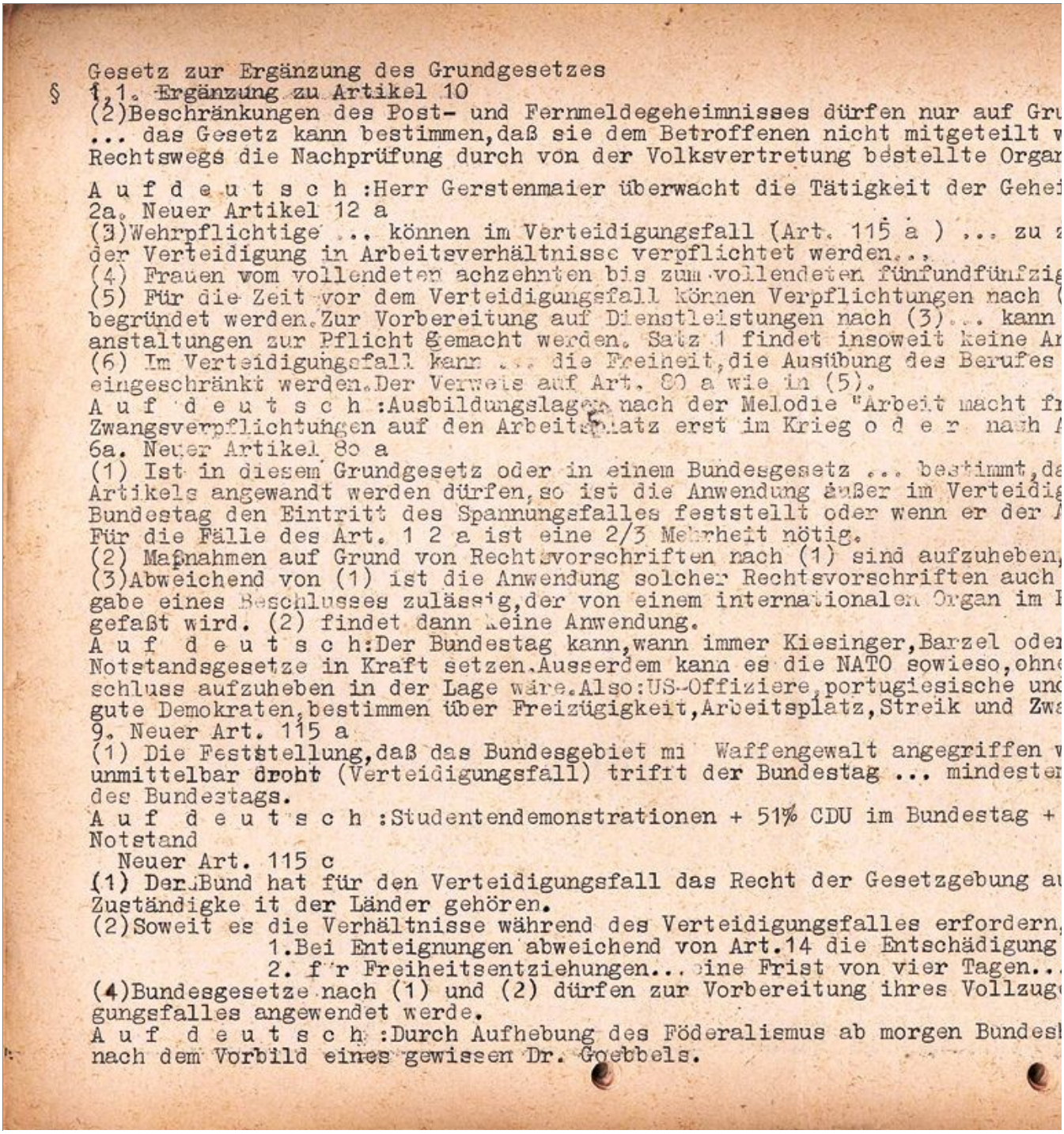
Wer aber gegen Faschismus und Polizeistaat ist, der nimmt teil am

S t e r n m a r s c h auf Bonn am Samstag, 11. Mai. (Anmeldung im ASTA

Treibt Bonn den Notstand aus!
Zerschlagt die Nato!

Sozialistischer deutscher
Studentenbund - S D S - Heidelberg

Sozialdemokratischer
Hochschulbund - SHB - Heidelberg



Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes
§ 1. 1. Ergänzung zu Artikel 10
(2)Beschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses dürfen nur auf Gru
... das Gesetz kann bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt w
Rechtswegs die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organ

A u f d e u t s c h :Herr Gerstenmaier überwacht die Tätigkeit der Gehei
2a. Neuer Artikel 12 a
(3)Wehrpflichtige ... können im Verteidigungsfall (Art. 115 a) ... zu
der Verteidigung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden...
(4) Frauen vom vollendeten achzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzig
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach
begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach (3)... kann
anstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine An
(6) Im Verteidigungsfall kann ... die Freiheit, die Ausübung des Berufes
eingeschränkt werden. Der Verweis auf Art. 80 a wie in (5).
A u f d e u t s c h :Ausbildungslager nach der Melodie "Arbeit macht fr
Zwangsverpflichtungen auf den Arbeitsplatz erst im Krieg o d e r nach A
6a. Neuer Artikel 80 a
(1) Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz ... bestimmt, da
Artikels angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung äußer im Verteidig
Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles feststellt oder wenn er der A
Für die Fälle des Art. 1 2 a ist eine 2/3 Mehrheit nötig.
(2) Maßnahmen auf Grund von Rechtsvorschriften nach (1) sind aufzuheben,
(3)Abweichend von (1) ist die Anwendung solcher Rechtsvorschriften auch
gabe eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im B
gefaßt wird. (2) findet dann keine Anwendung.
A u f d e u t s c h:Der Bundestag kann, wann immer Kiesinger, Barzel oder
Notstandsgesetze in Kraft setzen. Ausserdem kann es die NATO sowieso, ohne
schluss aufzuheben in der Lage wäre. Also: US-Offiziere, portugiesische und
gute Demokraten, bestimmen über Freizügigkeit, Arbeitsplatz, Streik und Zwa
9. Neuer Art. 115 a
(1) Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mi Waffengewalt angegriffen w
unmittelbar droht (Verteidigungsfall) trifft der Bundestag ... mindester
des Bundestags.
A u f d e u t s c h :Studentendemonstrationen + 51% CDU im Bundestag +
Notstand
Neuer Art. 115 c
(1) Der Bund hat für den Verteidigungsfall das Recht der Gesetzgebung au
Zuständigke it der Länder gehören.
(2)Soweit es die Verhältnisse während des Verteidigungsfalles erfordern,
1.Bei Enteignungen abweichend von Art.14 die Entschädigung
2. f r Freiheitsentziehungen... ine Frist von vier Tagen...
(4)Bundesgesetze nach (1) und (2) dürfen zur Vorbereitung ihres Vollzug
gungsfalles angewendet werde.
A u f d e u t s c h :Durch Aufhebung des Föderalismus ab morgen Bundes
nach dem Vorbild eines gewissen Dr. Goebbels.

09.05.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 14 (vgl. 29.3.1968, 21.5.1968) heraus mit dem Leitartikel "Demonstration - Tod der Demokratie?". Enthalten ist ein Bild, vermutlich vom 1. Mai, "Göttinger Bürger und Studenten demonstrieren".

Zum Artikel "Solidarisch. Studenten und Gewerkschaften" erscheint ein Bild, vermutlich vom 1. Mai, "Der Rektor der Universität auf einer DGB-Kundgebung".

Enthalten ist auch der Artikel "Der 1. Mai als Staatsfeiertag. Eine Analyse".

Zum Artikel "Problem unserer Gesellschaft: der Springer-Konzern", erscheint ein Bild, "Probleme gibt es genug", vermutlich vom 1. Mai.
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 14, Göttingen 9.5.1968

09.05.1968:
An der Universität Hamburg wurde durch die studentische Vollversammlung (vgl. 6.5.1969) eine

Kundgebung auf der Moorweide gegen die Notstandsgesetze (NSG) zur Vorbereitung des bundesweiten Sternmarsches (vgl. 11.5.1968) beschlossen. Die Vorbereitungen für die Kundgebung beginnen aber so langsam, dass die Redner absagen.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 55

09.05.1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt seine 'Zur Sache' Nr. 2 (vgl. 25.4.1968) heraus. Die Hamburger SPD-Druckerei Auerdruck verweigerte dem 'Hamburger Extrablatt' (vgl. 22.6.1967) den Druck, woraufhin die Redakteure endgültig resignierten. 'Zur Sache' werde aber deren Anliegen weiterverfolgen.

Aufgerufen wird zum Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze (NSG - vgl. 11.5.1968). Die NSG sollen auch an die Stelle der alliierten Vorbehaltsrechte, d.h. des "Dschungelrecht in Westeuropa" treten.

Berichtet wird u.a. vom 1. Mai, vom Prozeß gegen den Studentenjournalisten Oehrens sowie vom NPD-Erfolg in Baden-Württemberg, der den Studenten angelastet werde.

Bei den Osterdemonstrationen habe Innenminister Benda die Länderhoheit verletzt. Helmut Schmidt von der SPD wolle Mitbestimmung nur für Arbeitgeber. Festgestellt wird:"Arbeiter sind nicht dümmer".
Q: Zur Sache Nr. 2, Hamburg 9.5.1968

Zur Sach

Aktuelles aus Hochschule und Gesellsch

9. Mai 1968 Nr. 2

Zur Not gibt's

das Grundgese

NPD-Erfolg vorausgesagt

Alle waren sich einig. Auch das stimmt nicht. Von Bundeskanzler Kie- Umfrageergebnisse be-

Seit zehn Jahren beschwören die wechselnden Bundesregierungen den Notstand. Sie haben dabei meist den „inneren" im Auge.
Das Grundgesetz hat ihrer Meinung nach nicht ausführlich genug damit gerechnet, daß die Opposition im Lande sich auf das Grundgesetz berufen könnte, wenn es um den Abbau demokratischer Rechte durch die Bundesregierung geht.

Lesen Sie auf Seite 2,
nun endgültig die den
sollen, die die Rechte

Von Bundeskanzler Kiesinger über Ke Pitd-Zeitung zum Wochenkommentar des Passauer Bistumsblattes: die Ursachen der spektakulären NPD-Landtagswahl in Baden-Württemberg liegen in den Osterunruhen.

Schon in der Wahlnacht waren die betroffenen Politiker mit entsprechenden Kommentaren schnell bei der Hand.

Daß in derselben Nacht geheime Umfrageergebnisse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (infas) bekanntwurden, schien den Parteipolitikern unerheblich.

Zwei Wochen vor Ostern schon konnten die Sozialforscher das Wahlergebnis fast genau voraussagen.

Aber NPD-Wähler lehnen doch die Studentendemonstrationen mehr ab als die Wähler anderer Parteien, wenn sie deshalb die NPD gewählt haben.

Umfrageergebnisse [illegible] wahren das Gegenteil. Eine Untersuchung des Emnid-Institutes unmittelbar vor den Ostertagen ergab:

- **24 Prozent der NPD-Anhänger halten die Studentendemonstrationen für „völlig oder zum großen Teil berechtigt", aber nur 20 Prozent der CDU/CSU-Wähler.**
- **30 Prozent der NPD-Wähler wollen die Demonstranten „gewähren lassen", aber nur 25 Prozent der CDU/CSU- und je 29 Prozent der SPD- und FDP-Anhänger.**
- **52 Prozent der NPD-Anhänger fordern, gegen Demonstranten „energischer einzugreifen", aber 56 Prozent der CDU/CSU-Wähler.**

Die Politiker lassen sich durch Fakten nicht schrecken. Und die offizielle Presse folgt ihnen aufs Wort.

Wer schützt hier die Demokratie? Demonstrant oder Polizei?

Artikel 91 dieses Grundgesetzes bietet der Bundesregierung die Möglichkeit, die Polizeikräfte der Länder ihren Weisungen zu unterstellen, wenn im Lande der Aufstand droht.

Diese Polizeikräfte sind äußerst schlagkräftig. Aber sie haben, immer nach Meinung der wechselnden Bundesregierungen zuwenig Rechte, politische Entwicklungen zu stoppen, die den herrschenden Mächten das Wasser abgraben könnten.

Da kamen die wechselnden Bundesregierungen auf den „inneren Notstand" und auf den „Spannungsfall".

11. Mai: Sternmarsch nach Bonn

Demokratie in Gefahr

Die Notstandsgesetze stehen vor der Tür: Noch vor der parlamentarischen Sommerpause im Juli sollen sie in aller Eile verabschiedet werden.

Die Bundesregierung wagt nicht, die geplanten Gesetze einem Volksentscheid auszusetzen. Mehr noch: Sie verheimlicht seit Jahren den Inhalt der sogenannten Schubladengesetze bzw. der Geheimabkommen, über die nur die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD informiert worden sind.

Es soll also unmöglich gemacht werden, sich ein wahres Bild von der neuen Notstands-Verfassung zu machen, die unser Grundgesetz aufheben wird.

Trotzdem genügen schon die bis jetzt bekanntgewordenen Tatsachen, um zu erkennen: Unsere Demokratie ist in Gefahr!

Die Notstandsgesetze in ihrer jetzigen Gestalt bedeuten praktisch ein Ermächtigungsgesetz, **wie es** 1933 verabschiedet wurde.

Sie können im Falle eines äußeren Notstandes, d. h. im Falle eines Krieges, ohnehin nicht für unsere Sicherheit garantieren. Ihr eigentlicher Sinn besteht vielmehr darin, in einem sogenannten „Spannungsfall" jede Opposition im eigenen Lande schon im Keime zu ersticken.

Sie richten sich also gegen die deutsche Bevölkerung, gegen uns alle!

Das haben auch die Gewerkschaften erkannt, die sich aus eben diesem Grunde leidenschaftlich gegen die Eingriffe in die von der Verfassung garantierten Grundrechte wehren.

Zusammen mit dem Kuratorium „Notstand der Demokratie" und 70 anderen Verbänden der Bundesrepublik rufen sie daher zum Sternmarsch nach Bonn auf.

Der Bevölkerung wurde ein Volksentscheid verweigert. Trotzdem werden die demokratischen Kräfte im Lande nicht darauf verzichten, am 11. Mai ihre Ablehnung der Notstandsgesetze öffentlich zu demonstrieren.

Ein Volksentscheid wäre besser! Stephan

Au

Die Politiker be spräch mit der A tion zu suchen. W Am Donnerstag, Bundestagsabge Senats und der Argumenten un standsgesetzen ist, der einschn gesetzes zuzus für seine Argum stehen. Wir ford der Moorweide daß die Gesprä Gerede bleibt.

Zur Not gibt's ja das Grundgesetz

Der Bundestag wird in Schweiß geraten.
Am 15. Mai und am 16. Juni soll er in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf für ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz verabschieden.
Die plötzliche Eile berechtigt zu Mißtrauen. Es ist zweifelhaft, ob die Bundestagsabgeordneten oder gar die Bevölkerung bis zu diesem Zeitpunkt über Detailfragen und ihre Problematik ausreichend informiert sein werden.
Bisher war es nur durch Zufall und durch sehr gute Beziehungen möglich, an eine Zusammenfassung der Beratungsergebnisse des Rechts- und des Innenausschusses des Bundestages heranzukommen und die Drucksache V/90 des Rechtsausschusses zu erhalten.
Nicht einmal die Abgeordneten haben offiziell Kenntnis von diesen Dokumenten.

Nach den gemeinsamen Vorstellungen der beiden Bundestagsausschüsse wird es vier verschiedene Notstandsfälle geben:

- den Katastrophenfall
- den inneren Notstand
- den Spannungsfall
- den Verteidigungsfall

Besonders bedenklich sind jedoch die Notstandsregelungen, die nicht den Kriegsfall betreffen. Diese Bestimmungen sind gerade deshalb gefährlich, weil der Bürger bereits in Friedenszeiten erdulden muß, was höchstens für den Kriegsfall gerechtfertigt erscheint.

Normalfall

Ohne besondere Voraussetzungen, also im Normalfall, kann die Bundesregierung bereits einen Teil der Verordnungen des Ernährungssicherstellungs- und des Verkehrssicherstellungsgesetzes erlassen.

Wenn es Verteidigungszwecken dient, müssen die Bauern Getreide und Futtermittel horten. Autobesitzer werden verpflichtet, ihre Autos abzuliefern.

Außerdem können alle Wehrpflichtigen herangezogen werden, um sich mit Hacke, Spaten, Funkgerät und Verbandskasten auf den Schutz der Bevölkerung und auf die Verteidigung der Bundesrepublik vorzubereiten.

Innerer Notstand

Innerer Notstand herrscht, wenn Gefahr für den „Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes" droht.

Im Gegensatz zum Spannungs- oder Verteidigungsfall braucht der innere

Die Bundesregierung oder die Landesregierungen, einzelne Minister oder Senatoren können Sondermaßnahmen ergreifen, wenn nach ihrer Meinung Gefahr droht.

Nach Ansicht von Innensenator Ruhnau oder Polizeipräsident Frenzel liegt ein innerer Notstand offensichtlich schon dann vor, wenn 1200 Demonstranten vor dem Polizeipräsidium sitzen. Denn gemäß dem

„Wildwachsende Pfifferlinge" — zum Totlachen, wenn es nicht so traurig wär'!

Notstandsparagraphen 91 des Grundgesetzes holten sie Bereitschaftspolizei aus Schleswig-Holstein zu Hilfe.

Im inneren Notstand darf auch das Brief- und Telefongeheimnis auf Grund eines Gesetzes verletzt werden. Und niemand

lich soll diese Überwachungspraxis nun legalisiert werden.

Einzigartig nach deutschem Verfassungsrecht ist allerdings, daß man gegen solche Maßnahmen nicht vor Gericht ziehen kann. Als Ersatz werden Parlamentsausschüsse eingerichtet, deren Sitzungen jedoch geheim sind.

Außerdem wird die Bundesregierung die Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei beim Schutz

von „zivilen Objekten" — z. B. das Verlagshaus Axel Springer — und zur Bekämpfung von „Gruppen militärisch bewaffneter Aufständischer" einsetzen können. Dabei ist auch an bewaffneten Einsatz gedacht.

Hierbei erhält die völlig

Ostermontag
Cocktails bei sich

Wahrscheinlich solche Beh demnächst s um den be Einsatz der Bu gegen Demons rechtfertigen.

Spannung

Im Gegensatz zu deren Notstands der Begriff des S falls nicht näher Sicher ist nur, d dem Verteid liegt.

Der Bundestag Spannungsfall m drittelmehrheit den. Dieser Besch jedoch durch NATO-Vereinbar setzt werden.

Während der Sp zeit können all pflichtigen zu z. B. in Rüstungs zwangsverpflichte den. Sie können gen werden, als zisten oder als waltungsbeamte tun. Allen Arbei kann es verbote zu kündigen, w „Bedarf an Arbe auf freiwilliger nicht gedeckt kann".

Die Bundesregier im Spannungsfall Sicherstellungsg Gebrauch mach kann durch Ve vom wildwachsen ferling — so ste Gesetz — bis zur leberpastete, vom bis zum Straße sämtliche Leben kehrs- und Pro mittel erfassen Vorrat horten.

Wird Ruhnau General-Sekretär?

Gut informierte Kreise in der SPD glauben zu wissen: der Hamburger Innensenator Heinz Ruhnau wird in Kürze sein Amt niederlegen und eine Parteifunktion in Bonn übernehmen; angeblich das Amt eines Generalsekretärs der Partei!

Mit der Bekanntgabe dieses Schrittes wird zur Zeit noch gezögert. Senat und Partei wollen nicht den Eindruck erwecken, der Rücktritt erfolge unter dem Druck der allgemeinen Proteste gegen den brutalen Polizeieinsatz bei den Osterdemonstrationen in Hamburg, den Ruhnau zu verantworten hat.

fall braucht der innere Notstand nicht von einem Parlament verkündet zu werden.

braucht davon zu erfahren. Dies ist zwar auch heute schon üblich, wenn auch unrechtmäßig. Nachträg-

unbewiesene Behauptung Polizeipräsident Frenzels eine besondere Bedeutung, Demonstranten hätten am

Streikre

Das Streikrecht ausdrücklich

Wenn f

Während der monstration au burger Rathau tografierte er nahme eines D ten, wurde da Polizei festgen 13 Stunden la gehalten. Sein ausweis hatte lizist mit der „Scheißpresse sen und zerkn

Nachträglich Betroffene (si sum unter Che sein Recht vo waltungsgeric Sein Prozeßg Hamburger I de, behaupte hat die Festn Demonstrante und mußte d festgenomme Haft gehalten

Die Zeugena dem Vorfall sprüchlich un einmal weil e ist und zum zumindest di der direkt parteilich sin

Oehrens bot mittel einen die Polizei eine Verk chungskamer hatte, und de sitz der S schaft befind eindeutig di

Während sich die meisten Redner in der Bundestagsdebatte mit ein paar Phrasen begnügten, nahm Innenminister Benda die Osterdemonstrationen zum Anlaß, einen langgehegten Wunsch zu äußern.

Dabei wurde Benda — im Gegensatz zu seinen Kollegen — erschreckend konkret: Durch eine Grundgesetzänderung möchte er den Ländern das Recht nehmen, selbst, wie bisher, für die öffentliche Ordnung zu sorgen. Polizeieinsätze wie zu Ostern sollen nach Bendas Wunsch künftig zentral dirigiert werden.

Seine Ziele umschreibt der Innenminister bescheiden wie folgt:

„Es scheint immerhin der Erwägung wert, ob nicht der Bund auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung — und möglicherweise auch auf anderen Gebieten — ein Recht auf hinreichende und schnelle Information der Länder erhalten sollte, statt nur auf deren sicher vorauszusetzenden guten Willen angewiesen zu sein."

Übergriff auf Länderhoheit

„Möglicherweise auch auf anderen Gebieten" — damit könnte ein Informationszwang der Länder gegenüber dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz gemeint sein.

Die Regierungen der Länder beobachten das Vorpreschen des Innenministers mit Sorge. Sie wollen keinesfalls zulassen, daß die im Grundgesetz garantierte bundesstaatliche Ordnung durch Übergriffe des Bundes zerstört wird.

Sie weigern sich, ihre Hoheitsrechte an den Bund abzutreten, ohne daß eine Notstandssituation gegeben ist. Im Falle eines Notstandes aber würden die bestehenden Regelungen ohnehin ausreichen.

Der Direktor der staatlichen Pressestelle beim Hamburger Senat, Vogel, sprach aus, was alle denken:

„Die Osterereignisse sind kein Anlaß, den Bundesinnenminister plötzlich zum Oberinnenminister der Länder zu machen."

Und der FDP-Vorsitzende Scheel sagte in der Bundestagsdebatte an Bendas Adresse:

„Es ist kein geeignetes Mittel, die Demokratie zu stärken, wenn allzu häufig mit dem Grundgesetz manipuliert wird."

Auch als Käufer haben Sie unsere Sympathien

Denken Sie nur beim nächsten Bucheinkauf einmal „um die Ecke"

Wissenschaftliche Buchhandlung **HELMUT BUSKE**
HAMBURG 13 — Grindelallee 26 — Telefon 45 25 22

BUCHHANDLUNG AN DER UNIVERSITÄT
WERNER ENGEL
Fachbuchhandlung für Jura, Betriebs- und Volkswirtschaft
HAMBURG 13, ROTHENBAUMCHAUSSEE 16

THALIA
Lichtspiele Grindelallee 116
Fr-Mo (10.5.-13.5.) **Engelchen**
Sbd 23.15 (11. 5.) **Der Erpresser ruft an**
Di + Mi 14. + 15. 5.) **Der erbarmungslose Colt**
Fr-Mo (17.-20.5.) **Nur noch 27 Stunden**
Di-Do (21.-23.5.) **Spiegelbild im goldenen Auge mit Elisabeth Taylor**
täglich 16 – 18.30 – 21 Uhr

KLEINANZEIGEN
Schreibarbeiten erledigt 30/24 87 in Deutsch, Engl., Franz., Span. schnell, preiswert und sauber.
Gesucht: gebr. klein. Eisschrank (50–150 l). Telefon 48 63 31
Verkaufe preisw. u. guterhalt. Polaroid-Swinger u. Agfaoptima-Kamera. — Telefon 7 22 38 72

Auch günstiger bei der **STUKA** **Fotokopien** nur **DM -,25** bei 4 Kopien

1. Mai: Wieder politisch

VOLKSTANZ UND TSCHING-BUMM MACHEN KEINEN SPASS MEHR

Der 1. Mai, seit Jahren schon Tag für die Bekenntnisse schönredender Politiker und Funktionäre, wurde dieses Jahr zum ersten Male wieder ein Tag des politischen Kampfes. Er wurde zum Tag der direkten Auseinandersetzung zwischen Politikern und Funktionären der herrschenden Klasse und der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Nicht, daß die Herrschenden auf ihre Feiertagsbekenntnisse verzichtet hätten. Nicht, daß der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung sie mit ihren Reden allein gelassen hätte. Dennoch war es eine beachtliche Minderheit, die den gewohnten offiziellen Kundgebungen fernblieb, um sich an den Kundgebungen und Demonstrationen der Außerparlamentarischen Opposition zu beteiligen.

In Berlin fand die Demonstration und der vorbereitende Kongreß in den Arbeitervierteln Kreuzberg und Neukölln statt.

Viele Zeitungen hatten prophezeit: Dort wird die Bevölkerung den Demonstranten handgreiflich klarmachen, was sie von solchen Unruhestiftern hält. Tatsächlich: Eine rote Fahne wurde verbrannt und machte Schlagzeilen.

Der Polizeibericht meldete: „Keine besonderen Vorkommnisse." Zu der erwarteten, erhofften Selbstjustiz der Bürger war es nicht gekommen.

Die Demonstranten sorgten selbst für Disziplin in ihren Reihen. Sie gaben die Parole aus: Steinwerfer und Provokateure werden der Polizei übergeben.

Der Kongreß zur Vorbereitung des ersten Mai tagte in der Hasenheide, „Beathölle" (Die Welt") von immer mehr junge Leute aus Berlin ab? Was kann man tun, um die Verlagerung weiterer Betriebe nach Westdeutschland zu stoppen? Wer verdient am weißen Kreis? Wie kommt es, daß Privatunternehmer hohe Steuergeschenke einstecken können, ohne daß sie neue Arbeitsplätze bereitstellen?

An der Kundgebung nahmen mindestens 25 000 Menschen teil. Darunter junge Sozialdemokraten mit Schildern „Ich bin SPD-Mitglied".

Es sprach unter anderen der Betriebsratsvorsitzende der Kölner Ford-Werke, Tollusch: „Wir müssen auf die Straße gehen, um unsere Grundrechte zu verteidigen." In der Grundsatzerklärung der Veranstalter wurden folgende Forderungen gestellt:

- **Demokratisierung der Betriebe**
- **über das, was in den Betrieben produziert werden soll.**
- **Überführung des Wohnraumes in Gemeineigentum.**

Auch die West-Berliner SED marschierte dankbar mit, aber viel zu sagen hatte sie nicht. Selbst dem West-Berliner Verfassungsschutz ist es bis jetzt nicht gelungen, eine Steuerung der Außerparlamentarischen Opposition durch die SED nachzuweisen. Ihr Verhältnis zur APO ist zumindest zwiespältig: Der Schriftsteller Wolf Biermann, Oppositioneller aus Ost-Berlin, wollte zur Mai-Demonstration kommen. Er erhielt keine Ausreisegenehmigung.

Starredner der offiziellen Hamburger Maikundgebung, Herbert Wehner, hatte es schwer, seine unverbindliche Festrede zu Ende zu bringen. Zahlreiche Zwischenrufe versuchten ihn darauf aufmerksam zu machen, daß man Konkreteres hören wollte. Zum Beispiel die Haltung der SPD zu den Notstandsgesetzen. Aber Wehner ging nicht darauf ein.

Immer mehr unzufriedene Kundgebungsteilnehmer begannen daraufhin, zur Kundgebung der Hamburg- abzuwandern. Bald waren hier genausoviel Zuhörer versammelt wie auf der offiziellen Kundgebung.

Nach den vorgeschenen Reden kamen spontane Wortmeldungen: Ein Betriebsratsvorsitzender aus dem Hafen erklärte seine volle Solidarität mit den demonstrierenden Studenten.

Trotz zeitweiligen stundenlang auf d tane Beiträge auf tarischen Oppositi kompliziertere Re gehen. Auf unsere burger Ideologen d

Den Versicheru „Innere Unru gelegen gel

„Die durchaus legitimen Studentendemonstrationen erfüllen nicht den Tatbestand der inneren Unruhe!" Das erklärte der Generaldirektor der Kölner Agrippina-Versicherung, CDU-Mitglied L. T. v. Rautenstrauch. „Leider sind Menschenleben zu beklagen, und es ist einiger Sachschaden angefallen." Fähr er fort. „Dadurch abe wird aus einer Demonstration noch kein Tumult." Mit anderen Worten: Die Agrippina-Versicherung will die Schäden, die bei den Demonstrationen entstanden sind, bezahlen.

Die Iduna-Versi bei der Axel versichert ist, li demonstrationsge ten Presseza ren n „Der Schaden i durch den Versic vertrag gedeckt. sche Versicherun ten nämlich ni Schäden aus „ und innerer Unru

Diese Best stammt geradew dem Dritten Reic wegen bekamen d der sogenannte stallnacht" keine nig der Schäden

Kreuzberg. Es wurde über die Berliner Wirtschaft gesprochen: Warum wandern

Selbstbestimmung der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler

ger Außerparlamentarischen Opposition auf der nahegelegenen Moorweide

DSCHUNGELRECHT IN WESTEUROPA

„Die US-Streitkräfte sollen das Recht haben, jedes Gebiet zu besetzen und alles Material in Anspruch zu nehmen, das für die Durchführung ihrer Aufgabe und zu ihrer Sicherheit für notwendig erachtet wird, wie es vom Oberstkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte bestimmt wird, und sie sollen das Recht haben, jegliche Art von Gerät zu installieren, das zur Durchführung dieser Aufgaben von ihnen als notwendig angesehen wird."

Das klingt wie eine Vereinbarung des US-Verteidigungsministeriums mit der Saigoner Regierung.

Tatsächlich aber bietet das Hauptquartier der europäischen Kommandos der USA diesen Vertrag den europäischen NATO-Verbündeten zur Unterschrift an.

Neben dieser generellen Ermächtigung enthält die „Übereinkunft" detaillierte Bestimmungen: Arbeiter der besetzten Gebiete können von den amerikanischen Kommandos dienstverpflichtet werden. US-Streitkräfte können allein Maßnahmen gegen „innere Unruhen" ergreifen, wenn sie der Meinung sind, daß die verbündete Regierung nicht „imstande ist, derlei Unruhen rechtzeitig und effektiv niederzuschlagen". Und so weiter.

„Bestimmte Ziele für die Anwendung chemischer und biologischer Kampfmittel einschließlich solcher Mittel, die die Entlaubung von Bäumen bewirken sollen, einschließlich pflanzentötender Mittel und Bestandteile zur Zerstörung der Ernte, ergeben sich aus der Situation und den operativen Erfordernissen."

Die entlaubten Dschungelgebiete des Mekong-Deltas und die vergifteten Reisernten in Vietnam sind in Erinnerung.

Doch diese geheimen Richtlinien für den Einsatz von Chemikalien und Bakterien hat das europäische US-Hauptquartier ausgegeben.

Vor wenigen Tagen feierte das griechische Militärregime den Jahrestag seines gewaltsamen Putsches mit Gottesdienst und Volkstanz. Die guten Beziehungen der Diktatoren zur amerikanischen Regierung haben sich seither nicht getrübt.

Denn sie verdanken ihre Macht dem militärischen NATO-Krisenplan „Prometheus", der genaue Anleitungen enthält, wie Militärs in Krisenzeiten putschen können. Ob eine Krise besteht, liegt im Ermessen der Benutzer. Der Plan steht allen NATO-Verbündeten zur Verfügung.

Die zitierten Dokumente machen mißtrauisch.

Der letzte Entwurf eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes, der im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages beraten wurde, bestimmt, daß der Bundestag den „Spannungsfall" mit Zweidrittelmehrheit beschließen muß, ehe die Regierung Notstandsmaßnahmen ergreifen darf. (Art. 80 a, Abs. 1.) Aber Absatz drei desselben Paragraphen hebt alle Sicherungen wieder auf. Wird der „Spannungsfall" vom NATO-Rat beschlossen, ist der Bundestag nicht mehr gefragt. Er darf noch nicht einmal die Sonderrechte der Regierung wieder aufheben.

Die deutschen Notstandsgesetze sollen die alliierten Vorbehaltsrechte ablösen. Die USA, England und Frankreich konnten bisher zum Schutz ihrer Truppen in Deutschland eigenmächtig Maßnahmen ergreifen.

Sie sollen demnächst gefragt werden, ob sie ihre Vorbehaltsrechte aufgeben wollen. Sie können es unbesorgt tun. Artikel 80 a, Abs. 1 dient als Ersatz.

Springer ist ni

Jeder Schachspieler hat zwe
die sich zum Verwechseln äh
lagswesen gibt es zwei Spring
dem Wort »Springer« geme
deshalb oft verwechselt werd

Kennen Sie den Unterschied

Der Springer-Verlag Berlin
wurde vor 125 Jahren gegr
nen Büchern und Fachzeits
der Wissenschaft; er gibt we
Illustrierte heraus. Sein Verla
pferd des Schachspiels.

Der andere heißt Axel Spri
wurde 1947 in Hamburg g
beiden Verlagen bestehen
liche oder wirtschaftliche V

Springer-Verlag Berli

SPD: Mitbestimmung

für Arbeitgeber

Nur Anträge — Nur Untersuchungen — Nur Entwürfe

— ABER KEIN GESETZ! —

Helmut Schmidt, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Parteivorsitzender, gestand ein, daß die SPD vorerst ihren Anspruch aufgegeben hat, Vertreter von Arbeitnehmerinteressen zu sein:

Die von der Bundesregierung im Dezember 1967 einberufene „Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Auswertung der Erfahrungen bei der Mitbestimmung", so erklärte Helmut Schmidt in der Sondersitzung des Bundestages über die Osterdemonstrationen, sollte vor dem Sommer 1969 zu keinem Ergebnis kommen.

Die Delegierten des Nürnberger SPD-Parteitages im März hätten es sich nicht träumen lassen.

Die Delegierten forderten einen SPD-Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode. Zwei stimmten dagegen. Einer war Karl keine politische Entscheidung mehr ist,

daß die Forderung nach Mitbestimmung die Freiheit der Unternehmer nicht beeinträchtigen darf. Denn die Sachverständigen wurden gefragt, wieweit die bisherige innerbetriebliche Mitbestimmung Entscheidungen der Unternehmer beeinträchtigt hat,

daß das Godesberger Programm von 1959, das die SPD endgültig zur Volkspartei öffnen sollte, überholt ist. Denn dort forderte die Partei noch, daß die Mitbestimmung in der Montanindustrie (Kohle und Stahl) „zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft" weiterentwickelt werden muß. Auch ohne Sachverständigengutachten.

des Vorstandes vertritt die Arbeiterinteressen.

Diese Regelung wurde nicht auf andere Wirtschaftszweige übertragen. Der Widerstand verschiedener Interessengruppen stand dagegen. Inzwischen auch der Widerstand der SPD.

Beim Eintritt der SPD in die Große Koalition wurde in den Vorbesprechungen mit der CDU/CSU das Beraterteam zur Mitbestimmungsfrage beschlossen. Den Parteitagsdelegierten in Nürnberg war das nicht genug.

Dem Parteitagsbeschluß gemäß kündigte Helmut Schmidt an, daß seine Fraktion noch in dieser Legislaturperiode Entwürfe zum Mitbestimmungsrecht vorlegen wird. Sie werden nicht zur Sprache kommen. **Denn schon in den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966 wurde vereinbart, die Mitbestimmungsfrage auf Eis zu legen.**

**Helmut Schmidt („Sch
Zeigefinger, daß sich d
Beschlüsse des SPD-Pa
heime Koaliti**

Arbeiter sind nicht

„Zur Sache" zeigte am 25. April: Das wollen die Studenten! Eine ihrer grundsätzlichen Forderungen, gleiche Bildungschancen für alle! Denn nur sechs Prozent der Studierenden sind Arbeiter- und Bauernkinder. Arbeiter und Bauern können ein Studium einfach nicht bezahlen. Diese Begründung hielten viele unserer Leser für nicht ausreichend. Der Arbeiter oder Bauer, so wurde argumentiert, steht heute nicht schlechter da, als der durchschnittlich verdienende Beamte oder Angestellte.

natürliche Folge: Eine
feindlichkeit.
Ohne Bildungswerbu
„Bildung" ein Produ
aber den „besseren Kr

Arbeiter sind nicht dü

Die psychologischen B
gezielte Bildungswerb

dagegen. Einer war Karl Schiller, SPD-Wirtschaftsminister.
Daß die SPD-Spitze eine eigene Stellungnahme dem Ergebnis der Sachverständigenkommission unterordnet, macht deutlich,
- daß die Forderung nach Demokratie auch in der Wirtschaft für die SPD

Die „qualifizierte" Mitbestimmung in der Montanindustrie wurde 1951 vom Bundestag beschlossen. In den Aufsichtsräten von Kohle- oder Stahl-Aktiengesellschaften sitzen Arbeitnehmer- und Unternehmensvertreter in gleicher Anzahl. Ein Mitglied

lich verdienende Beamte oder Angestellte.
Außerdem: Ob Arbeiter oder Beamter, wer ein Studium nicht finanzieren kann, bekommt ein Stipendium. Auch mit Stipendium verlangt ein Studium ihrer Kinder von ihnen gleichermaßen ganz erhebliche finanzielle Opfer.
Wir müssen dem hinzufügen: Der Arbeiter und Bauer hat dennoch ungleich höhere Schranken zu überwinden. Die Umwelt des Arbeiters vermittelt ihm nur selten die Einsicht in den Nutzen einer derartig langen und teuren Ausbildung. In dem Elternhaus des Arbeiters bestehen weitgehend Ressentiments gegen die „Gebildeten", gegen „Bildung".
Unvorbereitet fürchtet der Arbeiter zu versagen. Er fürchtet verständlicherweise Spott und Verachtung derjenigen, die aus „den besseren Kreisen" kommen. Die

Nur so kann Chance
den. Das wollen die
das Ziel zu verwirk

MODERNES
ANTIQUARIA
Ständig
zu stark he
Besu
2000 Hamburg 13,

Nachruf

Das „Hamburger Extrablatt", ein meist studentisches Kleinunternehmen, das der konformen Hamburger Presseberichterstattung einen vierseitigen und vierzehntäglichen Riegel vorschieben wollte, hat ausgeschnauft. Nicht zuletzt Folge einer Maßnahme der SPD-Druckerei Auerdruck („Hamburger Morgenpost", „Die Zeit", „Zur Sache" etc.).
Das Attentat auf Rudi Dutschke lag kaum einen Tag zurück, als die EXTRA-Redaktion zusammensaß, um ein Extrablatt herauszubringen. Ostersonnabend um 10.00 Uhr morgens war die Zeitung in der Auer-Setzerei gesetzt. In Druck ging sie nicht.
Zwei sachliche Einwände der Druckereileitung erwiesen sich als Mißverständnisse. Allgemeines politisches Unbehagen diente so lange als Argument, bis die Drucker in die verdiente Osterpause aufbrachen. Tage später waren drucktechnische Schwierigkeiten Grund für die „Presszensur."

(„Auer-Druck hat ein gutes Verhältnis zur Hamburger Polizei, das nicht aufs Spiel gesetzt werden darf", verriet einer der Beteiligten).

Die EXTRA-Redakteure resignierten. Endgültig, als keine der größeren Zeitungen den Fall für mitteilenswert hielt.
ZUR SACHE wird das Anliegen des Verstorbenen weiterführen.

Schutz für Gewissenstäter

Die Jahresversammlung der Deutschen Sektion von „amnesty international" — einer Organisation zum Schutze der Menschenrechte — hat mit Besorgnis von Berichten über brutale, menschenrechtsverletzende Übergriffe von Polizeibeamten und ihren Vorgesetzten in Hamburg, Berlin und anderen Städten Kenntnis genommen.

Sie erklärt in einer Presseerklärung vom 27. April: „Seit einiger Zeit haben wir es in der Welt mit neuen Formen des politischen Protestes zu tun. Unter den Betroffenen und Verhafteten gibt es sicherlich auch in der BRD eine große Zahl von ‚Gewissenstätern', die in Zukunft von ‚amnesty international' betreut werden müssen. Voraussetzung ist es, daß das Prinzip der Gewaltlosigkeit eingehalten worden ist."

Die Organisation fordert die zuständigen Behörden auf, „eine Untersuchung nicht nur gegen Demonstranten, sondern auch gegen Beschuldigte unter der Polizei durchzuführen".

Wann
übe

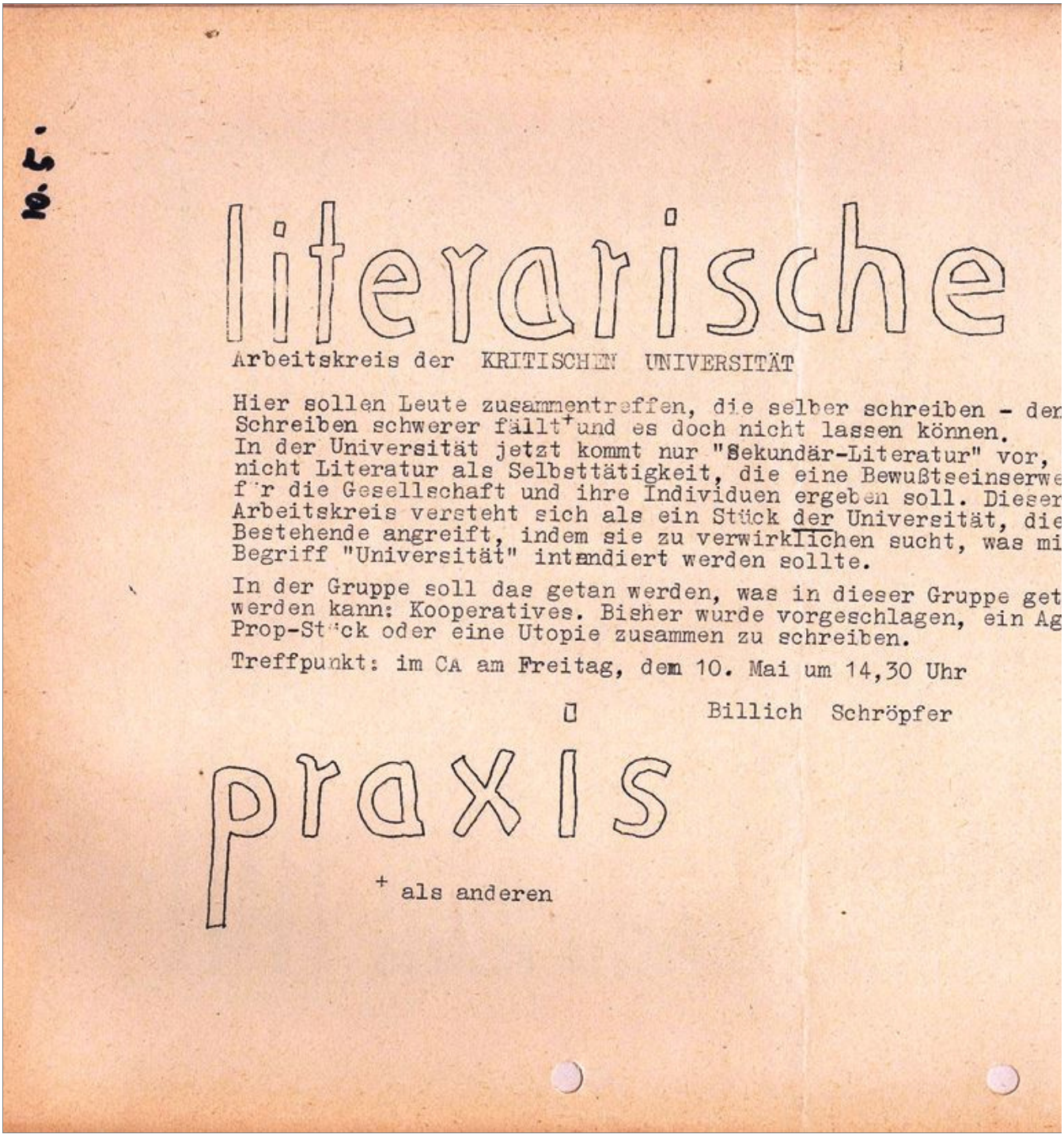
Der Betrieb führ
neue Maschine ei
übernimmt Spezia
ten, sie leistet me
der Mensch. Es
weniger Arbeite
braucht! Also Ent
gen?
„Heimliche Ent
gen" heißt die Pa
sung der Untern
Der Facharbeite
kommt 200 Mark
ger in die Lohnti
ist Hilfsarbeiter
den.
Bei den letzten Ta
handlungen legte
Metall den Untern
ein ganzes Paket v
schlägen vor, um
genanntes Ratio
rungsschutzabko
für die Arbeitneh
erreichen. Die IG
schlug vor:
- Gleichwertige A
plätze für Arb
mer, die innerh
nes Betriebes
werden. Falls
möglich; mut

FREIE TANKSTELLE - DEA-GROSSGARAGE
WILHELM HERR Erben
2 Hamburg 30, Goebenstraße 34-38 / Ecke Eppendorfer Weg / Telefon 40 52 29
TAG und NACHT geöffnet – auch an Sonn- und Feiertagen

10.05.1968:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 21.4.1968, 25.6.1968):"
In Paris beginnen auf Vorschlag der DRV Gespräche mit den USA. Auf der Tagesordnung steht die Einstellung des Bombenterrors als Voraussetzung für die Aufnahme der eigentlichen Gespräche."

Berichtet wird auch in:
- NRW in Dortmund bei Hoesch (IGM-Bereich - vgl. 9.8.1971) durch die KPD.
Q: Kommunistische Arbeiterpresse Hoesch Nr. 1, Dortmund Aug. 1971, S. 7; Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f

10.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Literarische Praxis" mit der Einladung zu diesem Arbeitskreis der Kritischen Universität (KU) am 10.5.1968.
Q: Billich, Schröpfer: Literarische Praxis, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)



10.5.

literarische

Arbeitskreis der KRITISCHEN UNIVERSITÄT

Hier sollen Leute zusammentreffen, die selber schreiben - der
Schreiben schwerer fällt+ und es doch nicht lassen können.
In der Universität jetzt kommt nur "Sekundär-Literatur" vor,
nicht Literatur als Selbsttätigkeit, die eine Bewußtseinserwe
für die Gesellschaft und ihre Individuen ergeben soll. Dieser
Arbeitskreis versteht sich als ein Stück der Universität, die
Bestehende angreift, indem sie zu verwirklichen sucht, was mi
Begriff "Universität" intendiert werden sollte.

In der Gruppe soll das getan werden, was in dieser Gruppe get
werden kann: Kooperatives. Bisher wurde vorgeschlagen, ein Ag
Prop-Stück oder eine Utopie zusammen zu schreiben.

Treffpunkt: im CA am Freitag, dem 10. Mai um 14,30 Uhr

Billich Schröpfer

praxis

+ als anderen

10.05.1968:
An der Universität Heidelberg wird vermutlich zu und auf dem heutigen Teach-in zum Disziplinarrecht der Text "Bisher beschlossene Empfehlungen der Disziplinarordnungskommission an den Senat" als Diskussionsgrundlage verbreitet.
Q: N. N.: Bisher beschlossene Empfehlungen der Disziplinarordnungskommission an den Senat, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Bisher beschlossene Empfehlungen der Disziplinarordnungskommission an den Senat
(Beschlüsse einer Senatskommission schließen abweichende Stellungnahmen der vertretenen Gruppen nicht aus)

Die Kommission ist der Ansicht, daß ein Disziplinarrecht keinesfalls aus einem Erziehungsauftrag der Universität innerhalb eines besonderen Gewaltverhältnisses begründet werden kann. Der Student kann auf nichts anderes verpflichtet sein als auf seine wissenschaftliche Ausbildung und auf die unerläßlichen Voraussetzungen des Miteinander-Lebens und Miteinander-Arbeitens in der Universität.

Als Schutzbereich für das Disziplinarrecht verbleibt daher nur die Sicherung der Wahrnehmung der Aufgaben der Universität. Die Ordnung, die es schützen soll, ist dadurch inhaltlich begrenzt. Zugleich muß sie so verstanden werden, daß die ständige Reform in die Aufgaben der Universität einbezogen ist. Schließlich müssen alle Maßnahmen, die getroffen werden, erforderlich und geeignet sein, die jeweils konkret gestörte Ordnung zu schützen. Dabei wäre aus der Zahl der zur Verfügung stehenden Mittel das jeweils hinreichende auszuwählen.

Die Kommission ist der Auffassung, daß eine Disziplinarmaßnahme in der Regel kein geeignetes Mittel zur Beilegung hochschulpolitischer Spannungen ist; in solchen Fällen sollten vielmehr geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen solcher Spannungen getroffen werden.

Die Kommission ist der Ansicht, daß ein unbefristeter Ausschluß von allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes ein Berufsverbot auf Lebenszeit darstellen und deshalb gegen Art 12 GG (Freiheit der Berufswahl) verstoßen würde. Sie ist der Meinung, daß bei verfassungskonformer Auslegung § 55 f HG nur einen befristeten Ausschluß zuläßt.

Die Kommission empfiehlt dem Senat, den Disziplinarausschuß so zu besetzen, daß keine der 3 Gruppen (Professoren, Assistenten, Studenten) eine Mehrheit hat.

Formulierungsvorschläge

§ 1

Vorverfahren vor dem Vermittlungsausschuß .....

§ 2

I Der Rektor leitet das Verfahren wegen einer Disziplinwidrigkeit nach § 55 Abs. I S. 1 des Gesetzes ein und teilt dies dem Betroffenen mit. Ist der Betroffene ein Student, so wird die Einleitung des Verfahrens auch dem Vorsitzenden des AStA mitgeteilt.

II Ist gegen den Betroffenen wegen derselben Tat ein Ermittlungsverfahren nach der Strafprozeßordnung eingeleitet worden und erscheint die Sachaufklärung im Disziplinarverfahren als nicht gesichert, so kann dieses bis zur rechtskräftigen Erledigung des Strafverfahrens ausgesetzt werden, sofern nicht die alsbaldige Durchführung des Disziplinarverfahren erforderlich erscheint. Die Belange des Betroffenen sind angemessen zu berücksichtigen.

§ 3

I Der Betroffene kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Mitglieds des Lehrkörpers, eines anderen Mitglieds der Universität oder eines Rechtsanwalts bedienen.

II Auf seinen Antrag wird dem Betroffenen ein Mitglied des Lehrkörpers als Beistand zugeordnet; dieses ist verpflichtet, die Interessen des Betroffenen zu vertreten. Auf Antrag des Betroffenen kann auch eine andere geeignete Person als Beistand zugelassen werden.

III Über die Anträge des Betroffenen entscheidet der Rektor, im Verfahren vor dem Disziplinarausschuß der Vorsitzende.

§ 4

I Nach der Einleitung des Verfahrens führt der Disziplinarbeamte die zur Feststellung des Sachverhalts erforderlichen Ermittlungen im Auftrag des Rektors. Der Betroffene ist zu vernehmen.

II Der Disziplinarbeamte ist .....

III Studentischer Beisitzer .....

IV Der Disziplinarbeamte teilt das wesentliche Ergebnis der Ermittlungen dem Betroffenen und dem Rektor mit; diesem macht er zugleich einen Vorschlag für das weitere Verfahren.

§ 5

I Hält der Rektor nach dem Ergebnis der Ermittlungen eine Disziplinwidrigkeit nicht für gegeben, so stellt er das Verfahren ein.

II Dasselbe gilt, wenn er den Erlaß einer Disziplinarmaßnehme nicht für angezeigt hält.

III Die Einstellung wird dem Betroffenen und seinem Beistand mitgeteilt. Ihre Begründung muß erkennen lassen, ob der Rektor eine Disziplinwidrigkeit nicht für gegeben (Abs. I) oder den Erlaß einer Disziplinarmaßnahme nicht für angezeigt (Abs. II) hält.

§ 6

I Hat der Rektor das Verfahren eingestellt, weil er den Erlaß einer Disziplinarmaßnahme nicht für angezeigt hält, so kann der Betroffene binnen einer Frist von 2 Wochen die Entscheidung des Disziplinarausschusses beantragen.

II Der Disziplinarausschuß entscheidet nur, ob eine Disziplinwidrigkeit gegeben war oder nicht. Der Ausspruch einer Disziplinarmaßnahme ist unzulässig.

III Der Betroffene ist über sein Antragsrecht nach Abs. I zu belehren.

§ 7

Stellt der Rektor das Verfahren nicht ein, so erhalten vor Fortgang des Verfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme

1. der Dekan der Fakultät, zu welcher der Betroffene gehört;
2. im Verfahren gegen Mitglieder des Lehrkörpers das lebensälteste Mitglied des Senats, das von derjenigen Gruppe entsandt worden ist, zu welcher der Betroffene gehört und
3. im Verfahren gegen Studenten der Vorsitzende des AStA.

§ 8

I Die Auswahl der Disziplinarmaßnahmen erfolgt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

II Insbesondere soll der Ausschluß als Mitglied der Universität in aller Regel nur erfolgen, wenn gegen den Betroffenen in den letzten 12 Monaten vor der Tat wegen eines gleich schwerwiegenden anderen Disziplinarvergehens die Androhung des Ausschlusses als Mitglied der Universität verhängt worden ist.

III Der Ausschluß vom Studium an allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes soll in aller Regel nur erfolgen, wenn das Disziplinarvergehen zugleich ein Verbrechen ist oder wenn der Betroffene wegen des Disziplinarvergehens mit Freiheitsentzug nicht unter 3 Jahren bestraft worden ist.

§ 9

I Hält der Rektor eine mündliche Verwarnung oder einen schriftlichen Verweis (§ 55 Abs. I Buchst. a, b des Gesetzes) als Disziplinarmaßnahme für angezeigt, so erläßt er nach Anhörung des Betroffenen einen schriftlichen Disziplinarbescheid.

II Hält der Rektor die Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen für ein Semester, die Androhung des Ausschlusses als Mitglied der Universität, den Ausschluß als Mitglied der Universität oder den Ausschluß vom Studium an allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes (§ 55 Abs. I Buchst. c - f des Gesetzes) als Disziplinarmaßnahme für angezeigt, so weist er den Disziplinarbeamten an, beim Disziplinarausschuß unter Vorlage der Akten eine Anschuldigungsschrift einzureichen.

- 3 -

§ 10

I Mit dem Eingang der Anschuldigungsschrift bei dem Vorsitzenden ist das Verfahren vor dem Disziplinarausschuß eröffnet. Hält dieser einstimmig aus Rechtsgründen eine Disziplinwidrigkeit nicht für gegeben, so stellt er das Verfahren ein und teilt dies dem Betroffenen mit.

II Wird das Verfahren nicht eingestellt so bestimmt der Vorsitzende Termin zur mündlichen Verhandlung, zu welcher der Betroffene schriftlich unter Zustellung der Anschuldigungsschrift mit einer Frist von mindestens einer Woche geladen wird.

III Der Betroffene und sein Beistand können alle dem Disziplinarausschuß vorliegenden Akten einsehen.

§ 11

I Bleibt der Betroffene der mündlichen Verhandlung unentschuldigt fern, so kann in seiner Abwesenheit verhandelt werden. Hierauf ist der Betroffene in der Ladung hinzuweisen.

II Hat die mündliche Verhandlung ohne den Betroffenen stattgefunden, so kann er gegen den Disziplinarbescheid binnen einer Frist von einer Woche nach Zustellung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen, wenn er durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle am Erscheinen verhindert worden ist. Hat er von der Ladung zur mündlichen Verhandlung keine Kenntnis erlangt, ist die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stets zu gewähren. Hierüber ist der Betroffene bei der Zustellung des Disziplinarbescheids zu belehren.

III Über das Wiedereinsetzungsgesuch entscheidet der Disziplinarausschuß ohne mündliche Verhandlung.

§ 12

I In der mündlichen Verhandlung sind die erschienenen Ausschußmitglieder, der Disziplinarbeamte oder sein Stellvertreter und ein Schriftführer zu ununterbrochener Anwesenheit verpflichtet.

II Für die Ausschließung und Ablehnung der Ausschußmitglieder gelten die §§ 22 bis 26 a und §§ 29, 30 der Strafprozeßordnung sinngemäß.

III Über das Gesuch entscheidet der Disziplinarausschuß ohne das abgelehnte Mitglied. Werden mehrere Mitglieder gleichzeitig abgelehnt, so ist über die Gesuche nacheinander unter Mitwirkung derjenigen Mitglieder zu entscheiden, die von dem gegenwärtig behandelten Gesuch nicht betroffen sind. Wird der Disziplinarausschuß infolge eines Ablehnungsgesuchs beschlußunfähig, so entscheidet an Stelle des abgelehnten Mitglieds dessen Vertreter über das Gesuch; dieser kann für das Ablehnungsverfahren nicht abgelehnt werden.

IV Hat ein Ablehnungsgesuch Erfolg, so wird die Verhandlung ohne das abgelehnte Mitglied fortgesetzt. Wird der Disziplinarausschuß hierdurch beschlußunfähig, so tritt der Vertreter des abgelehnten Mitglieds an dessen Stelle in das Verfahren ein. Die mündliche Verhandlung ist zu wiederholen, wenn sie nicht in ununterbrochener Gegenwart des Vertreters stattgefunden hat.

- 4 -

V Wird der Vertreter eines abgelehnten Mitglieds abgelehnt, so entscheidet der Disziplinarausschuß unter Mitwirkung des vertretenen Mitglieds; dieses kann für das Ablehnungsverfahren nicht abgelehnt werden. Hat das Ablehnungsgesuch Erfolg, so wird die mündliche Verhandlung ausgesetzt. Der Senat wählt ein neues Mitglied des Disziplinarausschusses und seinen Vertreter.

§ 13

I Die mündliche Verhandlung ist nicht öffentlich. Ein Vertreter der Gruppe, der der Betroffene angehört, ist zur Anwesenheit berechtigt. Andere Mitglieder der Universität können auf Antrag durch den Disziplinarausschuß zugelassen werden.

II Auf Antrag des Betroffenen ist die Öffentlichkeit herzustellen. Wird der Antrag nachträglich zurückgenommen, so erfolgt das weitere Verfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Anwesenheitsrechte nach Abs. I bleiben unberührt.

III Ist das Verfahren öffentlich, kann der Disziplinarausschuß auf Antrag oder von Amts wegen die Öffentlichkeit für die Dauer einer Zeugenaussage ausschließen, wenn die Persönlichkeitssphäre des Zeugen durch eine öffentliche Aussage verletzt würde.

§ 14

I In der mündlichen Verhandlung wird der Betroffene darauf hingewiesen, daß es ihm freistehe, sich zu der Anschuldigung zu äußern oder nicht auszusagen. Ist er zur Äußerung bereit, so wird er zur Sache vernommen.

II Die Beweisaufnahme ist zur Erforschung der Wahrheit von Amts wegen auf alle Tatsachen und Beweismittel zu erstrecken, die für die Entscheidung von Bedeutung sind.

III Zeugen und Sachverständige werden uneidlich vernommen. Mitglieder der Universität Heidelberg sind zur Verweigerung des Zeugnisses oder Gutachtens nur unter den Voraussetzungen der §§ 52 bis 55, 76 der Strafprozeßordnung berechtigt. Sie sind hierüber zu belehren.

IV Niederschriften über richterliche Beweiserhebungen können verlesen werden. Ist die Niederschrift über eine richterliche Vernehmung zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden, so bedarf es der nochmaligen Vernehmung nur, wenn dies zur Erforschung der Wahrheit erforderlich erscheint.

V Die Gründe für die Ablehnung eines Beweisantrages sind anzugeben.

VI Ist der Betroffene wegen derselben Tat in einem Strafverfahren rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden, so können die Feststellungen, auf welchem das strafgerichtliche Urteil beruht, dem Disziplinarverfahren zugrundegelegt werden.

§ 15

I Auf Grund der mündlichen Verhandlung stellt der Disziplinarausschuß das Verfahren gem. § 5 ein, wenn er ein Disziplinarvergehen nicht für gegeben oder den Erlaß einer Disziplinarmaßnahme nicht für angezeigt hält.

II Anderenfalls erläßt er eine Disziplinarmaßnahme nach § 55 Abs. I des Gesetzes.

III Zur Abstimmung sind nur die Ausschußmitglieder berechtigt, die während der mündlichen Verhandlung u unterbrochen an wesend waren. Bilden sich bei der Auswahl der Disziplinarmaßnahme mehr als zwei Meinungen, deren keine die erforderliche Mehrheit für sich hat, so werden die dem Betroffenen nachteiligsten Stimmen den zunächst minder nachteiligen so lange hinzugerechnet, bis sich die erforderliche Mehrheit ergibt.

IV Der Disziplinarbescheid wird durch Verlesen der Entscheidungsformel und Mitteilung der wesentlichen Gründe verkündet. Er ist schriftlich abzufassen, zu begründen, mit Rechtsmittelbelehrung zu versehen und von den Mitgliedern des Disziplinarausschusses, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben.

V Der Disziplinarbescheid mit Gründen ist dem Betroffenen zuzustellen und dem Disziplinarbeamten mitzuteilen.

Es wären noch zu formulieren:

- die Regelung des Widerspruchs
- die Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des Betroffenen
- die Löschung von Maßnahmen
- die Verjährung von Vergehen
- das Verfahren in den Füllen des § 46 II HG (Versagung bzw. Rücknahme der Immatrikulation).

10.05.1968:
Der AStA der FU gibt vermutlich Ende dieser Woche seine 'Blätter zur Notstandsgesetzgebung' Nr. 6 (vgl. 8.5.1968, 13.5.1968) zum Thema "Die Rechte der Alliierten - heute und künftig" heraus mit dem Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn am 11.5.1968, wozu es in Berlin einen Sonderzug und eine gemeinsame Abfahrt für Autofahrer am 10.5.1968 gibt.
Q: Blätter zur Notstandsgesetzgebung Nr. 6, Berlin O. J. (1968)

BLÄTTER ZUR NOTSTANDSGESETZGEBUNG NR.6

DIE RECHTE DER ALLIIERTEN - heute und künftig

Je weniger die Notstandsgesetze in der Sache zu verteidigen waren, desto mehr griff man auf die Argumentation mit den alliierten Vorbehaltsrechten zurück: was an Notstandsgesetzen komme, sei immer noch besser als das, was mit Hilfe der Alliierten heute möglich sei; die Alliierten seien im Besitz unbeschränkter Vollmachten, sie könnten im Notstandsfall durch die Bestimmungen des Deutschlandsvertrags "eine umfassende Diktaturgewalt" errichten. Überdies gehe es darum, einen "Souveränitätsdefekt" unserer Verfassung zu heilen.

Es gibt keinen Bereich in der Diskussion, in denen die Lüge formal nachweisbar so verbreitet ist, wie diese Argumentation.

Abgelöst werden sollen die Rechte der Alliierten aus Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages vom 23.10.1954, nicht abgelöst werden sollen (oder können) die allgemeinen Notwehrrechte der Alliierten und ihre "Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes" aus Art. 2 desselben Vertrags. Es geht also nur um die Ablösung eines Teils der alliierten Rechte. Sie sind in folgender Bestimmung (Art. 5 II, Satz 1 u. 2) formuliert (Absetzung zu besseren Übersicht)

[1]Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden,

erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen.

[2]Soweit diese Rechte weiterhin ausgeübt werden können, werden sie nur nach Konsultation mit der Bundesregierung ausgeübt werden, soweit die militärische Lage eine solche Konsultation nicht ausschließt, und wenn die Bundesregierung darin übereinstimmt, daß die Umstände die Ausübung dieser Rechte erforderlich machen.

Aus dieser Bestimmung geht vor allem zweierlei klar hervor:

1) Die Alliierten können nicht jede Krise als Notstandsfall wahrnehmen, sondern nur Bedrohungen der Sicherheit ihrer Streitkräfte.

2) Deutsche Stellen haben ein bindendes Kontrollrecht: die Bundesregierung muß der Interpretation der Alliierten, daß Notstandsmaßnahmen erforderlich seien, zustimmen (Sowie - weniger bindend - für alle Einzelmaßnahmen grundsätzlich konsultiert werden).

Aus diesem Grund war die Bundesregierung genötigt, um die Theorie von den Diktatur-vollmachten aufrechtzuerhalten, den Satz 2 in allen ihren Notstandspublikationen - auch in den Regierungsentwürfen - bis Ende 1966 einfach zu unterschlagen. Die spärlichen öffentlichen Hinweise darauf blieben ohne publizistische Wirkung.

Daraus ergibt sich schließlich die Unhaltbarkeit des letzten formalen Arguments der Regierung: tatsächlich würde selbst nach einer Ablösung der Rechte aus Art. 5 II des Deutschlandvertrags unsere Position nicht verbessert sein; denn über Art. 2 geht es immer: er enthält die Generalklausel für die Rechte der Alliierten, zu der Art. 5 nur eine Sonderbestimmung darstellt; entfällt diese Sonderbestimmung, dann entfallen auch die nur dort vorgesehenen deutschen Kontrollen. In der Interpretation des Art. 2 des Deutschlandvertrags sind die Alliierten dann völlig frei. Ihre Freiheit wird sogar noch dadurch bekräftigt, daß Art. 9 III des Deutschlandvertrags bestimmt, daß alle Streitigkeiten zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten, die sich aus Art. 2 und Art. 5 II ergeben, weder der Gerichtsbarkeit des im Deutschlandvertrag eingerichteten Schiedsgerichts noch der eines anderes Gerichts unterliegen.

Die ganze juristische Argumentation der Regierung löst sich bei genauer Betrachtung als ein leeres Gewinst der Irreführung auf.

Ehrlicher - besser: enthüllender-ist ihre politische Argumentation seit etwa 2 Jahren. Bis dahin hatte die Bundesregierung die Existenz von Schubladengesetzen wiederholt abgestritten. Am Tage, nachdem der Inhalt zahlreicher solcher "Gesetze" öffentlich (von Ost-Berlin) bekanntgemacht wurden, änderte [illegible] wurde mit diesen Gesetzen gedroht: so der ehemalige Bundesinnenminister Lücke in einem "Bild"-Interview [illegible] Mai 1966:

"Wir müssen längst vorbereitete einschränkende Gesetze mit Ermächtigung der Alliierten in Kraft setzen. Wir sind auf den Tag X vorbereitet. Hier im Innenministerium wird es keine Verlegenheitspause geben. Alles kann planmäßig - im Rahmen der alliierten Vorbehalte für Notstandszeiten - funktionieren. ... Diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben, waren etwas bleich. ..."

Und so Bundespräsident Lübke am 9. Mai 1966 vor dem 7. DGB-Kongress in Berlin:

"Dies aber kann ich mit Bestimmtheit sagen: Sollte es nicht zu einer vom deutschen Bundestag beschlossenen Notstandsgesetzgebung kommen, werden die Botschafter der Drei Mächte im Ernstfall die ihnen zustehenden Rechte nach Konsultation mit der Bundesregierung für sich beanspruchen und die Bundesrepublik Deutschland ermächtigen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen."

Die Drohung war berechtigt, denn die Schubladengesetze waren nicht bloße in Planung befindliche Entwürfe, sondern auf geheimen Bundesgesetzblättern ausgedruckte und bis an unterste Verwaltungsinstanzen (z.T. versiegelt und mit Code-Wort versehen) verteilte Ausarbeitungen; sie waren inhaltlich eine genaue, teilweise verbesserte Reproduktion des bürokratisch durchgeplanten Terrors des Dritten Reichs. Nur fehlte es dieser Drohung der argumentatorischen Logik; denn sie gingen von einem gleichsam konspirativen Zusammenwirken zwischen Bundesregierung und den Alliierten aus - ein wahrhaft erstaunlicher Ausgangspunkt für die Forderung nach Notstandsvollmachten.

Tatsächlich war aber diese Drohung nicht nur berechtigt, sie kommt immer ernstlicher auf uns zu. Die neuen Notstandsverfassungs-Entwürfe geben zunehmend offen der Regierung die Möglichkeit, im Zusammenwirken mit den Alliierten das Parlament auf legale Weise zu umgehen:

Dienstverpflichtungen aller Art,
Beschlagnahmungen,
Beschränkungen und Wirtschaftskontrollen,

all das sollen Bundesregierung und Natorat künftig allein verordnen können (Art. 80 a des Rechtsausschuß-Entwurfs, s. Blätter zur Notstandsgesetzgebung Nr. 4).

Was also an umfassenden Rechten fälschlich den alliierten Vorbehalten zugesprochen wird, soll tatsächlich und juristisch unangreifbar als Verfassungsrecht ins Grundgesetz eingefügt werden.

Auf Seiten der Nato liegen entsprechende Bestimmungen schon vor. Nicht nur der Plan "Prometeus" für Griechenland, auch für andere Länder sind entsprechende Pläne ausgearbeitet. Ein solcher Rahmenplan veröffentlicht von der Osloer Zeitung Orientering, bestimmt ausdrücklich, daß den USA in dem betreffenen Land umfassende Befugnisse zur Dienstverpflichtung, zum Streitkräfteeinsatz im Innern und zur Mitbenutzung der geheimdienstlichen Überwachungen übertragen werden. Da würde, weiß Gott, das Parlament nur stören. So hat man ihm in all diesen drei Bereichen keine bindenden Befugnisse belassen.

Es zeigt sich:

* Die alliierten Vorbehaltsrechte sind eine politisch unbedeutende Position der Alliierten
* Es geht nicht um ihre Ablösung
* Vielmehr geht es um die Schaffung verläßlicherer Rechtsgrundlagen für genau d i e umfassenden Befugnisse zur kollusorischen Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Alliierten, die als wahrhaftige Drohung auf uns zukommen.

Die neue Verstärkung von Nato-Rechten in einer Zeit zunehmender Entspannung zwischen Ost und West zeigt die Nato selbst in einer neuen Funktion und weist auf, daß der Zusammenhang zwischen den linken Entwicklungen in den Nato-Ländern und den Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" dort sehr wohl erkannt ist.

S T E R N F A H R T N A C H B O N N A M 11. M A I 1968

Am Freitag, 10.5.68, um 21.26 Uhr fährt ein Sonderzug mit ca. 800 Plätzen nach Bonn, Preis DM 40,-- hin und zurück. (Rückfahrt in der Nacht zum Sonntag)
Außerdem werden Busse und Privatautos fahren.
Autofahrer: Bitte anmelden bei K.D. Heiser, Tel.: 83 29 03
Abfahrt (wer es machen kann): Freitag, 10.5., ab 22.oo Uhr
Parkplatz an der Leibnizstraße (Dort: gedruckte Fahrt-Empfehlungen)

10.05.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' soll in Bochum eine Arbeiter- und Studentenkonferenz stattfinden, zu der AStA der Ruhr-Universität einlädt. Zu der Veranstaltung sollen vor Bochumer Betrieben Flugblätter verteilt werden.
*Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 23, Bochum ***1968, S. 4*

11.05.1968:
Zum Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze (NSG) wurde auch in Hamburg aufgerufen (vgl. 9.5.1968), durch das Kuratorium Notstand der Demokratie - Baden-Württemberg und in Tübingen durch SDS, HSU, SL und LSD.

Aus Freiburg beteiligen sich, laut GUV, etwa 500 Menschen. Insgesamt demonstrieren über 70 000.

Das Kuratorium Notstand der Demokratie veröffentlicht im Vorfeld eine "Antwort an den Deutschen Bundestag".
Q: Zur Sache Nr. 2, Hamburg 9.5.1968, S. 1; Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 55;GUV: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung nach 1945 in Freiburg. Weg mit dem KPD-Verbot!, Freiburg O. J. (1976), S. 17;Kuratorium Notstand der Demokratie: Antwort an den Deutschen Bundestag, Frankfurt O. J. (1968);Kuratorium Notstand der Demokratie - Baden-Württemberg: Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn, Plochingen O. J. (1968);SDS, HSU, SL, LSD: Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn, O. O. (Tübingen) O. J. (1968)

Antwort an den Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag wurde gestern, wie schon früher gegen oppositionelle Initiativen, auch gegen unseren Sternmarsch mobilisiert.

Die autoritären Disziplinierungsappelle der Großen Koalition und ihrer parlamentarischen Anhänger müssen uns jedoch in unserem Widerstand bestätigen. Dieser Bundestag akzeptiert – ohne auch nur näher hinzusehen – Zwangsarbeitsverhältnisse, den Einsatz der Bundeswehr gegen Bundesbürger, seine eigene Ausschaltung durch NATO-Beschlüsse, die Aufhebung von Grundrechten und die Aushöhlung des Streikrechts. Es ist eine schamlose Täuschung der Öffentlichkeit, diesen Anschlag auf das demokratische Grundgesetz als „Vorsorge für Zeiten der Not" und „Sicherung des Rechtsstaates" zu bezeichnen.

Die Notstandsbefürworter haben gestern im Bundestag wieder einmal der Öffentlichkeit weiszumachen versucht, wir seien gutwillige Verführte und verdeckte Kommunisten.

Sie haben offenbar die Verfassungsschutzberichte des Bundesinnenministers zu Aufklärungsmaterial über die demokratische Bewegung gegen die Notstandsgesetze aufgewertet, statt sich selbst ein Urteil zu bilden. Wir fordern die Abgeordneten auf, zu unserer Demonstration zu kommen, sich pflichtgemäß selbst zu informieren und unsere Argumente zu studieren.

Dann werden sie sehen, wie groß und vielfältig die Unruhe ist, die ihre Notstandspolitik hervorgerufen hat. Dann werden sie sehen, ob die Demonstranten selbstbewußte politische Menschen oder der verführte Haufen einiger Verschwörer sind.

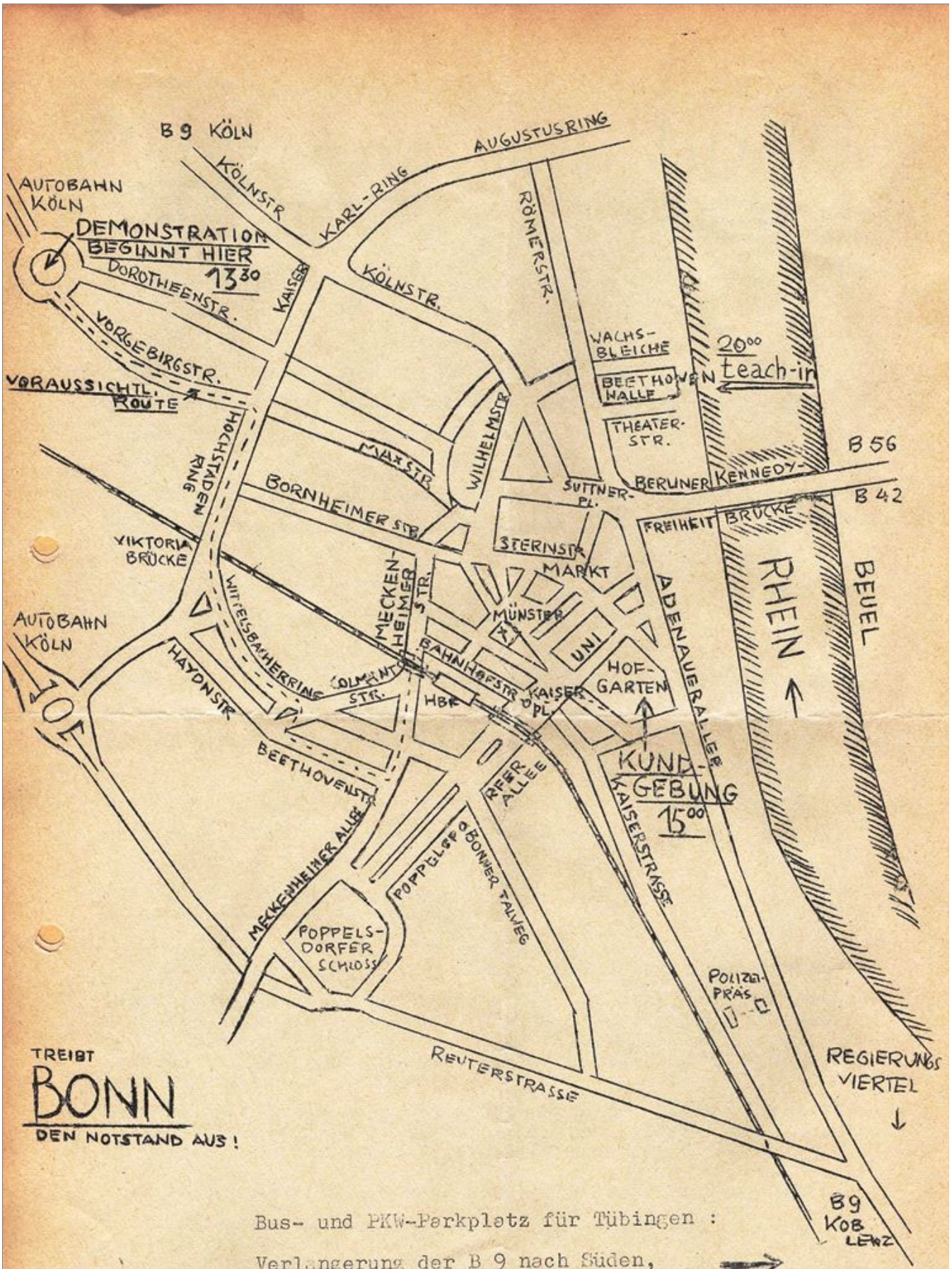
Diese „Volksvertreter" sind dabei, in den Disziplinierungskampagnen für die Große Koalition ihre Legitimation vollends verheizen zu lassen. Sie helfen mit, die neu erwachten demokratischen Regungen außerhalb des Parlaments zu dem inneren Feind zu stempeln, der ausgeschaltet werden soll. Sie haben Angst, wenn aus einer willigen Wählermasse, die sich nicht um Politik kümmert, massenhaft kritische Bürger aktiv werden.

Diese Bundestagssitzung war keine Antwort auf unsere politischen Forderungen. Eine vernünftige Antwort kann nur lauten:

Absetzung der Notstandsgesetze von der Tagesordnung.

Dieser Bundestag ist über die beabsichtigten Verfassungsänderungen noch nicht einmal informiert. Er hat schon deshalb kein Recht, mit ihnen das Grundgesetz zu ändern.

Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Verantwortlich: Helmut Schauer, 6 Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Straße 87.



Bus- und PKW-Parkplatz für Tübingen :

Verlangerung der B 9 nach Süden, →
Friesdorfer Str. (Friesdorfer Stadion) ;
Hinweg : über Godesberg, dann Richtung Bonn

Aufruf zum

doppelt

Sternmarsch nach BONN

Am 11. Mai werden in Bonn über 3o ooo Mitglieder der außer_ parlamentarischen Opposition gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung demonstrieren.

Für Teilnehmer aus Tübingen bietet sich die Möglichkeit, mit Bussen am Samstag nach Bonn zu fahren.

Abfahrt: Clubhaus 6 Uhr s.t.
Rückkehr: In der Nacht von Samstag auf Sonntag

Anmeldung: bis Donnerstag tägl. von 12-14 Uhr am Informationstisch in der Neuen Mensa
Preis: Hin- und Rückfahrt DM 14.-

Privatwagenfahrer werden gebeten, sich am Informationstisch zu melden, falls sie noch einige Plätze frei Haben.

Vorläufiges Programm in Bonn:

Eröffnungs teach in 11.3o Uhr auf dem Gelände der Markthalle

Beginn der Demonstration gegen 13.3o Uhr über: Vorgebirgsstraße, Hochstadenring, Viktoriabrücke, Wittelsbacherring, Beethoven - platz, Beethovenstraße, Meckenheimer Allee, Colmanstraße, Bachstraße, Unterführung, Bahnhofstraße, Wesselstraße, Neutor bis zum Hofgarten.

Dort ab 15 h Kundgebung. Es sprechen: Prof. Ridder, Erich Fried, Wolfram Dorn (MdB FDP), Christoph Ehmann (VDS), Helmut Schauer (Kuratorium Notstand der Demokratie) Ende gegen 17 Uhr

Um 2o h: Teach in in der Beethovenhalle; Veranstalter SDS
(Thema: Autoritärer Staat und Widerstand)

Vorbereitung in Tübingen: Teach in im Festsaal, Freitag, ab 21 Uhr nach der Vorlesung von Prof. Jens.

SDS HSU SL LSD SDS HSU SL LSD SDS HSU SL LSD SDS HSU SL LSD

Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn

Seit zehn Jahren verlangen die jeweiligen Bundesregierungen Notstandsgesetze. Seit zehn Jahren ist die Aushöhlung des demokratischen Grundgesetzes durch die Notstandsparagraphen am Widerstand einer kritischen Opposition gescheitert.

Die wirklichen Notstände — wie die Krise im Ruhrgebiet und im Bildungswesen, die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und die Kommandogewalt der Unternehmer in den Betrieben, die Aushöhlung der Pressefreiheit durch Pressemonopole — werden durch die Politik der Bundesregierung nicht aus der Welt geschafft, sondern verschärft. Notstandsgesetze verhindern die demokratische Lösung dieser Probleme.

Statt der Kritik der Öffentlichkeit an ihren Notstands-Entwürfen Rechnung zu tragen, haben die Spitzen der Koalitionsparteien in einem Geheimabkommen, das auch dem SPD-Parteitag in Nürnberg vorenthalten wurde, die Bestimmungen noch verschärft, mit denen sie das Grundgesetz umbauen wollen. Die alliierten Vorbehaltsrechte sollen durch unbeschränkte NATO-Rechte abgelöst werden, an denen nur die Regierung unter Ausschluß parlamentarischer Kontrolle beteiligt wird. Perfekte Notstandspläne, nach denen beispielsweise der Staatsstreich in Griechenland organisiert wurde, existieren bereits bei der NATO.

In Zukunft kann die Bundesregierung die Polizei und den Bundesgrenzschutz noch unkontrollierter als nach dem alten Entwurf gegen die Bevölkerung einsetzen. Die Brutalität der jüngsten Polizeieinsätze, die Notstandsübungen glichen, und das Erstarken der reaktionären Kräfte sollten uns eine Warnung sein, damit wir mit aller Entschlossenheit gegen die Notstandsgesetze demonstrieren. Diese Gesetze kosten nicht nur Unsummen aus unseren Steuergeldern, sie machen jeden gesellschaftlichen Fortschritt unmöglich und gefährden unsere demokratischen Rechte.

In den nächsten Wochen sollen die Notstandsentwürfe im Bundestag durchgepeitscht und die Kritik überfahren werden. Dagegen kann nur noch massenhafter Widerstand breiter Schichten wirksam werden.

D e s h a l b r u f e n w i r a u f

zum Sternmarsch nach Bonn.
Für Demokratie — gegen Notstandsgesetze
am 11. Mai 1968.

Der Sternmarsch beginnt um 13 Uhr in Bonn, Kundgebung 15 Uhr.

Wir fordern alle Notstandsgegner und ihre Organisationen auf, den Marsch zur gemeinsamen Aktion der gesamten Notstandsopposition zu machen.

Abfahrt:
6.30 Uhr Marktplatz Stuttgart
6.30 Uhr Busbahnhof (bei Hertie) Böblingen
6.30 Uhr Marktplatz Leonberg
6.00 Uhr Marktplatz Ludwigsburg
6.00 Uhr Bahnhof Esslingen

Fahrtkosten: 15.— DM, Lehrlinge, Schüler, Studenten 10.— DM

Anmeldung:
Kuratorium Notstand der Demokratie, 7 Stuttgart, Schellingstraße 6
Arne Houben, Böblingen, Altvaterstraße 5
Frau Süsskind, Leonberg, Lohlenweg 8
Roland Zepeck, Ludwigsburg, Neckarstraße 110
Kuratorium Notstand der Demokratie Esslingen, Kanalstraße 29

Auskünfte:
R. Ehinger, Tel. 0 71 53/38 81
Kuratorium Notstand der Demokratie Baden-Württemberg, 7 Stuttgart, Schellingstraße 6

Verantwortlich: H. Ehinger, 731 Plochingen, Richard-Wagner-Straße 29

Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung

Nach der Niederschlagung der demokratischen Bewegung, der Fesselung der Arbeiterklasse und der Zerschlagung der KPD trat die westdeutsche Bourgeoisie in eine nahezu zehn Jahre andauernde Periode der wirtschaftlichen und politischen Stabilität ein. Wirtschaftlich war die Lage gekennzeichnet durch eine fast krisenfreie, rasche Ausdehnung des inneren Marktes und der Ausdehnung der Lohnarbeit auf neue Schichten. Auf bloße Streikdrohung hin wurden den Arbeitern Lohnzugeständnisse gemacht. Der einzige Streik von größerem Umfang in der Zeit zwischen 1958 und 1966 fand im Jahre 1963 statt, als die baden-württembergischen Kapitalisten auf den Streik für höheren Lohn mit Aussperrung antworteten. Mit der Krise 1966/67, die deutlich für die herrschende Klasse die Notwendigkeit brachte, von der Politik des Wiederaufbaus auf die imperialistische Expansion umzustellen, bedeutete ein Ende dieser Zeit der relativen Ruhe. Eine neue Welle des Klassenkampfes und des Kampfes um Demokratie wurde damit notwendig hervorgetrieben.

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze sollte für die westdeutsche Bourgeoisie der krönende Abschluß der Restauration ihrer imperialistischen Herrschaft werden. 1960 brachte die damalige CDU-Regierung zum ersten Mal drei Gesetzentwürfe zur Regelung des Notstands ein: ein verfassungsänderndes Notstandsrecht, das eine zweidrittel-Mehrheit im Bundestag brauchte, den Entwurf eines Notdienstrechtes und den Entwurf eines Bundesleistungsgesetzes. Die Regierung brauchte das Recht, die Streitkräfte im Inneren und den Bundesgrenzschutz als Polizei einzusetzen. Der Staat mußte das Recht bekommen, die bereits durch das Grundgesetz eingeschränkten und durch einfache Gesetze weiter eingeschränkten Grundrechte vollständig aufheben zu können, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Pflicht nehmen zu können, statt ihre Arbeitskraft kaufen zu müssen. Das ist kurz zusammengefaßt der Inhalt der Notstandsgesetze. (siehe hierzu Arbeitsheft 3 , S.46 ff)

Diese Politik der Bourgeoisie ist auf den Widerstand der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung gestoßen. Gerade der Kampf gegen die Notstandsgesetze war ein deutliches Zeichen für einen beginnenden Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen, teilweise revolutionären Bewegung. 1966 wurde in Freiburg -wie in anderen Städten Westdeutschlands- ein Komitee gegen die Notstandsgesetze gegründet. Die demokratische Bewegung war im Kampf gegen die Notstandsgesetze mit der Arbeiterbewegung verbunden. Am Tag der dritten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag fand vor der Firma Hellige eine Diskussion zwischen Studenten und etwa 50 bis 60 Arbeitern während der Mittagspause statt. Einige Arbeiter planten daraufhin eine weitere Diskussionsveranstaltung. Sie entwarfen eine Einladung, die mit Genehmigung des Betriebsrates am Schwarzen Brett aufgehängt wurde. Als daraufhin die Geschäftsleitung den Mechaniker Günter Heinke fristlos entließ, kam es zu einer Protestkundgebung von knapp über 100 Studenten zusammen mit dem Bevollmächtigten der IG-Metall Guski vor Hellige.

Wenn auch die Bourgeoisie gegen den Widerstand der demokratischen Bewegung die Notstandsgesetze durchsetzen konnte, hat die demokratische Bewegung in der Praxis der Reaktion schwere Schläge versetzt.

Am 1.Mai 1966 fand die erste Demonstratio gegen die Notstandsgesetze in Freiburg

11.05.1968:
Der AStA der Universität und der SDS Tübingen geben vermutlich heute das Flugblatt "Quartier Latin brennt!" zum Pariser Mai in Frankreich heraus mit dem Aufruf, die Informations-Teach-Ins zu besuchen und Sympathiekundgebungen durchzuführen.
Q: AStA, SDS: Quartier Latin brennt!, Tübingen O. J. (1968)

QUARTIER LATIN

brennt

STUDENTEN !

Seit dem 3.5. ist die Sorbonne von dem Rektor Roche geschlossen. (Sie wurde nicht wieder geöffnet, wie die westdeutsche Presse meldete)

Studenten und Arbeiter demonstrierten während der ganzen Woche für die Wiedereröffnung und gegen die brutalen Methoden der vom Rektor herbeigerufenen Polizei.

Gestern, Freitag Abend, versammelten sich 50 000 Studenten und Arbeiter im Quartier Latin. Die Polizei versuchte, die Demonstration aufzulösen. Sie ging, härter als vor einer Woche, mit Splittergranaten, Tränengas und Schlagstöcken vor. Zum ersten Mal wurden wurden Feuerbomben und Chlorgas eingesetzt. Die Studenten verbarrikadierten sich. Polizei legte Brände. Die Demonstranten wurden in Häuser, über die Dächer verfolgt. Bisher gab es eine nicht bekannte Anzahl von Toten und Hunderte von Schwerverletzten.

Die Studenten Frankreichs, die in Italien und England, kämpfen wie wir für ausreichende Studienplätze, für eine Demokratisierung der Verwaltung und des Lehrbetriebs. Die Nationalgewerkschaft der französischen Hochschullehrer hat sich mit den Studenten solidarisch erklärt und zum Generalstreik in allen Universitäten aufgerufen. Die Arbeiter demonstrieren mit den Studenten.

Wir rufen alle Studenten auf, sich auf unseren Informations-Teach-ins berichten zu lassen und unsere gemeinsamen Aktionen zu diskutieren.

Wir rufen alle Studenten zu Sympathiekundgebungen mit unseren französischen Kommilitonen auf.

(Berichte von Augenzeugen)

AStA, SDS

13.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich Anfang dieser Woche zum Streik gegen die Notstandsgesetze (NSG) das Flugblatt "Hochschulstreik gegen die Notstandsgesetze 15.5.68" mit Auszügen aus dem Gesetzentwurf und Kommentaren dazu.
Q: N. N.: Hochschulstreik gegen die Notstandsgesetze 15.5.68, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Hochschulstreik gegen die Notstandsgesetze 15.5.

D E R N E U E N O T S T A N D S E N T W U R F

(Auszüge und Kommentare)

Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes :

Ergänzung zu Artikel 10 :

(2) Beschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. (...)das Gesetz kann bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtswegs die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Auf deutsch: Herr Gerstenmaier überwacht die Tätigkeit der Geheimdienste !

Neuer Artikel 12 a :

(3) Wehrpflichtige (..) können im Verteidigungsfall (Art.115 a) (...) zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden(...)

(4) Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahr können (...) (s.o.)

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach (3) nur mit der Maßgabe des Art. 80 a begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach (3) (...) kann die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Im Verteidigungsfall (...) kann die Freiheit, die Ausübung des Berufes oder den Arbeitsplatz aufzugeben, eingeschränkt werden. Verweis auf Art. 80 a wie in (5).

Auf deutsch: Ausbildungslager nach der Melodie "Arbeit macht frei sind schon im Frieden erlaubt;Zwangsverpflichtungen auf den Arbeitsplatz erst im Krieg o d e r nach Artikel 80 a !

Neuer Artikel 80 a :

(1) Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz(...) bestimmt, daß Maßnahmen nur nach Maßgabe dieses Artikel angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung außer im Verteidigungsfall nur zulässig, wenn der Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles fest-

stellt oder wenn er der Anwendung besonders zugestimmt hat. Für die Fälle des Art.12 a ist eine 2/3 Mehrheit nötig.

(2) Maßnahmen auf Grund von Rechtsvorschriften nach (1) sind aufzuheben, wenn es der Bundestag verlangt.

(3) Abweichend von (1) ist die Anwendung solcher Rechtsvorschriften auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages gefaßt wird. (2) findet dann keine Anwendung.

Auf deutsch: Der Bundestag kann, wann immer Kiesinger, Barzel oder Springer eine Krise sehen, die Notstandsgesetze in Kraft setzen. Außerdem kann es die NATO sowieso, ohne daß der Bundestag diesen Beschluß aufzuheben in der Lage wäre. Also: US-Offiziere, portugiesische und griechische Generale, alles gute Demokraten, bestimmen über Freizügigkeit, Arbeitsplatz, Streik und Zwangsarbeit.

Neuer Artikel 115 a :

(1) Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder daß ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall) trifft der Bundestag(...) mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Auf deutsch: Studentendemonstrationen + 51% CDU im Bundestag + DDR-Manöver als Vorwand = Notstand .

Neuer Artikel 115 c :

(1) Der Bund hat für den Verteidigungsfall das Recht der Gesetzgebung auch auf den Sachgebieten, die zur Zuständigkeit der Länder gehören.

(2) Soweit es die Verhältnisse während des Verteidigungsfalles erfordern, kann (...)

1. Bei Enteignungen abweichend von Art. 14 die Entschädigung vorläufig geregelt werden.
2. für Freiheitsentziehungen (...) eine Frist von vier Tagen (...) festgesetzt werden.

(4) Bundesgesetze nach (1) und (2) dürfen zur Vorbereitung ihres Vollzuges schon vor Eintritt des Verteidigungsfalles angewendet werden.

Auf deutsch: Durch Aufhebung des Föderalismus ab morgen Hochschulgesetze von Herrn Benda.

13.05.1968:
In Heidelberg gibt die Dolmetscher-Fachschaft ihre 'Mitteilungen für die Studierenden des Dolmetscher-Instituts' heraus mit der Einladung zum Teach-in um 16 Uhr 30.
Q: Mitteilungen für die Studierenden des Dolmetscher-Instituts, Heidelberg 13.5.1968

MITTEILUNGEN FÜR DIE STUDIERENDEN DES DOLMETSCHER-INSTITUTS
-.-

Herausgegeben von der Dolmetscher-Fachschaft am 13. 5. 1968
Verantwortlich für den Inhalt: Hellmuth Meyer, Antje Wanser

E I N L A D U N G

ZUM

TEACH-IN

am Montag, den 13. Mai, um 16.30 Uhr
im Konferenzsaal des Dolmetscher-Instituts, Akademiestraße 5

Thema: Die Gestaltung des mehrsprachigen Konferenzdolmetschens
und allgemeine Probleme der Dolmetscher-Ausbildung

Alle Studierenden und ganz besonders die Lehrkräfte des Dolmetsch
Instituts sind hierzu sehr herzlich eingeladen, damit uns nicht w
der das gleiche vorgeworfen werden kann wie beim ersten teach-in
zum gleichen Thema, das am Freitag, den 10. Mai stattfand.

Ein Teilnehmer des teach-ins äußerte folgendes:

"Dürfte ich einmal fragen oder die Bitte aussprechen, daß in Zuku
wenn teach-ins veranstaltet werden, daß es so bekannt wird, daß,
wenn man nicht nur möchte, daß die Studenten das unter sich behan
deln, daß eine Möglichkeit ist, daß auch Lehrkräfte daran teilneh
men, es so bekannt gemacht wird, daß auch alle Lehrkräfte daran
teilnehmen können, es jedenfalls ihnen so bekannt geworden ist,
und nicht der Eindruck aufkommen kann, daß vielleicht eine zufäll
ge Auswahl getroffen worden ist, dadurch, daß man zufällig ange-
sprochen worden ist."

=/=/=/=/=/=/=/=/=/=/=

Beim ersten teach-in zu diesem Thema am vergangenen Freitag wurde
konkrete Vorschläge zur Gestaltung des mehrsprachigen Konferenz-
dolmetschens gemacht. Unter anderem paritätische Mitbestimmung de
Studierenden bei der Auswahl des Lehrstoffes und der Einladung de
Redner; demokratische Wahl eines Chefdolmetschers und eines Dis-
kussionsleiters für jede Sitzung; Herstellung einer breiteren Öff
lichkeit der Lehrveranstaltungen; Öffentlichkeit von Schein- und
Test-Prüfungen; Schaffung eines demokratisch organisierten Lehrbe
triebes anstelle von Lehrveranstaltungen, die das Odium einer stä
digen Examenssituation tragen.

DIE DISKUSSION GEHT WEITER - ALLE SIND DAZU EINGELADEN

Die Ergebnisse der Diskussion für die Dolmetscher-Ausbildung könn
ten Ansätze für die Diskussion einer Neugestaltung der Übersetzer
Ausbildung geben.

=/=/=/=/=/=/=/=/=/=/=

Ein Ergebnisprotokoll beider teach-ins wird als Mitteilungsblatt
veröffentlicht. Das integrale Tonbandprotokoll des ersten teach-i
wird ab Mitte der Woche allen Interessenten im Konferenzsaal des
zugänglich sein.

./.

Erstmals begrenzte Öffentlichkeit des Tests zur Aufnahme in das Dolmetscher-Seminar

Am Samstag, den 11. 5. fand der sogenannte Dolmetsch-Test erstmals in Anwesenheit von Mitgliedern des Dolmetscher-Seminars statt Die Beratung allerdings konnte leider noch nicht öffentlich stattfinden; auch hatten Studierende der jüngeren Semester oder höherer Semester der Übersetzer-Ausbildung noch keinen Zugang zur Prüfung. In einem Brief vom 6. 5. 1968, gerichtet an Herrn Dr. Beinert, hat die Fachschaft die Öffentlichkeit des Tests gefordert. In seiner Antwort vom 8. 5. 1968 erklärte Herr Dr. Beinert folgendes:

> Ich habe mich dem Geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriu Herrn Professor de Vincenz gegenüber dafür ausgesprochen, daß die Studenten des Dolmetscherseminars beim Test anwesend sein k nen. Herr Professor de Vincenz hat mich aufgefordert, die Zustimmung des Herrn Dekans der Philosophischen Fakultät dazu ein zuholen. Der Herr Dekan hat sich damit einverstanden erklärt, daß die studentischen Mitglieder des Dolmetscher-Seminars und die Kandidaten selbst bei den Prüfungen anwesend sein können. Was die Forderung der Zulassung von studentischen Vertretern bei den Beratungen über die Ergebnisse des Tests betrifft, so geht die Entscheidung hierüber eindeutig über meine Kompetenzen hinaus. Nach Rücksprache mit Herrn Professor de Vincenz stelle ich Ihnen anheim, einen schriftlichen Antrag an den Geschäftsführenden Vorsitzenden des Kuratoriums zu richten, der im Kuratorium beraten und dann der Philosophischen Fakultät vorgelegt werden muß.

Einen Antrag auf Herstellung der vollen Öffentlichkeit - nicht nur für den Test, sondern für alle Prüfungen am Dolmetscher-Institut - wird die Fachschaft in den nächsten Tagen dem Kuratorium für das Dolmetscher-Institut vorlegen.

Das Thema 'Öffentlichkeit der Prüfungen' ist am DI inzwischen so brisant geworden, daß bei der letzten Dolmetscher-Hauptprüfung bereits Gerüchte über ein etwaiges go-in der Studenten umliefen. Dazu schreibt Herr Dr. Beinert im selben Brief:

> In diesem Falle war ich davon unterrichtet worden, nicht daß Störversuche geplant seien, aber daß über die Möglichkeit gespr chen worden war. Zu meiner Freude ha e ich am Morgen des 26. 4. gehört, daß die studentischen Mitglieder des Seminars den Gedanken an ein Go-in, das heute an sich mit einer moralischen Abqualifizierung nicht mehr verbunden ist, abgelehnt haben. ---

Wir wollen hoffen, daß durch die Herstellung der Öffentlichkeit solche Gerüchte in Zukunft unnötig werden.

Am Donnerstag, dem 16. Mai 1968 um 20 Uhr c.t. spricht im Konferenzsaal des DI Herr Dr. F.P.A. Cuypers über das Thema

"ZU METHODEN UND AUFGABEN EINES TERMINOLOGIE-BÜROS BEI INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN".

Herr Dr. Cuypers ist Leiter des Terminologiebüros der EWG, Brüssel
Alle Studierenden sind hierzu herzlich eingeladen.

13.05.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich in dieser Woche die zweite Broschüre seiner Schriftenreihe (vgl. 22.4.1968, 24.5.1968) heraus als "Augenzeugenbericht Paris 10 & 11. Mai 1968 Arno Münster (Paris)" zu den Maiunruhen in Paris, Frankreich.
Q: SDS: Augenzeugenbericht Paris 10 & 11. Mai 1968 Arno Münster (Paris), Tübingen 1968

13.05.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich Anfang der Woche das Flugblatt "D'ou vient la violence? Woher kommt die Gewalt?" zu Frankreich heraus mit dem Text eines Flugblatts der JCR Paris vom 6.5.1968.
Q: SDS: D'ou vient la violence? Woher kommt die Gewalt?, Tübingen O. J. (1968)

D'OU VIENT LA VIOLENCE ?

WOHER KOMMT DIE GEWALT ?

Ein Flugblatt, das am vergangenen Montag (6.5.68) als Aufruf zur Demonstration in Paris verteilt wurde. Der Unterzeichner, die JCR, ist eine von der französischen KP unabhängige, revolutionäre Jugendorganisation.

Mit einigen Monaten Verspätung nach ihren deutschen und italienischen Kollegen entfesseln nun die französischen Presse-Magnaten eine Hetzkampagne gegen die studentische Bewegung.

Mit einigen Monaten Verspätung nach ihren deutschen, italienischen und spanischen Komplizen besetzen nun die französischen Flics die Universitäten, verhaften die Studenten und knüppeln sie zusammen.

Mit einigen Monaten Verspätung nach Kiesinger und Moro löst nun De Gaulle direkte und brutale Unterdrückungsmassnahmen gegen die Studenten aus.

Pariser !

Die Studenten sind nicht die "unverantwortlichen Störenfriede", wie es euch die grosse Presse weismachen will.

Heute erheben sich in ganz Europa die Studenten

- gegen eine Universitäts-System, dessen Auswahlprinzip den Arbeiterkindern den Zugang zur Universität unmöglich macht.
- gegen Reformen, die dieses Auswahlprinzip verschärfen, indem sie die Studiengänge reglementieren und weitere Prüfungshindernisse aufbauen.
- gegen die enge Spezialisierung in Schule und Universität, die auf die kapitalistische Ausbeutung der Hilfsarbeiter vorbereitet, - Hilfsarbeiter, die der Arbeitslosigkeit und Hungerlöhnen ausgeliefert sind.

Sie kämpfen

- gegen die kapitalistische Funktion der Universität, die der kapitalistischen Ausbeutung der europäischen Arbeiter dient.
- für eine Ausbildung, die eine ständige Verbesserung der Lebensbedingungen und der Selbstbestimmung der Arbeiter ermöglicht.

Die Rektoren, die Dekane, die politische Führung und die Ministerialbürokratie geben in väterlichem Tone zu, dass "diese Probleme wirklich existieren" und dass "das Unbehagen der Studenten begründet" ist. Aber sie verleumden die studentische Bewegung als das Werk einer "kleinen Gruppe von Unruhestiftern", die von der Garde mobile(1) schon zur Raison gebracht werden wird.

b.w.

Die Gewalt der Demonstranten ist der Gegenschlag der Studenten gegen die Gewalt, die in einer Gesellschaft herrscht, in der die Bourgeoisie ihre internationale "Ordnung" nur dadurch aufrechterhält, dass sie täglich in Vietnam, in Griechenland, in den USA gegen die Schwarzen, Gewalt anwendet.

Solange die studentische Bewegung isoliert ist, kann sie von der staatlichen Unterdrückung zerschlagen werden.

Arbeiter!

Ihr auch, auch ihr seid gezwungen zu kämpfen und eure Errungenschaften gegen die Angriffe der Staatsgewalt zu verteidigen.

Ihr auch, auch ihr seid mit der CRS(2) und mit der Garde mobile zusammengestossen, als eure Streiks zerschlagen wurden.

Ihr auch, auch ihr seid von der grossen Presse, die in den Händen des Grosskapitals ist und vom Rundfunk, der von den Machthabern kontrolliert wird, beleidigt und beschimpft worden.

Ihr wisst, dass die Gewalt ein fester Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung ist. Ihr wisst, dass sie die trifft, die es wagen, sie anzugreifen: der Gummiknüppel der CRS ist die Antwort auf unsere Forderungen, genau so wie die Gewehrkolben der Garde mobile als Antwort auf die Streiks der Arbeiter in Caen, Redon und Le Mans gekommen sind.

GEGEN DIE GARDE MOBILE, DIE UNSERE FAKULTÄTEN BESETZT HÄLT, während Disziplinarausschüsse undere Kommilitonen aburteilen, BRAUCHEN WIR EURE HILFE !

ES LEBE DIE SOLIDARITÄT DER ARBEITER MIT DEN KÄMPFENDEN STUDENTEN !

FREIHEIT FÜR UNSERE VERHAFTETEN KOMMILITONEN !

SOFORTIGE ÖFFNUNG DER FAKULTÄTEN UND ABZUG DER POLIZEI !

RÜCKTRITT DES REKTORS ROCHE, des Hauptverantwortlichen für die "Gewalttätigkeiten" vom letzten Freitag !

Jeunesse Communiste Revolutionnaire (JCR) Paris

Zum ersten Mal seit 1940 hat es ein französischer Rektor gewagt, die Polizei in die Universität zu holen. Die Fakultäten der Sorbonne wurden bisher nur von der Gestapo und von Marschall Pétain geschlossen.

Die frappanten Parallelen der Unterdrückung von Minderheiten, die gegen das kapitalistische System revoltieren, zeigt, dass die Repression heute international ist und dass ihre Formen überall gleich brutal sind.

Deswegen ist der Kampf der Pariser Studenten Teil des internationalen Kampfes, den auch wir führen.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Tübingen

---

1) Garde mobile: Sonderabteilung der französ. kasernierten Polizei, speziell zur Niederschlagung von Streiks etc.
2) CRS: Companie Republicaine de Sécurité, d.i. die französ. Bereitschaftspolizei.

13.05.1968:
Laut 'apo press' München beginnt in München eine Karl-Marx-Woche, die von der Münchener Karl-Marx-Gesellschaft e.V. veranstaltet wird. Sie dauert bis zum 17.5.1968.
Q: apo press Nr. 11, München 11.8.1968, S. 8

13.05.1968:
Der AStA der FU Berlin gibt vermutlich in dieser Woche seine 'Blätter zur Notstandsgesetzgebung' Nr. 7 (vgl. 10.5.1968) zum Thema "Demokratische Verfassung und Ausnahmeregeln" heraus.
Q: Blätter zur Notstandsgesetzgebung Nr. 7, Berlin O. J. (1968)

BLÄTTER ZUR NOTSTANDSGESETZGEBUNG

NR. 7

Demokratische Verfassung und Ausnahmeregeln

Die Apologeten des Notstandes haben gleichermaßen für verschreckte Bürger wie für Gewaltanbeter eine Formel gefunden, um die Notwendigkeit von Notstandsbefugnissen für die Bundesregierung unter Beweis zu stellen; sie meinen, die Demokratie sei eine Staatsform, die für Schönwetterzeiten geschaffen sei, für Normalzeiten; sie tauge aber nicht für außergewöhnliche Umstände. Die Ausnahme vom Regelzustand erfordere auch Ausnahmeregeln, deren Anwendung dazu dienten, die Schönwetterzeit wiederherzustellen. Der Vorwurf, die Einfügung von Notstandsbefugnissen für die Regierung in das Grundgesetz sei undemokratisch, entbehre jeder Grundlage, da wesensmäßig zur Demokratie Notstandsbefugnisse gehörten: in der Monarchie oder in sonstigen autoritären Staatsformen habe das Volk ohnehin nichts zu sagen und sei daher beliebigen politischen Eingriffen des Autokraten ausgesetzt; die Gegenüberstellung einer politischen Normalzeit und eines Ausnahmezustandes erübrige sich hier, während sie für die Demokratie erst recht eigentlich einen Sinn erhalte, weil sie an "relativ normale Zeiten" gebunden sei. Hieraus wird dann gefolgert, Demokratie und Notstandsrecht seien untrennbar aufeinander bezogen, denn Zweck des Notstandsrechts sei "es ja gerade, die Demokratie dadurch zu erhalten, daß es bestimmte, ihr zugehörende Verfahrensweisen für die Dauer des Notstandes suspendiert und ihr damit zu der Elastizität verhilft, deren sie bedarf, um seiner Herr zu werden" (Winfried Martini, in DIE WELT 7. Mai 1966).

An dieser Ansicht ist unbestreitbar richtig, daß in einer Demokratie die Exekutive und die mit ihr verbundenen Herrschaftsinstanzen ungesicherter und weniger souverän sind als in einem politischen System, in dem die Staatsmacht nicht vom Volke abhängt. Daher ist es ebenso richtig, daß erst in einer Demokratie das Problem auftauchen konnte, wie sich die Herrschenden schützen könnten, wenn die Beherrschten ihnen ihre Zustimmung versagen. Weiterhin ist daran richtig, daß in "relativ normalen Zeiten" die Demokratie für die Herrschenden deshalb akzeptierbar ist, weil sie "relativ normale Zeiten" dadurch definieren, daß die Beherrschten sich mit der Herrschaft abfinden, ja sie sogar billigen. Offenbar braucht deshalb die Demokratie ein Notstandsrecht.

Sicherlich aber motiviert die Freunde des Notstandsrechts etwas anderes: die Sorge nicht um die Herrschenden, sondern um die Beherrschten. Sie sorgen sich, daß "schon ein Rückgang des Sozialprodukts einen Ernstfall bedeuten" könne (Winfried Martini, a. a. O.) und sich möglicherweise daraus Folgerungen ergeben, die das gesamte gegenwärtige demokratische System gefährden. Eine solche Sorge unterstellt, daß es ein alle Bevölkerungsschichten verbindendes gesellschaftliches Gesamtinteresse gibt, dessen Schutz infolgedessen einem der Gesamtheit dienenden Notstandsrecht anvertraut werden könne. Der oberflächlichste Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit zeigt, daß sich allenfalls ein "Gesamtinteresse" und ein Konsensus darüber herbeiführen läßt, daß Menschen, die sich in unmittelbarer Leibes- oder Lebensgefahr befinden, geholfen wird - seien sie Opfer einer Flut- oder Brandkatastrophe, eines Verkehrsunfalles oder eines bewaffneten Angriffs; für diesen letzteren Fall sind daher verfassungsrechtliche Vorkehrungen durch die Wehrverfassung von 1956 in das Grundgesetz aufgenommen worden. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß sie nur für diesen klar definierten und feststellbaren Zustand und diesen zugleich einzigen Fall gelten, in dem institutionelle Machtverschiebungen zur Ersetzung eventuell ausfallender Staatsorgane erforderlich werden können; sie anerkennen damit voll die rechtsstaatliche und demokratische Trennung von Krieg und Frieden.

Ein Konsensus läßt sich dagegen nicht darüber herstellen, ob gegenüber abstrakt jederzeit möglichen politischen Gefährdungen eine ständige Bereitschaft der Bevölkerung angeordnet, ein Präventivkrieg geführt, politische Verhandlungen aufgenommen oder schlicht eine neue Regierung eingesetzt werden sollte. Jede dieser und manche anderen möglichen Maßnahmen dienen ja nicht notwendigerweise nur dem Schutz vor solchen Gefahren, sondern sind selbst ein wesentliches Moment im Prozeß ihrer Herbeiführung oder Verhinderung. Ein Notstandsrecht, das über den Kriegsfall hinaus in die politische Verfassung hineinragt und mit dessen Hilfe in beliebigen Situationen die allgemeine Mobilisierung der Bevölkerung veranlaßt werden kann, verwischt die Grenze zwischen Krieg und Frieden und zerstört allein durch seine Existenz das, was es zu schützen vorgibt: eine friedliche und demokratische Gesellschaftsordnung. Hieran zeigt sich, daß ein Notstandsrecht, das sich anheischig macht, "die Demokratie", "den Staat" oder sonst ein gesellschaftliches Gesamtinteresse retten zu wollen, nicht für solche Situationen geben kann, auf die politisch reagiert werden muß und die selbst politisch herbeigeführt worden sind. Ein Notstandsrecht, das dies dennoch beansprucht, setzt sich zurecht dem Verdacht aus, bestimmten Interessen zu dienen. Welches sind diese Interessen?

Der Hinweis auf die "Normalzeiten", die "Schönwetterzeiten" zeigt, daß damit offenbar die stabilen Verhältnisse des "Wirtschaftswunders" gemeint sind: die Bevölkerung ist arbeitsam und unpolitisch, streikt nicht und überläßt die Politik den Politikern, macht Ferien in Spanien und beglückwünscht sich und die Herrschenden zu der allgemeinen ökonomischen, sozialen und politischen Stabilität, die die Epoche der Wiederherstellung der alten gesellschaftlichen Zustände mit sich gebracht hat. Die Krise dieser Restauration ist das Ende der "relativ normalen Zeiten" und die Restaurateure wünschen sich verfassungsmäßige Möglichkeiten, um die Verhältnisse wieder normalisieren zu können. Das heißt unter den heutigen Bedingungen: die Bevölkerung soll arbeiten und nach Konsumleitlinien konsumieren, Ferien möglichst in Deutschland machen, auf keinen Fall streiken und aus Angst vor der Krise stillhalten, die Politik den Politikern überlassen und alles dazu tun, daß die alten stabilen Zeiten wieder einkehren.

Mit anderen Worten: es sind die Interessen eines Sozialkapitalismus, der das Soziale wegen der hohen Kosten abzubauen und den Kapitalismus mit Disziplinierungsmaßnahmen zu stützen versucht.

Vergleichen wir diese Versuche mit der verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes. Die Argumente der Befürworter eines Notstandsrechts erwecken den Eindruck, als sei auch das Grundgesetz lediglich eine Verfassung für stabile Normalzeiten während der Ernstfall ausgeklammert sei.
Diese Gegenüberstellung von Normal- und Ausnahmezustand entstammt jedoch einem aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Gesellschaftsmodell, das für die damalige Zeit auch einen gewissen Wirklichkeitsgehalt hatte: nach diesem Modell standen sich Staat und Gesellschaft relativ unverbunden gegenüber. Die Gesellschaft war der Bereich, in dem sich die Produktion und Verteilung der Güter und Dienstleistungen über einen herrschaftsfreien Markt regulierte. Der Staat dagegen war jener Bereich, der aufgrund seiner bürokratischen und militärischen Macht seine schützende Hand über die Gesellschaft hielt: seine Gesetze bewahrten die Gleichförmigkeit und Regelhaftigkeit der Produktions- und Tauschprozesse dadurch, daß sie jedermann - den Bettler auf der Straße ebenso wie den Fabrikanten im Kontor - gleich behandelten. Dadurch überließen sie dem Markt die Funktion, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ordnen und unterwarfen sich selbst den ökonomischen Gesetzen der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsform.

Dieser Idealtyp einer rechtsstaaatlichen Verfassung orientierte sich in der Tat an dem Normalfall einer unpolitischen Sphäre der gleichmäßigen, kalkulierbaren, allein den Gesetzen liberal-kapitalistischer Produktion unterworfenen gesellschaftlichen Verhältnisse und mußte mit Notwendigkeit den Ausnahmefall ausklammern oder gesondert regeln: die Situation, in der durch äußeren Angriff oder durch inneres nicht-"marktkonformes Verhalten" der Arbeiterschaft die Gesetzlichkeit des Marktmechanismus gestört wurde und nur politische Eingriffe sie wieder herzustellen vermöchten. Hier mußten das Recht der Normalzeit, des funktionierenden Marktes, und das Recht der Ausnahme, des gestörten Ablaufes des Marktautomatismus, einander gegenüberstehen.

Noch in der Weimarer Epoche herrschte dieses Verfassungsverständnis eines Dualismus von Regal- und Ausnahmenormen vor, obwohl bereits seit der Kriegswirtschaft durchgängig bis 1933 eine Vielzahl von gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Interventionen anzeigten, daß das System des organisierten Kapitalismus auf ständige politische Eingriffe zur Herstellung "stabiler" Verhältnisse angewiesen war. Dies zeigte sich daran, daß Art. 48 Abs. 2 der Weimarer Verfassung nicht selten dazu diente, in den Prozeß der Produktion und Verteilung einzugreifen. In der gesellschaftlichen Realität war damit die Gegenüberstellung von Regel- und Ausnahmerecht einer Verklammerung in einem System gewichen, das mit politischen Mitteln die ökonomische Grundstruktur kapitalistischer Produktion erhalten sollte.

Das Grundgesetz stellt eine verfassungsrechtliche Anpassung an diese Grundstruktur dar. Es hat in Artikel 20 Abs. 1 (sog. Sozialstaatsklausel) sanktioniert, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zum Regelungsbereich der politischen Instanzen gehören und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Herstellung "normaler" oder "stabiler" Zustände durch ständige politische Interventionen geschieht. Das Grundgesetz unterstellt nicht mehr einen selbsttätig ablaufenden Prozeß der Reproduktion der Gesellschaft, sondern ein politisches System der Verklammerung und Durchdringung von politischer Sphäre und ökonomischer Produktion und Verteilung. Das Ergebnis ist, daß die Unterscheidung von Regel- und Ausnahmerecht hinfällig geworden ist: die Wirtschafts-, Sozial-, Arbeits-, Finanz- und Kulturgesetzgebung regelt ständig neue Einzelsituationen und ist damit selbst zu einem permanenten Ausnahmerecht geworden. Die Möglichkeit des Verbots von politischen Parteien und Vereinigungen, der Verwirkung von Grundrechten, die Regelungen über das Mißtrauensvotum gegenüber dem Bundeskanzler, über die Verantwortung der Minister, gegen die ein Mißtrauensvotum des Bundestages nicht möglich ist, über den Gesetzgebungsnotstand und die Abwehr von Gefahren für den Bestand des Bundes (Art. 91 GG), die 5%-Klausel der Wahlgesetze, das politische Strafrecht und die Generalklauseln des Polizeirechts haben darüberhinaus die Möglichkeit der Entwicklung der sozialstaatlichen Demokratie bereits in einem Maße beschränkt, das vollends von einer "Schönwetterverfassung" nicht die Rede sein kann.

Das Grundgesetz ist daher der Inbegriff eines politischen Instrumentariums, das geschaffen worden ist, um eine spätkapitalistische Gesellschaftsordnung den permanenten technischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen anzupassen. Es enthält über diesen konservativen Charakter hinaus auch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Demokratie, sodaß es sich insgesamt als ein Kompromiß zwischen jenen konservativen und den im Jahre 1949 noch starken fortschrittlichen Kräften darstellt. Der Kampf gegen die Notstandspläne der Bundesregierung bedeutet daher nicht nur Kampf um die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen status quo - eines mäßig toleranten Kapitalismus - gegen eine totale Disziplinierung der Bevölkerung im Dienste dieses Kapitalismus, sondern zugleich Organisation aller demokratischen Kräfte zur Entwicklung der sozialen Demokratie. Das Beispiel Griechenlands zeigt deutlich die uns drohende Alternative, wenn dies nicht gelingt.

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der FU Berlin

13.05.1968:
In Berlin findet eine Sitzung der Revolutionären Jugendgruppe Neuer Roter Turm (NRT) statt. Die Mitgliederzahl beträgt 9 Personen, in der überwiegenden Mehrheit männlichen Geschlechts, die sich in je einen Arbeitskreis für Schüler und Studenten aufteilen. Geplant ist die Fusion mit der Zeitung 'Mobil' und die Mitarbeit an der 'Was Tun'. Außerdem soll noch ein revolutionärer Flügel in der SDAJ aufgebaut werden. Im Jugendheim trage man, um einen Tagungsraum zu bekommen, den Namen SJD - Die Falken (der SPD, d.Vf.) "Karl Liebknecht".
Q: Revolutionäre Jugendgruppe Neuer Roter Turm: 13.5.68, Berlin 13.5.1968

13.05.1968:
In Frankfurt gibt der SDS vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Streik" heraus mit dem Aufruf zum Streik an allen Schulen und Universitäten gegen die Notstandsgesetze (NSG) am 15.5.1968.

Angekündigt wird für den Tag des Erscheinens ein Teach-In im Anschluss an die Kundgebung des Kuratoriums 'Notstand der Demokratie'.
Q: SDS: Streik, O. O. (Frankfurt) O. J. (1968)

STREIK

Appelle, Petitionen, Diskussionen, parlamentarische Hearings haben über mehr als acht Jahre die Form der Opposition gegen die Notstandsgesetze bestimmt. Acht Jahre mühseliger, sachlicher Diskussion.

Inzwischen ist die Sperrminorität im Bundestag weiter als je entfernt.

Teil der Gewerkschaften haben in ihrer Opposition resigniert und leisten nur noch bürokratische Pflichtübungen ab.

Das Machtkartell der Großen Koalition ist entschlossen, die Diktaturgesetze, koste es was es wolle, durchzupeitschen.

Schon üben Bundeswehr- und Bundesgrenzschutzeinheiten wieder das Zerschlagen von Streiks.

Die angebliche „Streikgarantie" der Bundesregierung soll alle politischen Streiks illegalisieren.

Sozialdemokratische Abgeordnete wie Schmitt-Vockenhausen und Carlo Schmid haben die Proteste gegen die Notstandsgesetze von Arbeitern und Studenten als antidemokratisch und als „Druck der Straße bezeichnet.

Die schleichende Militarisierung der Betriebe durch den Aufbau von Werkschutz-Privattruppen geht weiter.

Einmal haben in Deutschland Ermächtigungsgesetze ohne nennenswerten, sofortigen und massenhaften Widerstand verabschiedet werden können.

Bevölkerung, deren Interessen mit Füßen getreten werden, kann nur durch Organisierung des Widerstands ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Deshalb rufen wir auf, zur Herausforderung durch die geplante 2. Lesung der Notstandsgesetze, am 15. Mai an allen Universitäten und Schulen mit einem Generalstreik zu antworten.

Wir begrüßen, daß Kollegen in verschiedenen Betrieben am 15. Mai Warnstreiks durchführen.

SDS

Heute im Anschluß an die Kundgebung der Kuratoriums „Notstand der Demokratie" Teach-in „Organisierung des Widerstandes im autoritären Staat" mit Beiträgen u. a. von Jürgen Seifert, Klaus Meschkat, Johannes Agnoli.

Postscheckkonto Ffm. 31607; Dresdner Bank Konto Nr. 282Str. 5, SDS-Bundesvorstand;
Verantwortlich: K. D. Wolff, 6 Frankfurt .a M., Wilh.-Hauff-427
Druck: Alfred W. Dunker, Ffm.

13.05.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' demonstrieren in Essen ca. 300 Menschen gegen die NPD.
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 24, Bochum 1968, S. 3

14.05.1968:
In Heidelberg ruft ein Flugblatt "Schülerinnen und Schüler!" auf zum Schüler Teach-In über die Notstandsgesetze (NSG) um 18 Uhr.
Q: Gottschling, J.: Schülerinnen und Schüler!, O. O. (Heidelberg) 14.5.1968

SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER !

Die Notstandsbefürworter haben am Freitag wieder einmal der Öffentlichkeit klarzumachen versucht, wir - die wir gegen die Notstandsgesetze kämpfen - seien gutwillige Verführte oder verdeckte Kommunisten. Sie haben offenbar die Verfassungsschutzberichte des Bundesinnenministeriums zu Aufklärungsmaterial über die demokratische Bewegung gegen die Notstandsgesetze aufgewertet, statt statt sich selbst ein Urteil zu bilden. Diese "Volksvertreter" sind dabei, in den Disziplinierungskampagnen für die Große Koalition ihre Legitimation vollends zu verscherzen. Sie helfen mit, die neu erwachten Kräfte außerhalb des Parlaments zu einem inneren Feind abzustempeln, der ausgeschaltet werden soll. Sie haben Angst, wenn aus einer willigen Wählermasse, die sich nicht um Politik kümmert, massenhaft kritische Bürger aktiv werden. Zeigen wir diesen Herren, zeigen wir unseren Lehrern und unseren Eltern, daß wir nicht nötig haben, "manipuliert" zu werden gegen die Notstandsgesetze. Wir werden ihnen zeigen, daß es eine böse Unterstellung ist, uns vorzuwerfen, wir seien von Emotionen getrieben. Vielmehr treibt uns die Erkenntnis und Einsicht in politische Zusammenhänge in eine ganz bestimmte Emotion,- die der Empörungüber eine politische Entwicklung, vor der man als Demokrat allerdings Angst haben sollte. Nicht Angst und Empörung sind Ursache unseres Aufruhrs, sondern die Politik der Notstandsgesetzgeber, die politische Verhältnisse schafft, wie 1933.
Wir werden ihnen beweisen, wer fähig ist Argumente zu artikulieren und für sie einzustehen.
Übrigens: Nett von unseren Direktoren oder von welchen auch immer dafür verantwortlichen Herren, uns schulfrei für Müttergenesungswerksammlungen etc. zu geben. Schließlich mögen wir alle unsere Muttis... Machen wir uns jedoch Gedanken darüber, weshalb Schüler andererseits mit Ausschlußverfahren belastet sind, nachdem sie am Samstag am Sternmarsch nach Bonn teilgenommen oder sich mit diesen solidarisch erklärt haben.

Heute um 18.oo Uhr findet im Hörsaal 2 in der Heuscheuer ein S C H Ü L E R T E A C H - I N über die Notstandsgesetze statt.

Jürgen Gottschling
14/5/68

14.05.1968:
Am Kurfürst Friedrich Gymnasium (KFG) Heidelberg erscheint zum Schüler Teach-In gegen die Notstandsgesetze (NSG) um 18 Uhr das SMV-Flugblatt "Mitschülerinnen und Mitschüler!". Berichtet wird vom gestrigen gescheiterten Antrag auf Streik und dem darauf erfolgten Rücktritt des Schulsprechers und dreier Referenten.
Q: KFG-SMV: Mitschülerinnen und Mitschüler!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

17/65-68

M I T S C H Ü L E R I N N E N U N D M I T S C H Ü L E R !

Am Dienstag, dem 14. wird im Hörsaal 2 der Heuscheuer um 18.oo Uhr ein Schüler teach - in abgehalten.
Jeder, der wirklich an Diskussionsbeiträgen über das Thema Notstandsgesetze interessiert ist, sollte sich unbedingt einfinden. Es werden alle Meinungen zur Sprache kommen!
KOMMT! DISKUTIERT MIT!
Interessant für alle Schüler, speziell für KFG:
Nachdem es am Samstag zu Solidaritätsstreiks mit den Notstandsgegnern gekommen war, stellte sich am Montag die Frage, ob "entgegen der schulischen Ordnung" die SMV einem solchen mit Studenten und Arbeitern am Mittwoch, dem 15. zustimmen solle.
Die Schüler, die den Antrag einbrachten, konnten die nicht vollzählige, aber beschlußfähige SMV nicht von der Berechtigung eines solchen Schrittes überzeugen: Der Antrag wurde mit 12 gegen 1o Stimmen knapp abgelehnt.
Der Schulsprecher trat daraufhin "auch wegen anderer schulinterner Gründe" zurück; ebenso der Kultur-, Presse- und politische Referent zurück. Auch darüber wird beim Schüler teach - in zu reden sein.
Ich wurde daher vom ehemaligen Schulsprecher und der Mehrzahl der SMV autorisiert, diese Tatsachen zu veröffentlichen.

Michael Nötting i.A. der SMV des Kurfürst Friedrich Gymnasiums

14.05.1968:
Der VDS, der AStA Uni Tübingen, der SDS Tübingen, LSD, SHB, RCDS, HSU und die Studentische Linke geben vermutlich heute ein Flugblatt für Schüler heraus zu den Notstandsgesetzen (NSG) bzw. dem morgigen Streik dagegen an der Universität Tübingen und dem heutigen Teach-in um 20 Uhr im Festsaal.
Q: VDS et al.: Die kleine radikale Minderheit…, O. O. (Tübingen) O. J. (1968)

(für Schüler)

Die kleine radikale Minderheit von wirtschaftlich und politisch Führenden ist im Begriff, die Zerschlagung der Opposition zu legalisieren.

Die bisherigen Formen verbalen Protestes, die die Notstands-~~xxxxxx~~gegner, von Gewerkschaften über Kirchen bis zu Hochschullehrern nun seit Jahren vortragen, sind in dieser Situation sinnlos geworden.

Die Verabschiedung der NS-Gesetze ist nicht mehr zu verhindern schon die Zweite Lesung wird praktisch definitiven Charakter haben da anschließend das ganze Paket den Allierten zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Wie und ob die NS-Gesetze angewendet werden, hängt allerdings von der Art des Widerstandes ab, den wir nach der Verabschiedung gegen das System, das solche Gesetze braucht, um seine Macht zu konsolidieren, leisten werden.

Französische Studenten und Arbeiter sind zum aktiven Widerstand gegen ein System, das den Notstand produziert, übergegangen. Französische Gewerkschaften haben sich mit den Studenten solidarisiert, Schüler demonstrieren massenhaft zusammen mit den Studenten und Hochschullehrer- und Lehrerverbände unterstützen sie.

Während in Frankreich ein Generalstreik stattfindet, der sich gegen die staatlichen Reaktionen auf Forderungen der Studenten richtet, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund den Generalstreik als politisches Mittel gegen die NS-Gesetze - die sich in erster Linie gegen die Interessen der lohnabhängigen Massen wenden - noch nicht einmal in Erwägung gezogen.

Während in Frankreich Professoren mit Studenten zusammen auf die Straße gehen und Schuldirektoren ihre Schüler zur Teilnahme an den Demonstrationen ermuntern, verkriechen sich deutsche Professoren in ihre wertneutralen Katheder abstrakter Wissenschaft. Dazu paßt es, daß der Tübinger Große Senat den Antrag des AStA, am kommenden Mittwoch, dem Tag der Zweiten Lesung der NS-Gesetze, alle Vorlesungen ausfallen zu lassen, fast einstimmig abgelehnt hat.

Dem Aufruf des VDS und SDS, am kommenden Mittwoch zu streiken, haben sich die meisten westdeutschen und westberliner ~~xxxxxxx~~ ASten angeschlossen. Dieser Streik gegen die NS-Gesetze hat eine dppelte Funktion: zum einen bietet er breiteste Informations- und Diskussionsmöglichkeiten über die politische Situation, in der immer noch wesentliche Teile der geplanten Gesetze der Öffentlichkeit vorenthalten werden, zum anderen ist er der erste Schritt des aktiven Widerstandes gegen das System der Notstandsproduzenten, dem weitere, massivere Formen folgen werden.

Alle Details der Vorbereitung und Durchführung des Streiks werden auf dem Teach-in am Dienstag (heute) um 2o h im Festsaal diskutiert.

Ein Info mit den wichtigsten Änderungen und eine Kurzanalyse werden heute vom SDS und vom LSD verteilt.

Verband Deutscher Studentenschaften (vds) - AStA Tübingen
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) - Tübingen
Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD)
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)
Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)
Humanistische Studentenunion (HSU)
Studentische Linke (SL)

15.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den Notstandsgesetzen (NSG - vgl. 30.5.1968) über die heutige 2. Lesung.
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 10

15.05.1968:
In Heidelberg ruft ein Flugblatt "Zur zweiten Lesung der Notstandsverfassung" der SDS-Basisgruppe auf zur Diskussion über die Notstandsgesetze (NSG) am 16.5.1968 um 19 Uhr 30 im Gesellschaftshaus Pfaffengrund.
Q: SDS-Basisgruppe: Zur zweiten Lesung der Notstandsverfassung, Heidelberg 15.5.1968

Mittwoch, den 15.5.1968

Zur zweiten Lesung der Notstandsverfassung

I. Die Notstandsgesetze und ihre Tradition.

Im ersten Weltkrieg fabrizierten die in Deutschland Herrschenden; das Großkapital und der Großgrundbesitz, eins der ersten auf die Produktionssphäre abzielende Notstandsgesetze: Das "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" (1916). Die SPD hatte 1914 schon der finanziellen Grundlage des Weltkriegs, den Kriegskrediten, zugestimmt. Sie war damit von einer Arbeiterpartei, die hätte gegen einen imperialistischen Krieg um Absatzgebiete und Rohstoffquellen der Konzerne kämpfen müssen, zu einer nationalistischen Partei geworden. Mit dem Prinzip des Internationalismus der Arbeiterbewegung steht und fällt die Arbeiterbewegung selbst. Die SPD aber billigte, daß sich deutsche, französische und englische Arbeiter für die Interessen des deutschen, französischen und englischen Kapitals in die Köpfe schossen. Mit der Unterstützung des Krieges durch die Arbeiterpartei mußte sie auch die Ursachen des Krieges unt unterstützen: die kapitalistische Produktionsweise selbst. Die Fehler der SPD lähmten die Arbeiterschaft in ihrer Kampfbereitschaft gegen das Kapital, so daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst in den Betrieben kaum auf Widerstand stieß. In ihnen wurden die politisch gewordenen Arbeiter durch ein raffiniertes System von Aufsehern und Unternehmerhandlangern, die selbst aus der Arbeiterklasse stammten, gezähmt und geknechtet und zum Dienst für das vaterländische Kapital gezwungen.

Die Weimarer Republik, die es als ihr erstes Geschäft betrachtete, die revolutionären Arbeiterräte auszuschalten, die sich nach 1918 gebildet hatten, um Kapitalismus und Krieg für immer unmöglich zu machen, bracht e bald eine neue Stufe der Zusammenarbeit von Kapital und Staatsapparat: Das Kapital mit seinem "Reichsverband Deutscher Industrie", das die Arbeitermassen in die Welt irtschaftskrise (1929) gestürzt hatte und alleine nicht mehr lebensfähig war, eignete sich als Planungs und Entscheidungsstelle 1933 den Staat selbst an: Durch den Faschismus. Nur die Rüstungsindustrie und die klingende Münze imperialistischer Kriegsziele konnte das bankerotte System am Leben erhalten.

Faschismus heißt aber weiter: Gleichschaltung der heruntergekommenen Arbeiterbewegung mit dem durch die Konzerne beherrschten Staat. Was unvereinbar ist - die Interessen der Arbeitenden und die Interessen der Herrschenden wurde totalitär zu einem Volk zusammengepreßt. Notverordnuhgen und militarisierte Betriebsdisziplin waren das Ende.

II. Notstandsgesetze heute, warum sprechen die Studenten von Faschismus?

Was der Reichsverband Deutscher Industrie unter Hitler war, das heißt heute "Bundesverband Deutscher Industrie". Dies Ausbeuterkomplott war durch die Entmachtung der Arbeiter, deren politische Führer es unter Hitler in KZ's und Exekutionsgüben hatte verbluten lassen, schon bald nach 1945 so stark geworden, daß es über seine Handlanger und Komplizen in den parlamentarischen Ausschüssen die nächsten Unterdrückungsmaßnahmen in Form von Notstandsgesetzen lanzieren konnten. Der Bundesverband Deutscher Industrie hat inzwischen viel erreicht.: Politische Strafjustiz, Sonderpolizeien wie Bundesgrenzschutz, Länderhundertschaften und Bundeskriminalamt, ferner die ersten offen zugelassenen Notstandsorganisationen (Technisches Hilfswerk seit 1953). Koordiniert wurde die Unterdrückungsmaschinerie über die "Abteilung öffentliche Sicherheit" im Bundesinnenministerium.

Ab 1954 organisierte sich das Kapital übernational: In der NATO schaffte es sich zur Abwehr eines politischen Erwachens der Arbeitermassen den "Oberausschuß zivile Notstandsplanung" und den "Koordinationsausschuß Notstandsplanung". In Westdeutschland bewirkte dies zwischen 1954 und 1957 die Verabschiedung des Ersten Wirtschaftssicherstellungsgesetzes, des Bundesleistungsgesetzes, des Landbeschaffungsgesetzes und des Ersten Gesetzes zum Schutze der Zivilbevölkerung.

Mit der Festigung der Bundeswehr 1957 haben sich die Ausschüsse des Bundesverbandes Deutscher Industrie verdreifacht. Die Verbindung zwischen Industrie, Militär und ziviler Verwaltung werden durch die Führungszellen der Territorialreserve, der Heimatschutztruppe, der Zivilschutzcorps-Miliz (bislang "Luftschutzhilfsdienst") und der Selbstschutz- und Werkschutzeinheiten in den Betrieben hergestellt.

Einen logischen Schlußpunkt findet diese Entwicklung in der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung: Regelung der Berufsausübung auf Grund von Gesetzen durch Verordnungen (Art.12 Abs.1 S.2), Dienstverpflichtung von Männern ab 18 Jahren im Bundesgrenzschutz oder Zivilschutz (Art.12a Abs.1), Verpflichtung aller Männer über 18 Jahre in Arbeitsverhältnisse im Verteidigungsfall und die Verpflichtung von Frauen zwischen 18 und 55 Jahren im Verteidigungsfall ins "Sanitätswesen" (Art.12a Abs.4). Jederzeit können auf Grund von Gesetzen durch Verordnungen Arbeiter zur "besonderen" Ausbildung eingezogen werden (Art.12a Abs.5 S.2).

Diese Entwicklung haben die Arbeiterorganisationen : Gewerkschaften und SPD - nicht verhindert. Die Gewerkschaften haben weder die arbeitende Bevölkerung über diese Entwicklung aufgeklärt, noch haben sie die Massen mobilisiert (wie 1914, wie 1933). Sie haben sich darauf beschränkt, auf ihre Schreibtische kleine Stößchen von Flugblättchen zu stapeln und ein kleines Jammergeschrei angestimmt - sie haben nicht gekämpft!

Das hängt damit zusammen, daß die Gewerkschaftsfunktionäre in einer Partei organisiert sind, die ihnen die Richtlinien des Kapitals übermittelt: Seit dem Godesberger Programm ist die SPD nach ihren eigenen Worten "Volkspartei". Das heißt: Sie ist die Vertreter in der Interessen der Arbeiter und des Kapitals. Durch Lohnleitlinien und konzertierte Aktion zwängt sie das Unvereinbare totalitär zusammen: Arbeiter unter die Interessen des Kapitals. Die Gewerkschaften sind gleichgeschaltet. Gerade das ist Faschismus.

Die SPD applaudiert den Herrschenden und ihren Gesetzen. Die SPD übt Verrat. Die Arbeiter werden durch die Notstandsgesetze mit den Mitteln totaler Repreesion ausgebeutet. Die SPD macht sich zum Kettenhund des Spätkapitalismus.

III. Was tun ?

Nicht anders als in Westdeutschland sieht es in Frankreich, in England und schon lange in den USA aus. In all diesen Ländern kämpft aber heute eine Bewegung von Studenten und jungen Arbeitern, die aus ihrem Kapf langsam auch organisatorische Formen der Zusammenarbeit entwickeln. Die Auslieferungssperren für Springer haben Kontakte zwischen jungen Arbeitern und Studenten in vielen Städten der BRD hergestellt. Gemeinsam zogen am 1. Mai in Heidelberg Gewerkschaftsjugend und Studenten aus der DGB-Maifeier aus, alsder DGB sich weigerte, Studenten sprechen zu lassen.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze kann nur als Kampf gegen das Kapital geführt werden. Die Studenten werden hierbei ihre Aufgabe ganz gewiß erfüllen. Aufklärung und der Kampf gegen Unterdrückung we werden die Arbeiter und politische Studenten schließlich vereinen.

Am Donnerstag, den 16.5.1968 um 19Uhr30
im Gesellschaftshaus, Pfaffengrund, diskutieren wir unsere Politik und Aktionen.

Vorwärts zum Sozialismus oder zurück in die Barbarei!

SDS-Heidelberg, Basisgruppe
Grabengasse 14

15.05.1968:
In Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Trau, schau, - wem?" des Aktionskomitee Kampf den Notstandsgesetzen zu den NSG.
Q: Aktionskomitee Kampf den Notstandsgesetzen: Trau, schau, - wem?, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

15/05-6

TRAU , SCHAU , - WEM ?

ARBEITER , ANGESTELLTE , MITBÜRGER !

In Bonn wird heute wieder über den NOTSTANDSGESETZEN gebrütet, mit deren Hilfe man uns allen an den Kragen will.

Als am Wochenende zehntausende von Arbeitern , Studenten und Schülern gegen den Erlaß dieser DIKTATURGESETZE demonstrierten, stellte die Rhein-Neckar-Zeitung (13.Mai 1968) triumphierend fest:

> "Die immer wieder zum Mitmachen aufgeforderte Bevölkerung ließ die Demonstranten ohne jegliche Anteilnahme gewähren und nahm auch zeitweilige Verkehrsstörungen gelassen hin."

Die ganze Unverschämtheit der Herrschenden tritt in diesem Zitat zutage: Als erstaunlich gilt jetzt schon, daß die Bevölkerung demokratische Demonstranten wenigstens gewähren läßt; daß sie keine "Anteilnahme" zeigt, wenn die Herren in Bonn gerade dabei sind, die Reste von Demokratie in diesem Land endgültig abzuschaffen gilt als selbstverständlich und wird lobend erwähnt.

Wie weit sind wir doch gekommen !

Erstaunlich ist doch vielmehr, daß eine Bevölkerung, die die Auswirkungen der ERMÄCHTIGUNGSGESETZE von 1933 am eigenen Leibe erfahren hat, ruhig geschehen läßt, daß ihre Rechte aufs neue 'legal' eingeschränkt werden sollen.

Erstaunlich ist, daß niemand auf die Barrikaden geht, wenn die Rechte des Volkes wieder mal mit Füßen getreten werden.

Erstaunlich ist, daß jene Herren in Bonn nicht längst davongejagt wurden und immer noch Gelegenheit haben, ihre Diktaturgesetze auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen.

Jener Herr BENDA, der schon zu Ostern bloß bedauerte, daß er die Knüppeleinsätze der Länderpolizei nicht persönlich leiten konnte (noch verbietet das die Verfassung) hat die Stirn, uns ins Gesicht zu sagen:

> "Die deutsche Öffentlichkeit kann voll auf die Fähigkeit des Parlamentes vertrauen." (Abendzeitung, 11.5.68)

In Wahrheit kann sich die deutsche Öffentlichkeit auf nichts und niemand verlassen, und erst recht nicht auf ein Parlament, das gerade dabei ist, sich offiziell selbst abzuschaffen, nachdem es längst zum willfährigen Instrument in der Hand der Herrschenden - der alten NS-Bürokraten und der neuen Industriebosse - geworden ist.

./.

Schon in Friedenszeiten wird es wesentliche Kompetenzen an einen "Ständigen Ausschuß" abgeben (Art. 53 a u. 115 a), der hinter verschlossenen Türen planen wird, wie das Volk am besten an die Kandare genommen werden kann.

Heute wird der Bundestag mit Art. 80 a, Abs. 3 beschließen, daß er in Zukunft durch NATO-Beschlüsse oder andere Mauscheleien im "Rahmen eines Bündnisvertrages" (vielleicht mit dem faschistischen Spanien) übergangen und der Notstand direkt durch die Regierung ausgerufen werden kann.

Justizminister Heinemann behauptete am 10.5. im Bundestag:

"Ein wesentlicher Teil der Demonstranten weiß wahrscheinlich gar nicht, um welche Vorlage es in der nächsten Woche im Bundestag geht."

Das war eine offene Verhöhnung eben jenes Bundestages, der ihm begeistert Beifall klatschte: Am Freitagabend besaß noch keines der Bundestagsmitglieder den jüngsten Entwurf, über den heute debattiert und abgestimmt wird. Wohl abr hatte das oppositionelle Kuratorium "Notstand der Demokratie" diesen Entwurf schon gedruckt und in großer Auflage unters Volk gebracht. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung beklagte solche Praktiken der Großen Koalition als allzu deutlich und stellte am 10.5.68 fest:

"Es müßte wenigstens die F i k t i o n erhalten werden, daß jeder Abgeordnete, schließlich noch immer Vertreter des ganzen Volkes, über einen Entwurf wie diesen kompetent debattieren und abstimmen kann."

Im Gegensatz zu den Abgeordneten, die die Demokratie verraten, wissen wir sehr gut, was wir tun: Wir streiken und demonstrieren gegen eine Notstandsgesetzgebung, die das Parlament teilweise ausschaltet. Wir kämpfen gegen ein Parlament, das dies zuläßt. Wir verurteilen den geplanten Einsatz der Bundeswehr gegen demokratische Mitbürger (Art. 91 a, Abs. 2).

Wir wollen keine totale Dienstverpflichtung (Art. 12 a); und erst recht nicht der Frauen;
wir kämpfen vor allem gegen eine Einschränkung des Streikrechts der Arbeiter, der einzigen Möglichkeit, sich ihrer Haut zu wehren (Art. 12 a, Abs. 3, 5, 6);
wir kämpfen für das Recht der Arbeiter auf politischen Streik, - das letzte Mittel zur Verteidigung der Demokratie.

W I R W I S S E N , U M W A S E S G E H T !

WER BEISEITE STEHT, LIEFERT SICH DEN HERRSCHENDEN ANS MESSER !

Aktionskomitee "Kampf den Notstandsgesetzen"

15.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SDS-Flugblatt "Streik - Go-in" zu den NSG.
Q: SDS: Streik - Go-In, Heidelberg O. J. (1968)

15/05 -68

streik - go-in

KOMMILITONINNEN? KOMMILITONEN?

der Verband Deutscher Studenten (VDS) hat die Hochschulen zum Protest gegen die Notstandsgesetze aufgefordert. Er rief die Studenten auf, ihre Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze und erst recht der gegenwärtig in Ausschüssen ausgebrüteten durch einen ganztägigen Hochschulstreik zu bekräftigen. Der VDS war sich darüber im klaren, daß dieser Streik nicht nur Sache der Studenten sein kann, sondern -nimmt man die emanzipatorische Funktion der Wissenschaft ernst- durch alle Angehörigen der Universität unterstützt werden muß. Wenn die Herren in Bonn dabei sind, den von ihnen so lautstark propagierten Parlamentarismus durch heimlich ausgeheckte Gesetze selbst abzuschaffen, dann müssen sich alle zur Wehr setzen, die an der Universität in Zukunft gehört werden wollen. Meinhard Schröder, der AStA-Vorsitzende der Heidelberger Universität, überbrachte gestern der Rektorin diese Aufforderung des VDS zur Solidarität mit den demokratischen Studenten. Rektorin Becke, die persönlich keinen Zweifel daran ließ, daß sie von solcher Solidarität nichts halte, versprach immerhin, den Brief des VDS dem heute tagenden Senat vorzulegen.

Wenn irgendwann die Rede von der Einheit der Lehrenden und Lernenden einen Sinn haben soll, dann muß sie sich heute bewähren. Die Studenten dieser Universität haben ein Recht darauf, von ihren Professoren zu hören, ob sie den Kampf gegen die Notstandsgesetze unterstützen oder wieder einmal ihre schweigende Zustimmung zum Abbau der Demokratie geben wollen. Die Studenten, die die Auswirkung der Ermächtigungsgesetze nicht erlebt haben, sind nicht bereit, die Auswirkung der Notstandsgesetze am eigenen Leibe zu erfahren. Die Universität hat sich jetzt als Ganzes zu bewähren oder sie hört endgültig auf als Ganzes zu existieren.

Einsame Beschlüsse des Senats haben wir allzu lange geduldet. Die Studenten müssen deshalb anwesend sein, wenn Rektorin Becke das VDS-Schreiben verliest. Sie müssen hören, was die Professoren dazu sagen. Sie müssen dadurch auch jene Professoren unterszützen (Henkel, Hölscher, Hauser und wenige andere, die das Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze unterschrieben haben und deshalb in der Professorenschaft isoliert wurden. Der Charakter des Streiks am Mittwoch wird bestimmt sein durch die Stellungnahme der Professoren. Wir werden die schönen Worte von der Einheit der Lehrenden und Lernenden auf die Probe stellen.

Wenig Hoffnung besteht, daß unser Kampf unterstützt wird. Das Rektorat stellte sich schon gegen die Desertionskampagne und nahm sie zum Anlaß, den AStA beim Kultusministerium zu denunzieren. Das Hissen der Fahne der Arbeiterbewegung am AStA-Gebäude bewirkte weitere Schritte des Rektorats gegen den AStA. Schon im letzten Semester hatte es zum Schutz der Immatrikulationsfeier Polizei in den Räumen der Universität bereitgestellt. Statt der Unterstützung unseres Kampfes gegen die Notstandsgesetzgebung haben wir eher den praktizierten Notstand an der Universität zu erwarten. Aber wir sollten die Professoren und das Rektorat vor den eigenen autoritären Reflexen schützen. Deshalb werden wir dasein, wenn im Senat über den Steik geredet wird. Außerdem werden wir mit unserer Forderung nach Öffentlichkeit endlich ernst machen. Dazu besteht umso eher Anlaß, als der Senat heute auch darüber entscheiden wird, ob die Disziplinarrechtskommission öffentlich tagen soll oder nicht.

Die Professoren geraten immer mehr ins reaktionäre Abseits. Wir wollen sie aus ihrer Isolation befreien.

Helft den Professoren!

Kommt heute nachmittag zur Senatssitzung!

Wir treffen uns um 15.00 Uhr vor der alten Universität.

Helft den Professoren auf die demokratischen Beine!

Verhindert, daß sie wieder umfallen!

Kommt zum go-in!

SDS - Heidelberg

15.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SDS-Flugblatt "Die Zeit der kalten Abwiegelei der Professoren ist vorbei. Kämpfen wir gegen die Notstandsaktion des Senats!" zu den NSG. Der Hörsaal 13 wird für die Dauer der 2. Lesung der NSG als besetzt erklärt.
Q: SDS: Die Zeit der kalten Abwiegelei der Professoren ist vorbei. Kämpfen wir gegen die Notstandsaktion des Senats!, Heidelberg O. J. (1968)

15/65-68

Die Zeit der kalten Abwiegelei der Professoren ist vorbei.

Kämpfen wir gegen die Notstandsaktion des Senats!

Für heute, den Tag der 2. Lesung der Notstandsgesetze, haben der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und der SDS zum Streik an den Universitäten aufgerufen. Damit soll allen Unpolitischen klar gemacht werden, worauf sich die Notstandsgesetze beziehen. Es soll klar gemacht werden, daß nicht -wie vorgegeben- Fragen der Souveränität (Alliierte Vorbehaltsrechte) zentral wird, sondern daß es darum geht, die herrschenden Produktionsverhältnisse abzusichern. Indem wir den „Betrieb" Universität bestreiken, indem wir dort die weiterführende Strategie der Opposition massenhaft diskutieren, am Tage der faktischen Verabschiedung der Notstandsgesetze, indem wir von der Universität ausgehende Aktionen machen, zeigen wir, daß wir die Stoßrichtung der Notstandsgesetze durchschaut haben. Während die Herrschenden ihre Einkesselung der linken Opposition - in ihrer gegenwärtigen und in ihrer zukünftigen um junge Arbeiter und Angestellte erweiterten Form- vollendet glauben, diskutieren wir unsere revolutionäre Strategie des Ausbruchs aus dem vollendeten Gesamtgefängnis. Nachdem durch die Notstandsgesetze die bürgerliche Demokratie sich selber abgeschafft hat, nachdem die große Koalition sich offen zur Bürgerkriegspartei erklärt hat, ist für uns der Streit um die Orthographie der Notstandsgesetze beendet.

Rektorat und Senat haben für 11Uhr im Hörsaal 13 ein Notstands-Meeting angesagt. Diese Initiative ist bis ins Mark faul. Dieselben Professoren, die Initiativen studentischer Notstandskommitees und Gruppen, die öffentliche Diskussion über die Notstandsgesetze endlich zu führen, jahrelang systematisch abwürgten, wollen nun am Tag der Entscheidung plötzlich diskutieren. Es soll durch diese Initiative von oben vom Streik als Eingriff der Opposition abgelenkt werden und die Durchführung der Lehrveranstaltungen am Nachmittag erschlichen werden. Den bis ins Mark faulen Notstandsparlamentarismus gesellt sich die bis ins Mark faule Initiative der Professoren bei. Schneider, Böckenförde und Co, jene Agitprop-Agenten des Konservatismus und Lehrlinge Carl Schmitts, werden keine Chance haben, heute mit gut getarnten „Anteil-Erörterungen der Oppositiondie Bedeutung des 15. Mai zu vernebeln.

Wir erklären den Hörsaal 13 für die Dauer der 2. Lesung zum Diskussionszentrumder studentischen Opposition.

Venceremos SDS Heidelberg

15.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute, das Flugblatt "Streik" zu den NSG.
Q: N. N.: Streik, o. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

STREIK

Max Horkheimer: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen."

Die Weimarer Republik, ein bürgerlich-kapitalistischer Staat, wurde überführt ins faschistische Dritte Reich durch die Notverordnungen Brünings und durch das Ermächtigungsgesetz, dem alle Parteien außer der SPD zustimmten--die KPD war schon in der Ausbildungsveranstaltung „Arbeit macht frei".

Heute wird wieder der Versuch unternommen, die Herrschaft des Kapitals gegen Befreiungsbestrebungen der Lohnabhängigen zu stabilisieren: Die „einfachen" Notstandsgesetze zusammen mit dem heute im Parlament besprochenen Notstandsentwurf sollen die Unterdrückung der Arbeiter zementieren. Das ist 1968 leichter als 1933: Die KPD ist schon verboten, die SPD hat diesen Notstandsgesetzesentwurf mitbearbeitet. Die Gewerkschaften mußten 1933 gleichgeschaltet werden mit Gewalt, heute vollzieht der DGB die Gleichschaltung freiwillig: Das primäre Kampfmittel der Gewerkschaften, der politische Streik, wird von Otto Brenner, der „Speerspitze" des DGB, abgelehnt. Im Gegensatz zu Frankreich, wo am Montag die Gewerkschaften zum Generalstreik aufriefen wegen des faschistischen Polizeiterrors der V. Republik, müssen die Studenten in der Bundesrepublik den Lohnabhängigen, die durch ihre Gewerkschaftsführer politisch entmündigt werden, zeigen, daß der Kampf gegen die Notstandsgesetze jetzt endlich beginnen muß. Der Streik an den Hochschulen ist der Anfang dieses Kampfes.

Bestreikt den Vorlesungsbetrieb!
Informiert Euch!
Diskutiert massenhaft über den Gesetzentwurf und seine gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen.

Es gibt keinen Grund zur Resignation. Mit dem Wachsen der Repression, der Verabschiedung der Notstandsgesetze, wird der Kampf der politischen Studenten und derer, die durch die Notstandsgesetze noch stärker unterdrückt werden sollen, sich steigern. Die Notstandsgesetze sind für uns das Mittel, die Herrschenden und ihre Ziele zu entlarven. Sie wollen mit Gewalt die Ruhe, die ihnen Profit garantiert.

Studenten, zeigt, daß die Gefahr erkannt ist!
Bestreikt alle Lehrveranstaltungen!

STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK

STREIK
STREIK

15.05.1968:
An der FU Berlin gibt eine "Gruppe nicht organisierter Studenten" der WiSo-Fakultät ein Flugblatt heraus, in dem sie ihre Bestürzung darüber ausdrückt, dass sie wegen des Streiks gegen die Notstandsgesetze (NSG) nicht ihre Veranstaltungen besuchen können.
Q: Gruppe nicht organisierter Studenten: Eine Gruppe von…, O. O. (Berlin) 15.5.1968

Mittwoch, 15.5.68

Eine Gruppe von Studenten der WiSo-Fakultät ist bestürzt darüber, daß ihnen durch den selbstherrlichen Beschluß des AStA der FU das Recht genommen wurde, die heutigen Vorlesungen zu besuchen. Die Studenten fühlen sich durch Streikposten, die zum Teil mit roten Fahnen aufzogen und ankündigten, stattfindende Vorlesungen zu sprengen, in ihrer akademischen Freiheit bedroht. Es ist äußerst bedauerlich, daß die meisten Professoren und Dozenten sich von vornherein dem Druck des AStA beugten, und die Vorlesungen absagten, ohne ihre Hörer zu befragen.

Die Gruppe hatte Gelegenheit, ihre Ansicht darüber Seiner Magnifizenz Herrn Prof. Harndt persönlich vorzutragen, der die Ansicht vertrat, daß er den Professoren in dieser Sache keine Vorschriften machen könne.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, daß die Studentenschaft von sich aus den Anmaßungen des AStA-Establishment nachdrücklich Einhalt gebietet. Freiheit und Demokratie für den Universitätsbürger sind gerade durch diejenigen gefährdet, die sich als ihre Hüter und Verfechter aufspielen, wie es der Verlauf des heutigen Tages beweist. Eine ideologisch geschulte zielbewußte Minderheit terrorisiert in Wirklichkeit mit taktischen Tricks die Studentenschaft undmanipuliert sich den Anschein zurecht, als repräsentiere sie eine Mehrheit, wie man es am Verlauf und "Beschlüssen" der "Voll"-Versammlungen sieht.

Die Gruppe meint, daß mit dem Vorgehen der AStA-Funktionäre, mit dem sog. Streik von heute, die Grenzen des Erträglichen und Hinzunehmenden überschritten sind. Sie hofft auf diejenigen Kommilitonen, die bisher politisch enthalsam waren, daß sie ihre Aufgabe erkennen, als akademische Bürger die Universitätsöffentlichkeit nicht nur einer Seite zu überlassen.

Eine Gruppe nicht organisierter
Studenten

15.05.1968:
An der FU Berlin erscheint das 'Math Nat Blatt' Nr. 12 (vgl. 18.4.1968) mit dem Aufruf zum Streik gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: Math nat Blatt Nr. 12, O. O. (Berlin) 15.5.1968

EJ702
15.5.68

STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK

Heute findet im Bundestag die 2.Lesung der Notstandsgesetze statt.
Über den Inhalt der Notstandsgesetze,die-ähnlich den Ermächtigungsgesetzen-einen "legalen" Weg in die Diktatur öffnen,informiert sie das Flugblatt
GEGEN NOTSTANDSGESETZE.

Wenn sie der Meinung sind,

_____daß ein"legaler"Weg in die Diktatur illegal ist,

_____daß die Äußerung Kiesingers,er lasse sich von den Notstandsgegnern nicht vorschreiben,wo er sein Wochenende verbringt,kaum anders verstanden werden kann,als so,daß diese Gesetze ohnehin beschlossen werden,

_____daß der Tenor der Aktuellen Stunde des Bundestages vom letzten Freitag,der dahin ging:
"Bürger,laßt die Demonstranten unter sich!"
kaum eine andere Haltung verraten läßt,

dann sollten sie spätestens jetzt gemeinsam beraten,was angesichts dieser Situation zu tun ist.
Es genügt nicht mehr,gegen die Notstandsgesetze zu sein.Wir müssen gemeinsam etwas dagegen tun.
Wir müssen dem Bundestag zeigen,daß wir nicht gewillt sind,diese Gesetze hinzunehmen.

DESHALB STREIK
Gehen Sie nicht in diese Lehrveranstaltung-diskutieren Sie,ehe es zu spät ist!

10Uhr Physiologisches Institut,Arnimallee
Günter Grass über Notstandsgesetze

10Uhr Audimax
Radioübertragung der Debatte im Bundestag,anschließend Diskussion

10Uhr Wiso-Fak
Prof. Kade spricht über:"Studentische Protestbewegung und ihre Reaktion".

13Uhr Vor der Mensa
Sozialistisches Straßentheater

15Uhr teach-in im Audimax

MAHNBLATT 02
15.5.68

Zentrales Streikbüro

für die Math. - Nat. Fakultät

Studentenvertretung
Hüninger Str. 44
Tel.: 33 44 und 28 98

Es werden gesucht:

Streikposten, die Flugblätter vor den Lehrveranstaltungen verteilen und versuchen durch Gespräche Streikbrecher zu überzeugen.

Mitarbeiter, die geeignete Flugblätter entferfen

Autobesitzer, die die zentrale Verteilung übernehmen.

15.05.1968:
An der FU Berlin treten nach der heutigen Mitgliederversammlung des RCDS zwölf Mitglieder, darunter der bisherige 1. Vorsitzende der Gruppe, und Benno Ennker, spätere KBW-Mitglied, aus dem RCDS aus, da sie gegen die Notstandsgesetze (NSG) eintreten.
Q: Engel, N. et al: RCDS… Ex!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

RCDS ... EX!

DIE UNTERZEICHNENDEN SIND NACH DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 15.5.1968 AUS DEM RCDS- FU AUSGETRETEN!

Dieser Schritt ist das Ergebnis einer langen Kette innerverbandlicher Konflikte...

- zwischen dem liberalen (linken) Flügel und dem konservativen (rechten) Flügel des Verbandes.
- zwischen denen, die den Konflikt mit der reaktionären Berliner CDU-Führung suchten, und denen, die ihn verschleiern wollten.
- zwischen denen, die die Notstandsgesetzgebung als grundsätzliche Entscheidung über die deutsche Demokratie verstehen, und denen, die sie kritiklos akzeptieren. Die Unterzeichnenden solidarisieren sich inhaltlich und formal mit dem Notstandsflugblatt Benno Ennkers, der sich von einem Flugblatt des RCDS-Bundesvorstandes distanzierte, und deswegen ausgeschlossen werden sollte.

Letzten Anlaß boten die vom linken Flügel initiierten Auseinandersetzungen mit der CDU und die Empfehlung* der MV an den Vorstand, gegen die Verbandsmitglieder Benno Ennker und J.B.Runge Ausschußverfahren einzuleiten. Diese Verfahren halten wir für bezeichnend für politische Auseinandersetzung innerhalb des RCDS die nicht inhaltlich sondern durch Disziplinierungsversuche geführt wird.

Norbert Engel	20. Konvent
Benno Ennker	20. Konvent, amt.stellv. Sprecher Jur.Fak.
Michael Foof	20. Konvent, SGA-Mitglied, ehem.stellv.Vors.RC
Albrecht Pörschler	ex-stellv.Vors.RCDS-FU
Eberhard Pörschler	Mitarbeiter RCDS Notizen
Günther Georgi	Mitarbeiter RCDS Notizen
Othmar N.Haberl	2.Spr.JV Osteuropa-Inst, ehem.Vors.Pol.Beirat ehem.1.Vors.RCDS-FU,
Martin Kempe	19. Konvent, ehem.stellv.Vors.RCDS-FU, Presse-
Michael Reimann	13. Konvent.
Jürgen B.Runge	19.+20.Konvent, ehem.1.Vors.RCDS-FU, Mitgl.Pol auf Bundesebene.
Marion Werner	
Ludwig Holstiege	

HAT DER RCDS NOCH DAS RECHT, DIE FRAGE NACH DER INNERVERBANDLICHEN DEMOKRATIE IN DER CDU ZU STELLEN ???

* Die MV ist satzungsrechtlich in diesem Punkt nur zu Empfehlungen berechtigt.

15.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet vom Kampf gegen die Notstandsgesetze (NSG) in Frankfurt (vgl. 16.5.1968):" In Frankfurt führen am 15. Mai, dem Tag der 2. Lesung 12 000 Arbeiter und Angestellte in verschiedenen Betrieben befristete Warnstreiks durch. Die Kollegen marschieren in einem Demonstrationszug mit Transparenten wie: 'Mit dem DGB gegen die Notstandsgesetze' durch die Innenstadt.

Hier die Ereignisse in einem Frankfurter Betrieb: Der Betrieb hat ungefähr 850 Beschäftigte. Der Betriebsrat setzt sich aus 'linken' Sozialdemokraten und Revisionisten zusammen. Eingeleitet werden die Aktionen mit zwei während der Arbeitszeit durchgeführten Vertrauensleuteversammlungen, auf denen die NS-Gesetze diskutiert werden. Von dort wird ein Brief an den Landesbezirksvorstand des DGB mit der Aufforderung zu Aktionen geschickt; an Bundestagsabgeordnete werden vorgedruckte Briefe mit der Erklärung, man werde auf keinen Fall mehr NS-Befürworter wählen, abgesandt. 30 Einzelbriefe gehen an den DGB-Bundesvorstand, die dessen Beschluß gegen den Generalstreik (… (vgl. 6.5.1968, d.Vf.)) verurteilten. Die Verwaltungsstelle wird in einem von 65 Kollegen unterzeichneten Brief aufgefordert, im Kreisausschuß dafür tätig zu werden, daß eine Funktionärskonferenz zur NS-Gesetzgebung rechtzeitig vor der 3.Lesung einberufen wird."

Laut AStA Uni Heidelberg (vgl. 28.5.1968) wurde in ca. 30 Betrieben und Schulen gestreikt.
Q: AStA Uni: Info Nr. 80, Heidelberg 28.5.1968, S. 4; Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 10

Seit dem Godesberger Programm haben sie keine Theorie über die kapitalistische Gesellschaft mehr, und ohne Theorie kann man nur pragmatische, das heißt rein taktische und undemokratische Entscheidungen treffen, deren Sinn den Lohnabhängigen verborgen werden muß. Genau das verstehen wir unter undemokratisch. Die Anwesenheit von zwei Gewerkschaftsfunktionären, einer davon sogar aus Stuttgart, bei unserer Diskussion am 16. 5. im Gesellschaftshaus können wir uns nur aus der Angst der traditionellen Organisationen erklären, die **Theorie** könne die Massen ergreifen und den gewerkschaftlichen Pragmatismus durchbrechen.

Natürlich haben sie versucht, sich vor den Arbeitern zu verteidigen: 1965 hätten sie die Notstandsgesetze verhindert. Richtig – aber nicht auf eine Weise, die auf eine Verhinderung der Verabschiedung im Jahre 1968 abzielt. Sie haben bürokratisch ein paarmal ein paar tausend Arbeiter versammelt und sie den etablierten Parteien und der Regierung vorgezeigt. Sie haben auch ihre Verbindung zu wichtigen Männern spielen lassen. Sie haben aber die Massen nicht wahrhaft mobilisiert. – Und heute läßt erfolgreich die Regierung ihre Verbindungen zu Gewerkschaften spielen, um den Kampf gegen die Notstandsgesetze zu behindern, und die Arbeiter können zuschauen. So handeln sie in Frankreich (auch die, die sich Kommunisten nennen), und so handeln sie heute in Westdeutschland. Wir halten unsere Kritik aufrecht, bis uns die Gewerkschaften ihren Willen zum Kampf gegen die Arbeiterunterdrückungsgesetze **durch die Tat** beweisen. Wir fürchten, wir werden unsere Kritik auch zur Zeit der endgültigen Verabschiedung der Notstandsgesetze aufrecht erhalten müssen.

Unsere Aufklärungsarbeit, die abzielt auf eine wöchentlich erscheinende Arbeiter- und Studentenzeitung in Heidelberg, soll nicht beim Wort stehen bleiben. Allerdings glauben wir nicht, innerhalb von 10 Tagen den Generalstreik gegen die Notstandsgesetze bewirken zu können. Das Beispiel Frankreich aber zeigt uns, daß wir nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze nicht

WHISKY
Whisky à Gogo
Treffpunkt der Studenten!
Oberbadgasse 10 Tel. 22661

zu resignieren brauchen. De Gaulle kann heute mit all seinen Notstandsgesetzen, die das französische Kapital vor den politischen Arbeitern schützen soll, nichts anfangen. Verhängnisvoll erscheint aber auch dort die hemmende Rolle der Gewerkschaften, auch und gerade derjenigen, die sich kommunistisch nennen. (Vergleiche den Artikel unten). In Frankreich zeigt sich aber: Gesetze zur Unterdrückung sind ein Nichts gegen die Solidarität der Arbeitenden. Solidarität muß aber erlernt sein; sie entwickelt sich langsam aus kleinen kämpferischen Aktionen.

Ein halbstündiger Warnstreik vor Arbeitsschluß in den Betrieben am Tage der Verabschiedung der Notstandsgesetze wäre ein großer Erfolg für die politische Bewußtwerdung der Lohnabhängigen. Das Beispiel der über dreißig Frankfurter Belegschaften, die am 15. Mai, dem Tag der zweiten Lesung, Warnstreiks durchführten, könnte in Heidelberg eine solidarische Antwort finden. Das ist das Nahziel.

Schlußbemerkung: Wir sind natürlich skeptisch, ob ihr unserer Einladung, am 24. 5. ins Gesellschaftshaus zu kommen, massenhaft folgen werdet: Zu lange lag die Arbeiterbewegung am Boden. Politisches Bewußtsein entsteht nicht von heute auf morgen. Trotzdem behalten wir diese Möglichkeit, mit uns zu diskutieren, bei: Wir haben keine Angst, unserer Schwäche und der der Arbeiterbewegung ins Gesicht zu sehen: denn die Schwachen können stark werden, wenn sie in kollektiver Diskussion schon heute Demokratie verwirklichen, ihre Fehler sehen lernen und den Massen vertrauen.

WICHTIGE INFORMATIONEN

Am Mittwoch, dem 15. Mai, dem Tag der zweiten Lesung, wurde in 30 Betrieben, an Schulen in Frankfurt und in Südhessen und an vielen deutschen Universitäten gestreikt. In Frankfurt war der Höhepunkt das Eintreffen von einigen tausend Gewerkschaftern, Arbeitern und Schülern, die sich mit den streikenden Studenten solidarisierten. An der Universität hatten politische Studenten die Eingänge verbarrikadiert, indem sie Ketten bildeten, um einer Handvoll Streikbrecher, die sich zum Teil mit Eisenstangen bewaffnet hatten, das Eindringen in die Uni zu verwehren. Die lächerlichen Streikbrecher wurden mit der scharfen Waffe des Arguments entlarvt. Es zeigte sich: Die Anhänger der Notstandsgesetze konnten nur prügeln, zu sagen hatten sie nichts. Genauso wenig wie der Bürokrat Otto Brenner, der sich am gleichen Tag weigerte, mit einer Delegation von Arbeitern und Studenten zu sprechen; die Trennung zwischen Gewerkschaftsfunktionären und den Arbeitern fand schließlich ihren Ausdruck darin, daß Brenner das Hauptgebäude der IG Metall verrammeln ließ.

Am Donnerstag, dem 16. Mai, stellte der DGB-Südhessen den Antrag an den DGB-Bundesvorstand, am 27. 5., also zwei Tage vor der endgültigen Verabschiedung der Unterdrückergesetze, in allen Betrieben Warnstreiks durchzuführen. Der DGB lehnte ab: Ein Streik gegen die Notstandsgesetze sei ein Eingriff in die parlamentarische Ordnung.

Aber diese Ordnung ist die der Notstandsgesetze selbst, ist die Ordnung der Befehlsgewalt des Kapitals selbst. Denn auch **im** Parlament haben nur die Chefs etwas zu sagen, nicht aber die Gewerkschaftsvertreter und andere Hinterbänkler. Der DGB, der das Parlament nicht angreift, das die Unterdrückung legalisiert, unterstützt die Notstandsgesetze, denn er bekämpft sie nicht, d. h.: Der DGB ist heute **nur mit Worten** Gegner der Notstandsgesetze.

WAS TUN?

Was können wir Heidelberger Arbeiter und Studenten tun, um gegen die dritte Lesung der Notstandsgesetze zu protestieren, um den Herrschenden zu zeigen, daß wir uns nicht widerstandslos unterwerfen werden? Die Studenten werden am 28. und 29. Mai streiken und die Universität besetzen. Bis dahin werden sie weiter durch Flugblätt und auf Versammlungen über die Notstand gesetze aufklären.

Die Arbeiter werden zeigen müssen, daß s auch unter den gegenwärtigen schwierig Bedingungen den Kampf aufnehmen kö nen. Von Montag bis Mittwoch werden d politischen Studenten mit den Arbeitern v den Betrieben Möglichkeiten des Kampf diskutieren.

Die Gewerkschaftsjugend will sich an d Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebu beteiligen und eigene Flugblätter verteile Wir freuen uns über diese Solidarisieru und über den Beginn des gemeinsam Kampfes von politischen Studenten u jungen Arbeitern in Heidelberg.

SK-BANK
spar
und
kredit
bank
heidelberg
für
alle
bank
geschäfte
heidelberg
friedr.-ebert-
anlage
(am Stadtgarten)
zahlstelle
kettengasse 2
(Ecke Hauptstraße)

DAS FRANZÖSISCHE PROLETARIAT NIMMT BESITZ VON SEINEN BETRIEBEN

Revisionistische Linie der Gewerschaf funktionäre und der traditionellen Arbeit parteien auch dort.

Acht Millionen Arbeitnehmer streiken Frankreich (während wir das schreibe Wie kam es dazu?

Erster äußerer Anlaß waren die Demonstr tionen der Studenten gegen ein Erzi hungswesen, das allein von der Regierung gewalt abhängt und eine Führungsel heranbilden will, die immer geringeren Ko takt mit den Arbeitern haben soll. Geg die Forderung der Studenten nach frei Bildungsstätten, die nicht nur zur Mehrh der Bourgeoisie offen stehen, und na freier Arbeit in der Wissenschaft setzte d Regierung Polizei ein und befahl ein br tales Vorgehen.

Das empörte die Bevölkerung, die si spontan mit den bekämpften Student solidarisierte. Aus den Erfahrungen viel Franzosen in der Zeit ihres Widerstand gegen die Nazi-Besatzung weiß man Frankreich noch genau, welche Möglichk ten einer Abwehr der Unterdrücker d Arbeiterklasse man hat. Schon 1936 verhi derten die französischen Arbeiter dur selbsttätige Besetzung der Betriebe d

15.05.1968:
An der HBK Hamburg verfasst Francois Burkhardt für die Fachschaft Architektur das Papier "Die Rolle des Architekten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" (vgl. 30.4.1968), der sich gliedert in die Abschnitte:
- "Mögliche Wege zum Architekturstudium";
- "Die Stellung des Architekten in der Gesellschaft";
- - "a. Humanismus, Wissenschaft und Technik";
- - "b. Die Gefahr der Utopien"; sowie
- - "c. Die ideologische Wahl".
Q: Burkhardt, F.: Die Rolle des Architekten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Hamburg 15.5.1968

I Die Rolle des Architekten in der Gesellschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

1. Diese Notizen entspringen persönlichen Überlegungen, sie hängen von meiner persönlichen Ausbildung, Bildung, Erfahrung und Hoffnung ab. Dieser Text wurde für die Fachschaft Architektur HBK Hamburg entworfen und möchte andere Studenten, soweit sie sich für diese Probleme interessieren, anregen, sich an den notwendigen Untersuchungen zu beteiligen.
Das Kapitel I habe ich nach eigenen Überlegungen besprochen. Die Kapitel II und III wären in gemeinsamer Diskussionsarbeit der Fachschaft zu klären. Die daraus entstehenden Erkenntnisse sollten schriftlich festgehalten werden und den Beitrag der Studenten zur Umstrukturierung der Architekturabteilung an der HBK Hamburg darstellen.

2. Die Untersuchung hat zum Ziel, die Werte und Tendenzen des Berufs Architekt zu erhellen. Diese durch Analyse erkannten Tendenzen sollten dazu dienen zu erklären, auf welch verschiedene Weise man zum Studium der Architektur kommen kann und welche Möglichkeiten die Hochschule den ganz unterschiedlich gebildeten und vorgebildeten Studenten bietet.

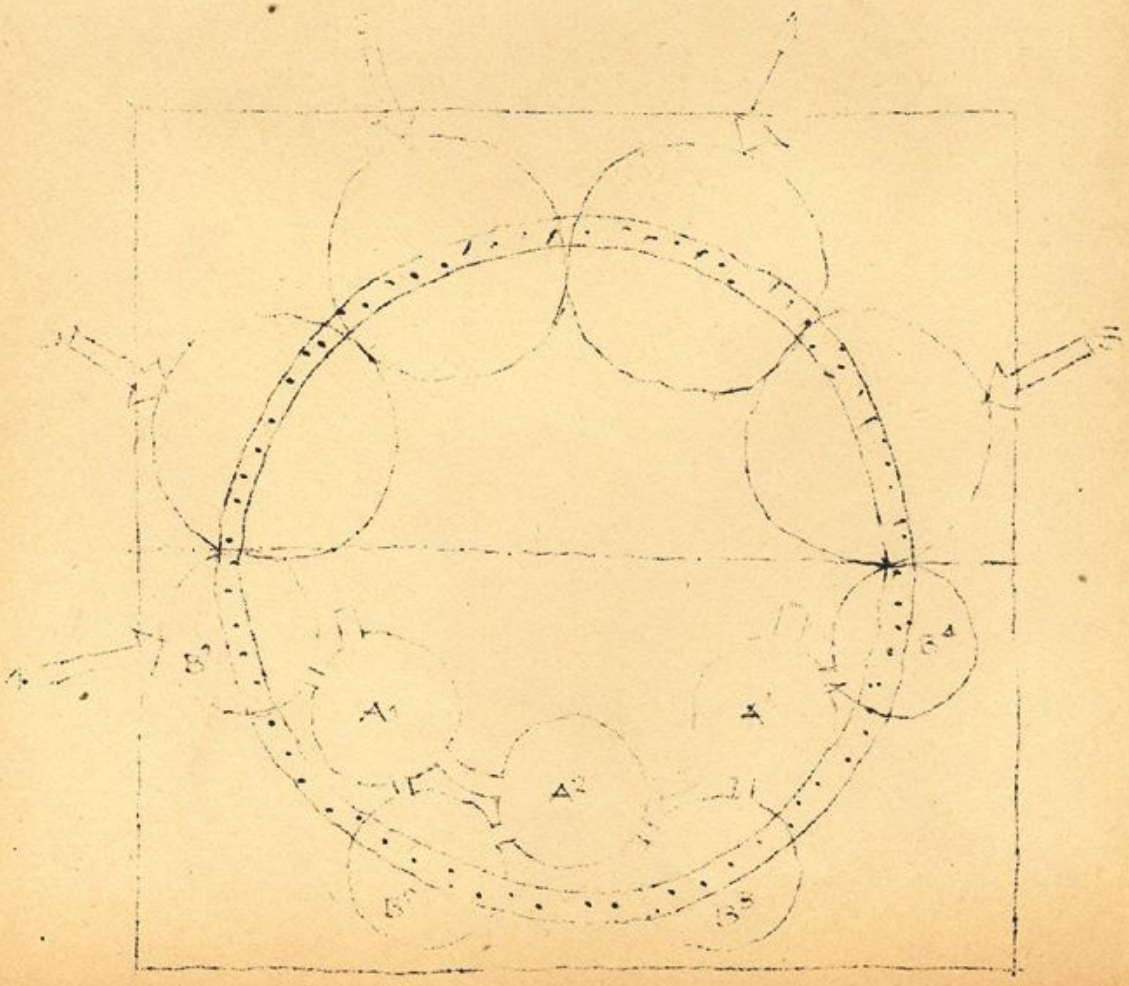
Mögliche Wege zum Architekturstudium

Analyse der Wege, die zur Architektur führen, Architektur verstanden als bewußter Akt des Bauens, nicht Kunsthandwerk der Konstruktion.

Man kommt zum Architekturstudium:

1. ohne berufliche Vorbereitung
2. durch vorbereitende Büroarbeit und Baupraktikum
3. technische Bauschulen
4. durch vorbereitende Studien: Akademie, Universität, TU und andere technische Hochschulen
5. Von außerhalb des Berufs: durch kulturelles Interesse (Kritik) oder über die Industrie

Von jedem dieser 5 verschiedenen Wege her kann ein wichtiger Beitrag zu den kulturellen und sozialen Problemen der Architektur kommen. Dies wird in der Geschichte hinlänglich bewiesen.



Die Stellung des Architekten in der Gesellschaft

a. Humanismus, Wissenschaft und Technik

Zwei wichtige Zeiterscheinungen müßten den Architekten von der Verantwortlichkeit seiner Stellung überzeugen:

a) die Organisation der Futurologie, welche so programmiert wird, daß sie die bestehenden Herrschaftssysteme (Finanz und Militär) unterstützt.

b) die Suche danach, das ständig wachsende Gefälle zwischen der industriealisierten Gesellschaft (Weißer Ring) und den erst am Anfang ihrer industriellen Entwicklung stehenden Völker stufenweise zu vermindern (schwarzer Ring).

Die angeführten Punkte sind Extreme, die durch die entstehenden Spannungen jedes soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche System bedrohen.

Zu allererst sollte sich der Architekt über die Problemstellung im Klaren sein.

Diese Klarheit sollte im Studium erlangt werden.

Der Architekt sollte durch seine Interventionen sich darum bemühen, die Spannung zwischen Punkt 1. und Punkt 2. zu verringern und dazu zu führen, daß ein harmonisches Zusammenleben der jetzt bedrohten Gesellschaft möglich wird. Das sollten die Ziele der organischen Architektur sein. Das Wirken des Architekten hat vor allem ein humanes Endziel.

Zu diesem Thema sagt Mumford "...der Architekt ist der Mittler zwischen den natürlichen Bedingungen, der Erfordernis zu handeln und den sozialen Bedingungen; Fortsetzer einer langen und bedeutsamen menschlichen Tradition. Die Aufgabe des Architekten ist es, nicht einfach die Forderungen der Maschinen in Gebäude umzusetzen noch die menschlichen Ziele zu begrenzen durch die Bedingungen, die die Maschine dem Architekten stellt. Den kommenden Generationen kommt die schwierigste und erregende Aufgabe zu, die Maschinen, Organismen, Gesellschaft und Personen in neuen architektonischen und zivilen Strukturen zusammenzufassen, welche die Qualität des Lebens ausdrücken werden und die, wenngleich nur symbolisch, den innewohnenden Kräften Ausdruck ver-

leihen. Diese These darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern muß als Wortführer der organisch genannten Tendenz angesehen werden. Diese These hat Vorrang vor allen anderen Ideologien.
Das intellektuelle Leben in der westlichen Gesellschaft teilt sich immer mehr auf in zwei sich gegenüberstehende Gruppen: Literaten und Wissenschaftler.
Die Stellung des Architekten ist durch seine Ausbildung bestimmt und diese ist weder künstlerisch noch wissenschaftlich. Er arbeitet vor allem mit Synthesen aus Wissenschaft, Kunst, Soziologie. Er ist nichts ganz Bestimmtes, er ist ein klein wenig von allem. Der wissenschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Revolution gegenüber ist der Architekt bis zu dem Punkt hin gelähnt, wo er sich an einen Zustand der Neutralität und der Indifferenz gewöhnt. Dazu schreibt Bruno Zevi: "Der Architekt als Künstler, der Architekt als Techniker oder Ingenieur wird noch erweitert um den Architekten-Soziologen und den Städteplaner. Die Unmittelbarkeit wird größer. Es ist illusorisch, sich vorzustellen, daß aus der Fusion von Literarischem und Wissenschaftlichem eine dritte Kultur entstehen wird. Die wichtigste Vorbedingung, diezu erfüllen ist, ist der Bruch mit der Neutralität und Indifferenz."
Andererseits schreiben die Wissenschaftler den Architekten eine Kontrollfunktion zu, die die wissenschaftlichen Themen ergänzt. Auf dem 42. BDA Bundestag stellt Prof. Helmut Glubrecht folgende Thesen vor: "Alle Naturwissenschaften sind zunächst Erfahrungswissenschaften. Die ursprünglichste Quelle der Erfahrung ist die sinnliche Beobachtung. Dies spiegelt sich in der klassischen Einteilung Physik- Mechanik- Akustik- Optik- und setzt beim Menschen "Grundvorstellungen" voraus. Begriffe wie Raum, Materie, Kraft, feste Körper, Gas Organismus, Wachstum, Stoffwechsel sind zunächst nicht unmittelbar der sinnlichen Beobachtung entlehnt, sondern werden von jedem Menschen auf die beobachteten Erscheinungen angewandt. Die von den Sinnesorganen gelieferten Informationen werden automatisch in ein vorhandenes Schema eingeordnet,

das "natürliche Weltbild". Der zweite entscheidende Schritt ist die Hinzunahme des Experiments. Das Experiment setzt das Vorhandensein naturwissenschaftlicher Begriffe voraus, deren Gültigkeit und logische Verknüpfungen durch einen kontrollierten Geschehensablauf geprüft werden. Ist das Experiment reproduzierbar, so kann es als Beweis für ein Naturgesetzt oder Gruppen von Naturgesetzen dienen. Geprüfte und gültig befundene Gesetzè sind dann die Basis für die Durchführung neuer Experimente für die Gewinnung neuer Begriffe und Ableitung neuer Gesetze.

Bei allem bleibt die naturwissenschaftliche Erkenntnis die Grundlage. Die Technik aber braucht etwas zweites hinzu, die konstruktive Gestaltung. Auch hier kann der Ingenieur sich an strenge wissenschaftliche Prinzipien binden, im Sinne einer Optimierung der angestrebten technischen Funktionen. Irgendwo bleibt doch ein Spielraum, der durch die Kräfte der Intuitionen ausgefüllt werden muß, die nicht in der Naturwissenschaft wurzeln ... Die Machtfülle, die sich damit ergibt und die unbeabsichtigten Nebenwirkungen bei der Ausübung dieser Macht führen zu ernsten Problemen, die eine große innere Reife und Weisheit des Menschen der Zukunft verlangen. Die Gestaltung der technischen Welt, die dem Architekten die weitesten Möglichkeiten bietet, kann in vollstem Umfange dazu beitragen, daß der Mensch der nächsten 10 Jahre, der es mehr und mehr nur mit Messbarem und Berechnetem zu tun hat, nicht den Sinn für Gestaltetes verliert.

Diese Ausführungen treten den Beweis an, daß der Architekt durch wissenschaftliches Programmieren allein nicht überflüssig wird, denn die humanitären Endziele müssen mehr denn je vom Architekten verfochten werden.

b. Die Gefahr der Utopien

Das technokratische Engagement hat den Architekten dazu verleitet, in der Wissenschaft eine neue Ideologie zu sehen. Die Technologie an sich hat kein Ziel und muß als Ausdruck von Ideen und Tatsachen angesehen werden, die in unserem technologischen Zeitalter geboren wurden. Die Grundlage der Utopien wird oft übertragen auf die Erfahrungen vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Man muß jedoch gut die Zeit definieren, in welcher Ledoux seine Utopien konzipierte. Die Technologie jener Zeit war nicht bereit, um die Utopien Realität werden zu lassen. Statt daß die Utopien verwirklicht wurden, gab es eine Revolution. Die Strukturen der Revolutionen sind nicht technologisch, sie sind historisch und die Utopien dienten als Prophezeihungen. Diese Prophezeihungen zeigten eine Entwicklung auf, die sich erst später realisierte, nachdem nicht nur die Technologie, sondern die gesamte Gesellschaft durch die Revolution verändert war. Die Utopien heute sind gefährlich, weil sie realisierbar sind. Übersetzt auf die politische Ebene würde es Diktatur bedeuten. Utopien sind Träume und können nicht als realisierbare Projekte betrachtet werden, weil der soziale Rahmen nicht existiert, in welchem sie plaziert werden sollten.

Prof. Argan sagte anläßlich einer experimentellen Architekturausstellung in Rom: "Man muß sich daran erinnern, daß die Geschichte beweist, daß der technologische Fortschritt nicht irreversibel ist. Er ist ein Nachphänomen der Zivilisation. Wir können unsere Aufgaben heute nicht bewältigen, ohne an die Vergangenheit zu denken und ohne in die Zukunft vorwärts zu treiben. Wenn man die Vergangenheit historisch betrachtet, denkt man sich eine Zukunft durch eine Vorstellung, die zuerst sozial und ideologisch sein muß."

c. Die ideologische Wahl

Da sich der Architekt um das harmonische Zusammenleben der Menschen in der bedrohten Gesellschaft sorgen sollte, muß er sich notwendigerweise engagieren. Sich engagieren heißt, an den Problemen seiner Epoche teilzunehmen und nach Wegen zu suchen, diese zu lösen. Seine Aktivität hängt deshalb vor allem von seiner ideologischen Wahl, seiner Information und seiner Erziehung ab. Aus seiner ideologischen Entscheidung resultiert sein Engagement.

Dieses Engagement konfrontiertden Architekten mit den Verhältnissen der Gesellschaft und, da diese Verhältnisse engstens verbunden sind mit dem Führungsmechanismus der regierenden Politiker, ist der Architekt ständig in Auseinandersetzung mit den politischen Problemen. Ob der Architekt will oder nicht, ist er diesem Mechanismus ausgesetzt und seine Entscheidungen werden von da an von seinem Engagement dirigiert. Die Avant-garde der Gesellschaft, zu welcher der Architekt gehören sollte, ist bestimmt durch die Aufnahme von neuen Ideen und Techniken und stellt ständig die bestehenden Systeme und ihre Institutionen in Frage. Die Möglichkeit, Neues aufzunehmen, verlangt in hohem Maße flexibles Denken, das immer für Experimente offen ist. Dieses System setzt eine rasche Assimilation und schnelles Intervenieren voraus. "Man muß den Akzent auf die Aktivierung der erfinderischen Fähigkeiten in der Situation, auf die Fähigkeit, schnell vielfältige Antworten geben zu können, setzen." (A. Corboz: Pous une conception ouvere de la théorie de l'architecture).

Das ist die Antithese zu den einmal erreichten, installierten Werten.

Im Augenblick, wo der Beruf des Architekten nicht mehr einfach definiert werden kann, wo sich seine Ausbildung auf empirischer Basis abspielt, wo seine Funktion ihren Sinn verliert und zum Teil ganz verschwindet (es wird immer mehr ohne Architekten gebaut), kann man sich die Frage stellen, ob es überhaupt möglich ist, eine Theorie aufzistellen. Man wird vielmehr mit Hypothesen arbeiten müssen. Das ist die Eröffnung einer neuen Situation, welche die Architektur verurteilt, die der Konsumgesellschaft dient, in welcher sie sich prostituiert und gleichzeitig glaubt, sie zu re-

formieren. Man kann sich auch fragen, wie ein Architekt sich noch für die allgemeinen gesellschaftlichen Probleme interessieren und daran beteiligen kann, wenn man sieht, wie sehr er an die bürokratischen Arbeiten und zweitrangige Probleme gebunden ist. Daher rührt es wohl, daß so viele Architekten den theoretischen Diskussionen gegenüber indifferent sind.

Es ist Zeit, sich daran zu erinnern, daß die Erziehung sich normalerweise nur nach einem Modell ausrichtet, anstatt sich an der Verschiedenheit zu orientieren.

In dem Moment, wo die ideologischen Modelle wieder in Frage gestellt werden, sollte man die Verschiedenartigkeit der Modelle vergrößeren, um neue Elemente, eine Art kontinuierlicher Aktivierung zu erhalten, müssen diese Verschiedenartigkeiten miteinander konfrontiert und gegeneinander ausgespielt werden.

Diese Grundgedanken sollten als Basis für die Umstrukturierung der Abteilung dienen.

François Burkhardt
Hamburg, den 15.5.68

die vorliegenden skripten sind beiträge zum problem studienreform.

sie sind information und sollen der meinungsbildung dienen.

sprecht die einzelnen punkte durch, wir werden darüber diskutieren.

HfbK
fachschaft architektur

15.05.1968:
An der Universität Hamburg heute gegen die Notstandsgesetze (NSG) gestreikt, laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), teils mit, teils ohne 'technische Hilfsmittel'. Abends findet eine Informationsveranstaltung des AStA mit Politikern und Gewerkschaftern im überfüllten Audimax statt. Eine studentische Verhandlungskommission aller linken Hochschulgruppen und des AStA soll das vom örtlichen DGB-Vorsitzenden Höhne versprochene Bündnis mit dem DGB Hamburg vorbereiten (vgl. 21.5.1968).

Laut Wolfgang Krohn (vgl. 24.6.1968) missglückt der Streik. Der Philosophenturm sei statt wie um 22 Uhr bereits zwischen 17 und 19 Uhr gesperrt worden, wozu es u.a. hinsichtlich Jürgens Riegers heißt:"
Kein Schlägertyp wie Herr Rieger vom RSD schwang seinen Knüppel, kein eloquenter Verteidiger seines Rechts, Seminare und Dozenten zu besuchen, fand sich vor den Türen des Turmes. Alle, die sich gegen die politisch motivierten Maßnahmen der Studenten wandten, nahmen die unmotivierten Verwaltungsmaßnahmen hin wie das Wetter."
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 55; Auditorium Nr. 55, Hamburg Juni/Juli 1968, S. 2

16.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet vom Kampf gegen die Notstandsgesetze (NSG) in Frankfurt (vgl. 15.5.1968) aus einem Betrieb:"
Am Tag nach dem Streik wird ein von über hundert Kollegen unterzeichnetes Schreiben an den DGB-Kreisausschuß gesandt, in dem es heißt: 'Die 2.Lesung der NS-Gesetze am 15.Mai hat gezeigt, daß die Parteien des gegenwärtigen Bundestages, auch die SPD, diese Gesetze gegen den Willen der Arbeiterschaft durchsetzen wollen. Wir halten es für notwendig, noch vor der 3.Lesung durch einen Generalstreik zu zeigen, daß wir als Gewerkschaften nicht zu den Totengräbern der Demokratie gehören wollen. Wir verlangen als Betriebsräte und Vertrauensleute, daß die Gewerkschaft eine klare Stellung bezieht und einen Streik legalisiert.'"
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 10

17.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "Zur Lage. Beschluß des 28. StP zum Konflikt zwischen Rektor und Studentenschaft".
Q: AStA: Zur Lage. Beschluß des 28. StP zum Konflikt zwischen Rektor und Studentenschaft, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

ZUR LAGE

17/05 68

Beschluß des 28. StP zum Konflikt zwischen Rektor und Studentenschaf

1. Am 7.5. sollte eine a.o. Senatssitzung stattfinden mit dem einzig Tagesordnungspunkt: Bericht der vorläufigen Grundordnungskommissi Die studentischen Vertreter in dieser Kommission hatten schon im vergangenen Semester die Öffentlichkeit für die Sitzungen dieser Kommission gefordert. Ein Go-in, welches vor dem Sitzungssaal haltgemacht hatte und die Arbeit der Kommission in keiner Weise behinderte, hatte diese Forderung bekräftigt. Nachdem der Senat nun nicht einmal bereit war, den abschließenden Bericht der Kommission öffentlich zu behandeln, hatte der AStA dem Senat in einem offenen Brief davon Kenntnis gegeben, daß er die Studenten auffordert, diese Senatssitzung zu besuchen. Der Rektor sagte daraufhin die Sitzung ab mit der Begründung, daß der Brief eine Atmosphäre schaffe, die es nicht möglich macht, mit Sicherheit zu gewährleisten, daß der Senat den Abschlußbericht der von ihm zu seiner Beratung bestellten Kommission ungestört und unbeeinflußt entgegennehmen kann und einen Beschluß über die weitere Verwendung des erarbeiteten Materials fassen kann.

2. Die erste ordentliche Senatssitzung, auf der über die Öffentlichkeit der Disziplinarkommission beraten werden sollte, sowie über die Aufforderung des VDS an die Professoren, den Streik der Hochschulen gegen die NS-Gesetze zu unterstützen, wurde ebenfalls abgesagt, weil der SDS zu einem Go-in zur Herstellung der Öffentlichkeit dieser Sitzung aufgerufen hatte, mit ähnlicher Begründung wie im vorangegangenen Schreiben.

3. Nachdem der Rektor in einer Unterredung mit dem AStA-Vorsitzenden und in einer weiteren mit dem AStA-Vorsitzenden und dem Parlamentspräsidenten eindeutig erklärt hatte, daß eine Unterstützung des Streiks und eine Teilnahme am in diesem Zusammenhang stattfindenden Teach-in seitens der Professoren nicht stattfinden werde, veröffentlichte das Rektorat am Dienstagnachmittag die Einladung zu einer Informationsveranstaltung des Rektorats über die NS-Gesetze für die gleiche Zeit und den gleichen Ort, an denen schon ein Tag früher das Teach-in des AStA angesetzt war.
Nachdem der Hörsaal 13 sich als zu klein erwies, stimmten die anwesenden Studenten für eine Verlegung in den Innenhof der Universität. Den Professoren war gesagt worden, daß man mit ihrer Teilnahme auf diesem Teach-in rechnete. Es kam jedoch dazu, daß die Professoren ihre Veranstaltung in der Neuen Aula abhielten und der AStA sein Teach-in im Innenhof. Eine Erklärung des AStA in dieser Versammlung des Rektorats wurde den AStA-Vertretern bis zu dem Zeitpunkt verwehrt, an dem die Professoren ihre Referate bereits gehalten hatten. Danach kam es zum Abbruch der Versammlung in der Neuen Aula, nachdem ein Teil der Teilnehmer des AStA-Teach-in in die Neue Aula gekommen war und die Professoren sich nicht der Diskussion über den Charakter dieser Veranstaltung als Gegenveranstaltung stellten, sondern auf dem Standpunkt beharrten, dort eine Veranstaltung des Rektorats durchzuführen. Das Teach-in des AStA wurde daraufhin im Innenhof der Neuen Universität fortgeführt.

Das StP verurteilt das undemokratische Verhalten des Rektors. Es verurteilt die Verweigerung der Öffentlichkeit der Senatssitzungen bei der Behandlung von Problemen, die ein dringendes öffentliches Interesse der Universität darstellen. Es weist mit Entschiedenheit den Versuch des Rektors und einiger Professoren zurück, eine politische Veranstaltung der Studenten durch Manipulation in eine autoritär organisierte Informations- und Fragestunde umzuwandeln und die Studenten gegeneinander auszuspielen. Es betrachtet diese Maßnahme als einen Versuch, die politische Opposition der Studenten und der gewählten Vertreter der Studentenschaft manipulativ mit autoritären Maßnahmen und ohne öffentliche Diskussion zu bekämpfen.

AStA

17.05.1968:
An der FU Berlin wurde vermutlich für heute mit einem Flugblatt "Grass diskutiert mit Medizinstudenten" eingeladen zur Diskussion über die Notstandsgesetze um 10 Uhr in der Physiologie.
Q: N. N.: Grass diskutiert mit Medizinstudenten, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Mai 68

GRASS

diskutiert mit

Medizinstudenten

über

NOTSTAND

ZEIT: MITTWOCH 10°°

ORT: HS Physiologie

(oder Botanisches Museum)

GÜNTER GRASS VOR DEM NOTSTAND

Seit 1955 beschäftigen sich der Bundestag und die Öffentlichkeit mit wechselnden Entwürfen für ein Notstandsgesetz. Bis jetzt haben sich die Innenminister Schröder, Lücke und Benda an diesem Gesetz versucht. Auch die strengsten Gegner jeder Notstandsgesetzgebung werden nicht sagen können, es hätten sich die Bundestagsabgeordneten die Sache leicht gemacht.
Die Argumente für und gegen die Notstandsgesetze lassen sich abwägen. Formal gesehen wäre gegen ein Gesetz, das die alliierten Vorbehaltsrechte ablösen könnte, wenig zu sagen. Mein NEIN, selbst zu dem demokratischsten Notstandsgesetz, läßt sich nicht juristisch begründen. Die Erfahrung zeigt: uns allen, den Befürwortern wie den Gegnern der Notstandsgesetze, fehlt die demokratische Reife, um mit einem solchen Gesetz umgehen zu können.
Nach den Ereignissen der letzten Monate wissen wir, wie hilflos und widersprüchlich Behörden und Demonstranten z.B. das Demonstrationsrecht auslegen, wie hektisch die Polizei in den Einsatz geschickt und, aufgrund ungenauer Weisungen, um ihr Ansehen gebracht wird. Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesinnenministers lassen nicht hoffen, daß die z.Zt. verantwortlich regierenden Politiker größere Demonstrationen oder eine evtl. um sich greifende Streikbewegung von einem wirklichen Notstand unterscheiden können. Wir sind gebrannte Kinder. Die Erinnerung an das Scheitern der Weimarer Republik ist lebendig geblieben und wird in diesen Tagen besonders deutlich.
Das Trauma der Gewerkschaften und ihre Sorge, sie könnten wie im Jahre 1933 abermals versagen, erklärt ihr striktes NEIN. Da die Bevölkerung über die dauernd wechselnden Vorlagen nur unzulänglich aufgeklärt wurde, schwankt sie zwischen Positivität und Protest. Isoliert, mißgelaunt, und das eigene Unbehagen mit Vorschheit überdeckend, arbeitet der Bundestag nur noch unter der Devise: das muß endlich vom Tisch, sonst sitzen wir noch 10 Jahre lang über abgeänderten Vorlagen.
Da der Bundestag z.Zt. wie unter einem schalldichten Glassturz ein wirklichkeitsfernes Eigenleben führt, besteht wenig Aussicht, Gehör zu finden. Auch wenn viele Bundestagsabgeordnete die neuen Gesetzvorlagen mit schlechten Vorahnungen lesen und mit Fragezeichen versehen werden: am Ende könnte der unheilvolle Fraktionszwang wieder einmal beweisen, wie demokratisch unreif unsere Gesellschaft bis in den Bundestag hinein immer noch ist.

Jeder Bundestagsabgeordnete sollte wissen:

- die Notstandsgesetze werden, sobald sie verabschiedet sind, ein Eigengewicht haben, dem der bloß gute Wille der Gesetzgeber nicht gewachsen sein kann;
- die Notstandsgesetze werden, sobald sie da sind, einen Anlaß suchen und finden (nur mal probieren, ob es auch klappt);
- die Notstandsgesetze beheben nicht, sie verschärfen die Krise der Demokratie in der Bundesrepublik.

Einsicht und demokratische Vernunft sollten den Bundestag bewegen, die zweite Lesung der Notstandsgesetze abzusetzen.

18.05.1968:
Über die Entwicklung des Münchener Gewerkschaftlichen Arbeitskreises der Studenten (GAST) berichtet die 'apo press' München so:"
Zwei Tage zuvor erklärte Sieglinde Tömmel (Vorstandsmitglied des GAST im Sommersemester 1968) in der Münchener Kunstakademie, der gewerkschaftliche Arbeitskreis unterstützt die für den Nachmittag des 20. Mai vorgesehene Demonstration zum Gewerkschaftshaus. … Die folgenden Wochen waren im GAST vom 'Boxkampf unter der Gürtellinie' zwischen den Sozialisten und den rechtsorientierten KP-Freunden bestimmt. … Auf den Redaktionssitzungen des vom GAST-München herausgegebenen Blattes 'Arbeiter- und Studenten' ging es ebenfalls recht lustig zu. Über die jeweiligen Artikel wurde nur so lange diskutiert, wie es den Kollegen Achenbach, Schmid, Högemann-Ledwohn & Co. paßte. War deren Geduld zu Ende, so wurde einfach abgestimmt" (vgl. Apr. 1968, 1.7.1968).
Q: apo press Nr. 7, München 25.2.1969, S. 10ff

19.05.1968:
Zu den Notstandsgesetzen (NSG) beschließt, laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), der DGB-Bundesvorstands heute die Beeinflussung der Bundestagsabgeordneten und weiter heißt:"
Wie bisher wird der DGB alle Maßnahmen in eigener Verantwortung durchführen und sich nicht von anderen Gruppen in unkontrollierbare Aktionen drängen lassen."
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 56

19.05.1968:
Die Neue Berliner Burschenschaft Cimbria - Germania - Hevellia gibt das Flugblatt "Toleranz - Liberalität - Vernunft" heraus, einen Offenen Brief an den regierenden Bürgermeister, der die "Radikalisierung des öffentlichen Lebens" aufhalten solle.
Q: Neue Berliner Burschenschaft: Toleranz - Liberalität - Vernunft, Berlin 19.5.1968

T O L E R A N Z - L I B E R A L I T A T - V E R N U N F T

(offener Brief)

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister !

Vor wenigen Monaten versuchten Sie den Vietnamkongreß durch autoritäre Maßnahmen der Exekutive unmöglich zu machen und mußte daraufhin vom Verwaltungsgericht eine Lektion in Sachen Demokrat verabreicht bekommen.

Diesmal ist es die NPD, die Sie durch einen manipulierten Streik von Senatsangestellten ausmanövrieren wollten; und Ihr Innensena Herr Bürgermeister Neubauer, sieht Proteste der Öffentlichen Meinung gegen die NPD als Ermunterung, eine unbequeme Gruppe ihrer demokratischen Rechte für verlustig zu erklären. -

Einmal mehr hat das Verwaltungsgericht in erster Instanz Sienun belehren müssen, was eine Demokratie ist.

In den erwähnten Maßnahmen des Senats und Ihrer Person sehen wir einen erneuten traurigen Beweis dafur, mit politisch extremen Gruppen nicht anders fertig werden zu können, als durch autoritä Unterdrückungsmaßnahmen. Es ist ein Eingeständnis der politische Hilflosigkeit und Unaufrichtigkeit, wenn politische Auseinander-setzungen durch Aktionen der Exekutive ersetzt werden.

Sicherlich gefällt sich die NPD im Gewand des politisch Verfolgt und wird ein Publikumswirksames Bild abgeben; dürfen wir fragen, Herr Regierender Bürgermeister, ob das zu erreichen Ihre tatsäch liche Absicht war ??? - Herr Schütz, wenn Sie als Parteitagsredn den Krieg in Vietnam hochleben lassen wollen und die NPD aufs Schaffot wünschen, so steht Ihnen das frei. Als Regierender Bürgermeister steht es Ihnen jedoch nicht zu, mit Hilfe von Verordnungen und Polizeieinsatz Zensuren über politische Äußerun von wem auch immer, zu verteilen.

Wir stellen dem Senat die Frage, ob er die erwähnten Maßnahmen für geeignet hält, die zunehmende Radikalisierung des Öffentlich Lebens in Westberlin aufzuhalten und die Glaubwürdigkeit in den angeblich demokratischen Charakter unserer Gesellschaft zu stärk

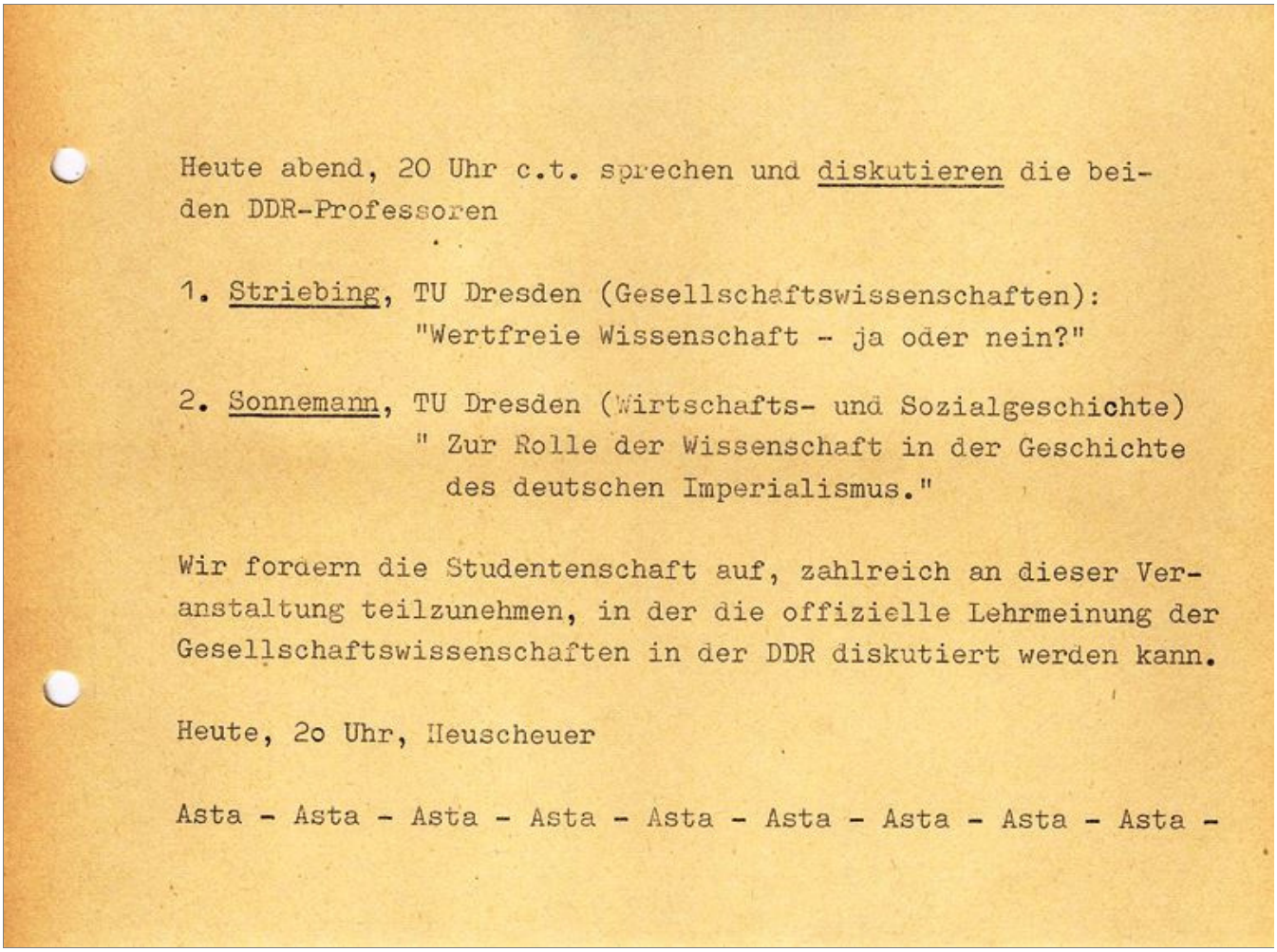
Herr Regierender Bürgermeister,

NOCH SIND DIE NOTSTANDSGESETZE NICHT IN KRAFT !

NEUE BERLINER BURSCHENSCHAFT
Cimbria-Germania-Hevellia

1 Berlin 33, d.19.5.68
Lynarstr. 21

20.05.1968:
An der Universität Heidelberg lädt der AStA vermutlich in dieser Woche per Handzettel zu einer Veranstaltung mit zwei DDR-Professoren ein, "in der die offizielle Lehrmeinung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR diskutiert werden kann."
Q: AStA: Heute abend…, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)



Heute abend, 20 Uhr c.t. sprechen und diskutieren die beiden DDR-Professoren

1. Striebing, TU Dresden (Gesellschaftswissenschaften):
"Wertfreie Wissenschaft - ja oder nein?"

2. Sonnemann, TU Dresden (Wirtschafts- und Sozialgeschichte)
" Zur Rolle der Wissenschaft in der Geschichte des deutschen Imperialismus."

Wir fordern die Studentenschaft auf, zahlreich an dieser Veranstaltung teilzunehmen, in der die offizielle Lehrmeinung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR diskutiert werden kann.

Heute, 2o Uhr, Heuscheuer

Asta - Asta - Asta - Asta - Asta - Asta - Asta - Asta - Asta -

20.05.1968:
In München findet, laut 'apo press' eine Demonstration gegen die Notstandsgesetze (NSG) zum Gewerkschaftshaus statt.
Q: apo press Nr. 7, München 25.2.1969, S. 10ff

20.05.1968:
An der FU Berlin verfasst der Institutsrat des Ostasiatischen Seminars (OAS) eine Presseerklärung zur heute erfolgten Besetzung des OAS.
Q: FU-OAS-IR: Presseerklärung, Berlin 20.5.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Ostasiatisches Seminar
Der Institutsrat

1 Berlin 33, den 20.5.1968
Balbronnerstr. 3

An alle
Redaktionen

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Nachdem sich die Universität und die Gerichte für unfähig erklärt haben, mit legalen Mitteln den unhaltbaren Zustand am Ostasiatischen Seminar zu beenden, hat die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät heute beschlossen, in eigener Initiative für eine Normalisierung der Studienverhältnisse am Institut zu sorgen.

Der Zustand des Ostasiatischen Seminars hat exemplarisch für andere Institute der Freien Universität gezeigt, daß die vom kapitalistischen System sanktionierte Verfügung der Ordinarien über die wissenschaftlichen Produktionsmittel mit den gesellschaftlichen Interessen der Studenten in Widerspruch steht. Die Besetzung des Instituts und die Selbstorganisation des Arbeitsbetriebes manifestiert den Willen der Japanologie-Studenten und der mit ihnen solidarischen FU-Studenten, ihre gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen auch gegen deren offenbare Sabotage durch die Ordinarien wahrzunehmen und zu verwirklichen.

Professor Eckardt hat durch seine Verwaltung das Fach Japanologie faktisch zerstört. Wenn jetzt mit Hilfe ihrer Kommilitonen die bereits in Gruppen organisierten Japanologie-Studenten die ihnen vorenthaltenen Lehr- und Lernmittel unter ihre Verfügung stellen, so ist das legitim. Eine Wiederbelebung der Disziplin im alten Sinne ist indes illusorisch. Sie liegt auch nicht im Interesse der Studenten. Aufgabe der Studenten wird vielmehr sein, die Arbeit am Institut entsprechend ihren aktuellen politischen und wissenschaftlichen Bedürfnissen. Ab sofort steht das Institut nicht nur den Arbeitskreisen der Japanologie-Studenten, sondern auch der kritischen Uni[illegible]sität und den Aktionskomitees, die

bis zum 29. Mai den Streik gegen die Notstandsgesetze an der Freien Universität organisieren, zur Verfügung.
Die Übernahme der Institute wird auch in Zukunft für die Studenten das notwendige Mittel sein, die Entfremdung der Wissenschaft aufzuheben und den Wissenschaftsbetrieb entsprechend ihren Bedürfnissen zu organisieren.

Wir protestieren gegen die Einschränkung unserer Arbeitsmöglichkeiten durch das Abstellen des Telefons von seiten des Rektorats. Falls diese Maßnahme nicht bis heute 20.30 Uhr zurückgenommen wird, wird dem Rektorat gleichfalls die Telefonverbindung gesperrt.

20.05.1968:
An der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche das 'Soziologen Paper' Nr. 9 (vgl. 7.2.1968) mit der Einladung für den 21.5.1968 zur Diskussion des Aktionsprogramms der ad-hoc Statistik um 15 Uhr und zur Vollversammlung um 17 Uhr.
Q: Soziologen Paper Nr. 9, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

21.5.68

SOZIOLOGEN - PAPER 9

Das Desinteresse verrät die wahren Interessen der SOZIOLOGIE STUDENTEN

Aktionsprogramm der ad-hoc Statistik: Referate, Diskussion
DIENSTAG 21.5., 15.00, Babelsberger Str.
AUSSERORDENTLICHE VOLLVERSAMMLUNG
Dienstag 21.5., 17.00, WiSo, 101

IV SOZIOLOGIE WiSo Fak Raum 301 Tel: 7690 450

Wußten Sie schon,
daß es eine Vollversammlung aller Soziologiestudenten gibt? Und das auf der letzten VV am 7.5.68 von 700 Hauptfachsoziologen etwas mehr als 70=10% da waren?
Wußten Sie schon,
daß es eine Interessenvertretung Soziologie gibt? Und das die IV-Leitung nach der letzten VV zurückgetreten ist?
Wußten Sie schon,
daß es eine Bibliothekskommission gibt,die entscheidet,welche Zeitungen,Zeitschriften und Bücher angeschafft werden? Und das es wahrscheinlich keinen neuen Bibliotheksraum geben wird,weil der Kurator kein Geld für den Umbau rausrückt?
Wußten Sie schon?
daß es eine Kapazitätskommission gibt,die Empfehlungen über die Zulassungsquote im WS ausarbeitet?
Wußten Sie schon,
daß es eine Berufungskommission für die Nachfolge von Professor Stammer gibt,in der der Studentenvertreter ohne umrissenes Mandat sitzt? (Wie wär's mit einem Scheuch-Schüler?)
Wußten Sie schon,
daß in der Studienreformkommission über Studiengänge,Einführungsveranstaltungen,Veränderungen der Empirie- und Statistikübungen gesprochen wird,die ab WS z.T. ins Experimentierstadium treten?
Wußten Sie schon,
daß die Soziologiestudenten der TUsich gegen die Besetzung des zweiten Lehrstuhls durch Professor Mackensen ausgesprochen haben,der dennoch berufen wurde,und daß sie die Soziologen der FU um Hilfe in ihrem Kampfgebeten haben? (Und das unsere Solidarisierung in leeren Versprechungen besteht,weil sich keine größere Anzahl dafür interessiert?)

Wußten Sie,daß Sie <u>in</u> der Universität keine Interessen mehr haben?

JOUR FIXE der IV: Montag,20.5.,14.00-16.00 WiSo-Stud.Vertr.
AUSSERORDENTLICHE VOLLVERSAMMLUNG: Dienstag,21.5.,17.00,Hs.101
Wir suchen noch Leute,die helfen,Adressen zuschreiben.Jeweils mittag in der WiSo-Studenten-Vertretung.

IV SOZIOLOGIE
gez. G.Probst
(komm.1.Sprecher)

20.05.1968:
In Frankfurt erscheint die 'Arbeiter Schüler Studenten Zeitung' Nr. 4 als Extrablatt des 'Diskus' (vgl. 6.5.1968, 27.5.1968) vermutlich in dieser Woche unter der Schlagzeile "Politischer Streik" mit der "Dienstanweisung für Werkschutz und Werkfeuerwehr der Rheinstahl-Hanomag AG".

Weitere Artikel sind:
- "Die Gewerkschaft - das sind die Arbeiter";
- "Notstandsgesetze: Streikrecht abgeschafft";
- "Die Bürgerkriegsarmee";
- "Unternehmerstaat";
- "Kampf gegen Notstand";
- "Die Arbeiter besetzten Renault-Werke" in Frankreich; sowie
- "Streiks gegen die Notstandsgesetze in Betrieben - Schulen - Universitäten" mit Bildern und Berichten von Meuser und Heinrich Wörner sowie Berichten von den Berufsschulen, den Oberschulen und der Universität.
Q: Diskus Extrablatt Arbeiter Schüler Studenten Zeitung Nr. 4, Frankfurt Mai 1968

21.05.1968:
Eine Stalin Gruppe (Revolutionäre Kommunisten in der Sowjetunion) begrüßt die Kulturrevolution in China.
Q: Olenhusen; Gnirß: Handbuch der Raubdrucke 2, München 1973, S. 322

21.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SDS-Flugblatt "Über die Notwendigkeit des Streiks" zu den NSG.
Q: SDS: Über die Notwendigkeit des Streiks, O. O. (Heidelberg) 21.5.1968

SDS

Flugblatt vom 21.5.1968

Über die Notwendigkeit des S T R E I K S

Am 15. Mai, dem 1. Tag der 2. Lesung der NS-Gesetze, gab es zum 1. Mal in der Geschichte der BRD in einigen Städten massenhafte, spontane und von den Gewerkschaften sofort desavouierte politische Streiks. Zur gleichen Zeit wurden mehrere Universitäten von den Studenten besetzt, die statt der herkömmlichen autoritär strukturierten Lehrveranstaltungen die demokratische Diskussion über die reaktionäre gesellschaftliche Veränderung, die die BRD durch die NS-Gesetze erfährt, durchführten, Die Streikenden hatten erkannt:

Die NS-Gesetze, die angeblich die freiheitlich-demokratische Grundordnung garantieren sollen, schaffen die Freiheit ab, um die Ordnung zu schützen. Die Ordnung ist die der kapitalistischen Profitwirtschaft, deren Bestand es zu garantieren gilt, wenn sie in von ihr selbst produzierte Krisen gerät. Seit dem Anfang der Sechziger erscheinen solche Krisen wieder als wahrscheinlich. Wie 1933 baut der bürgerliche Staat die bürgerlichen Freiheiten ab, um die Basis der bürgerlichen Gesellschaft zu retten. Hauptinteresse der Herrschenden ist daher, den Kampf der Lohnabhängigen nicht über die vom System zu verkraftenden wirtschaftlichen Forderungen hinausgehen zu lassen. Gegenwärtig richten sich die Ns-Gesetze vor allem gegen die Ansätze einer Systemopposition, insbesondere dann, wenn sie über die zahlenmäßig schwache studentische Opposition hinausgeht wie jetzt in Frankreich.

Als Widerstandhandlungen gegen die existenziellen Bedrohung jeder radikalen Opposition war die Besetzung der Universitäten nur konsequent, denn sie bedeutet die Verweigerung bedingungsloser Unterordnung unter undemokratische Herrschaft.

Die Politik der Heidelberger Professorenschaft, allen voran die Juristenkamrilla des Senats, Scheindiskussionen durchzuführen, war der Versuch, den notwendigen Widerstand durch autoritäre und manipulative "Aufklärung in sachlicher Diskussion" zu unterlaufen.

Daneben waren sich viele Studenten der Bedeutung des Streiks nicht bewußt. Deshalb wurde in den trotzx Streikaufruf gehaltenen Vorlesungen durch Go-ins darauf hingewiesen, daß politische Abstinenz sich mitschuldig macht an der Durchführung von Gesetzen, die formal und inhaltlich an die Ermächtigungsgesetze von 1933 erinnern. Der politisch bewußte kritische Teil der Studentenschaft wehrt sich angesichts der Notstandsparagraphen, daß ihr Vorgehen als terroristisch und undemokratisch diffamiert wird. Die bestehende Herrschaft mit ihrer Toleranzideologie bringt es mit sich, daß die Begriffe Demokratie und Freiheit formalisiert und pervertiert werden: radikale Opposition, d.h. Kritik am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System, gilt als verfassungsfeindlich während sie doch in Wahrheit Ernst macht mit der Herstellung realdemokratischer Verhältnisse in Unis, Schulen und Betrieben. Wem die Vernebelungstechnik der Herrschenden in den genannten Institutionen nicht durchsichtig ist, kann allerdings nur emotional und apolitisch reagieren. Demokratie und Freiheit aber müssen sich argumentativ ausweisen. Die Gelegenheit zum Argumentieren haben uns die Herrschenden inzwischen genommen, nicht aber die Möglichkeit, unserseits offensiv zu werden. Die NS-Gesetze verhindern zu wollen, ist eine Illusion. Unter den jetzigen Bedingungen, aber sie eröffen uns eine neue Perspektive des Kampfes, weil uns keine parlamentarischen Schleier mehr verwirren, seit auch die Bourgeoisie auf das Parlament verzichtet. Streik allein wird nicht mehr genügen, solange er nur deklaratorisch bleibt, er muß zum Mittel des Kampfes werden.

V E N C E R E M O S

21.05.1968:
Die Fachschaft Architektur der TU Berlin gibt das Flugblatt "Fl ickwe rk - oder Arbeit an einem neuen Universitätsverständnis?" heraus zum Eindringen der Studenten am 17.5.1968 in die Sitzung des Preisgerichts für den Ideenwettbewerb "Ausbau der TU Berlin auf dem Stammgelände".
Aufgerufen wird zur Diskussion und Kontrolle im Seminar Ungers am 22.5.1968 und auf der Pressekonferenz am 24.5.1968.
Q: TU FS Arch: Fl ickwe rk - oder Arbeit an einem neuen Universitätsverständnis?, O. O. (Berlin) 21.5.1968

FL ICKWE RK - oder

ARBEIT AN EINEM NEUEN UNIVERSITÄTSVERSTÄNDNIS ?

Am 17.Mai 68 drangen um 21.oo Studenten in die Versammlung des Preisgerichtes für den Ideenwettbewerb "Ausbau der TU Berlin auf dem Stammgelände südlich der Strasse des 17.Juni ein, um mit den Preisrichtern öffentlich über ihre Kategorie bei der Beurteilung zu diskutieren.
Am kommenden Freitag, dem 24.Mai, kann die Diskussion fortgesetzt werden bei der Pressekonferenz anlässlich der Ausstellungseröffnung zu diesem Wettbewerb im Pepper-Center am Zoo.

Der Berliner Senator für Bau-und Wohnungswesen hatte am 2.8.67 den Wettbewerb ausgeschrieben unter allen deutschen Architekten, sowie den Studenten der TU und der SHfbK. Seine Fragestellung richtet sich im wesentlichen auf "städtebauliche Gesamtkonzeption" und Optimierung und Vermehrung der Flächenausnutzung bzw. Abbau der Mietunterbringung.

Bis zum Einsendeschluss am 15.II.68 wurden 82 Arbeiten eingereicht. Angenommen, dass jeder Entwurf Planungskosten von durchschnittlich DM 5.ooo.- verursacht hat, dann stellt der Ideen-Wettbewerb eine Investition von bald einer halben Million DM dar.

Am Mittwoch, 15.V.68 begann das vom Senat einberufene Preisgericht (Müller & Co, einschl. 1 Studentenvertreter) seine Arbeit.
Am 17.V.68 war die Problematik dieses Wettbewerbes Thema für das Plenum des Seminar 2o (Architektur & Gesellschaft) der Kritischen Universität. Die Diskussion verdichtete sich besonders um die Punkte Ausschreibung und Auslosung (Preisgericht) und erbrachte folgende Feststellungen:

Ausschreibender und Preisgericht sind als homogen anzusehen. Die Kritik an beiden Verfahren betrifft dieselben Tendenzen:

1. Das Ausschreibungsprogramm sieht in der Entwicklung der TU nur die räumlich-technischen Aspekte; die entscheidenden Frage nach dem gesellschaftlichen Selbstverständnis einer technische

Universität werden nicht gestellt. Dadurch wird die Diskussion um die Zukunft der TU einseitig abgeblendet auf die Vermehrung, Umgruppierung und variable Nutzung von Baumassen.

2. Statt dessen muß in geeigneten Medien, deren Auswahl wiederum öffentlicher Kontrolle unterliegt, die Grundlage für "Ideen" und Entscheidungen erarbeitet und dargestellt werden.
Denkbar wäre eine Folge von Seminaren, Kolloquien, Gutachten, als Begleitung oder Vorbereitung eines längeren, intelligiblen Entscheidungsprozesses, z.B. eines mehrstufigen Wettbewerbes mit folgenden Etappen:

2.10 Selbstverständnis der Mitglieder im Bezug auf ihre Universität

2.11 Verhältnis von Gesellschaft und Universität (Kampus-Modell im Gegensatz zu einer in die Stadt integrierten Universität, Beispiel Sorbonne, TU?)

2.12 Klassencharakter der jetzigen Universität, zu zeigen am Beispiel der Auswahl
a) der zum Studium Berechtigten,
b) der Lehrinhalte
c) des Universitätsaufbaues

2.20 Untersuchung über die historische Situation der Universität und Prognose über ihre Veränderung.

2.30 Erarbeitung von alternativen Modellen

2.40 Alternative Funktionsmodelle (Verhältnis von Forschung u. Lehre
a) auf Institutsebene
b) Unter Berücksichtigung der interdisziplinären Forschung).

2.50 Untersuchung der Bausysteme in Bezug auf ihre Eignung, den alternativen Funktionsmodellen zu entsprechen.

2.60 Diskussion der a) städtebaulichen
b) architektonischen
c) konstruktiven Konsequenzen.

Dieser letzte Punkt erst könnte in seinem Programm dem jetzt gelaufenen Wettbewerb entsprechen. Die isolierende Betrachtungsweise des Ausschreibers jedoch liefert sowohl die Wettbewerbsteilnehmer als auch das Preisgericht irrationalen oder disproportionierten Urteilskategorien aus, - wenn nicht sogar partikularer Interessenwahrnehmun

Dies zu diskutieren und zu kontrollieren kommt am
MITTWOCH, 22. Mai 1968 - 17.oo Uhr in das Seminar Ungers, A 701
und zur Pressekonferenz am
FREITAG, 24. Mai 1968 ins Pepper-Zentrum

Fachschaft Architektur
21. Mai 1968

21.05.1968:
An der FU Berlin wurde aufgerufen zur Vollversammlung der Soziologen gegen die Notstandsgesetze (NSG) um 17 Uhr.
Q: FU - IV Soziologie: Kommilitonen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Macht die Universität zum Organ des Klassenkampfes!

21.5.

IV Soziologie

Kommilitonen! Genossen!

Was wollt Ihr gegen den gesellschaftlichen Notstand, der sich in der Selbstentmachtung des Parlaments durch die Notstandsgesetzgebung und deren sozialen Konsequenzen manifessiert, tun? - Welche gesellschaftliche Praxis bleibt für Soziologen in einer Notstandsgesellschaft?
resignieren?
den Widerstand organisieren?

Was wollt Ihr gegen den universitären Notstand unternehmen? gelassen weiter einem fremdbestimmten Studium nachgehen?
Euch selbst organisieren und die Demokratisierung der Universität durchsetzen?

Der universitäre Notstand kann nur zusammen mit dem gesellschaftlichen Notstand aufgehoben werden. Wenn erst Demonstrationen, Streiks etc. mit einem noch härteren Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr (vor Springer-Häusern) unter zentraler Leitung beantwortet wird; wenn die politisch aktiven Studenten und Arbeiter, die jetzt schon auf schwarzen Listen stehen, zur Vermeidung eines Spannungsfalles verhaftet bzw. von den Universitäten verwiesen werden, wird der gegenwärtige schlechte Zustand zementiert und die Opposition gefährlicher. - Immerhin, den Soziologen bleicht ja noch die Möglichkeit, als Sozialingenieure für die Anpasssung an den Notstandsstaat zu arbeiten. -

Wem dies unheimlich ist, der komme am Dienstag, den 21.5.68, um 17.00 Uhr zur VV der Soziologen im HS 101, um über die möglichen Aktionen zur Aufklärung der Kommilitonen und der Bevölkerung über die NOtstandsgesetze, zur Verhinderung der Notstandsgesetzgebung und über die konkreten Möglichkeiten der IV zur Verbesserung der Studiensituation zu beraten!

Verantwortlich:
Barbara Küchler, Christel Bangen

21.05.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 15 (vgl. 9.5.1968, 13.6.1968) heraus.
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 15, Göttingen 21.5.1968

21.05.1968:
In Hamburg soll heute zur Vorbereitung der 3. Lesung der Notstandsgesetze (NSG), laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), das Treffen der studentischen Verhandlungskommission mit dem örtlichen DGB-Vorsitzenden Höhne und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften stattfinden. Diese aber verweigern sich aufgrund des Beschlusses des DGB-Bundesvorstands (vgl. 19.5.1968) der Zusammenarbeit. Daraufhin bildet sich der Hamburger Arbeiter- und Studenten-Ausschuss (HASA), der schon nach zwei Tagen 35 Betriebsräte großer Firmen als Unterzeichner seines Flugblattentwurfs gewinnen konnte und bald 50 Mitglieder umfaßte, die eine Demonstration bzw. später eine Kundgebung für den 28.5.1968 vorbereiten.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 56

22.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das SDS-Flugblatt "Warnstreik am 28. und 29. Mai! Kampfansage an die Herrschenden!" zu den NSG.
Q: SDS: Warnstreik am 28. und 29. Mai! Kampfansage an die Herrschenden!, Heidelberg O. J. (1968)

22.09.68

Warnstreik am 28. und 29. Mai!

Kampfansage an die Herrschenden!

Kommilitoninnen und Kommilitonen,
Der Erlass der Notstandsgesetze ist nicht mehr aufzuhalten. Appelle an ein Parlament, das die Entleerung des bürgerlichen Parlamentarismus durch den Erlass der Notstandsgesetze legalisiert, - Appelle an ein solches Parlament fruchten nichts mehr. Die streikenden Arbeiter und Studenten haben am 15. Mai die Konsequenzen aus dem Scheitern der bisherigen Antinotstandsbewegung gezogen. An die Stelle verbaler Proteste an die Adresse der Herrschenden trat erstmals der Widerstand an der Basis. Dieser Widerstand muß organisiert werden, damit er nicht länger hinter der Beharrlichkeit derer zurück bleibt, die die Unterdrückung wollen und längst vorbereitet haben. Das bedeutet für die oppositionellen Studenten, daß ihr Kampf jetzt solche Aktionen nötig macht, die der Intention auch über den Erlaß der Notstandsgesetze hinausweisen.

Der Sternmarsch nach Bonn am 11. Mai zog den Schlußstrich unter eine ganz bestimmte Phase außerparlamentarischer Strategie. Noch einmal wurde versucht, die Parlamentarier an ihre demokratische Pflicht zu erinnern und auf eine anständige Politik festzulegen. Die außerparlamentarische Aktion blieb insofern auf das Parlament gerichtet und verstärkte damit die Illusionen über das bestehende parlamentarische System statt sie zu durchbrechen. Der Sternmarsch widersprach so der konkreten Analyse der Funktion des Parlaments, die gerade in der Genese der Notstandsgesetze bestätigt wird. Diese wurden bekanntlich im Schoß der staatlichen Bürokratie und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ausgeheckt, um erst dann der Öffentlichkeit vorgelegt zu werden . Dem Parlament war lediglich die Veröffentlichung und Legalisierung zugedacht von Beschlüssen, die im Zusammenspiel von Bürokratie und BDI längst getroffen waren. Zwar führte der außerparlamentarische Protest und die ursprüngliche Ablehnung der SPD zu einem Aufschub dieser Legalisierung, nicht aber zur grundsätzlichen Revision der vorparlamentarischen Entscheidungen. Die antidemokratischen Notstandsgesetze mußten durchgesetzt werden, - aber auf demokratische Weise. Man ließ sich also Zeit, das heißt man verwirrte die Öffentlichkeit durch immer neue Entwürfe, um sie dann mit einem Gesetz zu überraschen, das nicht nur den Notstand, wie schon Schröder sagte, zur Stunde der Exekutive macht, sondern auch dessen Feststellung in die freie Entscheidung unkontrollierbarer Exekutivorgane verlegt (Art. 80a, Abs. 2). Daß die Entscheidung dieser Exekutivorgane nachträglich durch den Bundestag theoretisch aufgehoben werden könnte, kann um so weniger trösten, als eben der Erlaß der Notstandsgesetze eine Entleerung der parlamentarischen Kontrollfunktion voraussetzt, die jedes juridische Kontrollrecht zur politischen Farce macht.

Machte sich so das Parlament selbst zum bloßen Popanz der Bürokratie und deren industriellen Auftraggeber, so haben auch die Notstands gegner auf parlamentarische Illusionen zu verzichten: der politische Betrieb dieses Staates darf nicht länger durch Protestaktionen à la Sternmarsch belebt, sondern muß durch Widerstand an der Basis insgesamt lahm gelegt werden. Solange freilich die Vertretungsorgane der Arbeiter sich weigern aus dem bevorstehenden Erlaß der Notstandsgesetze die Konsequenz zu ziehen, d.h. mit dem politischen Generalstreik auf die offen geplante Gewaltanwendung durch die Herrschenden zu antworten, kann ein Streik der oppositionellen Studenten und Arbeiter lediglich symbolischen Charakter haben, indem er der übrigen Bevölkerung ihre Möglichkeiten vor Augen führt.

Weder der Streik vom Einfzehnten noch der geplante vom 28. und 2
Mai wendet sich an das früher zu Recht unterstellte Gewissen der
Parlamentarier. Vielmehr stellen die derzeitigen Streiks, die
die Herrschenden nicht unmittelbar treffen, die erste Phase
einer neuen Politik der Außerparlamentarischen Opposition dar,
die ihre Illusionen über den bestehenden Parlamentarismus
theoretisch überwunden hat und daraus die praktischen Konsequenz
zieht. In dieser Phase kann die außerparlamentarische Opposition
noch nicht mit der aktiven Unterstützung der Massen rechnet.
Doch müssen diese nun direkt zum Adressaten der jeweiligen Akti
gemacht werden. Das aber heißt, diese Aktionen können sich nicht
mehr an eine abstrakte, unstrukturierte Öffentlichkeit wenden,
wie sie durch Parlament, Presse und Rundfunk repräsentiert wird,
sondern müssen an der Basis , in Betrieben, Schulen und Universi
täten politische Öffentlichkeit erst herstellen, um so die Mögli
keit rationaler Massenaktionen zu schaffen, die das Wechselspiel
von Staatsgewalt (Polizeimaßnahmen, Notstandsgesetze) , gesells
lichem und individuellem Terror(Pressehetze einerseits, Attenta
auf Rudi Dutschke andrerseits) durchbrechen, indem sie die reale
Herrschaftsstrukturen in Frage stellen.

Auf diesem langen Marsch der Politisierung der Massen muß
die außerparlamentarischeOpposition mit Rückschlägen rechnen und
darf sich selbst durch die passive oder aktive Ablehnung potenti
Verbündeter nicht schrecken lassen. Wer die wortlose, aber schre
Juristenmenge bei den Go-ins am 15. Mai, die Diskussionen herst
sollten, erlebt hat, gibt sich über diese Schwierigkeiten keine
Illusion hin.

Immerhin müßte sich auch in Heidelberg eine Mehrheit unter
den Studenten finden, die den Streik aktiv unterstützt und die
beweist, daß die Herrschenden nicht immer die betrffenen Mensch
zum bloßen Material ihrer partikularen Herrschaftsinteressen he
würdigen können.

Die Streiks der Studenten, die zum Teil auch in Deutschlan
schon durch die Arbeiter unterstützt werden, haben exemplarisch
Charakter, weil sie aufzeigen, wie das Übel an der Wurzel zu tr
ist.

Wir sollten auch in Heidelberg ein solches Exempel statuieren.
sollten uns dabei durch die notorischen Helfershelfer der Beste
den Gesellschaft an der Universität, den ADS, nicht verwirren l

KOMMT ZUM GROSSEN TEACH-IN AM FREITAG ABEND, BEI DEM ÜBER
DEN STREIK BERATEN WERDEN SOLL!

Die Studenten müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen,
erst recht, wenn sie mit den Interessen der Mehrheit des Volkes
übereinstimmt.

SDS-Heidelberg

BRECHT DIE MACHT DER NOTSTANDSPLANER!

22.05.1968:
Die Assistentenvertretung der Fakultät III (Architektur) der TU Berlin verfasst eine Stellungnahme zur Neugliederung des Studiums und zu den Berufungen.
Q: TU Arch - Ass.Vertretung: Die bisherige…, Berlin 22.5.1968

ARCHITEKTUR —

Technische Universität Berlin ASSISTENTE
Assistentenversammlung der Fakultät III

—STELLUNGNAH

1. Die bisherige Gliederung der Universität in Fakultäten, Lehrstü
und Institute hat zu einer Erstarrung und Isolierung der nur ne
einander bestehenden Einrichtungen geführt.

2. Das Berufungsverfahren stellt eine zeitraubende Suche nach der
"überragenden Einzelpersönlichkeit " dar. Diese, bisher verlore
Zeit kann bewußt für fruchtbare Experimente genutzt werden.

3. Die Situation auf dem Baumarkt in Berlin wird ohnehin verhinder
bedeutende Architekten und Wissenschaftler nach Berlin zu beruf

4. Die bevorstehende neue Hochschulverfassung für Berlin, die Empf
lungen des Wissenschaftsrates und der Kultusminister der Länder
sowie die Rektorenkonferenz empfehlen die Neugliederung der Uni-
versitäten in Abteilungen und damit eine Neuordnung der Lehre u
aller daran beteiligten.

5. Im Hinblick auf die notwendige Umstrukturierung empfehlen wir,
alle vakanten Stellen im Sinne eines vorerst 2-4jährigen Experi-
ments nicht mehr mit lebenslangen Berufungen zu blockieren,
sondern durch Heranziehung von jungen Wissenschaftlern und
Künstlern zu besetzen.

6. Die einzelnen Teammitglieder erhalten zeitlich festgelegte Lehr-
aufträge. Die Teams sind einer kollektiven Abteilungsleitung
verantwortlich. Sie sind kollegial aufgebaut und zur Kooperatio
innerhalb der gesamten Fakultät verpflichtet.

7. Die Kandidaten, die wir in Vorschlag bringen, sowie diejenigen,
die über die neue Definition des Faches und die Arbeitsweise
informiert werden und daraufhin überprüft werden.

IV

Im Einzelnen sind unsere Vorstellungen zu den Fachbereichen wie
folgt:

Grundlehre:

Im Gegensatz zur traditionellen Grundlehre (ausschließlich Malerei
und Bildhauerei) erfordert die Ausbildung junger Architekten die
Auseindersetzung mit den vielfältigen und aktuellen Strömungen der
Künste.
Diese Aufgabe kann eine einzelne Persönlichkeit nicht bewältigen,
und wir halten deshalb die Vergabe von Lehraufträgen an je einen

Architekten, einen Maler, einen Grafiker, einen Schriftgrafiker und einen Gestaltpsychologen für erforderlich.
Dieses Team hat die Aufgabe, zusammen mit den Studenten, die Basis allen künstlerischen Tuns zu überprüfen. In den für das Experiment zur Verfügung stehenden Jahren könnten die hier formulierten Perspektiven durch praktische Erfahrungen ergänzt und exakter ausgearbeitet werden. Danach wird eine neue Entscheidung fällig.

Personelle Vorschläge:
Holweck, Oskar, Dozent an der Werkkunstschule Saarbrücken,
Buchleiter, Adolf, Dozent an der Werkkunstschule Kassel,
Blasse, Karl Oskar, Professor an der HfbK Kassel.

Baukonstruktion:
Vergabe von fünf Lehraufträgen an junge Konstrukteure, die z.T. als Assistenten die Kontinuität des Fachgebietes garantieren und durch Persönlichkeiten aus den verschiedenen konstruktiven Wissensbereichen ergänzt werden. Das Team muß mit den Lehrstühlen für Entwurf und Tragwerkslehre der Oberstufe kooperieren. Es ist notwendig und wünschenswert, daß die Lehrbeauftragten außerhalb der Hochschule in ihren Berufen weiterarbeiten.

Personelle Vorschläge:
Nerlich, Rolf, Lehrbeauftragter an der TU Berlin,
Groth, O.H., Dipl.-Ing., Architekt, Dortmund,
Henschker, em. Assistent von Professor Henn, Braunschweig,
Woods, Shadrach, Architekt, Berlin,
Schultze-Fielitz, Architekt, Düsseldorf,
Hadtke, Architekt, Duisburg,
von Seidlein, Architekt, Tübingen

Entwerfen:
Vergabe von je fünf Lehraufträgen an junge Architekten und Wissenschaftler. Dabei sollten Assistenten der frei werdenden Lehrstühle ebenfalls angesprochen werden;

Personelle Vorschläge:
Entscheidungstheorie: Prof. Rittel, Berlin, Berkeley
Informationstheorie: Dr. M. Kiemle, Berlin,
Programmiertes Entwerfen: Architekt Kroner, Stuttgart,
ferner unterstützen wir die Kandidaten: Jörn Janssen, Düsseldorf; Burckhardt, Herbst, Gutmann und Gloor, Basel; Neumann und Grötzebach Berlin; Kleihues, Berlin; Uhl, Berlin.

Landschafts- und Gartenplanung:
Auch für diesen Lehrstuhl sollte eine ähnliche Regelung gefunden werden. Wir unterstützen dabei den Kandidaten H.G.Schulten, Berlin Münster.

Berlin, den 22. 5. 68

Dekan: Haschè statt Steak (in Bezug auf Planungstheorie)
Ungers: Keine Lehrstühle unbesetzt
Abschaffung von Ordinarien erst nach Struktur-Anderung
Dübbers: Mittel nicht ausreichend, materielle Sicherung ?
Pieper: theoretisch schön, unpraktikabel
Stark: statt 2 Wochenstunden: 1 Woche pro Monat
Koller: erst mal Kostenrechnung: Honorare in Fa, Genalt in Uni

B e r u f u n g e n

I

I. Lehrstuhl für Freiflächen planung

Nachfolge Hammerbacher

neue Tendenz: Großflächenplanung im Zusammenhang mit der Ausbildung Stadt-und Regionalplanung

Berufungsausschuß der Professoren:

Herukes , Düttmann, Mattern , (Gunkel)

Berufungsgruppe der Studenten:

Wolf Hagen, 1 B 12, Wielandstr. 32

Vorschläge des Berufungsausschusses:

Prof.Grzimek,Kassel)
Bez.Gart.Baurat Czypulowski) haben gelesen 2./3.
Gartenbaudir. Schindler, Berlin) "Grün im Städtebau"
Kreisbaurat Schulz, Oldenburg/Holstein)

Vorschlag der Assistenten:

Schulten, Berlin-Münster (Märk.Viertel)

Vorschläge der Berufungsgruppe:

Schulten

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Klaus Blake

B e r u f u n g e n

II

II. Lehrstuhl für Baukonstruktion

Nachfolge Hermkes

neue Tendenz: Baukonstruktion im Zusammenhang mit der neuen Ausbildung A2 (Arch. und Herstellungstechnik)

Pfarr: Herstellungstechniker aus der Vorfertigungspraxis
Polonyi: Ingenieur-Arch. mit Schwerpunkt evtl. auf Stahlbau.
Hermkes: Architekt-Ing.
Ausschreibung beschlossen, Kurzzeit-Professur erw

Berufungsausschuß der Professoren:

Bressler , Kreuer, Polonyi

Berufungsgruppe der Studenten:

.....

.....

.....

Vorschläge des Berufungsausschusses:

Issler)
Rühle) haben beim Symposion gelesen
Beck)

Frei Otto
Larsson
Naumann
Kiena
Jungbluth

Vorschläge der Assistenten:

Nerlich)
Groth, Dortmund) als Team von Kurzzeit-
Henschker, Braunschweig) Professoren
Schulze-Fielitz)
Radtke)
v. Seidlein, München)

Vorschläge der Berufungsgruppe:

....

Klaus Bl

B e r u f u n g e n

III

III. Entwerfen

ehemaliger Lehrstuhl v.Lotentz

Tendenz: Entwurf mit Planungtheorie
(Entscheidungstheorie, Informationstheorie, Entwurfs
planung, Netzplantechnik)

inhaltliche Klärung wird noch gesucht;

Ausschreibung möglich

Berufungsausschuß der Professoren:

besteht (noch) nicht !

....

Berufungsgruppe der Studenten:

Marc Fester
Jürgen Brandt, 1 B 30, Keithstr. 36 /804

Vorschläge aus der Fakultät:

Janssen
Walther (Eller & Moser)
Brandi
Heinle

Vorschläge der Assistenten:

Rittel
Kiemle
Kroner, Janssen , Gruppe Schwarz,Gutmann,Gloor,
Gruppe Neumann, Grötzebach
Uhl
Käähus

Vorschläge der Berufungsgruppe:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Vlaer Ble

B e r u f u n g e n

IV

IV. Zeichnen und Malen

Nachfolge Pieper

neue Tendenz: Grundlehre
Zusammenarbeit beider Lehrstühle in einem Institut für Darstellungsmethoden

Dozenten aus dem Bereich der reinen Lehrpersonen als Langzeit-Professoren
oder aus dem Bereich praktizierender Künstler als Kurzzeit-Professoren

Berufungsausschuß der Professoren:

Reuter , Düttmann, Haupt

Berufungsgruppe der Studenten:

Christian Carstensen
Hannes Tüllmann

Vorschläge des Berufungsausschusses:

Schlaminger	13.Juni
Schreiter	14.Juni
Pfahler	18.Juni

Vorschläge der Assistenten:

Holweck , [redacted]
Buchleiter
Blase

Vorschläge der Berufungsgruppe:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Vlaam Blad

23.05.1968:
In Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Spontane Selbsttätigkeit - Anfang der Organisation der Arbeiterschaft im Kampf" mit der Einladung zur Kundgebung des SDS und des Aktionskomitee Kampf den Notstandsgesetzen der DGB-Jugend zu den NSG am 27.5.1968 auf dem Marktplatz in Pfaffengrund.

Auf der Rückseite wird der Text von "Die Internationale" abgedruckt.
Q: N. N.: Spontane Selbsttätigkeit - Anfang der Organisation der Arbeiterschaft im Kampf, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

23.05.68

Spontane Selbsttätigkeit - Anfang der Organisation der Arbeiterschaft im Kampf

Die IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt (6000 Mitglieder) ruft zum Streik am Montag, dem 27. Mai, ab 13:00 Uhr auf. Das ist das Ergebnis des Druckes, den die Arbeiterschaft auf die Gewerkschaften ausübt.

Schon am Tag der 2. Lesung der Notstandsgesetze kam es (nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau) in Frankfurt zu Warnstreiks in mehr als 30 Betrieben.
Studenten zogen in der Frühstückspause vor die Tore der Firma Meuser & Co, Hunderte von Arbeitern kamen auf die Straße, diskutierten mit den Studenten und zogen anschließend zu anderen Betrieben. Dort solidarisierten sich die Arbeiter mit den streikenden Kollegen, nachdem sie spontan die Arbeit niedergelegt hatten.
Im Gegensatz zu den streikenden Belegschaften verhielten sich einige Betriebsräte ängstlich. Auf die Frage, ob gestreikt würde, antworteten sie ausweichend: "Der Betreibsrat weiß von nichts." Ihr Verhalten zeigt, daß sie sich noch unter den Zwang des Betriebsverfassungsgesetzes beugen.
Die Arbeiter haben in Frankfurt selbsttätig gehandelt. Sie haben gezeigt, daß sie die Notstandsgesetze als Unterdrückungsmaßnahme des Kapitals erkannt haben.

Was wird in Heidelberg geschehen ?

Der SDS und das Aktionskomitee der Gewerkschaftsjugend gegen Notstandsgesetze rufen zu einer gemeinsamen Kundgebung am Montag um 16:00 Uhr auf dem Marktplatz im Pfaffengrund auf. Dort werden die Arbeiter zusammen mit ihren engsten Kampfgefährten, den politischen Studenten, eine gemeinsame Linie im Kampf gegen den sich allseitig entlarvenden Kapitalismus suchen.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze kann nur geführt werden als Kampf gegen das Kapital.

Widersprüche, die dabei auftreten, können nur mit der Methode der Demokratie, mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und durch die Erfahrung gemeinsamer Praxis gelöst werden.

Das gilt auch für Eure politische Arbeit im Betrieb. Kollegen, die Ihr die Auswirkungen der Notstandsgesetze kennt, wendet diese Methoden auch im Betrieb an und laßt Euch nicht einschüchtern ! Nur auf diesem Weg wird die für den Kampf notwendige Solidarität entstehen.

Kommt am Montag, den 27. Mai um 16:00 Uhr zur Kundgebung auf dem Marktplatz im Pfaffengrund !

Bereitet Euch vor auf die Kundgebung am Mittwoch um 15:00 Uhr auf dem Marktplatz im Pfaffengrund !

Kollegen, geht solidarisch mit denjenigen Betriebsräten

Lied

DIE INTERNATIONALE

Wacht auf Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt
Das Recht wie Glut im Kraterherde,
nun mit Macht zum Ausbruch dringt!
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern,
leer der Sklaven wache auf,
ein Nichts zu sein, trägt es nicht länger,
Alles zu werden, stömt zu Hauf.

:/ Völker hört die Signale
auf zum letzten Gefecht,
die Internationale
erkämpft das MENSCHENRECHT

Es rettet uns kein höheres Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun.
Leeres Wort - des Armen Rechte,
Leeres Wort - des Reichen Pflicht.
Unmündig nennt man uns und Knechte.
Duldet die Schmach nun länger nicht.

:/ Völker hört die Signale
auf zum letzten Gefecht,
die Internationale
erkämpft das MENSCHENRECHT

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partein.
Die Müßiggänger schiebt beiseite,
diese Welt muss unser sein!
Unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der mächt'gen Geier Frass
erst wenn wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!

:/ Völker hört die Signale
auf zum letzten Gefecht,
die Internationale
erkämpft das MENSCHENRECHT!

23.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "An alle Professoren, Dozenten, Assistenten und Mitarbeiter der Universität Heidelberg. Kommilitoninnen, Kommilitonen!" mit der Einladung zur Veranstaltung am 24.5.1968 zu den NSG mit Prof. W. Hofmann (Marburg).

Ein Entwurf des Rechtsausschusses für die 2. Lesung soll beigelegt sein, fehlt bei unserem Exemplar aber.
Q: AStA: An alle Professoren, Dozenten, Assistenten und Mitarbeiter der Universität Heidelberg. Kommilitoninnen, Kommilitonen!, Heidelberg O. J. (1968)

Allgemeiner Studentenausschuss
Universität Heidelberg
Grabengasse 14

23.05.68

An alle Professoren, Dozenten, Assistenten und Mitarbeiter
der Universität Heidelberg.

Kommilitoninnen, Kommilitonen !

Am 15. Mai streikte ein grosser Teil der Mitglieder der Universität, vornehmlich Studenten, gegen die Notstandsgesetze. Sie folgten damit einem Aufruf des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Es streikten aber nicht nur Studenten, auch in einigen Betrieben wurden Warnstreiks gegen die Notstandsgesetze durchgeführt.
Am 15. Mai fand die 2.Lesung dieser wohl schwerwiegendsten Grundgesetzänderung seit Bestehen der Bundesrepublik statt auf Grundlage eines Entwurfs, der den Abgeordneten erst zwei Tage vor der Lesung bekannt gemacht wurde. Obwohl die Diskussion über die Notstandsgesetze nun fast zehn Jahre dauert, war die Unterrichtung der Öffentlichkeit seitens der Regierungen und des Bundestages unzureichend und verwirrend, soweit sie erfolgte, muss sie durch öffentlichen Protest erzwungen werden. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Opposition ausserhalb des Parlaments - die Opposition im Bundestag war schon vor der grossen Koalition faktisch inexistent - wurde durch ständige Änderungen, die aber nur den alten Inhalt in neuen schwer entwirrbaren, juristischen Fussangeln einfingen, bewusst erschwert. Dennoch kann man die Intention der Notstandsgesetze am Verhalten und an den Äusserungen, derer, die sie planten, an den zahlreichen Entwürfen und ihrer Genese, an den schon verabschiedeten sogenannten einfachen Notstandsgesetzen, an dem Skandal um die Schubladengesetze, der von offizieller Seite nie geklärt wurde, und aus dem nun praktisch verabschiedeten verfassungsändernden Notstandsgesetz klar erkennen.
Die Notstandsgesetze sind gerichtet gegen demokratische Opposition, und gegen die arbeitende Bevölkerung, sie begünstigen die grosse Industrie und dienen dem Interesse an einer autoritären, undemokratischen Staatsführung, die sich international in Militär- und Wirtschaftsbündnissen organisiert. Die NATO, deren Pläne und militärisches Potential schon beim Putsch der Obristen in Griechenland zur Beseitigung der Demokratie und zur Etablierung eines Terrorregimes, das seine Gegner foltert und in KZ's deportiert, wird nun auch ins Grundgesetz eingebaut. Nach Art. 80a 2 können Massnahmen auch auf Grund des Beschlusses, die "ein internationales Organ im Spannungsfall anordnet" ergriffen werden, die vom Bundestag n a c h t r ä g l i c h aufgehoben werden können.
Die Studenten haben innerhalb und ausserhalb der Universität seit einigen Jahren kontinuierlich über die Notstandsgesetze und ihre politischen Implikationen aufgeklärt. Wir sind der Meinung, dass die Universität, die sowohl über bessere Informationsmöglichkeiten verfügt als die übrige Bevölkerung, als auch über wissenschaftliche Kriterien verfügen könnte, politische Sachverhalte zu analysieren und kritisch darzustellen, bisher diese Möglichkeit nicht als verantwortliche Aufgabe begriffen hat. Die juristische Fakultät hat zwar an drei informativen Veranstaltungen über die Notstandsgesetze mitgewirkt, ist aber einer politischen Diskussion der Probleme ausgewichen. Insbesondere die letzte Veranstaltung des Rektorats, die von Vertretern der juristischen Fakultät getragen wurde, hatte neben der Aufgabe, über die Notstandsgesetze zu informieren, offensichtlich die Funktion, die Studenten von der politischen Diskussion und der Erörterung über die Möglichkeiten des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze abzuhalten. Der AStA hatte nämlich zum gleichen Zeitpunkt - und einen Tag früher angekündigt als das Rektorat - zu einem teach-in über die Notstandsgesetze und die Organisation des Widerstandes aufgerufen, zu dem nur wenig Professoren erschienen. Die Vertreter der juritischen Fakultät waren offensichtlich nicht bereit, gemeinsam mit dem AStA eine Veranstaltung abzuhalten.

1933 hat sich die Universität ohne nennenswerten Widerstand dem Faschismus übergeben, den sie zum Teil mitvorbereitet hatte. Nach 1945 wurde diskutiert, wie eine Universität beschaffen sein müsse, die sich politisch bewusst verhält und nicht zum Werkzeug und Apologeten einer verbrecherischen und demokratiefeindlichen Politik wird. Die Demokratisierung der Hochschulen

- 2 -

schien damals unerlässliche Voraussetzung für eine politisch verantwortungsbewusste und kritische Universität. Diese Demokratisierung ist bisher nicht erfolgt. Die Professoren stehen dem politischen und demokratischen engagement der Studenten ablehnend, ängstlich oder unverständig gegenüber. Die Professoren und die offizielle Vertretung der Universität sind mit kritischen politischen Stellungnahmen äusserst zurückhaltend, selbst die Stellungnahmen zur Hochschulpolitik, die die Universität ja unmittelbar betrifft, sind ausweichend formuliert und nur ungenügend innerhalb der Universität bekanntgemacht.

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze markiert den Punkt, an dem die d kratische Opposition aus dem Parlament endgültig heraustritt, an den der Bundestag sich als demokratische Institution selbst aufgelöst hat, und an dem die ausserparlamentarische Opposition den Weg vom Protest zum Widerstand gegen eine Entwicklung, die mit der von vor 1933 vergleichbar ist, finden muss. Von dieser Entwicklung ist die Universität, ist die Wissenschaft selbst betroffen. Die Universität ist in eine Gesellschaft integriert, die ihre Zielsetzungen nicht mehr demokratisch bestimmt. Sie muss ihre eigenen Zielsetzungen selbst demokratisch bestimmen, die Verwendung ihrer Ergebnisse selbst demokratisch kontrolieren nach den Kriterien einer Wissenschaft, die der menschlichen und damit politischen Emanzipation verpflichtet ist, wenn sie nicht Instrument der Herrschaft sein möchte. Und sie muss Stellung nehmen gegen gesellschaftliche und politi sche Verhältnisse und Entwicklungen, die die menschliche Emanzipation hindern und unterdrücken, und damit auch die Wissenschaft behinde ihre fortschrittliche Funktion zu erfüllen.

Der Streik der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze unterbricht den herrschenden Wissenschaftsbetrieb, der die politische Funktion der Wissenschaft bisher nicht bewusst wahrgenommen hat. Er gibt den Mitgliedern der Universität die Gelegenheit, unbeschränkt über die politischen Aufgaben der Universität zu diskutieren und über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit des politischen Widerstands sich klar zu werden. Der Hochschulstreik ist zugleich schon eine Massnahme des Widerstandes der Uni versität, die an diesem Tage nur kritisches Wissen und engagierte Wissenschaft vermittelt.

Wir fordern die Professoren auf, mit uns gegen die Notstandsgesetze zu streiken und den regulären Vorlesungsbetrieb ruhen zu lassen. Wir wollen aber auch ganz offen sagen, dass wir nicht bereit sind, hinzunehmen, wen dennoch Vorlesungen und Übungen abgehalten werden. Dann müsste sich der Streik auch gegen die Angehörigen der Hochschule wenden, die sich gegen politische Diskussion stellen und damit verhindern, dass die Universitä bewusst ihre politischen Funktionen im Moment der politischen Bedrohung wahrnimmt. Wir werden nicht passiv hinnehmen, wenn die politische Passivität der Universität die Wissenschaft zum Herrschaftsinstrument verkommen lässt. Wir beanspruchen für uns das Recht auf aktiven Widerstand gegen ei Entwicklung, die die demokratischen Grundlagen der BRD schon weitgehend zerstört hat.
Der Streik der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze anlässlich ihrer dritten Lesung wird auch für die Bevölkerung ein Beispiel ihrer eigenen Möglichkeiten des Widerstands sein. Wir dürfen auch damit rechnen, dass Arbeiter in Betrieben und Schüler in den Schulen streiken. Der allgemein demokratische Widerstand wird die Notstandsgesetze zur stumpfen Waffe derer machen, die sie aus Angst vor der Demokratie gegen die Bevölkerung geschmiedet haben.

Am Freitag, den 24.5. um 20 Uhr spricht Prof. W. Hofmann (Uni Marburg)
über die Notstandsgesetze in der Neuen Universität.

Anlage: Der Entwurf des Rechtsausschusses, der dem Bundestag für die 2. Lesung vorgelegt worden war und die Änderungen, die er in der 2. Lesung erfahren hat. (Seite 8)

23.05.1968:
In Augsburg kommen, laut der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale, sechs Personen (u.a. aus dem DGB KJA), von KPD und deutscher Sektion, sowie zwei aus München zur Besprechung über die Gründung der SDAJ Augsburg (vgl. 4.5.1968, 25.5.1968).
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief, o.O. O. J. (Anfang Aug. 1968)

23.05.1968:
In Berlin erscheint von der SPD Betriebsgruppe Berliner Hochschulen und selbständige Forschungseinrichtungen die 'Innerparteiliche Information' Nr. 4, die sich zum Landesparteitag der SPD gegen die Notstandsgesetze (NSG) ausspricht und daher den Rücktritt des Vorstandes der Betriebsgruppe bekanntgibt.
Q: SPD Betriebsgruppe Berliner Hochschulen: Innerparteiliche Information Nr. 4, Berlin 23.5.1968

SPD -INNERPARTEILICHE INFORMATION

Herausgeber: Vorstand der SPD Betriebsgruppe Berliner Hochschulen
und selbständige Forschungsinstitute

- -

Nr. 4 / 23. Mai 1968

Entschliessung zum 25. Landesparteitag der SPD

Die Berliner SPD verspielt die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik:

1. Die Zustimmung zu den Notstandsgesetzen erfolgte im Widerspruch zu den Beschlüssen der SPD Bundesparteitage in Verhandlungen der Fraktionsvorsitzenden. Die fortdauernde Manipulation der Bundestagsabgeordneten zeugt von mangelndem Vertrauen in die Beständigkeit der gefällten Fraktionsentscheidung. Ein Landesparteitag der SPD, der hierzu nicht Stellung bezieht, ist mitverantwortlich für die Erschütterung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland.
2. Die faktische Eintrittssperre der Berliner SPD gegenüber der kritisch engagierten Jugend, wie sie vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Neubauer proklamiert und von folgsamen Funktionären vollzogen wird, ist ein Verstoss gegen das Parteiengesetz. Wer dazu schweigt, betreibt den politischen Selbstmord der SPD.
3. Die "Maulkorb-Vorlage", die der SPD-Landesausschuss am 20.5. als Antrag zum Landesparteitag beschlossen hat, ist ein Angriff auf die Grundsätze innerparteilicher Demokratie. Hier wird der Versuch unternommen, die Berliner SPD in ein gleichgeschaltetes Instrument autoritärer Vorstandsentscheidungen zu verwandeln.

Diese Politik versperrt der demokratischen Opposition an den Hochschulen den Weg zur verantwortlichen Mitarbeit und treibt sie, wie die Vorgänge der letzten Tage erneut gezeigt haben, in Gegnerschaft zur parlamentarischen Regierungsform. Der Vorstand der SPD Betriebsgruppe an den Berliner Hochschulen und Forschungsinstituten sieht sich ausserstande, diese Entwicklung mitzuverantworten und erklärt daher seinen Rücktritt.

Diese Entwicklung zwingt den Vorstand der Betriebsgruppe Berliner Hochschulen und selbständige Forschungsinstitute zum Rücktritt, damit die zum 11. Juni 1968 einberufene Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe einem neuzuwählenden Vorstand einen neuen Auftrag gibt, um jener Politik der konzeptionslosen Arroganz der Macht wirksam entgegentreten zu können. Der Kampf um die innerparteiliche Demokratie in der SPD bleibt eine wichtige Etappe auf dem Weg zur mündigen Gesellschaft des demokratischen Sozialismus.

gez. Der amtierende Vorstand

23.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den Notstandsgesetzen (NSG - vgl. 30.5.1968):"
In Köln treffen sich am 23. Mai Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter aus ganz NRW. Eine Resolution, in der der DGB aufgerufen wird, die Verabschiedung der NS-Gesetze mit allen erforderlichen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zu verhindern, wird mit großer Mehrheit angenommen."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 9f

24.05.1968:
An der Universität Stockholm besetzten, laut Beata v. Uexküll (vgl. 24.6.1968), 300 Studenten das Studentenhaus aus Protest gegen die Studienreform.
Q: Auditorium Nr. 55, Hamburg Juni/Juli 1968, S. 9

Nicht revidiert

Prof. Dr. Caesar Hagener ist am Pädagogischen Institut in Hamburg tätig. Er beschäftigt sich hauptamtlich mit dem Geschichtsunterricht und der politischen Bildung. Er hat ergo ein ehrenwertes Amt inne. Hagener und zwei Koautoren haben ein Werk herausgegeben: Gemeinschaftskunde, Caeser Hagener, Ludwig Reiners und Eric Roeder, Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1963.

Holzschnittartig-herzig-ungeschickt sind die Illustrationen, der Text nicht minder. Es ist eine friedliche harmonische Welt, die konstruiert wird. Nicht, daß es keine Konflikte gäbe; aber irgendwie lösen sie sich alle wieder auf. Einen Andreas läßt man 1 000 000 Mark finden. Das gibt Anlaß, einiges Kindsgemäße über das Geld zu sagen und über die Inflation zu plaudern. Heute allerdings kann es keine Inflation mehr geben, denn „(E) es bestehen nämlich strenge Gesetze, die verhindern, daß zu viel Geld gedruckt wird."

Ein Strafprozeß findet in diesem Buche trotz schweren Einbruchdiebstahls ohne Verteidiger statt; ein freundlicher Richter, Schöffen mit gesundem Urteil über Recht und Unrecht und ein auf Entlastung eingestellter Staatsanwalt sorgen für gerechte fünf Monate mit Bewährung.

Vollends ungenießbar wird es bei dem Kapitel „Sollen wir streiken?"

Solche Bücher sind keine Besonderheit, es gibt noch schlimmere wie Sand am Meer. Hier ist nur folgendes Faktum interessant: Prof. Hagener hat — wie von unabhängigen Zeugen bestätigt wird — in seinem pädagogisch-politischen Denken eine Wandlung von patriachalisch-reaktionären Vorstellungen zu liberal-fortschrittlichen Denkmodellen durchgemacht. Nicht zuletzt sein Auftreten vor dem Hamburger Bürgerschaftshearing zu Fragen der politischen Bildung beweist das. Er selbst, so hört man, und auch das ehrt ihn, hat sich gelegentlich als „Dutschke des PI" bezeichnet.

Dutschke hat nie solche Werke in Umlauf gesetzt. Das ist vielleicht der Unterschied. Wenn es aber für Hagener und seine Koautoren schon nicht möglich sein sollte, das Frühwerk aus dem Verkehr zu ziehen, dann sollte der Professor an geeigneter Stelle eine Revision seines Standpunktes sichtbar machen und es nicht dem Hintertreppengeflüster überlassen. Solange Caesar Hagener das nicht tut, wird er trotz Wandlung sein eigener Brutus sein. Das ist seine Privatangelegenheit und geht uns im Grunde nichts an. Uns interessiert nur, daß er mit einem solchen Schritt innerhalb der Pädagogik ein Beispiel dergestalt geben könnte, daß verschiedene Kollegen von ihm verschiedene Positionen als überwunden erklären. In den Schulen wird so etwas sonst kaum bekannt.

Richard E. Otto.

Lacherfolge

Am 24. Mai besetzten 300 Studenten ihr Studentenhaus als Protest gegen die von der Universitätsverwaltung geplante Studienreform. Sie hielten die Festung drei Tage lang und benutzten die Zeit zum Diskutieren über Methoden der Revolution, über Marxismus und Maoismus. Dann hatten sie zwar noch viel zu sagen, aber nichts mehr zu essen und räumten das Gebäude. Die Polizei griff nicht ein, hatte aber einen ‚Belagerungsring' um das Haus gelegt. Weitere Aktionen wie ein Protestmarsch durch die Innenstadt, Belagerung der Oper und des Stadttheaters schlugen fehl.

Dieser wenig bemerkenswerte Vorfall ereignete sich an einem bemerkenswerten Ort: in der Hauptstadt jenes Landes, wo angeblich alles erlaubt ist: Schweden.

Die Offiziellen des Landes hoben, wie überall anders auch, ernsthaft den Zeigefinger: Staatsminister Erlander rühmte das Verhalten der Polizei, Erziehungsminister Olof Palme, der noch vor ein paar Monaten an der Spitze der protestierenden Studenten gestanden hatte, erboste sich über ‚krawallmachende Studenten'. Auch ergossen sich Schimpfwortkanonaden über die ‚kleine isolierte Gruppe'.

Kein Zweifel: Schweden fühlte sich gereizt; im ganzen jedoch weniger zum Ärger als vielmehr zum Lachen. Diese Stimmung in der Bevölkerung artikulierte der Journalist Gustav von Platen, der in der Wochenzeitung ‚Veckojournalen' schrieb: „Die jungen Revolutionäre in Schweden erhalten weder die Siegespalme noch die Märtyrerkrone, es gibt eine dritte Alternative: Man lacht sie aus, lächelt und beleidigt sie, indem man sie nicht zu den großen Jungs zählt."

Stockholm ist nicht Paris, ja es ist nicht einmal Bonn oder Berlin. Auch die linken Studenten in Schweden haben noch einen ‚langen Marsch' vor sich, aber sie sind hoffnungsvoll; denn sie erreichten bei den letzten Wahlen zum Studentenparlament gegen das starke Lager der Konservativen recht beachtliche Gewinne.

Dennoch werden sie sich Aktionen einfallen lassen müssen, die statt Lacherfolgen Ergebnisse zeitigen.

Beata v. Uexküll

Bücher: Bei Lucas Gräfe
gegenüber der Mensa

Perversität

Die vom Verfasser gegebenen Definitionen und Beschreibungen der Perversitäten im allgemeinen sind mustergültig, klar und redlich, verankert in einer völlig unangreifbaren ärztlich-ethischen Haltung zu den angeschnittenen Problemen. Er hält daran fest, daß Perversitäten pathologische Phänomene sind, und

Pornographie

seine harte Kritik an anderen sexologischen Verfassern (Kinsey, Ullerstam), die die Perversitäten in Rahmen normalbiologischer Varianten hineinzupressen suchen, erscheint in diesem Zusammenhang relevant und überzeugend. Die Schlußkapitel über Pornographie und die Psychologie der

Entrüstung

Entrüstung sind leicht lesbare, aber gewichtige Essays, die von der umfassenden schöngeistigen Belesenheit und Einsicht des Verfassers geprägt sind. Das Kapitel über die Pornographie kann nicht besser formuliert werden.

Poul M. Faergeman
Perversität, Pornographie
und Entrüstung
170 Seiten, Leinen DM 22,–

Gala

24.05.1968:
In Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Notstand - 2. Lesung" des Arbeiter- und Studentenrat gegen Notstandspläne mit der Einladung zur Veranstaltung um 19 Uhr 30 im Gesellschaftshaus Pfaffengrund.
Q: Arbeiter- und Studentenrat gegen Notstandspläne: Notstand - 2. Lesung, O. O. (Heidelberg) O. J.

(1968)

24.05.68

Notstand- 2.Lesung-- Notstand- 2.Lesung-- Notstand- 2.Lesung

Arbeiter! Angestellte!
Der Notstand steht vor den Werkstoren! Deshalb verhindert:
Daß - durch das Notstandsgesetz (Ergänzung zu Art.9 des Grundgesetzes) das Recht auf politischen Streik unterbunden wird und Arbeitskämpfe um Lohnforderungen von Laune der Regierung abhängig werden.
Daß - darüber hinaus unter dem Vorwand eines Spannungsfalles durch Dienstverpflichtung (Art.12 a des Notstandsges.) und Einberufung aller Männer ab 18 Jahren (Art.12a,3u.5) ein Streik im Keim erstickt wird.
Daß - Frauen von 18-55 Jahren in den militärischen Sanitätsdienst zwangsverpflichtet werden können (Art. 12a, Abs.4)
Daß - die Bundeswehr im Spannungsfall, d.h. auch im Falle eines Streikes gegen die Arbeiter vorgehen und die Fabriken besetzen kann (Art. 87a,Abs.3u.4).

Das schwarz-rote Kartell in Bonn will Euch die Notstandsgesetze unter dem Vorwand verkaufen, dadurch die völlige Souveränität der Bundesrepublik herzustellen.
Aber dies erweist sich als Lüge, denn nach Art. 80a, Abs.3 der Notstandsverfassung kann die Nato unter Ausschaltung des deutschen Parlamentes den Spannungsfall erklären und die oben genannten Maßnahmen gewaltsam durchführen.

Arbeiter von 30 Frankfurter Betrieben haben den antidemokratischen Charakter der Notstandpläne erkannt und sind aus Protest in den Warnstreik getreten.
Solidarisiert Euch mit den Frankfurter Arbeitern!
Diskutiert am Arbeitsplatz über die Notstandspläne und über die Möglichkeiten eines praktischen Widerstandes!
Informiert Euch über die Zusammenhänge zwischen Notstandsplänen und Unternehmensinteressen des Bundesverbandes Deutscher Industrieller!

Deshalb kommt heute um 19.3oUhr ins Gesellschaftshaus, Pfaffengrund!
-- Für demokratischen Sozialismus --
-- Gegen faschistische Notstandsgesetze--

Arbeiter-und Studentenrat gegen Notstandspläne

24.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SDS-Flugblatt "Von der Information zur AKTION" zu den Notstandsgesetzen (NSG) mit der Einladung zum Teach-in um 20 Uhr von AStA und SDS mit Prof. W. Hofmann (Marburg).
Q: SDS: Von der Information zur AKTION, O. O. (Heidelberg) 24.5.1968

SDS

Flugblatt vom 24.5.68

Von der Information zur A K T I O N

1. Grund und Zweck der Notstandsgesetze

Die Notstandsgesetze, die in inhaltlich unveränderter Form in der nächs Woche verabschiedet werden sollen, sind in erster Linie gegen eine Opposition gerichtet, die es in der BRD nicht gibt, eine Opposition aus Studenten, Intellektuellen und der Arbeiterschaft, die sich gegen eine autoritäre Staats- und Wirtschaftsform wendet. Da aber unser Wirtschaftssystem, orientiert am Prinzip des freien Unternehmertums, der anarchischen Konkurrenzwirtschaft und der ökonomischen Abhängigkeit der Massen, nach einer Phase der Rekonstruktion seiner Grundlagen, immer wieder durch sei Eigengesetzlichkeit in Krisen treibt, deren erste seit 45 noch nicht ganz überwunden ist, sind für die Zukunft gedachte Ermächtigungsgesetze nur logisch, wenn sie gegen jene gerichtet werden, die das System ändern wollen, weil die Mechanik des Systems auf ihre Kosten funktioniert.

Daher können Notstandsgesetze, die von den Herrschenden gemacht werden, nicht zur Verhinderung der Folgen der Politik dieser Clique dienen, nicht gegen die Zügellosigkeit der Staatsbürokratie und der Unternehmerkaste wirksam werden, auch nicht gegen die kleine Opposition der Intellektuellen, die zu zerschlagen kein übermässiges Problem darstellen würde, sondern sie müssen Opposition der werktätigen Massen ersticken können, weil nur deren Macht die Macht der gegenwärtigen Herrschaft gefährden kann.

Kampf der Studenten und Professoren gegen solche Gesetze ist also Kampf für die Freiheit des ganzen Volkes, er ist nicht zu verstehen als das Streben für mehr Rechte einer kleinen Gruppe. Studenten und Intellektuel müssen aus der Verantwortung für die bewußt in Unmündigkeit gehaltenen Massen tätig werden, um diese aufzuklären und so die Opposition erst zu einer wirksamen zu machen.

Nachdem die Spitzen der Arbeiterbewegung mitmachen an einer Politik zur Unterdrückung ihrer Anhänger, indem sie die NS-Gesetze nach verbalem Protest hinzunehmen bereit sind, muß die außerparlamentarische Opposition den Kampf aufnehmen durch Arbeit an der Basis, durch Aufklärung derjenigen, denen die Zukunft genommen wird.

2. Die Funktion liberaler Kritik an den Ermächtigungsgesetzen

Die Gesetze sind fertig, ihre 3. Lesung ist eine Formsache, die parlamentarische Kontrolle ist längst zur Komplicenschaft der Auguren geworden, Diskussion über den Inhalt dieser Gesetze wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem

GESPRÄCH ÜBER DAS WETTER VOR DER TÜR?WÄHREND DAS HAUS SCHON BRENN

Wer jetzt über das Für und Wider einzelner Paragraphen zu sprechen gewillt ist, nachdem er Jahre geschwiegen hat, sagt ja zum Abbau noch bestehender Freiheitsrechte, weil er nicht zu denen gehören wird, die davon betroffen sein werden.-Ein verhängnisvoller Irrtum übrigens, denn in einem faschistischen Polizeistaat sind auch seine intellektuellen Spießgesellen gefährdet, da er seine Mitläufer mit hineinziehen wird in die unausweichliche Katastrophe.-

Wer jetzt aus Angst vor den radikalen Konsequenzen, die die Opposition der Studenten aus der Analyse des Bestehenden und Drohenden zieht, sich in die Mauselöcher der Reaktion verzieht in der Hoffnung, durch Mitmache beeinflussen und bessern zu können, der stärkt die Feinde der Demokratie die hierzulande seit eh und je von rechts kommen.

Wenn wir Kritik üben an liberalem Denken, dann an jener Liberalität, die sich zwar unserer Analyse anschliesst, aber immer noch lieber vom Kompromiss redet, als echte Opposition zu unterstützen. Kompromisse kann man nicht mit jenen schliessen, die sie nicht wollen, die ungeschmälert

ihre Freiheit und ihren Profit fordern und durchsetzen durch Unterdrückung der Massen : Unterdrückung durch volksverdummende Massenmedien,und zur Vorsorge für Krisen,in denen der Manipulationsmechanismus versagt,Notstandsgesetze.
Wer aber immer noch nicht erkennen will,daß die Unterdrückung jeder Opposition notwendiger Bestandteil kapitalistischer Krisenwirtschaft ist,daß von der Gefahr des Faschismus nicht geredet werden kann ohne seine Wurzeln im Kapitalismus zu sehen,der sollte immerhin sein Unbehagen über die Entwicklung der BRD zeigen durch Kompromisse mit der Opposition,nicht durch deren Bekämpfung.

3. Opposition durch Verweigerung der Ruhe und Ordnung

Wir waren und sind zu schwach,die Notstandsgesetze zu verhindern,aber wir können und müssen stark genug sein,den Kampf gegen diejenigen aufzunehmen,die diese Gesetze brauchen,um ihre Macht zu sichern.
Der Kampf,das heißt im Moment: Verweigerung der Kollaboration,das heißt massenhaft und öffentlich Unruhe zu schaffen,denn jetzt sind Ruhe und Ordnung unsere Feinde,weil sie die Macht der Mächtigen gewährleisten.
Die Universität muss jetzt zeigen,daß sie die Basis des Fortschritts ist,indem sie die Basis der Unruhe wird.Ungestörter Lehrbetrieb ist fortschrittsfeindlich,wenn er sich nicht stören läßt vom Abbau der Demokratie,soweit sie bei uns verwirklicht war.Daher müssen die nächsten Tage,in denen ein gewisses Interesse in der Öffentlichkeit an den Vorgängen in Bonn besteht,-obwohl es jenen Herren sehr unangenehm ist-genutzt werden zu Tagen offensiver Opposition,darum muß der Warnstreik am 28. und 29.5. auch als Warnung verstanden werden können,und das ist nur möglich,wenn er getragen wird von der Masse der Studenten,Assistenten und Professoren.
Über die Organisation der Unruhe zu diskutieren ist die erste Aufgabe, darum veranstalten AStA und SDS heute abend ein Teach-In ,bei dem

Prof. W. Hofmann (Marburg)

sprechen wird und das den Schritt von der Information zur Aktion einleitet.

HEUTE 20.00 UHR

AStA SDS

TEACH-IN HS 13

24.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "Vollversammlung Beteiligung oder Boykott?" mit der Einladung zur VV zur Grundordnung (GO) am 28.5.1968 um 19 Uhr in der Neuen Aula.
Q: AStA: Vollversammlung Beteiligung oder Boykott?, Heidelberg O. J. (1968)

24.5.68

VOLL-versammlung

331/100/11/1

BETEILIGUNG ODER BOYKOTT ?

Entsprechend § 66 Hochschulgesetz ist eine Versammlung zu wählen, die eine Grundordnung der Universität im Rahmen des baden-württembergischen Hochschulgesetzes berät und beschließt. Diese Versammlung wird aus 22 (=52%) Professoren und je 1o Studenten- und Mittelbauvertretern bestehen (je 24%). Gewählt wird nach einem Listenwahlsystem: Es können beliebig viele Listen aufgestellt werden, auf denen jeweils doppelt soviele Kandidaten vorgeschlagen werden können(2o) wie insgesamt Studentenvertreter (1o) gewählt werden. § 25 der Rechtsverordnung des Kultusministeriums zur Durchführung dieser Wahl sieht vor:
"Die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze werden nach dem Verhältnis der ihnen zugefallenen Gesamtstimmenzahl verteilt. Dabei sind die durch Übernahme eines Bewerbers in einen anderen Wahlvorschlag von diesem erlangten Stimmen mitzuzählen..."
§ 26: "Die bei der Wahl auf die einzelnen Wahlvorschläge ...entfallenen Sitze werden den in den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerbern in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen zugeteilt."
Wird bis zum 19. Tag vor dem vom Rektor festgesetzten Termin (25.Juni ist vermutlich der Wahltag) keine einzige Liste der Studentenschaft eingereicht, findet statt der Verhältniswahl eine Mehrheitswahl statt. Hierbei "erhalten die Bewerber mit den höchsten Stimmenzahlen in der Reihenfolge dieser Zahlen einen Sitz."(§27 RV).
Weder Hochschulgesetz noch Rechtsverordnung sehen irgendeine Kontrolle irgendwelcher Vertreter in dieser GO-Versammlung vor. Die Studentenvertreter können sich völlig von ihrem vorher bekanntgegebenen Programm entfernen und sich als unqualifiziert erweisen; sie haben sich niemals irgendwo zu verantworten; sie müssen keinerlei Informationen verbreiten; und sie können vor allem dennoch nicht zurückgerufen werden, wenn sie nicht mehr das Vertrauen der Studentenschaft besitzen.
Die Intention des Kultusministeriums ist klar: Man will einen "repräsentativen Querschnitt" durch die Studentenschaft als Vertretung für die GO-Versammlung wählen lassen und die progressiven, "radikalen" Gruppen ausschalten, die seit Jahren jene Forderungen der Studentenschaft entwickelt und vertreten haben, auf welche sich inzwischen - zumindest verbal - die Gesamtstudentenschaft geeinigt hat: Drittelparität, Offentlichkeit, Kontrollierbarkeit der studentischen Vertreter, rationale Diskussion.
Außerdem könnten beliebig viele Gruppen, die mit der Parlamentsliste nicht einverstanden wären, eine eigene Liste aufstellen und würden, entsprechend der für sie abgegebenen Gesamtstimmenzahl, jeweils prozentual an der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden.
Wie uneinig die studentischen Delegierten in diesem Gremium auftreten würden, läßt sich hieraus leicht erkennen. Wie wenig ihre Forderungen durchgesetzt werden können, ist gleichfalls offenkundig, zumal sich die Mittelbauvertreter vorläufig noch opportunistisch verhalten und in ihren Vorschlägen denjenigen der Professoren zu entsprechen versuchen!

Andererseits werden in dieser GO-Versammlung schwerwiegende Entscheidungen getroffen: Einführung des Präsidial- oder des Rektoratssystems, die Neugliederung der Fakultäten in Abteilungen, Departments, Fachbereiche usw., die Aufgliederung der Institute und die Besetzung der Institutsorgane, die Wahlverfahren für die Wahl zu den Selbstverwaltungsgremien, die Berufungsverfahen, die Festsetzung der geheimzuhaltenden Beratungsunterlagen usw. und möglicherweise sogar die Form, in der gelehrt werden soll(Umwandlung der Vorlesungen und Seminare)!
Hochschulreform könnte in diesem Gremium also sehr wohl geleistet werden, zumal hier zum ersten Male eine öffentliche Grundsatzdiskussion über die soziale Lage und die Machtpositionen der Ordinarien, über die vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse unter den Mitgliedern der Universität geführt werden könnte.
Diese progressiven und aufklärerischen Möglichkeiten werden der Studentenschaft jedoch genommen, wenn sie sich auf die vom Kultusministerium verordneten Wahlverfahren einläßt, auf diese Weise auch in den Verhandlungen aufgespalten wird, die verschiedenen Vertreter gegeneinander ausgespielt werden.
Würde die Studentenschaft die Wahlen zur GO-Versammlung boykottieren, so hieße das nicht: Ausschaltung aus den Verhandlungen und den Diskussionen in dieser Versammlung. Vielmehr würde sie über die als selbstverständlich vorausgesetzte Öffentlichkeit dieser Kommission und durch ihre eigenen rechtzeitig publizierten Vorschläge für eine künftige Grundordnung die Diskussion und die Entscheidungen - etwa mittels Urabstimmung - effektiver beeinflussen und die Studentenschaft insgesamt am Bewußtwerdungsprozeß beteiligen als es durch das Hineingehen in diese Kommission möglich wäre.

...

Die schwerwiegende Frage, ob die Studentenschaft sich an den Wahlen zur Grundordnungsversammlung beteiligen soll, kann jedoch nicht vom Asta oder Studentenparlament allein entschieden werden. Diese Frage muß massenhaft diskutiert werden, denn schließlich steht gleichzeitig die Frage zur Debatte, ob sich die durch das Hochschulgesetz eingeschlagene reaktionäre Tendenz auch im Bereich der künftigen Grundordnung fortsetzen wird, oder ob mit dem Gerede um die Hochschulreform endlich ernst gemacht wird.
Die Entscheidung, die schließlich getroffen wird, muß die Entscheidung der Gesamtstudentenschaft sein.
Der Asta ruft deshalb alle Studenten auf, an der Studentenschaftsvollversammlung am Dienstag, 28.V. 19 Uhr in der Neuen Aula teilzunehmen, wo die Frage Boykott oder Beteiligung an der Go-Versammlungswahl diskutiert werden wird.

Asta

24.05.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich Ende dieser Woche die dritte Broschüre seiner Schriftenreihe (vgl. 13.5.1968, 14.10.1968) heraus als "Berichte & Dokumente. Paris Mai 68" zu den Maiunruhen in Paris, Frankreich, mit den Artikeln:
- "Der Weg zur Niederlage" aus dem 'Nouvel Observateur' Nr. 183;
- "Leserbrief" aus 'Les Lettres Francaises' No. 1224;
- "Nanterre" aus einem Interview aus 'Les Lettres Francaises' No. 1224;
- "Die Technik der Demonstration" aus dem 'Nouvel Observateur' Nr. 183;
- "Travailleurs, Etudiantes" ein Flugblatt der JCR vom 21.5.1968;
- "L'UNED propose…" ein Flugblatt der Studentengewerkschaft UNEF vom 20.5.1968; sowie
- "Gespräch zwischen J. P. Sartre und D. Cohn-Bendit".
Q: SDS: Berichte & Dokumente. Paris Mai 68, Tübingen 1968

24.05.1968:
Der Landesverband Bayern der Gewerkschaftlichen Studentengruppen (GSG) gibt vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "Streik" mit dem Aufruf zum Generalstreik gegen die Notstandsgesetze (NSG) und zur Demonstration in München am 28.5.1968 heraus.
Q: GSG-LV Bayern: Streik, München O. J. (1968)

STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK

Kolleginnen und Kollegen!

In einigen Tagen wird es zu spät sein. Die Notstandsgesetze werden gegen den Willen der Arbeiter und Angestellten, also gegen den Willen der Mehrheit des Volkes vom Bonner Parlament verabschiedet werden. Regieren werden danach die Unternehmer und Militärs.

Denn, wußtet Ihr schon, daß Ihr bei Anwendung der Notstandsgesetze (und das kann nächste Woche sein)

- solange gegen niedrigen Lohn arbeiten müßt, wie es dem Unternehmer paßt. Und das auch schon in Friedenszeiten.
- dort arbeiten müßt, wo der Unternehmer Euch gerade braucht. Es kann auch in Lagern sein, bei Einheitskleidung, Einheitsfraß und mit Gemeinschaftsunterkünften. Auf alle Fälle weit weg von der Familie. Und das auch schon zu Friedenszeiten.
- nicht kündigen oder den Betrieb wechseln, wie Ihr wollt. Denn im Notstandsfall hat nur noch der Unternehmer zu wollen. Und das auch schon in Friedenszeiten.

In Hessen hat der DGB den Notstandsgesetzen den Kampf angesagt. Die Gewerkschaft Druck und Papier wird ab Montag 13^{00} h gegen die geplanten Diktaturgesetze in den Streik treten! Auch wir müssen Kampfmaßnahmen einleiten, um die dritte Lesung der Notstandsgesetze zu verhindern.

DESHALB FORDERN WIR EUCH AUF:

ÜBT DRUCK AUF DIE GEWERKSCHAFTEN AUS! BERICHTET IHNEN VON DER STREIKBEREITSCHAFT EURER BELEGSCHAFT.

FÜHRT AM MONTAG WARNSTREIKS DURCH!

BILDET IN DEN BETRIEBEN AKTIONSAUSSCHÜSSE, DIE S O F O R T MIT DEN VORBEREITUNGEN FÜR DEN STREIK AB DIENSTAG BEGINNEN!

NUR DIE FESTE ENTSCHLOSSENHEIT DER ARBEITERSCHAFT KANN UNSERE DEMOKRATIE NOCH RETTEN!

Deshalb fordern wir auf:

ICH STREIKE
DU STREIKST

WIR STREIKEN
ALLE STREIKEN

G E N E R A L S T R E I K

Achtung! Am Dienstag findet im Alten botanischen Garten eine Groß-Kundgebung gegen die Notstandsgesetze statt. Anschließend Demonstratio zum Viktualienmarkt

Landesverband der Gewerkschaftlichen Studentengruppen in Bayern
Verantwortlich:Christian Hohoff, 8 München 13, Hess-Str.19/II
Eigendruck im Selbstverlag

STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREIK STREI

24.05.1968:
An der FU Berlin gibt die Studienreformkommission Biologie vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Biologen" heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung über die Notstandsgesetze (NSG) am 27.5.1968.
Q: FU - Studienreformkommission Biologie: Biologen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

27.5.68

B I O L O G E N

Am Mittwoch, d. 29.5.68, wird der Bundestag in dritter Lesung eine Änderung wichtiger Artikel des Grundgesetzes beschließen. Nur 14 Tage nach der zweiten Lesung sollen die Grundrechte der Bürger der Bundesrepublik Deutschland beschnitten werden.

Wir werden daran nichts mehr ändern können. Umso wichtiger aber ist, daß wir uns, wenn auch spät, gemeinsam darüber klar werden, welche Auswirkungen diese Gesetze auf uns haben werden, und wie wir ihnen begegnen können. Es erscheint uns unmöglich, angesichts von Entwicklungen in der BRD, deren vorläufiger Höhepunkt die Notstandsgesetze sind, in unserem normalen Tagesablauf fortzufahren und so zu tun, als sei nichts geschehen.

Wir rufen daher a l l e S t u d e n t e n , D o z e n t e n und die ü b r i g e n A n g e h ö r i g e n der biologischen Institute auf zur

V O L L V E R S A M M - L U N G

am Montag, d. 27.5.68, um 10^{oo} ct., im GROSSEN HÖRSAAL d. I. ZOOL. INST.

Burger (sturekobi)
Dürrenfeld (sturekobi)
Dr. Görner
Prof. Günther
Hamann (Fachschaftsleiter)
Holz (stellv. ")
Jahn (sturekobi)
Jannsen (sturekobi)
Prof. Kümmel
Künne (sturekobi)
Landsberg (sturekobi)
Muthmann (stellv. Fachschaftsleit
Prof. Urich
Dr. Wachmann

sturekobi = Studienreformkommission Biologie

24.05.1968:
An der FU Berlin gibt die AGOSI laut einer handschriftlichen Datierung heute ein Flugblatt zur Gleichschaltung der Deutschen Hochschule für Politik vor 35 Jahren heraus.
Q: AGOSI: Vor 35 Jahren…, Berlin O. J. (1968)

24.5.6

EStOL

Vor 35 Jahren wurde die Deutsche Hochschule für Politik von den braunen Rollkommandos der SA gleichgeschaltet. Heute will die "außerparlamentarische Opposition" mit den gleichen Mitteln das "Otto-Suhr-Institut" erobern. Vergessen sind die Losungen von der "Gewaltlosigkeit", dem Kampf gegen "repressive Strukturen", der herrlichen Demokratie, die man für alle plant. Genau dieselben Leute, die heute morgen noch Mitbestimmung gefordert haben, verbieten jetzt eine Urabstimmung unter der Studentenschaft über die Aktionen des AStA und "vergessen" mit voller Absicht, die Studierenden des OSI zu fragen, ob sie mit der Besetzung des Instituts einverstanden sind.

Ist das Demokratie ? Das ist Faschismus !

Was ist das für eine 'Fachschaft'! Sie muß Institutsfremde holen, um ein 'Abstimmungs'-Ergebnis zu fabrizieren, das den Interessen der Studenten ins Gesicht schlägt. Und die professoralen Berufsprotestierer, deren Stimmen schrill und anhaltend ertönen, wenn es gegen Bonn geht; sie können jetzt auf einmal nicht mehr flüstern und stimmen ihre Lautstärke zu einem unverständlichen Gebrabbel herab.

Wir dürfen nicht zusehen, wie Dummheit und Gemeinheit unsere Universität kaputtmachen. "Einschränkung der Lehrfreiheit,Rollkommandos" vermerkte der ehemalige AStA-Vorsitzende Häußermann unter dem Stichwort KU.

Wir rufen alle Studenten des Otto-Suhr-Instituts auf, in unserer Gruppe mitzuarbeiten und gegen jeden Faschismus zu kämpfen, ob er nun von rechts oder links kommt.
Einzeln wird jeder von uns ohnmächtig bleiben, aber vereint haben wir die Kraft, dem Spuk ein Ende zu bereiten.

AGOSI Arbeitsgemeinschaft am Otto Suhr Institut AGOSI
Verantwortlich Klaus Garnatz, Berlin 47, Bruno Taut Ring 1a

24.05.1968:
Die Fachschaft Architektur der TU Berlin gibt das Flugblatt "Ein Wettbewerb ist Teil eines Planungsprozesses" heraus zum Ausbau der TU.
Q: TU FS Arch: Ein Wettbewerb ist Teil eines Planungsprozesses, O. O. (Berlin) 24.5.1968

Ein Wettbewerb ist Teil eines Planungsprozesses

Der Planungsprozeß beginnt mit objektbezogenen Untersuchungen politischer, soziologischer, psychologischer, pädagogischer, technologischer und organisatorischer Art. Diese Untersuchungen müssen öffentlich diskutiert werden, um alternative Zielvorstellungen zu entwickeln. Diese Zielvorstellungen definieren die Planungsaufgabe.

An dieser Stelle des Planungsprozesses steht der Ideenwettbewerb. Der Ideenwettbewerb zeigt Alternativen der Materialisierung der Planungsaufgabe. Das öffentlich arbeitende Preisgericht misst die Alternativen an den Kriterien der Planungsaufgabe und wählt aus.

An dieser Stelle des Planungsprozesses steht der Bauwettbewerb. Der Bauwettbewerb zeigt Alternativen von Realisationsmöglichkeiten der Ergebnisse des Ideenwettbewerbes.

Haben objektbezogene Untersuchungen stattgefunden? Nein. (Sie liegen angeblich in der Schublade des Oberbaurats Nottmeyer, Sen.f.Bau- u.Wohnungswesen)

Wurden alternative Zielvorstellungen entwickelt? Nein. In der Ausschreibung findet sich als einzige Zielvorstellung für die TU: "In den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1961 sollte die Zahl der Studierenden nicht mehr als 8.91o betragen, sie stieg inzwischen auf ca. 1o.ooo an".

Wurden die Zielvorstellungen öffentlich diskutiert? Nein.

Wurde die Planungsaufgabe definiert? Nein.

Wurde ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben? Ja.

Zeigte der Ideenwettbewerb Alternativen der Planungsaufgabe? Nein. Unmöglich, da die Planungsaufgabe nicht definiert wurde.

Das Preisgericht hatte keine Zielvorstellungen, dementsprechend keine Kriterien für die Beurteilung. Das Preisgericht arbeitete nicht öffentlich. Die Öffentlichkeit konnte durch das Go-in am Freitagabend nur vorübergehend hergestellt werden.

Unter diesen Voraussetzungen ist der nun folgende Bauwettbewerb abzulehnen.

Welche Interessen stehen hinter dieser Verfahrensweise?

Fachschaft Architektur

24.5.1968 12,oo Uhr

24.05.1968:
An der FU Berlin beschließen die Arbeiter und Angestellten des OSI auf ihrer heutigen Betriebsversammlung eine Resolution, die sich gegen die Notstandsgesetze (NSG) ausspricht, aber auch gegen eine Besetzung des OSI, gegen die man mit 40 gegen 4 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Streik beschließt.
Q: FU - OSI: Die Angestellten und …, Berlin 24.5.1968

Die Angestellten und Arbeiter des Otto-Suhr-Instituts haben sich heute auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung mit der jüngsten Entwicklung am Otto-Suhr-Institut befaßt und folgende Resolution beschlossen:

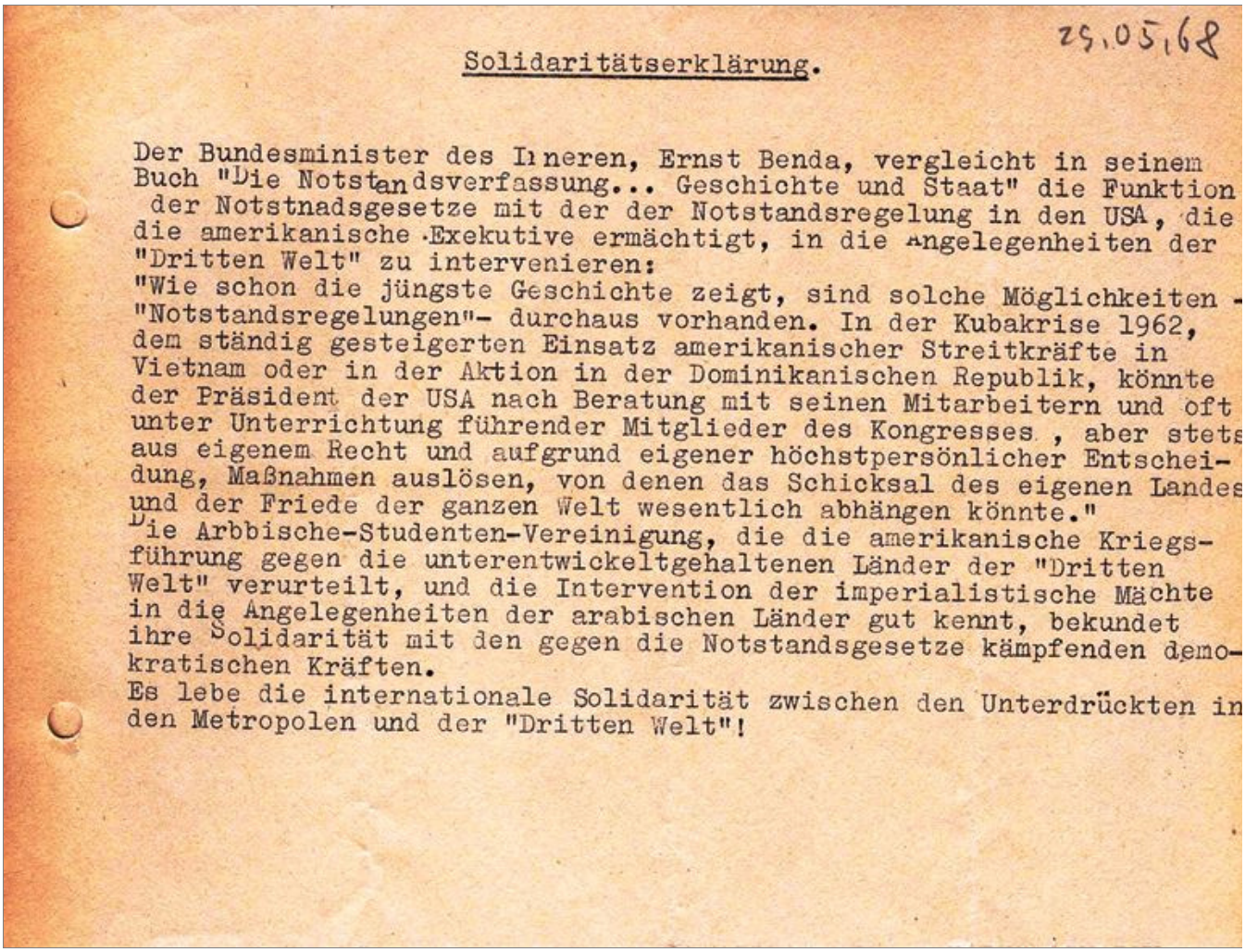
1. Wir begrüßen die Bereitschaft von Dozenten und Studenten, intensiv die Frage der Notstandsgesetzgebung zu diskutieren, und sind bereit, an dieser Diskussion teilzunehmen. Wir haben Verständnis für die Unruhe in den Reihen der Studenten, die durch die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze verstärkt worden ist.

2. Wir wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, das Otto-Suhr-Institut zu besetzen, d.h. durch illegale Aktionen Verwaltungsfunktionen des Instituts zu übernehmen. Wir sehen in solchen Aktionen weder eine angemessene Form der politischen Auseinandersetzung, noch einen geeigneten Beitrag zur Lösung des Problems der Notstandsgesetzgebung.

3. Für den Fall einer Besetzung des Otto-Suhr-Instituts haben wir mit 40 gegen 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen zu streiken.

Berlin, den 24. Mai 1968

25.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, die "Solidaritätserklärung" der Arabischen Studentenvereinigung (ASV) zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: ASV: Solidaritätserklärung, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)



25.05.68

Solidaritätserklärung.

Der Bundesminister des Inneren, Ernst Benda, vergleicht in seinem Buch "Die Notstandsverfassung... Geschichte und Staat" die Funktion der Notstnadsgesetze mit der der Notstandsregelung in den USA, die die amerikanische Exekutive ermächtigt, in die Angelegenheiten der "Dritten Welt" zu intervenieren:
"Wie schon die jüngste Geschichte zeigt, sind solche Möglichkeiten - "Notstandsregelungen"- durchaus vorhanden. In der Kubakrise 1962, dem ständig gesteigerten Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Vietnam oder in der Aktion in der Dominikanischen Republik, könnte der Präsident der USA nach Beratung mit seinen Mitarbeitern und oft unter Unterrichtung führender Mitglieder des Kongresses , aber stets aus eigenem Recht und aufgrund eigener höchstpersönlicher Entscheidung, Maßnahmen auslösen, von denen das Schicksal des eigenen Landes und der Friede der ganzen Welt wesentlich abhängen könnte."
Die Arbbische-Studenten-Vereinigung, die die amerikanische Kriegsführung gegen die unterentwickeltgehaltenen Länder der "Dritten Welt" verurteilt, und die Intervention der imperialistische Mächte in die Angelegenheiten der arabischen Länder gut kennt, bekundet ihre Solidarität mit den gegen die Notstandsgesetze kämpfenden demokratischen Kräften.
Es lebe die internationale Solidarität zwischen den Unterdrückten in den Metropolen und der "Dritten Welt"!

25.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Aufruf zum Hungerstreik" gegen die Notstandsgesetze (NSG), der auf einer Veranstaltung am 26.5.1968, 10 Uhr in der Peterskirche mit Referenten von ESG und LSD beginnen und in der Neuen Universität fortgeführt werden soll.
Q: N. N:: Aufruf zum Hungerstreik, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

25.05.62

AUFRUF ZUM HUNGERSTREIK

Warum sind Heidelberger Studenten bereit, für ihr politisches Engagemant gegen die Notstandsgesetze zu hungern?

Die bundesdeutsche Gesellschaft soll von neuem total registriert und in allen ihren Regungen kontrolliert werden. Wir werden zu einem Volk von Erfaßten. Warum?

1) Die Notstandsgesetzte verbieten das Recht auf politischen Streik, so das entscheidene Kampfmittel gegen den Staatsstreich von oben.

2) Die Notstandsgesetze bestätigen die Machtlosigkeit des Parlaments indem sie die Machtkonzentration (in Parteispitzen, Ministerialbürokraten, Regierung und Nachrichtendienst) im gemeinsamen Ausschuß legalisieren.

3) Die Bundesregierung kann die Bundeswehr im Innern einsetzen: "zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand" der besehenden Herrschaftsverhältnisse oder zur Erhaltung der "Grundordnung", die unter Mißachtung des Grundgesetzauftrages geschaffen wurde..

4) Das Gesetz ist nicht eingegrenzt auf den Kriegsfall, sondern sieht den "Spannungsfall" vor, der von den Teilhabern der Macht (s. u. Gemeinsamer Ausschuß) deffiniert. wird.

5) Die Regelung für einen "inneren Notstand" zeigen die Absicht, einen demokratischen Widerstand mit Mitteln der Gewalt zu begegnen.

6) Mit der Änderung von Art. 91 schafft sich die Bundesregierung neue Vollmachten, um gegen unbotmäßige demokratische Länderregierungen vorgehen zu können.

So bleibt festzustellen: die seit Jahren geäußerten Bedenken von Wissenschaftlern, engagierten Demokraten und Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze sind nicht berücksichtigt worden. Wenn auch nicht zu erwarten war, daß die Parlamentarier der Großen Koalition unsere Bedenken berücksichtigen würden, so hat doch niemand von uns vermutet, daß sie sich so zynisch über unsere Opposition hinwegsetzen würden.

Wir werden dafür sorgen, daß die zur Schau gestellte Sicherheit der Mächtigen ins Wanken gerät. Wenn es jetzt nicht den deutschen Demokraten dämmert, dann dämmert die Demokratie dahin. Nur der geschlosssne Widerstand der oppositionellen Kräfte unseres Landes kann die Zerstörung unseres Grundgesetzes verhindern.

Technische Hinweise S. 2

Der Hungerstreik soll als permanentes Teach-in verstanden werden.
u. a. findet am Sonntag um 16 Uhr in der Peterskirche mit Lehrkräften der Universität eine Diskussion statt.

WANN:

Sonntag, 26. Mai 1968 10 Uhr

WO:

Peterskirche am 26. Mai 1968

Neue Universität am 27. Mai

Wie:

Bringen Sie mit:

1) Warme Kleidung
2) Luftmatratzen
3) Decken
4) Fruchtsäfte
5) Lektüre
6) Nicht zu vollen Magen
7) Farbe, Tusche, Plakatpapier

Referenten der Evangelischen Studentengemeinde (ESG)
Liberaler Studentenbund Deutschland (LSD)

25.05.1968:
Im SDS Heidelberg erscheint ein Mitgliederbrief, der für den 27.5.1968 zur Mitgliederversammlung einlädt und zu den Notstandsaktionen gegen die NSG mobilisiert.
Q: SDS Heidelberg: Mitgliederbrief, Heidelberg 25.5.1968

Ausserordentlicher,wichtiger,bedeutsamer Mitgliederbrief des

S D S vom 25.5.68

Genossen:

Das Teach-In am Freitag abend,das der ASTA und wir veranstalteten, um die Organisation des Streiks vorzubereiten,hat erstmals in HD zu einer Formierung der Rechten gefürhrt,die und während des STREIKS vermutlich ernste OPPOSITION leisten wird,wortlos,aber lautstark. Daher muß die einzuschlagende Taktik am Dienstag undM Mittwoch nochmals detailliert erörtert werden auf einer MV am Montag,die,mit Rücksicht auf die vorher stattfindenden Teach-Ins der Projektgruppen auf 22.3o Uhr einberufen wird ins Mensacafe`!

Teilnahme an der MV sowie am Streik ist nicht nur notwendig für jeden Genossen,sie ist auch angesichts der veränderten Lage durch den Abstimmungserfolg der Reaktion auf dem Teach-in,der einen "gewaltsamen" Streik verhindern soll,eine absolute politische Bedingung jedes weiteren Kampfes an der Hochschule.Die letzten Streikaktionen am 15.5. litten unter mangelnder Einsatzbereitschaft vieler Genossen,die nur durch eine detaillierte Planung der nächsten Tage kompensiert werden kann.Wir bitten also ,uns nicht im Stich zu lassen,sondern den Kampf aktiv und selbsttätig zu unterstützen und schon am Montag an den Aktionen und Teach-Ins der Projektgruppen mitzumachen.

Terminplan MONTAG

6.oo Treffen der Flugblattverteiler Basisgruppe am HORTEN

7.15 Treffen der Flugblattverteiler Schulen an der Buchhandlung BRÄUN

14.3o Uhr Kundgebung in der UNI

15.oo Uhr Demonstration zum Marktplatz Pfaffengrund

16.oo Uhr Kundgebung der Gewerkschaft im Pfaffengrund

2o.oo Uhr Teach-In mit Angestellten der Stadt in der Heuscheuer

2o.oo Uhr Teach-In der Schüler in der Heuscheuer,Obergeschoss

22.3o Uhr MV im Mensacafe

" Nie wieder Faschismus,nie wieder Krieg,
nur der Sozialismus führt uns zum Sieg"!

V e n c e r e m o s

Der Vorstand

25.05.1968:
Die Gründungskonferenz des Landesverbandes Bayern der SDAJ wird, laut der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale, von 42 Delegierten sowie 15 Gästen und Gastdelegierten besucht. Die 80 Mitglieder des Landesverbandes kämen aus den DJG (?), den Elan- und Konkret-Clubs sowie den Resten der FDJ. Sie seien u.a. bei der Bundeswehr in Rosenheim und in landesweiten Führungsgremien der HBV-Jugend tätig.
Q: VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief, o.O. O. J. (Anfang Aug. 1968)

25.05.1968:
Für den RC Westberlin verfaßt Marianne Regensburger den Jahresbericht:"
Die Zahl der Mitglieder des Clubs ist von ursprünglich rund 200 auf etwa 800 gestiegen. Diese Zahl schließt auch die nicht in Berlin lebenden Mitglieder ein."
*Q: RC Westberlin-Marianne Regensburger: Jahresbericht, Berlin 25.5.1968, S. **

27.05.1968:
Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (KfDA) gibt spätestens in dieser Woche die Flugschrift "Sie reden von Vorsorge. Aber: Sie wollen dich an die Kette legen!" zu den Notstandsgesetzen (NSG) heraus. Verbreitet wird diese auch, vermutlich am 29.5.1968, an der Universität Heidelberg.
Q: KfDA:Sie reden von Vorsorge. Aber: Sie wollen dich an die Kette legen!, Offenbach O. J. (1968)

SIE REDEN VON VORSORGE.

ABER:

SIE WOLLEN DICH AN DIE KETTE LEGEN!

WARUM?

Den Planern der Notstandsgesetze geht es nicht um Deinen Schutz, Deine soziale Sicherheit oder um die Verteidigungsbereitschaft in einem Krieg. Es geht ihnen unmittelbar um einen Eingriff in Dein normales, friedliches Leben und Deine Zukunft.

MITTEN IM FRIEDEN

sollen die NS-Gesetze endgültig die Weichen zum Obrigkeitsstaat unter Vorherrschaft industrieller und militärischer Interessen stellen. Sie sollen dazu dienen, Demokratisierung unserer Gesellschaft zu verhindern, indem sie den mündigen und kritischen Bürger, der seine Probleme selbst in die Hand nehmen und selbst mitbestimmen will, im günstigsten Falle nur mundtot machen. Die Notstandsgesetze sollen zum Nutzen der herrschenden Schichten gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt verhindern. Dies erst erklärt den verbissenen Kampf, der seit 10 Jahren um die Durchsetzung dieser Gesetzesvorlagen geführt wird.

EINSATZ DER BUNDESWEHR GEGEN DIE BÜRGER.

Wie sehr die NS-Gesetze auf die Bürger des eigenen Staates zielen, zeigen die wichtigsten Punkte der Gesetzesvorlagen:

- Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis werden praktisch so eingeschränkt, daß jegliche ernsthafte Opposition in Zukunft kontrolliert werden kann. Das ist der Ansatz zum Polizeistaat.
- Die Regierung soll die Bundeswehr im Innern einsetzen können, ohne dabei auch nur den Bundestag fragen zu müssen – eine blanko-Ermächtigung für die Ausschaltung der gewählten Parlamentarier ebenso wie für die Beseitigung politischer Gegner!
- Auch die Freizügigkeit kann die Bundesregierung nach ihren NS-Entwürfen mit sehr fadenscheinigen und dehnbaren Begründungen für unliebsame Bürger einschränken, ohne das Parlament befragen zu müssen. Die Bevölkerung wird durch Wehr-, Grenz- und Zivildienstpflicht schon im Frieden militarisiert. Wer dann noch nicht erfaßt ist, wird zur „Vorbereitung auf Dienstleistungen" zu „Ausbildungsveranstaltungen" dienstverpflichtet. Das alles ohne Bundestag. Zusätzlich kann der Bundestag jederzeit Zwangsverpflichtungen zustimmen. Nach Feststellung des Spannungsfalles (Blokkade der Bild-Auslieferung?) kann die Bundesregierung die Eingriffe auch aus eigener Vollmacht vornehmen – Zwangsverpflichtung wird hier Ansatz für Internierungslager oder Schlimmeres!

- Die Streikfreiheit wird zwar scheinbar zugesichert. In Wirklichkeit kann sie durch Dienstverpflichtung beseitigt werden und im „Spannungsfall" können Polizei und Bundeswehr den Schutz „ziviler Objekte" übernehmen und dann natürlich Streikposten verjagen. Der politische Streik ist bei alledem ohnehin schutzlos gelassen. Und bei welchem Streik könnte man nicht politische Motive vermuten? Das heißt: In einer für die Herrschenden kritischen Situation wird jeder Streik zerschlagen.

- Schließlich kann die Regierung aber auch alle Parlamentarier ausschalten, denn neuerdings soll auch die NATO den Notstand in der Bundesrepublik feststellen können. Der Bundestag hat dann nichts mehr zu sagen. Die gestern noch so teuere Souveränität, die angeblich durch die NS-Gesetze von den Alliierten zurückerworben werden sollte, wird jetzt freiwillig an die NATO abgetreten. Wer fühlt sich da nicht belogen, betrogen und von der Regierung als das „dumme Volk" behandelt.

DIE NOTSTANDS GESETZE RICHTEN SICH GEGEN UNS ALLE.

Die Gewerkschaften haben die gefährliche Bedeutung dieser Gesetzgebung erkannt und lehnen sie deshalb konsequent ab. Sie sagen mit Recht: 20 Jahre Praxis mit dem Grundgesetz haben bewiesen, daß keine zusätzliche Notstandsregelung erforderlich ist. Sie fragen: Wie sollen NS-Gesetze die Demokratie schützen, wenn sie gerade die Demokratie bedrohen? Sie argumentieren: Griechenland dient uns als Warnung dafür, was alles im Rahmen der NATO möglich ist. Einmal 1933 ist genug. Ein Athen in Bonn darf es nicht geben. Aber nicht nur die Gewerkschaften führen diesen Kampf. Im Widerstand gegen die Notstandsplanungen der Bundesregierung bildet sich aus Gruppen der außerparlamentarischen Opposition, Gewerkschaftern, Kirchenvertretern, Professoren, Studenten, Arbeitern, Schriftstellern, Künstlern und vielen Bürgern aus vielen Schichten und Berufen eine große Koalition der Kräfte, die es mit der Demokratie ernst nehmen, die eine Nebenregierung Springer ebenso wenig dulden wollen wie eine Ermächtigung der Regierung durch NS-Gesetze. Die Menschen **dieser** großen Koalition wissen, daß sich der Kampf um Ab- oder Aufbau demokratischer Lebensformen nicht nur im Bereich der Notstandsgesetzgebung abspielt. Er wird in der Sozial-, Kultur- und Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Außen- und Militärpolitik geführt. Er hat nicht begonnen mit den Notstandsgesetzen, er wird auch über sie hinaus weitergeführt werden müssen.

DARUM:

KEINE STIMME FÜR NOTSTANDS BEFÜRWORTER

Demokratie muß immer wieder erstritten und durchgesetzt werden. Die Notstandsgesetze sind ein entscheidender Punkt in diesem Kampf. Hier müssen alle dem Zweck entsprechende Mittel eingesetzt werden. Deshalb rufen wir zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit aller Demokraten gegen die NS-Gesetze. Deshalb mußt Du und jeder andere überall die wirkliche Bedeutung der NS-Gesetze zur Diskussion bringen. Deshalb muß schon heute, rechtzeitig vor den Bundestagswahlen, in aller Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß Demokraten Notstandsbefürwortern keine Stimme geben werden. Wir fordern:

- Ausbau der Demokratie durch Mitbestimmung statt Zerstörung der Demokratie durch Notstandsgesetze!
- Einmal 1933 ist genug – kein Athen in Bonn!
- Keine Stimme für Notstandsbefürworter!

Mit dieser Flugschrift haben wir gesagt, welche Gefahren die Notstandsgesetze für jeden einzelnen und für die Demokratie bedeuten. Doch was können wir tun? Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung arbeitet mit allen demokratischen Mitteln gegen die Notstandsplanungen der Bundesregierung. Wir haben u. a. ein Agitationspaket hergestellt, das Flugblätter und andere Schriften gegen die Notstandsgesetze enthält. Dieses Agitationspaket geben wir gegen eine Beteiligung an den Unkosten von DM 3,– an alle Notstandsgegner. Bestellungen: Kampagne für Demokratie und Abrüstung, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Postscheckkonto 62 55 PSA Ffm. Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach; Druck: Grawo, Offenbach.

27.05.1968:
In Heidelberg ruft ein SDS-Flugblatt "Arbeiter, Angestellte, Beamte der Stadtverwaltung Heidelberg!" auf zur Diskussion über die Notstandsgesetze (NSG) um 20 Uhr in der Heuscheuer, Neckarstaden.
Q: SDS: Arbeiter, Angestellte, Beamte der Stadtverwaltung Heidelberg!, Heidelberg O. J. (1968)

17.05.68

ARBEITER , ANGESTELLTE , BEAMTE der Stadtverwaltung Heidelberg !

Die gegen den Erlaß der Notstandsgesetze streikenden Studenten waren am 15. Mai, dem Tag der 2. Lesung im Bundestag, vor das Rathaus gezogen, und hatten Oberbürgermeister Z u n d e l zu einer Diskussion über die Notstandsgesetze aufgefordert. Sie baten den OB sofort, Sie an dieser Diskussion teilnehmen zu lassen, weil vor allem auch Sie durch die Verabschiedung der Gesetze betroffen werden: Sie werden teilweise die Maßnahmen, die auf Grund dieser Gesetze möglich werden, gegen die Bevölkerung durchsetzen und vertreten müssen. Sie werden den Ärger der Bevölkerung über Notstandsmaßnahmen am eigenen Leib erfahren.

Die Forderung der Studenten, auch die städtischen Bediensteten an der Diskussion teilnehmen zu lassen, mußte der OB ablehnen, er schlug jedoc einen späteren Termin vor. Er selbst, obwohl er die Aktion der Studenten begrüsste, hatte den präzisen Fragen nach seiner eigenen Position nur recht allgemeine Antworten entgegengesetzt. Immerhin betonte er, daß der Einsatz von Bundeswehr gegen streikende Arbeiter für ihn Anlaß wäre, von seinem Widerstandsrecht Gebrauch zu machen. Wir werde ihn möglicherweise an sein Wort erinnern müssen.

Die streikenden Studenten fragten den OB, ob er an einer weiterführend Diskussion zwischen Studenten und städtischen Bediensteten nach Dienstschluß teilnehmen würde, was er grundsätzlich bejahte.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund - Hochschulgruppe Heidelberg - lädt Sie deshalb zu einer Diskussion mit Schülern und Studenten ein, zu der auch der Oberbürgermeister eingeladen wurde.

Heute, MONTAG, 27.5.68 20.00 Uhr in der Heuscheuer - Neckarstaden -

S D S - Heidelberg

27.05.1968:
In Heidelberg erscheint vermutlich heute, das Flugblatt "Streik" des Aktionskomitee Kampf den Notstandsgesetzen zu den NSG, das zum Streik aufruft sowie zum Teach-in am 27.5.1968 um 20 Uhr in der Heuscheuer.
Q: Aktionskomitee Kampf den Notstandsgesetzen: Streik, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

STREIK ' STREIK ' STREIK ' STREIK ' STREIK ' STREIK ' STREIK

Nach neun Jahren Vorbereitung werden nun am 29. 5. entgültig die Notstandsgesetze verabschiedet werden. Während all der Jahre hat die Opposition gegen diese Gesetzesentwürfe sich zu Kundgebungen versammelt, geredet, diskutiert, demonstriert, kurz, alle Register klassischer Aufklärung gezogen. Sie hat die Verabschiedung hinauszögern können, nicht aber verhindern. Ganz im Gegenteil müssen wir heute sehen, dass die Entwürfe in einer Form durchgepeitscht werden, die selbst allen Gepflogenheiten parlamentarischer Demokratie Hohn spricht.
Wir haben einen entscheidenden Fehler gemacht. Wir, die wir rationale Diskussion fordern vor allen unseren Aktionen, wir haben gemeint, auch mit den Notstandsplanern rational diskutieren zu müssen. Wir sind ihnen auf den Leim gegangen, haben vergessen zu fragen, warum sie so willig die Forderungen nach der Auseinandersetzung durch das Argument aufgegriffen haben. Wir haben es uns gefallen lassen, dass diejenigen, die Macht über uns haben, die auszuweisen oder zu rechtfertigen sie von keiner Gruppe oder Institution gezwungen werden können, uns auf das Argument als einziges Mittel politischer Auseinandersetzung festlegen wollen. Die Herrschenden in dieser Gesellschaft bedürfen des Arguments nicht, sie haben die Mittel zu der Praxis in der Hand, die ihre Interessen durchsetzen können und sie wollen gerade deshalb von uns nichts denn Worte hören, können sie doch so einmal ihren demokratischen Anspruch weiter aufrecht erhalten und zum anderen sicher sein, dass wir ihrer regressiven Praxis keine befreiende entgegen setzen können.
Das wird sich ändern! Wir können die Verabschiedung sicher nicht mehr verhindern. Uns bleibt nicht weniger zu tun als

IHRE ANWENDUNG ZU VERHINDERN,

das heisst, wir müssen uns angemessene Formen des zu organisierenden WIEDERSTANDS überlegen.
Das klassische und wirksamste Mittel gegen angemasste Herrschaftsausübung sich zur Wehr zu setzen ist der Streik.
Wer sich heute gegen einen massenhaften Streik an den Schulen wendet, wer heute angesichts der politischen Situation der Bundesrepublik versucht, die politische Aufklärung der Schüler zu verhindern, macht sich zum Handlanger der Bonner Notstandsplaner. Wer heute immer noch an den Schulen eine entpolitisierte Atmosphäre für eine gesunde Arbeitsbedingung hält und sich sein gutes Verhältnis zu Lehrern und Direktion von seiner politischen Ignorenz diktieren lässt, zeigt eben jenes unpolitische Bewusstsein, das sich schon seit jeher zum Steigbügelhalter des Faschismus hergegeben hat. Schliesslich haben sich die Schulen in ihrer pädagogischen Praxis nichtsmehr angelegen sein lassen als funktionsfähige Untertanen zu produzieren.

SCHÜLER, ARBEITER UND STUDENTEN MÜSSEN SICH ZUR AKTIONSEINHEIT ZUSAMMENFINDEN, MÜSSEN SELBSTTÄTIG WERDEN!

Am Tag der zweiten Lesung der Notstandsgesetze hatte sich zum Beispiel in Frankfurt spontan und massenhaft eine Aktionseinheit von Schülern, Arbeitern und Studenten gebildet.

Wenn sie gemeinsam zeigen, dass sie sich den NS-Gesetzen widersetzen, werden es die Notstandsplaner nicht wagen können, die Bestimmungen anzuwenden, die sie am Mittwoch verabschieden können.

Das zeigen die Ereignisse in Frankreich:

Millionen haben protestiert und gestreikt, und die Notstandsvollmachten der Regierung blieben in der Schublade. Die Herrschenden in Frankreich konnten es nicht wagen, angesichts der massenhaften Bewegung diese Gesetze anzuwenden.

Das müssen auch wir erreichen, wenn wir wollen, dass nicht aus irgendeinem vorgeschobenen Grund (z. B. Versorgungsschwierigkeiten, Truppenbewegungen der DDR, "Studentenunruhen", Überschwemmungskatastrophen ect.) der Rest von Demokratie, den es in der BRD noch gibt, vollends abgeschafft wird.

Damit ist gemeint:

Arbeitsdienstverpflichtung (Art. 12 a)
Aufhebung des Brief- Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10
Reisebeschränkung (Art. 11, II)
Lynchjustiz an Oppositionellen (Art. 20, IV)
Ersetzung des Parlaments durch einen Geheimclub, genannt "Gemeinsamer Ausschuss" (Art. 53 a)
Bundeswehr als Bürgerkriegstruppe (Art. 87 a)

und vieles mehr. Und das alles nicht nur im Krieg, sondern auch in einem unklaren Spannungsfall, (Art. 80 a) der von der NATO festgesetzt werden kann.

Das darf nicht geschehen! Das wird nicht geschehen, wenn wir alle gemeinsam den Notstandsplanern zeigen, dass wir uns dies nicht gefallen lassen.

Deshalb dürfen wir Schüler, Arbeiter und Studenten Mittwoch nicht einfach unsere Arbeit tun als würde nichts geschehen. Wir müssen unübersehbar und unüberhörbar Protest einlegen gegen die endgültige Abschaffung der Demokratie.

Die Heidelberger Studenten und viele Arbeiter streiken am Mittwoch

SCHÜLER, SCHLIESST EUCH DIESEM STREIK AN! DISKUTIERT ÜBER DIE NS-GESETZE! ZWINGT EURE LEHRER STELLUNG ZU NEHMEN UND ZU ZEIGEN, OB SIE DEMOKRATEN SIND!

Kommt an

MONTAG, 27. 5. 68 UM 20 UHR

zum TEACH-IN in die "Heuscheuer".

STREIKT! NOCH KANN MAN STREIKEN!!!

Euer demokratischer Protest ist wichtiger als die paar Schulstunden, die Ihr versäumt!!!

Aktionskomitee "Kampf dem Notstand"

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute das AStA-Flugblatt "Antwort des AStA auf den Aushang des Rektors vom 14.5.68" zur Grundordnungskommission.
Q: AStA: Antwort des AStA auf den Aushang des Rektors vom 14.5.68, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Antwort des ASTA

auf den Aushang des Rektors vom 14.5.68

Die Rektoren der westdeutschen Hochschulen haben Anfang Januar in Bad Godesberg erklärt: "Alle Verfahren und Tätigkeiten der Universität müssen nachprüfbar sein; auch durch verantwortliche Selbstkontrolle rechtfertigt sie ihre Autonomie."

Wir begrüßen diese Anerkennung des von den Studentenschaften schon lange geforderten Prinzips der Öffentlichkeit durch Rektoren und wenden uns an Sie, Magnifizenz, angesichts der Tatsache, daß obige Erklärung auch im Namen des Rektors der Heidelberger Universität abgegeben wurde. Sie selbst nannten in Ihrem Kommentar (Mitteilungen Nr. 19) eines der Prinzipien der Rektorenerklärung: "Alle Handlungen der Universität sind übersehbar" und meinten: "Die Erklärung enthält nichts, was nicht bald zu verwirklichen wäre."

In der vorläufigen Grundordnungskommission wurde im vergangenen Semester der Studentenschaft die Öffentlichkeit verweigert. Die "verfaßte Studentenschaft" (Allgemeiner Studentenausschuß) sah sich daher genötigt, die Studentenschaft zur direkten Herstellung der Öffentlichkeit aufzufordern, um die "Tätigkeit der Universität" auf der außerordentlichen Senatssitzung vom 7. Mai bezüglich der Ergebnisse der vorläufigen Grundordnungskommission "nachprüfbar" zu machen und die "verantwortliche Selbstkontrolle" durchzuführen.

Es scheint uns eine irrationale Reaktion zu sein, wenn die verfaßte Professorenschaft (Rektorat) daraufhin die Senatssitzung einfach aussetzt und sich damit der verantwortlichen Selbstkontrolle entzieht. Dieser Vorgang ist den Studenten unverständlich, ist doch die Universität vom Prinzip der Wissenschaft her verpflichtet, gerade auch im eigenen Bereich, unkontrollierte und nicht der kritischen Analyse aller ihrer Angehörigen zugänglichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auszuschalten.

Nur rationale, öffentliche Diskussion und durch Beteiligung der Betroffenen an den Entscheidungen kann die Universität ihrem eigenen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit gerecht werden.

Eine Berufung auf das Hochschulgesetz, das die Nicht-Öffentlichkeit von Senatssitzungen vorsieht, verfängt nicht, da ja die Professoren die Möglichkeit hatten und noch haben, sich dem Kampf der Studenten gegen das Hochschulgesetz anzuschließen.

Wir fordern Sie, Magnifizenz, daher auf, zum baldmöglichsten Zeitpunkt eine ö f f e n t l i c h e S e n a t s s i t z u n g einzuberufen, damit endlich die durch die Maßnahmen des Rektorats gefährdete Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit der Universität hergestellt wird.

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute das AStA-Flugblatt "Vollversammlung", das zu dieser zum Thema Grundordnung (GO) am 28.5.1968 um 19 Uhr einlädt.
Q: AStA: Vollversammlung, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

VOLLVERSAMMLUNG

der Studentenschaft am 20.V.68, 19 Uhr in der Neuen Aula,
zur Klärung der Frage, ob sich die Studentenschaft an den Wahlen zur Grundordnungsversammlung beteiligen soll.

Im letzten Asta-Flugblatt zur Frage Boykott oder Beteiligung an der Wahl zur Grundordnungsversammlung wurde dargestellt, wie das Kultusministeri offensichtlich versucht, durch ein Listenwahlsystem und durch direkte W die Kontrollorgane, wie sie in den Repräsentativgremien der Universität vorhanden wären, auszuschalten. Derartige "direkte Demokratie", die bei fehlenden gleichzeitigen Kontrollmöglichkeiten zur Farce wird, hat den Zweck, alle progressiven Minderheiten innerhalb der Studentenschaft auf ihre numerische Substanz zu reduzieren. Auf diese Weise wird der bewußt ste Teil der Studentenschaft, der die studentischen Forderungen seit Ja ren analytisch vorbereitet, entwickelt und argumentativ vertreten hatte fast völlig ausgeschaltet.
Das Hochschulgesetz, das in § 66 die Erarbeitung einer Grundordnung(Uni versitätssatzung) innerhalb dieses Hochschulgesetzes durch die jeweiligen Universitäten bis zum 1.April 69 fordert, läßt sich in seinen Inten tionen schon durch seine Entstehungsgeschichte näher bestimmen.
Der Regierungsentwurf des Hochschulgesetzes vom Sommer 67 ging sehr kon sequent vom selbstverschuldeten Problem der Überfüllung der Hochschulen aus. Allerdings nicht, um innere Reformen zu legalisieren, sondern um d Überfüllungsproblem rein quantitativ zu lösen. Durch numerus clausus, Zwischenprüfungen, Zwangsexmatrikulation sollten die Studienzeiten drastisch verkürzt werden. Entsprechend dem gleichzeitig vorgelegten Ho schulgesamtplan soll überdies künftig eine Aufteilung der Studierenden Kurz- und Langstudien - Absolventen vorgenommen werden.
Die dadurch neu gewonnen freien Ausbildungskapazitäten bei gleichbleibenden rä lichen und personellen Voraussetzungen sollten für die nächsten Jahre d seit 1945 verursachte Inverstitionslücke und die dadurch entstandene Kr sensituation im Bildungswesen weiter verschleiern und den vom Wissen- schaftsrat empfohlenen und durch die finanzielle Situation in Bund und Ländern begründeten Ausbau- und Umbau - Stop ermöglichen.

Das Hochschulgesetz ist das Notstandsgesetz der Bildungspolitik, der Dahrendorfsche Hochschulgesamtplan seine Durchführung!

Die Proteste und Gegenentwürfe der Studenten zum Regierungsentwurf arti kulierten zumindest indirekt die Absage an derartige technokratisch-re nerische Zwangsmaßnahmen, wenngleich die Stoßrichtung der Proteste nich gezielt genug war, um die Situation exakt genug zu kennzeichnen.
Auf die Proteste der Studentenschaft und auf ihre Gegenvorschläge rea- gierten Landtag und Kultusministerium mit bewährter Verschleierungstak In nichtöffentlichen und außerordentlich unqualifizierten Kommissions- sitzungen(s.Protokolle) wurde das Hochschulgesetz weiter beraten und dem Landtagsplenum zur 2. Lesung(15. und 29.II.68) zugeleitet, der es unter Polizeischutz weiter beraten und später verabschieden mußte.
Unmittelbar vor der 2.Lesung, am 9.Febr. konnten sich die Professoren unserer Universität noch auf den pharisäischen Standpunkt stellen, daß sie wegen des Mangels an Sachkenntnis bezüglich der Bestimmungen des damaligen Entwurfes nicht in der Lage seien, darüber zu diskutieren.
Die Information der Öffentlichkeit wurde vom Landtag so konsequent und bewußt verweigert, daß Kultusminister Hahn die Studentenschaften, die auf vertraulichem Wege zufällig die Bestimmungen etwa eine Woche vor d 2.Lesung kennenlernten, damit diffamierte, daß der Hochschulstreik ge- gen das Hochschulgesetz schon deshalb ungerechtfertigt sei, weil die Studenten ja gar keine Kenntnis von den Bestimmungen des Hochschulge- setzes haben könnten! Die Betroffenen wurden wie bei den Notstands- gesetzen an rechtzeitiger Information gehindert, um dann in ihrem ohnmächtigen und verbalen Protest von den Herrschenden auch noch diffamiert zu werden.

Dauernd informiert waren jedoch Teile der Professorenschaft. Prof.Duden: "Wir hatten ständig Kontakt mit dem Landtag!" Die Professoren lancierten dort, soweit Kultusministerium und Landtagsausschuß die Wünsche der Professoren nicht schon selbständig erfüllt hatten, ihre Forderungen nac Majorität der Professoren in allen Beratungsgremien der Universität, deren sich der Gesetzgeber im Rahmen des Hochschulgesetzes überhaupt annahm. Hierbei wurde ganz eindeutig klar, welche Bündnisse die Herrschenden in Universität und Politik eingehen, um die sozialen und politischen Herrschaftsfunktionen zu bewahren und zu stärken.
Die Auseinandersetzungen an den Universitäten um die Frage der quantitativen Beteiligung der einzelnen Universitätsmitgliedergruppen, vor allem der Studenten, wurde vom Gesetzgeber schnell gelöst, die Professoren vom "Druck der Straße" befreit. Die 19 % Beteiligung der Studentenschaf im Senat und die 24% im Großen Senat haben keinerlei entscheidende Auswirkungen: Beide Organe sind im Vergleich zum Verwaltungsrat unwichtig. Im Verwaltungsrat aber hat nur ein Student beratende Funktion.
Die sehr wichtige Grundordnungsversammlung, in der 24% Studentenvertreter sitzen sollen, gewährleistet gleichfalls eine 52% - Majorität der Professoren, das Wahlsystem außerdem eine diffuse, politisch unwirksame Repräsentanz der Studentenschaft.
Die Beteiligung der Studentenschaft an der Arbeit dieser Grundordnungsversammlung hätte deshalb vor allem die Funktion, die hierarchisch-autoritären Herrschafts-, Einfluß- und Abhängigkeitsverhältnisse an der Universität, wie sie vom Hochschulgesetz gesichert werden, weiter zu stabilisieren und zu legitimieren. Und sie hätte vor allem den Zweck, den studentischen Protest gegen die Verhältnisse an den Universitäten zu paralysieren.

Unter diesen Aspekten ist am Dienstagabend, 19 Uhr, die Diskussion über die Frage der Beteiligung an den Grundordnungsversammlungswahlen zu führen.

Außerdem wird diskutiert werden müssen, ob nicht der Zusammenhang von Notstandsgesetzen und Bildungsnotstandsgesetzen dadurch für alle deutlich gemacht werden kann, daß wir einerseits diese Zusammenhänge aufzudecken suchen in unseren Diskussionsbeiträgen und daß wir andererseits unseren Widerstand gegen derartige Maßnahmen mobilisieren in gemeinsamen Aktionen. Widerstand könnte in dieser Stunde vor allem geleistet werde durch die dauernde Besetzung der Universität.

Asta

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich heute, das SDS-Flugblatt "Radikale Kritik oder liberale Masturbation?" des SDS zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: SDS: Radikale Kritik oder liberale Masturbation?, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

RADIKALE KRITIK ODER LIBERALE MASTURBATION ?

Die Notstandsgesetze haben Gewaltcharakter, und diejenigen, die sie planen, sind zur Gewaltanwendung bereit. Jede sogenannte juristische Fachdiskussion abstrahiert von diesem Sachverhalt und wird gerade in ihrer vorgeblichen Wertfreiheit imminent politisch. Warum verstecken sich die Vertreter der juristischen Fakultät Heidelberg, die zu Genüge als Bastion des Konservatismus bekannt ist, hinter sogenannten Sachdiskussionen und Sachdebatten? Die konservativen Reaktionäre wissen ganz genau, daß sie nur das positive Recht, zumal dasjenige, das die NS-Gesetze darstellen werden, zu rechtfertigen brauchen, um ihrer Ideologie zu frönen. Die konservative Ideologie steckt heute im positiven Recht selber und bedarf nicht mehr, wie noch im 19. Jahrhundert bei Haller, Stahl, usw. aufwendiger philosophischer Begründungen. Die andere Seite der Forderungen nach sogenannten Sachdebatten, die taktische Seite, ist, daß man den gesamten politischen und kritischen Argumentationszusammenhang, der von der außerparlamentarischen Linken in jahrelanger Diskussion aufgebaut worden ist, unterlaufen möchte. Man erweckt den Anschein, als gelte es, vom Nullpunkt anzufangen, und möchte dadurch gzielt die noch nicht in den Kampf gegen die NS-Gesetze integrierten Studenten verwirren.

Die NS-Gesetze zielen auf die gewaltsame Unterdrückung von Opposition im Innern. Da durch den Konzentrationsprozeß der Markt der freien Konkurrenz durch Absprachen der Oligopolisten ersetzt wurde, regelt sich der ökonomische Bereich nach Machtverhältnissen und nicht mehr, wie im liberalen Modell, nach rein ökonomischen Gesetzen. Die Verflechtung des Staates mit der Ökonomie bedeutet, daß im Krisenfall in der Bundesrepublik das Ganze des CDU-Staates gefährdet würde. Genau in diesem Zusammenhang ist die Unterdrückungsfunktion der Notstandsgesetze zu sehen.

Angesichts dieses o b j e k t iv en Zusammenhanges wird jede Kritik, die nicht ausspricht, fragwürdig und gefährlich. Aussprechen dieses Zusammenhanges hat aber zur Konsequenz: Übergang zur strategischen Frage der Organisation des Widerstandes. Alle diejenigen, die sich als NS-Gegner bezeichnen und die Fragen der Widerstandsaktionen ausklammern, machen sich stillschweigend zu Komplicen der in den NS-Gesetzen gesammelten Gewalt. 'Die Waffe der Kritk kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen'. (Karl Marx)

SDS Sandgasse 7

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das HSU-Flugblatt "Aufruf zum Vorlesungsstreik gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze" zu den NSG.
Q: HSU: Aufruf zum Vorlesungsstreik gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, Heidelberg O. J. (1968)

27.05.68

HSU------HSU------HSU------HSU------HSU------HSU------HSU------HSU

AUFRUF ZUM VORLESUNGSSTREIK GEGEN DIE VERABSCHIEDUNG DER NOTSTANDSGESETZE

Kommilitoninnen, Kommilitonen !

Die HUMANISTISCHE STUDENTENUNION HEIDELBERG schließt sich dem Streikaufru des Bundesvorstandes der HSU, des VDS und des AStA der Uni Heidelberg geg die Verabschiedung der Notstandsgesetze an. Die NS-Gesetze in ihrer je zigen Form stellen eine radikale-im wahren Sinne des Wortes "an die Wurze gehende"-Aushöhlung des Grundgesetzes dar. Elementare Grundrechte werden aufgehoben. Die NS-Gesetze sind ein massiver Mißtrauensbeweis der SPDSU gegen die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Krisenze ten, damit sind sie eine glatte Absage an echte Demokratie, die sich gera auch in Krisenzeiten zu bewähren hat. Unter dem Vorwand, Demokratie zu schützen, werden Möglichkeiten ihrer zeitweiligen Abschaffung gesetzlich verankert. Einige Konsequenzen der Notstandsgesetze: KAMPFAUFTRAG der Bundeswehr nach innen, d.h. gegen Angehörige des eigenen Volkes.(Art.87a/4 Bei einer ähnlich schweren innenpolitischen Auseinandersetzung wie in Fran reich hätte unter Beschwörung des "Spannungsfalles" in der BRD längst die BUNDESWEHR eingesetzt werden können. -- FESTSTELLUNG des Notstandes("Span- nungsfall") und Anwendung der NS-Gesetze unter Ausschaltung des Parlaments durch NATO-BESCHLUSS (Art.80a/3)--ZWANGSDIENSTVERPFLICHTUNGEN für Frauen i Verband der Streitkräfte (Lazarette). Durch derartige Zwangsdienstverpflic tungen wird bekanntlich die spontane Bereitschaft zur Hilfe im Keim erstic

Wer garantiert uns, daß nach Art.10/2 die NS-Gesetze nicht als erstes gege die Außerparlamentarische Opposition angewendet werden ???

Die Bundesregierung veröffentlichte am Samstag, den 25.5. in mehreren gro- ßen Tageszeitungen eine ganzseitige Anzeige mit der Aufforderung, ausführ- liches Informationsmaterial über die Notstandsgesetze in Bonn anzufordern. Wer dieses "großzügige" Angebot wahrnahm, hatte die Chance, frühestens Die tag, also einen Tag vor der Verabschiedung der NS-Gesetze, sich über ihren Wortlaut zu informieren. Dieser Zynismus liegt nicht mehr weit von der Auf- forderung entfernt, sich über den Text der NS-Gesetze anhand des neuen GRUNDGESETZES, also nach ihrer Verabschiedung am Mittwoch, zu informieren.

Kommilitoninnen, Kommilitonen !
Wertet die verdächtige Hast, mit der die Notstandsgesetze 3 Wochen vor ihre geplanten Verabschiedung durchgepeitscht werden, als einen Versuch, eine starke Front aller NS-Gegner, die vor allem auch die Gewerkschaften stärker erfaßt hätte, durch Vorziehen des Termins zu verhindern.

Beteiligt Euch am Vorlesungsstreik für Dienstag und Mittwoch als Zeichen Eures Protestes gegen ein fragwürdiges Gesetzeswerk !!!

STREIK----STREIK----STREIK----STREIK----STREIK-----STREIK----STREIK

HUMANISTISCHE STUDENTENUNION HEIDELBERG

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Hungerstreik" unterzeichnet von vierzig Hungerstreikenden gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: 40 Hungerstreikende: Hungerstreik, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

27.05.68

H U N G E R S T R E I K — H U N G E R S T R E I K

Warum Hungerstreik ?????

- Würden Sie es gern sehen, daß Ihre Frau vom Staat zu arbeiten verpflichtet wird? (GG Art. 12a Abs.4)
- Finden Sie es schön, daß Ihr Telephon abgehört und Ihre Briefe geöffnet werden, ohne daß Sie jemals etwas davon erfahren? Und wenn Sie es zufällig erfahren, daß Sie sich dann noch nicht einmal auf dem Rechtswege beschweren können? (GG Art. 10)
- Halten Sie es für richtig, daß Ihr Arbeitgeber Sie von der Arbeit aussperren kann, weil Sie ihm gegenüber Ihre berechtigten Forderungen vertreten haben? (GG Art. 9 Abs. 3)
- Möchten Sie, daß die Bundeswehr gegen demonstrierende Bauern eingesetzt wird, weil Gerüchte im Umlauf sind, daß sie bewaffnet seien? (GG Art. 87a Abs. 4)
- Meinen Sie, daß u.a. die NATO-Länder Griechenland und Portigal darüber entscheiden können, ob bei uns der Notstand herrscht, obwohl diese Länder von Diktatoren beherrscht werden? (GG Art. 80a. Abs. 2)
- Möchten Sie, daß Ihr Bundestagsabgeordneter im Notstandsfall nicht mehr die Arbeit der Regierung kontrollieren kann? (GG Art 53a)

Dies alles werden uns die Notstandsgesetze bringen, die am kommenden Mittwoch vom Bundestag verabschiedet werden sollen.

Weil wir die oben gestellten Fragen mit NEIN beantworten, lehnen wir diese Gesetze entschieden ab.

Mit unserem Hungerstreik, der von Sonntagmittag bis Dienstagmittag geht, wollen wir Sie auf diese Gesetze aufmerksam machen.

DAMIT SIE SPÄTER NICHT SAGEN KÖNNEN, SIE HÄTTEN VON ALLEDEM NICHT GEWUßT !

Noch haben Sie Zeit, gegen diese Gesetze vorzugehen, indem Sie sich an den Aktionen und Demonstrationen der kommenden Tage beteiligen.

Vierzig Hungerstreikende

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das AStA-Flugblatt "Streik. Warum wir zum Streik auffordern!" zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: AStA: Streik. Warum wir zum Streik auffordern!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

27.05.68

STREIK

WARUM WIR ZUM STREIK AUFFORDERN !

Sie möchten mit Ihrem sauer verdienten Auto gerne weiter am Wochenende ins Grüne fahren?

Aber Ihnen könnte morgen ein Brief ins Hause flattern, in dem Sie aufgefordert werden, Ihren Wagen fahrbereit an einer Sammelstelle abzuliefern.

Dies ist nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz vom 24.8.1965 möglich, nach dem die Beschlagnahmung auch privater PkWs zur Vorbereitung und Aufrechterhaltung des "Verteidingsfalles" vorgesehen ist.

Immerhin könnte man ein Wochenende doch auch zuhause im Kreis der Familie verbringen?

Aber Ihnen könnte morgen ein Brief ins Haus flattern, der Sie dazu verpflichtet, schon morgen weitab von zuhause zu arbeiten. Und das nicht einmal in dem Beruf, den Sie erlernt haben.

Dies ist möglich, denn: "für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann ... ein Wehrpflichtiger (und das ist jeder im Alter von 18 - 45 oder sogar bis 60 Jahre, d.V.) in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden. ... Ein Arbeitnehmer (ist) ... auf Verlangen des Arbeitsgebers verpflichtet,

1. in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen,
2. an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen,
3. Arbeits-, Dienst- und Schutzkleidung zu tragen,
4. ärztliche Eingriffe in seine körperliche Unversehrtheit zu dulden, wenn es sich um Maßnahmen handelt, die der Seuchenbekämpfung dienen,"

(Arbeitssicherstellungsgesetzentwurf vom 23.10.1967, § 1, § 31)

Also: nicht nur fremde Arbeit, weitab von zuhause, sondern auch Schlafsäle und Eintopf erwarten Sie. Wenn Sie sich weigern, können Sie bis zu 1 Jahr ins Gefängnis kommen. (§ 32)

Sie meinen, das ist in einer DEMOKRATIE nicht möglich? Da haben Sie noch recht. Denn das Grundgesetz garantiert uns noch Privateigentum, freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes.

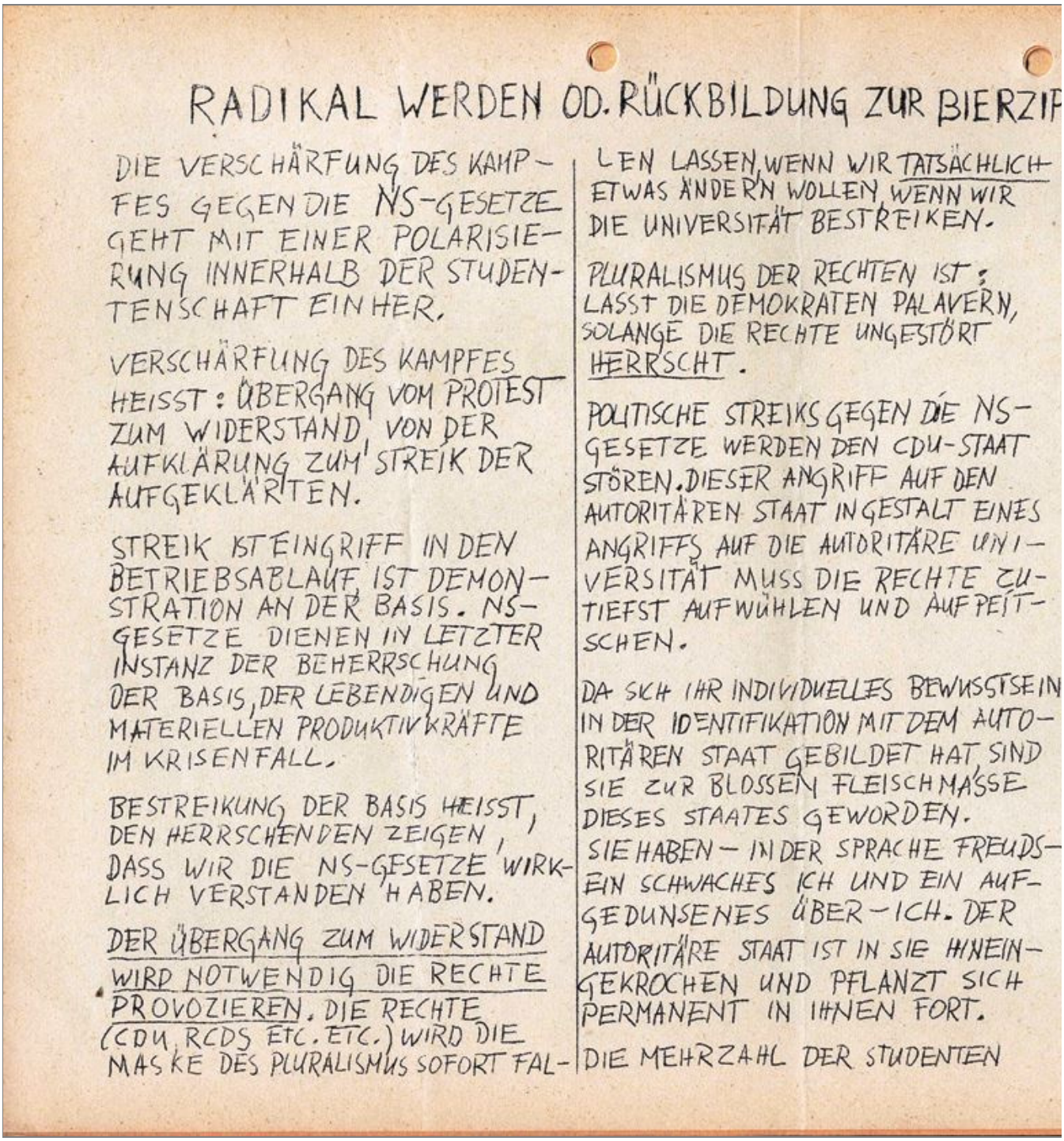
Aber dieses Grundgesetz soll durch eine "Notstandsverfassung" verstümmelt werden. Dann wird die Anwendung dieser Notstandsgesetze möglich sein.

Man versucht uns zu sagen, Notstand, das sei Krieg oder Katastroph Das ist falsch, denn:
" ... die Anwendung solcher Rechtsvorschriften (ist) auch ... auf der Grundlage ... eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages gefaßt wird. " (Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, Art. 80 a, 3)

Das heißt, diese Notstandsgesetze könnten auch dann zur Anwendung kommen, wenn die jeweils herrschende Regierung mit Hilfe einer befreundeten Macht auf Grund irgendeines Bündnisvertrages ihr unangenehme innenpolitische Entwicklungen unterdrücken will.

AStA

27.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das SDS-Flugblatt "Radikal werden od. Rückbildung zur Bierzipfelmentalität" zum Streik gegen die Notstandsgesetze (NSG) mit dem Aufruf zur Demonstration um 14 Uhr 30 ab Uniplatz zur Kundgebung der DGB-Jugend im Pfaffengrund.
Q: SDS: Radikal werden od. Rückbildung zur Bierzipfelmentalität, Heidelberg O. J. (1968)



RADIKAL WERDEN OD. RÜCKBILDUNG ZUR BIERZIP

DIE VERSCHÄRFUNG DES KAMPFES GEGEN DIE NS-GESETZE GEHT MIT EINER POLARISIERUNG INNERHALB DER STUDENTENSCHAFT EINHER.

VERSCHÄRFUNG DES KAMPFES HEISST: ÜBERGANG VOM PROTEST ZUM WIDERSTAND, VON DER AUFKLÄRUNG ZUM STREIK DER AUFGEKLÄRTEN.

STREIK IST EINGRIFF IN DEN BETRIEBSABLAUF, IST DEMONSTRATION AN DER BASIS. NS-GESETZE DIENEN IN LETZTER INSTANZ DER BEHERRSCHUNG DER BASIS, DER LEBENDIGEN UND MATERIELLEN PRODUKTIVKRÄFTE IM KRISENFALL.

BESTREIKUNG DER BASIS HEISST, DEN HERRSCHENDEN ZEIGEN, DASS WIR DIE NS-GESETZE WIRKLICH VERSTANDEN HABEN.

DER ÜBERGANG ZUM WIDERSTAND WIRD NOTWENDIG DIE RECHTE PROVOZIEREN. DIE RECHTE (CDU, RCDS ETC. ETC.) WIRD DIE MASKE DES PLURALISMUS SOFORT FALLEN LASSEN, WENN WIR TATSÄCHLICH ETWAS ÄNDERN WOLLEN, WENN WIR DIE UNIVERSITÄT BESTREIKEN.

PLURALISMUS DER RECHTEN IST: LASST DIE DEMOKRATEN PALAVERN, SOLANGE DIE RECHTE UNGESTÖRT HERRSCHT.

POLITISCHE STREIKS GEGEN DIE NS-GESETZE WERDEN DEN CDU-STAAT STÖREN. DIESER ANGRIFF AUF DEN AUTORITÄREN STAAT IN GESTALT EINES ANGRIFFS AUF DIE AUTORITÄRE UNIVERSITÄT MUSS DIE RECHTE ZUTIEFST AUFWÜHLEN UND AUFPEITSCHEN.

DA SICH IHR INDIVIDUELLES BEWUSSTSEIN IN DER IDENTIFIKATION MIT DEM AUTORITÄREN STAAT GEBILDET HAT, SIND SIE ZUR BLOSSEN FLEISCHMASSE DIESES STAATES GEWORDEN. SIE HABEN – IN DER SPRACHE FREUDS – EIN SCHWACHES ICH UND EIN AUFGEDUNSENES ÜBER-ICH. DER AUTORITÄRE STAAT IST IN SIE HINEINGEKROCHEN UND PFLANZT SICH PERMANENT IN IHNEN FORT.

DIE MEHRZAHL DER STUDENTEN

27.05.1968:
In Heidelberg erscheint das SHB-Flugblatt "Bürger! Spd-Wähler! Spd-Mitglieder!" zu den Notstandsgesetzen (NSG) mit dem Aufruf zur Kundgebung der DGB-Jugend um 16 Uhr auf dem Marktplatz Pfaffengrund.
Q: SHB: Bürger! Spd-Wähler! Spd-Mitglieder!, Heidelberg O. J. (1968)

27.05.68

Bürger!

Spd-Wähler!

Spd-Mitglieder!

Am 15.Mai 1968 fand die zweite Lesung der Notstandsverfassung im Bundestag statt. Am 29.Mai - genau 14 Tage später - will der Bundestag endgültig über Gesetze beschließen, deren Inkrafttreten das Ende der Demokratie bedeuten muß.

Wir fragen: Warum diese Eile?

Bereits die zweite Lesung wurde so kurzfristig angesetzt, daß die SPD-Fraktion im Bundestag bis zum vorgesehenen Sitzungsbeginn des Bundestages ihre Beratungen nicht abschließen konnte. Es blieb nicht einmal Zeit, die endgültige Gesetzesvorlage der Regierungsfraktionen der CDU/CSU und SPD wie sonst üblich bis zur 3. Lesung zu drucken - sie wird den Abgeordneten als hektographiertes Manuskript auf den Tisch gelegt werden. Während sich sonst Regierung und Parteien selbst bei unwichtigen Gesetzen Monate oder sogar Jahre Zeit lassen, wird die entscheidendste Verfassungsänderung in der Geschichte der BRD in Windeseile durchgepeitscht.

Die Notstandsgesetze sollen schnell über die Bühne, weil:

- die Parteien Zeit gewinnen wollen bis zur nächsten Bundestagswahl - man hofft, daß bis dahin der Protest vergessen ist.
- der Widerstand der Arbeitnehmer gegen die unsoziale Wirtschaftspolitik der Großen Koalition, der in der Wirtschaftskrise des letzten Jahres zum Ausdruck kam, bei einer nächsten Wirtschaftskrise im Keim erstickt werden soll.

Die Notstandsgesetze schaffen die Voraussetzungen dafür, daß

- Männer und Frauen vom 18.-65. Lebensjahr schon in Friedenszeiten zwangsverpflichtet werden können. Damit kann jeder Streik unterbunden werden, sobald die Regierung einen Vorwand findet, ihn als "Gefahr für die innere Sicherheit" auszugeben. Gleichzeitig wird das Recht der Arbeitgeber auf Aussperrung ohne Einschränkungen verfassungsmäßig gesichert.
- politische Streiks - die stärkste Waffe zum Schutz der Demokratie - auf jeden Fall verboten und sogar durch Einsatz der Bundeswehr verhindert werden können.
- die Bundeswehr im Innern auf Beschluß der Bundesregierung ohne Zustimmung des Bundestages eingesetzt werden kann. Auch eine nachträgliche Aufhebung dieses Beschlusses durch den Bundestag kann das durch den Einsatz angerichtete Unheil nicht wieder ungeschehen machen.
- Telefone abgehört und Post geöffnet werden, ohne daß es den Betroffenen mitgeteilt werden mußte oder ihnen gar ein Einspruch möglich wäre.

Die Möglichkeit, Bundeswehr im Innern einzusetzen, widerspricht direkt den erst zwei Monate alten Beschlussen des Nürnberger Parteitages der SPD.

→

Wir fragen:

Was hat die SPD getan, um eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit über diese Verfassungsänderungen, die die Freiheit aller Bürger unseres Staates bedrohen, herbeizuführen?

In den wenigsten Unterorganisationen haben vor der 2.Lesung ausführliche Diskussionen der Notstandsgesetze stattgefunden. Die SPD-Abgeordneten im Bundestag haben sich mit ihren Mitgliedern und Wählern nicht beraten, ehe sie ihre schwerwiegende Entscheidung, der Notstandsvorlage zuzustimmen, getroffen haben. Die SPD-Fraktion im Bundestag stimmte sogar geschlossen gegen den Antrag der FPD, über die Verfassungsänderungen namentlich abzustimmen. Sie verhinderte so, daß Wähler und Mitglieder auch nur erfahren könnten, wie ihre Abgeordneten gestimmt haben.

Wir stellen fest:

Einschneidende Verfassungsänderungen werden nicht vor der Öffentlichkeit im Parlament diskutiert, sondern hinter verschlossenen Türen beschlossen und möglichst schnell unter Anwendung des Fraktionszwangs im Bundestag durchgepeitscht. Die SPD beugt sich in der Frage der Notstandsgesetze dem Druck der CDU, um die Große Koalition zu retten, und verzichtet gleichzeitig darauf, die für die Arbeitnehmer entscheidende Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung durchzusetzen. Sie fördert nicht die Demokratie, sondern hilft sie zerstören.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze und gegen das Verhalten der SPD hat begonnen.
Der Sternmarsch auf Bonn, Proteste von SPD-Bezirken und Warnstreiks in Betrieben im ganzen Bundesgebiet haben gezeigt, daß Arbeitnehmer, Studenten und Professoren nicht bereit sind, sich widerspruchslos der Zerstörung unserer Demokratie zu beugen.

Wir fordern auf:

- Arbeitnehmer und Studenten, vereinigt Euch! Kämpft gegen dieses neue Ermächtigungsgesetz! Streikt in den Betrieben und in den Universitäten!
- Jeder SPD-Bundestagsabgeordnete, vor allem jeder Gewerkschaftler im Bundestag, muß zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er diesem Gesetz zustimmt. Die Mitglieder des SPD-Unterbezirks München haben ihren Abgeordneten bereits angekündigt, sie nicht mehr als Kandidaten für die nächste Wahl aufzustellen, wenn sie der Notstandsverfassung ihre Zustimmung geben. Ihr Beispiel muß Schule machen!

  Fordert Euren Abgeordneten auf, gegen die Notstandsgesetze zu stimmen!

STREIKT? STREIKT, SOLANGE IHR ES NOCH KÖNNT! STREIKT!

Heute:

Kundgebung auf dem Marktplatz Pfaffengrund um 16.00

Sozialdemokratischer Hochschulbund Heidelberg (SHB)

27.05.1968:
In Mannheim erscheint vermutlich heute ein von fünf Berufstätigen unterzeichnetes Flugblatt "Sie möchten mit Ihrem sauer verdienten Auto gerne weiter am Wochenende ins Grüne fahren?" zu den Notstandsgesetzen (NSG), das vermutlich auch in Heidelberg verbreitet wird.
Q: Bley, V. u.a. Sie möchten mit Ihrem sauer verdienten Auto gerne weiter am Wochenende ins Grüne fahren?, Mannheim O. J. (1968)

Sie möchten mit Ihrem sauer verdienten Auto gerne weiter am Wochenende ins Grüne fahren?

Aber Ihnen könnte morgen ein Brief ins Hause flattern, in dem Sie aufgefordert werden, Ihren Wagen fahrbereit an einer Sammelstelle abzuliefern.

Dies ist nach dem Verkehrsicherstellungsgesetz vom 24. 8. 1965 möglich, nachdem die Beschlagnahmung auch privater PKWs zur Vorbereitung und Aufrechterhaltung des " Verteidigungsfalles " vorgesehen ist.

Immerhin könnte man ein Wochenende doch auch zuhause im Kreis der Familie verbringen?

Aber Ihnen könnte morgen ein Brief ins Haus flattern, der Sie dazu verpflichtet, schon morgen weitab von zuhause zu arbeiten. Und das nicht einmal in dem Beruf, den Sie erlernt haben.

Dies ist möglich, denn: " für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann ... ein Wehrpflichtiger (und das ist jeder im Alter von 18 - 45 oder sogar bis 60 Jahre, d.V.) in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden. ... Ein Arbeitnehmer (ist) ... auf Verlangen des Arbeitsgebers verpflichtet,
1. in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen,
2. an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen,
3. Arbeits-, Dienst- und Schutzkleidung zu tragen,
4. ärtlicher Eingriffe in seine körperliche Unversehrtheit zu dulden, wenn es sich um Massnahmen handelt, die der Seuchenbekämpfung dienen. "

(Arbeitssicherstellungsgesetzentwurf vom 23. 10. 1967, § 1,§ 31)

Also: nicht nur fremde Arbeit, weitab von zuhause, sondern auch Schlafsäle und Eintopf erwarten Sie. Wenn Sie sich weigern, können Sie bis zu 1 Jahr ins Gefängnis kommen. (§ 32)

Sie meinen, das ist in einer DEMOKRATIE nicht möglich? Da haben Sie noch recht. Denn das Grundgesetz garantiert uns noch Privateigentum, freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes.

Aber dieses Grundgesetz soll durch eine " Notstandsverfassung " verstümmelt werden. Dann wird die Anwendung dieser Notstandsgesetze möglich sein.

Man versucht uns zu sagen, Notstand, das sei Krieg oder Katastrophe. Das ist falsch, denn:
" ... die Anwendung solcher Rechtsvorschriften (ist) auch ... auf der Grundlage ... eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages gefasst wird. "(Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, Art. 80 a,3)

Das heisst, diese Notstandsgesetze könnten auch dann zur Anwendung kommen, wenn die jeweils herrschende Regierung mit Hilfe einer befreundeten Macht auf Grund irgendeines Bündnisvertrages ihr unangenehme innenpolitische Entwicklungen unterdrücken will.

Der Notstand um den es hier geht, wäre also dann nicht ein Notstand des Volkes,sondern ein Notstand der Herrschenden. Die Notstandsgesetze sollen den Schutz des einzelnen Bürgers vor Willkürmassnahmen, den das Grundgesetz bietet, schwächen oder sogar aufheben.

V. Bley (Geigenbauer) H. Frost (Kindergärtnerin)
T. Reichert (Kindergärtnerin) B. Violet (Hauptlehrerin)
M. Geib (Kauf. Angest.) 68 Mannheim - Rheinau, Karlsruher Str. 34

27.05.1968:
Der AStA der Universität Tübingen gibt vermutlich noch heute oder morgen früh das Flugblatt "Notstand-Streik" heraus, zum Beschluß der Uni-VV vom 27.5.1968 mit ca. 3 000 Studenten, vom 28.5. bis 30.5.1968 gegen die Notstandsgesetze (NSG) zu streiken."
Q: AStA: Notstand-Streik, O. O. (Tübingen) O. J. (1968)

AS A AStA AStA AStA AStA AStA AStA AStA AStA

NOTSTAND-STREIK

Die Vollversamllung der Studentenscheft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen hat mit einer Beteiligung von ca. 3000 Studenten am 27. 5. 68 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Studentenschaft der Eberhard_Karls-Universität spricht sich anläßlich der dritten Lesung der Notstands-Gesetze für einen Streik aus.

2. Gestreikt wird von Dienstag, 28. 5. 68 bis einschließlich Donnerstag, 30. 5. 68. Am Donnerstag abend beschließt eine Vollversammlung über die Fortführung des Streiks.

Die Universitäts-Bibliothek wird ebenfalls bestreikt.

4. Es werden Streikposten eingesetzt (laut Abstimmung durch Hammelsprung mit dem Ergebnis von 1313 Ja- und 1220 Neinstimmen. Die Streikposten haben die Aufgabe, die Einhaltung des Streikbeschlusses, d. h. das Nichtstattfinden des Vorlesungsbetriebes mit den Mitteln des passiven Widerstandes (z. B. Sitzstreik) ohne körperliche Gewaltanwendung gegen Streikbrecher zu garantieren.

5. Die Studentenschaft bittet den Rektor, für Dienstag oder Mittwoch (unverzüglich) den Kleinen Senat einzuberufen. Der Kleine Senat möge einen Beschluß dahingehend fassen, daß Studenten, die Vorlesungen, Seminaren etc. fernbleiben, keine Nachteile entstehen.

Die Beschlüsse der Studenten-Vollversammlung sind für die Studentenschaft und für den AStA bindend (§ 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Studentischen Selbstverwaltung)

27.05.1968:
In München ruft die Aktion Demokratische Universität (ADU) mit einem Flugblatt "Sicherstellungsbescheid" zur Kundgebung gegen die Notstandsgesetze (NSG) am 28.5.1968 auf.
Q: ADU: Sicherstellungsbescheid, München 27.5.1968

LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN
Amt für öffentliche Ordnung

- Sicherstellungsamt -

AZ Si 1784/66 27.5.1968

Sicherstellungsbescheid

Nachdem die Bundesregierung gemäß § 6 Abs.2 Ziff.3 VerkSichStG festgestellt hat, daß diese Maßnahmen zur beschleunigten Herstellung der Verteidigungsbereitschaft notwendig sind, wird Ihnen hiermit als Eigentümer des

Kfz: _____

aufgegeben, als Sicherstellungsmaßnahme Ihr Fahrzeug im Kreis München zu belassen und es dabei täglich in der Zeit von 22 bis 7 Uhr unbenutzt und verschlossen in fahrbereitem Zustand in der Nähe Ihres Wohngrundstückes zu verwahren.

Sie werden des weiteren verpflichtet, 50 Liter Benzin zusätzlich in Kanistern mit zuführen, sowie zwei Reserveräder und ein Abschleppseil. Am 24.6.1968, vorm. zwischen 8 und 12 Uhr haben Sie beim Sicherstellungsamt eine Zweitfertigung Ihres Wagenschlüssels abzuliefern.

Beim Sicherstellungsamt wird Ihnen zum bezeichneten Termin ein verschlossenes Schriftstück mit den näheren Weisungen ausgefolgt werden. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß dieses Schriftstück ungeöffnet zu verwahren ist und Sie erst nach entsprechendem öffentlichen Aufruf davon Kenntnis zu nehmen haben.

Zu diesem Zweck wird Ihnen weiter aufgegeben, ab 24.6.1968 mindestens einmal täglich zur vollen Stunde die Rundfunkdurchsagen eines Senders der Bundesrepublik Deutschland abzuhören mit Hilfe des Batterieempfängers, der gemäß § 8 Abs.1, 1.Altern.SelbstSchG im Schutzraum Ihres Wohngrundstückes aufgestellt ist.

Auf die Einzelweisungen des Selbstschutzwartes wird hingewiesen. Die ausgesprochenen Anweisungen beruhen auf den §§ 10, 14, 15 VerkSichStG. Bei Verstoß gegen die Ihnen auferlegten Verpflichtungen können Sie gemäß § 31 VerkSichStG mit einer Geldbuße bis zur Höhe von 20.000.- DM belegt werden.

Die Entschädigung gemäß §§ 26 ff VerkSichStG wird in einem späteren Verfahren unter gerechter Abwägung der Interessen des Verkehrssicherstellungspflichtigen und der Allgemeinheit vorgenommen.

Rechtsmittelbelehrung: Hiergegen kann binnen eines Monats vom Tage der Zustellung an Widerspruch beim Verkehrssicherstellungsamt München eingelegt werden, schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle.
Die sofortige Vollziehung gemäß § 30 Abs.2 Ziff.4 VwGO wird angeordnet, so daß dem Widerspurch keine aufschiebende Wirkung zukommt.
Auf die Rechtsmittelbeschränkung des § 23 VerkSichStG wird hingewiesen.

Einen solchen Bescheid können Sie schon morgen in Ihrem Briefkasten finden. Die entsprechenden "einfachen Notstandsgesetze" sind bereits 1965 beschlossen worden. Weit einschneidendere Gesetze sollen noch in dieser Woche vom Bundestag verabschiedet werden.

ORIENTIEREN SIE SICH !

Besuchen Sie die Kundgebung Dienstag, 28 Mai 15.00 Uhr, Alter Botanischer Garten

WEHREN SIE SICH !

Unterstützen Sie die Proteste und Arbeitsniederlegungen.

Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität
8 München 13, Barerstraße 46

Verantwortlich: J. Wiesse, R. Reitzer, M. Richter

Eigendruck im Selbstverlag

27.05.1968:
Am Canisius-Kolleg Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche die Nr. 49 der Schülerzeitung 'Hermes' für Mai / Juni in einer Auflage von 1 000 Stück mit einem Titelbild vom Wasserwerfereinsatz gegen Demonstranten und der Schlagzeile "Vom Rechtsstaat zum Rechts-Staat?", was auch der Titel des Leitartikels zum Attentat auf Rudi Dutschke und den Osterunruhen ist.

Weitere Artikel sind:
- "Randerscheinungen? (Auch ein Weg zum Rechts-Staat…)" zu den Osterunruhen;
- "…rufen UNS alle zu einer Besinnung…" von Bundesjustizminister Gustav Heinemann zu den Osterunruhen;
- "Gespräch mit einem Polizisten";
- "Meine zwei Söhne" aus dem kommenden Programm der 'Stachelschweine';
- "Plumps" zum Volkslied "Hoppe, Hoppe Reiter";
- "Interview mit Günter Grass";
- "Schulreform konkret…" zum Beschluß der Lehrerkonferenz vom 8.5.1968, diese mit den Schülern zu besprechen;
- "Empfehlungen des Schüler-Lehrer-Ausschusses am Alten Gymnasium" in Bremen, der sich vor etwa einem Vierteljahr gebildet habe;
- "Kritische Schule? Stellungnahme eines Lehrers";
- "Ein Antwortbrief" auf den Brief des Vizerektors an die Eltern, als offener Brief an das Lehrerkollegium verfaßt;
- "Das Lehrerportrait" zu Robert Golding;
- "Rabeneltern des Schulhandballs";
- "Turnfesttag…";
- "Leistungszentren in Deutschland" für den Wettkampfsport;
- "Beat & Soul News";
- "Hitparade";
- "SM-Faul" ein Leserbrief zur SMV;
- "MINIREDAKTION" für die Unterstufe; sowie
- "Buchmagazin".
Q: Hermes Nr. 49, Berlin Mai / Juni 1968

27.05.1968:
In Berlin gibt der AStA der Akademie für Werkkunst und Mode vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Not Standsgesetze 1933 1968 Protest" zu den NSG heraus.
Q: AStA Akademie für Werkkunst und Mode: Not Standsgesetze 1933 1968 Protest, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

NOTSTANDS GESETZE

Am 29. 5. soll die dritte Lesung der Notstandsgesetze stattfinden. Teile dieser Gesetze sind fast wörtlich aus den Ermächtigungsgesetzen übernommen.
Die Gewerkschaften haben erkannt, wie gefährlich diese Gesetze sind. Sie sprechen sich dagegen aus. Doch es reicht nicht, nur dagegen zu reden. Zerreden kann man Gesetze nicht - man muß handeln.

Noch besteht die Möglichkeit des Streiks für uns. Die Gewerkschaften Hessens und anderer Bundesländer rufen zum Generalstreik auf. Wenn Ihre Betriebsräte diesen Gedanken noch nicht aufgegriffen haben, bringen SIE ihn zur Diskussion!
Tun Sie etwas, ehe es zu spät ist!
Denken Sie nicht, daß Sie, wenn Sie "unpolitisch" bleiben, verschont werden.

1933 1968

1933 haben das auch viele gedacht und mußten dann vor den Bomben im Keller zittern.
Auch IHR Auto würde einkassiert werden im Notstandsfall.

Denken Sie auch nicht, daß diese Gesetze ja nur für die Bundesrepublik gelten - auch das Lückegesetz (Weißer Kreis) wurde für Berlin übernommen und gilt ab 1970

S P R E C H E N S I E M I T

I H R E N K O L L E G E N !

O R G A N I S I E R E N S I E

D E N S T R E I K !

Wir Studenten streiken. Doch was soll ein Streik der Studenten ohne die Unterstützung der Arbeiter?

Ein Streik an Schulen und Hochschulen hat nur eine demonstrative Wirkung, schafft nur die Möglichkeit für uns, auf die Straße zu gehen, um zu informieren.
Jedoch, wenn die Arbeiter streiken, beweist sich das alte Sprichwort:

A L L E R Ä D E R S T E H E N

S T I L L , W E N N D E I N

S T A R K E R A R M E S W I L L !

ASTA der Akademie für Werkkunst und Mode

PROTEST

27.05.1968:
In Berlin gibt der AStA der FU das Flugblatt "Antwort an den Akadem. Senat" zum Streik gegen die Notstandsgesetze (NSG) heraus. Angekündigt werden Veranstaltungen im OSI um 15 Uhr bzw. am 28.5.1968.
Q: AStA FU: Antwort an den Akadem. Senat, Berlin 27.5.1968

Antwort an den AKADEM. SENAT

Berlin, den 27.5.68

Angesichts der Tatsache, daß die Verabschiedung der Notstandsgesetz einen weiteren Abbau der Grundrechte darstellt, und damit auch zur Gefahr für die Freiheit der Lehre und des Lernens derer werden kann die die gesellschaftskritische Funktion der Universität anstreben, hat der Akademische Senat es nicht für nötig befunden, seinen Einfluß geltend zu machen, um diesen Gesetzen entgegenzutreten. Im Gegenteil: Er hat in seinem Beschluß gerade diejenigen Studenten und Dozenten, die durch zahlreiche Diskussionen und Aktionen für die Reform dieser Universität und der Gesellschaft eingetreten sind, zu diffamieren versucht.

Zwar stellt der Akademische Senat für alle, die "noch diskutieren wollen", einige große Hörsäle zur Verfügung, unterstellt dabei jedoch, als wollten "insbesondere solche, die sich ihre Meinung bereits gebildet haben, nunmehr ohne fortgesetzte Störungen arbeiten". Er verschweigt, daß eben diese Dozenten und Studenten, die in diesen Tagen studieren wollen, entsetzlich ahnungslos den Notstandsgesetzen gegenüberstehen, daß eben die vom Senat so bezeichneten Terroristen, Provokateure, Anti-Demokraten und Anarchisten es sind, die sich schon lange über Notstandsgesetze informiert haben, daß es ihnen heute auch nicht mehr um "noch diskutieren geht" sondern - da sie sich "ihre Meinung bereits gebildet haben" wissen, daß wir heute vom Protest zum Widerstand übergehen müssen und zwar an unserem Arbeitsplatz - im Institut - und nicht in Freigehegen, die uns der Akademische Senat großzügig überläßt.

Die Drohung mit der Annulierung des Semesters stellt einen erneuten Versuch dar, die Studenten einzuschüchtern und ihre Freiheit einzuschränken. Die Studenten werden daraus die Konsequenzen ziehen, es nicht allein den Professoren zu überlassen, über unsere wissenschaftliche Arbeit zu bestimmen. Angesichts dieser Tatsachen haben wir allerdings Anlaß, noch "darüber zu diskutieren", ob dieser Akademische Senat noch länger als Repräsentant und oberstes Gremium der Universität akzeptiert werden kann. Wir fordern daher die Mitglieder des Akademischen Senats auf, ihre diffamierenden Behauptungen öffentlich zu begründen. Erst wenn der Akademische Senat und der Rektor sich bereit erklärt haben, dies zu tun, wollen wir eben zu diesem Zweck das Auditorium Maximum in Anspruch nehmen.

Wir fordern die Studenten auf, sich nicht durch die autoritäre Drohung des Senats einschüchtern zu lassen und in den kommenden Tagen die rationale Diskussion und demokratische Organisation des Widerstandes weiterzuführen.

Allgemeiner Studentenausschuß
FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

1/2 - 2

15.00 Uhr POLITISCHE WISSENSCHAFT UND POLITISCHE PRAXIS

Diskutanten: Agnoli, Krippendorff, Ludz, Schwan

DIENSTAG, 28. Mai 1968

11.00 Uhr POLITIK UND PSYCHOLOGIE

Diskutanten: Hochheimer, Bacia, Rattner, Brückner

15.00 Uhr INFORMATION ÜBER DIE DEMONSTRATION DIE AM MITTWOCH STATTFINDET!

27.05.1968:
An der Juristischen Fakultät der FU Berlin findet vermutlich Anfang dieser Woche eine Vollversammlung statt, auf der ein Antrag zu Aktionen gegen die dritte Lesung der Notstandsgesetze (NSG) eingebracht wird.
Q: Gmelin, H. et al.: Der Studentenschaft der Juristischen Fakultät wird folgender Antrag zur Abstimmung vorgelegt, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Der Studentenschaft der Juristischen Fakultät wird folgender Antrag zur Abstimmung vorgelegt :

I.
Die Studentenschaft verurteilt die Untätigkeit der Mehrheit des Fakultätsausschusses und des Lehrkörpers,die sich entgegen dem Vollversammlungsbeschluß vom 14.5.der Notstandsdiskussion am 15.Mai entzogen haben.

II.) Die Studentenschaft wendet sich gegen unreflektierte Aktionen, die sich über konkrete Beschlüsse der Vollversammlung der Jur.Fak. hinwegsetzen.

III) Die Studenetenschaft ist allerdings der Ansicht,daß Wert oder Unwert von Aktionen in der Juristischen Fakultät nicht allein danach beurteilt werden können,ob diese Aktionen ausschließlich von Juristen unternommen werden.
Gerade im Fall der Notstandsgesetze sollten Juristen ihre Verpflichtung wahrneh[illegible],die Kommilitonen anderer Fakultäten auf Grund ihres Fachwissens die offenkundigen oder verschleierten Gefahren der Notstandsgesetze aufzuzeigen.Umgekehrt dürfen sich Juristen der Diskussion über die politischen und sozialökonomischen Implikationen des Gesetzentwurfs nicht entziehen.

IV.) Im Hinblick auf die 3.Lesung muß auch und gerade die Juristische Fakultät durch Aufklärung in Form von Diskussion und Aktion am demokratischen Widerstand gegen die Verabschiedung und Realisierung der Notstandsgesetze teilnehmen.

Antragsteller : Herta Gmelin
Vigdis Henze
Christopher Hein
Stephan Leibfried

SIEHE UMSEITE !

27.05.1968:
An der FU Berlin wurde vom Streikrat am Philosophischen Seminar mit einem Flugblatt "Ist Philosophie Resignation?" aufgerufen zur Vollversammlung um 16 Uhr im Audimax gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: FU - Streikrat am Philosophischen Seminar: Ist Philosophie Resignation?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

27.5.68

IST PHILOSOPHIE RESIGNATION?

VOLLVERSAMMLUNG

MONTAG 27. MAI 16 h 00 UHR AUDIMAX

Über Wissenschaftstheorie wird viel geredet. Doch folgt aus dem Entschluss zu einem kritischen Wissenschaftsbegriff, dass man die Wissenschaft auch anders treibt! Ob nicht andere Organisationsformen statt nur andere Theorien dem von uns angestrebten Zusammenhang von Theoriebildung und politischem Engagement gerechter wären ?

Zwei Jahre Diskussionen am Philosophischen Seminar haben keine Studienreform zustande gebracht.

Mehr als zwei Jahre Argumente haben die Notstandsgesetze nicht verhindert.

WAS TUN ???

VERSAMMLUNG ALLER HAUPT=& NEBEN= FACHPHILOSOPHEN

Der Streikrat
Am Philosophischen Seminar

27.05.1968:
An der FU Berlin wendet sich Prof. Goldschmidt an die Vollversammlung der Soziologen mit seiner Stellungnahme gegen die Notstandsgesetze (NSG), von der uns nur das Titelblatt vorlag.
Q: Goldschmidt, D.: An die Vollversammlung der Studenten der Soziologie…, Berlin 27.5.1968 [Fragment]

PROF. DR. DIETRICH GOLDSCHMIDT

1 BERLIN 33 - DAHLEM
VOGELSANG 4
TELEFON 76 29 45

27. Mai 1968 /pz

An die Vollversammlung
der Studenten der Soziologie
der Freien Universität Berlin

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen ,

auf Ihre Bitte um eine Stellungnahme zu den Notstandsgesetzen antworte ich mit dem Hinweis, dass ich Mitglied des Kuratoriums 'Notstand der Demokratie' bin und deren Aktivitäten im Rahmen der dort gefassten Beschlüsse unterstütze. In diesem Sinne sehe ich in der inzwischen erreichten Situation die wesentliche Aufgabe der Gegner der Notstandsgesetzgebung darin, insgesamt politische Aufklärung in den Hochschulen wie in der Bevölkerung so fortzusetzen, dass eine etwaige Anwendung der Notstandsgesetzgebung auf immer geringeres Verständnis und wachsenden Widerstand der Bevölkerung stossen wird. Ich warne dagegen entschieden vor einem überhasteten, punktuellen und nicht genügend weitsichtigen Aktivismus innerhalb und ausserhalb der Universität; er schadet der Entwicklung der Demokratie in unserem Lande mehr, als er nützt.

So verstehe ich auch das von Studenten von Anfang an mitgeplante und von mir institutionell verantwortete Seminar "Sozialisation und kompensatorische Erziehung". Der Anlass, dieses Thema über zwei Semester hinweg zu behandeln, ist ein politischer : Das Ziel ist ein Erziehungssystem in Familie und öffentlichen Institutionen zu gestalten, das soziale, insbesondere schichtspezifische Benachteiligungen der Kinder herabsetzt und möglichst aufhebt, damit alle zu einer verantwortlichen Teilnahme an einer demokratischen Gesellschaft instandgesetzt werden. Mit diesem Ziel im Auge ist intensiv

27.05.1968:
An der WiSo-Fakultät der FU Berlin wurde eingeladen zur Vollversammlung um 10 Uhr s. t. gegen die dritte Lesung der Notstandsgesetze (NSG) mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bühling.
Q: FU - SV Wiso: SPD-Bundestagsabgeordneter, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

24.5.68

SPD-BUNDESTAGS-ABGEORNETER

STELLT SICH DER DISKUSSION

Referat und Diskussion am Montag mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Bühling (Mitglied des Rechtsausschuß) über die Notstandsgesetzgebung und die Haltung der SPD zu diesem Problemkreis.
Montag 10. s.t. HS 104 -WISO-Gebäude

Nach der Information und Diskussion über die Notstandsgesetze muß auf der Vollversammlung der WISO-Fakultät anschließend darüber diskutiert werden, welche Konsequenzen und Aktivitäten (insbesondere Streik) sich für unsere Fakultät in den nächsten Tagen daraus ergeben.

VOLLVERSAMMLUNG der WISO-FAKULTÄT am Montag, den 27.5.68 10 s.t. HS 104 WiSo-Gebäude

1) Referat und Diskussion mit dem Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Bühling (Mitglied des Rechtsausschuß) über die Notstandsverfassung
2) Diskussion über die Konsequenzen und Aktivitäten (insbesondere Streik) an unserer Fakultät

WISO-VOLLVERSAMMLUNG am MONTAG 10.s.t.

SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETER

BÜHLING (MITGLIED IM RECHTSAUSSCHU

STELLT SICH DER DISKUSSION ÜBER D

NOTSTANDSVERFASSUNG AM MONTAG 10s.t.

HÖRSAAL 104 WISO-GEBÄUDE /Wiso-Studentenvertretung, Foerderreuthe

27.05.1968:
Die Vollversammlung der Studenten der Architektur der TU Berlin verfasst eine Resolution gegen die Notstandsgesetze (NSG). Aufgerufen wird zur Demonstration am 29.5.1968 ab Weddingplatz.
Q: TU Arch: Resolution der Fakultät für Architektur der Technischen Universität Berlin, Berlin 27.5.1968

R E S O L U T I O N . R E S O L U T I O N . R E S O L U T I O N . R E S O L U T I

der Fakultät für Architektur der Technischen Universität Berlin / 27. 5. 1968

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Deutschen Bundesrepublik vom Parlamentarischen Rat in öffentlicher Sitzung verabschiedet. Unter dem Eindruck des 3. Reiches sollte es die Entwicklung eines demokratischen Deutschland ermöglichen und jedem Bürger dieses Staates die volle Entfaltung seiner Freiheit und Persönlichkeit garantieren.

Die ersten einschneidenden Veränderungen des Grundgesetzes wurden 1951 und 1956 durch den Bundestag beschlossen, um eine Wiederbewaffnung zu ermöglichen.

Die letzten Jahre brachten eine immer weitere Entfernung vom Grundgesetz durch die Praxis der politischen Organe der Bundesrepublik. Das zeigte sich in einseitiger Interessenvertretung, verhinderten Reformen, politischen Skandalen, und gipfelt in der Bildung einer großen Koalition, die jetzt das nicht in öffentlichen Ausschüssen formulierte, der Bevölkerung unzureichend und entstellt mitgeteilte NS-GG* durchbringt. Dieses Notstandsgesetz dient zu nichts anderem als zur Festigung und Unabänderbarkeit des bestehenden Zustandes mit allen seinen Fehlern und Ungerechtigkeiten. Dieser vorgebliche Schutz vor Naturkatastrophen zeigt nicht nur äußerlich Ähnlichkeiten zum Ermächtigungsgesetz.

Keine Bundesregierung hat bisher bewiesen, daß man ihr eine solche Machtfülle anvertrauen kann.

Da wir kein neues 1933, sondern die längst fällige Demokratisierung unserer Gesellschaft wollen, protestieren wir gegen ein Parlament und eine Regierung, die solche Gesetze verabschieden.

Diesen Protest werden wir manifestieren !

Wir fordern die Regierung auf:

anstelle der Notstandsgesetze

1. schafft eine umfassende politische Bildung der Bürger,
2. schafft Reformen, mit denen die breite Unzufriedenheit beseitigt werden kann - statt sie durch Notstandsgesetze zu unterdrücken,
3. fördert und unterstützt die Kritik an den bestehenden Verhältnissen,
4. festigt nicht die Machtposition einiger Politiker, festigt das demokratische Bewußtsein der Bürger !

Unterschrieben von folgenden Professoren und Assistenten: Hermkes, Poelzig, Düttmann, Besch, Baller, Maier, Ungers, Haupt, Radtke, Wehrhan, Schlndt, Pampe, Stegemann, Steinweg, Fric[illegible] Lehrecke, Zwingmann, Radau, Hirschfelder, Heiner,

* NS - GG = Notstandsgesetz zum Grundgesetz

b. w.

Polónyi, Hommes, Dunkel, Sawade, Kälberer, Kuhlen, Hassenstein, Schmidt-Thomsen, Krauß, Radicke, Baumeister, Fehling, Ssymmank, Krahe, Müller, Dübbers, Koller, Gunkel, Pieper, Sinken, Schultze, Matussek, Heidenreich

Die Vollversammlung der Fachschaft Architektur hat diese Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Beschluß der Vollversammlung der Fachschaft Architektur am 27, 5. 1968

Die Vollversammlung der Architektur-Studenten hat aus Anlaß der 3. Lesung der Notstandsgesetze beschlossen, am 28. und 29. 5. 1968 alle Lehrveranstaltungen zu bestreiken und das Fakultätsgebäude am 29. 5. geschlossen zu halten, um so ihren Widerstand gegen die Verabschiedung der NS - GG und deren Anwendung zu manifestieren, und die Diskussion außerhalb der Seminare zu ermöglichen.

Die Professoren werden aufgefordert, alle Prüfungs- und sonstigen Termine zu verlegen, um den Protest total zu machen.

B E S C H L U S S . B E S C H L U S S . B E S C H L U S S . B E S C H L U S S

DEMONSTRATION AM

MITTWOCH

14 30 Ab Weddingplatz

Schlußkundgebung

20 00

Osloer / Seestrasse

27.05.1968:
An der Universität Frankfurt erscheint der 'Diskus' - Frankfurter Studentenzeitung Nr. 4 (vgl. 20.5.1968, Juli 1968), von der uns die Seiten 9 und 10 nicht vorlagen, vermutlich in dieser Woche mit dem Leitartikel "Die Streikbewegung ist unaufhaltsam. Gegen Angst und Reaktion" zum Protest gegen die Notstandsgesetze (NSG).

Weitere Artikel und Rubriken sind:
- "Notstand der Opposition oder: wie sich die liberale Notstandsopposition selbst den Todesstoß gab" von Antonia Grunenberg;
- "Hat der autoritäre Staat eine Massenbasis?" von Reimut Reiche;
- "Helfershelfer" zur Erklärung der Professoren Fetscher, von Friedeburg, Habermas und Mitscherlich, die am 8.5.1968 als Anzeige in der 'FR' erschien;
- "Zur Arbeiter-Schüler-Studentenzeitung" mit zustimmenden Leserbriefen und einer Gegendarstellung des Bechtle-Verlags, Esslingen, der betont, nicht von Springer aufgekauft zu sein;
- "5 Thesen gegen die Notstandsverfassung. Wer über gewissen Dingen den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren" von Rudolf Wiethölter;
- "Bücherreport" mit der "Rekonstruktion eines Versuchs, die APO in Berlin zu zerschlagen" zum Feb. 1968, von Andreas Schröder;
- "Schlagt die Reaktion wo ihr sie trefft: Die neue italienische Studentenbewegung";
- "Frankreich - ein revolutionäres Bespiel" von Marie-Ange Roy und Dirk Amft;
- "Frankfurt - eine liberale Stadt und Brundert ihr bewährter Demokrat";
- "Schule der Untertanen" u.a. zur Helmholtzschule, von Dieter Dehm-Lerryn;
- "Die Lügen der 'Nachtausgabe'" vom 17.4.1968, von Philipp Linder;
- Berichte vom Protest gegen die Notstandsgesetze am Hessenkolleg und an den Berufsschulen;
- "Reaktion und Bürokratie werden unseren Kampf nicht aufhalten" zu Rüegg;
- "Gewalt und Terror gegen Griechen in Frankfurt";
- "Alle Menschen guten Willens mit geistigen Zielen. Zum Plebiszit bei einer Germanistik-Vorlesung" von Prof. Stern, von P. Mosler;
- "Fachidioten der Satire" zum 'Uni-Report', von Heinz Grossmann;
- "Wie ich Peter Weiss in Tüll auf Zehenspitzen sah" von Bazon Brock;
- "Aggressives Theater" von Hans Imhoff;
- "Zu den Fotografien von Hilla und Bernhard Becher (Rückseite: Kühltürme)" von Reiner Diederich;
- "Ruhe und Ordnung. 'Kaspar' in Frankfurt" zur Städtischen Bühne;
- "Fotografie + Dynamit" zu John Heartfield, von Jürgen Ploog; sowie
- "Nur nicht die schönen Künste. El Lissitzky - Kunst der Revolution oder revolutionäre Kunst?" von Hans-Peter Riese.
Q: Diskus Nr. 4, Frankfurt Mai 1968

27.05.1968:
In Hamburg scheitert, laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), der Versuch der Durchführung einer weiteren studentischen Vollversammlung (vgl. 6.5.1968) zum Protest gegen die Notstandsgesetze (NSG), da das Präsidium des Studentenparlaments "nicht für die geringste Ankündigung gesorgt hatte."
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 60

27.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den Notstandsgesetzen (NSG) aus Bochum:"
Hier treten am 27. Mai die Arbeiter vom Bochumer Verein (Krupp) und der Stahlwerke Bochum in den Streik. Sie marschieren zum DGB-Haus. 1 300 Arbeiter dringen ein und besetzen das Gewerkschaftshaus. Der DGB-Kreisvorsitzende sagt den Kollegen zu, am nächsten Tag eine Kundgebung durchzuführen und Streikgelder zu bezahlen."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 11

27.05.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' demonstrieren am 2. Tag vor der 3. Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag in Bochum "etwa 600 - 1 000 Arbeiter … der Stahlwerke Bochum (SWB, d.Vf.) und des Bochumer Vereins (Krupp BV, beide IGM-Bereich, d.Vf.) zusammen mit mehr als 1 000 Schülern und Studenten … gegen die Notstandsgesetze".
*Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 25, Bochum ***1968, S. 1*

28.05.1968:
In Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Kollegen!" mit dem Aufruf zur Kundgebung

der DGB-Jugend gegen die Notstandsgesetze (NSG) um 15 Uhr 30 im Pfaffengrund, zum Streik am 29.5.1968 und zur Diskussion mit den Agitationsgruppen der Studenten vor den Betrieben.
Q: N. N.: Kollegen! , O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

18.05.68

Kollegen !

Nachdem das herrschende Kapital in den letzten Jahren seine Krisenanfälligkeit gezeigt und dadurch das Mißtrauen der von ihm beherrschten Arbeiterschaft hervorgerufen hat, hat es aufgehört, Schalmeien zu blasen und statt dessen zur Peitsche gegriffen: Die rasche Verabschiedung der Notstandsgesetze ist eine offene Drohung an die Adresse der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter. Dabei hat sich das Kapital verrechnet: Die Arbeiterschaft läßt sich von diesen überflüssigen Herren nicht einschüchtern. Angesichts der Unverschämtheit, die in dem provokativ angebotenen Terror der Notstandsgesetze zu Tage tritt, hat sie sich auf ihre eigene tätige Macht besonnen - auf die Solidarität der lohnabhängigen Massen.

Darum haben anläßlich der zweiten -entscheidenden- Lesung der Notstandsgesetze tausende von Arbeitern in zahlreichen Betrieben die Arbeit niedergelegt.

Darum wird die Arbeiterschaft anläßlich der geplanten endgültigen Verabschiedung der Notstandsgesetze am 29.Mai zeigen, daß die Herrschenden machtlos sind, wenn die Arbeiter im Vertrauen auf die Kraft ihrer Solidarität den Kampf gegen diese Herrschenden beginnen.

Darum verständigen sich die Arbeiter in offenen Diskussionen in den Betrieben; darum schreiten sie zu selbsttätigen Aktionen; darum organisieren sie selber den Widerstand - auch gegen den autoritären Zugriff etablierter Gewerkschaftsführer. Darum

- haben in Köln 12oooo gewerkschaftlich organisierte Arbeiter durch ihre Delegierten den Bundesvorstand des DGB zu wirksamen Kampfmaßnahmen einschließlich des politischen Streiks zur Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze aufgefordert (Frankfurter Rundschau vom 27.5.68);
- kündigten die Arbeiter für den 27.5. in Frankfurt ab 13 Uhr eine Demonstration durch die Stadt an und für 15 Uhr eine Großkundgebung (d.h. also alles während der Arbeitszeit). Der DGB-Kreisvorstand hat die Organisation übernommen (FR v. 25. und 27.5.);
- sah sich der Landesvorstand Hessen des DGB, Pleß, durch den Druck der selbsttätigen Arbeiter zu einer Sympathieerklärung genötigt: Er werde sich auf keinen Fall von Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze distanzieren. Vielmehr "werden wir unsere Sympathien mit spontanen Regungen des Widerstands zum Ausdruck bringen". (FR v. 25.5.).

w e n d e n

Darum

- mußte sich der Bundesvorstand der IG Druck & Papier zur Unterstützung solcher spontanen Aktionen bereiterklären. (FR v. 25. 5.)
- unterstützt der Jugendausschuß der IG Metall spontane Protestaktionen und Warnstreiks. (FR v. 25. 5.)
- mußte der DGB-Kreisvorstand Hanau ebenfalls zu einer Protestkundgebung während der Arbeit aufrufen. (FR 25. 5.)

Der Druck der Arbeiter veranlaßte den Ortsverband München der IG Metall und den Ortsverband der IG Druck & Papier, sich für den Generalstreik auszusprechen. (FR v. 27. 5.)

Darum

- bewegten die Studenten und die politisch bewußten Arbeiter den DGB-Kreisvorstand Mannheim zu einer Protestkundgebung gegen die Notstandsgesetze am 27. 5. um 15 Uhr auf dem Meßplatz.
- fordern die Vertrauensmänner von Daimler-Benz in Mannheim: Der Bundesvorstand des DGB muß zurücktreten, und auf einem außerordentlichen DGB-Kongreß muß ein neuer Vorstand gewählt werden.

In Frankfurt wurde am 27. 5. in zahlreichen Betrieben ab 13 Uhr die Arbeit niedergelegt. Zwölftausend Arbeiter demonstrierten auf dem Römerberg machtvoll gegen die Notstandsgesetze. Sie ließen den abwiegelnden Redner des DGB kaum zu Wort kommen.

Dem Aufruf in Mannheim folgten 9000 Arbeiter. Sie verjagten den Redner des DGB und ließen den SDS-Bundesvorstand K. D. Wolff reden. Anschließend zogen sie in einem Demonstrationszug zum Schloß. Das Handeln der Mannheimer Arbeiter ist ein Aufruf an alle Kollegen, sich nicht mehr durch bürokratische Gewerkschaftsfunktionäre gängeln zu lassen. Nehmt Eure Interessen selber in die Hand, WERDET SELBSTTÄTIG!

In Heidelberg versammelten sich gestern 200 Arbeiter und Studenten auf dem Marktplatz im Pfaffengrund. Die Ausgangsbedingungen für den solidarischen Kampf gegen die Notstandsgesetze sind in Heidelberg besonders ungünstig: Hier gibt es nur wenig Industrie und keine starke Tradition der Arbeiterbewegung. Die Studenten und die Gewerkschaftsjugend müssen selbstkritisch feststellen, daß ihre Aufklärungsarbeit über die Notstandsgesetzgebung zu spät begann, so daß wir in Heidelberg erst am Anfang des solidarischen Kampfes stehen. Die Arbeiter beginnen erst zu erkennen, daß der Kampf gegen die Notstandsgesetze nur geführt werden kann als Kampf gegen das Kapital.

Arbeiter, folgt dem Aufruf der Gewerkschaftsjugend zur Kundgebung!

Legt am Mittwoch die Arbeit nieder und kommt zur Kundgebung um 15.30 Uhr, Marktplatz Pfaffengrund!

Diskutiert mit den Agitationsgruppen der Studenten in den Arbeitspausen vor den Betrieben über die Möglichkeiten des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze!

ARBEITER, SOLIDARISIERT EUCH ZUM SELBSTTÄTIGEN KAMPF
GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE!

28.05.1968:
Im Heidelberg rief ein Flugblatt für heute zum Warnstreik an der Universität gegen Notstandsgesetze auf, als "Kampfansage an die Herrschenden!" .
Q: N. N.: Warnstreik am 28. und 29. Mai! Kampfansage an die Herrschenden!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

61

Warnstreik am 28. und 29.Mai!

Kampfansage an die Herrschenden!

Kommilitoninnen und Kommilitonen,
der Erlaß der Notstandsgesetze ist nicht mehr aufzuhalten.Apelle an ein Parlament, das die Entleerung des bürgerlichen Parlamentarismus durch den Erlaß der Notstandsgesetze legalisiert, - Apelle an ein solches Parlament fruchten nichts mehr. Die streikenden Arbeiter und Studenten haben am . Mai die Konsequenzen aus dem Scheitern der bisherigen Antinotstandsbe wegung gezogen. An die Stelle verbaler Proteste an die Adresse der Herrschenden trat erstmals der Widerstand an der Basis. Dieser Widerstand muß organisiert werden,damit er nicht länger hinter der Behaglichkeit derer zurückbleibt,die die Unterdrückung wollen und längst vorbereitet haben. Das bedeutet für die oppositionellen Studenten,daß ihr Kampf jetzt solche Aktionen nötig macht,die der Intention nach über den Erlaß der Notstandsgesetze hinausweisen.
Der Sternmarsch nach Bonn am .Mai zog den Schlußstrich unter eine ganz bestimmte Phase außerparlamentarischer Strategie:Noch einmal wurde versucht, die parlamentarier an ihre demokratische Pflicht zu erinnern und auf eine anständige Politik festzulegen.Die außerparlamentarische Aktion blieb insofern auf das Parlament gerichtet und verstärkte damit die Illusionen über das bestehende parlamentarische System statt sie zu durchbrechen.Der Sternmarsch widersprach so der konkreten Analyse der Funktion des Parlaments,die gerade in der Genese der Notstandsgesetze bestätigt wird. Diese wurden bekanntlich im Schoß der staatlichen Bürokratie und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie ausgeheckt, um erst dann der Öffentlichkeit vorgelegt zu werden.Dem Parlament war lediglich die Veröffentlichung und Legalisisreung zugedacht von Beschlüssen, die im Zusammenspiel von Bürokratie und BDI längst getroffen waren.Zwar führte der außerparlamentarische Protest und die ursprüngliche Ablehnung der SPD zu einem Aufschub der Legalisierung, nicht aber zur grundsätzlichen Revision der vorparlamentarischen Entscheidungen.Die Antidemokratischen Notstandsgesetze mußten durchgesetzt werden,- aber auf demokratische Weise.Man ließ sich also Zeit, d.h. man verwirrte die Öffentlichkeit durch immer neue Entwürfe, um sie dann mit einem Gesetz zu überraschen, das nicht nur den Notstand, wie schon Schröder sagte, zur Stunde der Exekutive macht, sondern auch dessen Feststellung in die freie Entscheidung unkontrollierbarer Exekutivorgane verlegt (Art.80a,Abs.2).Daß die Entscheidung dieser Exekutivorgane nachträglich durch den Bundestag theoretisch aufgehoben werden könnte, kann umso weniger trösten, als eben der Erlaß der Notstandsgesetze eine Entleerung der parlamnetarischen Kontrollfunktion voraussetzt,die jedes juridische Kontrollrecht zur politischen Farce macht.

Machte sich so das Parlament selbst zum bloßen Popanz der Bürokratie und deren industriellen Auftraggeber,so haben auch die Notstandsgegner auf parlamentarische Illusionen zu verzichten.Der politische Betrieb dieses Staates darf nicht länger durch Protestaktionen à la Sternmarsch belebt, sondern muß durch Widerstand an der Basis insgesamt lahmgelegt werden. Solange freilich die Vertretungsorgane der Arbeiter sich weigern aus der bevorstehenden Erlaß der Notstandsgesetze die Konsequenz zu ziehen,d.h. mit dem politischen Generalstreik auf die offen geplante Gewaltanwendung durch die Herrschenden zu antworten,kann ein Streik der oppositionellen Studenten und Arbeiter lediglich symbolischen M Charakter haben, [illegible] Bevölkerung ihre Möglichkeiten vor Augen führt.

28.05.1968:
An der Universität Heidelberg findet ein Teach-in statt. Vorgelegt wird eine Resolution gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: N. N.: Teach-in vom 28.5.1968, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

TEACH - IN VOM 28. 5. 1968

Die hier versammelten Studenten beschließen:

Widerstand gegen die Notstandsgesetze kann nurmehr Widerstand gegen ihre mögliche Anwendung sein. Gegen diese Gesetze, die die Disziplinierung jeglicher demokratischen Oppositionsbewegung gewährleisten sollen, können wir langfristig nur so vorgehen, daß wir zusammen mit Arbeitern und Schülern den Laden, deren Hausordnung sie sind, lahmlegen.

Bislang haben wir argumentiert, und die Herrschenden haben geschwiegen. Heute spätestens sehen wir, daß die Herrschenden von uns das Argument als einziges Mittel politischer Auseinandersetzung fordern, weil wir ihrer repressiven Praxis, die sich rational weder ausweisen kann noch auszuweisen braucht, keine befreiende entgegensetzen sollen.

Deshalb sind die hier versammelten Studenten der Meinung, daß Blockade und Besetzung der Universität angemessene Mittel des Widerstands sind.

28.05.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 80 (vgl. 7.5.1968, 28.6.1968) heraus mit dem Leitartikel "Warnstreik am 28. und 29. Mai. Massenhafte Aktion - Hervorragende Barrikade gegen Notstandsgesetze" zu den NSG.

Weitere Artikel sind:
- "Offener Brief an alle Professoren, Dozenten, Assistenten und Mitarbeiter der Universität" zu den NSG;
- "'Die Junta ist keine Diktatur, sondern eine Militärregierung' (Prof. Tsatsos)" zu Griechenland;
- "Zur Organisation des Kampfes heute - und noch einmal zur Politik der Gewerkschaften" zu den NSG;
- "Wichtige Informationen" zum Protest gegen die NSG in Frankfurt (vgl. 15.5.1968);
- "Was tun?" zu den NSG;
- "Das französische Proletariat nimmt Besitz von seinen Betrieben";
- "Sinnliche Erfahrungen einer politischen Hochschulgruppe mit dem Establishment" zur SPD-Generalversammlung vom 15.5.1968 im Ziegler-Bräu, vom SHB Heidelberg;
- "Beschluß des 28. StP zum Konflikt zwischen Rektor und Studentenschaft;
- "Der ungenügende Informationswert des letzten 'Info' und die Aufgaben der Studentenpresse in diesem Semester"; sowie
- "Traumatologie. Kurzgefasster Ratgeber für Studierende und Ärzte. Von V. Schlosser, Marburg/L.", eine Rezension.
Q: AStA Uni: Info Nr. 80, Heidelberg 28.5.1968

28.05.1968:
Am Tag der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze findet, laut Haug/Maessen, in Darmstadt in den Oberstufenklassen gar kein Unterricht mehr statt.
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 70

28.05.1968:
Am Tag der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze findet, laut Haug/Maessen, in Frankfurt in den Oberstufenklassen gar kein Unterricht mehr statt.
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 70

28.05.1968:
In Hamburg findet heute aufgrund der morgigen 3. Lesung der Notstandsgesetze (NSG), laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), eine Kundgebung mit mehr als 10 000 Menschen statt, die sich zum Zug durch die Bannmeile entschließen, wobei die Nachhut versuchte, die Staatsoper zu besetzen. Abends wird im Audimax eine weitere Demonstration am nächsten Tag beschlossen.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 57

28.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den Notstandsgesetzen (NSG) aus Bochum (vgl. IGM-Bereich - 27.5.1968):"
Auf der Kundgebung am nächsten Tag hält der 1.Bevollmächtigte der IGM Bochum, Wirtz (inzwischen SPD-Landtagsabgeordneter) eine radikale Rede. Die Rede wird immer wieder unterbrochen von dem Sprechchor: 'Generalstreik' und muß schließlich abgebrochen werden. Die Arbeiter ziehen erneut zum DGB-Haus, das zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits von der Polizei besetzt ist. Die Gewerkschaftsführer schützen sich mit Polizeieinheiten vor den kämpfenden Arbeitermassen. Die DGB-Führer lehnen es ab, Streikgelder auszuzahlen.

Dieser Streik der Bochumer Arbeiter zeigt die zunehmende Radikalisierung der Massen: der gewerkschaftliche Rahmen wird gesprengt, die Kämpfe richten sich direkt gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, der wichtigsten Agentur der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 11

28.05.1968:
Am Tag der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze findet, laut Haug/Maessen, in Köln in den Oberstufenklassen gar kein Unterricht mehr statt.
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 70

29.05.1968:
In Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "An alle Arbeitnehmer in Betrieb und Verwaltung" des Aktionskomitee gegen die Notstandsgesetze (Gewerkschafter, Republikanischer Club

und Studenten) zur Kundgebung um 15 Uhr 30 auf dem Marktplatz Pfaffengrund gegen die Notstandsgesetze (NSG). Dem Aufruf schließen sich der AStA-Vorsitzende der Uni, Meinhard Schröder, und eine Reihe von Gewerkschaftern und Betriebsräten an.
Q: Aktionskomitee gegen die Notstandsgesetze: An alle Arbeitnehmer in Betrieb und Verwaltung, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

29.05.68

AN ALLE ARBEITNEHMER IN BETRIEB UND VERWALTUNG

Anläßlich der 3. Lesung der Notstandsgesetze ruft das Aktionskomitee gegen die Notstandsgesetzgebung alle Arbeitnehmer auf:

Beteiligt Euch an der am heutigen Mittwoch um 15.30 Uhr

stattfindenden Protestkundgebung auf dem Marktplatz
im Pfaffengrund!

Die verfassungsändernden Notstandsgesetze sind ein Abbau unserer demokratischen Grundrechte und ein Eingriff in unsere persönliche Freiheit!

Diese Gesetze ermöglichen unter anderem:

EINSCHRÄNKUNG DES STREIKRECHTS

DIENSTVERPFLICHTUNG VON MÄNNERN U! FRAUEN

AUSSPERRUNG WIRD GESETZLICH SANKTIONIERT, sie kann damit als Druckmittel gegen Lohnforderungen der Arbeitnehmer angewandt werden!

Notstandsgesetze zerstören die Freiheit.
Notstandsgesetze fürdern den Rechtsradikalismus.

DISKUTIERT IN DEN BETRIEBEN DIE MÖGLICHKEIT DES KAMPFES GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE!!!
KOMMT ZUR KUNDGEBUNG UM 15.3o UHR!

Aktionskommitee gegen die Notstandgesetze
(Gewerkschafter, Republikanischer Club und Studenten)

Diesem Aufruf schliessen sich an:

Emil Wegmann DGB, Gerhard Zambelli-Betriebsrat(BR), Fritz Schäfer IGM Herbert Ebel IGM, Alfred Fischer IGM, Reiner Nimis DGB-Jugend, Hans Schindler DGB-Jugend, Peter Wirth DGB-Jugend, Günter Johannsen , Christel Reis DGB-Jugend, Reimund Huber DGB-Jugend, Hermann Huber BR, Betriebsräte der Firma Mecano Bundy, Ernst Kaiser BR, Armin König BR, Gerd Schäfer BR, Hans Weis stellvertr. BR-Vorsitzender, Studentenschaft der Universität Heidelberg/ Meinhard Schröder(AStA Vorsitzender Jens Jordan (Parlamentspräsident)

29.05.1968:
In Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen!" des Republikanischen Clubs (RC) zur Kundgebung um 15 Uhr auf dem Marktplatz Pfaffengrund gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: RC: Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

REPUBLIKANISCHER CLUB 29.05.68

APPELL AN ALLE KOLLEGINNEN und KOLLEGEN!

Bringt den Herrschenden und der grossen Koalitionsmaffia in Bonn das Zittern bei! Nur EURE Macht, die Macht der im Kampf solidarischen Arbeiter, verschafft den Herren Abs, Kiesinger, Benda, Wehner und den anderen Arbeiterverrätern wirksame Schüttelfröste! Wovor zittert wohl der grosse Charles de Gaulle? Es sind die 8 Millionen, die nicht mehr am Hochofen, an der Werkbank, der Walzstrasse, im Klassenzimmer, am Band oder im Büro stehen!

Die Herrschenden hierzulande haben es geschafft, den Arbeiter zu chloroformieren, d.h. die Arbeiterbewegung wurde ihres Stolzes und ihrer Kraft durch 312DM-Gesetze und Phrasen von Sozialpartnerschaft beraubt. Die Blutsauger des Kapitals haben die "Volksvertreter" im Parlament auf den politischen Strich der Unternehmer, Grosskonzerne und Interessenverbände geschickt. Gerade die "Genossen" der ehemaligen Arbeiterpartei gehen auf diesem Strich des Grosskapitals, weil es sich auszahlt! Deshalb der Satz, von Kumpels im Kohlenpott geprägt: "WER HAT UNS VERRATEN------ SOZIALDEMOKRATEN!"

Warum weigerten sich die SPD-Genossen bei der 2. Lesung der NS-Gesetze im Bundestag namentlich abzustimmen? Geht man wirklich zu weit, wenn man dieses Verhalten als Angst vor dem Volke auslegt? Geht man wirklich zu weit, wenn man den Verlust von Rückgrat anprangert bei den Vertretern einer ehemaligen Arbeiterpartei? Geht man wirklich zu weit wenn man fest stellt, dass die einzige Röte dieser Partei die Schamröte ist und noch nicht mal das mehr? Geht man wirklich zuweit wenn man unmissverständlich der SPD vor Augen hält, dass sie am Mittwoch ihre letzte Chance verspielt endgültig ihr eigenes Grab s c h a u f e l t, indem sie bei der Verabschiedung der NS-Gesetze M I T M A U S C H E L T. Wiederum zeigt sich ein Abgrund von Opportunismus, der bezeichnend für die gesamte Geschichte der Partei ist, die einen Noske zum Reichswehrminister machte un eine Radikaldemokratin und Sozialistin namens Rosa Luxemburg aus der Partei verstiess! Gerade der Hauch von linkem Flügel (nur Matthöfer hat schwach auf die Unvereinbarkeit der Notstandsgesetze mit den Nürnberger Parteitagsbeschlüssen hingewiesen) dient immer noch dazu die Wähler aus der Arbeiterklasse an die SPD zu binden - aber in Wirklichkeit gibt es zu viele Schmidt-Vockenhausens, d.h. Scharfmacher für den "Inneren Notstand" den Notstand der erst dadurch entsteht, dass man Gesetze schafft, die die demokratischen Grundrechte abschaffen, das Grundgesetz kastrieren, und in Wirklichkeit nichts anders als die perfekte Verschleierung für den Klassenkampf von oben, d.h. NATO, amerikanischer Kapitalismus, westdeutscher Kapitalismus, Konzerne (Springer), Industriebarone, Interessenverbände, Bundeswehr, Werkschutztruppen etc. sind.
Die einzelnen Artikel legalisieren z.B.:

- Arbeitsdienstverpflichtung (Art. 12 a)
- Reisebeschränkung (Art. 11 II)
- Lynchjustiz an Oppositionellen (Art. 2o IV)
- Auflösung des Parlaments zugunsten eines Mauschelclubs, genannt Gemeinsamer Ausschuß (Art. 53 a)
- Aufhebung des Brief-, Post-, und Telefongeheimnisses (Art. 1o)
- Bundeswehr als Bürgerkriegstruppe (Art. 87 a)

Die letzte Chance der SPD heisst jetzt: Austritt aus der Grossen Koalition; Schluss mit dem Beischlaf mit der CDU-Geliebten! Schluss mit der Wehner-Linie, die gemeinsam mit dem Godesberger Programm die SPD soweit ausgelaugt hat, dass sie vor den Trümmern ihrer ehemaligen Tradition steht - und konsequente Linksöffnung d.h. das kompromisslose Einstehen für echten Sozialismus und die Wahrung demokratischer Grundprinzipien.

Zur Rolle der Gewerkschaften:
Die Gewerkschaft in Deutschland hat sich integriert im kapitalistischen Wirtschaftssystem indem sie die Spielregeln des herrschenden Kapitals, der Finanzoligarchie, der Ministerialbürokratie und des scheindemokratischen Parlamentarismus Bonner Prägung stillschweigend akzeptiert hat.

b. w.

MITTWOCH MARKTPLATZ-PFAFFENGRUND 15 UHR!

Unbestritten hat die Gewerkschaft enorme Verbesserungen auf dem Lohn-, Gehalts-, und Sozialsektor für die gesamte Arbeiterklasse erreicht. Doch wo sind die Gewerkschaftsfunktionäre am heutigen Tag, wo sind sie beim Kampf gegen einen von Unternehmern beherrschten Staat, denn man muß sich eines vor Augen halten:
Niemand andere s als der Bundesverband Deutscher Industrie (BDI) hat die Notstandsgesetze schon 1958 entworfen. Sie sind das Kind des Kapitalisten, ware-n b-is vor kurzem nur als das"Schubladenkind" (Text) der Öffentlichkeit bekannt und werden im Augenblick mit einem unglaublichen Zynismus einer zu spät oder überhaupt nicht informierten Öffentlichkeit vom Parlament durchgepeitscht. Warum haben wohl die Abgeordneten erst einen Tag vor der Abstimmung in der zweiten Lesung die Ausschussdrucksache erhalten? Unbestreitbar ist es an diesem Punkt fast ausschliesslich das Verdienst der Studenten, die Öffentlichkeit aufgerüttelt zu haben, das Verdienst der vielgeschmähten und beschimpftem Studenten, die aber heute eben nicht wie immer in der deutschen Geschichte, auf der Seite der Reaktion, der Herrschenden Stehen, sondern wie 1848 auf dem Gegenbarrikaden. 1848 waren zum ersten Mal in der Geschichte Studenten und Arbeiter gemeinsam auf den Barrikaden gegen einen absolutistischen arbeiterfeindlichen gewalttätigem Staat. Müssen die Studenten, die freiwillig heute endlich einmal für die Rechte der Arbeiter auf die Strassen und Barrikaden gehen, wirklich umsonst auf die Arbeiterklasse warten? um gemeinsam mit der Kraft des Arbeiters zu kämpfen ? Kollegen, mancher von euch schaut in diesen Tagen nach Frankreich. Hoffentlich erkennt ihr was in Frankreich von wem in Bewegung gesetzt wurde. Die Studenten lieferten einem gewalttätigen gaullistischen System erbitterte Kämpfe. Der Arbeiter solidarisierte sich, doch die Leiter der Gewerkschaften sind auch in Frankreich der grosse Bremser auf einem Zug, den die Arbeiterklasse gemeinsam mit den Studenten in Gang gesetzt hat. Doch was machen die Gewerkschaften hüben und drüben ? Sie sind leider die großen Abwiegler und verraten damit die Arbeiterklasse.
Doch zumindest tragen französische Arbeiter noch die rote Fahne. Hier in Deutschland sind es die Studenten. Muß man es wirklich so deutlich sagen, dass die rote Fahne, EURE Fahne, d.h. die Fahne der Arbeiterbewegung war und ist, und die Traditionsfahne der Sozialdemokratie ?

W A S T U N ?

Diskutiert mit euren Kollegen im Betrieb, lasst euch nicht von Abwieglern in Gestalt von klassenfeindlichen CDU-Wählern, abwieglerischen, vom Unternehmer gekauften Betriebsräten euer Vertrauen, eure Kraft. n und eure Solidarität nehmen! Die Devise heisst jetzt: KAMPF GEGEN DIE ARBEITERUNTERDRÜCKERGESETZE, DIE NOTSTANDSGESETZE! KAMPF DURCH STREIK. Dieser Kampf ist schwer, weil ihr von der SPD und den leitenden Gewerkschaftsfunktionären im Stich gelassen worden seid. Dennoch jetzt er erst recht müsst ihr solidarisch sein mit euren politisch bewussten Kollegen in vielen Betrieben, Kollegen, die sich nicht verdummen lassen so in Hamburg, Mannheim, Köln, Bremen, Frankfurt, Stuttgart, Dortmund, Duisburg und Nürnberg, die in diesen Tagen die Arbeit niederlegen, zum Kampf übergehen, die Fabriken verlassen, und zu den Kundgebungen gehen. Am Mittwoch heisst es massenhaft bei der Gewerkschaftsgrosskundgebung im Pfaffengrund/Marktplatz um 15 Uhr euren Willen deutlich zu bekunden. Es ist eure letzte Chance. Entweder geht kämpfen oder ihr seht euch bald zwangsverpflichtet in Arbeitslagern oder im KZ wieder, denn das ist ab Mittwoch wieder möglich für die Herrschenden!!

Aktionskommitee gegen die Notstandsgesetze
Gewerkschafter und Gewerkschftsjugend
Republikanischer Club und Studenten

BRECHT AM MITTWOCH DEN BANN!
GEHT MASSENHAFT ZUR GROSSKUNDGEBUNG! 15 UHR

29.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt von SDS, GAG und SHB "Teach-in vom 28.5.68 im Innenhof der Universität" mit der dort angenommenen Resolution und dem Aufruf zur Kundgebung gegen Notstandsgesetze (NSG) um 15 Uhr im Pfaffengrund, zu der man sich um 13 Uhr 30 vom Uni-Platz aus begeben wolle.
Q: SDS, GAG, SHB: Teach-in vom 28.5.68 im Innenhof der Universität, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

29.05

Teach - in vom 28. 5. 68 im Innenhof der Universität.

Folgende Resolution wurde angenommen:
"Die hier versammelten Studenten beschließen:
Widerstand gegen die Notstandsgesetze kann nurmehr Widerstand gegen ihre mögliche Anwendung sein. Gegen diese Gesetze, die die Disziplinierung jeglicher demokratischer Oppositionsbewegung gewährleisten sollen, können wir langfristig nur so vorgehen, daß wir zusammen mit Arbeitern und Schülern den Laden, deren Hausordnung sie sind, lahmlegen.
Bislang haben wir argumentiert, und die Herrschenden haben geschwiegen. Heute spätestens sehen wir, daß die Herrschenden von uns das Argument als einziges Mittel politischer Auseinandersetzung fordern, weil wir ihrer repressiven Praxis, die sich rational weder ausweisen kann noch auszuweisen braucht, keine befreiende entgegensetzen sollen.
Deshalb sind die hier versammelten Studenten der Meinung, daß Blockade und Besetzung der Universität angemessene Mittel des Widerstandes sind."

Die Resolution, die nach langandauernder und allseitiger Diskussion am 28. 5. angenommen wurde, enthält den Übergang studentischer Politik zur Politik in der Gesellschaft. Indem wir Blockade und Besetzung unseres Betriebs Universität durchführen, greifen wir zu Kampfmitteln, die von den Lohnabhängigen verstanden werden. Blockade und Besetzung bedeuten die wirksame und kämpferische Durchsetzung des Streiks gegen die Notstandsgesetze. Indem wir Streikposten aufstellen und Ketten bilden, geben wir das "geheiligte" Prinzip der beliebigen Toleranz und der Toleranz der Beliebigkeit auf, das uns von den Lohnabhängigen trennt. Den Herrschenden geben wir durch die Blockade zu verstehen, daß wir die brutale Intoleranz der NS-Gesetze durchschaut haben und nicht bereit sind, tolerant gegen die Intoleranz zu sein. Zugleich geben wir zu verstehen, daß wir durchschaut haben, daß die NS-Gesetze der Beherrschung der Sphäre der Produktion dienen. Indem wir unseren Betrieb Universität blockieren und so in die Hand nehmen, zeigen wir, daß wir die Anwendung der NS-Gesetze dort, wo sie angewendet werden sollen, nicht hinnehmen werden. Wir gehen vom Protest zum Widerstand über.

SDS GAG SHB

Heute, 15 Uhr Kundgebung im Praffengrund von Arbeitern, Schülern und Studenten.

13.30 h Treffpunkt Uni-Platz

29.05.1968:
In München findet, laut AB, wie in anderen Großstädten einen Tag vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze eine große Demonstration statt. Auf einer Veranstaltung, die in München unter dem Motto "Was Tun?" steht, ruft der Sprecher des Kuratoriums Notstand der Demokratie zur Bildung von Basis-Gruppen auf (vgl. 5.6.1968).
Q: AB: 10 Jahre Antwort auf die Frage 'Was Tun?'.10 Jahre Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, München 1980, S. 10

29.05.1968:
In Berlin riefen die Basisgruppen der Arbeiter, Schüler und Studenten mit einem Flugblatt "Werkschutz schiesst auf Arbeiter" auf zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze (NSG) ab Weddingplatz zu Schering, Rathaus Wedding, Osram Glühlampenwerk sowie AEG Osloer und Seestraße, womit das Werk Schwedenstraße gemeint ist.
Q: BG: Werkschutz schiesst auf Arbeiter, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

WERKSCHUTZ SCHIESST AUF ARBEITER

20,100,200 bewaffnete Fabrikangehörige.Bei"Spannungsfällen"in den Betrieben erhalten sie Waffen,ihre Übungen sind wöchentliche Schieß Übungen mit automatischen Waffen,außerdem führen sie als Feuerwehr-hilfsdienst Werkschutz,Ordnungs-u.Sicherheitsdienst Nachtübungen

durch.Das Notstandswerkselbstschutzgesetz ist 1965 vom Parlament gebilligt worden.Es ist noch nicht in Kraft.Dennoch empfiehlt derBundesverband der deutschen Industrie(Bdi)seit 1963 die Aufstellung dieser Werksarmeen.Das ließen sich die Kapitalisten nicht zweimal sagen:schon 1964 existierten 60.000 Werkselbstschützer.

Die Anwendung der Notstandsgesetze ist schon längst vorweg genommen. DAS IST VERSTÄNDLICH:denn wer schützt sich selbstmit dem Werkselbstschutz?
Die Kapitalisten schützen sich gegen die Arbeiter,Sie schützen ihre Profite gegen die Arbeiter.Werden bei einer Krise die Löhne herunter gesetzt,dann werden sie Streiks und die Überrahme der Fabriken durch die Arbeiter mit Waffen verhindern.Zwar dürften die Werkselbstschütz

ler nicht bewaffnet sein,aber da es dieselben Leute sind,die den bewaffneten Werkschutz(gegen Diebstahl,bei Geldtransporten usw.)bild

ist der Werkschutz faktisch bewaffnet:SIE ÜBEN ALS BEWAFFNTE WERKSCHÜTZER DEN UNBEWAFFNTEN DIENST DER WERKSELBSTSCHÜTZER AUS.
Darum auch die geheimen Schießübungen,die Nachtübungen, die Auswahl nur"vertrauenswürdiger"Leute und die Bespitzelung auch der Vergerichteten-DENN ES SOLL JA GEWÄHRLEISTET WERDEN,DASS DIE ARBEITER DIE GEWEHRE GERADE AUF IHRE KOLLEGEN UND NICHT ETWA AUF DIE

BOSSE RICHTEN.Es ist das alte Spiel,das die Kapitalisten spielen: 1915 wurde erstmalig Werkpolizei eingerichtet ,die gegen streikende Arbeiter vorging.In der Weimarer Republik abgeschafft,wurde sie vor

Hitler vor dem 2.Weltkrieg wiedererrichtet,um die Produktion von Kriegsmaterial zu schützen.Erst 1951 wurde diese Werksarmee abgeschafft,aber sie entsteht seit 1963 von Neuem.Noch ist dieser Werkselbstschutz ungesetzlich.Mit den Notstandsgesetzen tritt auch diese fertige Armee in Aktion.

DANN KANN WIEDER AUF ARBEITER GESCHOSSEN WERDEN

Wehrt Euch !

Demonstriert mit,am Mittwoch,29.Mai.Beginn 14.30Uhr,Weddingplatz,dann vor Schering(Fennstr.),Rathaus Wedding(Müllerstr.) Osram Glühlampenwerk(Groningerstr.),AEG u.Telefunken(Osloer- und Seestr.),dort wird gegen 19.30Uhr die Kundgebung stattfinden

Basisgruppen der Arbeiter ,Schüler und Studenten

29.05.1968:
In Hamburg findet aufgrund der heutigen 3. Lesung der Notstandsgesetze (NSG - vgl. 28.5.1968, 30.5.1968), laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), eine Demonstration durch Barmbek statt, für die der HASA die Verteilung von neuen, noch in der Nacht erstellten, Flugblättern im Hafen und vor den Fabriken organisierte. Der Zug wächst von 800 auf 2 500 Menschen an.

Im Schauspielhaus betreten, laut Agnes Huffner und Peter Schütt (vgl. 24.6.1968), mehrere hundert Demonstranten während der Pause das Foyer um mit dem Publikum zu diskutieren, nach der abgebrochenen Vorstellung findet ein mehrstündiges Teach-In statt.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 57; Auditorium Nr. 55, Hamburg Juni/Juli 1968, S. 19

30.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den NSG:"
DER KAMPF DER WESTDEUTSCHEN ARBEITERKLASSE GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE …
DIE SOZIALDEMOKRATIE ERMÖGLICHT DIE VERABSCHIEDUNG DER NOTSTANDSGESETZE

Am 30. Mai 1968 wurde die Notstandsverfassung, die 'einfachen' Notstandsgesetze (so genannt, weil sie mit einfacher parlamentarischer Mehrheit beschlossen werden können) von der großen Koalition verabschiedet. Zehn Jahre lang waren die verschiedenen Entwürfe hinter den verschlossenen Türen der Bonner Ministerien verhandelt worden. Die Verabschiedung des Gesetzes war durch die Bildung der Großen Koalition ermöglicht worden.

Warum?

Die NS-Gesetze 'sind ein entscheidender Schritt der Bourgeoisie zur Liquidierung aller restlichen, von der Arbeiterklasse erkämpften demokratischen Rechte. Sie sind das entscheidende Instrument der Bourgeoisie zur Faschisierung des Staates, zur Indienststellung aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche für die Vorbereitung eines neuen Krieges. (Polit-Rundschreiben des ZB der KPD/ML vom 1.Juli 1971). Diesen schweren politischen Angriff gegen die Arbeiterklasse konnte nur die Sozialdemokratie mit ihrem Einfluß in der Arbeiterklasse durchführen. Deshalb wurde die SPD 1966 (vgl. 26.11.1966, d.Vf.), als die wirtschaftliche und politische Krise sich verschärfte (…), an der Regierung beteiligt. 'Die Durchpeitschung der Notstandsgesetze war einer der wichtigsten Gründe, die zur Bildung der Großen Koalition führten.' (Polit-Rundschreiben)

WAS BEDEUTEN DIE NOTSTANDSGESETZE FÜR DIE ARBEITERKLASSE?

'Die Notstandsgesetze enthalten unter anderem die Organisierung von Kampfmaßnahmen seitens der Kapitalisten (Aussperrung der streikenden Arbeiter) einerseits und das Verbot aller politischen und von den sozialfaschistischen Gewerkschaftsführungen nicht genehmigten Streiks andererseits. Sie enthalten die Einführung von Streikverboten unter dem Vorwand der mangelnden 'wirtschaftlichen Angemessenheit' der Forderungen. Sie enthalten die ausdrückliche Legalisierung des 'Widerstandes' gegen demokratische Kräfte und revolutionäre Arbeiter.

Das Kernstück der NS-Gesetze ist die sogenannte Notstandsverfassung (Änderung des Grundgesetzes im Sinne der NS-Gesetze). Gemäß der Änderung des Artikels 12 GG ist die Einführung von Zwangsarbeit vorgesehen. Nach Änderung des Artikels 91 GG ist der Einsatz von Einheiten der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes (BGS, d.Vf.) gegen die westdeutsche Bevölkerung und gegen demonstrierende oder streikende Arbeiter möglich. Dazu kommt, daß der Einsatz der Bundeswehr auch bei Streikfällen und bei Widerstand gegen Zwangsarbeitsmaßnahmen möglich ist…

Gemäß der Notstandsverfassung hat die Regierung das Recht, die Pressefreiheit zu beseitigen, Versammlungsverbote zu erlassen, Vereinigungen zu verbieten, Enteignungen vorzunehmen, die Finanzfragen der Bundesländer zu regeln und bei Landesregierungen und -behörden diktatorische Anweisungen zu erteilen.

Die Notstandsverfassung sieht ferner die Bildung eines Notparlaments vor, das eine kleine Zahl von Monopolvertretern und deren Lakaien umfaßt und die Vollmacht hat, Notstandsgesetze zu erlassen. Die Funktion dieses Notparlaments wurde bereits im Oktober 1966 im Rahmen des NATO-Stabsmanövers 'Fallex 66' erprobt. Die Stabsübung, die während der Bildung der Großen Koalition stattfand, exerzierte die 'Befreiung', die Eroberung der DDR und die Errichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland…

Dies war ein entscheidender Schritt zur Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, das bedeutet die praktische Ersetzung des Parlaments durch ein arbeitendes Notparlament, das auch in sogenannten Friedenszeiten tagt. Das Parlament der Großen Koalition zeigte sein wahres Gesicht, als es sich mit 2/3 Mehrheit und in namentlicher Abstimmung zugunsten eines Monopolausschusses selbst entmachtete. Er bedeutete die Zentralisierung der gesetzgebenden, ausführenden und rechtsprechenden Gewalt in Händen eines Ausschusses von Monopolvertretern, der in engster Verbindung mit der militärischen Kommandozentrale, die Vorbereitung der faschistischen Diktatur organisiert. Wie das Handelsblatt (HB, d.Vf.) richtig feststellte, ging es darum, 'jetzt endlich einmal kräftig durchzugreifen und Ordnung auf der Straße zu garantieren' (23.12.1968).' (Polit-Rundschreiben des ZB vom 1.7.1971)

HALTUNG DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER ZU DEN NS-GESETZEN

Seit 1960, dem Zeitpunkt der Veröffentlichung eines ersten Entwurfs der NS-Gesetze, waren die Gewerkschaftsführer wortradikal gegen die Verabschiedung dieser Gesetze aufgetreten. 1966, als das Finanzkapital zur raschen Durchführung seiner Offensive überging und zu diesem Zweck die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligte, begann ein Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bereits offen, diese Politik zu unterstützen."

Eingegangen wird auf die Haltung des DGB in der Vergangenheit (vgl. 1962, 1966) und aktuell (vgl. 6.5.1968) sowie fortgefahren:"
Das Ende des 'Widerstandes' der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sah dann so aus: Von 144 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, die für die Annahme der NS-Gesetze stimmten, waren 82 Gewerkschaftsfunktionäre.

STREIKS GEGEN DIE VERABSCHIEDUNG DER NS-GESETZE

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze mußte notwendigerweise ein politischer Kampf sein.

Da es keine revolutionäre kommunistische Partei gab - die KPD war vom Revisionismus zersetzt - mußten diese Kämpfe zwangsläufig unter falscher politischer Führung stehen oder spontanen Charakter haben. An den Streiks, die zur Zeit der 2. und 3. Lesung der Notstandsgesetze im Mai 1968 durchgeführt wurden, zeigt sich dies deutlich:

Ein großer Teil der Kämpfe stand unter politischer und organisatorischer Führung von 'linken' sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und Revisionisten auf den unteren Ebenen. Diese Kämpfe bewegten sich völlig innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Demokratie, was sich zum einen an den aufgestellten Forderungen, zum anderen deutlich an den Kampfformen zeigte. Beispiele sind hierfür vor allem die Streiks in München, Köln und Frankfurt."

Es folgen Beispiele aus München (vgl. 30.5.1968), NRW (vgl. 23.5.1968) und Frankfurt (vgl. 15.5.1968, 16.5.1968) und weiter heißt es:"
An den Formen des Kampfes wird deutlich, wie die 'linken' Sozialdemokraten es verstehen, die Arbeiter an die SPD- und Gewerkschaftsführer zu binden.

Ulbricht (damals noch Marxist-Leninist) sagte dazu 1928: 'In Situationen, wo die Reformisten durch Manöver die Arbeiter irreführen wollen, ist es zuweilen nützlich, daß Belegschaftsversammlungen oder Gewerkschaftsorganisationen oder Kampfleitungen in Briefen an die Gewerkschaftsleitungen offen gegen diese Politik Stellung nehmen, sagen, was die Arbeiter tun müssen und bestimmte Forderungen an die Gewerkschaften stellen… Niemals dürfen solche Briefe in Situationen geschrieben werden, wo die Reformisten für jeden Arbeiter sichtbar Verrat üben, wo es also gilt, die Arbeiter auf Grund dieser Erfahrungen zu bestimmten Schlußfolgerungen zu veranlassen…

Ebenso ist es unzulässig, in solchen Briefen Forderungen an die Reformisten zu stellen, die prinzipiell im Widerspruch zur reformistischen Linie stehen… Das würde die Illusion erwecken, als ob bei entsprechendem Druck der Arbeiter die SPD und die reformistischen Gewerkschaftsführer doch Führer des Klassenkampfes werden können.' (Ulbricht, Geschichte der Arbeiterbewegung, Band I).

Diese Worte Ulbrichts gelten heute mehr denn je, denn das Verwachsen von Gewerkschaftsführern mit dem Staatsapparat und dem Finanzkapital ist inzwischen viel weiter fortgeschritten und damit auch die direkte Unterstützung der sozialfaschistischen Angriffe durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.

Die Politik der 'linken' Sozialdemokraten, wie sie am Frankfurter Beispiel zum Ausdruck kommt, dient damit letztendlich der sozialfaschistischen Politik. Mit ihrer Parole 'Zwingt die Bonzen', die an den Formen des Kampfes deutlich wird, ketten die 'linken' Sozialdemokraten die Arbeitermassen an die SPD- und Gewerkschaftsführer und verhindern so, daß die Arbeiterklasse sich gerade von diesen falschen Führern abwendete und den Kampf gegen die aufnimmt. Die 'linken' Sozialdemokraten waren damit die wichtigste Agentur der SPD-Führer in der Arbeiterklasse, mit deren Hilfe sie die Verabschiedung der NS-Gesetz durchsetzen konnte.

Von diesen Kämpfen unterscheiden sich deutlich die Streiks, die spontan zu politischen Kämpfen übergehen und in ihren Formen den Gewerkschaftslegalismus sprengen. Ein Beispiel hierfür sind vor allem die Streiks in Bochum", im IGM-Bereich (vgl. 27.5.1971) und stadtweit (vgl. 28.5.1968).

Abschließend heißt es:"
Die Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die Notstandsgesetze zeigen die zunehmende Bereitschaft der Arbeiterklasse, den politischen Kampf gegen ihren schlimmsten Feind, die Sozialdemokratie, aufzunehmen. Dieser Kampf kann aber nur unter der Führung der Kommunistischen Partei geführt werden.

Die Notwendigkeit der Gründung der KPD/ML (vgl. 31.12.1968, d.Vf.) trat damit besonders klar hervor."

Die Marxisten-Leninisten (ML) Dortmund (vgl. 13.11.1972) berichten über die Konsequenz der SPD, "so kämpfte man gegen die Notstandsgesetze und stimmte ihnen dann 1968 zu."

Berichtet wird auch durch die KPD/ML-ZK (vgl. 23.5.1972), durch den KJVD der späteren KPD/ML-ZB (vgl. Apr. 1970, Sept. 1970, Nov. 1970, Dez. 1970, Apr. 1971), durch den Kommunistischen Studentenverband (KSV - vgl. 25.10.1972) der KPD und in:
- Baden-Württemberg durch den BKA Freiburg und die KG (NRF) Mannheim/Heidelberg gemeinsam (vgl. 12.4.1972), durch die KG (NRF) allein (vgl. 26.1.1972, 28.3.1972, 3.10.1972) u.a. in einem Bericht über die DKP (vgl. Sept. 1972) und in Freiburg durch den Kommunistischen Jugendbund (KJB) Freiburg des BKA (vgl. 18.4.1972);
- Bremen durch den KB Bremen (KBB - vgl. 20.9.1972);
- NRW durch die ML Castrop-Rauxel, ML Dortmund, ML Hagen und die PL Hamm im IGM-Bereich (vgl. 11.12.1972), in Dortmund durch die ML Dortmund (vgl. 31.7.1972, 12.10.1972, 25.10.1972), das Vorbereitende Komitee Dortmunder Hochschulen Kampf dem Ausländergesetz (vgl. 4.9.1972) und das Vorbereitende Komitee Huckarde Kampf dem Ausländergesetz und der politischen Unterdrückung (vgl. 4.9.1972), im IGM-Bereich bei der Hoesch Westfalenhütte durch die KPD (vgl. 8.3.1972) sowie in Gladbeck durch den KJVD der KPD/ML-ZB (vgl. 4.7.1970).
Q: Vorbereitendes Komitee Huckarde: Kampf dem Ausländergesetz und der politischen Unterdrückung: Aufruf zum Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz, Dortmund O. J. (Sept. 1972), S. 2; Der Kampf der Arbeiterjugend Nr. 1, 3, 5, 6, 3 und 4, Bochum Apr. 1970, Aug. 1970, Nov. 1970, Dez. 1970, März 1971 bzw. Apr. 1971, S. 15, S. 3 und 7, S. 5f, S. 6 und 8, S. 2 bzw. S.2f;Klassenkampf und Programm Nr. 1, Dortmund Dez. 1972, S. 30, 33 und 37;ML Castrop-Rauxel, ML Dortmund, ML Hagen, PL Hamm: Resolution zur Metalltarifrunde: Gegen Stabilitätspakt und Konzertierte Aktion den klassenbewußten gewerkschaftlichen Kampf, Dortmund O. J. (1972), S. 2;Klassenkampf Extrablatt und 1. Mai-Zeitung, Freiburg 12.4.1972 bzw. O. J. (Apr. 1972), S. 2 bzw. S.2;Kommunistische Arbeiterpresse Hoesch Westfalenhütte Nr. 11, Dortmund 8.3.1972, S. 3;Kommunistische Jugendzeitung Nr. 5, Freiburg 18.4.1972, S. 12;Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 8ff;Vorbereitendes Komitee Dortmunder Hochschulen Kampf dem Ausländergesetz und der politischen Unterdrückung: Aufruf zum Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz, Dortmund O. J. (1972), S. 2;Die Rote Front Nr. 1, 2 und 3, Dortmund Okt. 1972, Okt. 1972 bzw. Nov. 1972, S. 6, S. 3, 9 und 12 bzw. S.5;Roter Morgen Nr. 10, Hamburg 23.5.1972, S. 2;Arbeiter-Zeitung Nr. 1, 3, Extrablatt und Nr. 8, Mannheim/Heidelberg Jan. 1972,

Apr. 1972, 12.4.1972 bzw. Okt. 1972, S. 6, S. 11, S. 2 bzw. S.2; Dem Volke dienen Nr. 1, Dortmund 25.10.1972, S. 2; N.N. (ML Dortmund): Plattform für den Kampf gegen das Ausländergesetz und die politische Unterdrückung, o.O. (Dortmund) O. J. (1972), S. 1ff

30.05.1968:
Der Vorstand des VDS-Fachverbands Architektur verfasst ein Schreiben an die Fachschaftsvertreter und Studienreformbeauftragten mit der Einladung zur Fachverbandstagung ab dem 28.6.1968.
Q: VDS-FV Architektur-Vorstand: An die Architektur-Fachschaftsvertreter…, Berlin 30.5.1968

vds fachverband architektur vorstand 1967/8- hinrich reyelts,1000 b21
siegmundshof 2/4,g

an die architektur-fachschaftsvertreter der uni's
-studienreformbeauftragten hbk's
hfg ulm 30.5.68

liebe kommilitonen,
sicher erreicht dies schreiben auch einige neugewählte fachschaftsvertreter.
um deshalb erst recht an die fachverbandsarbeit zu mahnen einiges zur aktivitäts-u
damit aufgabenlage:
seit januar(fv-tagung in ulm)hat es keine information über örtliche fachschafts-
arbeit gegeben-gegenseitig.außer einem,wie in ulm verabredet,von der fachschaft
darmstadt gelieferten monats bericht.
die fragebogenrücksendung+ steht noch immer aus von den universitäten aachen,braun
schweig und stuttgart.(über die studiensituation). insoweit blockierung der studie
führerfertigstellung!
das protokoll der ulmer tagung erreichte den vorstand erst zu ferienende.es harrt
der aufarbeitung.
mehrfache bemühungen,ein studienreformseminar zum anfang des semesters in hannove
stattfinden zu lassen,wurden infolge termin(organisations-)-und finanzfragen eing
stellt.
(soweit die nackten daten.eingehenderes dazu später,vorstandsbericht)

einberufen möchte ich hiermit nunmehr die 27.o. fachverbandstagung,vorläufig wie
geplant für den 28/29/(30).juni in der hbk hamburg(die ihre organisationsbereitsc
zugesagt hat).
dazu folgende grundsätzliche überlegung: mir erscheint die tagung als sehr wichti
da sie doch die einzige möglichkeit darstellt,die in allen fachschaften derzeit
mehr oder minder anliegende studienreformarbeit zu diskutieren,darüber eingehend
informieren,und die örtlichen aspekte durch praxis und vergleich zuergänzen.
aus finanziellen gründen(s.scheitern seminar),und um das treffen nicht formal zu
überlasten,schlage ich vor : dietagung wird auf den punkt studienreform konzen-
triert abgehalten,wozu vor allem die studienreformexperten der fachschaften kom-
men sollten.
tagesordnungsvorschlag demnach folgendermaßen:
1 1/2 tage studienreform- bzw.hochschuldemokratisierungsinfo
1/3 tag(möglichst nur!) vorstandswahl
2/3 tag aktivitätendiskussion und -planung für den anstehenden zeitraum
(fachschaften,fachverband incl.studienführerbearbeitung,vorstand)
zur ~~tagesordnungs~~tagungsdurchführung bitte ich nun um folgendes:
1)beantragt bitte schon jetzt beim asta reisegeld,sucht möglichst zwei fachschaft
vertreter,die sich für die tagung speziell vorbereiten können,mit ihrem erschei
zur effektivität dertagung beitragen können,somit.
2)schickt bitte sobald möglich+ einen bericht über eure fachschaftsarbeit seit ja
68,insbesondere wohl studienreform-(bzw.reform der fachschafts)arbeit(überblick
stand),studienkritische bzw. -ergänzende unternehmungen bei euch(KU's,vortragsr
hen,auss/tellungen etc. -welche und wie), außerdem,besonders,kurz über zusammen
arbeit mit dem asta(worin und wie,bzw.-nicht)
+ ich möchte darüber auf der fachverbandsvorsitzend
tagung am15/16.juni berichten.außerdem halte ich es für wichtig,daß derartige in
mation somit vor der fachverbandstagung aneinandergehen kann.nachfragen und dis
sion dann sehe ich als ergiebiger,wichtiger(s.tagesordnungsvorschlag)
3)schickt bitte umgehend zusage bzw. kritik,ablehnung an mich,damit entsprechend di
tagung organisiert werden kann.

vorstandstätigkeitsbericht und protokolle gehen euch nach pfingsten zu,endgültige
tagungsangaben nach zusagenübersicht!

grüße,herzliche bitte um viel antwort(nun endlich doch!)

hinrich reyelts

verteiler: mitgliedsfachschaften BRD,th graz,eth zürich;herren winkelmann(studie
führer),wagenknecht(vors.vds-ag techn.wiss.),spindler,gerhardt(u. haa
gelka ,schütz,wichmann(vds-gesch.stelle bzw.-vorstand,-fachverbandsbe
tragte)

30.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Uni besetzt - besetzt die Universität" des Studentenparlaments (StP) mit der in der Nacht von 1 000 Teilnehmern angenommenen Resolution des StP gegen die Suspendierung des AStA und für die Besetzung der Universität. Das Hochschulgesetz entspreche den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: StP: Uni besetzt - besetzt die Universität, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

30.05.68

uni besetzt

Nachdem gestern der Rektor der Universität, Frau Prof. M.Becke, die Suspendierung des ASta verfügt hat, hat das Studentenparlament heute nacht folgende Beschlüsse gefasst, denen auch die überwältigende Mehrheit der fast 1000 anwesenden Studenten zustimmten:

Das 28. StP fordert die Rektorin der Universität Heidelberg, Frau Prof. Becke, unmißverständlich und eindringlich auf, die gegenwärtige Suspendierung des AStA der Universität HD mit sofortiger Wirkung und rückwirkend wieder aufzuheben. Das StP sieht es nicht als Aufgabe des Rektorats an, in die demokratischen Rechte des StP einzugreifen. Einzig das StP als gewählte Legislative der Studentenschaft ist befugt, einen ihm nicht mehr genehmen AstA durch Neuwahl abzuwählen. Weiterhin wird die Rektorin ersucht, für die notwendige Publizität der Rücknahme der Entscheidung zu sorgen (dpa, upi, RNZ, HT).

Kommt das Rektorat dieser Forderung des StP nicht unverzüglich nach, so fordert das StP die Rektorin auf, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten.

! Das StP fordert die Studenten auf, die Universität zu besetzen, um die Rektorin zu der Rücknahme des Beschlusses auf Suspendierung des AStA zu veranlassen und den Widerstand gegen das Hochschulgesetz, auf das sich der Beschluss des Rektors stützt, entschlossen zu organisieren. Das Hochschulgesetz entspricht für den Bereich der Hochschule den Notstandsgesetzen für den der BRD. Beide Gesetze schaffen die Möglichkeit, demokratische Opposition und die Selbstbestimmung der Bürger bzw. Studenten von oben auszuschalten. Gegen beide Gesetze muss sich der Widerstand der Studenten richten.

Das StP versteht unter Besetzung keine vollständige Blockade der Universität. In einer Sitzblockade, die es Vorlesungswilligen ermöglicht, die Vorlesungsräume zu erreichen, sieht das StP ein legitimes Mittel des Widerstandes.

Das 28. StP hat den gegenwärtigen AStA unter ganz bestimmten sachlichen und politischen Voraussetzungen gewählt, die auch heute noch bestehen. Dem StP sind keine Äusserungen oder Aktionen des AStA bekannt, die auf einen Amtsmissbrauch hindeuten, und es spricht deshalb dem AStA sein Vertrauen aus.

Für die Richtigkeit: Protokollführer des StP

besetzt die universität

30.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein SDS-Flugblatt zur Besetzung der Universität Frankfurt gegen die Notstandsgesetze (NSG) und dem deshalb am Morgen erfolgten Polizeieinsatz.

Aufgerufen wird zur "Organisation des Widerstandes" sowie: "Brecht die Macht der Bankrotteure!"
Q: SDS: Kommilitoninnen, Kommilitonen!, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

30.05.68

KOMMILUTONINNEN, KOMMILITONEN!

Heute morgen stürmten mehrere Hundertschaften der Polizei die Frankfurter Universität, die aus Protest gegen die Notstandsgesetze und die Schließung der Universität durch den Rektor von Studenten besetzt gehalten worden war. Der Rektor, der den Einsatz der Polizei angefordert hat, bewies damit endgültig, was von seinem 'liberalen' Gerede immer schon zu halten war. Der größte Teil der Frankfurter Studenten war, als die Polizei das Geschäft des Rektors besorgte, nicht in der Universität, weil sie vor den Betrieben gegen die Notstandsgesetze agitierten. Sie konnten deshalb der geballten Staatsgewalt, die zeigte, wie es um die proklamierte Autonomie der Universität gestellt ist, keinen vollen Widerstand entgegensetzen. Die Frankfurter Studenten werden sich derlei Maßnahmen keineswegs gefallen lassen. Sie werden die Universität wieder in ihre Hand bringen. Wie ihre Pariser Kommilitonen werden sie sich der staatlichen Gewalt nicht beugen. Der Zusammenhang zwischen repressiver Hochschulpolitik und staatlicher Notstandsplanung wird durch die Frankfurter Polizeimaßnahmen aufs Neue eindringlich vor Augen geführt. Der allseitige autoritäre Angriff auf die demokratischen Widerstandszentren in dieser Gesellschaft muß durch die Studenten mit der ORGANISATION DES WIDERSTANDES beantwortet werden. Voraussetzung dafür ist, daß sie endlich diesen Zusammenhang durchschauen und ihren Kampf gegen die Universitätsbürokratie als Kampf um die Demokratisierung der Gesellschaft verstehen und ihren Widerstand gegen die Notstandsgesetze als Kampf für eine demokratische Hochschule aufnehmen. Die Gewalt der Reaktion ist in den gesellschaftlichen Institutionen verwurzelt: dort an der gesellschaftlichen Basis muß sie gebrochen werden.

Die Besetzung der Universität durch die Studenten als Antwort auf den Erlaß der Notstandsgesetze und deren objektive Unterstützung durch die Universitätsbürokratie zeigt, daß wir diesen Zusammenhang begriffen haben. Sie haben ihre demokratische Antwort gegeben auf die Maßnahmen der Bürokratie. Ihr abstrakter Protest gegen Notstandsgesetze einerseits und Hochschulgesetz andererseits wurde konkretisiert. Freilich darf die Solidarität der Studenten nicht einmalige Reaktion bleiben auf besonders unverschämte Maßnahmen der Bürokratie: in gemeinsamer Arbeit und Planung, in permanenter inhaltlicher Diskussion unter den demokratischen Studenten muß ihr Dauer verliehen werden. Dann werden Polizeimaßnahmen, mit denen sicher auch die Heidelberger Universitätsbürokratie liebäugelt, sich selbst entlarven und in ihrer peinlichen Unangemessenheit bloßstellen.

Wir schlagen deshalb die sofortige Bildung von Streik-, Aktions- und Redaktionskommitees vor. Sie und der Initiativausschuß der KU müssen sich in Hörsälen einrichten, um die ständige Verbindung mit der Studentenschaft aufrecht zu erhalten. Der Initiativausschuß der KU muß die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit in der besetzten Universität aufnehmen, um die vorläufige Unterbrechung des Lehrbetriebs durch die Übernahme der wissenschaftlichen Arbeit inhaltsreicher zu füllen. Die Ereignisse der letzten Tage müssen analysiert werden. Unsere Überlegenheit über die Bürokratie muß sich darin erweisen, daß wir rational und bewußt die Initiative selbst in die Hand nehmen, statt bloße Objekte der Autoritäten zu bleiben.

B R E C H T D I E M A C H T D E R

B A N K R O T T E U R E !!!

SDS

30.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt "Streik - Besetzung der Uni" zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: N. N.: Streik - Besetzung der Uni, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

30/05-6

Streik – Besetzung der Uni.

W i d e r s t a n d gegen das Notstandsgesetz

und

W i d e r s t a n d gegen das Hochschulgesetz

Der Widerstand der bundesrepublikanischen Oppostition gegen die Notstandsgesetze hat sich im verbalen Protest, in Diskussionen, Appellen und Petitonen erschöpft. Der Protest gegen diese Gesetze wird von der Erkenntnis getragen, dass Notstandsgesetze sich gegen die arbeitende Bevölkerung und demokratische Oppostition richten und allein der Grossindustrie und den Interessen einer autoritären und deshalb undemokratischen Staatsführung dienen. Die Ablehnung ger Gesetze geht durch alle Teile der Bevölkerung, mit zunehmender Gewissheit, dass die Änderung unseres Grundgesetzes zugunsten der Notstandsgesetzgebung nicht aufzuhalten ist, macht sich aber eine Resignation bemerkbar.

Der VDS hat aus den Erfahrungen von 1933 die Konsequenzen gezogen und des alb dazu aufgerufen, die neuen NS-Gesetze nicht nur verbal zu bekämpfen, sondern gegen sie aktiven Widerdtand zu leisten. Der AStA unserer Universität hat sich diesem Aufruf angeschlossen und die Studentenschaft aufgefordert, nicht bei akadeischer Diskussion stehenzubleiben, sndern zum Streik überzugehen.

Die Entwicklung an unserer Uni: Der AStA ruft zum Streik am Tage der zweiten Lesung (15. Mai) auf und kündigt ein Teach-in an. Gleichzeitig wird die Aufforderung des VDS zur Solidarisierung des Lehrkörpers mit streikenden Studenten an den Senat weitergeleitet. Die Senatssitzung wird abgesetzt, weil der SDS zu einem Go-in aufruft, um die Öffentlichkeit herzustellen und dabei zu horen, ob die Professoren den Kampf gegen die Notstandsgesetze unterstützen oder wieder einmal ihre schweigende Zustimmung zum Abbau der Demokratie geben. Zur Durchführung des Streiks werden Streikposten eingesetzt, die ihre Aufgabe darin sehen, stattfindende Vorlesungen - anlässlich der einschneidenden Änderungen unseres Gundgesetzes - in eine Diskussion umzufunktionieren oder die Teilnehmer aufzufordern, sich am Teach-in zu beteiligen. Das Rektorat verhindert ein allgemeines Teach-in und lädt zu einem Vortrag einiger Professoren über die Notstandsgesetze ein (zur gleichen Zeit, am gleichen Ort). Auf einem Teach-in am 24. Mai unterstützt die Mehrheit einen Antrag des AStA , der vorsieht, (aus Anlass der 3. Lesung der NS-Gesetze)am Montag (27. Mai) in der Zeit von 10 - 11 Uhr einen Warnstreik und am Die und Mi (28./29. Mai) einen Generalstreik durchzuführen. Nach einem - ebenfalls von der Mehrheit angenommenen - Ergänzungsantrag soll die Freiwilligkeit garantiert werden. (Die Forderung der Freiwilligkeit ist allerdings sinnlosbei vorherigum Aufruf derselben Leute zum Generalstreik). Beim Generalstreik am Dienstag werden die Afugänge durch ein Sit-in besetzt, durch passiven Widerstand, allein mit physischer Präsenz. Durch diese Besetzung sollte eine Diskussion über die Notstandsgesetze erreicht werden, es sollte keinem ermöglicht werden, am Tage der gravierendsten Veränderung des Grundgesetzes ohne ernsthafte Diskussion zur Tagesordnung des Fachstudiums über-

des NHB, der Korporationen und der politischen Rechten wehen jeder Diskussion aus und versuchten, ihre Vorlesungen durch ein massives Durchbrechen, durch Prügeln oder durch Einsatz von Wasser zu erreichen. Teilweise versuchten sie auch, sich den Aufgang zu erkämpfen ohne überhaupt eine Vorlesung besuchen zu wollen. In der Nacht zum Mittwoch wurden dieStudenten, die die Besetzung aufrecht erhalten wollten, von Regierungsrat Martin aufgefordert, die Uni zu verlassen, ohne Übernahme der Verantwortung durch den AStA liege der Tatbestand des Hausfriedensbruchs vor. Der AStA-Chef, der zu der Aktion nicht aufgerufen hatte, erklärte sich nach einer Diskussion unter den Anwesenden bereit, die Verantwortung bis zur Öffnung der Uni zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass keine Barrikaden errichtet würden. Erst als sich die Studenten, die den Streikbeschluss durchführen wollten, erfuhren, dass Schlägertrupps die Uni zu stürmen versuchten, verbarrikadierten sie die Eingänge. Zu Beginn der ersten Vorlesungen durchbrachen einige Gruppen durch Prügeln die Streikketten, andere verschafften sich durch Einschlagen von Fensterscheiben im Anglistischen Seminar Eingang in die Uni und konnten so die Streikposten von hinten angreifen. Die Streikbrecher, allen voran der NPD-Abgeordnete Kossieck, schlugen nicht nur auf die sich passiv verhaltenden Studenten ein, sondern benutzten bei ihrem Angriff auch Tränengas.
Der Rektor der Universität, Frau Becke, verfügte unter Berufung auf § 48 des Hochschulgesetzes die Suspendierung des AStA, weil dieser zu gewaltsamen Handlungen aufgerufen habe. Auf einem Teach-in wies die Mehrheit der versammelten Studentenschaft den Eingriff des Rektorats in diestudentische Autonomie entschieden zurück und forderte eine sofortige Rücknahme der Entscheidung.
Das StP forderte am Abend desselben Tages unmissverständlich und eindringlich die Rektorin auf, die Suspendierung rückwirken aufzuheben, da allein das StP als gewählte Legislative der Studentenschaft befugt sei, einen AStA abzuwählen. Das StP forderte ferner den Rücktritt der Rektorin für den Fall, dassseine Forderung nicht sofort erfüllt werde. Ausserdem sprach das Parlament dem AstA sein Vertrauen aus.
Zur Durchsetzung seiner Forderung rief das StP gleichzeitig die gesamte Studentenschaft auf, dieUni zu besetzen und den Widerstand gegen das Hochschulgesetz, auf das sich die Massnahme des Rektorats bezieht zu organisieren, ein Widerstand, der bereits auf der Vollversammlung zum Hochschulgesetz durch den Wahlboykott der Grundordnungskommission beschlossen wurde. Das StP betont, dass sowohl Notstandsgesetze als auch Hochschulgesetz die Möglichkeit schaffen, demokratischeOpposition und Selbstbestimmung der Bürger bzw. Studenten von oben auszuschalten. Nach der StP-Sitzung blieb die Uni in der Nacht massenhaft besetzt, gross war die Zahl der Kommilitonen die in der Halle übernachteten. Um den Streik möglichst effektiv durchführen zu können, konstituierte sich am Donnerstagmittag ein Streikkommittee, das ein Informationszentrum im Hörsaal 4 a einrichtete un die künftigen Aktionen koordinieren soll.
Der Streik wird durch die Besetzung weiterhin aufrechterhalten!

KOSIEK und die Becke
unter einer Decke —
HAHN kräht vor Vergnügen

AKTION und DISKUSSION

Eine der Grundvoraussetzungen für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie ist die Tatsache, daß Politik nur losgelöst von der tatsächlichen gesellschaftlichen Situation der Betroffenen betrieben wird. Demokratische Entscheidungsprozesse sind beschränkt auf einen periodischen, ritualisierten Wahlgang; die soziale Demokratie ist nicht verwirklicht, Betriebe, Universitäten und Schulen sind hierarchisch geordnet. Diese Trennung von konkreter Lage und Politik macht Manipulation erst möglich, indem sie jetzt von den Herrschaftsverhältnissen am Arbeitsplatz ablenken und auf einen formal-demokratischen Entscheidungsprozeß hinweisen kann, der nur noch Täuschung ist.

Genau diesem manipulativen Zusammenhang unterwerfen sich diejenigen, die einfach nur in individuellen Diskussionen Aufklärung betreiben wollen. So entsprechen die Diskussionen mit der Bevölkerung am Bismarckplatz oder auch die akademischen Freizeit-Diskussionen durchaus pseudopolitischen Stammtischgesprächen, weil sie keine Beziehung zur konkreten Situation der Diskutanten haben und also auch nicht zu praktischen politischen Folgen führen können. Man diskutiert über die Notstandsgesetze ohne sie zu ihren gesellschaftlichen Hintergründen in Beziehung zu setzen, und man diskutiert über die Hochschulsituation ohne wiederum die Notstandsgesetze zu reflektieren. Der Bürger bleibt dabei isoliert und unfähig kollektiv politisch zu handeln. Wer mit Agitation und Propaganda seine politische Meinung einfach als die bessere Ware anpreist, unterwirft sich einem Konkurrenzverhältnis mit den Manipulationsapparaten der Herrschenden, dem er nicht nur hoffnungslos unterlegen ist, sondern der ihm selbst seine eigenen Verschleierungsformen aufzwingt.

Wer aber Demokratisierung verstanden hat als die demokratische Ordnung der jeweiligen konkreten Arbeitsverhältnisse, wer also die Diskussion in die Vorlesung hineinträgt und den politischen Charakter der wissenschaftlichen Arbeit selbst durchschaut, der greift diese unsere Herrschaftsverhältnisse an ihren Grundlagen an, der greift notwendigerweise die Institutionen an, die diese Herrschaft sicherstellen. In der Universität also muß der Zusammenhang hergestellt werden zwischen der wissenschaftlichen Arbeit, der politischen Diskussion und den praktischen Folgen, die sich daraus ergeben; das heißt aber auch, daß wir in einer Situation, in der die Demokratie durch die Notstandsgesetze tendenziell abgeschafft wird, einen Universitätsbetrieb blockieren müssen, der in seiner kritiklosen Mechanik, eine der Voraussetzungen der Herrschaft und Gewalt in diesem Staate, wie sie sich in den Notstandsgesetzen zeigen, darstellt. Da aber diese Herrschaft auf der institutionalisierten Gewalt des Bestehenden beruht, so steht die Opposition von Anfang an im Felde der Gewalt, über deren Maß nicht sie sondern die Herrschenden, in unserem Falle die Universitätsbürokratie und deren Handlanger, die NPD-Schlägertrupps, bestimmen.
So befindet sich die studentische Opposition in dem Dilemma entweder in akademischer Diskussion wirkungslos zu bleiben oder aber mit ihrem Widerstand die Gewalt des Systems zu provozieren. Wenn überhaupt, so kann dieses Problem nur gelöst werden durch eine immer weitergehende Solidarisierung in der Studentenschaft, die sie allein gegen die Bürokratie schützen kann. Eine politisierte Öffentlichkeit läßt sich aber erst herstellen, im Kampf gegen die Institutionen des herrschenden Bildungsbetriebes, die vom Fehlen dieser Öffentlichkeit leben.

SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITERN – ODER GLEICHSCHRITT MIT DEN HERRSCHENDEN

Die kollektive Form der Produktion führte für die im Produktionsprozess Vereinigten zugleich zur Erfahrung der gemeinsamen Kraft der Unternehmenen gegen ihre Unternehmer. Die kollektive Arbeitsweise war der Grund dafür, dass sich die Arbeiter als Kollektiv verstehen und als Kollektiv solidarisch handeln konnten. Dass sie nur im Kollektiv stark sind, zeigt ihnen überdies ihren Wert als Individuen: austauschbare Ware Arbeitskraft zu sein. So wie ihr Arbeitsplatz kurzfristig kündbar ist, so sind sie als Individuen nichts.

Der Eingriff an der Basis zeigt die wahren Herren über den Produktionsprozess, der Voraussetzung der gesellschaftlichen Organisation ist. Darin liegt seine Gefahr für die Herrschaft, und das befreiende Moment des solidarisch Handelnden.
Die Voraussetzungen wissenschaftlicher "Produktion" beruhen vornehmlich auf der individuellen Aneignung eines Angebots von wissenschaftlichem "Stoff". Die Studenten versammeln sich in der Universität als Menge, ohne sich je als Kollektiv zu erfahren. Sie sind als Atome jeweils auf einen Vortragenden oder Seminarleiter bezogen und verhalten sich zueinander höchstens nach Maßgabe von Wettbewerb und Konkurrenz. Dabei hat kultivierte Individualität den höchsten Preis und kennzeichnet den gesellschaftlich Privilegierten.

Kollektive Arbeitsformen auch in der Universität, die an die Stelle des bellum omnium contra omnes Solidarität setzen, erscheinen als Angriff auf individuelle Freiheit selbst und damit auf das Prinzip der Wissenschaft überhaupt. Aber diese individuelle Freiheit kann in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nur Freiheit des Egoismus, nur ein korruptes und korrumpierendes, weil auf die Unfreiheit der anderen unsolidarisch basiertes Privileg sein. Sie muß aufgehoben werden in der solidarischen Aktion, z.B. im gemeinsamen Streik mit jenen, die durch die Notstandsgesetze in erster Linie betroffen werden, den Arbeitern.

In ihrer individualisierten Konsumentenhaltung sind die Studenten nur zu solidarisieren über massive Eingriffe, die quasi ihre Rechte als Staatsbürger verletzen. Erst auf dieser Ebene (sieht man von gänzlich unerträglichen Arbeitsbedingungen ab) kann der Sinn von kollektivem Handeln einsichtig werden.
Als Aktion von Konsumenten kann ihr Streik nicht unmittelbarer Eingriff in die Produktionssphäre sein, sondern nur als initiierender Funke wirken. Er kann den entpolitisierten Massen zeigen, daß ihre Ohnmacht überwindbar ist, und dass man sich wehren kann.

BENDA UND DIE BECKE
UNTER EINER DECKE

ALLSEITIGER ANGRIFF DER HERRSCHENDEN – WIDERSTAND DER STUDENTEN

Laut Herrn Weng (CDU), dem Berichterstatter des Sonderausschusses Hochschulgesetz im Baden-Württembergischen Landtag, sprachen sich die Rektoren "gegen die 'Politisierung' der Hochschulen aus. Die 'Demokratisierung' könne ein fragwürdiges Schlagwort sein." Auch die Rektorin der Universität Heidelberg hätte das Hochschulgesetz befürwortet (Sitzung vom 15. Febr. 1968). Das Hochschulgesetz wendet sich denn auch eindeutig gegen die Interessen der Studenten. Die Autonomie der Hochschule wird endlich um ihren Begriff gebracht : Sie wird als Herrschaft der Ordinarien bestätigt und gleichzeitig, was die Studentenschaft betrifft, als Anpassung an die bestehende Gesellschaft interpretiert. Aus der politischen Bedeutung des Hochschulgesetzes machte Herr Weng kein Hehl : "Mit Sorge fragt die CDU, ob es kennzeichnend für die kommende Zerklüftung unseres ganzen Volkes ist wenn jetzt eruptiv aus dem akademischen Bereich, der lange Zeit dem Pflichtgedanken vorbildlich verbunden war, das Ungeordnete heraustritt, wenn – nicht am heutigen Tage – Zusammenrottungen an den Schranken des Rechtsstaates, wenn Aktionen gegen die parlamentarische Demokratie, die wir mühsam aufgebaut haben, ausgerufen werden."

Die politischen Studenten seien auf dem Weg, "Unordnung, ja Anarchie in die [illegible] auch unserer Heimat zu tragen", d. h. in Baden-Württemberg den Kampf gegen eine autoritäre Gesellschaft so entschieden aufzunehmen wie in Berlin. Herr Veit, der Sprecher der SPD, führte aus, er hätte "sogar nichts dagegen, wenn die Jugend über Vietnam spricht" und präzisierte: "Aber es muß in der richtigen Bahn bleiben, und es muß sich in der richtigen Form abspielen." Um diese richtige Form zu gewährleisten, erließ man das Hochschulgesetz. Es soll sicherstellen, daß die Studenten über oppositionelle Meinungen nicht hinausgehen und die Taten derer, die das Heft in der Hand haben und über die Gesetzgebung verfügen als wäre sie ihr Privatbesitz widerstandslos ertragen.

Die Studenten protestierten zwar gegen das Hochschulgesetz, aber ihr Protest blieb verbal. Während die staatliche Bürokratie und ihre Handlanger im Parlament längst die gesamtgesellschaftliche Bedeutung einer politischen Studentenschaft erkannt hatten und ihre hochschulpolitischen Maßnahmen als Domestizierung der politischen Studenten verstanden, blieben die Forderungen der Studenten nach Demokratisierung der Hochschule diesen selbst abstrakt und konnten deshalb politisch auch nicht durchgesetzt werden. Die Studentenschaft war bestenfalls zu mit großer Mehrheit gefaßten Resolutionen fähig, deren Verwirklichung sie erst gar nicht in Angriff nahmen. Die Addition von bloß individueller Ablehnung wurde nicht zu massenhaftem Widerstand gegen die Durchführung der Hochschulgesetze. Der Protest auch der linken Studenten blieb im Grunde unpolitisch, weil er zu keiner politischen Praxis führte. – Hatte die Landesregierung die Aufgabe des Hochschulgesetzes als Domestizierung der Studenten verstanden, so war die Bundesregierung dabei, demokratische - und d.h. heute verändernde Praxis - überhaupt zu unterbinden. Sie schreckte in ihrem Notstandsgesetz, das sich vor allem gegen die Arbeiterschaft richtet, vor einer totalen Verkehrung des traditionellen Widerstandsrechtes nicht zurück, um die aufkommende Opposition, d.h. gegenwärtig vor allem die Studenten, unmittelbar in ihrer physischen Existenz zu bedrohen: Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ist jeder individuelle Faschist und jeder Schläger berechtigt, die oppositionellen Studenten unter Gewaltanwendung zu bekämpfen.

Die Streikbrecher vom Mittwoch nahmen dieses faschistische, weil die individuelle Gewalttätigkeit schützende "Widerstandsrecht" schon in Anspruch, als sie die die Universität blockierenden Studenten angriffen, während sich diese zu Recht auf die demokratische Tradition des Widerstandes gegen illegitime Herrschaft berufen konnten, wie sie der Bundestag inzwischen legalisiert hat.

Die vorläufige Suspendierung des AStA durch die Rektorin, die sich die perverse Verkehrung des unabdingbaren "Widerstandsrechtes" schon vor dessen Erlaß zu eigen gemacht hatte, stellte nun den unmittelbaren Zusammenhang her zwischen den beiden Gesetzen, die durch einen zum bloßen Herrschaftsinstrument verkommenen Parlamentarismus gesamtgesellschaftlich vermittelt sind. Hatte sich das Hochschulgesetz insgesamt gegen die Politisierung der Hochschule gerichtet, so wurde es jetzt konkret gegen diejenigen gewandt, die mit dem Protest gegen das Notstandsgesetz Ernst machten und zum Widerstand übergingen. Unter Berufung auf ein antidemokratisches Gesetz wurde den Studenten durch die Universitätsbürokratie klargemacht, was sie nach Erlaß der Notstandsgesetze von der Staatsbürokratie zu erwarten haben.

Aber die Studenten laufen Gefahr, auch jetzt nicht die richtige Antwort zu finden, die nur in solidarischem Kampf gegen die autoritäre Gesellschaft und Universität bestehen kann, sondern sich in inhaltslosen Methodendiskussionen zu verlieren und den offenen Konflikt zwischen Universitätsbürokratie und Studentenschaft in radikalen Resolutionen bloß zu proklamieren, statt kollektiv die praktischen Konsequenzen zu ziehen, d.h. die studentische Hochschulpolitik und den Widerstand gegen die Notstandsgesetze im Kampf gegen die Herrschaft dort zu vermitteln, wo uns diese unmittelbar entgegentritt: in der Universitätsbürokratie.

So werden wir es versäumen, den Betrieb dieser Gesellschaft dort zu stören, wo wir dazu in der Lage sind: an unserem Arbeitsplatz. So werden wir die Realisierung unserer demokratischen Vorstellungen den Gesetzen derer unterwerfen, die auf Herrschaft angewiesen sind, weil sie ihre Stellung rational nicht ausweisen können.

Unsere Ehrfurcht vor dem positiven Recht ist der ideologische Ausdruck unserer bürgerlichen Herkunft. In ihr zeigt sich schon heute der Verrat, der die meisten Studenten an ihren demokratischen Zielen dann begehen werden, wenn sie den Tummelplatz privater Meinungen verlassen haben und in der Gesellschaft ihr Auskommen sichern müssen. Die Studentenbewegung wäre dann nichts als eine Addition nachpubertärer Anpassungsschwierigkeiten und mentaler Vorbehalte gegen den Betrieb. Sie wäre zum Scheitern verurteilt.

K E I N E T R O T Z R E A K T I O N E N

Einen zweifelhaften Erfolg hat der Streik in der Universität Heidelberg wohl darin errungen, daß er sehr drastisch das Verhältnis zwischen aktiven Notstandsgegnern und passiver Studentenschaft aufzeigte. Während sich die politisch nicht aktiven Studenten bisher kaum durch Aktionen der politischen Hochschulgruppen betroffen fühlten, wurden sie nun selbst direkt zu einer Stellungnahme gezwungen. Der Satz von einer "kleinen radikalen Minderheit" wurde plötzlich zu einer Wirklichkeit, der sie nicht gewachsen waren. Es war jetzt nicht mehr damit allein genug, durch Passivität oder formale Zustimmung die Aktionen, vor allen des SDS, zu billigen.
Sie wurden vor die Alternative gestellt, entweder aktiv für oder aktiv gegen die Notstandsgesetze Stellung zu nehmen. Leider begriffen sie zum großen Teil nicht, daß nur aktiver Widerstand ein Votum gegen die NS-Gesetze ist und passives Verhalten den NS-Befürwortern nützt. Die Mehrzahl entzog sich einer Entscheidung, indem sie wieder nach Hause ging. Der Rest jedoch verweilte in Ratlosigkeit und wartete die weitere Entwicklung ab, wobei ihnen die ungewohnte Situation ein bedeutender Anreiz war.

Das Gefühl der Ohnmacht in dieser Situation und die Verärgerung bei vielen darüber, aus ihrer kontemplativen Ruhe und ihrem gewohnten Trott herausgerissen zu werden, war die geeignete Basis für rechte Gruppen, die Stimmung anzuheizen und irrationale Emotionen hochzuspielen. Der rationalen Argumentation der Streikenden wurden Behauptungen entgegengehalten, die nur mit Lautstärke und Gewaltanwendung die benötigte Stütze erhielten.

Auch läßt sich der Eindruck nicht vermeiden, daß Vorurteile und Trotzreaktionen viele daran hinderte, sich überhaupt mit der Notwendigkeit des Widerstandes gegen die NS-Gesetze rational auseinanderzusetzen. Sie fühlten sich durch die Aktionen der aktiven Notstandsgegner überfahren und entmündigt, so daß sie sich gegen diese wandten, obwohl sie in der Kritik mit ihnen verbal übereinstimmten.
Die meisten dieser Studenten sind noch so den autoritären Bewußtsein verhaftet, in dem sie erzogen wurden, daß der Gedanke einer prinzipiellen Kritik mit allen ihren radikalen Folgerungen so ungeheuerlich erscheint, daß sie sich erschreckt gegen das wenden, was sie in zaghaften Ansätzen bejahen. Diese Angst vor jeder radikalen Konsequenz machte sie zum willkommenen Material für rechte Gruppen, wobei sie auch in der Streiksituation ihrer Objektrolle verhaftet blieben, die ihnen im Universitätsbetrieb aufgedrängt wird, jener Gruppen also, welche ihre eigenen radikalen Maßnahmen unter dem Mäntelchen der " Wahrung der persönlichen Freiheit" durchzusetzen versuchten.

Durch geschickte Verwirrung und Vermischung der Begriffe von Gewalttätigkeit und passiven Widerstand, Streik und Meinungsterror verhinderten diese eine Diskussion und verschleierten den Kern der Auseinandersetzung durch Polemik und Unterstellungen.
Die Unsicherheit, die dadurch bei vielen Studenten entstand, dazu das fehlende politische Bewußtsein äußerte sich darin, daß zwar Resolutionen mit großer Mehrheit angenommen wurden, bei deren Durchführung jedoch immer nur die aktiven NS-Gegner allein handeln mußten. Immerhin wurde durch die Gewalttätigkeit der Rechten bei einigen Studenten der Anstoß zur Bildung eines politischen Bewußtseins gegeben und sie für den aktiven Kampf gegen die NS-Gesetze gewonnen.

BESETZT AUCH ÜBER
PFINGSTEN DEN ASTA

30.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, vom Streikkomitee das Flugblatt "Offener Brief an alle Professoren der Universität Heidelberg" zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: Streikkomitee: Offener Brief an alle Professoren der Universität Heidelberg, O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

Offener Brief

30/05 68

An alle Studenten der Universität Heidelberg!

Am 29. 5. 1968 suspendierte der Rektor der Universität Heidelberg im Rahmen der ihm durch § 48 des Hochschulgesetzes übertragenen Rechtsaufsicht den AStA der Universität.*) Seine Maßnahme wurde damit begründet, dass der AStA zu gesetzwidrigen Aktionen aufgerufen und selbst durchgeführt habe. Er habe u. a. zum gewaltsamen Eindringen in die Senatssitzung vom 14. 5. aufgerufen, um dort entgegen dem § 11 des Hochschulgesetzes Öffentlichkeit herzustellen. Der AStA habe in einem Flugblatt vom 24. 5. 1968 gegen Lehrkräfte der Universität, die am Dienstag, dem 28. 5. und Mittwoch, dem 29. 5. 1968 versuchen würden, Vorlesungen zu halten, "aktiven Widerstand" angekündigt und dazu aufgerufen, Entgegen einer Zusage des AStA-Vorsitzenden am 29.5. gegenüber einem Beamten des Rektorats habe der AStA zusammen mit anderen LStudenten den Zugangzzur Neuen Universität versperrt bzw. verbarrikadiert.

Der Rektor hat daraufhin die AStA-Mitglieder solange suspendiert, bis sichergestellt sei, dass der AStA von gesetzwidrigen Handlungen und gewaltsamen Aktionen künftig ablassen werde.

Die andauernden Aktionen des AStA hätten den Lehrbetrieb unterbrochen, weitere tätliche Auseinandersetzungen seien zu befürchten gewesen, und die persönliche Sicherheit der Universitätsangehörigen sei nicht mehr gewährleistet, wenn der gegenwärtige AStA die Möglichkeit besitze, seine Aufrufe zur Gewaltsamkeit fortzusetzen.

Wir möchten im Folgenden die Ereignisse darstellen, die der Maßnahme des Rektors und ihrer Vorgeschichte tatsächlich zugrundeliegen.

Im Flugblatt vom 24. 5. fordert der AStA die Professoren auf, ... "mit uns gegen die Notstandsgesetze zu streiken und den regulären Vorlesungsbetrieb ruhen zu lassen. Wir wollen aber auch ganz offen sagen, dass wir nicht bereit sind hinzunehmen, wenn dennoch Vorlesungen und Übungen abgehalten werden. Dann müsste der Streik sich auch gegen die Angehörigen der Hochschule wenden, die sich gegen politische Diskussion stellen und damit verhindern, dass die Universität bewusst ihre politischen Funktionen im MOment der politischen Bedrohung wahrnimmt. Wir werden nicht passiv hinnehmen, wenn die politische Passivität der Universität die Wissenschaft zum Herrschaftsinstrument verkommen lässt. Wir beanspruchen für

*) "wegen fortgesetzten Amtsmißbrauchs"

uns das Recht auf aktiven Widerstand gegen eine Entwicklung, die die demokratischen Grundlagen der BRD weitgehend zerstört hat".

Dieser offene Brief an die Mitglieder der Universität wurde durch Beschlüsse der teach-ins eindeutig in der Weise präzisiert, dass diese Form des Widerstandes nicht gewalttätig in den Vorlesungsbetrieb eingreifen dürfe.

Unter einem"passiven Hinnehmen" von Verhältnissen an der Universität verstehen ihre Kritiker generell jenes Konsumentenverhalten, das in reflexions- und diskussionsloser Pasivität ohne praktische Folgen verharrt. Ein aktiver Widerstand beginnt demnach bei der öffentlichen Kritik jener Verhältnisse und impliziert nicht notwendig die Anwendung von physischer Gewalt.

Seit dem Attentat auf Rudi Dutschke diskutieren die Heidelberger Studenten öffentlich die Problematik, die in der Anwendung physischer Gewalt liegt. K e i n Flugblatt oder Aufruf hat bisher zur positiven Anwendung physischer Gewalt aufgerufen.

Während des Streiks in der Nacht vom 28. auf den 29. 5. "verbarrikadierten" die streikenden Studenten die Eingänge der Universität, nachdem sie von der Absicht rechstradikaler Studenten gehört hatten, in die Universität gewaltsam einzudringen. So begannen in den frühen Morgenstunden NPD-Schlägertrupps unter Führung des NPD-Landtagsabgeordneten Kosieck (Assistent am 1. Physikalischen Institut der Universität Heidelberg) und vorlesungswillige Jurastudenten die Universität zu stürmen. Die Darstellung des Rektors unterstellt dem AStA das Verhalten seiner rechtsradikalen Gegner.

Als der AStA am 14. 5. zu einem go-in die Senatssitzung aufrief, fasste selbst der Rektor dies nicht als "Gewalttätigkeit" auf. Er sah vielmehr nach seinen eigenen Worten lediglich den ruhigen Verlauf der Sitzung und eine ungestörte Beratung "nicht gewährleistet". Damals sprach er noch nicht von einem Aufruf zur Gewaltsamkeit. Die Herbeiführung der Öffentlichkeit gründet sich auf die Beschlüsse des Heidelberger StP und der letzten Tagung des VdS in München.

Die Massnahme des Rektors stützt sich auf ein Hochschulgesetz, dessen reaktionärer Charakter selbst der LRK (Landesrektorenkonferenz) Anlass gab, eine sofortige Novellierung zu fordern. Durch sie wurde das Hochschulgesetz bereits bei seiner ersten Anwendung in seiner eigentlichen Funktion als Kampfmittel innerhalb der hochschulpolitischen Auseinandersetzung angewendet.

Schon vorher wendete sich der Rektor in einem Aushang mit der Erklärung, dass die Universität kein Ort "politischer Demonstrationen" sei, gegen die politische Position der Studentenschaft, die sich in einem qualifizierten Parlamentsbeschluss für das politische Mandat der Studentenschaft als notwendigem Bestandteil ihrer Stellung innerhalb der Universität ausdrückte.

Der Rektor mißbrauchte gegenüber der Studentenschaft nicht nur das Hochschulgesetz, womit er die Grundlagen des Einvernehmens mit der Studentenschaft aufhob, sondern war im Widerspruch zu seinem Amt von Anfang an Partei.

Das StP und die auf seiner Sitzung anwesenden über 1000 Studenten sprachen dem Rektor mit überwältigender Mehrheit in getrennten Abstimmungen das Mißtrauen aus und forderten seinen Rücktritt, falls er nicht bereit wäre, die Suspendierung des AStA unverzüglich aufzuheben. Darüberhinaus forderte das Plenum seinen bedingungslosen Rücktritt.

Die rechtliche Position des Rektors ist darüberhinaus mehr als zweifelhaft, da er für die Aufhebung einer vorläufigen Suspendierung eine unerfüllbare Bedingung stellt. Er verlangt nämlich, dass "sichergestellt ist, dass der AStA von gesetzwidrigen Handlungen und Aktionen künftig ablassen wird".

Die von ihm verlangte Sicherung kann nämlich durch das Kriterium einer Zusage nicht erfüllt werden. Eine Sicherung vor angeblichen Gewalttätigkeiten kann nämlich nur in einer solchen faktischen Behinderung liegen, die einen AStA insgesamt handlungsfähig machen müsste. Wenn sie durch eine politische Garantie geleistet werden soll, kann sie nur in der Ablösung eines in des Rektors Augen mindestens potentiell gewalttätigen AStA bestehen.

Es kann demnach kein Zweifel daran mehr bestehen, dass die Maßnahme des Rektors nicht aus rechtlichen Motiven herrührt, sondern eindeutig die politischen Ziele des Rektors und der Universitätsbürokratie durchsetzen sollte.

Für die Studentenschaft ist ein solches Verhalten des Rektors unerträglich und sein Verbleiben im Amt untragbar geworden.

Streikkomitee - Informationsdienst

in Zusammenarbeit mit dem AStA

30.05.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet von den Notstandsgesetzen (NSG):"
In München, wo am Tag der 3. Lesung mehrere Streiks stattfinden, werden von Gewerkschaftsfunktionären 1 200 Unterschriften gegen die NS-Gesetze gesammelt und an den Bundestag geschickt."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 55, Bochum 21.7.1971, S. 9

30.05.1968:
In Hamburg findet aufgrund der gestrigen 3. Lesung der Notstandsgesetze (NSG - vgl. 28.5.1968, 30.5.1968), laut Detlev Albers (vgl. Dez. 1968), eine Demonstration durch Altona statt mit nur noch 600 bis 800 Leuten.

Das Schauspielhaus wird, laut Agnes Huffner und Peter Schütt (vgl. 24.6.1968), von der Polizei abgeriegelt, es kann keine Diskussion stattfinden, eine Woche später aber laden Franz-Josef Degenhardt und Wolfgang Neuß 50 SDS-Mitglieder auf die Bühne ein, führen ihr Programm mit einem Teach-In über die Aufgaben von Kunst, Literatur und Theater nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze fort.
Q: Partisan Nr. 2, Hamburg O. J., S. 57; Auditorium Nr. 55, Hamburg Juni/Juli 1968, S. 19

30.05.1968:
An der PH Ruhr Abteilung Dortmund wird eine studentische Wahlordnung verabschiedet.
Q: DOS Nr. 18, Dortmund O. J. (Jan. 1973), S. 8

31.05.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, vom Streikkomitee ein Rundbrief mit seinen ersten drei Presseerklärungen zum Streik gegen die Notstandsgesetze (NSG).
Q: Streikkomitee: Presseerklärung… , O. O. (Heidelberg) O. J. (1968)

31/05 -68

STREIKKOMITEE

PRESSEERKLÄRUNG DES INFORMATIONSDIENSTES DES STREIKKOMITEES Nr.1

Wir protestieren gegen die Durchsuchung des SDS-Büros in Frankfurt

Die Staatsanwaltschaft versuchte unter dem Vorwand, belastendes Material gegen Hans-Jürgen Krahl aufzutreiben, die Adressenliste und die Korrespondenz des SDS zu sistieren. Der Prodekan der Juristischen Fakultät von Frankfurt bezeichnete die Durchsuchung dre Polizei als "absurd".
Das Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei zeigt hinlänglich, daß Exekutivbehörden zu illegalen Mitteln greifen, um die außerparlamentarische Opposition zu unterdrücken. Der Grund kann nur das Fehlen von Argumenten für eine politische Auseinandersetzung sein.

PRESSEERKLÄRUNG DES STREIK-KOMITEES Nr.2

Die Aufhebung des Ordinarialsprinzips durch die Mitglieder des Otto-Suhr-Instituts hat schon einen Teil unserer Bestrebungen zur Hochschulreform realisiert. Der Erfolg unserer Berliner Kommilitonen wird unseren Kampf verstärken.
Demokratisierung der Universität heißt, die notwendigen Bedingungen für eine Universität zu schaffen, in der die Trennung zwischen praxisloser Wissenschaft und wissenschaftsloser Praxis aufgehoben ist. Die Demokratisierung der Universität stellt den ursprünglichen Begriff der Wissenschaft, Befreiung der Menschen von undurchschauten Mächten zu sein und zu bewirken, zuallererst wieder her.
Unser Streik gilt einem Hochschulgesetz, das diese Bestrebungen nicht nur unterbindet, und Demokratisierung sanktioniert, sondern für die Demokratisierung der Universität engagierte Studenten mit Strafen bedroht. Ein Gesetz, das bestehende schlechte Zustände sakrosankt macht, muss abgeschaft werden.

Unser Streik gilt für eine wissenschaftliche Institution, in der die Studenten nicht zu Verfügungstechnikern und Ausführern von unbefragten und irrationalen Werten erzogen werden.

Unser Streik gilt für eine wissenschaftliche Institution, die sich nicht als eine Brauerei versteht und ihre Leistung nicht nach dem Maß ihres "Ausstoßes" bemisst.

DARUM STREIK GEGEN DAS HOCHSCHULGESETZ !

DARUM STREIK FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG DER UNIVERSITÄT !

- bitte wenden -

PRESSEERKLÄRUNG DES STREIKKOMITEES Nr.3

Zum ersten Mal seit 1945 hat am 29.Mai 1968 der Rektor der Universität Heidelberg den AStA auf Grund des § 48 des Hochschulgesetzes wegen "fortgesetzten Amtsmissbrauchs des AStA " vorläufig suspendiert.Das Rektorat gab als Begründung für seine Maßnahme an, daß der AStA zu gesetzwidrigen Aktionen aufgerufen und auch selbst durchgeführt habe.
Diese Begründung ist rechtlich zweifelhaft und sachlich falsch.
Der AStA hat beim Verwaltungsgericht Karlruhe Antrag auf Aufhebung des sofortigen Vollzugs eingereicht.

Auf die Wahl eines linken AStA hatte das Rektorat mit Furcht und Panik reagiert und eine konsequente Anti-AStA-Politik betrieben.Die lächerliche Suspendierung ist nur der letzte konsequente Schritt in dieser Konterpolitik.

Das Studentenparlament hat mit überwältigender Mehrheit dem AStA das Vertrauen ausgesprochen und den Rücktritt des Rektors verlangt.Das Parlament hat die Studenten zur Besetzung der Universität bis zum Rücktritt des Rektors und zur Fortsetzung des Streiks unter erschwerten aber prinzipiell möglichem Zugang zu den Vorlesungen aufgefordert.

Durch seine Massnahme unterdrückte der Rektor die studentische Opposition gegen die Notstandsgesetze und zwingt der Studentenschaft selbst den Notstand auf.

Natürlich wagte der Rektor bisher nicht, den AStA zu übernehmen.
Die AStA-Räume sind in verstärktem Maße Koordinationszentrum der Streikaktionen und werden von den Studenten auch weiterhin gehalten.

Venceremos

Aktionskomitee - Informationsdienst

in Zusammenarbeit mit dem AStA

Dieser Rundbrief wurde am 31.Mai verschickt.

31.05.1968:
An der TU Berlin gibt das Aktionskomitee der Phil-Fak für Hochschulfragen vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Der Fall Helmcke 1" heraus, zum Versuch am 28.5.1968 in dessen Vorlesung über die Notstandsgesetze (NSG) zu diskutieren.
Q: Aktionskomitee der Phil-Fak für Hochschulfragen: Der Fall Helmcke 1, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

DER FALL HELMCKE .1

Am Freitag, dem 28.5.68 versuchten die Studenten der Fakultät I gemäss der Empfehlung der Fakultätsversammlung, die Vorlesung von Professor Helmcke zur Diskussion über die Notstandsgesetze zu benutzen. Zunächst berichtete H. in einem Monolog von 2o Minuten, indem er sich von wiederholten Wortmeldungen nicht unterbrechen liess, von seinem frühkindlichen Werdegang. Nachdem anscheinend auch H. die Peinlichkeit der Situation zu empfinden begann, kam es zu einer Abstimmung, die eine klare Entscheidung für eine Diskussion brachte. Trotzdem versuchte H., auch weiterhin die Diskussion mit autoritären Mitteln zu verhindern, so dass sich die Studenten nach weiteren 2o Minuten gezwungen sahen, die Versammlungsleitung zu übernehmen.
Da H. sich nun als unfähig erwies, zu sachlichen Fragen konkret Stellung zu nehmen, entwickelte sich die Sache zu einem Verhör über die Person H. und seine nationalsozialistische Vergangenheit.
Was nun folgte, war das traurige Lehrstück eines exzessiven, völlig unverantwortlichen Fachidiotentums, aufgeführt von einem Ordinarius, der mitbestimmt, was an unserer Universität getan und gelassen wird.
Wir zitieren:

* "Ich lehnte es nach 45 ab, jemals wieder Zeitung zu lesen und Nachrichten zu hören".
* "Sie werden mir in den nächsten 5 Minuten beweisen, dass ich eine politische Null bin, da gebe ich Ihnen recht."
*" Ich weiss heute noch relativ wenig, was beim Nationalsozialismus gemacht wurde. Ich habe Hitler weder gesehen, noch gehört
*" Ich war gegen die Judenvernichtung, aus biologischen Gründen, die Juden sind ja gar keine Rasse".

Es erübrigt sich, diese Zitatenreihe weiter fortzusetzen oder auch nur darauf einzugehen. Der einzige Lichtblick in diesem Trauerspiel war die Einsicht H's, dass die einzige Konsequenz seiner Vorstellung nur der Rücktritt sein kann. Wir schliessen uns dieser Ansicht an. Es ist wohl selbstverständlich, dass Hochschullehrer mit einem derartigen Demokratie- und Wissenschaftsverständnis für eine demokratische und verantwortungsbewusste Universität und Gesellschaft untragbar sind.

AKTIONSKOMITEE der PH-FAK
für Hochschulfragen

31.05.1968:
In der Eisen- und Stahlindustrie NRW läuft, laut IMSF, der Tarifvertrag aus. Ein neuer wird am 6.6.1968 abgeschlossen.
Q: IMSF: Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt Nov. 1969

Letzte Änderung: 08.10.2020

[Zum Seitenanfang] [nächste Zwischenübersicht] [Hauptübersicht] [Impressum]